C 21734 D



»Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?« S. 22

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Jg. 7 Nr. 110 8.8.77 DM 1,–

Vor einem heißen AKW-Herbst!

Für die zweite Jahreshälfte will die Bundesregierung die bisherigen Verzögerungen im Atomenergieprogramm mit mehreren Paukenschlägen wettmachen: Grünes Licht wurde kürzlich bereits für die Inbetriebnahme der AKWs Essenhamm und Ohu gegeben. In Mühlheim-Kärlich wurde der Baustopp aufgehoben, mit dem Bau von Philipsburg II kann jederzeit begonnen werden. Die Aufnahme des Probebetriebs für Philipsburg I für den September gilt als sicher. In Grundremmingen ist demnächst mit einer Genehmigung für die Wiederinbetriebnahme zu rechnen.

In Gorleben wird bis zum Herbst mit den Probebohrungen für die Wiederaufbereitungsanlage begonnen. Baugenehmigungen sind in den nächsten Monaten zu erwarten für Biblis und Neckarwestheim; ferner eine Aufhebung der bisherigen Bauverhinderungen in Brokdorf und Wyhl. Zügig weitergebaut wird derweil an den Blöcken B und C in Gundremmingen, in Krümmel, Uentrop, am Schnellen Brüter in Kalkar und – trotz teilweise erfolgreicher Klage – auch in Grohnde. Bei alledem ist natürlich nicht zu vergessen, daß bereits 13 AKWs in Betrieb sind.
bereits 13 AKWs in Betrieb sind.

Einigen Staub aufgewirbelt hat nun Atomminister Matthöfer mit einer Erklärung, er halte *„einen Baustopp für Kernkraftwerke in den nächsten drei bis fünf Jahren für fast unabwendbar."* („FAZ" 5.8.77) Matthöfer begründete diese Ansicht damit, daß auf den Parteitagen von SPD und FDP im November Beschlüsse gefällt werden könnten, die eine mehrjährige „Denkpause" (Moratorium) für den Weiterbau von Atomanlagen vorsehen. Tatsächlich haben einige Gremien und Untergliederungen von SPD und FDP Beschlüsse für einen mehrjährigen Baustopp bereits gefaßt. Es ist auch absolut nichts Neues, daß Teile der SPD und FDP Beschlüsse fassen die breit erhobenen Forderungen in der Bevölkerung entgegenkommen. Eine Bedeutung für die Regierungspolitik haben diese Beschlüsse allerdings bisher nie gehabt und es wäre verwunderlich, würde dies im Fall der AKWs anders sein.

Bundeskanzler Schmidt betonte bereits im April den eisernen Kurs seiner Regierung: *„Aussteigen aus dem Energieprogramm, das auch Kernkraftwerke vorsieht, und sich in seinen Schrebergarten zurückziehen und zwei bis drei Jahre warten, das geht nicht"* („Bild", 30.4.77).

Ebenso Genscher: *„Die Beschlüsse des FDP-Bundeshauptausschusses (!) zur Einschränkung der Kernenergie sind für Kabinettsmitglieder nicht verbindlich"* („Welt", 29.7.).

Daß Mitglieder der SPD und FDP trotz vielfältiger anderer Erfahrungen sich der Täuschung hingeben mögen, durch „fortschrittliche" Beschlüsse etwas an der Regierungspolitik ändern zu können, ist schlimm genug; daß Matthöfer und seinesgleichen die jetzt von einem möglicherweise „unabwendbaren Baustopp" reden, ebenfalls diese irrige Hoffnung haben, ist einfach nicht glaubhaft. Hier wird mit gezinkten Karten gepokert.

Offensichtlich hat die Anti-AKW-Bewegung in der BRD bereits eine Kraft erreicht, die der Regierung neue Überlegungen aufnötigt, wie der neue Überlegungen aütnötigt, wie der Widerstand gegen ihr lebensbedrohendes Atomprogramm zerbrochen werden kann. Neben der polizeilichen Rüstung gegen weitere Großaktionen wird hier, in einem Spiel mit verteilten Rollen, das Mittel der Zersetzung der Anti-AKW-Bewegung von innen eingesetzt. Statt sich auf weitere Großaktionen vorzubereiten, was angesichts der „Herbstpläne" der AKW-Betreiber dringend erforderlich ist, soll die Anti-AKW-Bewegung ihre Kraft in Debatten und Spekulationen über angeblich „unabwendbare" Baustoppverfügungen" seitens der Regierung verpulvern.

Die Anti-AKW-Bewegung ist schon mit vielen Manövern der AKW-Betreiber und der Regierung konfrontiert gewesen – und mit ihnen fertig geworde. Sie wird ihnen auch diesmal die Suppe versalzen:
Der AKW-Herbst wird heiß!



Brokdorf - Grohnde
MALVILLE
Der Kampf geht weiter!

Die von der Polizei am 31.7. gewaltsam gestoppte Massendemonstration zum Schnellen Brüter („Superphenix") in Malville hat erneut alle zentralen politischen Fragen der Anti-AKW-Bewegung aufgeworfen. Ähnlich wie Brokdorf in der BRD ist Malville zu einem „kritischen Punkt" für die französische Bewegung geworden, an dem die Weichen für die weitere Entwicklung neu gestellt wurden. Dies gilt auch für die internationale Anti-AKW-Bewegung.

Der Erfolg vom 31.7. bestand ohne Zweifel in erster Linie in der gewaltigen Massenmobilisierung (die Demonstration war mit 80.000 Teilnehmern etwa viermal so stark wie die im Vorjahr). Zum zweiten ist hervorzuheben, daß die Versuche des Staatsapparats scheiterten, durch das Verbot der Demonstration und eine infame Hetze gegen die militanten AKW-Gegner (insbesondere gegen „die Deutschen"), die Aktion nach dem „Modell Itzehoe" zu spalten. Tatsächlich hatten sich mit der PS und der CFDT Kräfte gefunden,

Fortsetzung auf Seite 11

Solidaritäts Aktionen

Am 2.8. verabschiedeten 80 Vertreter der örtlichen und regionalen Malville Komitees in Frankreich einen Aufruf, in dem sie gegen den brutalen Einsatz der CRS-Bullen protestierten. Es wurde dazu aufgerufen, am 6.8. in ganz Westeuropa Solidaritätsaktionen zu organisieren. Nach den uns vorliegenden Berichten haben diesen Aufruf folgende Gruppen und Einzelpersonen unterstützt:

- Kommunistischer Bund;
- Venstre Socialisterne (Dänemark);
- Henrik Kaufholz, dänischer Journalist, Mitglied des internationalen Untersuchungsausschusses über den Tod von Ulrike Meinhof und Mitglied des dänischen Russellkomitees;

Fortsetzung auf Seite 5

Russell-Tribunal und kommunistische Bündnispolitik

Die Politik des Kommunistischen Bundes im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD ist seit einigen Monaten das Ziel verleumderischer Polemiken. Keinesfalls überraschend sind dabei die Attacken seitens der DKP und der ihr nahestehenden Kräfte. So etwa die Vorwürfe des DKP-Parteivorstands, der KB wolle *„die Bewegung gegen das Berufsverbot lähmen und aktive Demokraten aus dieser Bewegung hinausdrängen"* („UZ", 25.6.). Ebensowenig verblüffte uns die Behauptung der „tat" (24.6.), die Politik des KB sei *„auf Isolierung, Zurückdrängung, Spaltung und Schwächung der Initiativen gegen Berufsverbote gerichtet"*.

Was für uns jedoch in dieser Form u n e r w a r t e t kam, ist die Haltung der führenden Kräfte des „Sozialistischen Büros", der GIM und anderer Teile der Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal, die sich in der Maßlosigkeit ihrer Lügen und Verleumdungen gegen unsere Politik von den Tiraden der DKP kaum unterscheiden. Da kommt z.B. das Westberliner AK/FU mit der perfiden Unterstellung, wir wollten die Unterstützungsbewegung „in ein Kampfbündis gegen SPD und DKP umwandeln" (Brief vom 9.6.77). Das AK/FU wirft uns außerdem vor, wir wollten *„die Liberalen für die Linke instrumentalisieren"* und würden *„in den Nichtsozialisten lediglich die ‚nützlichen Idioten' sehen"* (Erklärung des AK/FU laut „was tun" vom 2.6.77). Die trotzkistische GIM lügt sich aus dem hohlen Bauch, **„daß der KB etwas anderes will als ein Russell-Tribunal"**, und wir würden *„praktisch bestreiten, daß es mit Liberalen und Sozialdemokraten trotz ihrer anderen Haltung zum Grundgesetz und ohne gemeinsame ‚Imperialismuskritik' ein gemeinsames Interesse in der Verteidigung demokratischer Rechte geben kann"*. *„Entsprechend gleichgültig steht der KB (und mit ihm einige ‚Sponti'-Strömungen) der Aufgabe gegenüber, den notwendigen Druck für eine Teilnahme der liberalen und sozialdemokratischen Kräfte sowie von Gewerkschaftsvertretern zu schaffen"* („was tun", 30.6.77). Mehrere Gruppen im Westberliner Unterstützer-Komitee haben kürzlich eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, die praktisch nur aus verleumderischer Hetze gegen den KB besteht (abgedruckt in „was tun", 28.7.77). Diese Erklärung gipfelt in dem Vorwurf, der KB würde **„die Zusammenarbeit mit bestimmten Kräften von vornherein für unmöglich erklären"**, der KB lehne eine *„gemeinsame Verteidigung demokratischer Rechte"* mit Liberalen und Sozialdemokraten ab, der KB wolle *„eigene politische Ziele als Ziele des Tribunals formulieren"* usw. usf..

Ironischerweise findet sich in diedem Pamphlet auch folgender Satz, den wir voll unterschreiben: „... **eine sich zerstreitende Unterstützerbewegung wird schwer die notwendigen propagandistischen und materiellen Voraussetzungen für die Durchführung des Tribunals gewährleisten können, und jenen Kräften Vorschub leisten, die von vornherein das Russell-Tribunal über die BRD in der Öffentlichkeit herunterspielen und desavouieren wollen"**.

Im Rückblick müssen wir uns selbstkritisch eingestehen, daß wir die führenden Kräfte jener Gruppen, die anfänglich g e m e i n s a m mit uns die Unterstützungsarbeit angegangen sind, falsch eingeschätzt haben. Zwar waren wir uns von vornherein darüber klar, daß wir es hier mit



»Vorbild und Maßstab«

Jürgen Pontos unerwartetes Ableben brachte der „Welt" vom 2.8. sechs Seiten mit (größtenteils halb- und viertelseitigen) Traueranzeigen ein.

Neben seiner Familie trauert

- die **Dresdner Bank** *„um einen Mann, dessen lautere Gesinnung und noble Ritterlichkeit uns Vorbild bleiben werden"*;
- das Kuratorium der Alfred **Krupp von Bohlen und Halbachstiftung** und der Aufsichtsrat und Vorstand der **Friedrich Krupp GmbH** *„werden diesen untadeligen Mann nicht vergesssen"*;
- Aufsichtsrat und Vorstand der **Degussa** haben *„sein jederzeit offenes Ohr für die Sorgen und Probleme seiner Umgebung und seine herzliche Menschlichkeit, die in bester Tradition und echtem Humanismus wurzelte* (erleben können)";
- Aufsichtsrat und Vorstand der **Allianz** *„haben viel verloren"*, aber: *„Die Erinnerung an die Tatkraft, die Güte und den unbeugsamen Mut des Verstorbenen wird sein Bild bei uns lebendig halten"*;
- die **AEG Telefunken** erinnert daran, daß die *„geschäftspolitischen, organisatorischen und personellen Entscheidungen in unserem Konzern gerade während der letzten Jahre von ihm wesentlich beeinflußt* (wurden). *Weltoffener Geist und vornehme Gesinnung zeichneten Herrn Ponto ebenso aus, wie seine von hoher Verantwortung getragene unternehmerische Weitsicht"*;
- die *„Welt"* von Aufsichtsrat, Vorstand und Konzernbetriebsrat der **Metallgesellschaft AG**, Frankfurt a.M. *„ist ohne ihn erschreckend ärmer geworden"*;
- die **Deutsche Länderbank AG** preist ihren Aufsichtsratsvorsitzenden J.P. knapp und im Fettdruck als *„Vorbild und Maßstab"*;
- die **Bank für Handel und Industrie AG** hat *„in ihm eine hervorragende, für unsere Arbeit richtungsweisende, weltweit anerkannte Persönlichkeit und einen warmherzigen Freund* (verloren), *dem wir großen Dank schulden"*;
- die **Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG** dankt J.P. *„insbesondere (...) für seinen unermüdlichen Einsatz in der Energiewirtschaft und seine erfolgreiche Tätigkeit für unser Unternehmen"*;
- der **Bundesverband Deutscher Banken** hat *„einen redlichen Treuhänder gemeinsamer Belange und einen ihrer markantesten Repräsentanten"* verloren;
- die **Deutsch-Südamerikanische Bank AG** *„und mit uns viele Freunde in Lateinamerika trauern um einen außergewöhnlichen Menschen"*.
- Etwas knapper und weniger blumig kondolieren selbst dann noch:
- Rud. Otto Meyer, Hamburg;
- CPC Europe Ltd., Brüssel (in der BRD: Maizena-Gruppe);
- Knorr Nährmittel AG;
- Reimar Lüst, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft;
- J.H. Benecke, Hannover;
- Hapag/Lloyd AG, Hamburg/Bremen;
- Nordsaat Saatzuchtgesellschaft mbH, und die
- Blohm & Voss AG, Hamburg.

Wenn man dann noch in den Anzeigen ließt, daß der allzu früh von uns Gegangene bei den meisten trauernden Hinterbliebenen auch Aufsichtsratsmitglied, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender oder gar Aufsichtsratsvorsitzender war, so könnte man fast meinen, es hätte nicht bloß e i n e n Kapitalisten erwischt, sondern ein rundes Dutzend. Wer allerdings beim Lesen der Traueranzeigen irgendwie „klammheimliche Freude" spüren sollte, steht höchstwahrscheinlich nicht mehr auf dem Boden der FdGO.



Aufsehen erregte kürzlich eine Demonstration des Göttinger AStA. Die bürgerliche Presse konnte ihre klammheimliche Freude nicht verbergen.

- die **Daimler-Benz AG** wird sich stets *„seiner mutigen und überzeugenden Persönlichkeit (...) verpflichtet fühlen"*;
- für die **Münchener Rückversicherungsgesellschaft** hat J.P.'s Tod *„nicht nur im Bereich der Münchener Rück, sondern auch im Bereich der deutschen und internationalen Kreditwirtschaft ebenso wie im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben unseres Landes eine unermeßlich große Lücke"* gerissen;

Zwei Jahre nach der KSZE

Der Bankrott der »Entspannung« ist nicht mehr zu vertuschen!

Vor zwei Jahren unterzeichneten in Helsinki 33 europäische Staaten (alle außer Albanien) sowie Kanada und die USA die sog. Schlußakte der **„Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa"**. (KSZE) Seit dem 15.Juli tagten wiederum Vertreter dieser Staaten in Belgrad, um zunächst die Tagesordnung für die erste KSZE-Nachfolgekonferenz festzulegen. Diese Phase wurde am 5. August abgeschlossen. Die eigentliche Nachfolgekonferenz soll Anfang Oktober in Belgrad beginnen. Dort sollen die Teilnehmerstaaten *„einen vertieften Meinungsaustausch vornehmen, sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben als auch ... über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft"* (Schlußakte von Helsinki, 1975).

Auf der KSZE wurden im wesentlichen drei Bereiche („Körbe") beraten und in wohlklingenden Übereinkünften in der Schlußakte „abgehakt". Dies waren im Einzelnen das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen" und der „Prinzipien-Katalog" für den Bereich der „Verminderung der Kriegsgefahr", detaillierte Vereinbarungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sowie im „Korb 3" Bestimmungen über „menschliche Erleichterungen".

Las man die Vereinbarungen und die Presse-Kommentare, so konnte man meinen, seit Helsinki sei die Welt wieder in Ordnung. Die Tatsachen zeigen allerdings deutlich das Gegenteil: Im Bereich der militärischen „Entspannung" (sprich: Aufrüstung!) hält inzwischen der Wahnsinn die Zügel (siehe auch AK 108, „Rüstungswahnsinn"); die „wirtschaftliche Zusammenarbeit" hat längst nicht die Ergebnisse gebracht, die vor allem von den revisionistischen Staaten erhofft wurden. Wie es um den Bereich der „menschlichen Erleichterungen" bestellt ist, konnte man unlängst an der Kampagne der heuchlerischen Streiter für die „Menschenrechte" a la Jimmy Carter sehen, aber auch an den repressiven Reaktionen der revisionistischen Machthaber auf ihre inländischen Oppositionen.

Die Aufrüstung gewinnt rasendes Tempo

Weder die Schlußakte der KSZE, noch irgendein anderer „Entspannungs"-Schwindelvertrag hat verhindern können, daß trotz aller wohlklingenden Friedensphrasen die Aufrüstung in aller Welt bedrohlich und in immer schnellerem Tempo ansteigt. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut „Sipri" schätzt in seinem neuesten Jahrbuch die Rüstungsausgaben für 1976 auf 334 Mrd. Dollar – zum Vergleich: 210 Mrd. Dollar 1974! Ein Anstieg von mehr als 50% in zwei Jahren! 70% der Rüstungsausgaben entfallen auf NATO und Warschauer Pakt, 15% auf die „Dritte Welt", wobei sich die Regierungen des Iran, Ägyptens und Saudi-Arabiens besonders hervortun; 10% entfallen auf die VR China (diese und folgende Angaben des „Sipri"-Instituts aus „FR", 1. und 2.7.77). Als „äußerst bedrohlich" stuft das Stockholmer Institut das Atomwaffen-Wettrüsten ein. Die USA und die Sowjetunion besitzen jeweils etwa 2000 „strategische" nukleare Trägersysteme und zehntausende „taktische" Atomwaffen; allein diese schon sind meist vernichtender als die Hiroshima-Bombe. Für „möglicherweise noch gefährlicher" wird die Entwicklung immer perfekterer Technologien bei den strategischen Trägersystemen gehalten. „Sipri" rechnet für Mitte der 80er Jahre bei Interkontinentalraketen mit einer Treffgenauigkeit von 30 m auf 13000 km !!

Besondere Aufmerksamkeit bekommen auch die wachsenden Möglichkeiten der Ausbreitung von Atomwaffen. Der Atomwaffensperrvertrag, der angeblich die Ausbreitung verhindern sollte, wird von „Sipri" als vollkommen wirkungslos eingestuft, da die Herstellung spaltbaren Materials durch die „friedliche Nutzung der Kernenergie" für immer mehr Länder kein Problem mehr darstellt. Die folgenden militärischen Entwicklungen führen zu einer weiteren Steigerung der Kriegsgefahr:

- Die sog. „Neutronenbombe". Sie unterläuft die „Schwelle" zwischen konventioneller und nuklearer Kriegsführung, macht nach Meinung imperialistischer Militärs die A-Bombe einsetzbar.
- Die sog. „cruise missile". Die amerikanische Entwicklung der „cruise missile" ist ein Atomwaffenträger mit einer Reichweite von über 2000 km. Die „cruise missile" hat durch Einprogrammierung der genauen Flugbahn eine enorme Zielgenauigkeit, fliegt unterhalb des Radar-

Fortsetzung auf Seite 3

Tödliche Explosion im Chemiewerk

Nebenstehendes AKW zufällig abgeschaltet

Brunsbüttel. Am Donnerstag, den 4. August kam es während eines Probelaufs im neuerrichteten norddeutschen Bayer-Werk Brunsbüttel zu einer Explosion, bei der ein Arbeiter getötet wurde, zwei weitere schwere Verbrennungen erlitten und sieben Arbeiter leicht verletzt wurden.

Der Betrieb, der mit 420 Mio. DM Investitionen seit Oktober 1973 gebaut wird, soll im Herbst dieses Jahres in Betrieb gehen. Z.Zt. wird die Anlage erprobt. Während eines solchen Probelaufs platzte ein Rohr und die austretende Flüssigkeit explodierte sofort, der eine Arbeiter verbrannte bei dem Versuch, das Feuer zu löschen. Wie schwer die Verbrennungen der beiden anderen Verletzten sind, läßt sich daran absehen, daß sie sofort per Flugzeug in die Spezialklinik der Berufsgenossenschaften für Verbrennungen in Ludwigshafen eingeliefert wurden. Nach Angaben der Bayer Werksleitung soll das ausgetretene Gas völlig ungiftig sein und die Umwelt nicht vergiften. Das ist vermutlich eine der üblichen Lügen, die von Werksleitungen in solchen Fällen zunächst immer ausgestreut werden (siehe Seveso). Bekannt ist jedenfalls, daß in dem Brunsbütteler Werk von Bayer hochgiftige Isocyanate verarbeitet werden. Der Teil der Anlage, der explodiert ist, gehört zu denen, wo diese giftigen Stoffe verarbeitet werden! Eine weitere Brisanz erhält die Explosion durch die in Brunsbüttel vorgenommene Zusammenballung mensch- und umweltgefährdender Industrie.

Neben dem Bayerwerk befinden sich oder sind in unmittelbarer Nähe geplant: die Raffinerien Texaco, CONDEA, OXY und VEBA-Chemie, die Kali-Chemie, CGT (Chemie-Gas-Terminal).

Eine besondere Gefahr entsteht vor allem durch das unmittelbar neben dem Bayer-Gelände gelegene AKW-Brunsbüttel. Dieses Atomkraftwerk steht, was nur in der örtlichen Presse gemeldet wurde, seit dem 16.7.77 still. Während die HEW erklärte, es handele sich um eine planmäßige Stillegung zwecks Revisionsarbeiten und Wiederholungsprüfungen, meldete die „Dithmarscher Landeszeitung", daß *„hochgiftig-radioaktive Bestandteile durch auswärtige 200 Mann starke Spezialtrupps von allen betroffenen Gebäudeteilen mit Spezialgerätschaft gleichsam ,reingewaschen' und beseitigt worden"* seien („DLZ", 16.7.77). Allerdings gab selbst die HEW zu, daß angeblich beim Abschalten *„in gewissem Umfang und nur vorübergehend erhöhte Radioaktivität"* aufgetreten sei („DLZ", 16.7.77).

Explosionen wie die jetzt im Bayerwerk stattgefundene bilden nicht nur durch die dort selbst freiwerdenden Giftstoffe, sondern auch durch die Gefahr der Beschädigung der umliegenden Anlagen – speziell des AKW's – eine besondere Gefahr.

Angeblich ist das AKW durch die Druckwellen der Bayer-Explosion „nicht in Mitleidenschaft gezogen worden" („Bild", 5.8.77), wird beschwichtigt.

In Brunsbüttel entsteht damit eine ähnliche Gefahrensituation für die Bevölkerung, wie sie einige Kilometer elbaufwärts durch die Dow Chemical, Vereinigte Aluminium-Werke, das AKW Stade, Reynolds Aluminium etc. entstanden ist.

Kein AKW in Brunsbüttel, Stade oder anderswo!

Kampf der menschen- und umweltgefährdenden Industrie!

Chemie-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Gedanken nach der Tagesschau oder Der Terroristentod des Bankiers und der Tod des Demonstranten

Es starb ein gewichtiger Mann
Es starb auch ein einfacher Mensch
Es starb ein Mensch erster Klasse
Es starb ein Mensch niederer Klasse
Der eine wurde ermordet, so hört man
Ja feige umgebracht wurde er
Der andere kam um, so heißt es in einem Nebensatz
Der eine ist es wert, daß man seinen Lebenslauf, sein Lebenswerk darstellen muß
Der andere hatte wohl weder Lebenslauf noch Werk
Denn man erfährt ja nichts darüber
Der eine ist Opfer, sein Tod schwerwiegend, die Gemüter wachrüttelnd – sagt das Fernsehen
Der andere ist einfach tot
Vielleicht Opfer seiner Überzeugung oder sowas
Er scheint es nicht wert
Daß Fernsehen, Radio, Zeitungen, zum Nachdenken über seinen Tod anregten
Vor allem aber über die Hintergründe seines Todes
Der eine – das „Opfer" – wessen Opfer
wurde er?
Das einer Mörderbande?
Und welcher Mörderbande?

Schlußgedanke:
Das Schlagzeilen verursachende „Opfer"
läßt es nicht zu,
Daß der „unwerte" Tote in die Schlagzeilen kommt!

Ein Genosse aus Westberlin

Nürnberg: Faschistischer »Auschwitzkongreß« fand nicht statt

Eine der bisher größten faschistischen Provokationen planten neofaschistische Personen und Organisationen am 6.8.77 ausgerechnet in Nürnberg. Faschistische Prominenz wie Erwin Schönborn, Gründer des Kampfbundes deutscher Soldaten, Thies Christophersen und der rechtsradikale Hamburger Historiker Uwe Valendis planten einen sogenannten „Auschwitzkongreß" im Nürnberger Tiergarten.

Selbst den bürgerlichen Parteien ging diese Provokation zu weit: Der Kongreß wurde aufgrund des Versammlungsgesetzes verboten, eine einstweilige Verfügung der Faschisten wurde vom Ansbacher Verwaltungsgericht abgelehnt. Das Hotel Tiergarten, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte, kündigte den Faschisten den Vertrag.

Aus der Erfahrung, daß Faschisten sich nicht an Gerichtsurteile halten, bildete sich eine breite antifaschistische Aktionseinheit, um breit über die geplante Provokation zu informieren und eine mögliche Veranstaltung selbst zu verhindern. Mitglieder von VVN, DFU, SdAJ und KJA waren nicht bereit, sich an der Aktionseinheit zu beteiligen, weil die Faschistenveranstaltung verboten sei; sollte sie dennoch stattfinden, sei man in der Lage, kurzfristig die Mitglieder dagegen zu mobilisieren.

Als am Donnerstag vor der geplanten Faschistenveranstaltung Erwin Schönborn in einem Hotel eine Pressekonferenz abhalten wollte, wurde er dort von ca. 50 bis 60 Antifaschisten vertrieben.

Am Samstag wurde eine antifaschistische Kundgebung mit über 400 Teilnehmern abgehalten. Als die Demonstranten anschließend zum Tagungsort der Faschisten zogen, war dieser von der Polizei vollständig abgeriegelt. Schönborn wurde unter Polizeischutz aus der protestierenden Menge geführt.

Eine von den Faschisten für den gleichen Nachmittag in Ansbach geplante Veranstaltung war ebenfalls verboten – auch hier wagten sie es nicht, die Veranstaltung trotzdem stattfinden zu lassen.

Die Antifaschisten hatten erreicht, daß diese Faschistenzusammenrottung weder in Nürnberg noch in Ansbach stattfinden konnte.

KB / Gruppe Nürnberg

schirmes und ist von der gegnerischen Abwehr daher relativ schwer zu erfassen. Es ist für die nahe Zukunft damit zu rechnen, daß – insbesondere bei dem verhältnismäßig geringem Preis der „cruise missile" – mehrere Länder über diese Waffe verfügen werden. Die Entscheidung der USA für die „cruise missile" führte zum Scheitern der SALT-II-Verhandlungen, weil die USA im Gegensatz zur Sowjetunion diese Waffe nicht als „strategisch" einstufen wollen. Die besondere Besorgnis der Sowjetunion gilt dem Erwerb der „cruise missile" durch europäische NATO-Länder, die dadurch die Möglichkeit erhalten, strategische Angriffe gegen die RGW-Länder zu starten.

- Die Weiterentwicklung militärischer Satelliten. *„Langfristig gesehen scheint der Gebrauch von Navigations- und Geodäsie-Satelliten zur Steuerung von Flugkörpern ins Ziel die umwälzendste militärische Technologie zu werden"* (Sipri, a.a.O.). Gleichzeitig zerbrechen sich die Experten schon den Kopf darüber, wie solche Steuersatelliten unschädlich zu machen sind. Angeblich gelang es seit Oktober 1975 sowjetischen Laserstationen mehrfach, amerikanische Erkundungssatelliten für kurze Zeit lahmzulegen („FR", 19.3.77).
- Die Weiterentwicklung chemischer Kampfmittel. „Sipri" schätzt z.B., daß die US-Imperialisten in Vietnam etwa 110 kg des Giftes Dioxin versprühten, das auch bei dem „Unfall" in Seveso frei wurde. Dioxin *„ist leicht herzustellen, behält seine Eigenschaft sehr lange und kann leicht zerstäubt werden ... In Seveso, so schätzt man, haben etwa 2,5 kg Dioxin in wenigen Stunden 230 ha bewohntes Land vergiftet"*.



Andrej Sacharow mit Brief von Carter: „Ich bin immer froh, etwas von Ihnen zu hören. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Herzlichst Jimmy Carter." Schluß des Briefes)

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen nehmen sich die Ergebnisse der diversen „Abrüstungsgespräche" der letzten Jahre wie ein Hohn aus:

- Der Atomwaffensperrvertrag kann, wie man jetzt immer deutlicher sieht, unterlaufen werden.
- Beim Teststoppabkommen für Atomwaffen wurde die Schwelle so hoch angesetzt, daß eine Weiterentwicklung der Atomwaffen nicht behindert ist.



10-Minuten-Demonstration für die Hetzpresse: Strauß-Freund Bukowski und US-Vize Mondale

- Die Wiener Gespräche über „beiderseitige Truppenreduzierung in Mitteleuropa" (MBFR) kommen nicht vom Fleck und lassen keinerlei Ergebnis erkennen.
- Das 1972 abgeschossene SALT-I-Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion läuft – abgesehen vom unbegrenzten Verbot der Entwicklung von Antiraketen-Raketen – in diesem Jahr aus. In Wladiwostok war im November 1974 zwischen Breschnew und Ford eine Rahmenabsprache zur „Begrenzung der strategischen Rüstung" getroffen worden, die 1977 als SALT-II-Abkommen konkretisiert und unterzeichnet werden sollte. Eine Einigung scheint aber nach Carters jüngsten Entscheidungen ferner denn je!
- Die KSZE-Schlußakte von Helsinki enthält nur wenige konkrete Maßnahmen auf militärischem Gebiet: Ankündigung von Manövern ab einer bestimmten Größenordnung, Austausch von Beobachtern (siehe AK 66). Das „Sipri"-Institut betont den allgemeinen Mangel aller „Abrüstungs"-Verträge: Rüstungsbegrenzungen werden erst dann vereinbart, wenn die Entwicklung eines Waffensystems so gut wie abgeschlossen ist. Ist aber eine „Begrenzung" vereinbart, nimmt man sofort mit aller Kraft die Entwicklung neuer Waffensysteme in Angriff.

Angesichts des allgemeinen Bankrotts der sog. „Entspannung", angesichts des jetzt sichtbar gewordenen großen Rüstungsvorsprungs der USA – im Windschatten der „Entspannungspolitik" erobert! – kommen selbst die eisernsten Apologeten der „unumkehrbaren Entspannung" aus der Sowjetunion nicht umhin, immer häufiger davon zu sprechen, daß die NATO *„auf den Weg verstärkter militärischer Vorbereitungen"* geraten sei („Prawda", lt. „FR", 4.7.77). Das läßt sich wohl nicht mehr gänzlich übersehen angesichts der oben aufgeführten militärischen Neuentwicklungen, sowie z.B. der jüngsten Bereitstellung von 3,8 Mrd. Dollar zur Herstellung noch effektiverer Atomsprengköpfe für neue Raketensysteme durch den US-Senat („Monitor Dienst" (MD), 26.5.77).

Natürlich bedeuten solche Einsichten noch lange keine grundsätzliche Infragestellung oder gar Abkehr vom bislang propagierten „Entspannungs"-Kurs. So reagierten die Revisionisten einigermaßen gereizt auf die vom „Sipri"-Institut geäußerten Zweifel an der Wirksamkeit von Teilmaßnahmen zur Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung: *„Die für die Erörterung von Teilmaßnahmen verbrauchte Zeit und Energie sind Zeit und Energie, die für die Verhandlungen über eine reale Abrüstung verloren sind"* („Sipri", zitiert nach: A.Kaljadin, Irreführende Argumente in der Abrüstungsdiskussion, „Sowjetunion heute", 8/77). Ohne die Teilabkommen würde sich die Welt nach Meinung Herrn Kaljadins in einem Zustand noch intensiveren Wettrüstens befinden, für deren „Eindämmung" noch schlechtere Aussichten bestünden. Die Teilabkommen seien vielmehr Schritte auf dem richtigen Weg: *„Sie verringern zumindest die Gefahr eines nuklearen Krieges und lieferten Beiträge zur schrittweisen Lösung der Probleme des Rüstungsstops (?). Das Erreichte muß natürlich verankert und ausgeweitet werden"* (ebenda).

„Wirtschaftliche Zusammenarbeit"

Nur wenig Auseinandersetzungen gab es um „Korb 2" der Schlußakte von Helsinki. Dort hatten sich die Unterzeichnerstaaten für eine Ausweitung des gegenseitigen Handels, industrielle Kooperation und die Verwirklichung von Projekten gemeinsamen Interesses ausgesprochen. Ginge es nur nach den Wünschen der RGW-Länder, würde die Überprüfung dieses Bereichs einen wesentlichen Teil der Belgrader Nachfolgekonferenz ausmachen. Vor dem Hintergrund einer starken Westverschuldung ist der RGW nach wir vor an einer Verbesserung seiner Exporte interessiert. Das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche schätzt, daß die Westverschuldung des RGW Ende 1977 rund 50 Mrd Dollar betragen wird; 1976 waren es noch 39,8 Mrd Dollar! („Welt", 30. 6.77)

Worum es dem RGW bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Bezug auf „Korb 2" geht, zeigt eine in der DDR veröffentlichte Wunschliste. Ziel sei die Überwindung bestehender Handelshindernisse und Diskriminierungen". Leider gehe die Entwicklung aber in die entgegengesetzte Richtung: *„Dazu gehört die Festlegung von Importquoten oder Einfuhrverboten für Waren aus sozialistischen Staaten, unvertretbare Zollbelastungen, Behinderung des Warenexports durch bürokratische Preis-, Qualitäts- und Standardprüfungsverfahren, Nichtanerkennung von Prüfungszertifikaten, langwierige Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren. Sie reichen hin bis zu Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Visa und Arbeitsgenehmigungen für Monteure oder Spezialisten. Obwohl in der Schlußakte alle Teilnehmerstaaten die vorteilhaften Wirkungen anerkennen, die von der Anwendung des Prinzips der Meistbegünstigung in ihren gegenseitigen Beziehungen ausgehen, weigern sich die westlichen Staaten, daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen"* („Horizont", 13/77, S.4).

Es herrschen also im Bereich der „wirtschaftlichen Zusammenarbeit" im Wesentlichen immer noch die gleichen Probleme vor, die die RGW-Länder durch weitgehende Zugeständnisse (wirtschaftlich und im Bereich der „menschlichen Erleichterungen") in Helsinki zu beseitigen hofften.

Viel Theater um die Menschenrechte...

Umso mehr Lärm wird seit Jahresbeginn um „Korb 3" der Schlußakte von Helsinki geschlagen. Dort erklärten die Unterzeichnerstaaten ihre Absicht, die Menschenrechte zu achten. Sie bezogen sich dabei u.a. auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10.12.48. Diese Erklärung entstand unter dem Eindruck des Sieges über den Faschismus und umfaßt neben Grundrechten, die auch im Grundgesetz der BRD enthalten sind (und eben da wieder eingeschränkt werden), eine Anzahl „sozialer" Menschenrechte, die wegen des Privateigentums an Produktionsmitteln kein kapitalistischer Staat garantieren kann. So das Recht auf Arbeit, das Recht auf befriedigende Entlohnung und das Recht auf eine Lebenshaltung, die Gesundheit und Wohlbefinden gewährleistet. Auch in den anderen Punkten ist diese Erklärung eine lohnende Lektüre: Merkt der Leser dabei doch, wie wenig diese schönen Prinzipien verwirklicht wurden! Da es jedoch kein internationales Organ gibt, bei dem Verstöße eingeklagt werden können, ging man einen

gibt, bei dem Verstöße eingeklagt werden können, ging man einen

Schritt weiter. Im Rahmen der UNO erarbeitete man 1966 den „Pakt über bürgerliche und politische Rechte" und den „Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte". Darin ist ein „Ausschuß für Menschenrechte vorgesehen, der angeblich die Verwirklichung der Menschenrechte überwachen soll. Diesen „Pakten" traten bis zum Inkrafttreten 1976 rund 40 der etwa 150 UN-Mitgliedsländer bei, darunter alle RGW-Länder, nicht aber die USA („FR", 12.3. 1977).

Die langfristigen Hoffnungen der Imperialisten beim ideologischen Mißbrauch der Menschenrechte beschreibt z.B. der Kölner Staatsrechtsprofessor Kriele folgendermaßen: Ziel sei, *„Bilanz (zu) ziehen und den Kommunismus als die Sackgasse des Pseudoprogressismus (zu) entlarven, der der Menschheit als Beispiel despotischer Entartung der Politik in Erinnerung bleiben wird."* (Alle Zitate nach: M.Kriele, Ohne Menschenrechte kein Fortschritt, „Zeit", 17.6.77).

Mittel zu diesem Ziel sei die ständige Frage nach der Verwirklichung der Menschenrechte in Ost und West: *„Die Information über Tatsachen, wie sie sich zum Beispiel mit den drei Bänden des Archipel Gulag und anderen bis in die Gegenwart hineinreichenden Dokumentationen über die Welt verbreitet, wird sich auf längere Sicht als eine stärkere Macht erweisen als jede Propaganda."*

Demgegenüber nimmt sich die Position der Länder des „realen Sozialismus" nicht gerade glücklich aus, denn sie müssen schließlich die Einschränkung der demokratischen und Arbeiterrechte als angebliche Errungenschaft des Sozialismus rechtfertigen. So beginnt ein grundlegender Aufsatz aus der DDR mit der Behauptung: **„Die Menschenrechte gewinnen im internationalen Klassenkampf ständig an Bedeutung"** (B.Graefrath, Die Menschenrechte und der Kampf um ihre Verwirklichung, „Horizont" 3/77). Gleich danach beginnen mit Blick auf die eigene Wirklichkeit die Einschränkungen:

- Es gebe eine *„international zunehmende Erkenntnis, daß von Menschenrechten nicht die Rede sein kann, solange das Recht auf Arbeit nicht gewährleistet wird"* (ebenda).
- Die UNO sei nur für Menschenrechtsverletzungen zuständig, die durch ihr Ausmaß eine Bedrohung des Friedens darstellen (Südliches Afrika, Naher Osten, Chile). Ansonsten seien die Staaten selbst zuständig.
- In welcher Form und wieweit diese Staaten die Menschenrechte verwirklichen, sei ihre eigene Angelegenheit. Mischen sich dabei ausländische Staaten ein, werde das Selbstbestimmungsrecht verletzt, was einen Verstoß gegen die UN-Charta darstelle.

Fazit: *„Gegen den Kern der UNO-Menschenrechtskonzeption, die auf der Fundierung der staatlichen Souveränität im Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht, richten sich all jene bürgerlichen Theorien, die versuchen, die Menschenrechtserklärungen der UNO, der Konferenz von Helsinki oder die Regeln der verschiedenen Menschenrechtskonventionen als für den einzelnen Bürger unmittelbar geltendes Recht auszugeben"* (Graifrath).

Entlang dieser beiden Strickmuster, dem Versuch einer neuartigen Roll-Back-Politik des Westens unter Mißbrauch der Menschenrechte und der plumpen und zugleich zynischen Reaktion der RGW-Länder, nur im „realen Sozialismus" seien die Menschenrechte verwirklicht, verläuft die Auseinandersetzung.

Schon im Wahlkampf, während der zweiten Fernsehdiskussion mit Gerald Ford, posaunte Jimmy Carter scheinheilig, die USA *„sollten alles tun, um die Freiheit in den gegenwärtig besetzten Gebieten Osteuropas zu fördern"* („Spiegel", 16/77). Bei seinem Amtsantritt, am 20.1.77, phantasierte Carter in seiner Antrittsrede insgesamt neunmal direkt oder indirekt von der „Verpflichtung" der USA, die „Führung im weltweiten Kampf für die Rechte der Menschen" zu übernehmen.

Innerhalb des folgenden Vierteljahres fuhr Carter dann seinen „Kreuzzug zur Wahrung der Menschenrechte" ab:

- Das neue US-Außenministerium kritisierte die Reaktion der CSSR-Regierung auf die „Charta 77" öffentlich und ungewöhnlich scharf.
- Am 30.1.77 ging das State-Department mit einer Erklärung zugunsten des sowjetischen „Dissidenten" Sacharow noch einen Schritt weiter: *„Alle Versuche der Behörden, Sacharow einzuschüchtern, werden in der Sowjetunion nicht die gerechtfertigte Kritik zum Schweigen bringen und stehen im Gegensatz zu den anerkannten internationalen Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte"* („FR", 31.1.77)
- Die Sowjetunion reagierte auf diese Erklärung gereizt: Das Ganze sei ein „widerwärtiges Schauspiel", eine „von den USA aus gesteuerte antisowjetische Kampagne" (TASS-Kom., ebenda). Die Carter-Regierung eskalierte daraufhin noch einmal die Spannungen und wies den TASS-Korrespondenten Wladimir Alexejew aus.
- Von da ab blieb die US-Regierung am Ball. Waren es zunächst mittlere Beamte der US-Behörden, die an „vorderster Front" standen, so schaltete sich nun die „erste Garde" selbst ein: US-Außenminister Cyrus Vance brachte „Amerikas Besorgnis" über die Verhaftung des sowjetischen „Dissidenten" Alexander Ginsburg zum Ausdruck („Spiegel", 16/77). Carter selbst ließ es sich nicht nehmen, einen offenen Brief Sacharows mit einem offiziellen Gegenschreiben zu beantworten. Am 1.3.77 schließlich – gewissermaßen als Höhepunkt der Kampagne – empfing Carter den gegen den chilenischen KP-Führer Corvalan ausgetauschten sowjetischen „Dissidenten" Bukowski.

Insgesamt reagierte die sowjetische Regierung auf die Menschenrechtskampagne mit einer Gegenrechnung, deren Themen sich von Arbeitslosigkeit über Rassismus bis zur Tätigkeit von Radio „free europe" und der Erschießung Georg von Rauchs erstreckten. Immerhin fehlt es ja auch nicht gerade an berechtigten Argumenten, die den verlogenen Charakter der Menschenrechtskampagne belegen. So schrieb etwa die sowjetische Zeitung „Sozialistisches kaja industrija": *„Diese Herren vergessen, daß an ihren Händen das Blut der Patrioten Vietnams, der Demokraten Chiles, der Unabhängigkeitskämpfer Angolas, der Opfer des ungezügelten Apartheid-Rassismus in Südafrika sowie Ulsters klebt. Sie führen sich so auf ... als ob es in der BRD keine Berufsverbote gäbe, als ob die 'freie Welt' nicht über 18 Millionen Arbeitslose auf dem Gewissen hätte, als ob es die Ermordung von Politikern und polizeiliche Bespitzelung fortschrittlich eingestellter Bürger nicht gegeben hätte und noch gäbe"*.



„Ich und die Menschenrechte? – Mmmpf ..."

Bezüglich der in der KSZE-Schlußakte von Helsinki hoch und heilig beschworenen „Zusammenarbeit", ist also u.a. aus der „Menschenrechtskampagne" eher das Gegenteil, nämlich eine Verhärtung der Fronten zu verzeichnen.

Es gibt also insgesamt gesehen für die 35 an der KSZE-Nachfolgekonferenz teilnehmenden Staaten in keinem Bereich eine im Sinne echter Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit irgendwie positive Bilanz zu ziehen. Die allgemeine Aufrüstung gewinnt immer mehr an Tempo, die Kriegsgefahr nimmt bedrohlich zu, die ideologische und propagandistische Auseinandersetzung eskaliert immer schärfer und die wirtschaftliche Zusammenarbeit – für die Revisionisten der Garant der „unumkehrbaren Entspannung" – erweist sich als alles andere als das. Obwohl nach dieser Entwicklung die KSZE-Unterzeichner auf ihrer Nachfolgekonferenz eigentlich nicht viel mehr machen könnten, als das absolute Scheitern dieses Unternehmens einzugestehen, steht den westeuropäischen Völkern da wohl im Herbst eher wieder eine der bekannten Schmierenkomödien ins Haus.

RGW-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

Brokdorf - Grohnde - Malville - Der Kampf geht weiter!

die ähnlich wie seinerzeit die „Itzehoe-Fraktion" dringend vor dem Eindringen in die vom Präfekten der Region geschaffenen verbotenen Zone warnten.

Anders als die DKP, die im Februar keine Gelegenheit zur Diffamierung der Brokdorf-Demonstranten ausgelassen hatte, traten PS und CFDT jedoch erheblich gemäßigter in der Tonart auf. Man wollte sich nicht mit der Ökologie-Bewegung überwerfen, die bei den letzten Kommunalwahlen in Frankreich erhebliche Erfolge erzielt hatte. PS und CFDT bejahen grundsätzlich die Atomenergie, wollen sich aber mit einer zum Teil verbalradikalen Kritik an der Regierungspolitik und der Forderung nach einer



„demokratischen Debatte" über das Atomprogramm bei der Anti-AKW-Bewegung anbiedern. Die PCF dagegen bekennt sich recht offen zur „Notwendigkeit" von AKWs (wie auch zur atomaren Aufrüstung Frankreichs) und versucht gar nicht erst, Einfluß auf die Bewegung zu gewinnen.

PS und CFDT, die als Alternative zum Marsch auf den Bauplatz am Sonnabend (30.7.) Versammlungen in den Ortschaften außerhalb der verbotenen Zone angeboten hatten, kamen dabei nicht über einige hundert Teilnehmer hinaus. Aber auch innerhalb der Malville-Komitees war die Frage des Vorgehens bis zuletzt umstritten.

Zauberwort „Autonomie"

Die Komitees hatten versucht, mit dem Rezept des „autonomen Vorgehens" die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen in der Bewegung und eine mögliche Spaltung zu umgehen. Jeder Gruppierung sollte es selbst überlassen bleiben, auf welche Weise sie das Ziel, auf den Bauplatz vorzudringen, erreichen will. Insbesondere sollte eigenständig über das Verhalten gegenüber dem Polizeiaufmarsch entschieden werden. Zu diesem Zweck wurden vier „autonome" Demonstrationszüge angeboten; eine weitere Aufsplitterung war unter den besonders eifrigen „Autonomisten" bereits im Gespräch. Im westdeutschen Lager trafen sich „Super-Militante" (der hiesigen „Fischmarkt-Szene" vergleichbar) und strikte „Gewaltfreie" auf der Basis der „Autonomie" und in der Ablehnung der Vorschläge von KB-Genossen, die für eine einheitliche Aktion und demokratische Entscheidungsstrukturen eintraten. „Der KB will uns vom Kampf abhalten" und „Wir brauchen kein ZK, was hinter den Linien die Entscheidungen fällt", pöbelten die einen. „Ein durchorganisiertes Vorgehen schränkt die Eigenständigkeit ein und behindert die Entfaltung aller möglichen phantasievollen Aktionsformen", meinten die anderen.

Tatsächlich verbarg sich hinter dem Zauberwort „Autonomie" die Unfähigkeit oder Weigerung zur politischen Auseinandersetzung. Die „Super-Militanten" sind natürlich brennend daran interessiert, ihre totale Minderheitsposition auf keinen Fall demokratisch zur Diskussion und Entscheidung zu stellen. Die Gewaltfreien dagegen hatten „keine Lust, sich von den Anarchisten in eine Konfrontation mit der Polizei hineinziehen zu lassen".

Noch vor der eigentlichen Aktion hatte die Polizei selbst alle Träumereien vom „autonomen" Vorgehen zerschlagen. Die ständige Aufstokkung der anwesenden CRS-Einheiten, die Drohungen des Präfekten, Überfälle auf das Lager in Morestel usw. hatten auf brutale Weise klargemacht, welche Schwäche dieser Zustand der Desorganisierung beinhaltete, und daß das geplante „autonome" Eindringen in die verbotene Zone selbstmörderisch sein würde. Der Vorschlag einer einheitlichen Demonstration setzte sich mit großer Mehrheit durch. Von „Autonomie" war von da an nicht mehr die Rede. Einzig eine Gruppe von 1.000 bis 2.000 vornehmlich „gewaltfreien" Demonstranten aus Poleyrieu hielt sich nicht an die Mehrheitsentscheidung, sondern marschierte am Sonntag auf eigene Faust los. Dieser Zug fand sich alsbald von vorn und hinten durch Polizeisperren eingeschlossen wieder. Dies läßt in etwa erahnen, was sich unter „autonomen" Bedingungen insgesamt in den Wäldern von Malville abgespielt hätte...

In keiner einzigen der bisher zur Demonstration vorliegenden Stellungnahmen wird der Idee vom getrennten, „autonomen" Vorgehen eine Träne nachgeweint. Vielmehr wird von allen Strömungen übereinstimmend der Mangel an Organisierung beklagt. Selten ist die „Autonomie" so sang- und klanglos beerdigt worden wie an diesem Wochenende. Dennoch kommt es jetzt darauf an, die diesem Konzept zugrundeliegenden fatalen Illusionen gegenüber dem Staatsapparat zu bekämpfen. Sonst werden sich unvermeidlich vor der nächsten Aktion von neuem die Stimmen rühren, die politische Diskussion als „Hick-Hack", „Abstimmungsmaschinerie", Ordnerdienste zur Einhaltung der Beschlüsse als „Bullen" usw. usf. diffamieren.

„Gewaltlos, aber offensiv.."?

Die Bildung eines einheitlichen Demonstrationszuges schaffte die Voraussetzung dafür, geschlossen in die Sperrzone einzudringen und das vom Präfekten erlassene Demonstrationsverbot zu durchbrechen. So sahen sich diejenigen Kräfte in der „Koordinierung" der Malville-Komitees, die darauf spekuliert hatten, die Demonstranten würden sich nach dem langen Anmarsch zum gemeinsamen Treffpunkt mit einer Versammlung außerhalb der verbotenen Zone „zufriedengeben", getäuscht. Tatsächlich war es für die Demonstranten gar keine Frage, sich ohne Aufenthalt zu vereinigen und direkt in Richtung Bauplatz weiterzumarschieren. Auch die Tatsache, daß 10.000 bis 20.000 Demonstranten während der Auseinandersetzung mit der Polizei stundenlang unter Granatenbeschuß ausharrten, ohne

sich wirksam dagegen zur Wehr setzen zu können ohne, aber gleich-

sich wirksam dagegen zur Wehr setzen zu können, ohne aber gleichzeitig das Ziel, zum Bauplatz vorzudringen, aufgeben zu wollen, unterstreicht die Kampfbereitschaft der Bewegung.

Hervorzuheben ist auch, daß die Mehrheit der Demonstranten, die nicht an den Konfrontationen beteiligt war, keinen vorzeitigen Rückzug antrat und damit verhinderte, daß die vorderen Reihen aufgerieben werden konnten. Dies alles sind zweifellos politische Erfolge.

Dennoch kann angesichts des Toten und der Schwerverletzten von Malville, angesichts der völligen Wehrlosigkeit gegenüber dem Granatenbeschuß, der Unfähigkeit, in der dadurch hervorgerufenen Situation überhaupt noch politische Entscheidungen fällen und durchsetzen zu können, niemand über diese Erfolge froh werden.

Die Malville-Komitees hatten dazu aufgerufen, „gewaltfrei, aber offensiv" zu demonstrieren.

Als dieser vermeintliche gemeinsame Nenner an der Polizeisperre de facto nicht mehr als nur ein leeres Wort war, reagierten die Komitees nur noch hilflos. Eine funktionierende Demonstrationsleitung war ebensowenig vorhanden wie eine gemeinsame Taktik. Tatsächlich interpretierte jede Gruppierung die gegebene Devise nach Bedarf, wie in den jetzt laufenden Diskussionen klar zum Ausdruck kommt.

Da sind zunächst die „Gewaltfreien aus Prinzip", für die *„zwischen der Herstellung einer Atombombe und eines Molotow-Cocktails kein Unterschied"* besteht (nach „Liberation", 3.8.). Sie fordern eine „Entsolidarisierung" von denjenigen, „die sich mit der Polizei geschlagen haben". Angesichts der brutalen Entschlossenheit der Herrschenden, beim Bau der AKW's über Leichen zu gehen, wird dieser Strömung letztlich nichts anderes übrig bleiben, als ihre „Prinzipien" höher zu bewerten als den Widerstand.

Eine andere Strömung warnt vor „Gewaltanwendung", da sich die Anti-AKW-Bewegung damit in der Bevölkerung isolieren würde. Dieses Argument wurde vor der Demonstration von einzelnen Vertretern der örtlichen Komitees immer wieder gebracht. Als die Einwohner von Faverge am 31.7. und in den Tagen danach jedoch zeigten, daß sie sehr wohl zwischen den Offensivgranaten und der faschistischen Brutalität der CRS auf der einen Seite und dem Widerstand auf der anderen zu unterscheiden wußten, geriet auch diese Argumentation in den Hintergrund. Täglich erschienen in „Liberation" zahlreiche und relativ glaubwürdige Untersuchungen über die „Stimmung in der Bevölkerung", aus denen hervorgeht, daß die Polizeibrutalität vielmehr zu einer Solidarisierung mit den Demonstranten geführt hat.

Je näher man an Faverge (den Ort der Auseinandersetzungen) herankomme, meint „Liberation", desto eindeutiger sei die Parteinahme für die Demonstranten, bei weiter entfernt wohnenden Leuten sei die Meinung geteilt. Diese Erfahrung wurde von den KB-Genossen „vor Ort" bestätigt.

Stark sind dagegen unter der Bevölkerung diejenigen Stimmen, die „Gewalt ablehnen, weil man gegenüber der Polizei sowieso immer den kürzeren zieht". Auf der anderen

über der Polizei sowieso immer den kürzeren zieht". Auf der anderen

Seite sind jedoch auch Tendenzen zu einer Radikalisierung sichtbar. Nebenbei bemerkt gibt es nicht eine einzige Stellungnahme, die eine „Zersetzung der Polizei" behaupten würde und davon ausginge, die CRS sei „bei richtiger Führung" wegzupusten gewesen.

Zweifellos versucht der Staat nach wie vor an der Frage der Gewalt den Keil anzusetzen und die Bewegung zu spalten. Bis auf diejenigen, deren „Flower-power" angesichts von Offensivgranaten beinahe skurril wirkt (wenn sie nicht diese mörderische Konsequenze hätte), ist die „Gewaltfrage" unter der großen Mehrheit der AKW-Gegner jedoch keine moralische „Prinzipienfrage", sondern eine Frage unterschiedlicher Auffassung über die Taktik des Vorgehens. Diese Widersprüche müssen breit diskutiert werden, um den Spaltungsversuchen entgegenzutreten. Immerhin hat es

Offener Brief an den Innenminister von Michel Grandjean

Michel, ehemals führender Genosse der inzwischen verbotenen revolutionären Organisation „Gauche Proletarienne", der am 31. Juli von einer Offensivgranate getroffen wurde und ein Bein verlor, schreibt an den französischen Innenminister:

„Ich muß feststellen, daß ich radikal und grundsätzlich gegen den Bau des Schnellen Brüter und gegen die gesamte Atompolitik bin. Nichtsdestoweniger wußte ich, daß es unmöglich sein würde, den Bauplatz zu stürmen. Ich bin also nicht mit dem Ziel (der Hoffung) nach Malville gekommen, das AKW angzugreifen oder die Ordnungskräfte. Gewaltlos aus Realismus und nicht aus Prinzip war ich also für eine friedliche Versammlung, soweit man uns erlauben würde, uns friedlich zu versammeln.

Ich war also sehr glücklich über die große Zahl von Demonstranten, glücklich über die sechzigtausend Menschen, glücklich auch über die große Zahl von Ausländern. Aber nur soweit. Jannin hatte entschieden, daß man – um **jeden Preis** *– sich nicht versammeln dürfe, daß man nicht durchkommen dürfe. Deshalb, obgleich zu keinem Zeitpunkt diese Konfrontation mit den Ordnungskräften gesucht wurde, bin ich mir schnell darüber klar geworden, daß die Ankündigung von Jannin alle Formen der Repression beinhalten würde, einschließlich Mord.*

Deshalb hat er uns in die verbotene Zone eindringen lassen dort, wo er es entschieden hatte.

Deshalb hat er, als sich die Demonstration auf einmal in diesem Hinterhalt eingeschlossen fand, den Befehl gegeben, Offensivgranaten in einer Weise einzusetzen, wie es niemals zuvor getan worden ist.

Was mich betrifft, saß ich in einem Kartoffelfeld, benommen, atemlos durch das Gas. Dann ging über der Hecke, hinter der ich mich befand, ein Hagel von Offensivgranaten nieder, von Karabinern aus weiter Entfernung abgeschossen. Eine von diesen ist neben meine Füße gefallen. Ich habe nicht die Zeit gehabt aufzustehen, als sie explodierte und mir das rechte Bein zerriß. Ich war zu diesem Zeitpunkt auf dem Rückzug. Ich benutze die Gelegenheit, aus vollem Herzen den deutschen Demonstranten zu danken, die so diffamiert worden sind, und die mir das Leben gerettet haben. Trotz der Granaten, trotz des wütenden Angriffs der Polizisten haben sie mich zu den Hilfsdiensten transportiert und mir die Möglichkeit gegeben, schnellstens Erste Hilfe zu erhalten.

Ich hatte nicht die Gewalt gewählt, ich hatte mich dafür entschieden, anwesend zu sein. Auf die Gefahr hin, lächerlich zu wirken, handelte es sich für mich um eine Art moralischer Pflicht im Hinblick auf spätere Generationen, auf die Zukunft, und konkreter für mich, um mein Leben und das meines Kindes.

Ich klage Jannin an, daß er töten wollte, daß er getötet hat. *Indem er den Befehl zu einem solchen Einsatz der Offensivgranaten gab, wußte er, daß, wenn man das Feuer eröffnet, der Tod und die Verstümmelung von Demonstranten die Folge sein würde. Man muß daran erinnern, daß die Offensivgranaten militärische Waffen sind, daß sie beim Explodieren einen Krater von einem Meter Durchmesser verursachen, und daß sie es waren, die Vital Michalon getötet haben, die meinem neuen deutschen Freund den Arm abgerissen haben, und die mir das Bein zerfetzt haben.*

Dies kann nicht hingenommen werden. Ich appelliere an alle, für die das Wort Leben einen Sinn hat, an alle Demonstranten von Malville, das Verbot dieser Offensivgranaten zu erzwingen und die Anklageerhebung gegen Präfekt Jannin zu fordern. Nicht, daß es gute oder schlechte Waffen der Repression geben würde, sondern es gibt offensichtlich eine Eskalation. Was gestern noch ein Einzelfall war, wird heute zu einer systematischen Praxis.

Was man nicht eingestehen will (in den Präfekturen und im Innenministerium machte man sich vor Monaten die Mühe, das gezielte Schießen mit Tränengasgranaten oder die Verwendung von Offensivgranaten zu dementieren), die Barbarei wird eine harmlose und ausgebaute Methode. Offene Kriegsmittel werden eingesetzt, ohne daß irgendeine Notwendigkeit zur Sicherheit oder Verteidigung der Ordnungskräfte dies rechtfertigen könnte. Der diensthabende Arzt, der bei meiner Ankunft im Krankenhaus meine Karte erhielt, hatte die makabre Ironie, darauf zu schreiben, eingerahmt von einem Kreis: **„Das ist der Krieg".** *Sein boshafter Humor traf es trotz allem genau.*

Malville, das war Krieg gegen sechzigtausend Menschen und in ganz realer Weise.

Weder Ungeschick noch Panik können die Haltung des Präfekten Jannin und die seiner Vorgesetzten erklären. Man tötet unter diesen Bedingungen nicht zufällig und für nichts. Wenn sie es gewagt haben, dann deshalb, weil es einen Vorsatz gab.

Aber nur sie können glauben, daß man eine Revolte auslöschen kann, daß man mit solchen Methoden einen Strich ziehen kann unter eine Bewegung wie diese.

Wenn ich diesen Brief heute schreibe, wenn ich diesen Aufruf herausgebe, dann weniger wegen mir selbst (ich werde mein Bein nicht wiedererhalten), sondern weil ich weiß, daß es andere Märsche, andere Demonstrationen geben wird. Wenn wir nicht massiv gegen solche Mittel reagieren, werden sie zukünftig als selbstverständlich betrachtet. Und es wird weitere Tote, weitere Verstümmelte geben. Und später werden unmerklich noch weitere Grenzen überschritten, bis hin zu einem Zustand des permanenten Kriegs gegen diejenigen, die sich das Recht erhalten wollen, nein zu sagen."

(aus „Le Matin", 4.8.1977)



„Offensivgranate". Sie enthält 90 Gramm TNT und wirkt durch starken Luftdruck im Umkreis von 10 m. Ihre Zünddauer wurde von 7 auf 4 Sekunden herabgesetzt, um zu verhindern, daß sie von Demonstranten zurückgeworfen wird. In polizeilichen Anweisungen heißt es, daß ihr wechselweiser Einsatz mit Tränengas besonders wirkungsvoll sei. So wurde auch in Malville verfahren: Ein Toter und zwei Verstümmelte waren die Folge dieses Vorgehens.

Malville-Berichte

Zur Information über den Verlauf sowie die Vor- und Nachbereitung der Demonstration gegen den »Superphénix« von Malville am 30./31. Juli verweisen wir auf

die Internationale

Nr. 28: Augenzeugenberichte — Stellungnahmen der französischen Linken — Bildmaterial (siehe auch Anzeige auf Seite 56).

Fortsetzung von Seite 4

die Koordinierung der Malville-Komitees abgelehnt, eine Spaltung der Bewegung in „gute und schlechte AKW-Gegner" hinzunehmen und sich mit allen Opfern der Repression solidarisiert.

Wie weiter?

Als erster hat einer der Exponenten der französischen Ökologisten-Bewegung, Brice Lalonde, zu verstehen gegeben, wie es nach Meinung der „gemäßigten Fraktion" der Ökologisten weitergehen soll.

Lalonde kritisierte die Polizeitaktik bezeichnenderweise darin, daß sie den Organisatoren der Demonstration nicht die Gelegenheit gegeben hätte, eine große Versammlung durchzuführen, auf der die „Extremisten" hätten „isoliert" werden können. Den Malville-Komitees wirft er vor, mit der revolutionären Linken zusammengearbeitet oder zumindest ihre Beteiligung toleriert zu haben. Zukünftig müßten die Aktionen der Ökologisten von ihnen selbst organisiert werden. Während Lalonde den „Linksradikalen" eine klare Absage erteilt, streckt er hingegen die Fühler in Richtung PS aus, mit der man gemeinsam einen Stop des Atomprogramms erreichen könne. Als nächste Aufgabe gibt er die Kandidatur der Ökologisten zu den Europaparlamentswahlen 1978 an. Dazu wolle man sich mit Gleichgesinnten aus anderen westeuropäischen Ländern zusammentun und ein alternatives Energieprogramm erstellen.

Von direkten Aktionen gegen AKW's und insbesondere gegen den Schnellen Brüter ist keine Rede.

Angesichts der unmißverständlichen Haltung der AKW-Betreiber und des Staates, **„mit allen Mitteln"** (Präfekt Jannin) den Bau der Atomanlagen gegen Protestaktionen zu sichern, zieht dieser Teil der Bewegung die Schlußfolgerung, insbesondere das Recht auf Bauplatzbesetzung fallenzulassen und damit das bisher wichtigste Kampfmittel der Bewegung preiszugeben. Anstelle dessen soll die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, die Kandidatur zu Parlamenten (ausgerechnet auch noch zum „Euro-Parlament"!) usw. treten.

Angesichts der neuen Dimension des Polizei-Einsatzes von Malville steht jedoch auch der militante Teil der Anti-AKW-Bewegung vor der Frage, wie weitere Besetzungsversuche gegen die Atom-KZ's Malville, Brokdorf, Grohnde usw. verantwortungsvoll organisiert werden können. Dies ist in erster Linie eine politische Frage. Malville hat erneut gezeigt, welche Möglichkeiten zur Massenmobilisierung nach wie vor vorhanden sind, insbesondere auch auf internationaler Ebene. Malville hat – für uns überraschend – auch gezeigt, welche Bereitschaft trotz Ausländerdiffamierung und Terroristenhetze in den örtlichen Komitees vorhanden war, mit den militanten AKW-Gegnern solidarisch zusammenzuarbeiten – eine Chance, die von den französischen revolutionären Organisationen bisher kaum genutzt worden ist. Dies zeigt, daß diese Aktionsform noch lange nicht an ihre Grenzen gestoßen ist und eine höhere politsche Qualität erreicht werden kann, was die politische Vereinheitlichung, die Geschlossenheit der Aktion, die Anwendung unterschiedlicher Taktiken, die Unterstützung der örtlichen Bevölkerung usw. angeht.

Andererseits muß auch die Eskalation der polizeilichen Repressionsmaßnahmen in Rechnung gestellt werden. Man wird also auch auf dieser Ebene sehr sorfältig und ernsthaft Konsequenzen diskutieren müssen.

Solidaritäts- Aktionen

Fortsetzung von Seite 1

- Dänischer Studentenverband Danske Studerendes Faellersrad;
- Norsk Studentenunion (Norwegen)
- Sosialistisk Venstre Parti (Norwg.)
- Forbundet Kommunist (Schwed.);
- Pour le Socialisme (Belgien);
- OCT (Frankreich);
- LCR (Frankreich);
- MES (Portugal);
- OCCVN (Comitee de Coordination contre Verbois Nucleaire, Genf);
- SAG (Schweizerisches Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen);
- Comitato politico Enel (italienische autonome Gruppe);
- Lotta Continua (Italien);
- Radio Onde Rosso (Italien);
- Constituente die DP Italia (AO-PdUP-Leja);
- MLS (Italien);
- „il manifesto" (Italien);
- BUU /Hamburg;
- BBA Bremerhaven;
- Ermittlungsausschuß Hannover;
- Axel Galette, Rechtsanwalt in Kiel;
- Dietrich Langhoff, Rechtsanwalt in Hannover;

– Dietrich Langhoff, Rechtsanwalt in Hannover;

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die nationalen und internationalen Solidaritätsaktionen.

Malville Solidaritätsaktionen International

Belgien. Am 6.8. besetzten 80 – 100 AKW Gegner den zentralen Bahnhof in Brüssel und verhinderten die Abfahrt eines Zuges nach Paris. Nur mit einem brutalen Knüppeleinsatz (2 Verletzte, 20 Festgenommene) konnte die Polizei die kurzfristige Blockade aufheben.

Italien. 3.000 Demonstranten versammelten sich in Montalto di Castro, um gegen das dort geplante AKW zu protestieren. Die Solidarität mit Malville stand zwar nicht im Vordergrund, sie wurde aber durch Transparente und Sprechchöre zum Ausdruck gebracht. Bei der Aktion kam es zu einem Zwischenfall mit der Polizei, als einige Demonstranten eine Straßensperre errichteten.

500 Personen beteiligten sich an einer Protestdemonstration in Castellione di Pepeli (Appeninen). Aufgerufen hatte die italienische Lega Antinucleare.

rufen hatte die italienische Lega Antinucleare.

Schweiz. Schon in der Nacht vom 30.

Schweiz. Schon in der Nacht vom 30.

7. auf 31.7. kam es in der Schweiz zu den ersten Solidaritätsaktionen mit Malville. Ca. 80 Personen zogen vier Stunden lang in einem Fakkelmarsch um das AKW Gösgen, zu der die BI's Rheinfelden, Liestal, Birsfelden aufgerufen hatten.

Am 5.8. kam es in mindestens vier Städten zu weiteren Aktionen. In Zürich nahmen 600 Personen an einem von der SAG (Schweizerisches Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen) organisierten Fackelmarsch zum französischen Konsulat teil.

In Genf waren es 500 Personen, die an einer Kundgebung teilnahmen, in Basel beteiligten sich 300 an einer Demonstration, und in Olten demonstrierten 150 Personen.

Flensburg

150 Personen folgten einem Aufruf der BI Flensburg, BI Sörup-Satrup und KB zu einer Kundgebung und Demonstration am 5.8.. Bereits am 1.8. wurde eine spontane Kundgebung mit gut 100 Personen durchgeführt.

Lübeck

Gut 50 Personen nahmen an einer Kundgebung teil, die vom KB, BI gegen AKW, BI Kernenergiegefahren e.V. und Teilen der „Undogmatischen Linken" getragen wurde.

Hamburg

1.500 AKW-Gegner beteiligten sich am 1.8. an einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt. Diese Aktion wurde im wesentlichen vom KB getragen.

800 Personen kamen am 5.8. zu einer Veranstaltung, auf der Augenzeugen berichteten. Veranstalter war der SSB.

Ca. 3.000 Demonstranten folgten dem Aufruf der BUU Hamburg zu einer Solidaritätsaktion am 6. August. Auf der Abschlußkundgebung sprach neben Augenzeugen auch ein Delegierter des Malville-Komitee aus Morestel/Frankreich.

Hannover

Weit über 600 Personen demonstrierten am 6.8. in Hannover. Aufgerufen hatte die BI gegen Atomanlagen. Auf der Kundgebung wurde besonders die internationale Solidarität hervorgehoben.

Göttingen

Schlecht besucht war die Kundgebung in Göttingen. 50 Personen waren auf der Kundgebung des „Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie", die vom AStA, KB und SB unterstützt wurde.

Düsseldorf

Nur mäßige Beteiligung fand der Aufruf mehrerer BIs aus dem Ruhrgebiet zu einer Solidaritätsaktion in Düsseldorf am 6.8. Insgesamt nahmen ca. 200 bis 250 Menschen an der Versammlung vor dem französischen Konsulat und der anschließenden Demonstration in der Innenstadt teil. Folgende Gruppen hatten die Aktion unterstützt: die BIs aus Dortmund, Essen, Hagen, Bochum und Herne, der NBA Dinslaken, Volksblatt Wanne-Eickel, KB und andere Gruppen.

Köln

150 Leute folgten dem Aufruf einer örtlichen Aktionseinheit, bestehend aus KB, BI Köln, AStA der Sporthochschule, Fachschaft Medizin, SB, GIM, der „Andere Buchladen", Stadt Revue und Baggerwehr. Die SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) hatte mit einem eigenen Flugblatt zu der Demo aufgerufen.

Zu Beginn der Demonstration gab es eine Auseinandersetzung mit der Polizei. Es gelang den Bullen, ein Megaphon zu entwenden.

Die „KPD" lehnte es ab, sich an Aktionen zu beteiligen.

Tübingen

175 Personen besuchten eine Veranstaltung am 6.8., die von ca. 20 Malville-Rückkehrern getragen wurde. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Augenzeugenberichte.

Kiel

Ca. 60 bis 100 Leute nahmen an einer Protestveranstaltung teil, die von der BI gegen Atomanlagen organisiert war. Die Aktion wurde unterstützt von der AGU Kiel (Mitglied im BBU). Schon am 1.8. hatten 120 bis 130 AKW-Gegner an einer Kundgebung teilgenommen.

Stuttgart

150 AKW-Gegner nahmen an einem Schweigemarsch teil, der von der „Solidaritätsgruppe Vital Michalon" organisiert worden war.

Freiburg

In Freiburg hatte eine Aktionseinheit, bestehend aus einer Schülergruppe, KB, GIM, GAF, AKU, „Was Wir Wollen" und KKW–Nein zur Solidaritätsveranstaltung am 6.8. aufgerufen. Mit ca. 200 AKW-Gegnern war die Veranstaltung relativ gut besucht. Auch hier hatte der KBW wie in anderen Städten die Solidaritätsaktionen als kleinbürgerlich und opportunistisch bezeichnet.

Schon am 2.8. war es in Freiburg zu einer spontanen Demonstration gekommen, an der 200 Personen teilnahmen.

Nürnberg

Aus Protest gegen das brutale Vorgehen der französischen Polizei besetzten am 3.8. rund 35 AKW-Gegner aus Nürnberg die zentral gelegene Lorenz-Kirche. Ein riesiges Transparent wurde an einem Gerüst vor der Kirche aufgehängt. Leider gelang es den Bullen, vier Personen vorübergehend festzunehmen.

Westberlin

Ein Malville-Aktionskomitee führte am 6.8. eine Veranstaltung durch, zu der ca. 1.000 Menschen erschienen waren. Am anschließenden Fackelzug zum französischen Konsulat beteiligten sich 1.500 Personen. Die Bezirksleitung Steglitz der GEW schickte ein Solidaritätstelegramm an die Koordination der französischen Malville-Komitees.
tees.

Dänemark

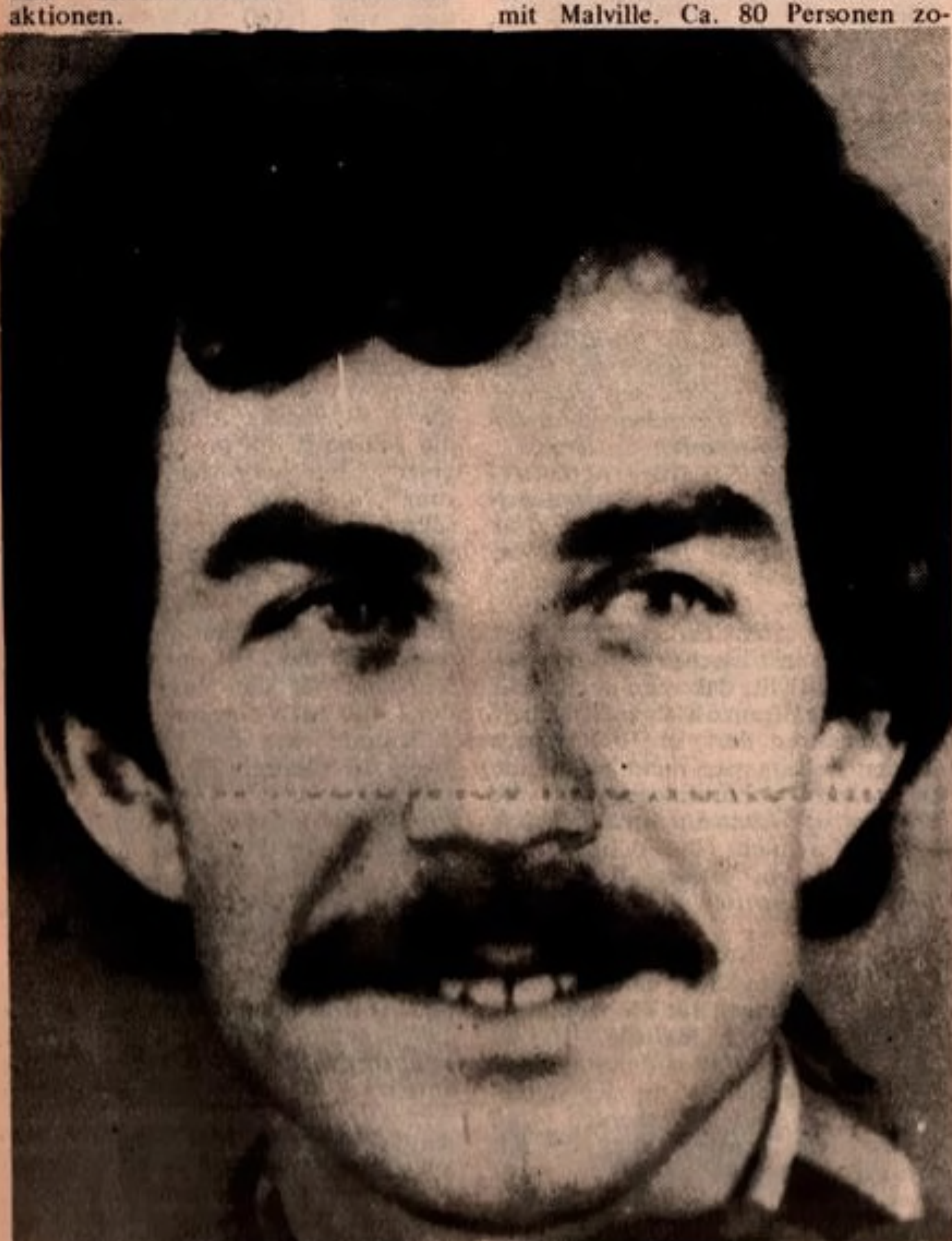
In Kopenhagen fand am 6.8. ein Solidaritätsabend statt, an dem sich 550 Personen beteiligten. Veranstalter waren neben dem Dänischen Studentenverband (DSF) u.a. auch zwei fortschrittliche Buchläden.

anstalter waren neben dem Dänischen Studentenverband (DSF) u.a. auch zwei fortschrittliche Buchläden.



3.000 demonstrierten am 6.8. in Hamburg

Lübeck
Frankfurt



Vital Michalon, 31, getötet durch eine Offensivgranate

Lübeck

Ca. 50 Personen besuchten eine Solidaritätsveranstaltung am 5.8., zu der der KB und Unorganisierte aufgerufen hatten.

Lüchow

Knapp 100 Jugendliche nahmen an einem Schweigemarsch teil, der vom Anti-AKW-Sommerlager in Gartow organisiert war.

Otterndorf (Nähe Cuxhaven)

Auf einer Filmveranstaltung am 5.8. im Jugendzentrum nahmen 30 Personen teil.

Bremen

An einer Kundgebung der BBA aus Anlaß der Inbetriebnahme des AKW Esenshamm nahmen 500 Menschen teil. Die Kundgebung und die anschließende Demo waren stark geprägt durch die Solidarität mit Malville. An der sich anschließenden spontanen Demonstration nahmen 800 Leute teil.

Der KBW führte eine eigene Abschlußkundgebung durch, an der sich eine Handvoll Leute beteiligten. Schon am 3.8. beteiligten sich 100 AKW-Gegner an einem Protest-Auto-Korso zum französischen Konsulat.

Bremerhaven

Jeweils 100 Personen nahmen am 5.8. an einer Veranstaltung und am 6.8. an einer Kundgebung teil. Aufgerufen hatte in beiden Fällen die BBA Bremerhaven. Auf der Veranstaltung wurden 500 DM für den schwerverletzten Bremerhavener AKW-Gegner gespendet.

Frankfurt

Rund 1.000 Personen beteiligten sich an einer Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt und am anschließenden Fackelzug zum französischen Konsulat. Organisiert hatte diese Aktionen eine AE aus mehreren Stadtteil-BIs, KB, GIM, SAG, GAD, Türkischer Arbeiter- und Studentenverein, ISV (CISNU), PFLP-Sympathisanten, RK und Unorganisierte. Vom 3. bis 5.8. wurden von der aus der BI heraus gebildeten Malville-Initiative eine Mahnwache für die Opfer der Polizeiwillkür durchgeführt.

Kassel

An einem Schweigemarsch nahmen 120 Menschen teil. Die Demonstration war organisiert von Kasseler AKW-Gegnern aus den beiden örtlichen BIs. Eine kämpferische Demonstration konnte nicht durchgesetzt werden. Das Verteilen von Flugblättern am Rande der Demo war verboten. Außerdem war die Anzahl der Transparente stark beschränkt worden.

Heidelberg

Ausgesprochen mager fiel die Aktion der Heidelberger AKW-Gegner aus. Die Kundgebung in der Innenstadt, getragen von den beiden örtlichen BIs, KB, KSV und Spontis, wurde nur von 30 Personen besucht. An einem Vorbereitungstreffen hatten 50 Leute teilgenommen.

Karlsruhe

Ca. 30 Menschen nahmen an der von der Werkstatt 68 und vom KB organisierten Kundgebung teil.

Frankreich

An der Grenze zwischen Frankreich und der BRD (Breisach-Freiburg) trafen sich am 7.8. 700 französische und 1.000 westdeutsche AKW-Gegner zu einem Fackelzug. Auf der Kundgebung sprach neben einem Franzosen und einem Schweizer u.a. Sternstein vom BBU, der sich von den „Provokateuren" in den eigenen Reihen distanzierte und dafür viele Pfiffe erhielt.

Der LBU zur Malville-Solidarität

Der Vorstand der LBU (Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.) gab zu den Malville-Solidaritätsaktionen eine eigene Protestresolution heraus, aus der wir auszugsweise zitieren: „*Wir verurteilen auf das Schärfste:*

- *Das brutale Vorgehen der französischen Polizei, insbesondere die Anwendung von Explosivgranaten gegen 80.000 wehrlose Demonstranten.*
- *Die paramilitärische Polizeiaktion in Morestel...*
- *Die gezielten Falschmeldungen durch den Präfekten Jannin...*

Angesichts der unfaßbaren Gewalteskalationen in Malville fordern wir unmißverständlich:

- *Recht auf freie Meinungsäußerung und gewaltfreien Widerstand gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen am Bauplatz und anderswo*
- *Schluß mit der Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung*
- *Verbot der Explosivgranaten...*

Wir folgen dem Aufruf des Malville-Komitees und betrachten den 6. August 1977 als nationalen und internationalen Gedenktag der Atomenergiegegner".

Nach dem Bullenterror — Justizterror
Neun AKW-Gegner zu Gefängnis verurteilt

Neun von zwölf AKW-Gegnern (fünf Westdeutsche, zwei Schweizer und zwei Franzosen), die am Wochenende (31.7.) nach dem brutalen Polizeieinsatz gegen die Demonstranten in Malville verhaftet wurden, sind am 7.8. zu Haftstrafen verurteilt worden.

Drei Angeklagte wurden zu je sechs Monaten Haft, davon drei auf Bewährung, verurteilt.

Vier weitere AKW-Gegner erhielten je drei Monate Haft, davon zwei auf Bewährung.

Zwei Angeklagte wurden schließlich zu je einem Monat auf Bewährung verurteilt.

Drei weitere Westdeutsche Angeklagte wurden freigesprochen.

Nachdem die französische Polizei für sich den zweifelhaften Ruf in Anspruch nehmen kann, den härtesten und brutalsten Einsatz zur Verhinderung von Anti-AKW-Demonstrationen gefahren zu haben, deren Opfer ein Demonstrant und über 100 zum Teil schwerverletzte und verstümmelte Demonstranten waren, kann sich die französische Justiz „rühmen", die bisher willkürlichsten Urteile gegen AKW-Gegner in Westeuropa gefällt zu haben.

Unter Mißachtung jeglicher demokratischer Gepflogenheiten in bürgerlichen Demokratien und hohnsprechenden Prozeßverhältnissen wurden diese Urteil gefällt. Ganz offensichtlich brauchte die französische Bourgeoisie und ihre Justiz Schuldige, wie sonst soll sie ihren tödlichen Polizeieinsatz rechtfertigen? Und wo keine Schuldigen sind, müssen sie geschaffen werden, das war das Prozeßmotto der französischen Polizei und Justiz. Den Angeklagten wurde die Teilnahme an einer „verbotenen Demonstration" vorgeworfen, sechs von ihnen außerdem „unerlaubter Waffenbesitz".

– Keiner der Verhafteten wurde während der Auseinandersetzung mit der Polizei festgenommen, alle wurden wesentlich später außerhalb der „verbotenen Zone" verhaftet. Trotzdem lehnte das Gericht den Antrag der Verteidigung ab, wegen dieser Umstände das Schnellverfahren aufzugeben und ein ordentliches Gerichtsverfahren durchzuziehen.

– Die Identifizierung der Angeklagten erfolgte ausschließlich durch Polizeibeamte. Andere Zeugen konnte die Anklage nicht auffinden. Widersprüche bei der Identifizierung, Absprachen verschiedener Beamter und selbst im Gerichtssaal offene Manipulation waren üblich.

– Als „unerlaubter Waffenbesitz" wurde den Angeklagten vorgeworfen: Taschenmesser, feststellbare Messer und zwei größere Schrauben. Vorgeworfen wurde ihnen auch die bewußte Vorbereitung auf Auseinandersetzung, da die Demonstranten Helme getragen und sich durch ihre Kleidung verdächtig gemacht hätten. Im Fall der Angeklagten war allerdings nicht einmal ein Helm beschlagnahmt worden!

– Die zahlreichen Zeugen der Verteidigung, die sehr anschaulich und konkret über Bullenübergriffe, die Brutalität und Mißhandlungen von Zeugen berichteten, waren nichts weiter als „rechtsstaatliche" Statisten in diesem Prozeß. Die Polizisten stritten alles ab, sie konnten ungehindert von der „Ungefährlichkeit" ihrer tödlichen Offensivgranaten reden. Der Getötete, Vital Michalon, so logen sie gegen alle Tatsachen, sei durch einen Molotow-Cocktail umgekommen.

Einige wahllos herausgegriffene Demonstranten sollen dafür büßen, daß sie es gewagt haben, trotz Verbots nicht auf ihr Recht zu verzichten, gegen menschengefährdende Kernkraftwerke zu demonstrieren. Die französische Bourgeoisie macht damit einen weiteren Versuch, die AKW-Gegner zu kriminalisieren. Sie kann dabei auf die Unterstützung der Bourgeoisie in der Schweiz und der BRD rechnen, die diese Angriffe stützt und billigt.

So wie die Aktion in Malville international unterstützt wurde, wie die Proteste gegen den Polizeiterror international durchgeführt wurden, muß die Anti-AKW-Bewegung den Protest gegen die Terrorurteile international erheben.

Rücknahme der Haftstrafen!
Sofortige Freilassung aller Inhaftierten!
Verurteilung der Verantwortlichen für den Mord an Vital Michalon!
Verbot der Offensivgranaten!

Im Anschluß an den Prozeß demonstrierten in Bourgoin 2000 Menschen in Wut und Empörung.



Polizist (rechts hinten) feuert gezielt auf Demonstranten

PCF – Scheußlich



Text dieser Karikatur unter dem Titel „Die Scheußlichen", die einen Tag vor der Demonstration in Malville erschien: *„Sag Coco, warum gehen wir nicht nach Malville? Das ist doch eine linke Demo..."* – *„Bist du da sicher?"* fragt Coco angesichts vorbeimarschierender Demonstranten, die rufen: „Alle nach Malville!" Die Demonstranten: Chirac (Gaullist und Pariser Bürgermeister), Barre (Premierminister), Giscard d'Estaing (Staatspräsident).

Urheber dieser Hetzkarikatur sind die französischen Euro-Revisionisten von der KPF. Veröffentlicht in „L'Humanite", 30.7. Die Parallele zu der DKP-Hetze zu Brokdorf ist offensichtlich („Maoisten und Neonazis demonstrieren am 19.2. gemeinsam in Brokdorf", Schlagzeile der UZ). In solchen Fragen sind Differenzen zwischen den Moskau- und Euro-Revis nicht da.

Die scheinheilige „Solidarisierung" der KPF mit den Verletzten gegen den Polizeiterror erweist sich als schleimige Anpassung gegenüber der breiten Empörung über die Vorfälle in Malville. Noch vor der Aktion betätigten sich die Revisionisten als Zutreiber der bürgerlichen Hetze.

»Europäische Arbeiterpartei«:
Faschistische Provokateure

Zur Großaktion gegen den „Schnellen Brüter" in Malville (Frankreich) am 30. Juli gab die sogenannte „Europäische Arbeiterpartei" (EAP) in einem Flugblatt folgenden Kommentar: *„Für den 30. Juli ist eine ‚Schlacht um Brokdorf' gegen das französische Kernkraftwerk in der Nähe von Grenoble geplant, zu deren Vorbereitung und Koordinierung sich der ganze Terroristen-Abschaum Westeuropas eingefunden hat. Neben Aktivitäten der ‚Neuen-Philisophie'-Gruppe von Terroristenlenkern wie Sartre, Foucault, Touraine usw. sind RAF-Ganoven wie Croissant und Cohn-Bendit illegal nach Frankreich eingereist, und italienische Terroristen planen, mit ganzen Busladungen die Reihen der modernen ‚Wallenstein-Armee' für Zerstörung und Chaos zu füllen.*

Nach einer Serie von Bombenanschlägen gegen Mitarbeiter und Anlagen der französischen Elektrizitätsgesellschaft EDF kündigt sich damit eine völlig widersinnige ‚Links-Rechts-Konfrontation' an, hinter der die Absicht steckt, in Frankreich einen Rechtsputsch zu versuchen".
Rechtsputsch zu versuchen".

Diese faschistische Hetze – durch die Spinnerei vom „Rechtsputsch" nur mangelhaft kaschiert – macht auch eine Meldung der trotzkistischen „Neuen Arbeiterpresse" vom 1. Juli glaubwürdig.

Dieser Meldung zufolge hat bei der Polizei-Großaktion und Verhaftung von 1.400 AKW-Gegnern in Seabrook (USA) im Mai die „US. Labor Party", Mutterorganisation der EAP, mit einer üblen Provokation eine wesentliche Rolle gespielt: Führende Funktionäre der „US.Labor Party" riefen wiederholt bei der Polizei an, um angeblich geplante Bombenanschläge irgendwelcher Gruppen in Zusammenhang mit der Seabrook-Aktion „anzukündigen". Außerdem traten Funktionäre der „US.Labor Party" auch direkt mit der Polizei in Kontakt und behaupteten, die Seabrook-Aktion solle nur als „Tarnung für terroristische Aktivität" dienen, die Aktion stünde im Zusammenhang einer „internationalen Verschwörung", und „daß die Methoden dieselben sein werden, wie sie kürzlich bei einer blutigen Anti-Kernkraftdemonstration in West-Deutschland angewandt wurden". – Diese provokatorischen „Informationen" trugen wesentlich dazu bei, der Polizei einen Vorwand für die Massenverhaftung der 1.400 AKW-Gegner zu geben.

Konnte man die EAP noch vor zwei, drei Jahren als Verrückte abtun, so ist jetzt o f f e n s i c h t l i c h, daß sie eine der vom Imperialismus eingesetzten und ausgehaltenen faschistischen Provokateurs-Banden ist, ähnlich den sogenannten „Marxisten-Leninisten Deutschland". Ihre eigentliche Wirkung besteht zweifellos nicht in ihrer wirrköpfigen und abstoßenden „Massenpropaganda", sondern in ihrem gezielten Einsatz als Provokateure und Denunzianten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KBW: »Malville zeigt, wo man hinkommt...«

Der KBW, der nicht zur Großaktion in Malville mobilisiert hatte, hat sogleich scharfsinnig seine Schlußfolgerungen gezogen: *„Ohne feste politische Einheit der Gegner des Energieprogramms und Festlegungen, was man will in Aktionen, entstehen Blutbäder wie in Malville. Malville zeigt, wo man hinkommt, wenn man nicht die politische Einheit gegen die Kapitalisten und ihren Staat herstellt."* (Flugblatt des KBW in Hamburg vom 1.8.).

In Freiburg hat der KBW die Malville-Demonstration kurzerhand als „kleinbürgerlich und opportunistisch" bezeichnet; und allerorts wirft der KBW den westdeutschen AKW-Gegnern, die die Malville-Demonstration unterstützt haben, vor, daß sie damit nur „vom Kampf im eigenen Land ablenken" wollten. In der KVZ-Bezirksbeilage Südbaden (1.8.) ist dies das *„Ablenken vom Kampf gegen das Kernkraftwerk Wyhl"*, und in Norddeutschland sei damit vor allem der Kampf gegen das AKW Brokdorf *„sabotiert"* worden.

Und wie Kenner der KBW-„Analysen" wohl schon vorausahnen können: Der „KB Nord" hat Schuld. Wir haben nämlich, oh Graus, *„eine Demonstration unterstützt, bei der klar war, daß es zu gewaltsamen Angriffen der Polizei kommen würde"*, hätten in Malville *„die Spaltung in der Aktion propagiert"*, um uns anschließend aufs *„Jammern über die Brutalität der Polizei"* zu verlegen (Hamburger KBW-Flugblatt vom 6.8.). Ein durchaus KBW-üblicher Trick zum „Beweis" unserer „Spalter"tätigkeit in Malville ist dabei, daß er ein „Zitat Arbeiterkampf" bringt, das in der vorigen Ausgabe unserer Zeitung als Zitat eines Sprechers der Koordination der Malville-Komitees gekennzeichnet und von uns selbst mit einer kritischen Anmerkung versehen war – aber über solche Feinheiten sind die Schriftjongleure aus Schmierers Zirkus natürlich erhaben.

KBW-übliche Geistesverworrenheit und Inkonsequenz ist ferner, daß er im Hamburger Flugblatt vom 1.8. den *„25.000 (?!) Arbeitern, Bauern und Studenten rund um den Ort Malville"* bescheinigte, daß ihr Kampf sich *„genauso wie hier in Westdeutschland gegen das Energieprogramm der Imperialisten..."* usw. richtete – um uns dann in dem fünf Tage später folgenden Flugblatt vorzuwerfen, man hätte diese Demonstration gar nicht unterstützen dürfen, weil doch *„klar war, daß es zu gewaltsamen Angriffen der Polizei kommen würde"*.

Besonders übelerregend versuchte der KBW sich aber in seinem ersten Hamburger Flugblatt in die chauvinistische Hetze gegen die westdeutschen Malville-Demonstranten reinzuhängen:

„Die französische Bürgerkriegstruppe konnte es sich leisten, gerade die deutschen Demonstranten scharf anzugreifen, weil diese auf Aufruf solcher Organisationen wie des KB Nord nach Malville aufgerufen worden sind, und dann isoliert von den Arbeitern und Bauern in Frankreich in Zelten hockten. Einige Deutsche sollen mit Knüppel und so weiter ein Rathaus gestürmt haben. Fest steht auf jeden Fall, daß die französische Presse und das Fernsehen die Gelegenheit genutzt haben, den Hass auf die ehemaligen deutschen Besatzer auf die Demonstranten zu lenken... Leute wie der KB Nord (Arbeiterkampf) sind gestern zur französischen Botschaft demonstriert. Das wird die Hetze der Imperialisten im französischen Fernsehen unterstützen, gegen ‚die Deutschen'".

Es ist offensichtlich, daß der KBW die französischen Volksmassen für so blöd hält, daß man noch nicht mal vor der französischen Botschaft demonstrieren darf, um die französischen Volksmassen nicht gegen „die Deutschen" aufzubringen. Daß die Bourgeoisie chauvinistische Hetze betreibt, ist nicht überraschend. Daß der KBW vor dieser Hetze den Schwanz einkneifen will, sollte man sich merken.

Der „KB Nord", so heißt es schließlich beim KBW, habe **„Verantwortung zu tragen für die Organisierung der Aktion in Malville."** Das zu lesen würde zweifellos Zehntausende Franzosen verblüffen, die sich an dieser Aktion beteiligt haben! Und wieso dann immer noch „ KB N o r d"?...



Nachrichten vom Widerstand



Spontane Demonstration in Esenshamm

Am Sonntag, dem 31.7., demonstrierten in Esenshamm an der Unterweser rund 2.200 AKW-Gegner gegen die geplante Inbetriebnahme des AKW Esenshamm. Unmittelbarer Anlaß für diese Aktion war die „Empfehlung" des Bundesinnenministers Maihofer vom Freitag zuvor, als dieser die Landesregierungen von Bayern und Niedersachsen aufgefordert hatte, die Betriebsgenehmigungen für die AKWs in Ohu bzw. Esenshamm zu erteilen. Nach der Aufhebung des Wärmelastplans für die Weser und der Erstellung eines bisher noch geheimgehaltenen Entwurfs für die Neufassung der ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung stellte Maihofers Schritt eine weitere Verschärfung der Versuche dar, das AKW in Esenshamm in Betrieb zu setzen.

Als spontane Antwort entschlossen sich am Freitag, dem 29.7., zunächst die „Bürgeraktion Küste" (BAK, Zusammenschluß norddeutscher BIs) und am selben Abend auch die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen (BBA) zu der Demonstration am Sonntag. Noch in derselben Nacht wurde ein Flugblatt erstellt, was am Sonnabend zur Mobilisierung in Bremen und Umgebung eingesetzt wurde. Weitere BIs, so die Bremerhavener, unterstützen die Aktion ebenfalls. Trotz der kurzen Mobilisierungszeit kamen dann am Sonntag ca. 2.200 AKW-Gegner nach Rodenkirchen, von wo aus nach einer kurzen Kundgebung der Demonstrationszug zum AKW losging. Am AKW angekommen, stellte sich heraus, daß ein Zaun im Weg war, der dann kurzerhand zur Seite geräumt wurde. Der Großteil der Demonstranten strömte dann auf den Platz und kam dort vor dem inneren Zaun zum Stehen, als ca. 30 Bullen aufmarschierten. Da die meisten nicht so gut ausgerüstet waren und klar war, daß im AKW noch weit mehr Bullen versteckt waren, wurde nach einiger Zeit und dem Abräumen z. B. einer störenden Überwachungskamera beschlossen, um das AKW zum Deich zu ziehen. Dieses Ziel war besonders attraktiv, weil auf der Deichseite der „Informationspavillion" der NWK steht. Auf dem Weg hierhin wurde ein weiterer störender Zaun beseite geräumt, ein Telefonverteilerkasten wurde außer Betrieb gesetzt und der weitaus größte Teil der Demonstration strömte in Richtung „Informationspavillion". Durch das Auftauchen einer weiteren Hunderschaft von Bullen kam der Zug auf dem Deich, ca. 150 Meter vor dem tionspavillion". Durch das Auftauchen einer weiteren Hunderschaft von Bullen kam der Zug auf dem Deich, ca. 150 Meter vor dem Ziel, zum Stocken. Hier erklärten die Bullen die Demonstration für verboten, da sie „gewalttätig" geworden sei. Gleichzeitig begannen sie unter massivem Einsatz von Schlagstöcken den Deich zu räumen und den Demonstrationszug in Richtung Rodenkirchen zurückzudrängen. Dabei ließen die Polizisten den Demonstranten keine Zeit, sich selbst langsam zurückzuziehen, sondern drückten und knüppelten eifrig auf die letzten Reihen ein. Dabei wurden zwei AKW-Gegner, die auf dem Deich ins Stolpern gekommen waren, festgenommen. Einer von ihnen wurde mit Knüppelschlägen traktiert und erlitt eine Platzwunde über dem Auge. Einer anderen AKW-Gegnerin aus Hamburg wurde die Brille kaputtgeschlagen, so daß mehrere Glassplitter ins Auge eindrangen. Bei der späteren Untersuchung im Krankenhaus wurde festgestellt, daß die Hornhaut des Auges durch die Glassplitter angekratzt ist! Mehrere Demonstranten wurden durch die Bullenknüppel leichter verletzt (Prellungen).

In Rodenkirchen faßte ein Vertreter der Bremerhavener Bürgerinitiative auf einer kurzen Kundgebung noch einmal die wesentlichen Erfolge dieser Aktion zusammen. Insgesamt läßt sich festhalten, daß diese spontane Aktion für die Anti-AKW-Bewegung in diesem Raum ein guter Erfolg war. Bedenkt man, daß praktisch nur ein Tag, nämlich der Sonnabend, zur Mobilisierung zur Verfügung gestanden hatte, war das Ergebnis von 2.200 Demonstranten weit über dem Erwarteten. Besonders erfreulich war die große Beteiligung von AKW-Gegnern aus kleineren Orten dieser Region.

KB/Gruppe Bremen

***

„UZ" lügt!

Die „Unsere Zeit", Zeitung der DKP, berichtete in ihrer Ausgabe vom 2.8. über die Demonstration in Esenshamm. Während fast alle bürgerlichen Zeitungen, mit Ausnahme der „Bild", versteht sich, recht positiv über die Aktion, einschließlich der „symbolischen Platzbesetzung", berichtet hatten, läßt die „UZ" mal wieder die alte Gruselstory von der „anarchistischen Minderheit" raus: Schon in der Unterüberschrift heißt es: *„Polizei nutzte Vorgehen von Minderheiten zum Einschreiten"*. Ganz im Stile Springers geht es weiter. *„Die Bürgerinitiative hatte zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen. Eine anarchistische Minderheit von Teilnehmern mißbrauchte die Demonstration, um mit Gewalt auf das Gelände des Kernkraftwerks vorzudringen und der Polizei Vorwände zum gewaltsamen Eingreifen zu liefern"*.

Mal ganz abgesehen davon, daß über die Formen des Protestes gar keine Aussagen gemacht worden waren, hier wird von diesen angeblichen „Kommunisten" das ganze Verhältnis von staatlicher Gewalt und Gegengewalt auf den Kopf gestellt. Schuld am Bullenterror sind dann eben die „anarchistischen Elemente", die den Vorwand geliefert haben. Im übrigen, die *„anarchistische Minderheit"* war der weitaus größte Teil der Demonstranten, die den Platz besetzt hatten.

KB/Gruppe Bremen

***

Prozesse gegen AKW-Gegner

Bremen. Am Dienstag, dem 9.8. 1977, findet vor dem Landesgericht in Oldenburg die Berufungsverhandlung gegen die beiden Bremer Kurt Sommer und Heini Otten statt. Sie wurden angeklagt und bereits einmal verurteilt, weil sie in einem Lied behauptet hatten, daß Oberkreisdirektor (OKD) Bernhard, als er als Agent der NWK die Grundstückseinkäufe für das AKW Esenshamm „organisierte", auch persönlich davon profitierte.

Dieser saubere OKD ist in dieser Angelegenheit „Vertreter" der NWK, Aufsichtsrat der NWK-Tochter EWE und oberster Genehmigungsbeamter für die wasserrechtlichen Genehmigungen für das AKW Esenshamm, er Aufsichtsrat der NWK-Tochter EWE und oberster Genehmigungsbeamter für die wasserrechtlichen Genehmigungen für das AKW Esenshamm, er selbst nennt sich einen „absoluten Idealisten"!

Die erste Instanz endete mit drei Freisprüchen der insgesamt sechs Angeklagten; Heini, Kurt und der AKW-Gegner Wolfgang Schmidt wurden zu 150 Tagessätzen (!) von 25 bzw. 35 DM (3.750 und 5.250 DM) verurteilt – wegen „übler Nachrede gegen eine Person des politischen Lebens"!

Gegen dieses Terrorurteil gingen sowohl die Verteidigung als auch der Staatsanwalt in die Berufung – letzterer mit der Begründung, „.... *unter Berücksichtigung der generalpräventiven Wirksamkeit eines Urteils erscheint die Verhängung von Geldstrafen als unangemessene Reaktion ..."!*

Gegen diesen Prozeß finden in Bremen am Samstag, dem 6.8., eine Kundgebung verbunden mit einer Aufklärung zu Malville statt, am Montag, dem 8.6., eine Veranstaltung gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern.

Außerdem wird so breit wie möglich für den 9.8. nach Oldenburg mobilisiert, um durch Teilnahme an der Verhandlung und öffentliche Aktionen die Forderungen zu unterstützen:

Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren gegen AKW-Gegner!

KB/Gruppe Bremen

***

Rissen (BUU Hamburg)

Am 25.7. fand in Rissen eine erste Veranstaltung der BI Rissen statt, an der sich ca. 120 Leute beteiligten. Die Veranstaltung war ein schöner Erfolg.

Reaktionäre „Bürgerwehr" in Grohnde

Im Raum Grohnde hat sich eine reaktionäre „Bürgerwehr" gegen das Anti-AKW-Dorf gebildet. Initiator der „Bürgerwehr" ist ein gewisser Prohtmann, CDU'ler, Betriebsleiter bei der Thomas AG, die das AKW mit Material beliefert. Laut „Morgenpost" behauptet Prohtmann, 300 (?) Mitglieder und Sympathisanten in seiner „Bürgerwehr" zu haben. *„Durch Brief- und Unterschriftenaktionen will Prohtmann Druck auf Politiker und die für Sicherheit und Ordnung zuständigen Beamten ausüben"* („Frankfurter Rundschau" – „FR" vom 28.7.77). Die „Bürgerwehr" verteilte bereits ein Hetzflugblatt in den umliegenden Ortschaften. Mit teilweise faschistoiden Sprüchen wie: *„die Anti-AKW-Bewohner seien verlauste langhaarige Typen, würden klauen wie die Raben und die Frauen würden sich nicht mehr nachts auf die Straße trauen"* (nach „Morgenpost"), versucht Prohtmann, Stimmung gegen das Anti-AKW-Dorf zu machen.

Es wird vermutet, daß die Zertrümmerung von Fensterscheiben und ein Brandanschlag auf das Auto eines bekannten AKW-Gegners, der glücklicherweise fehlschlug, ebenfalls auf das Konto der „Bürgerwehr" gehen.

KB/Gruppe Hannover

***



„Emmerthaler Brot strahlt bald die Bürger tot"

Mit dieser Parole auf einem Transparent hatten während der Demonstration gegen das AKW Grohnde am 19.3. drei Hamelner Bürger auf die Gefahren des lebensbedrohenden Atomkraftwerkes aufmerksam gemacht.

Bereits zwei Tage später war in der „Deister Weser Zeitung" („DWZ") eine Anzeige der Emmerthaler Brotfabrik mit einer Auslobung zu finden. Demjenigen, der Hinweise, die zur Feststellung der Per- („DWZ") eine Anzeige der Emmerthaler Brotfabrik mit einer Auslobung zu finden. Demjenigen, der Hinweise, die zur Feststellung der Per- son führen, geben würde, wurden 5.000 DM Belohnung versprochen.

Bereits am gleichen Tag (!) erhielten die drei aber bereits ein Schreiben des Anwaltes der Brotfabrik, in dem sie aufgefordert werden, das Transparent abzuliefern, in Zukunft im Zusammenhang mit Protesten gegen das AKW die Parole nicht mehr zu verwenden und den Firmennamen nicht zu erwähnen.

Ihr Einverständnis mit diesen Forderungen sollte von den Dreien schriftlich erklärt werden. Schließlich sollten sie für den Schaden, den die Brotfabrik erlitten haben soll, aufkommen. Am 30.3. ging den AKW-Gegnern tatsächlich eine Kostennote zu, nach der sie 5.700 DM zu zahlen hätten für Auslobung, Anzeige, Rechtsanwaltskosten etc.

Inzwischen hat sich ein Denunziant gemeldet, der bereit ist, nur 2.500 DM Belohnung zu kassieren. Dieser üble Vogel wird genausowenig bekommen wie die Brotfabrik, die keine Rechtsgrundlage für ihre Ansprüche finden wird!

Bemerkenswert an dieser Sache ist noch, daß die Emmerthaler Brotfabrik selbst ein Verwaltungsgerichtsverfahren angestrengt hat, um den Bau des AKWs zu verhindern.

KB/Gruppe Hannover

***

Neumünster

Am 26.7.77 besuchten ca. 40 Teilnehmer eine von der BI Neumünster „Weg mit dem Atomprogramm" durchgeführte Veranstaltung gegen die zunehmende Repression gegen AKW-Gegner. Im Mittelpunkt standen den Verfahren gegen Teilnehmer der Grohnde-Demonstration vom 19.3.77.

Anti-AKW-Lagerfeuer am Atlantik

Etwa 100 Menschen trafen sich am Strand bei Le Pin Sec in Südfrankreich (das liegt etwa auf der Höhe von Bordeaux). Denn auch im Urlaub heißt es: AKW – NEE! Für das Treffen wurde auf den naheliegenden Zeltplatz durch Rundgänge und selbstgemalte Plakate geworben. Da der Aufruf nur auf deutsch war, kamen im wesentlichen nur Westdeutsche und Schweizer. Der Erfahrungsaustausch war sehr interessant, da ein breites Spektrum der Anti-AKW-Bewegung beteiligt war. Außer dem Singen von Anti-AKW-Liedern lief die Diskussion überwiegend über die Frage der Gewalt und Sicherheitsfragen.

Bleibt anzumerken, daß die Reaktionäre auch im Urlaub nicht freundlicher werden. Schon nach einem Tag waren unsere Plakate zerrissen und auf dem ganzen Zeltplatz war das Gerücht ausgegeben, daß das Lagerfeuer ausfallen würde, weil es verboten ist, hier Politik zu machen.

Das Lagerfeuer fand übrigens bei einem Bunker des deutschen Faschismus statt, den folgende Parole in Französisch und Deutsch schmückte: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Ein Barmbeker Genosse

Anti-Atom-Dorf Brokdorf



Am 6.8. besetzten zwischen 50 und 100 AKW Gegner eine Wiese gegenüber vom Bauplatz des AKW-Brokdorf. Sie begannen mit der Errichtung eines Anti-Atom-Dorfes ähnlich dem Vorbild in Grohnde. Unter Hinweis auf Verstöße gegen die Camping- und die Landschaftspflegeordnung drohte die schleswig-holsteinische Landesregierung die polizeiliche Räumung des Lagers, das beobachtet wird, an.

27./28.8.: Vorbereitungstreffen für die Kalkar-Aktion

Über 40 Initiativen rufen für den 24.9. zu einer Großaktion gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar auf. Darunter sind sowohl Mitgliedsinitiativen des BBU als auch der nordrheinwestfälischen Landeskonferenz und holländische Initiativen mit ihrem Dachverband LEK (siehe nebenstehenden Aufruf). Zur Vorbereitung der Aktion findet am 27./28. August ein Vorbereitungstreffen statt. Bei Redaktionsschluß des ARBEITERKAMPF waren der genaue Ort und die Zeit noch nicht bekannt. Alle Bürgerinitiativen sind aufgerufen, sich an diesem Vorbereitungstreffen zu beteiligen. Informationen hierüber über:

BI Stop Kalkar
Haus am Damm
4190 Kleve

oder über das KB-3üro Hamburg:
Tel: 040 43 53 46

Bundeskonferenz?

Offiziell läuft das Treffen für die Kalkar-Aktion unter dem Namen Bundeskonferenz. Es ist insbesondere die Gruppe „KPD", die darauf Wert legt, daß dieses Treffen als Bundeskonferenz abgehalten wird. Derzeit ist Kalkar ihr neuer Hit. Mit Hinweis auf Kalkar lehnte sie jede Unterstützung von Solidaritätsaktionen mit den Opfern und Strafverfolgten von Malville ab, wobei es ihr Geheimnis bleibt, wieso sich diese Aktivitäten entgegenstehen. Noch bis vor kurzem gab es nur einen Mittelpunkt für die „KPD": Grohnde. Davor war es Brokdorf. Immer bleibt sie bei allem Wirrwarr und Zickzack einem Grundsatz treu: den gerade neu entdeckten Schwerpunkt ihrer Arbeit gegen alle anderen Aktivitäten und die Vielfalt der Bewegung auszuspielen. So auch zu Kalkar: sie will partout eine Bundeskonferenz abhalten, und kümmert sich einen feuchten Kehricht um andere Brennpunkte der Bewegung, wie etwa Phillippsburg, Biblis, Esenshamm, Gorleben und natürlich Brokdorf, die bei Planung und Vorbereitung einer Bundeskonferenz berücksichtig werden müssen. Stattdessen propagiert sie munter allein aus dem Blickwinkel einer Region eine solche Konferenz, ohne die übrigen dabei zu berücksichtigen. Dabei kommt es darauf an, durch breite Bekanntmachung der Aktion in Kalkar und ein bundesweit bekanntgegemachtes Vorbereitungstreffen, zu dem alle Bürgerinitiativen eingeladen sind, eine große Aktion in Kalkar vorzubereiten. Dazu braucht es allerdings nicht den Bundeskongreß der „KPD".

Nachtrag: Am 7.8. beschloß das Planungsausschußtreffen für die Demonstration in Kalkar am 27./28. August keine Bundeskonferenz durchzuführen (Die Bundeskonferenz wurde mit 9:6:3 abgelehnt).

Stattdessen wurde auf Antrag der BI-Hagen eine Unterstützungskonferenz am selben Datum beschlossen und eine Bundeskonferenz für Mitte September vorgeschlagen.

WAA und »Bürgerdialog«





Schwachsinnige Kinder durch Genveränderung – der Vater arbeitete in der WAA West Valley in den USA – für die Firma ist der Zusammenhang „nicht bewiesen". Dr. Reza Ghaffari: „Ich praktiziere seit sieben Jahren in dieser Gegend und mein Eindruck ist, daß wir relativ viele angeborene Mißbildungen haben. Wir haben sehr viele Krebserkrankungen, eine Menge Wasserköpfe, eine Menge von Gaumenspalten; aber man kann nichts verbindliches sagen; es gibt einfach keine statistischen Daten."

Wenn die Wiederaufbreitungsanlage (WAA) gebaut wird, „wird es eine riesige Schlacht geben - und danach wird die Bundesrepublik nicht mehr die gleiche sein. Das wird ein zehnfaches Brokdorf" („Hamburger Morgenpost" (MoPo), 2.3.77). Das erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, als er schließlich einen Standort in Niedersachsen für die WAA bekanntgeben mußte. Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß bei dieser Wiederaufbereitungsanlage mehr als das 1000-fache an Radioaktivität wie bei einem ‚einfachen' AKW anfällt und unter der WAA gleichzeitig für zehntausende von Jahren im Salz hochradioaktiver Müll gelagert werden soll und dort gleichzeitig das größte Gift überhaupt - das Plutonium - tonnenweise erzeugt werden soll (ein Milligramm ist tödlich), das bekannt durch seine verhehrende Wirkungen in Atombomben ist.

Die Äußerung Albrechts verwundert noch weniger, wenn man weiß, daß selbst Kernkraftbefürworter zugeben müssen, daß die Anlage auf dem „Prinzip Hoffnung" geplant wird - so etwa Fritz Ullrich Fack in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", vom 16.5.77 („FAZ"). Es gibt nicht einmal Tests mit der Lagerung des hochradioaktiven Mülls. Es ist ungeklärt, ob es in so einer Großanlage zur Wiederaufbereitung nicht zu atomaren Explosionen kommen wird. Es gibt derzeit auch keine WAA, die in größerem Stil hochabgebrannte Brennelemente aus Kernreaktoren aufbereiten könnte. Sämtliche WAA's mußten stillgelegt werden oder gingen erst gar nicht in Betrieb. Als die einzige Ausnahme wird immer wieder die WAA in La Hague in Frankreich vorgezeigt, zu der auch die Ortsgrößen der Gegend um Gorleben hingeflogen wurden - auf Kosten der DWK, die die WAA bauen soll. (In der DWK sind sämtliche öffentliche Elektrizitätswerke zusammengeschlossen, die den Bau der WAA betreiben.)

Doch auch in La Hague werden derzeit nur Brennelemente der Gas-Graphit-Reaktoren aufbereitet, die in der BRD überhaupt nicht betrieben werden. In La Hague sind von den hochabgebrannten Brennelementen der Leichtwasserreaktoren *„bisher lediglich 14 bis 15 t Uran aus dem Schweizer Reaktor Mühlenberg verarbeitet worden. Das war von Mai, als die Eingangsstufe anfing bis Juli vergangenen Jahres ... doch schon am 16. September legte ein Streik die gesamte Anlage wieder lahm ... sie (die Arbeiter) glaubten ihre Arbeitssicherheit in der Anlage nicht gewährleistet* („Hannoversche Allgemeine Zeitung" – „HAZ", 17.3.77).

Selbst die kleine Pilot-Anlage in Karlsruhe (für Forschungszwecke) kann die Wiederaufarbeitung nur bei Umgehung von Sicherheitsvorschriften durchführen!

Die Zeit drängt für die AKW-Betreiber. Vorerst werden die Brennelemente einfach in Wasserbecken gelagert. Irgendwann aber brechen diese Elemente auseinander und die Radioaktivität tritt aus (Anmerkung: Wir bitten um Verständnis, wenn wir nicht wie gewohnt, hier sämtliche Quellen öffentlich bekanntmachen, da ein Teil der internen Diskussion der AKW-Betreiber entnommen ist. Wir sind allerdings in der Lage, sämtliche Informationen quellenmäßig zu belegen.).

Selbst wenn die WAA zügig nach derzeitigen Planungen aufgebaut werden könnte, wäre der gesamte Komplex nicht vor 1993 fertig. Die Behauptung der AKW-Betreiber, die Brennelemente bis zu 50 Jahre vorlagern zu können (lt. „Welt", 12.2.77), muß mit Skepsis betrachtet werden angesichts der Tatsache, daß heute schon Radioaktivität in die Lagerbecken austritt. Angesichts dieser Sitiation ist es kein Wunder, daß die Kernkraftbetreiber die WAA für den **„strategisch günstigsten Angriffspunkt gegen die Kerntechnik"** halten – so H. Böhm vom Vorstand der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) in Karlsruhe (in „Atomwirtschaft", April 77).

Deshalb plante die Albrechtregierung in Sachen WAA sehr sorgfältig vor, um diese Schlacht gegen AKW-Gegner gewinnen zu können. Ansonsten ist Albrecht als hemmungsloser Befürworter von AKW's bekannt - so setzte er kurzerhand den Wärmelastplan für die Weser außer Kraft, um die Inbetriebnahme des AKW Esensham auch ohne Kühlturm zu ermöglichen. Seit Grohnde ist klar, daß er AKW-Gegner am liebsten mit dem Bullenknüppel traktieren läßt oder als „Kriminelle" hinter Schloß und Riegel sähe.

In einem Interview hat Albrecht dazu seinen Standpunkt klipp und klar erläutert: *„Wir haben...von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die im Bau befindlichen Kernkraftwerke weitergebaut werden müssen, daß fertiggestellte Kraftwerke in Betrieb genommen und daß neue Anlagen gebaut werden müssen"* („Welt", 28.6.77).

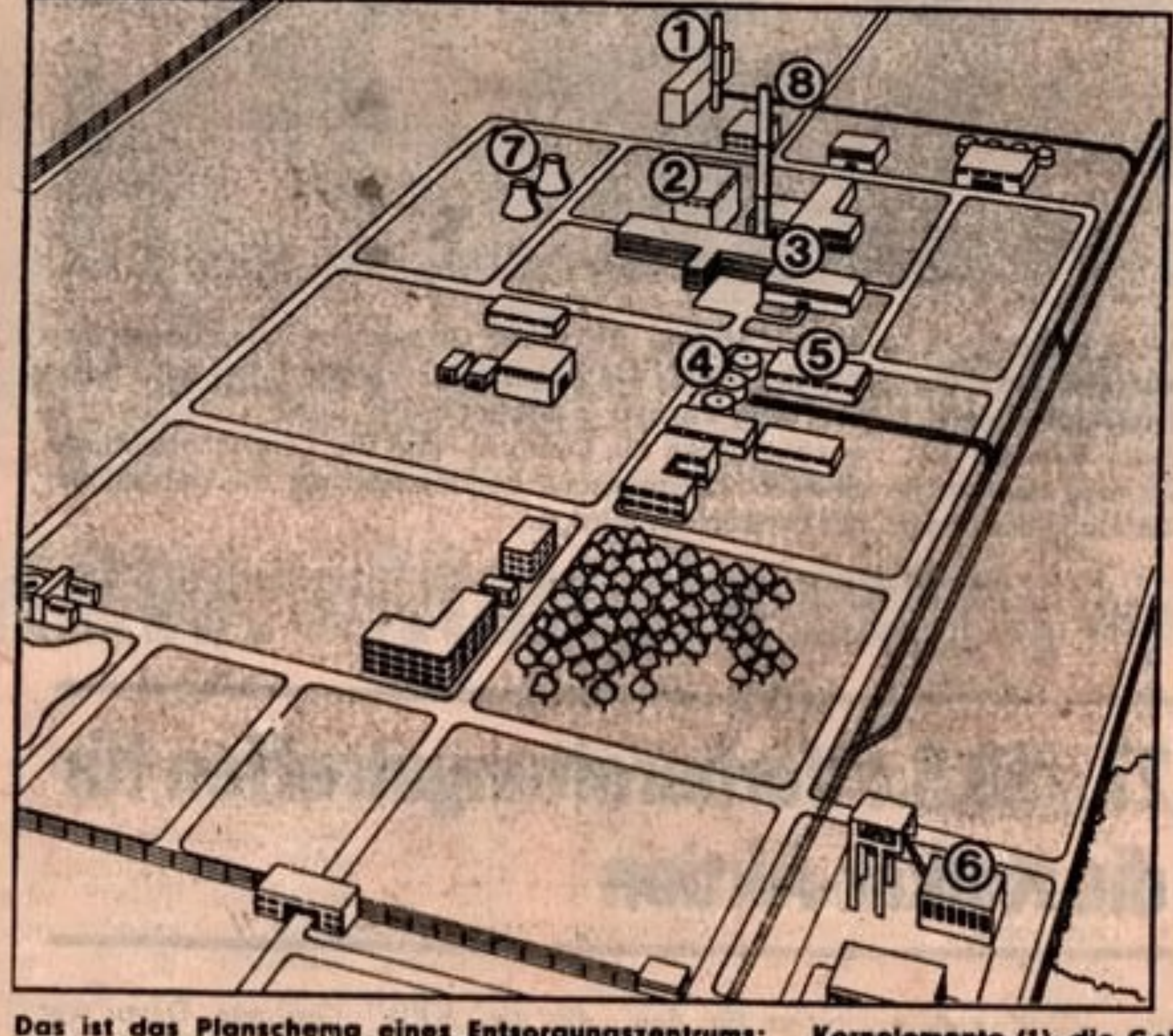
Ganz anders ging Albrecht an die
Ganz anders ging Albrecht an die
WAA heran und versuchte von Anfang an die BI-Bewegung um die WAA in einen intensiven ‚Bürgerdialog' zu verwickeln.

Nach *„langer Überlegung"* teilte die Albrecht-Regierung mit: *„Die Anlage wird entweder in Gorleben errichtet, oder sie wird überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut"* (19.2.77, „MoPo"). Noch vorher ließ Albrecht den Grafen Bernstorff, der ein Großteil des Areals besitzt, zu sich kommen, und teilte ihm den Entschluß unter 4 Augen mit (lt. „Landeszeitung", 24.2.77). Albrecht versuchte sich allen Ernstes als Sicherheitsapostel in Sachen WAA anzupreisen. In Flugblättern und Zeitungsanzeigen ließ er seinen „Niedersachsen" mitteilen, daß diese Standortwahl lediglich *„vorläufig"* sei, sie bedeute *„nur, daß ein geregeltes Prüfungsverfahren eingeleitet, nicht aber, daß auch gebaut werden kann"*. Die Landesregierung sei derzeit *„keineswegs von der Sicherheit einer solchen Entsorgungsanlage überzeugt"*. Drei Jahre werde voraussichtlich *„in keinerlei Zeitdruck"* geprüft, über alles werde *„umfassend informiert"* *„Sollten die Zweifel.... bestehen bleiben, werden wir keine Zustimmung zur Errichtung der Anlage geben"*. Gleichzeitig betrieb die Albrecht-Regierung eine Kampagne und forderte, zumindest der Atommüll müsse ins Ausland und dort in *„menschenleeren"* Gebieten gelagert werden, obwohl längst entschieden ist, den Atommüll in der BRD zu lagern und zumindest Luxemburg versprochen wurde, auch den dort anfallenden Atommüll abzunehmen.

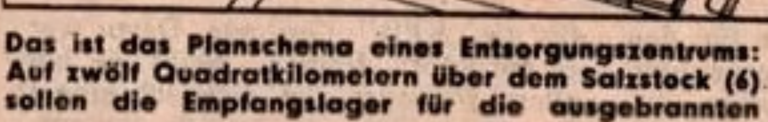
Albrechts Standortwahl ein Bluff?

Anfangs wurde die Benennung von Gorleben als Standort für die WAA abgesehen von der DWK selbst als Trick angesehen, um Zeit zu schinden, bzw. um der Bundesregierung den *„Schwarzen Peter"* (Regierungssprecher Bölling lt. „Landeszeitung",24.2.77) zuzuschieben. Bundeskanzler Schmidt hielt das ganze *„nur für einen sehr durchsichtigen, taktischen Schachzug"*, denn Albrecht habe gewußt, *„daß Bonn diesen Standort für unzweckmäßig halte, weil er zwangsläufig langwierige Verhandlungen mit der DDR voraussetze"* (aus „Hamburger Abendblatt", 2.3.77). In einem Interview ließ Albrecht dazu verlauten, daß es sich bei der Standortwahl keineswegs um „Taktik" handle. Er wandte sich dagegen, vor möglichen Einsprüchen der DDR „zurückzuweichen". Man

Fortsetzung auf Seite 9



Entsorgungs-Zentrum
Transport der verbrauchten Brennelemente vom Kernkraftwerk
1 Brennelement-Empfang und Lagerung im Wasserbecken
2 Zerschneiden und Auflösen
3 Trennung von radioaktiven Abfällen und wiederverwendbaren Brennstoffen (Uran, Plutonium)
4 Abfallbehandlung
5 Brennstoff-Verarbeitung und Brennelemente-Fertigung
6 Endlagerung der Abfälle
8 Abluftreinigung
Gasförmige Abfälle
Radioaktive Abfälle
Plutonium
Uran
Salzstock



Das ist das Planschema eines Entsorgungszentrums: Auf zwölf Quadratkilometern über dem Salzstock (6) sollen die Empfangslager für die ausgebrannten Kernelemente (1), die Gebäude für das Zerlegen der ausgebrannten Brennelemente (2), für die Trennung von Abfall und wiederverwendbarem Brennstoff (3), für Abfallbehandlung (4) und für Wiederaufbereitung und Anreicherung der Brennstoffe (5), Kühltürme (7) und ein 200 Meter hoher Abluftschlot stehen.

Wie man eine WAA »sicher« macht – ein Beispiel

Im Sicherheitsbericht der DWK wird „schlüssig" nachgewiesen, daß man die WAA sicher betreiben könne. Wir wollen das hier an einem Beispiel darlegen.

Ursprünglich hielt man nur einen 400 Meter hohen Schornstein für ausreichend sicher, um die radioaktiven Stoffe genügend zu verteilen. Im Sicherheitsbericht tut es jetzt auch ein 200 Meter hoher Schornstein, angeblich sind die Rückhaltevorrichtungen verbessert worden. Guckt man sich das aber genauer an, stellt man fest, daß bei 200 m zwar weniger Krypton, aber mehr radioaktives Jod abgegeben wird – bei einem 400 m hohen Schornstein ist es umgekehrt.

Offenbar soll man hier zwischen Pest und Cholera entscheiden. Zudem ist bekannt geworden, daß zum einen im Schornstein gemessen wird und zum anderen mit Meßstellen in 5 km Umkreis. Hierbei werden folgende Tricks angewandt:

Im Schornstein wird nicht die absolute Radioaktivität gemessen, sondern pro cbm Luft, d.h. man kann beliebig verdünnen, um unter den Grenzwerten zu bleiben.

Dies macht die DWK dadurch, daß sie unten am Schornstein eine zusätzliche Luftzufuhr schafft, wie ein DWK-Propagandist im Infobus zugeben mußte (EJZ, 5.4.77). Praktiziert wird dieses „Verdünnungsverfahren" auch schon in Asse, wo man durch eine zusätzliche Bewetterung wieder unter die Grenzwerte kam.

Hilft dies aber alles noch nichts, mißt man an den im Umkreis von 5 km aufgestellten Meßstellen. Bekanntlich wird aber durch vorherrschende Winde die Verteilung der radioaktiven Stoffe gerichtet erfolgen. D. h. in Windrichtung hat man eine sehr hohe Aktivität, die über den Grenzwerten liegen kann.

Doch man hilft sich, indem man die Werte über alle Meßstationen mittelt und so wieder innerhalb der Grenzwerte ist.

Praktiziert wird dieses Verfahren z. B. bei Reynolds, wo man trotz dieses Verfahrens über die zulässigen Werte hinaus kam, aber durch eine andere Statistik die Anlage schnell wieder „sicher wurde". Eine andere Möglichkeit besteht darin, stoßweise und nur bei starkem Wind radioaktive Gase abzugeben und so die Meßstationen zu übertricksen (wie bei der WAK in Karlsruhe).

Allein an diesem Beispiel zeigt sich, was die Atomindustrie unter „Sicherheit" versteht. Dieser Bericht wird ein „Unsicherheitsbericht" voller Lügen werden, um die prinzipielle Unmöglichkeit, eine WAA sicher zu bauen, zu vertuschen.

Was wir hier am Beispiel der radioaktiven Abgase gezeigt haben, gilt aber auch für alle anderen Bereiche der WAA – wir werden im nächsten AK ausführlicher aufdecken, mit welchen Risiken bei der WAA gearbeitet wird.

AKW-Nein-Kommission

Fortsetzung von Seite 8

könne wohl die DDR informieren, aber so Albrecht: *„Ich weise darauf hin, daß die DDR dies nie tut"*. Man habe sich *„nach langer Beratung für Gorleben"* deshalb entschieden, weil das *„in vielerlei Hinsicht der beste Standort"* sei. Er sei *„ ziemlich zuversichtlich, daß die Bundesregierung sehr schnell erkennen wird, daß sie gut daran tut, diesen Standort zu akzeptieren"* („Welt", 3.3.77).

Gorleben: „der beste Standort"

Die Einsicht der Bundesregierung erfolgte schnell. Im Juni erklärte Friderichs im Bundestag, die Bundesregierung sei bereit, *„sich den Notwendigkeiten in Niedersachsen zu beugen"*. Er wollte allerdings nicht näher darauf eingehen, *„was bei dieser Entscheidung für nur einen Ort ‚Taktik, Strategie und bittere Notwendigkeit' für eine Rolle gespielt hätten"* („FR" ,16.6.77). Auch die Landes-SPD, die laut Vorsitzenden Ravens die WAA als *„eine nationale Aufgabe"* (in „Elbe-Jeetzel-Zeitung" (EJZ)) begreift, zog nach und erklärte, der Standort sei für sie *„kein Dogma"* („Welt", 8.7.77). Mitglieder der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg haben in einem Flugblatt, das in Hamburg verteilt wurde, selbst benannt, warum sich Gorleben so besonders für den Standort der WAA eignet. Genannt wurden die

- geringe Bevölkerungsdichte: *„nur 41 Menschen kommen auf den Quadratkilometer, das ist die niedrigste Quote zumindest in der Bundesrepublik"*, die doppelte Dichte sei erforderlich, um *„für eine ausreichende tägliche Versorgung"* der Bevölkerung zu sorgen. (so die Bremer Gesellschaft für Landeskultur in „Spiegel" 10/77). Damit kommt diese Region nicht nur Albrechts Forderung nach einem möglichst *„menschenleerem Gebiet"* besonders nahe, sondern das Gebiet eignet sich auch besonders, weil dort auch ein gewisses *„Elend"* vorherrscht („Spiegel", ebenda).

In diesem Gebiet herrscht eine besonders hohe Arbeitslosigkeit (8,7% im Frühjahr 77), viele pendeln bis nach Hamburg. *„Wir kämpfen darum"* so der Oberkreisdirektor Paasche (in „Spiegel", s.o.), *„die Bevölkerung zu erhalten, aber der größte Teil der Jugend wandert ab"*. Das Flugblatt der BI-Mitglieder weist auch darauf hin, daß wegen der Überalterung und dünnen Besiedelung mit geringeren Protesten vor Ort zu rechnen sei. *„Sicherheitstechnisch untesteht die gesamte Region dem Bundesgrenzschutz und damit direkt dem Bundesinnenministerium...*
-Die Abriegelungsmöglichkeit für diesen entlegenen Grenzzipfel ist hervorragend:
-Die Abriegelungsmöglichkeit für diesen entlegenen Grenzzipfel ist hervorragend:
Demonstranten aus der übrigen BRD können leicht durch Polizei und Straßensperren ferngehalten werden. Im Katastrophenfall ließe sich die verseuchte Bevölkerung problemlos in dem Gebiet einsperren..."
Schon durch die Bekanntgabe des Baus der WAA wurde die bisherige wirtschaftliche (schlechte) Grundlage gänzlich ruiniert. Der Aufschwung, den der Fremdenverkehr in letzter Zeit genommen hatte, ist nun passe! Die Gemeindevertreter hatten kurz nach der Bekanntgabe der WAA ihre „Bestürzung" erklärt:
„Die Entwicklung des Fremdenverkehrs wird mit einem Schlag zunichte gemacht. Die Landwirtschaft und das örtliche Handwerk in ihrer Existenz auf das Äußerste gefährdet" („Stern", 21/77). In der Tat ging der Fremdenverkehr *„schlagartig zurück"* („Welt", 12.3.77).

Gerade diese Notlage des „Wendlandes" ist es, die schamlos ausgenutzt wird, um die Bedenken der Bevölkerung vor den Resiken der WAA, die anfangs unmittelbar nach der Standortverkündung massiv hochschlugen und ziemlich geschlossen in Aktionen vorgetragen wurden, beiseite zu räumen.

Prompt wurde erst einmal das Geld für die Förderung des Fremdenverkehrs gestoppt („EJZ", 29.4.77). Andererseits wurde die Region mit einem wahren Trommelfeuer der Kernkraftwerksbetreiber versehen. CDU und SPD richteten Arbeitskreise für den „Umweltschutz" ein, um für die WAA landauf - landab zu werben. Allen vorweg die DWK-Manager: *„Dann kamen Herren in schwarzen Anzügen und großen Mercedes-Limousinen, um mit den Gemeindevertretern zu reden: Konferenzen mit dem Top-Management der DWK, dem niedersächsischen Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel und CDU-Bundestagsabgeordneten ...*
Nach hartem Tagewerk lauschen sie geduldig, wenn angereiste Spitzenkräfte der Atomenergie-Lobby ihnen die chemischen Prozesse bei der Atommüll-Wiederaufarbeitung erklären ... Am Ende ... steht meist ein anschaulicher Vergleich: In der Nähe einer Kernenergie-Anlage zu wohnen, sei, was die radioaktive Strahlung angehe, ungefähr so gefährlich, wie vor einem Farbfernseher zu sitzen" („Stern", s.o.).

In diesem Sinn schob die Landesregierng nach: Albrecht erklärte, daß er für seine Minister ein Ferienhaus vor Ort kaufen wolle („EJZ", 20.4.77), d.h. alle Gefährdungen werden heruntergespielt. Die DWK verharmlost, was das Zeug hält, und die Landesregierung erklärt, daß sie alles „sicher" prüfen wolle. Wissenschaftsminister Pestel machte auch deutlich, daß man recht schnell prüfen wolle (bis zum Entscheid für die erste Teilerrichtungsgenehmigung) und hauptsächlich eine Anstandsfrist benötige.

Wird die Gefährdung, die von der WAA ausgeht stark verharmlost, so wird gleichzeitig ein leuchtendes Bild von der angeblichen „Sanierung" dieser Region durch die WAA gemalt, einer Region, die es bitter nötig habe, da sie *„seit Jahrzehnten am Rande des Existenzminimums dahinvegetiert"* („NWZ", 24.2.77). Der Landtagsabgeordnete Grill verkündete in der Ortspresse die Gründe der Landesregierung für Gorleben als Standort. Die WAA schaffe dort:

- *3000 bis 4000 k0njunktursichere Arbeitsplätze,*
- *Aufträge für örtliche mittelständische Unternehmen,*
- *verbesserte Verkehrsverbindungen (Autobahn, Bahn)*
- *Steuereinnahmen"*

(„EJZ", 20.4.77).

Nach dieser intensiven Beackerung hat man zumindes erreicht, daß der überwiegende Teil der Ortsgrößen zu WAA-Befürwortern umgekrempelt wurde. Nachdem der Gemeinderat Wilkens (SPD) z.B. den Webemanager der DWK einquartiert hat, sagt er heute: *„Nüchtern betrachtet ist die Wiederaufbereitungsanlage das Beste, was unserem Kreis passieren kann"* („Stern", 21/77). Lüchows Stadtdirektor Krüger konstatierte: *„Wenn es um Arbeitsplätze geht, denkt unsere Bevölkerung nüchterner als anderswo"* („Welt", 12.3.77). Auf der Bürgerversammlung in Gartow wehrte er sich zwar gegen den Vorwurf, die Gemeindevertreter hätten sich schon für die Anlage entschieden, Ratsherr Legner schob nach, es gelte noch die alte Entscheidung (gegen die WAA). Allerdings behauptete er bereits, daß *„50% der Bevölkerung für den Bau der Anlage seien und die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellten"* („EJZ", 19.7.77) und es sei seine Aufgabe, „auch die 50%" zu unterstützen (ebenda).

Bei den örtlichen Handwerksunternehmen hat sich die DWK schon direkt eingekauft. Laut Aussagen von Sägewerksbesitzer Herbst habe bei vielen der „lukrative Korrumpierungsversuch" eingeschlagen – Er selbst hatte als BI-Mitglied einen Auftrag
Sägewerksbesitzer Herbst habe bei vielen der „lukrative Korrumpierungsversuch" eingeschlagen – Er selbst hatte als BI-Mitglied einen Auftrag
für über 300000 DM zurückgewiesen: *„Einige von uns rutschen ihnen* (den WAA-Betreibern) *auch noch auf den Knien entgegen, um die Glasperlen zu bekommen."* (zitiert im „Stern", 21/77). Hier wird ähnlich wie in Bergkamen die Situation der Bevölkerung schamlos ausgenutzt und aufgrund der Not der Bevölkerung soll die WAA regelrecht erpreßt werden. Wer sich gegen den zukünftigen Aufschwung und die Schaffung von Arbeitsplätzen wendet, soll zunehmend als „Totengräber des Wendlandes" diffamiert werden. Bezeichnenderweise ist es bei dem Verkauf des Geländes für das AKW-Langendorf, das den Strom für die WAA liefern soll, ähnlich zugegangen. Dort wurden die Bauern, denen das Land gehörte von „ihren" Politikern solange bearbeitet, bis sie schließlich verkauften!

Der „Bürgerdialog mit der BI

Die BI Lüchow-Dannenberg ist auf die Angebote der DWK nicht eingegangen. Zwar fuhren eine Reihe BI-Mitglieder mit dach La Hague in Frankreich auf DWK-Kosten, entlarvten dies allerdings als Korrumpierungsversuch. Die DWK versucht massiv, auch von der BI als „sachlicher" Verhandlungspartner anerkannt zu werden. In ihrer monatlichen Werbezeitung läßt sie regelmäßig eine halbe Seite Platz für die BI. Weil die GI das abgelehnt hat, machte die DWK inzwischen eine Umfrage, ob die BI dabei eigentlich im Sinne der Bevölkerung handle. Allen, die auf ähnliche Angebote eingegangen sind, wie etwa dem Kreisjugendring , bescheinigt die DWK ein *„hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein"* („Dan", Zeitung der DWK für Lüchow-Dannenberg im Juni 77). Die DWK kann zu ihrem Bedauern der BI dieses *„Verantwortungsbewußtsein für die Energieversorgung und die Arbeitsplätze"* nicht bescheinigen. Dennoch zeigte sich die DWK erfreut über die Demo am 12.3. in Gorleben mit 12000 AKW-Gegnern, weil dort die BI mit „Besonnenheit" gezeigt habe: *„Es geht auch ohne Krawall und Unruhe"* („Dan", Nr 1). Solange sich die BI an die „Spielregeln" hält, kann sich die DWK freundlich zeigen.

Für die Einhaltung der Spielregeln soll die Albrecht-Regierung mit ihrem „Dialog" mit der BI sorgen. Bereits fünf Gespräche fanden zwischen Albrecht und den BI-Größen statt. In „sachlicher" Atmosphäre läßt sich die BI von Albrecht ein Gutachten finanzieren, das mit einem Schwerpunkt die Strukturveränderung durch die WAA untersuchen soll (siehe AK 107: „Haben sich die BI-Führer in Lüchow schon mit der WAA abgefunden?").

Zum einen ist es Albrecht damit gelungen, die BI auf den Trip zu setzen, sich mit den wirtschaftlichen Folgen, Entschädigungen etc zu befassen. Dies wird selbst von fortschrittlicheren Teilen mit „der Stimmung in der Bevölkerung" gerechtfertigt.

Andererseits wird behauptet, daß die BI darüber an den Sicherheitsbericht herankommen würde. Bisher hat Albrecht die BIs zappeln lassen, obwohl er ihnen den Sicherheitsbericht im Februar „unmittelbar nach Eingang" versprochen hatte (lt. „FR" vom 6.8.77). Insgesamt hat Albrecht versucht darauf hinzuwirken, daß die BIs erst einmal das Genehmigungsverfahren durchgehen lassen, da ja auch er selbst damit prüfen wolle, ob die WAA sicher betrieben werden könne. Zu den Albrecht-Gesprächen selbst gibt es in der BI nicht einmal eine breite Information, geschweige denn eine Diskussion darüber, wie Albrecht versucht, die BI anzuschmieren bzw. was die BI ihrerseits mit den Gesprächen bezweckt.

Gerade an der Haltung der BI zu den Probebohrungen zeigen sich erste „Erfolge" Albrechts. Die BI in Gorleben zeigte sich wesentlich „aufgeschlossener" als die BIs der Orte, die früher ebenfalls in der Diskussion um den Standort der WAA waren. Sowohl in Aschendorf wurde dem Versuch von Probebohrungen durch einen 3 mal 4 m breiten Graben sofort eine eindeutige Absage erteilt. In Lichtenmoor wurde extra zur Verhinderung erster Bohrversuche ein Dauerlager errichtet, das bei ersten Anzeichen Alarm geben sollte. In Unterlüß wurden eindeutige Vorbereitungen zur Verhinderung von Probebohrungen getroffen. In Gorleben hingegen wurde keine eindeutige Stellungnahme abgegeben und noch nicht einmal dazu aufgerufen, dieses Problem breit in den BIs zu diskutieren.

Obwohl die BI am 3.3.77 ihren grundsätzlichen Widerstand in einem Memorandum festgelegt hat: *„Wir appellieren an die Landesregierung, sich der Forderung der Bundesregierung nach einer Stand-*
„Wir appellieren an die Landesregierung, sich der Forderung der Bundesregierung nach einer Stand-
ortbenennung für eine Entsorgungsanlage in Niedersachsen generell zu widersetzen. Wir wissen, daß wir eine absolute Sicherheit im technologischen Bereich nicht erreichen können, deswegen verbleibt bei der WAA immer ein Restrisiko" (BI-Lüchow-Dannenberg), ist sie nun bei ihrer Haltung zu den Probebohrungen von dieser Grundlage abgewichen und macht Zugeständnisse. So wird z.B. von BI-Führern behauptet, daß man die Probebohrungen nicht verhindern kann, weil sie ja schließlich Bestandteil des Genehmigungsverfahrens seien (G.Herbst, NDR-Interview vom 19.7.). Außerdem wollte Herbst „die Bohrergebnisse politisch festlegen", d.h. daß der Salzstock als „sicher" bzw. „unsicher" anzusehen ist, wenn er eine bstimmte Struktur aufweist, anstatt die Bohrungen überhaupt zu verhindern. Offenbar hat sich Albrecht von Teilen der BI-Führer als Gegenleistung für den „Sicherheitsbericht" die Zusage geben lassen, das Genehmigungsverfahren nicht zu behindern!

Wenn dies so ist, haben dort die Verhandlungspartner Albrechts eine wesentliche Position, die auch die Stärke der Anti-AKW-Bewegung bisher ausgemacht hat, aufgegeben. Daß nämlich die BIs die Mittel ihres Widerstandes selbst bestimmen und eindeutig von vornherein bestimmte auch „ungesetzliche Mittel" als notwendige Widerstandsformen ankündigen. Dies ist sowohl in Wyhl als auch in Brokdorf passiert und war der Bourgeoisie ein besonderer Dorn im Auge. Gerade das Prinzip: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht", soll hier geknackt werden, offenbar mit erstem Erfolg. Darum ist es umso notwendiger, in den BIs eine Diskussion zu führen, die darauf hinausläuft, daß die BI-Lüchow-Dannenberg öffentlich und eindeutig die Verhinderung jeder vorbereitenden Baumaßnahme ankündigt und dafür auch andere BIs zur Unterstützung mobilisiert.

AKW-NEIN-Kommission

Zur Politik des BBU-Vorstandes

Wüstenhagen zurückgetreten

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des „Bundesverbandes des Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBU) am 23./24.7. ließ der bisherige BBU-Vorsitzende Hans-Helmut Wüstenhagen seinen Rücktritt durch seinen Stellvertreter Schumacher bekanntgeben. In einem Brief an den BBU – Wüstenhagen selber war nicht erschienen – führte er als Begründung dafür an, daß die ständigen Angriffe von „rechts und links" gegen seine Person zu einer für ihn „nicht mehr tragbaren Belastung" geführt hätten („Welt", 25.7.).



BBU-Vorsitzender Wüstenhagen zurückgetreten

Wieweit Angriffe von „rechts" dabei wirklich eine Rolle spielen, ist nicht bekannt. Die bürgerliche Presse zitiert dazu, daß ihm seine Tätigkeit beim „Neuen Deutschland" der DDR bis 1948 vorgeworfen werde, sowie seine Unterschrift unter den Aufruf des maßgeblich von der DKP getragenen „Komitee für Frieden und Abrüstung". Allgemein werden die Linken für Wüstenhagens Rücktritt verantwortlich gemacht.

Sie hätten Wüstenhagen verleumdet, indem sie sowohl seine Spaltertätigkeit in der Anti-AKW-Bewegung, als auch seine direkte Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien bis hin zur Finanzierung eines Wüstenhagen-Gutachtens durch das Forschungsministerium (also die Instanz, die die Verantwortung für das bekämpfte Atomprogramm trägt!) mit 80.000 DM entlarvt haben. Resümiert der sozialdemokratische „Vorwärts": Wüstenhagen – *„Von K-Gruppen fertiggemacht"* („Vorwärts", 28.7.).

Die bürgerliche Presse ist bemüht, Wüstenhagen als ein resignierendes Opfer dieser „rechten" und „linken" Angriffe darzustellen. Gegen diese „Feinfühligkeit" des zurückgetretenen BBU-Vorsitzenden spricht allerdings seine bisherige Skrupellosigkeit bei der Verfolgung bürgerlich-machtpolitischer Ziele, wie sie bisher von ihm betrieben wurde.

Vielmehr steht Wüstenhagens Rücktritt in engem Zusammenhang mit dem Aufschwung der Bewegung gegen die Atomkraftwerke. Dieser Aufschwung ging auch am BBU nicht spurlos vorüber. Mit zunehmen-
gegen die Atomkraftwerke. Dieser Aufschwung ging auch am BBU nicht spurlos vorüber. Mit zunehmen-
der öffentlicher Kritik an Wüstenhagens Politik und der Formierung einer starken Anti-AKW-Bewegung außerhalb des BBU nahm auch die Kritik an Wüstenhagens selbstherrlicher Vorstandspolitik im BBU zu. Hinzu kommt, daß die Forcierung des Atomprogramms durch die Bundesregierung immer weniger Spielraum für die reformistisch-parlamentarische Betätigung von Wüstenhagen & Co läßt, was zu Erschütterungen und Radikalisierung im BBU führte. Nachdem erfolglos von Wüstenhagen & Co gegen die Brokdorf-Aktion am 19.2. getrommelt wurde, wiederholte er seine Hetz- und Spaltungsmanöver anläßlich der Hannoveraner Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen im Mai. Zwar wurde ein Antrag im BBU-Vorstand, diese Konferenz zu unterstützen, mit sieben Gegenstimmen bei drei Enthaltung und nur einer Fürstimme abgelehnt. Gleichzeitig wurde aber beschlossen, keine offizielle Abgrenzung oder Demobilisierung gegen die Bundeskonferenz vorzunehmen. Entgegen diesem Beschluß gab Wüstenhagen dann allerdings Erklärungen gegen die Konferenz heraus und diffamierte sie in Rundschreiben als ein KB-Unternehmen. Diese Rundschreiben gab er übrigens zusammen mit seinem vorläufigen Nachfolger Schumacher heraus. Als dieses Verhalten Wüstenhagens auf der Vorstandssitzung am 23./24.4.77 in Bonn-Beul von verschiedenen Vorstandsmitgliedern mißbilligt wurde, erklärte er damals bereits inoffiziell seinen Rücktritt.

Diese Hintergründe zeigen, daß es durchaus Differenzen in der BBU-Führung selber sind, die zum Rücktritt Wüstenhagens geführt haben. Falsch wäre allerdings die Schlußfogerung daraus zu ziehen, daß mit einer wesentlichen Änderung der Vorstandspolitik des BBU zu rechnen sei. Wüstenhagens Nachfolger selber symbolisiert keinesfalls einen inhaltlichen Wechsel, im Gegenteil, die rechtesten Manöver Wüstenhagens in der letzten Zeit wurden von Schumacher voll mitgetragen.

Andererseits sind auf verschiedenen Ebenen des BBU durchaus erfreuliche Differenzierungen feststellbar – so etwa die Zusammenarbeit zur Vorbereitung einer Großaktion in Kalkar am 24.9., die sich bisher positiv von den Spaltungsmanövern zu Brokdorf-Itzehoe am 19.2. abhebt; die verstärkte gemeinsame Zusammenarbeit gegen das AKW-Esenshamm mit der „Bürgeraktion Küste" (BBU) und die solidarischen Erklärungen einer Reihe von BBU-Initiativen zu den Vorfällen in Malville (so erklärte sich z.B. der BBU-Landesverband Niedersachsen solidarisch und befürwortete den Aufruf des Malville-Komitees zum 6. August; die NBA Dinslaken – ebenfalls BBU – desgleichen; der AGU Kiel, dessen Vorsitzender BBU-Vorstandsmitglied Hermann Schulz ist, beteiligte sich aktiv am 6.August, ebenfalls die Lübecker „BI gegen Kernenergieanlagen e.V.".)

Gelingt es, diese erfreuliche Entwicklung auszubauen, eine Zusammenarbeit der beiden Flügel der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse und antikommunistische Abgrenzungsmanöver herzustellen, gelingt es, sektiereri-
deutschen Anti-AKW-Bewegung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse und antikommunistische Abgrenzungsmanöver herzustellen, gelingt es, sektiereri-
sche Vorbehalte einer Zusammenarbeit mit BBU-Initiativen seitens des linken Flügels der Bewegung zu überwinden ohne vereinheitlichte Prinzipien der Zusammenarbeit („alle AKW-Gegner unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und ihren Vorstellungen zu den Formen des Kampfes") aufzugeben, kann aus diesen zarten Pflänzchen verstärkter Kontakte durchaus eine Stärkung und Erweiterung der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung erwachsen.

Mitgliederversammlung des BBU

Diese außerordentliche Versammlung fand am 23./24.7. in Königstein/Taunus statt. Sie wurde von ca. 100 Delegierten aus 50 Bürgerinitiativen besucht. Zum Vergleich: auf dem von Wüstenhagen verteufelten Bundeskongreß im Mai waren 250 Initiativen (zum Schluß noch fast 150) anwesend sowie über 800 Delegierte und Beobachter. Darunter waren so mitglieds- und aktivistenstarke Initiativen wie die BUU Hamburg, BBA Bremen und BI Hannover, mit denen die BBU-Initiativen keinen größenmäßigen Vergleich aushalten. Diese Gegenüberstellung ist deshalb nicht unwichtig, weil es zur bevorzugten Methode Wüstenhagens gehörte, sich als Repräsentant und Sprecher von „961 Bürgerinitiativen mit zusammen mehr als 300.000 Mitgliedern" auszugeben („FAZ", 18.3.77) – das würde pro BI eine durchschnittliche Mitgliederstärke von über 300 bedeuten! – die insgesamt „15 Millionen Bürger erreichen" („Welt", 18.2.77)!

Es entspricht der Methode bürgerlicher Machtpolitiker, mit solchen Zahlen zu hantieren, um sich zum „selbsternannten Repräsentanten" der Bewegung aufzuschwingen, was der KB bereits seit langem angegriffen hat. Wüstenhagen benutzte diese imposante Zahlenspielerei denn auch, um damit politisch links von seinem Verband stehende Vorstellungen in der Bewegung als „sektiererisch" dar-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

zustellen und demokratische Strukturen in der Zusammenarbeit zu verhindern. Würden diese existieren, wäre Wüstenhagen zweifellos niemals Vorsitzender gewesen! Die Methoden, mit denen er und weitere BBU-Vorstandsmitglieder in der Bewegung arbeiten, sind durchaus denen sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer vergleichbar. Die Beteiligung an der Mitgliederversammlung dokumentiert wesentlich realer den Einfluß dieser Leute und zeigt, daß es für die fortschrittliche Linie in der Bewegung gegen AKWs keinen Grund gibt, vor diesen Leuten „Männchen" zu machen.

Inhaltlich war das Hauptziel dieser Mitgliederversammlung seitens der Vorstandsmehrheit eine weitere Verfestigung der Spaltung in der Bewegung, wie sie von Wüstenhagen betrieben wurde. Das soll durch eine ausdrückliche Festlegung auf „Gewaltfreiheit" bei gleichzeitiger Abgrenzung und Ausschließung anderer Formen des Kampfes erfolgen. Die Anforderung an die BBU-BIs, Stellungnahmen über die Gewaltfreiheit abzugeben und Vorschläge für einen gewaltfreien Aktionskatalog zu machen – war das e i n z i g e, was der BBU-Vorstand an Vorbereitung für die Mitgliederversammlung anbot.

BBU-Vorstandsmitglied Sternstein legte der Versammlung den angekündigten „Aktionskatalog" vor. Die dort vorgenommene Festlegung auf „Gewaltfreiheit" und Abgrenzung gegenüber militanten AKW-Gegnern wird unter Berufung auf Martin Luther King, Theodor Ebert und andere Theoretiker der „Gewaltfreiheit" vorgenommen. Gleichzeitig werden vorsichtig Aktionen wie Boykotte, Blockade und auch begrenzt Sabotageakte angegeben, die – durchaus bewußt – ungesetzlichen Charakter haben und zur Konfrontation mit dem geltenden Recht und dem Staatsapparat führen. Einerseits plädiert der Katalog dafür, diese Konfrontation so gering wie möglich zu halten und propagiert schwerpunktmäßig individuelle Verweigerung (u.a. „Steuerverweigerung" durch Verzicht auf Tabak, Alkohol und Kaffee) und Aktionen, die *„lieber aufbauend und heiter als zerstörend und blutig-ernst"* sind, durchzuführen. Aktionen wie Platzbesetzungen etc. werden als „zur Zeit wenig sinnvoll" bezeichnet. Um diese durch und durch illusionären und für die Verhinderung von AKWs untauglichen Mittel mit Erfolgsaussichten zu versehen, werden im Katalog noch illusionärere Bilder der Gegner im Kampf gegen die AKWs aufgebaut. So heißt es beispielsweise: *„Gewaltfreiheit heißt, daß wir unsere Gegner nicht hassen dürfen. Wir sollten in ihnen stets potentielle Verbündete sehen. Eine radioaktive Wolke macht auch vor Hans Matthöfer, Hans Friderichs und Helmut Schmidt nicht halt. Wir sollten versuchen, ihnen das klarzumachen..."*. Und die Polizei? Sie sind Menschen wie du und ich, zwar gibt es auch brutale, die meisten aber sind „arme Würstchen", die „legal" ihre „Aggressionen abreagieren" wollen, die „aus Angst aggressiv" werden, die Polizisten geworden sind, „so wie andere Bäcker oder Lehrer werden". Deshalb keine „Feindschaft" und Konfrontation. Tip: *„Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei möglichst nicht fliehen. Dem Polizisten ruhig und fest ins Auge blicken und sich zur Verhaftung anbieten. Schlägt er dennoch zu, ihn ruhig auch einmal anbrüllen, daß die Wände wackeln"*. Das stammt tatsächlich nicht aus der Witzseite für Zyniker, etwa als Tip für die Aktion in Malville!

Es bleibt abzuwarten, ob derartige Geschichten selbst im BBU eine Mehrheit erhalten. Bereits auf der Mitgliederversammlung gab es durchaus widersprüchliche und keine einheitliche Meinung zum Thema „Gewaltfreiheit" und zum „Aktionskatalog". Eine kurzfristig eingebrachte Resolution, in der die Vorstandsposition zusammengefaßt war, wurde insoweit noch geändert, als bei Beibehaltung der Abgrenzung die Möglichkeit von Platzbesetzungen aufgenommen wurde. Die Resolution wurde mit 50 gegen zehn Stimmen angenommen. Derartige Abstimmungen werfen übrigens ein bezeichnendes Licht auf das „Demokratie"-Verständnis im BBU. So lagen Materialien und Wortlaute von Anträgen nicht vorher vor, die meisten Delegierten stimmten also ohne Mandat ihrer BIs ab! Beispielsweise wurde auch ein Antrag, an alle BIs die Mitgliederlisten des BBU zu schicken, gegen 22 Stimmen abgelehnt (Zitate aus „FAZ", 27.7. und „FR", 2.8.).

Die bisherigen Erfolge der Vorbereitung der Kalkar-Aktion am 24.9. mißfallen ganz offensichtlich einigen BBU-Führern. Die solidarische Zusammenarbeit zwischen BBU-Initiativen, den Initiativen der Landeskonferenz und niederländischen Initiativen hat zu einem gemeinsamen Aufruf geführt. In ihm wird eine Platzbesetzung am 24.9. ausgeschlossen, gleichzeitig werden die Aktionen in Brokdorf, Grohnde und Wyhl begrüßt und zukünftige Platzbesetzung befürwortet; auf der Durchsetzung des Demonstrationsrechts wird beharrt und gegen den Polizeiterror gegen AKW-Gegner protestiert. Ein Antrag, diese Aktion seitens des BBU zu unterstützen und den Aufruf zu unterschreiben, wurde mehrheitlich abgelehnt. Begründung hierfür waren gerade die Passagen, die die positive Zusammenarbeit dokumentieren. Auch dieser Vorgang ist bezeichnend für die Situation im BBU: während vor Ort eine große Anzahl BBU-Initiativen den Aufruf unterstützen (z.B. die „Niederrheinische Bürgeraktion", BBU Aachen, auch die „Bürgeraktion Küste"), wird auf der Versammlung dieser Fortschritt ignoriert, wobei nicht eine der beteiligten nordrhein-westfälischen Initiativen anwesend war!

Dennoch wurde erfreulicherweise ein eigener Aufruf zum 24.9. verabschiedet, in dem allerdings ausdrücklich eine Festlegung auf „Gewaltfreiheit" vorgenommen wird. Es ist zu begrüßen, wenn der BBU diese Aktion unterstützt. Gegenüber Brokdorf-Itzehoe 19.2. stellt es einen wesentlichen Fortschritt dar, wenn „Gewaltfreie" und die Unterstützer von Brokdorf 19.2. sich zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen. Eine Spaltung der Aktion wie am 19.2. dürfte schon deshalb schwerer fallen, da die Unterzeichner sich auf einen friedlichen Ablauf der Kalkar-Aktion geeinigt haben.

Es gibt aber eine Reihe von Anzeichen dafür, daß dieses gemeinsame Vorgehen einigen BBU-Führern mißfällt. Schon auf der Mitgliederversammlung versuchten sie die NRW-Initiativen auf „Gewaltfreiheit" festzulegen, obwohl deren Festlegungen anders waren. Damit scheiterten sie. Nach der Mitgliederversammlung verbreitet insbesondere Schumacher in der bürgerlichen Presse, daß es sich bei Kalkar 24.9. um eine „gewaltfreie" Aktion des BBU handele. Die Erfahrungen von Brokdorf 19.2. mit diesen Leuten und ihr Bestreben, im BBU und in der Bewegung Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die Linken durchzusetzen, lassen erneute Spaltungsmanöver befürchten. Der sozialdemokratische „Vorwärts" hält sowohl für die Kalkar-Aktion als auch für den BBU insgesamt eine direkte Spaltung für notwendig. So schreibt er unter der Überschrift: *„Die Schlacht um Kalkar bringt die Entscheidung"*. Gemeint ist die Entscheidung zwischen *„gutwilligen Umweltschützern und mutwilligen Zerstörern aus den K-Gruppen"* („Vorwärts", 28.7.).

Diese Spaltung am 24.9. gilt es zu verhindern!

Schneller Brüter vor das Bundesverfassungsgericht?

Sollen die Gerichte ausgeschaltet werden ?

Das Oberverwaltungsgericht Münster erwägt, ob es in 2.Instanz überhaupt über eine Klage gegen den „Schnellen Brüter" entscheiden soll. Diese Entscheidung soll dann das Bundesverfassungsgericht treffen. In der Presse wurde dieser Schritt mit großen Schlagzeilen herausgebracht: *„Bau von Kernkraftwerken droht gestoppt zu werden"* („Welt", 26.7.), der „Spiegel" (32/77) befürchtete schon *„das Ende der Bonner Energiepolitik"*. Hintergrund dessen ist, daß eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erst in drei Jahren zu erwarten wäre.

Sollen die Parlamente über die AKWs entscheiden?

Die Richter wollen vom Verfassungsgericht klären lassen, ob bei der Genehmigung der Exekutive (d.h. den Regierungen) nicht *„ein Maß an Einfluß zukommt, das eventuell allein dem Parlament gebührt"* („Hamburger Abendblatt", 26.7.77). Das ganze läuft darauf hinaus, mehr oder weniger insgesamt die AKWs durch die Parlamente per Gesetze zu genehmigen, gegen die auch nicht mehr geklagt werden kann, sondern höchstens das Bundesverfassungsgericht angerufen werden könnte.

Dieser Gedanke ist nun nicht gerade neu, schon 1976 meinte ein Freiburger Politologe, W.Hennis, daß *„gewiß ist, daß die Kraftwerksgegner immer bis in die letzte Instanz gehen werden – Zug um Zug wird der Rechtsstaat strapaziert werden, wenn nicht bald eine letztinstanzliche Erklärung erfolgt, ob unter den heutigen Bedingungen die ‚friedliche Nutzung' der Kernenergie verantwortet werden kann"* (nach „Welt", 27.7.77).

Nach den Vorstellungen von Bundesjustizminister Vogel sollen sogar „Standort, Anzahl und Typ" (Spiegel s.o.) vom Parlament entschieden werden und die Gerichte damit praktisch vollkommen ausgeschaltet werden. Ähnliche Forderungen erhebt auch die CDU/CSU.

Das ganze Projekt läuft also darauf hinaus, AKWs im Hauruckverfahren durch die Parlamente zu peitschen und jeden Aufschub durch Gerichtsentscheide unmöglich zu machen. Bisher haben Gerichte immer wieder nach massiven Protesten – wie in Brokdorf oder Wyhl vorübergehende Baustopps verfügt, um dort Teile der Bewegung zu desorientieren bzw. eine Verbreiterung der Proteste zu stoppen. Weniger große Scharfmacher in Sachen AKW wollen sich diese Möglichkeit weiterhin erhalten und deshalb die Gerichte nur teilweise beschneiden. So haben sich die neun Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte erst einmal darüber beraten, ob sie das Gerichtsverfahren um eine Instanz (der Verwaltungsgerichte) kürzen.

Falls das Münsteraner Oberverwaltungsgericht, wie angekündigt, vor das Bundesverfassungsgericht zieht, könnten damit sofort sämtliche Baustopps aufgehoben werden, falls sich andere Gerichte diesem Schritt anschließen würden.

Der Präsident des Münsteraner Gerichts erklärte dazu im „Spiegel-Interview": *„soweit Teilgenehmigungen durch Klagen angefochten sind, hängt es von den einzelnen Gerichten ab, ob sie die bei ihnen anhängigen Verfahren wegen eines Vorlagebeschlusses unseres Senats anhalten wollen oder nicht. Gebunden wären sie an einen solchen Beschluß jedenfalls nicht"* (s.o.).

Das, was hier von der bürgerlichen Presse als drohender allgemeiner Baustopp verkauft werden soll, kann sich gegebenenfalls als enorme Beschleunigung herausstellen. *„Solange die Münsteraner Richter ... die Sache in Karlsruhe prüfen lassen wollen, bleibt es dabei, daß weitergebaut werden darf ... Allenfalls einstweilige Anordnungen ... könnten einen Baustop anordnen, das (sei) ... aber höchst unwahrscheinlich"* („Welt").

AKW-Nein-Kommission

Gemeinsame Erklärung über Treffen WSL/KB

Ein erstes informatives Gespräch zwischen Vertretern des „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) und des ARBEITERKAMPF (AK) fand am 1.8.77 in Vlotho statt. Es sollten erstens die vom AK gegen WSL-Mitglieder erhobenen Vorwürfe abgeklärt und zweitens über mögliche gemeinsame Schritte im Anti-Atomkampf gesprochen werden.

Es konnte übereinstimmend festgestellt werden, daß eine Eskalation der Auseinandersetzung um das Atomprogramm im Herbst zu erwarten sei und ebenso, daß der Kriminalisierung von Atomkraftgegnern entgegengetreten werden solle. Die Bedeutung der Erörterungstermine und Prozesse wurde von beiden für wichtig gehalten.

Die vom ARBEITERKAMPF vertretene Position, Differenzen in der Anti-AKW-Bewegung öffentlich auszutragen, wurde von den Vertretern des WSL nicht gutgeheißen.

Die Vertreter der beiden Organisationen sind sich in der Beurteilung dessen, was „Faschismus" und heute „Neofaschismus" ist, nicht einig. Sie stimmen aber darin überein, daß eine vorurteilsfreie Aufarbeitung dieser Fragen vorgenommen werden solle. **(Diese Erklärung wird gleichlautend im WSL-Organ „Lebensschutz-Informationen", Heft 8, 1977, abgedruckt.)**

Wüstenhagen an der Spalterfront — anstelle eines Nachrufs

Eine kurze, durchaus treffende Cha- mit bereits 4 Tage vor der endgülti-

scheidung". Gemeint ist die Entscheidung zwischen „gutwilligen Umweltschützern und mutwilligen Zerstörern aus den K-Gruppen" („Vorwärts", 28.7.).

Diese Spaltung am 24.9. gilt es zu verhindern!

sten – wie in Brokdorf oder Wyhl vorübergehende Baustopps verfügt, um dort Teile der Bewegung zu desorientieren bzw. eine Verbreiterung der Proteste zu stoppen. Weniger große Scharfmacher in Sachen AKW wollen sich diese Möglichkeit weiterhin erhalten und deshalb die Gerichte

nen sind sich in der Beurteilung dessen, was „Faschismus" und heute „Neofaschismus" ist, nicht einig. Sie stimmen aber darin überein, daß eine vorurteilsfreie Aufarbeitung dieser Fragen vorgenommen werden solle. (Diese Erklärung wird gleichlautend im WSL-Organ „Lebensschutz-Informationen", Heft 8, 1977, abgedruckt.)

Wüstenhagen an der Spalterfront — anstelle eines Nachrufs

Eine kurze, durchaus treffende Charakterisierung von Wüstenhagens Tätigkeit liefert der „Vorwärts": *„Hans Helmut Wüstenhagen war seit Jahren die Personifizierung der Bürgerinitiativen-Bewegung. Für die Umweltschützer sprach er in Bonn vor, nahm Abend für Abend an Podiumsdiskussionen teil und wurde in Presse, Funk und Fernsehen herumgereicht. Seine Strategie war es, durch Überzeugungsarbeit Einfluß auf die politischen Entscheidungsträger zu nehmen."* (28.7.).

Was der „Vorwärts" vergißt: Auch die „politischen Entscheidungsträger" versuchten ihrerseits über Wüstenhagen Einfluß auf die Bewegung gegen Atomkraftwerke zu nehmen. Als seitens der Stoltenberg-Regierung am 19.2. die Hetze gegen die Brokdorffahrer begann, schloß sich Wüstenhagen dem an. Zum einen als Mitorganisator der Itzehoe-Aktion, zum anderen in BBU-Rundbriefen gegen die Brokdorf-Aktion (vom 2.2. und 11. 2.). Der erste Rundbrief gegen die Brokdorf-Aktion wurde damit bereits 4 Tage vor der endgültigen Spaltung der BUU herausgegeben, was ein bezeichnendes Licht auf die Rolle Wüstenhagens bei der Spaltung wirft.

In diesen Rundbriefen wird von der Brokdorf-Aktion in „Bild"-Hetze als Aktion von „Chaoten" und „Gewalttätern" gesprochen. Die Briefe sind übrigens auch vom neuen BBU-Vorsitzenden Schumacher unterzeichnet. Noch vor dem 19.2. finden sich BBU-Führer unter Wüstenhagens Leitung bei Stoltenbergs Wirtschaftsminister ein. Kommentiert der politische Entscheidungsträger Stoltenberg: *„Wir haben durch Gespräche in der hier geschilderten Art...versucht, einen Schritt zur Trennung der friedlichen Kernkraftwerksgegner von den Extremisten und Kommunisten zu tun. Offenbar mit Erfolg. Die Trennung wurde sichtbar in zwei Demonstrationen, der friedlichen in Itzehoe und der ursprünglich gewalttätig geplanten im Vorfeld Brokdorfs."* („Zeit", 25.2.77)

KBW plant »erneuten Angriff« auf AKW-Baustelle Brokdorf

Noch im September will der KBW laut „KVZ"-Bezirksbeilage Hamburg-Unterelbe vom 1.8.77 einen *„erneuten Angriff"* auf die AKW-Baustelle Brokdorf unternehmen, zusammen mit einigen „Autonomen" und möglicherweise der „KPD"

Zur Vorbereitung der Aktion ist jetzt vom KBW beabsichtigt, die politische Einheit der Volksmassen herzustellen. Vorzugsweise sollen Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten zusammengeschlossen werden.

Da die bisherigen Erfolge des KBW beim Zusammenschluß der Volksmassen jedoch offensichtlich nicht zufriedenstellend waren, will der KBW bei der Vorbereitung des „erneuten Angriffs" auf die Baustelle Brokdorf neue, unkonventionelle Wege gehen: *„Die Arbeiter sind die Hauptkraft in diesem Kampf, deshalb müssen d i e G e w e r k s c h a f t e n diesen Kampf aktiv führen und im Bündnis mit den Bauern die Volksmassen zusammenschließen unter den Forderungen: KEIN KKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO !"* usw.

Die Idee, den Zusammenschluß der Volksmassen den Gewerkschaften zu übertragen – statt dem KBW – klingt erfolgversprechend. Es wäre nicht überraschend, wenn der KBW demnächst einen Aufruf des DGB zum „erneuten Angriff" auf die Baustelle Brokdorf bekannt geben könnte. Schließlich spricht er jetzt schon von einem solchen Aufruf der BUU – und den gibt es a u c h nicht in Wirklichkeit!

»KPD« Genau solche Heuchler wie die DKP!

Die „KPD" betont stets – übrigens in der Sache zu Recht! – daß die DKP nicht auf Seiten der AKW-Gegner steht, weil sie die AKW's im „realen Sozialismus" anpreist und über „mitbestimmte" AKW's sogar im Kapitalismus mit sich reden lassen würde.

Die „KPD" s e l b s t ist jedoch in Schwierigkeiten, seit vor einiger Zeit die chinesische Regierung offen das Atomgeschäft zwischen der BRD und Brasilien begrüßt hat. Da kommen unbequeme Fragen auf die „KPD"-Führung zu, und in der „Roten Fahne" vom 3.8.77 wird selbstkritisch vermerkt, daß die „KPD" bisher *„nicht mit genügender Klarheit"* auf dieses Problem eingegangen sei.

Diese „Klarheit" soll jetzt endlich geschaffen werden. Es ist nämlich nicht zu übersehen, daß aus der AKW-Bewegung die Forderung nach einem Exportstopp für AKW's kommt. Dahinter steckt, so teilt die „Rote Fahne" jetzt mit, der Sozialimperialismus samt seiner *„Agentur, der DKP, und deren Helfers-Helfern Wüstenhagen & Co"*.

Denn: *„Wer den Exportstopp für Atomanlagen und für Nuklear-Technologie aus der BRD in Länder der dritten Welt fordert, der tritt im Ergebnis z.B. dafür ein, daß die Lieferung von Atomkraftwerken durch eine der beiden Supermächte erfolgt"*. Diese Logik leuchtet unmittelbar ein. Sie läßt sich beliebig ausdehnen auf jede Art von Lieferungen in beliebige Länder der ‚Dritten Welt', z.B. Waffen an faschistische Diktaturen. Sonst liefern eben „die Supermächte" das Gewünschte, und das wollen wir doch auch nicht, oder?!...

Außerdem: *„Für einen Exportstopp von Atomkraftwerken und Atom-Technologie aus der BRD einzutreten, das hieße, auf die Ausnutzung von Widersprüchen zwischen dem BRD-Imperialismus und den beiden Supermächten zu verzichten. Noch mehr: Das hieße, den Supermächten in die Hände zu arbeiten und sozialchauvinistische Positionen gegenüber den Ländern der Dritten Welt zu fördern, indem man sie von Fortschritten der Wissenschaft und Technologie ausschließen will"*. Diese Argumentation wirft viele interessante Fragen auf. Beispielsweise: Wer nutzt beim Export von AKW's nach Brasilien die Widersprüche zwischen BRD und „Supermächten" und zu welchem Zweck? Und: Müssen die Länder der Dritten Welt AKW's importieren, um an den Fortschritten von Wissenschaft und Technologie teilzuhaben? Und schließlich: Was passiert, wenn wir unsere Forderung „Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!" durchsetzen könnten, mit dem Export von „Fortschritten" in die Länder der Dritten Welt? Müßten wir aus Rücksicht auf die Dritte Welt die westdeutsche Atomindustrie nicht zumindest s o w e i t tolerieren, daß sie exportfähig bleibt?!... Fragen über Fragen.

Dabei weiß natürlich auch die „KPD": *„Für Brasilien ist der Vertrag äußerst unvorteilhaft, für den BRD-Imperialismus bringt er riesige Profite"* (RF, 3.8.77). Hinzu kommt: *„Auch in Brasilien bedeutet der Bau von Atomkraftwerken des in der BRD produzierten Typs, die weder umweltfreundlich noch sicher sind und für die Stromversorgung kaum rentabel eingesetzt werden können, eine große Bedrohung für die Lebensbedingungen der Volksmassen. Wie dagegen der Kampf zu führen ist, liegt aber allein in der Entscheidung der brasilianischen Volksmassen"*.

Es ist also folgendermaßen: Eigentlich ist der Export von AKW's aus der BRD nach Brasilien nützlich, von wegen dem Kampf „gegen die Supermächte". Andererseits ist der Import von AKW's aus der BRD nach Brasilien schädlich wegen der Bedrohung der Lebensbedingungen der Volksmassen. W e n n sich daher die brasilianischen Volksmassen dafür entscheiden, g e g e n diese AKW's zu sein, so wird die „KPD" dafür Verständnis aufbringen. Für diesen Fall stellt sie sogar *„unsere proletarisch-internationalistische Unterstützung"* in Aussicht. Es liegt jetzt also allein bei den brasilianischen Volksmassen, ob sie an dem angebotenen Fortschritt der Wissenschaft und Technologie aus der BRD teilhaben wollen, oder ob ihnen die damit verbundene Bedrohung ihrer Lebensbedingungen vielleicht doch zuviel ist. Daß Brasilien von einer faschistischen Diktatur unterdrückt wird, die mit Folter und Mord regiert, sollte dabei die Entscheidungsfreude der brasilianischen Volksmassen nicht beeinträchtigen.

Lieferung von Waffen aus der BRD an Pinochet o.ä. diskutiert wird, so wird die „Rote Fahne" schreiben: „Diese Waffen stellen zwar eine grosse Bedrohung für die Lebensbedingungen der Volksmassen dar. Wie dagegen der Kampf zu führen ist, liegt aber allein in der Entscheidung der chilenischen Volksmassen".

Dies heißt letzten Endes: Wir überlassen es den Völkern der ‚Dritten Welt', den Kampf gegen die imperialistische Außenpolitik „unserer" Bourgeoisie zu führen.

Die „KPD"-Führung hat sich in Widersprüche verwickelt, und sie soll sehen, wie sie da wieder heil heraus kommt! Einfacher macht es sich ihre portugiesische Bruderpartei, die berüchtigte „PCP/ML", die sich ohne Umschweife f ü r das Atomprogramm des Imperialismus und der Soares-Regierung in Portugal ausspricht. Spätestens nach einem entsprechenden Artikel in der „Peking Buntschau" wird sich die „KPD" wohl dieser Haltung ihrer portugiesischen Bruderpartei anschließen müssen.

Russell-Tribunal und kommunistische Bündnispolitik



Fortsetzung von Seite 1

berufsmäßigen Opportunisten und Mauschel-„Politikern" zu tun hatten. Trotzdem rechneten wir aber doch damit, daß diese Kräfte – auch unter dem Druck ihrer „Basis" – zumindest ansatzweise zu einer fairen Zusammenarbeit und s a c h l i c h e n Auseinandersetzung bereit sein würden. Wir haben auch den Grad der Verkommenheit unterschätzt, den der Rechtstrotzkismus in der BRD inzwischen erreicht hat.

Zur Diskussion steht die Frage, wie heute die Linke zum Zustandekommen einer breiten Abwehrfront – einschließlich Sozialdemokraten, Liberale usw. – gegen den Abbau demokratischer Rechte, Ausbau des Polizeistaats usw. beitragen kann. Diese Frage widerspiegelt sich – wenn auch vollständig verzerrt und verfälscht – in den Polemiken der zitierten Kreise gegen den Kommunistischen Bund wieder. Das heißt, diese Kreise haben immerhin den entscheidenden Stellenwert dieser Meinungsverschiedenheit begriffen und tragen dem auf i h r e Weise Rechnung. Daß es ihnen dabei nicht im mindesten um eine sachliche Klärung der Meinungsverschiedenheiten und einen für alle Teile fruchtbaren Meinungsstreit geht, ist bedauerlich.

In diesem Artikel soll versucht werden, systematisch unsere Einschätzung und Politik im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal sowie die realen Meinungsverschiedenheiten darzustellen.

Wer stellt die Unabhängigkeit des Tribunals in Frage?

Wer stellt die Unabhängigkeit des Tribunals in Frage?

Uns wird vorgeworfen, und zwar seit Beginn der Auseinandersetzungen, wir wollten das geplante Russell-Tribunal *„für den Parteiaufbau instrumentalisieren"* (GIM), *„eigene politische Ziele als Ziele des Tribunals formulieren"*, wollten gar der Russell Foundation unsere Politik aufzwingen usw. usf.. Derartige Vorwürfe, gegen Kommunisten erhoben, werden von vornherein immer willige Ohren finden. Das allein widerlegt noch nicht die Vorwürfe, aber es sollte zumindest ein Grund sein, den konkreten Wahrheitsgehalt der Vorwürfe zu hinterfragen.

Erinnern wir uns, daß der erste Vorschlag in Richtung Russell-Tribunal von der französischen PSU kam; auf dem Pfingstkongress des SB gegen die Repression 1976 wurde dieser Vorschlag von der PSU an das SB und uns herangetragen. Die PSU erklärte dabei ausdrücklich ihr Interesse, u.a. auch die Gewerkschaftsausschlüsse zu behandeln.

Wir haben damals das von der PSU vorgeschlagene Projekt mit Begeisterung unterstützt. Uns schien, daß eine derartige Kampagne – die PSU sprach zunächst noch nicht von einem Tribunal – geeignet sein würde, das international verbreitete Mißtrauen gegen das „Modell Deutschland" aufzunehmen und mit Hilfe einer breit geführten internationalen und nationalen Kampagne mehr demokratische Öffentlichkeit auch in der BRD zu schaffen, die demokratischen Kräfte in der BRD zu stärken und möglicherweise in gewissem Maß auch Druck auf die „sozialliberale" Regierungskoalition auszuüben. Dabei schien es uns sehr wichtig, auch solche Aspekte einzubeziehen, die nicht unmittelbar Bestandteil der Repression in der BRD sind, aber die in der internationalen Öffentlichkeit besondere Besorgnis und Protest hervorrufen, wie etwa die Schonbehandlung von Nazi-Mördern und das Treiben antisemitisch-neofaschistischer Banden. Gleichzeitig erschien es uns wichtig, das Bestreben des westdeutschen Imperialismus einzubeziehen, sein „Modell Deutschland" zum „Modell für Europa" zu machen. All das sind Fragen, die in Westeuropa durchaus nicht bloß die Sozialisten beschäftigen, sondern die in einer breiten liberalen Öffentlichkeit und sogar darüber hinaus mit Aufmerksamkeit diskutiert werden. Es geht also an den Tatsachen vorbei, wenn uns vorgeworfen wird, wir hätten sozusagen eine s o z i a l i s t i s c h e „Imperialismuskritik" zum Gegenstand und Mittelpunkt einer internationalen und nationalen Kampagne machen wollen. Beziehen wollten wir uns vielmehr auf allgemein kritisierte E r s c h e i n u n g s f o r m e n imperialistischer Politik.

Man muß sich auch daran erinnern, daß es zu dieser Zeit einige Versuche von Seiten der internationalen Sozialdemokratie, vor allem von Seiten der Partei Mitterands in Frankreich, gab, sich in bestimmter Weise des Themas Berufsverbote anzunehmen. Daß diese Versuche dann von der SPD-Führung massiv abgeblockt wurden, zeigt zwar, daß selbst d i e s e taktischen Manöver ihr schon zuviel waren. Es ändert aber unserer Meinung nach nichts daran, daß der Vorstoß Mitterands und ähnliche Ansätze objektiv die Funktion hatten, den internationalen Protest gegen die Berufsverbote in der BRD und gegen andere Aspekte der westdeutschen Innen- und Außenpolitik aufzufangen und zu schwächen. Diese Einschätzung wurde auch von der PSU vertreten. In Übereinstimmung mit der PSU hielten wir es für wichtig, daß das von der PSU vorgeschlagene Projekt sich keinesfalls in Manöver wie die von Mitterand u.ä. i n t e g r i e r e n durfte.

von Mitterand u.ä. i n t e g r i e r e n durfte.

Dem Projekt eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD gaben wir dabei folgende Funktion: Es müßte in sachlicher Weise alles Tatsachenmaterial zum Thema Repression in der BRD prüfen, e i n s c h l i e ß l i c h einer Reihe von im Ausland vielbeachteten Aspekten wie etwa Behandlung von Nazi-Mördern, Auftreten von „Waffen-SS" u.ä., Antisemitismus, Treiben neofaschistischer Banden. Die Behandlung dieser Aspekte erschien uns nicht – wie sogleich von SB, GIM u.a. behauptet wurde – wegen unserer „Faschismus-Theorie" unentbehrlich, sondern in erster Linie wegen ihres hohen agitatorischen Stellenwerts im Rahmen einer internationalen Kampagne. Es dürfte nämlich kaum zu bestreiten sein, daß gerade diese Aspekte im Ausland sogar noch weitaus b r e i t e r e Kreise beschäftigen als nur das Thema Berufsverbote. Im Übrigen sind wir tatsächlich auch der Meinung, daß diese Aspekte im Zusammenhang mit der Repression in der BRD zu sehen sind, aber das war in d i e s e m Fall für uns nur ein untergeordneter Gesichtspunkt.

Es gab um diese Fragen seinerzeit in der westdeutschen Unterstützungsbewegung eine längere Auseinandersetzung, die damit endete, daß sich die g e s a m t e damalige Unterstützungsbewegung (also einschließlich SB, GIM, AK/FU Westberlin u.a.) auf eine Kompromiß-Plattform einigte, nachdem sich zunächst zwei Plattform-Vorschläge (einer vom KB, einer vom SB) alternativ gegenübergestanden hatten. In der Kompromiß-Plattform heißt es u.a.: „...*Die Erwägung, ein solches Tribunal durchzuführen, stützt sich darauf, daß in der BRD in einer sich verschärfenden internationalen Krisensituation Schritt um Schritt demokratische Freiheitsrechte systematisch eingeschränkt werden. Angesichts der ökonomischen Vormachtstellung der BRD wird diese Entwicklung zu einer konkreten Gefahr für Westeuropa... Wir begrüßen es daher, daß die Bertrand-Russell-Peace-Foundation sich bereit erklärt hat, ein Tribunal zur politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, antidemokratische Tendenzen abzuwehren, die heute zu einer konkreten Bedrohung für Frieden, Freiheit, Demokratie und Fortschritt in Europa und insbesondere in unserem eigenen Land geworden sind.*" (siehe „Anti-Repressions-Info" Nr. 1)

Tatsächlich wurde diese Kompromiß-Plattform, um die lange -

Tatsächlich wurde diese Kompromiß-Plattform, um die lange -

und wie es damals schien, von allen Seiten ernsthaft - gerungen worden war, kurz darauf vom sozialdemokratischen und rechtstrotzkistischen Teil der Unterstützungsbewegung (Teile des SB, GIM, AK/FU u.a) wieder verworfen. Dieser Teil der Unterstützungsbewegung hielt die Kompromiß-Plattform für allzu „eng" und „linkslastig"; er sah darin ein schwerwiegendes Hindernis für die Einbeziehung von SPD'lern, DKP'lern, Gewerkschaftern, Liberalen u.a. in die Unterstützung für ein Russell-Tribunal. Dieser Teil der Unterstützungsbewegung fiel sogar noch weit hinter den ursprünglichen Plattform-Entwurf des SB zurück und begann, hinter den Kulissen auf eine E i n s c h r ä n k u n g der Thematik des Tribunals oder zumindest auf eine bestimmte „Schwerpunktsetzung" zugunsten der Berufsverbote hinzuarbeiten. **In diesem Sinne wurde auch Einfluß auf die Vertreter der Bertrand-Russell-Peace-Foundation genommen.**

Dieser Gang der Dinge wiederspiegelte sich auch in einer Veränderung der Definition des Tribunals durch die Foundation selbst: In ihrem allerersten Aufruf (1.2.77) sprach die Foundation noch ganz selbstverständlich und ohne jeden Vorbehalt von einem „**Tribunal über die Repression in der BRD**" (Tribunal on Repression). In diesem Aufruf heißt es u.a., die Foundation sei: „*zu dem Schluß gekommen, daß in der Bundesrepublik eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrückung und Einschüchterung gekennzeichnet ist, und daß alle Umstände mit größter Sorgfalt untersucht werden sollten*" (siehe AK 98, S. 24). Es löste daher in breiten Kreisen der westdeutschen Unterstützungsbewegung Erstaunen und Besorgnis aus, als die Foundation im April in einem Brief plötzlich von einem „**Tribunal on the Berufsverbote**" sprach; diese Besorgnis wurde zudem dadurch genährt, daß die Foundation zugleich mitteilte, sie habe auf **Bitten „westdeutscher Unterstützer dieses Projekts"** ihren Zeitplan um zwei Monate verschoben.

Auf Anfragen und Bekundungen der Unsicherheit und Besorgnis aus der westdeutschen Unterstützungsbewegung, die auch von fortschrittlichen Persönlichkeiten aus dem Ausland mit getragen wurden, erklärte die Foundation dann die Sache als „Mißverständnis". Nunmehr war aber nur noch von einem **„Tribunal zu A s p e k t e n der Repression"** (Tribunal on aspects of repression) die Rede (Brief der Foudation vom 26.5.77). Die Foundation benannte gleichzeitig ein sogenanntes „Vorläufiges Sekretariat", in dem diejenigen Kreise der Unterstützungsbewegung klar dominieren, die von Anfang an für eine Begrenzung der Thematik des Tribunals eingetreten waren. Dieses „vorläufige Sekretariat" beeilte sich mitzuteilen, „ **auf Vorschlag des AK/FU Westberlin**" sei „ **ein vorläufiges Spektrum der auf dem Tribunal zu verhandelnden Aspekte der Repression in der BRD von der Foundation bestätigt worden** ", nämlich:

–die Berufsverbote und deren Ausweitung über den Öffentlichen Dienst hinaus;
– die Einschränkung der Rechte der Verteidiger und Strafgefangenen;
– die sog. Abhör- und Lauschaktionen;
– die neuen Polizeigesetze;

nen;
– die neuen Polizeigesetze;

– die strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerungen;
– die Verfolgung der Gegnerinnen und Gegner des §218 (Brief von „Sekretärin" E.D. vom 31.5.77).

Nachdem dieser stark reduzierte Themen-Katalog erneut Proteste aus der Unterstützungsbewegung hervorrief, soll es sich nun wieder um ein „Mißverständnis" handeln. So wird jetzt in der bereits erwähnten Erklärung verschiedener Westberliner Unterstützergruppen („was tun", 28.7.77) scheinheilig gepoltert: „*Die fortgesetzten Versuche, im Rahmen der Unterstützungsbewegung, Themenkataloge, die auf dem Tribunal zu behandeln seien, festzulegen, sollten endlich aufhören.*" Unterschrieben von AK/FU, GIM, SB etc., die diese „Themenkataloge" überhaupt erst ins Spiel gebracht haben!

Die jetzt entstandene Lage ist also folgende: SB, GIM, AK/FU usw. und das „Sekretariat" erklären zwar, daß die noch zu benennende Jury des kommenden Russell-Tribunals u n a b h ä n g i g sein müsse, und daß sie a l l e Aspekte der Repression in der BRD prüfen müsse. **Andererseits wird auber aus Gründen, die mit taktischen Rücksichten auf SPD, DKP usw. zusammenhängen, von eben diesen Kräften eine thematische Einschränkung bzw. „Schwerpunktsetzung" betrieben.** (Praktisch bedeutet das, daß die Berufsverbote zum Hauptpunkt gemacht werden sollen, während ein „heikles" Thema wie das der Gewerkschaftsausschlüsse ausgeklammert oder höchstens ganz verschämt und beiläufig erwähnt wird.

Wir werden in diesem Artikel auch darauf eingehen, was wir von derartigen taktischen Rücksichten halten. Hier sei dazu nur gesagt, daß es natürlich das Recht dieser Kreise der Unterstützungsbewegung ist, über den besten Weg zum Zustandekommen eines breiten demokratischen Bündnisses, über die sinnvollste Taktik gegenüber SPD und DKP und ähnliche Fragen eine andere Meinung zu haben als wir, und diese Meinung auch in der Unterstützungsbewegung zu vertreten. **Etwas anderes und vollkommen unerträglich ist es aber, wenn diese taktische Linie auch die Politik des angeblich unabhängigen „Sekretariats" bestimmt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich „Sekretäre" gegenüber der Presse im Sinn des eingeschränkten „Themenkatalogs" äußern, wenn sie die Gewerkschaftsausschlüsse grundsätzlich nie erwähnen, und wenn sie in der Tat den Eindruck zu erwecken versuchen, es handle sich in erster Linie um eine Tribunal gegen die Berufsverbote.**

Damit ergibt sich die Antwort auf die Frage: „Wer stellt die Unabhängigkeit des Tribunals in Frage? Diese Unabhängigkeit wird nicht vom KB, sondern von den sozialdemokratischen und rechtstrotzkistischen Kreisen der Unterstützungsbewegung in Frage gestellt. S i e wollen von vornherein das Tribunal im Sinne ihrer taktischen Vorstellungen instrumentalisieren, indem sie die Repression in der BRD zergliedern in Aspekte, die aus taktischen Erwägungen „in den Vordergrund" zu stellen seien (Berufsverbote), in solche, die zweitrangig zu behandeln seien, und schließlich in solche, die am besten gar nicht behandelt werden sollten (Gewerkschaftsausschlüsse). Es wird also im V o r g r i f f auf die Arbeit und das Urteil eines Russell-Tribunals, dessen

schaftsausschlüsse). Es wird also im V o r g r i f f auf die Arbeit und das Urteil eines Russell-Tribunals, dessen

Jury noch nicht einmal benannt ist, eine taktische Wertung der verschiedenen Aspekte der Repression in der RD vorgenommen. Es fragt sich doch, wie diese Kreise sich verhalten wollen, falls die Jury schließlich zur Schlußfolgerung kommen sollte – was ja immerhin nicht völlig abwegig ist! – daß die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Tat ein sehr w i c h t i g e r Aspekt der Repression in der BRD sind?!

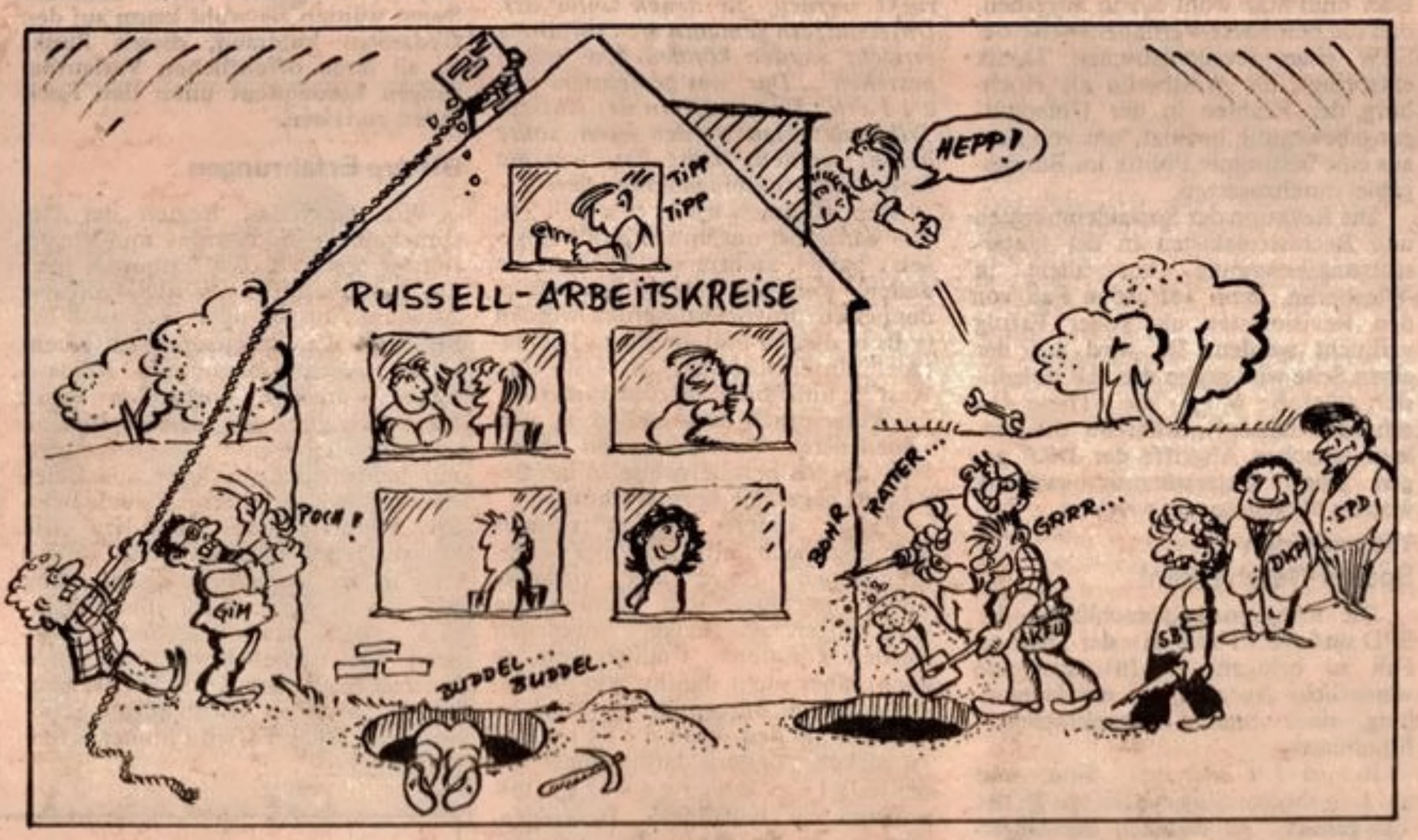
Ein Russel-Tribunal über die Repression in der BRD - wie es ursprünglich ja von a l l e n Seiten, einschließlich der Foundation selbst, definiert wurde - darf sich unserer Meinung nach nicht der Logik taktischer Erwägungen bestimmter Gruppierungen (mögen diese Erwägungen nun i m Sinne der Taktik berechtigt sein oder nicht) unterwerfen; es darf nicht auf bekannte „Empfindlichkeiten" von SPD, DKP u.a. gegenüber der Behandlung bestimmter Aspekte der Repression Rücksicht nehmen. Es muß den Stellenwert der verschiedenen Aspekte der Repression r e i n s a c h l i c h bestimmen und kann nicht die „Vordergrund-Hintergrund" Taktik bestimmter Gruppierungen akzeptieren, die es von ihren speziellen bündnispolitischen Erwägungen abhängig machen möchten, ob und wie bestimmte Aspekte der Repression zu behandeln sind.

Ebensowenig dient es unserer Ansicht nach dem unabhängigen Charakter des Tribunals, wenn statt der ursprünglichen Definition »Tribunal über die Repression in der BRD"(was eine sachliche Behandlung und Wertung a l l e r Aspekte der Repression ermöglicht hätte), jetzt seitens des »vorläufigen Sekretariats« eine ganz neue Definition eingeführt worden ist: Das Tribunal solle »für die BRD typische und spezifische Verletzungen der Menschenrechte« behandeln.

„Kampfbündnis gegen SPD und DKP"?

Seine perfide Unterstellung, wir wollten die Unterstützungsbewegung *»in ein Kampfbündnis gegen SPD und DKP umwandeln«*, stützte das AK/FU Westberlin auf einen aus dem Zusammenhang gerissenen einzelnen Satz aus unserem »Anti-Repressions-Info« Nr. 2, nämlich: *»Das Wesentliche an dem Russell-Projekt war gerade der Versuch, e r s t m a l s in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren, die sich*

Fortsetzung auf Seite 12



Fortsetzung von Seite 11

dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen sollte"(S.4, Hervorhebung im Original).

Dieser Satz wurde auch in der »tat« (24.6.), im Westberliner »extra-dienst« und in »konkret« (August-Nr.) zitiert, um damit die angeblichen bösen Absichten des Kommunistischen Bundes zu beweisen. Schließlich wurde er auch in der gemeinsamen Erklärung verschiedener Westberliner Unterstützergruppen (»was tun«, 28.7.) zitiert, um uns zu unterstellen, wir seien *»gegen eine Zusammenarbeit auch mit der SPD, der DKP und SEW, mit Liberalen und Christen und mit der ,Initiative Weg mit den Berufsverboten'«.*

Selbst völlig aus dem Zusammenhang gerissen läßt der zitierte Satz allerdings nicht die Deutung zu, die ihm in schöner Eintracht von DKP und verschiedenen Kreisen der Unterstützungsbewegung untergeschoben werden soll. Die Gegenfrage ist doch sehr einfach: Sind diese Kreise also im Gegensatz zu uns der Meinung, eine Kampagne zum Russell-Tribunal in der BRD dürfe sich n i c h t dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen?! Oder was sonst ist der Sinn ihrer Polemik gegen die Aussage des Satzes?

Es spricht darüberhinaus für den Wert dieser Art von Polemiken, daß keine von ihnen auf den Z u s a m m e n h a n g dieses Satzes eingegangen ist. Der sieht nämlich so aus (»Anti-Repressions-Info« Nr. 2, Seite 4): *»Wer die Situation der demokratischen Bewegung in der BRD und die Bedingungen für die wirkungsvolle Durchführung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD realistisch einschätzt, der weiß, mit welchen erheblichen Schwierigkeiten und Risiken ein derartiges Projekt es vom ersten Moment an zu tun hatte. Massive Einflußnahme der SPD [und von Teilen der internationalen Sozialdemokratie] waren ebenso zu erwarten wie die Einmischungsversuche der DKP und ihrer internationalen Bezugspersonen. Während es der SPD-Führung direkt darum geht, das Zustandekommen des Tribunals überhaupt zu verhindern [,Es gibt keine Berufsverbote'...), geht es für die DKP Führung darum, die westdeutsche Unterstützungsarbeit zum Tribunal entweder unter ihre Kontrolle zu bringen oder entscheidend zu torpedieren. Das Wesentliche an dem Russell-Projekt war gerade der Versuch, e r s t m a l s in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren, die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen sollte. Hiermit ist auch die Schwierigkeit des Projekts benannt.*

oder DKP entziehen sollte. Hiermit ist auch die Schwierigkeit des Projekts benannt.

Diese Ausgangslage hätte unbedingt und von Anfang an ein in der Sache einheitliches und solidarisches Vorgehen der Unterstützungsgruppen, umfassende Information und Diskussion über alle Schritte, Respektierung der erarbeiteten Vereinbarungen und - wo nötig - eine ehrliche Auseinandersetzung um die strittigen Punkte erfordert ...«.

SB, GIM, AK/FU Westberlin usw. haben es bis heute wohlweislich vermieden, auf die hier knapp dargelegte Einschätzung einzugehen und sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen. Stattdessen zitieren sie z.B. in ihrer letzten Westberliner Erklärung (»was tun«, 28.7.77) unsere Einschätzung, daß von DKP und SPD derzeit (!) *»eher Hindernisse als Hilfe für die Unterstützungsarbeit zu erwarten sind«* (aus AK 106), und schlußfolgern kühn, wir würden »die Zusammenarbeit mit bestimmten Kräften von vornherein für unmöglich erklären«.

W e r verhindert ein breites demokratisches Bündnis?

Aus allen unseren Aussagen und aus unserer politischen Praxis seit 1971 (Gründung des KB) bis heute geht eindeutig hervor, daß wir eine Zusammenarbeit und in der Perspektive auch ein längerfristiges Aktionsbündnis mit Liberalen, Sozialdemokraten, DKP u.a. nicht nur nicht ablehnen (wie uns unterstellt wird), sondern daß wir sie im Gegenteil im Kampf gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft — und auch in anderen Punkten — für eine geradezu unerläßliche Voraussetzung des Erfolgs halten. Es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, daß wir seit 1971 in einigen Dutzend (!) Fällen mit Aktionsvorschlägen an die DKP herangetreten sind, und daß a l l e diese Vorschläge ohne jede Diskussion zurückgewiesen wurden. Es sei aber auch daran erinnert, daß wir in der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften einige zwar bescheidene, aber doch nicht ganz zu verachtende Erfolge erreicht haben. Uns vorzuwerfen, w i r seien nicht zu einer Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften bereit, ist also völlig kindisch und unernst.

Auf der anderen Seite gibt es von Seiten der verschiedensten nicht-kommunistischen Kräfte erhebliche Widerstände gegen eine Zusammenarbeit mit einer »K-Gruppe« wie dem KB. Viele dieser Faktoren können wir im Grunde nicht einmal kritisieren, wenn wir z.B. die o b j e k t i v e n Schwierigkeiten betrachten, denen sich etwa ein Liberaler aussetzt, wenn er öffentlich mit Kommunisten zusammenarbeitet — politische Diskriminierung, Isolierung, Einschüchterung usw.

Was wir allerdings entschieden kritisieren und verurteilen, ist die offiziell betriebene spalterische Politik der Führungen von SPD und DKP, die ihren Ausdruck gefunden hat in den »Abgrenzungsbeschlüssen« der SPD und in der «These 41« der DKP. Es ist eine Tatsache, daß die SPD-Führung zwar immer gewisse Lücken an der Basis bei der Anwendung ihrer »Abgrenzungsbeschlüsse« gelassen hat, aber insgesamt die Politik der Nicht-Zusammenarbeit doch sehr konsequent gehandhabt hat (diverse Ausschlüsse), und daß der »Fall Benneter« sogar noch eine weitere Verschärfung dieses Kurses signalisiert.

In mehreren Hinsichten noch schwerwiegender ist die »These 41« der DKP: Offenbar ist die »Parteidisziplin« in der DKP derart stark, daß bis heute noch nicht einmal Ausschlußverfahren o.ä. in der DKP durchgeführt werden mußten, um trotzdem eine 100 %ige Einhaltung der »These 41« durchzusetzen. Außerdem zwingt die DKP ihre «These 41« auch den von ihr dominierten Bündnisorganisationen, Komitees usw. auf. Damit beeinflußt sie auch das Verhalten von Organisationen und Bündnissen, die eine bedeutende Rolle im demokratischen Kampf spielen, wie etwa die VVN/VAN, die Berufsverbote-Komitees u.a.m.

Was die Vorbereitungen und die Unterstützungsarbeit zum Russell-Tribunal über die Repression in der BRD angeht, so führt die DKP dagegen bekanntlich bis heute eine heftige verleumderische Polemik, die sie auch in verschiedene linke Presseorgane hineingetragen hat (»tat«, »konkret«, »KAZ« München). Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet bisher lediglich Westberlin, wo die SEW über die ADSen sogar in der Unterstützungsbewegung mitarbeitet. Hieraus aber auf eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen SEW und DKP zu schlußfolgern, halten wir für naiv. Eher muß man wohl davon ausgehen, daß die besondere Verhaltensweise der SEW einer revisionistischen Taktik entspringt, die Westberlin als Hochburg der Rechten in der Unterstützungsbewegung benutzt, um von dort aus eine bestimmte Politik im Bundesgebiet durchzusetzen.

zungsbewegung benutzt, um von dort aus eine bestimmte Politik im Bundesgebiet durchzusetzen.

Die Reaktion der Sozialdemokraten und Rechtstrotzkisten in der Unterstützungsbewegung, vor allem in Westberlin, kann auf jeden Fall von den Revisionisten als voller Erfolg verbucht werden: Da wird auf der einen Seite wild gegen den KB polemisiert (als ob w i r die »These 41« erfunden hätten!), während die verleumderischen Angriffe der DKP gegen die Unterstützungsbewegung wortlos hingenommen werden.

Weg mit den Spalter-Beschlüssen!

Die »Abgrenzungsbeschlüsse« der SPD und die »These 41« der DKP zu Fall zu bringen, ist für uns eine wesentliche Aufgabe bei der Herstellung eines breiten demokratischen Bündnisses.

In d i e s e m Sinn, und n u r in diesem Sinn hatten wir in der Tat gehofft, im Rahmen der Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal auch ein linkes »Kampfbündnis« herstellen zu können — ein »Kampfbündnis« nämlich gegen die offizielle Spalter-Politik von SPD und DKP. Was daran schlecht sein soll, ist uns nicht einsichtig.

Im Pfingstkongreß des SB gegen die Repression 1976 haben wir einen ersten und sehr vielversprechenden Ansatz gesehen, ein Aktionsbündnis verschiedener Strömungen außerhalb von SPD und DKP zu organisieren. Damit konnte unserer Meinung nach außerhalb von SPD und DKP eine eigenständige Kraft demonstriert und entwickelt werden, mit der wiederum Druck gegen die Spalter-Beschlüsse ausgeübt werden könnte.

Im Rahmen der Unterstützungsarbeit zum Russell-Tribunal hätte das bedeuten müssen, daß insbesondere DKP, Berufsverbote-Komitees u.ä. von einem relativ einheitlich agierenden Bündnis vor die Wahl gestellt worden wären, entweder eine g l e i c h b e r e c h t i g t e Mitarbeit in der Unterstützungsbewegung zu akzeptieren, oder aber sich selbst ins Abseits zu stellen.

Die vaterländische »KPD« sieht die Dinge klarer als manche Sozialdemokraten und Rechtstrotzkisten in der Unterstützungsbewegung, wenn sie feststellt, daß gerade der KB sich von Anfang an a m s t ä r k s t e n für eine Einbeziehung der DKP in die Unterstützungsbewegung eingesetzt hat: Bereits im Januar haben wir den Vorschlag gemacht, sich offiziell an die DKP zu wenden und um ein Gespräch über eine mögliche Mitarbeit der DKP zu bitten (siehe AK vom 7.2.77, S. 24). Dieser Vorschlag stieß damals, eigentlich zu unserem großen Erstaunen, bei den meisten anderen Beteiligten überhaupt nicht auf Zustimmung. Was gegen unseren Vorschlag damals vorgebracht wurde, waren vorwiegend sektiererische Argumente. Selbst diejenigen, die intern unseren Vorschlag unterstützten (wie etwa die Rechtstrotzkistin S. Plogstedt von der Westberliner Frauenzeitung »Courage«), nahmen es uns sehr übel, daß wir diese Meinungsverschiedenheit im AK öffentlich machten. Insofern ist es nachträglich besonders infam, wenn man uns vorwirft, w i r würden nicht mit der DKP u.ä. zusammenarbeiten wollen.

Erwähnen muß man auch, daß damals bei einigen derjenigen, die heute gegen uns polemisieren, Vorstellungen bestanden, die eine Beteiligung der DKP von vornherein völlig ausgeschlossen hätten. So etwa der Vorschlag aus den Reihen des SB, sich mit der »Unterdrückung in Ost und West« zu befassen. Wiederum hat die »KPD« recht, wenn sie feststellt, daß g e r a d e der KB am stärksten gegen solche Pläne aufgetreten ist, und daß w i r in erster Linie damals die negativen Konsequenzen einer derartigen Stoßrichtung aufgezeigt haben. Selbst die rechtstrotzkistische GIM, die zwar einerseits an Opportunismus gegenüber der DKP kaum zu überbieten ist, hat doch andererseits starke Neigungen zu einer antikommunistischen und gegenüber der DKP sektiererischen Behandlung des Themas »Dissidenten«.

Der Unterschied zwischen Kompromiß und Kapitulation

In ihrer Westberliner Erklärung („was tun", 28.7.) betonen jetzt GIM, SB, AK/FU, Humanistische Union und andere, sie seinen dagegen, *„daß im Rahmen der Unterstützungskomitees diejenigen Probleme in den Vordergrund gerückt werden, über die es Differenzen gibt (z.B. Unvereinbarkeitsbeschlüsse); es sollten vielmehr d i e Aspekte der politischen Unterdrückung in den Vordergrund gerückt werden, zu denen unter den Unterstützern gemeinsame Positionen erreicht werden können bzw. schon bestehen ... Das, was gemeinsam von a l l e n Unterstützern des Russell-Tribunals getan werden kann, sollte betont werden, nicht das, was die Unterstützer auseinanderdividiert".*

betont werden, nicht das, was die Unterstützer auseinanderdividiert".

Dem stimmen wir s o w e i t zu, daß wir selbst uns immer dafür eingesetzt haben, sachfremde Themen, an denen unnötige Meinungsverschiedenheiten provoziert werden würden (z.B. in diesem Fall die ganze Thematik „Unterdrückung in Ost und West"), unbedingt auszuklammern — in Widerspruch insbesondere zu verschiedensten Vorstössen von „Köpfen" des SB beispielsweise in der Bewegung gegen die Berufsverbote.

Etwas anderes ist es unserer Meinung nach mit der hier angeschnittenen Frage der Gewerkschaftsausschlüsse u.ä. Themen, die von einigen als „heikel" angesehen werden könnten. Freilich geht es auch dabei nicht darum, wie plumpdemogogisch unterstellt wird, solche Aspekte **„in den V o r d e r g r u n d"** zu rücken, sondern darum, diese Aspekte g l e i c h b e r e c h t i g t mit anderen zu behandeln. Demgegenüber ist es die Praxis des „Sekretariats", Punkte wie die Gewerkschaftsausschlüsse in öffentliche Erklärungen einfach zu v e r s c h w e i g e n. S o steht also die Fragestellung, die in der Westberliner Erklärung bewußt verzerrt wird.

Geht man dieser Argumentation weiter nach, so läuft sie darauf hinaus, eine Art von Minimal-Konsensus herzustellen auf der Basis dessen, was nach Meinung dieser Kreise als für SPD, DKP u.a. akzeptierbar gehalten wird. **Diese Einschränkung wird wohlgemerkt gemacht, b e v o r überhaupt von SPD oder DKP Signale zu einer möglichen Zusammenarbeit gekommen sind, und sogar in einer Situation, wo die DKP mit allen Mitteln die g e s a m t e Unterstützungsbewegung und das Tribunal selbst öffentlich zu diffamieren versucht.**

Geht man der Argumentation noch weiter nach, so wird man nicht an der Tatsache vorbeikönnen, daß die DKP grundsätzlich jede Solidarität mit vom Berufsverbot betroffenen „Chaoten" (Mitglieder der „K - Gruppen") ablehnt, und daß sie die Anerkennung des Grundgesetzes („FdGO") zur V o r a u s s e t z u n g jeder Solidarität macht. Im Kern a k z e p t i e r t also die DKP die Berufsverbote und behauptet lediglich, daß diese auf i h r e Mitglieder nicht angewendet werden dürften, da sie „auf dem Boden der FdGO" stünden.

Für SB, GIM usw. speziell in Westberlin (als derzeitiger Hochburg der Rechten und Trotzkisten in der Unterstützungsbewegung) stellt sich doch ernsthaft die Frage, ob sie auch in d i e s e r Frage der DKP noch entgegenkommen wollen? Und falls nein: Warum eigentlich nicht?

Was die Gewerkschaftsausschlüsse angeht, so gibt es ernstzunehmende Stimmen, die diese gewissermaßen als Verlängerung der Berufsverbote in die Arbeiterorganisationen hinein betrachten. Daß überdies Gewerkschaftausschlüsse oft oder sogar meist mit politischen Entlassungen Hand in Hand gehen bzw. ihnen sogar den Weg bereiten, läßt sich wohl gar nicht ernsthaft bestreiten.

Was speziell die Rolle der DKP dabei angeht, so ist es ja durchaus nicht einfach so, daß sie die Behandlung dieses Themas aus irgendwelchen Rücksichten auf die Gewerkschaften ablehnen würde. Vielmehr ist es so, daß die DKP die Gewerkschaftsausschlüsse ausdrücklich befürwortet und unterstützt, und daß gerade DKP-Funktionäre sehr häufig selber eine aktive Rolle bei der Denunzierung und schließlich beim Gewerkschaftsausschluß von „K -Gruppen-Mitgliedern spielen.

Wenn nun speziell mit Rücksichtnahme auf die DKP (die Jusos oder Liberalen z.B. sind da nämlich unseres Wissens gar nicht sooo empfindlich!) von den genannten Kreisen befürwortet wird, das Thema Gewerkschaftsausschlüsse praktisch aus der westdeutschen Unterstützungsarbeit auszuklammern (und zwar in einer Situation, wo von der DKP bisher nichts als wüste Beschimpfungen gegen die Unterstützungsbewegung gekommen ist !!), dann ist das unserer Auffassung nach nicht zu akzeptieren. **Hier soll doch, ohne „Gegenleistung" zudem, die DKP auch noch dafür b e l o h n t werden, daß sie selbst aktiv an gewissen Aspekten der Repression teilnimmt!** Warum sollte man dann nicht auch noch gleich den Begriff „Berufsverbote" streichen, um für alle Fälle auch Willy Brandt nicht den Zugang zur Unterstützungsarbeit zu verbauen?!...

Wenn das Thema Gewerkschaftsausschlüsse hier von bestimmter Seite zum Gegenstand taktischer Spielereien und Mauscheleien gemacht wird, so beweist das nur unübersehbar, daß die Betreffenden diesen Aspekt der Repression nicht ernst nehmen! Sonst würden sie wohl kaum auf den Gedanken kommen, diesen Punkt in all ihren öffentlichen Verlautbarungen konsequent unter den Tisch fallen zu lassen.

Bittere Erfahrungen

Bittere Erfahrungen

Wir waren zu Beginn der Gespräche über die Planung und Vorbereitung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD von der Annahme ausgegangen, daß auch bei SB, GIM u.a. Bereitschaft zu einem relativ geschlossenen und solidarischen Vorgehen vorhanden wäre. Diese Annahme hat sich als Illusion erwiesen. Letzten Endes haben wir nur beim trotzkistischen „Spartacusbund" sowie z.T. örtlich auch beim SB Unterstützung gefunden. Die Mehrheit der Rechten und Trotzkisten in der Unterstützungsbewegung hat sich hingegen dafür entschieden, sich in eine irrationale und vorwiegend auf Unwahrheiten basierende Polemik gegen den KB zu verstricken, bei gleichzeitiger vollständiger Schonung der DKP. Es wird immer offensichtlicher, daß sich diese Kreise auf einen ganz falschen „Hauptfeind" eingeschossen haben.

Zwei Faktoren scheinen uns für diese Entwicklung vor allem ausschlaggebend:

- Zum ersten die internationale „Strategie" des Rechtstrotzkismus („Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale") gegenüber dem organisierten Revisionismus und Sozialdemokratismus – eine „Strategie", die im wesentlichen darin besteht, auf den Aufbau e i g e n s t ä n d i g e r linker Positionen zu verzichten und sich an Revisionismus/Sozialdemokratismus opportunistisch anzuhängen. International erlebte diese „Strategie" ihren Höhepunkt in Portugal in der Unterstützung des PCP-Kandidaten Pato gegen Otelo de Carvalho bei den Präsidentschaftswahlen. Auf nationaler Ebene zeigte diese „Strategie" sich bisher am anschaulichsten in der Unterstützung der Itzehoe-Kundgebung am 19.2. durch die GIM.
- Zum zweiten die Orientierung von beträchtlichen Teilen des SB auf den sogenannten „Euro-Kommunismus", insbesondere die PCI. Hierbei spielt sicher auch die Tatsache eine Rolle, daß die Gruppe „il manifesto", die früher einen hohen Stellenwert in den Diskussionen im SB hatte, sich nach der Spaltung der PdUP fast vollständig im Fahrwasser der PCI bewegt. Was nun die PCI selbst angeht, so ist zu registrieren, daß sie ihrer Hetze gegen die „extremistische Linke" und in der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dieser kaum weniger rigide ist als etwa die DKP.

Neben diesen beiden Faktoren ist auch die offensichtlich „unbewältigte Vergangenheit" einiger Vertreter dieser Strömung (insbesondere wohl im AK/FU Westberlin) zu erwähnen, die ihre politische Lehre in einer sektiererischen Organisation wie dem KSV und der „KPD" absolviert haben (prinzipielle Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der DKP!), und die nun von dem noch nicht ausreichend verarbeiteten Wunsch beseelt sind, „alles besser zu machen" – und die geradewegs von einem Fehler in den nächsten fallen.

Es scheint vorerst kaum noch zu ändern, daß hier eine bedeutende Gelegenheit verpaßt wurde, einen Schritt voran zu einem einheitlichen Vorgehen der Organisationen außerhalb von SPD/DKP bei der Herstellung eines breiten demokratischen Bündnisses zu tun. Bei einer Bilanz muß man aber auch berücksichtigen, daß es in d i e s e m Maßstab wohl überhaupt das erste Mal war, daß wir als Organisation in einer solchen Kampagne mitgearbeitet haben. Konkrete Erfahrungen mit d e r Art von „Politik", wie sie von bestimm-

von „Politik", wie sie von bestimm-

ten „Köpfen" des SB, von der GIM und vom unorganisierten Rechtstrotzkismus sowie von anderen kleinbürgerlichen Möchtegern-Politikern betrieben wird (panische Angst vor sachlichen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, dafür verblüffende Mauscheleien hinter den Kulissen und skrupellose Verdrehung unserer Standpunkte), hatten wir vorher praktisch kaum. Insofern sind wir ziemlich naiv und blauäugig in die Zusammenarbeit gegangen.

Wir haben dabei eine Vorstellung gewonnen, wie schwer es tatsächlich noch sein wird, die gegenwärtige Zersplitterug nicht nur der demokratischen Kräfte allgemein, sondern auch der sich selbst als anti-kapitalistisch und auch außerhalb von SPD/DKP stehend definierenden Kräften zu überwinden. Diese Erfahrung bleibt!

Aktivitäten zum Russell-Tribunal

Bamberg. Am 25.7. fand die erste Veranstaltung der Vorbereitungsgruppe (Frauengruppe, Initiative gegen AKW's, KB, Sozialistische Gruppe (SB)) statt, die mit 60 Teilnehmern gut besucht war. Beiträge wurden gehalten: zur Lage der politischen Gefangenen, wobei der „Fall" Willy Pirochs besonderes Interesse fand, der wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung" innerhalb des Knastes verurteilt werden sollte; zur Handhabung des § 218 in Bayern, wo den Frauen sogar noch die minimalen Rechte streitig gemacht werden sollen; zu den Kriminalisierungsversuchen von AKW-Gegnern und den Bestrebungen, das Demo-Recht massiv zu beschneiden. Verabschiedet wurde mit Mehrheit eine Resolution, in der sich für die Behandlung aller Bereiche der Repression ausgesprochen wurde.

Oldenburg. Es hat sich eine Unterstützungsgruppe gebildet, die einen ersten Aufruf herausgegeben hat, der unterschrieben wurde von: Arbeitskreis Politische Gefangene, Carl von Ossietzky-Buchhandlung, Willi Münzenberg-Buchversand, Oldenburger Schwulengruppe, GIM, KB, SB, Spartacusbund und verschiedenen Einzelpersonen. Eine Veranstaltung ist geplant, die folgende Themen behandeln soll: die Frage der Zensurmaßnahmen am Fall der Verfolgung von Professoren wegen Nachdrucks des Buback-„Nachrufs"; Anklage gegen einen Antifaschisten, da sich Faschisten durch ein Flugblatt „beleidigt" fühlen; Berufsverbote, u.a. der „Fall" Steenken aus Oldenburg; Repression gegen AKW-Gegner.

Richtigstellung: Im Anti-Repressions- Info 3 ist uns ein Fehler bei der Aufzählung der anwesenden Gruppen unterlaufen, auf den uns die Genossen des Spartacusbundes hingewiesen haben. Sie schreiben: *„Der Spartacusbund hat sich im Mai gespalten in die Organisationen und Spartacusbund (IT). Es war also kein Versehen, wenn in der Anwesenheitsliste zwei Organisationen mit dem Namen Spartacusbund auftauchten."* Wir hatten nur den Spartacusbund (IT) genannt, was wir hiermit richtigstellen. Der Spartacusbund unterstützt die in Göttingen verabschiedete Resolution.

Prinzipienlos

Die Vorbereitungen des Russell-Tribunals haben schon so manch einem das „unabhängige" und „überparteiliche" Mäntelchen gelüftet. Auch der Frankfurter „Informationsdienst" (ID) hat es sich nicht nehmen lassen, eine etwas unrühmliche Rolle zu übernehmen.

Im Juni gehörten sie noch zu den Unterzeichnern der Einladung zur Göttinger Arbeitskonferenz, zusammen mit dem KB und dem Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitee (WISK). Wurde die Abwesenheit des ID auf der Konferenz noch mit organisatorischen Schwierigkeiten entschuldigt, mußte man spätestens bei der ersten Berichterstattung am 9.7. mißtrauisch werden. In völliger „Objektivität" druckte der ID verschiedene Stellungnahmen ab. Zuerst die des „Sekretariats", dann die Göttinger Resolution, und schließlich die Erklärung der Gruppe um Croissant.

Die Antwort auf die Frage, weshalb der ID es nicht für notwendig hält, über eine von ihm mitinitiierte Arbeitskonferenz zu berichten, gibt wahrscheinlich die dreizeilige Einleitung zur Resolution: *„Auf der Arbeitskonferenz in Göttingen am 25./26. Juni wurde folgende Resolution verabschiedet. Sie ist unterzeichnet von etwa 40 Gruppen (stark KB orientiert)"*.

„KB-orientiert", das Reizwort. Im ID vom 16.7. dann ein Interview mit einem Vertreter des Westberliner AK/FU. Frage vom ID: *„Euch ist von Seiten des Arbeiterkampfes,..., unterstellt worden, ihr wolltet die Thematik des Tribunals auf den Punkt Berufsverbote einengen. Aus verschiedenen Veröffentlichungen habe ich entnommen, daß diese Unterstellung wohl so nicht stimmt. Kannst Du versuchen, daß ein bißchen zu klären?"* Der Vertreter des AK/FU erklärt natürlich wortreich, daß sie niemals vorhatten, das Tribunal auf die Berufsverbote einzuschränken, was wir ihnen auch nie vorgeworfen haben. Vorgeworfen haben wir ihnen, daß sie Themen, die DKP, Jusos usw. nicht genehm sind (wie z.B. Unvereinbarkeitsbeschlüsse), ausklammern oder zumindest aus der öffentlichen Diskussion heraushalten wollen, was auch in diesem Interview bestätigt wird. Das weiß natürlich auch der ID. In der gleichen scheinbaren Naivität wird der AK/FU-Vertreter zum Zustandekommen des „Sekretariats" befragt. Und dies, obwohl der ID einer der bestinformiertesten Teile der westdeutschen Unterstützungsbewegung ist, da er an allen entscheidenden internationalen Vorbereitungsgesprächen beteiligt war.

Am 22.7. dann nur noch ein kurzes Statement, daß der ID in Zukunft einen kurzen Wochenbericht zusammenstellen wird, ansonsten alle Stellungnahmen dem „Sekretariat" zuschicken wird. Im weiteren werden dann nur noch Schreiben des „Sekretariats" zitiert.

Natürlich ist das ganze wieder ganz „überparteilich" und „objektiv" – was schert mich mein Geschwätz von gestern, mag sich so manch einer beim Verfassen des ID gedacht haben.

So sehens die anderen

„KPD"

Mit den Auseinandersetzungen in der Unterstützungsbewegung zu einem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD beschäftigt sich die „Rote Fahne" der „KPD" in der Ausgabe vom 27.7.77 über fast eine Seite. Die „RF" behandelt insgesamt relativ wahrheitsgemäß die Entwicklung der Auseinandersetzung, wobei sie hervorhebt, daß gerade der KB mehr als andere sich für eine Einbeziehung der DKP in die Unterstützungsarbeit ausgesprochen hat. Der KB sei jedoch *„nicht bereit, das Tribunal auf die Berufsverbote zu beschränken. Er ist für die Aufnahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Behandlung der gesamten politischen Unterdrückung in der BRD"*. Jedoch seien *„andere Kräfte innerhalb der Unterstützungsbewegung"* bereit, *„die demokratische Bewegung vollständig der Zensur der DKP zu unterwerfen"* ... *„Mit dieser Bestimmung - Bündnisse nur unter der Voraussetzung, daß die DKP eingeschlossen ist -, bei gleichzeitiger Übernahme der Positionen der DKP, haben sich diese Gruppen selbst innerhalb der demokratischen Bewegung isoliert"*. Diese Behauptung (Isolation) der „RF" ist offensichtlich reine Phantasie! Hingegen dürfte die „RF" der Wahrheit möglicherweise nahekommen, wenn sie schreibt: *„Entweder wird das Tribunal zum Anhängsel reaktionärer DKP-Politik oder es wird an den inneren Streitigkeiten der beteiligten Gruppen scheitern"*.

„Arbeiterbund" München

Der südbayrische „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" hat in seiner „KAZ" zum zweiten mal gegen das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD Stellung genommen (26.7.77). Diese Stellungnahme ist noch erheblich dümmer als die entsprechenden Äußerungen der DKP selbst. So ignoriert der DKP-Wiederaufbau-Bund ganz offensichtlich völlig die aufgetretenen Widersprüche innerhalb der Unterstützungsbewegung und holzt weiter undifferenziert drauf los: *„Im wesentlichen kleinbürgerliche Kräfte wie KB, Sozialistisches Büro und Trotzkisten sind es, die unter einer der Einheit und Stärkung der Arbeiterbewegung entgegengesetzten Politik mit dem Russell-Tribunal regelrecht hausieren gehen. Diese Politik zeichnet sich dadurch aus, daß ihr die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterorganisationen völlig gleichgültig sind.."*. Neu ist an dieser hirnlosen Polemik lediglich die jetzt offen und ausdrücklich bekundete Absage an das Russell-Tribunal: *„Wir werden diejenigen ehrlichen demokratischen Kräfte, die durch die falsche Politik von kleinbürgerlichen Organisationen derzeit noch gebunden werden, die heute keine Alternative sehen, kaum überzeugen können, wenn wir unsere Kräfte auch in das Zustandekommen des Russell-Tribunals stecken würden. Und wir könnten damit schließlich kaum dazu beitragen, daß so ein Tribunal eine mobilisierende Wirkung gegen den deutschen Imperialismus hat. Sondern wir konzentrieren heute unsere Kräfte darauf, für die Einigung und Stärkung der Arbeiterklasse zu kämpfen..."*. - Interessante Vorstellungen von der Bedeutung des demokratischen Kampfes sind das!



„konkret" zum Russel-Tribunal

Die Zeitschrift „konkret", mit starker DKP-Schlagseite, berichtete in der August-Nr. über die Vorbereitungen zum Russell-Tribunal. Der Artikel hielt, was die hetzerische Überschrift (**„Linke Russell-Banden streiten sich monatelang über das Tribunal"**) versprach. So erfuhr der Leser, Original-Ton DKP: *„Der hohe internationale moralische Kredit der Stiftung sollte zur Durchsetzung durchsichtiger Spaltungsmanöver mißbraucht werden"*. Am klarsten sei dieses Ziel vom KB formuliert worden, meint „konkret". Und weiter wird da ins Blaue hinein phantasiert: *„Wichtigstes Anliegen der meisten ‚Unterstützungskomitees' war die Schwächung der Bewegung gegen den Radikalen-Erlaß, die von der Hamburger Initiative 'Weg mit den Berufsverboten' koordiniert wird. So sollte nach dem Willen der ‚Unterstützer' von KB bis GIM das zentrale Thema der Berufverbote auf dem Tribunal nur unter ferner liefen abgehandelt werden. Wichtiger war ihnen das Problem der Gewerkschaftsausschlüsse (was ja nun wirklich eine rein innerorganisatorische Angelegenheit ist) oder gar die Frage nach 'Freiheit in Ost und West' "*.

Soviel Lügen in so einem kurzen Absatz! Wer hätte je davon gesprochen, die Berufsverbote „nur unter ferner liefen" zu behandeln?! Und wann ist der KB im Zusammenhang des Russel-Tribunals mit der „Frage nach ‚Freiheit in Ost und West' " aufgetreten? ... Der „konkret"-Artikel demonstriert handgreiflich, daß die DKP auf ihrem Verleumdungskurs gegen das Russel-Tribunal und die Unterstützungsbewegung fortfahren will.

Mietkampf in Göttingen

Göttingen. Gegen die menschenfeindliche Sanierungs- sprich Abrißpolitik der Stadt Göttingen und der auf diesem Boden wuchernden (Miet-)Willkür privater Hausbesitzer setzen sich an mehreren Brennpunkten zum Teil schon seit Jahren arbeitende Mieterinitiativen zur Wehr. Die Bürgerkriegsmanöver der Polizei im Februar dieses Jahres gegen die Besetzer eines Hauses in der Göttinger Innenstadt, die dessen drohenden Abriß verhindern wollten (siehe Ak Nr. 101), bildeten den bisherigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen.

Um

1) den immer schärferen Reaktionen des Staates auf den Widerstand Betroffener besser, d.h. geschlossener entgegentreten zu können,
2) die notwendige Aufklärung der Bevölkerung über die gesamte Wohnraum- bzw. Stadtplanungsmisere leisten zu können und
3) langfristig aus der Defensive des Wohnungskampfes (Verteidigung von meist schon den ordentlichen Mietern „gesäuberten" Häuser) in die „Offensive" zu kommen, d.h. frühzeitige Information der Öffentlichkeit und frühzeitige, koordinierte Aktionen mit den direkt Betroffenen).

hat sich die große Mehrheit der Göttinger Mieterinitiativen (Mi's) im Laufe des Juni zusammengeschlossen.

Mit einer 14-seitigen Dokumentation über die bisherige Arbeit der einzelnen MIs und die Perspektiven ihres Zusammenschlusses traten sie am Samstag, den 25.6. erstmalig an die Öffentlichkeit. Gleichzeitig organisierten sie in der Innenstadt eine kurzfristige Hausbesetzung.

Es handelte sich hierbei um eines der in Göttingen stadtbekannten Kulp'schen Häuser, die ihre Besitzerin seit über 10 Jahren bis auf je eine belegte Wohnung leerstehen läßt. Die Stadt, der dies natürlich ebensolange bekannt ist, hat bisher keinen Finger gerührt, um gegen diese Zweckentfremdung von Wohnraum vorzugehen.

Diese doppelte Schweinerei wieder in das Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken und die Forderung nach sofortiger Wiedervermietung der Häuser zu tragbaren Preisen anzumelden, war Ziel der Aktion. Die Reaktionen der umliegenden Anwohner wie auch der Leute, an die auf dem Markt und in den Seitenstraßen Flugblätter verteilt wurden, war für Göttinger „Polizeistadt"-Verhältnisse überraschend positiv. Nicht zuletzt deshalb dürfte sich die Polizei auf das reine Beobachten der Aktion mit drei Streifenwagen beschränkt haben.

Die Resonanz der Aktion in der Bevölkerung zeigte das Vorhandensein einer Basis für weitere, über die nach zwei Stunden programmgemäß abgebrochene Besetzung hinausgehende Schritte bis zur Erreichung des Zieles der Wiedervermietung. Die von der örtlichen Presse weitergegebene Beruhigungspille der Stadt, daß man natürlich ganz unabhängig von der Besetzung - Frau Kulp nun endlich mit einer Ordnungsstrafe belegen wolle, wird bei den Mieterinitiativen ihre Wirkung verfehlen.



Göttingen: Eines der Kulp'schen Häuser während der Besetzung

KB/Gruppe Göttingen

Westberlin:

Kaussen zur Kasse

Nachdem Kaußen im Frühjahr 77 bereits zu 1.6 Mio. DM Bußgeldern wegen der Zweckentfremdung von Wohnraum verurteilt wurde, muß er jetzt weiter kräftig blechen. Es geht immer um denselben Tatbestand: er läßt Wohnungen länger als drei Monate leerstehen, was gegen die Zweckentfremdungsverordnung verstößt. Bisher läßt er sich trotz der hohen Zwangsgelder nicht in seinem „Geschäftsgebaren" beirren, was doch - schaltet man einmal die theoretische Möglichkeit aus, daß er in seiner Zentrale den Überblick über sein „Imperium" verloren hat - nur so erklärt werden kann: er erwartet aus der angestrebten Umwandlung der fraglichen Häuser in Eigentumswohnungen derart hohe Profite, daß ihn die jetzt gegen ihn verhängten Bußgelder nicht stören.

Hier eine Zusammenstellung der letzten Urteile gegen Herrn K. aus Westberlin:

- Am 29. Juni wurde Kaußen zu 6 mal 15.000 DM verknackt, er hatte sechs Wohnungen mehr als ein halbes Jahr leerstehen lassen. Kaußen kündigte „Rechtsmittel" an. (FAZ, 1.7.77)
- Am 13.07. verurteilte das Moabiter Amtgericht ihn zu insgesamt 180.000 DM wegen Zweckentfremdung von Wohnraum in neun Fällen und weil er erneut *„hartnäckig und aus rechtsfeindlicher Gesinnung"* gegen die Zweckentfremdungsverordnung verstoßen habe (FR, 15.07.77).

Wegen dieses Hauses im Bezirk Schöneberg, dessen neun Wohnungen Kaußen drei Monate lang hatte leerstehen lassen, sind bereits 63 Bußgeldbescheide ergangen, von denen 54 rechtskräftig sind und bisher 691.300 DM an Bußgeldern beigetrieben worden sind. (FAZ, 14.07.77).

- Am 20.07.wurde Kaußen wegen zwei Wohnungen zu 40.000 DM Buße verknackt.

Wegen desselben Hauses war er am 29.07. zu 90.000 DM Buße verurteilt worden (Handelsblatt, 22.07.77).

- Am 27.07. wurde er - wie auch im vorigen Fall vom Amtsgericht Moabit - zu einer Geldbuße von 200.000 DM verknackt. Er ist schuldig, zehn Wohnungen in der Gieselerstr. in Wilmersdorf leerstehen gelassen zu haben. Auch hier war er wegen desselben Hauses bereits im August 76 mit 30.000 DM „dabei" gewesen (FR, 28.07.77).

Kaußen hat also in Westberlin bisher mindestens zwei Millionen DM an Bußgeldern allein wegen der Verstöße gegen die Zweckentfremdungsverordnung aufgebrummt bekommen, ohne daß seinen Plänen dadurch Einhalt geboten werden konnte.

Gemessen an seinen Einkünften durch Wuchermieten in seinem Wohnungsimperium können ihn die zwei Millionen auch nicht weiter stören - das ist sicher weniger als ein Wochenverdienst.

Wohnungskommission

Zwischen Statistik und Wahrheit

[illegible]aatlichen Statistiker haben ein [illegible]resse daran, den Bewohnern die[illegible]s Landes weiszumachen, daß heute das Wohnungsangebot exakt der Wohnungsnachfrage entspricht. Demnach entsprechen den 24 Mio. benötigten Wohnungen genau 24 Mio. zur Verfügung stehende Wohnungen. Wer demnach Wohnraum sucht und ihn nicht findet, ist selber schuld. Nun hat das Westberliner DIW-Institut immerhin ein „Loch" von 2 Mio. Wohnungen errechnet.

Eine Mio. Wohnungen, die noch registriert sind, existieren gar nicht mehr (Wohnungszugänge werden nämlich peinlich registriert, während „Wohnungsabgänge" kaum erfaßt werden). Weitere 500.000 registrierte Wohnungen sind nach Ansicht des Mieterbundes völlig unbewohnbar und weitere 500.000 werden als Zweitwohnungen gehalten - müssen also ebenfalls abgerechnet werden.

Nach Aussagen des Mieterbundes sind aber auch von den übrigen 22 Mio. Wohnungen im Grunde viele unbewohnbar, man denke z.B. an die Keller und Höhlen, in denen viele unserer ausländischen Kollegen hausen.

Sicher muß selbst dieses „Loch" von 2 Mio. Wohnungen für eine eher vorsichtige Schätzung gehalten werden, immerhin ist es ein Hinweis, wieviele Familien in diesem Land obdachlos sind. (Nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19.7. und „Frankfurter Rundschau", 18.7.77).

Wohnungskommission

Mietwucher gebannt ?

Die Statistik der Mietpreisüberhöhungen für 1975 wurde jetzt endlich veröffentlicht. Waren es 1974 noch knapp 5.000 Fälle, die im gesamten Bundesgebiet von den Behörden bearbeitet wurden, so sank die Zahl 1975 um über die Hälfte auf rund 2.250 festgestellte Fälle (nach Mieter-Zeitung, Juli 77).

"Entspannungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt", *"bessere Kenntnisse der Betroffenen über Möglichkeiten und Grenzen einer Mietpreiserhöhung"*, *"weitere qualitative Verbesserung der Verfolgungspraxis"* bejubelt der Mieterbund diese Entwicklung.

Schaut man sich jedoch die Statistik etwas gründlicher an, stellt man schnell fest, daß der Rückgang der Fälle fast ausschließlich auf einen drastischen Rückgang der festgestellten Fälle von Mietwucher in Hessen zurückgeht, wo 1974 über 3.000 Fälle bearbeitet wurden und wo offensichtlich die Mietfahnder auf Bundesniveau zurückgepfiffen wurden.

Bezeichnend, wie die angezeigten 2.250 Fälle behandelt wurden: 54 % davon nämlich überhaupt nicht, weil die Mietpreiserhöhung nicht mehr als 10 bis 25 % beträgt und das ist (je nach Bundesland) ein *"unwesentliches Übersteigen"* der ortsüblichen Miete und wird nicht weiter verfolgt. Bei weiteren 16% wurde das Verfahren eingestellt. Das bedeutet, daß 70% der Fälle von den Bürokraten abgeschmettert wurden. Kein Wunder wenn sich dann Mieter von den "Aufsichtsbehörden" nichts mehr versprechen und in den zehntausenden von Mietwucherfällen entweder selbst die Sache in die Hand nehmen oder aber resigniert und aus Angst vor Obdachlosigkeit zahlen.

Bei 20% der angezeigten Fälle wurde die Miete nach einer Verhandlung herabgesetzt, d.h. ohne Strafverfahren oder Bußgeld für den Hausbesitzer. Bußgelder wurden nur bei 3% (in Worten: drei!) fällig, Strafverfahren bei ganzen 2%; das sind genau 52 Fälle von Mietwucher, die an die Staatsanwaltschaft weitergegeben wurden. Offen ist dabei noch, wieviele Hausbesitzer dann tatsächlich verurteilt werden.

Nach der Statistik sind also Mietwucherer verschwindend geringe Ausnahmen im noblen Stand der Hausbesitzer.

Wohnungskommission

Betrieb und Gewerkschaft



Metall

AKW-Gegner vom IGM-Ausschluß bedroht

Augsburg: Nachdem die IGM - Führer angesichts einer breiten Solidarisierungswelle davon abgesehen haben, den pensionierten „Metall"-Redakteur Heinz Brandt wegen seiner „Atomfilz" - Äußerungen aus der IG - Metall auszuschließen, ist nun ein weniger prominenter AKW - Gegner ins Kreuzfeuer genommen worden. Die für Augsburg zuständige IGM - Ortsverwaltung hat beschlossen, gegen den ehemaligen VK - Leiter der Böhler & Weber KG, W.Engl, ein Verfahren einzuleiten. U.a. wird ihm folgendes vorgeworfen:„*Auf einem Anfang Mai erschienenen Flugblatt unter dem Titel: Aufruf zur Demonstration gegen das Kernkraftwerk Rehling am 14.Mai bist Du als Verantwortlicher angegeben. U.a. wird in diesem Flugblatt angeführt: 'Was für Heuchler sind doch Sperner, Loderer, Vetter, Jaumann, Schmidt, wenn sie von der Sicherung der Arbeitsplätze durch das Kernenergieprogramm sprechen...' In diesem Flugblatt heißt es weiter: '...wenn die Arbeiter eine Front machen gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die mit aller Macht dieses Kernenergieprogramm durchpeitschen und die Arbeiter von der Bewegung abspalten wollen.'* "

Bekanntlich entsprechen diese Zitate voll der Wirklichkeit und unterscheiden sich in ihren Aussagen nicht wesentlich von denen H.Brandt's, so daß es den Gewerkschaftsführern einige Kopfschmerzen bereiten dürfte, auf d i e s e r Grundlage einen Ausschluß durchzuziehen, nachdem das Brandt - Verfahren gerade eingestellt ist. So verfallen die Gewerkschaftsführer auf einen ganz üblen Trick:

„*Es wird angenommen, bzw. es drängt sich der Verdacht auf, daß Du über die Augsburger Bürgerinitiative 'Gegen das Atomkraftwerk Rehling' mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands oder Mitgliedern des KBW zusammenarbeitest. Aufgrund dieser Anschuldigungen hat die Ortsverwaltung beschlossen, gegen Dich ein Verfahren einzuleiten.*"

Schon vor einigen Monaten erklärten die Gewerkschaftsführer, daß es keine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen geben soll. Die Anschuldigungen der Ortsverwaltung gehen aber noch einen erheblichen Schritt weiter: es soll jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied verboten sein, in einer Anti-AKW - Initiative mitzuarbeiten, zumindest dann, wenn in dieser Initiative auch Mitglieder der von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen betroffenen Organisationen sind! Und das ist in fast allen relevanten Initiativen der Fall.Sollte dieses Verfahren von den Gewerkschaftsführern durchgesetzt werden, wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, der tausende gewerksschaftlich organisierte AKW - Gegner mit Ausschluß bedroht. Offensichtlich wollen die Gewerkschaftsführer im Rahmen der Kriminalisierungskampagne gegen AKW - Gegner ihr Schärflein beitragen - hier wie dort sollen beliebige AKW-Gegner herausgegriffen und exemplarisch fertiggemacht werden.

Ebenso wie in der Justizkampagne gilt es im Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlüsse von AKW - Gegnern klarzumachen:

„Angeklagt: wir alle!
Die Solidarität organisieren!"

(Zitate aus dem Schreiben der Ortsverwaltung, nach:„Rote Fahne", 20.7.)

Metall - Kommission
KB/Gruppe Hamburg

MAN, Hamburg:

Am Ende der »Sozialplan«

Der MAN-Betriebsrat, der bisher zu recht unüblichen Kampfmethoden gegen die geplanten Massenentlassungen in diesem Betrieb schritt, wie z.B. mehrtägige Betriebsversammlungen, deren Bezahlung er vor Gericht gegenüber dem Kapitalisten er zu erstreiten versuchte, hat jetzt mit seiner Zustimmung zu „Sozialplan" - Verhandlungen klein beigegeben. Auf der Betriebsversammlung am 29.7. erklärten Betriebsrat und IGM - Sekretär Teichmüller, es gebe keinen anderen Ausweg mehr, als einen „kämpferischen Sozialplan", der bekanntlich nichts anderes beinhaltet als einen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung ausgehandelten Entlassungsplan, wobei es nur noch um die Höhe der Abfindungen geht.

Der MAN - Vorstand hat bereits 76 Kündigungen beim Betriebsrat beantragt, von denen einige bereits wirksam wurden, nachdem die Einsprüche des Betriebsrates abgelehnt wurden.

Der MAN - Konzern befindet sich dabei keineswegs in einer „Krise", im Gegenteil: Der Konzern verfügte am Ende des Geschäftsjahres 1976/77 (30.6.) über einen Auftragsbestand von fast acht Mrd. Mark(„FR", 1.8.). Und in den letzten Wochen wurde ein Großauftrag über 19 Dieselmotoren im Gesamtwert von 100 Mill. Mark an Land gezogen. Zur Erledigung eiliger Reparaturaufträge besaßen die Konzernherren sogar die unglaubliche Frechheit, 6 Arbeiter aus Augsburg vorübergehend in das Hamburger Werk zu schicken. Aus dem gleichen Grund werden gekündigte Kollegen, die zwangsweise in Urlaub geschickt wurden, zurückgeholt, weitere Entlassungen wurden teilweise zurückgestellt.

Noch offensichtlicher kann die ganze Brutalität und Willkür kapitalistischer Rationalisierungs - und Entlassungspolitik kaum gemacht werden. Daß IGM - Führer und Betriebsrat in dieser Situation zum Rückzug blasen und jeglichen Widerstand aufgeben wollen ,ist glatter Verrat.

Metallkommission

Rollei macht dicht

Uelzen: Am 26.Juli 77 wurde beschlossen, daß das Uelzener Werk des Braunschweiger Rollei - Kamerawerkes in den nächsten Wochen endgültig dichtgemacht wird. Für die 25o betroffenen Kollegen hat der Aufsichtsrat einen Sozialplan beschlossen („Hamburger Abendblatt", 27.7.77).Rollei ist mit 250 Arbeitsplätzen der größte Betrieb in Uelzen und die Arbeitslosigkeit in der Region liegt mit 5,5 bis 7,5 % erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Um die drohende Betriebsschliessung abzuwenden, hatten die Kollegen zuvor noch einige Aktionen gestartet: Autoaufkleber wurden gedruckt und verteilt; eine Unterschriftenliste mit der Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze unterschrieben alle Kollegen des Betriebes. Diese Liste wurde nach einem Demonstrationszug durch die Stadt beim Rathaus abgegeben (nach „Metall" 15/77).



Rollei - Kollegen sammeln in Uelzen Unterschriften gegen die Betriebsstillegung

Storno, Flensburg: Betriebsrätewahlen

Am 22.Juli fanden bei Storno - Electronic Betriebsratsneuwahlen statt. Der neugewählte BR besteht aus 9 gewerblichen und 2 Angestelltenvertretern, diese wurden in getrennten Wahlgängen gewählt.

7 fortschrittliche Kandidatinnen und Kandidaten hatten vor den Wahlen zu einer Diskussionsveranstaltung mobilisiert, zu der über 30 Kollegen kamen. 2 Kandidatinnen verteilten zusätzlich ein Programm vor dem Betrieb, indem z.B. auf die im BVG verankerte „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung und auf die Schweigepflicht eingegangen wurde. Außerdem wurden konkrete Mißstände im Betrieb aufs Korn genommen. Auch auf die besonderen Probleme der ausländischen Kolleginnen wurde eingegangen. Der Erfolg blieb nicht aus. Von den 7 wurden 5 in den neuen Betriebsrat gewählt, darunter auch eine ausländiche Kollegin, die die zweithöchste Stimmenzahl bekam.

Storno/Danfoss Zelle
KB - Gruppe Flensburg

Stahlindustrie:

Gesamt-Hochofenwerk im Saarland

Die Vorstände der Dillinger Hüttenwerke, der Neunkirchner Eisenwerke und der Stahlwerke Röchling - Burbach haben die Gründung einer Gemeinschaftsgesellschaft der drei Saarhütten bekanntgegeben.

Geplant ist der Bau eines gemeinsamen Hochofenwerks in Dillingen, welches zukünftig die Versorgung der drei Stahlwerke mit flüssigem Roheisen übernehmen soll.

Mit Sicherheit werden dadurch alle in der Roheisen - Produktion bei Burbach und Neunkirchen beschäftigten 3.500 Stahlarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren, denn in den genannten Werken wird zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Dillinger Werkes in etwa drei bis vier Jahren die Roheisenerzeugung eingestellt.

Die hier absehbaren Massenentlassungen werden besonders im Saarland verheerende Folgen haben, das bereits jetzt mit einer Arbeitslosenquote von 6,8% deutlich an der Spitze aller Bundesländer liegt.

Zudem steht schon fest, daß die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird, denn unabhängig von der geplanten Zusammenlegung der Rohstahlproduktion sollen noch in diesem Jahr in Neunkirchen 900 und bei Röchling - Burbach 1.300 Arbeiter entlassen werden. Berücksichtigt man weiter, daß die Konzentration der saarländischen Stahlindustrie gerade erst begonnen hat, dann wird deutlich, daß sich an der Saar ein echtes Notstands - und Elendsgebiet entwikkelt.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Haltung der Gewerkschaftsführer nur noch als kriminell zu bezeichnen. Entspricht doch die einheitliche Roheisenproduktion genau ihren Vorstellungen und Forderungen.„*Des weiteren fordern wir von allen Anteilseignern der drei Hüttenwerke an der Saar, sich endlich zusammenzusetzen, um über Kooperation der Hüttenbetriebe eine Aussage zu tätigen. Wir sind der Meinung, daß nur eine Gesamtlösung der saarländischen Hüttenwerke für uns eine Überlebenschance bedeutet.*" (so das DGB-Organ „Welt der Arbeit" vom 25. März 1977)

Eine eindeutige Aufforderung an die Stahlkapitalisten, Massenentlassungen durchzuführen. Für die Arbeiter heißt dies, daß sie im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze von Seiten der IG Metall Führer nicht die geringste Unterstützung zu erwarten haben.

Metallkommission

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents, Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 21000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Betriebsleiter darf ungestraft würgen

Philipsburg/Bruchsal: Während einer Betriebsversammlung bei der „Süddeutschen Glühlampenfabrik" Walter Schrickel KG am 5.5.77 griff der Betriebsleiter Mayer (CDU) den 2.Bevollmächtigten Schering der IGM Bruchsal an. Er packte Schering, der zudem schwerbeschädigt ist, am Kragen und drückte ihm den Hals zu. Mehrere Betriebsratsmitglieder mußten ihn befreien. Anlaß war Kritik an der Betriebsführung Mayers. Bekannt war der Betrieb durch ständige Verstöße gegen abgeschlossene Tarifverträge und Unterbezahlung speziell der Frauen (nach „Metall" 10/77).

Schering erstattete Strafanzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung. Die Stellungnahme der Polizei lautete: „ ... *Keine Mißachtung des Vertreters der IG Metall ...*". Die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren ein, da „*an der Strafverfolgung des Beschuldigten kein öffentliches Interesse*" bestehe. Schering erhob Privatklage. Doch auch dies Verfahren wurde eingestellt: Die Schuld des Herrn Mayer sei gering, weil sie eine Reaktion auf Äußerungen des Herrn Schering darstelle. Auch die dagegen eingelegte Beschwerde wurde vom Landgericht verworfen. („Metall" 15/77)

Hätte der Sachverhalt umgekehrt gestanden:„*Gewerkschafter würgt Unternehmer*" - „*Körperverletzung*" hätte das Gericht als das Mindeste entschieden, dafür hätte „Bild" schon gesorgt!

Metallkommission

Druck

Die Faust in der Tasche?

Wie bereits berichtet (s. AK 107) wurde ein Strafverfahren gegen 14 Aalener/Ellwangener Druckkollegen wegen Streikpostenstehen eingestellt, nachdem die Kollegen zum einen 500 DM an die Arbeiterwohlfahrt gezahlt hatten und zum anderen eine Erklärung unterschrieben, in der sie die angebliche Unrechtmäßigkeit ihres Handelns (Streikposten stehen und der Versuch eine Streikbrecherausgabe zu verhindern) einsehen und sich von angeblichen unsachlichen und beleidigenden Angriffen auf Gericht und Staatsanwaltschaft distanzieren. Diese Distanzierung wurde natürlich flugs von den Kapitalistenverbänden aufgegriffen und für einen weiteren Angriff auf das Streikpostenstehen ausgenutzt.

Die DruPa verteidigte das Ergebnis, da immerhin das Verfahren eingestellt worden sei und mögliche Verurteilungen von den Kollegen abgewandt worden seien.

Die Aalener und Ellwangener Druckkollegen hatten zuvor, nach ihrer Anklage, das einzig richtige getan: Sie gingen mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit in die Offensive. Auf ein erstes Flugblatt hin erhielten sie innerhalb von drei Wochen 4.000 Unterschriften, die sofortige Einstellung des Verfahrens und ein uneingeschränktes Streikrecht forderten. In den folgenden Wochen kamen täglich etwa 500 Unterschriften hinzu. Am 23.5. waren es insgesamt 19.819, sowie 104 Solidaritätsresolutionen. Darüberhinaus erhielt auch der Schwabenverlag (als Kläger) sowie die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Protestresolutionen. Inzwischen hatte die DruPa-Ortsgruppe Aalen auch eine Dokumentation zu diesem Fall erstellt, die breit vertrieben wurde. Eine zweite (erweiterte) Auflage war in Vorbereitung. Doch jetzt schaltete sich der DruPa-Hauptvorstand ein. Ein Mitglied des Hauptvorstandes sowie zwei Rechtsanwälte nahmen Verhandlungen mit dem Staatsanwalt und dem zuständigen Richter auf, mit dem erwähnten Ergebnis. Um diese Verhandlungen nicht zu gefährden, mußte die Aalener DruPa-Ortsgruppe auf Beschluß des Hauptvorstandes die erweiterte Auflage der Dokumentation zurückhalten und jegliche Öffentlichkeitsarbeit absegnen lassen. Das Resultat war, daß es alsbald keine neuen Informationen mehr gab. Angesichts dieses Vorgehens ist folgende jetzt bekanntgewordene Erklärung des 2. Landesvorsitzenden der DruPa Baden-Württembergs eine bodenlose Heuchelei:

»Wir haben mit der Faust in der Tasche den Kompromiß schlucken müssen; auch aus dem Grund, weil es eine ganze Reihe von Kollegen waren, zum Teil Leute mit Familie, die Angst hatten, daß ihre Ehe kaputtgeht, wenn sie vorbestraft werden. Es blieb praktisch kein anderer Ausweg. Wenn das zwei oder drei Kollegen gewesen wären, hätten wir es durchgezogen — vor allem zwei, drei Kollegen, die gesagt hätten, ich nehm das auf mich. Aber bei 14 und Familie zu Haus, da war das verdammt schwierig. Die wären verknackt worden, das steht einwandfrei fest. Das hätten wir nicht verhindern können. Wir wären daran interessiert gewesen, so was durchzuziehen und zu dokumentieren, wie es in unserem Staate aussieht. Aber das geht alles, wenn die entsprechende Substanz da ist. So war es nicht möglich« (»ID«, 22.7.77).

Der Gipfel dieser bis ins letzte verlogenen Erklärung ist wohl die Sache mit der Familie und speziell dem Kaputtgehen der Ehe im Falle einer Verurteilung. Es entspringt wohl seiner Logik als Gewerkschaftsführer, daß die Frauen ihrer Männer im Stich lassen, wenn diese im Kampf um ihre Rechte Repressalien ausgesetzt sind. Mit der Realität und der Möglichkeit, daß die Frauen diesen Kampf durchaus mitführen können bzw. auf jeden Fall dafür gewonnen werden müssen, hat dieser DruPa-Führer jedenfalls nichts im Sinn. Fakt ist, daß die betroffenen Kollegen durch ihre vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit alles vorbereitet hatten, um diesen Fall durchzuziehen und daß die DruPa-Führung ihnen in den Rücken gefallen ist. Kein Wunder, daß die Kollegen darauf eingegangen sind, wenn auch nicht mit Freude, wie sie schreiben. Sie trifft keine Schuld, daß den Kapitalisten propagandistische Munition an die Hand gegeben wurde, und daß eine gute Möglichkeit, das Recht der Herrschenden anzugreifen ungenutzt blieb. Bleibt nur zu hoffen bzw. dafür zu arbeiten, daß die Lehren aus dieser Geschichte gezogen werden.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Rausschmiß gerichtlich immer möglich

Es darf rausgeschmissen werden — rechtmäßig braucht eine Kündigung nicht zu sein! Der Kollege wird dann eben abgefunden. Diesem Vorgehen wird durch die Gerichte nachgeholfen.

Im Falle von Heide P., bis zum 30.6. beschäftigt bei Axel »Caesar« Springer, Vertrauensfrau, Delegierte und Vorstandsmitglied der Angestelltensparte der IG DruPa sah das so aus: Wie wir bereits im AK 108 berichteten, stellten die Kapitalisten hilfsweise zu den zum Teil hervorgezauberten »Fehlern« der Kollegin einen Auflösungsantrag, das *»Gründe vorliegen, die eine den Betriebszwecken dienliche weitere Zusammenarbeit ... nicht erwarten lassen«*. Diesem Auflösungsantrag stattzugeben, liegt allein im Ermessen des Gerichtes — es wird hier nicht geprüft, ob Gründe zur Kündigung vorliegen, sondern lediglich, ob eine weitere Zusammenarbeit zumutbar ist.

Die Kapitalisten von Springer begründeten ihren Auflösungsantrag mit einer Rede der Kollegin Heide P. auf der Betriebsversammlung, in der sie *»vor der versammelten Belegschaft so ungeheuerliche Vorwürfe gegen die Beklagte* (Springer, Anm. d. Red.) *erhoben hat, daß eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit nicht nur nicht zu erwarten, sondern im Gegenteil sogar als ausgeschlossen anzusehen ist«*. Die »ungeheuerlichen Vorwürfe« bestanden darin, daß die Kollegin den Zusammenhang mit den anstehenden Rationalisierungen im Angestelltenbereich aufzeigte, daß die Kollegin laut aussprach, daß bereits einzelnen Kolleginnen Auflösungsanträge nahegelegt wurden, die sie in Unkenntnis, daß der Betriebsrat hinzugezogen werden muß, und aus Angst vor Kündigung, unterzeichneten;

daß sie ihre Kündigung als mögliches Berufsverbot bezeichnete, da die Verlage untereinander Verbindung haben; daß sie die Geschäftsleitung beschuldigte, mit dieser Kündigung solle ihre Wahl zum Betriebsrat verhindert werden.

Laut Springer-Kapitalisten fehlt für diese Einschätzung *»jeder — aber wirklich jeder — Anlaß. Ziel dieser Diffamierung ist allein, die Belegschaft im Interesse der Klägerin gegen die Beklagte aufzubringen.«*

Dieser Auffassung schloß sich offenbar auch das Gericht an, denn am 19.7. fand der Prozeß statt und nach ausreichender Beratung wurde am 29.7. das Urteil verkündet: *Die Kündigung ist nicht rechtmäßig, doch dem Auflösungantrag ist stattgegeben worden!*

Als Ausgleich soll die Kollegin ca. 11.000 DM erhalten, die Kosten des Verfahrens trägt zu 3/4 Springer, zu 1/4 die Kollegin!

Diese verhältnismäßig hohe Abfindungssumme täuscht nicht darüber hinweg: Zur Kündigung lagen keine rechtmäßigen Gründe vor. Wenn jedoch die Kollegin das Recht auf freie Meinungsäußerung auch auf Betriebsversammlungen in Anspruch nimmt, wird es mit Hilfe des »unparteiischen« Gerichts möglich, die Kollegin vor die Tür zu setzen. So werden politische Auseinandersetzungen im Betrieb, offene Auseinandersetzungen auf Betriebsversammlungen unmöglich gemacht! Das dürfte für DM 11.000 wirklich billig erkauft ... Das Recht und die Möglichkeit, in diesem Betrieb zu arbeiten, gegen die Rationalisierung zu kämpfen, den dringend erforderlichen Widerstand zu organisieren, soll hier für ein Ei und Butterbrot abgekauft werden. Deswegen wird eine Berufung gegen dieses Urteil nicht nur im persönlichen Interesse der Kollegin liegen!

Springer-Zelle und Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Nicht wachsam genug gegen »Klassenkampf von oben«

Anläßlich der Verfassungsbeschwerde der Kapitalisten gegen das Mitbestimmungsgesetz geht im Zentralorgan der DruPa der Chefredakteur D. Hensche in die Vollen: Unter der Überschrift »Klassenkampf von oben«, fragt sich Hensche, ob *»wir in der Vergangenheit wachsam genug waren«*. Obwohl die weitergehende Mitbestimmung bei Kohle und Stahl von den Kapitalisten nicht angegriffen wurde, werde jetzt *»das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das den Namen »Mitbestimmung« eigentlich gar nicht verdient, ... in Zweifel gezogen«*. Dies sei in letzter Zeit bei den Kapitalisten immer wieder gemacht worden. Parallel laufe eine ideologische Kampagne der Kapitalisten gegen alles Linke:

»Die politische Abgrenzung gegen links hat den Boden viel wirksamer noch vorbereitet, als Juristen dies jemals tun könnten. Was links von der SPD-Mitte liegt, gerät in letzter Zeit fast automatisch in den Verdacht des verfassungswidrigen. Manche Journalisten haben einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung gehabt, und mancher Politiker hat geschwiegen. Oder: Überprüfung durch Verfassungsschutzämter, Berufsverbote, Antikommunismus bis hin zu den jüngsten Ausschlußverfahren in der SPD — dies alles trägt, oft ungewollt, dazu bei, die Grenze des politisch und rechtlich zulässigen schrittweise nach rechts zu verlagern.«

Auf den ersten Blick wird dem wohl jeder fortschrittliche Mensch zustimmen können, endlich mal ein gutes Wort von seiten eines führenden Gewerkschafters. Allerdings wohl nur auf den ersten Blick.

Zwar wird hier wortradikal gegen den »Klassenkampf von oben« im Falle des Mitbestimmungsgesetzes polemisiert. In der Kampagne gegen links von der Sozialdemokratie ist die Gewerkschaftsführung allerdings voll mit drin. Sie selbst betreibt Bespitzelung und Polizeieinsätze gegen Gewerkschafter. Zwar tritt Hensche gegen SPD-Ausschlüsse ein, in der Gewerkschaft aber darf es Ausschlüsse geben, die werden nicht in Zweifel gezogen. Der Verfasser selbst hat zum Beispiel den Ausschlußanträgen gegen die angeblichen Träger und Verteiler des oppositionellen Streik-Infos in Hamburg während des letzten Drukkerstreiks zugestimmt.

Wenn wortradikal damit gedroht wird, daß das Grundgesetz bald *»nicht mehr die Verfassung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften«* sind würde, dann endet die Glaubwürdigkeit leider dort, wo andererseits die Gewerkschaftsführer ständig gegen die »Verfassungsfeinde« in der eigenen Organisation zu Felde ziehen.

Broschek-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Meyer will eine Zeitung sterben lassen

Bremen: Schon kurz nach dem Streik der Drucker beim »Bremer Weserkurier« und den »Bremer Nachrichten« wird deutlich, daß der Zeitungszar Meyer mehr im Auge hatte, als er die Kollegen bis aufs letzte provozierte und jeden Kompromiß ablehnte. Inzwischen mehren sich die Zeichen, daß Meyer eine der beiden Zeitungen dichtmachen wird.

Vor drei Jahren hatte Meyer nach ruinösem Wettbewerb die unterlegenen »Bremer Nachrichten« aufgekauft. Allen Vermutungen, daß er die »Bremer Nachrichten« nun eingehen lassen werde, trat der Bremer Pressezar energisch entgegen. Doch schon bald wurden die Anzeigenteile zusammengelegt, so daß man nur Inserate für beide Zeitungen gleichzeitig kaufen kann.

Jetzt kurz nach dem Streik wurden die ersten Schritte zur Zusammenlegung der Redaktionen eingeleitet. Seit dem 1.8 erscheinen beide Zeitungen mit ein und demselben Wirtschaftsteil. Schon ab Oktober soll es auch nur noch eine Wochenendbeilage geben. Die technischen Voraussetzungen für größere Rationalisierungen sind bereits geplant: *»... der Unternehmer hat bereits angekündigt, daß er in den nächsten Jahren elektronisch gesteuerte Satzsysteme einführen will, was die Vernichtung vieler Arbeitsplätze in Redaktion, Technik und Angestelltenbereich bedeuten würde.«* (Aus: »Die Belegschaft informiert«, Flugblatt der »WK«- und »BN«-Belegschaft nach ihrem dreiwöchigen Streik im Juni.) Ein Termin für die endgültige Einstellung der »BN« — eventuell im Zusammenhang mit der geplanten Satz-Umstellung — bietet sich geradezu an: 1979 läuft der Pachtvertrag für das Betriebsgelände der »BN« aus. Für einen so rücksichtslosen und profitgierigen Zeitungskapitalisten wie Meyer eine günstige Gelegenheit.

KB/Gruppe Bremen

Chemie

Fristlose Entlassung eines Jugendvertreters im Hoechster Hauptwerk

Am 4. Juli stimmte der Betriebsrat des Hauptwerks der Hoechst AG endgültig der fristlosen Entlassung des Jugendvertreters N.B. zu. Der Kollege will vor Gericht gegen diese Kündigung klagen.

Die fristlose Kündigung des Jugendvertreters ist der vorläufige Höhepunkt einer Hetzkampagne gegen die gesamte Jugendvertretung seitens der Werksleitung und des Betriebsrats. Die Jugendvertretung hat sich stärker für die Rechte der Jugendlichen eingesetzt, als es bisher bei Hoechst üblich war; von daher war sie von vornherein ein Dorn im Auge der Werksleitung und der rechten Betriebsräte, die in ihrer Mauschelpolitik gestört wurden. Z.B. unterstützte die Jugendvertretung eine Gruppe von Stenokontoristinnen, die eine bessere Ausbildung forderte, indem die Jugendvertretung Betriebsbegehungen machte und einen Diskussionsabend für Eltern von in der Prüfung durchgefallenen Stenokontoristinnen organisierte. Die Reaktion von Werksleitung und Betriebsrat auf diese Aktion: Drohung von Amtsenthebung für die Jugendvertretung (Werksleitung) bzw. der Jugendvertretung wurde „Verhetzung" der Lehrlinge unterstellt (Betriebsrat). Jugendvertreter wurden ständig mit Verweisen belegt. Der jetzt gekündigte Kollege N.B. erhielt vor der Kündigung bereits drei Verweise, den ersten bereits im Juli 1975 wegen angeblicher „erheblicher Verspätungen", nachlassendem „Interesse an der Arbeit" und fehlendem „Verantwortungsbewußtsein". Der zweite Verweis erfolgte wegen der Herausgabe der Lehrlingszeitung „Blick auf Tiefst" (in Abwandlung einer Hauszeitschrift von Hoechst „Blick auf Hoechst"). Begründung für diesen Verweis (den neben N.B. auch zwei weitere Jugendvertreter bekamen), ist *„das Unternehmen und seine Mitarbeiter (!) würden herabgewürdigt, verhöhnt und beleidigt"!* Weiterer Bestandteil der Hetze gegen die Jugendvertretung waren Vorwürfe wie, sie seien „Zuträger" von KPD/ML und KBW.

Neben dieser Hetze sind Schikanen, Drohungen und Erpressungen gegen die Jugendvertretung oder einzelne Jugendvertreter an der Tagesordnung. Bisher war es bei Hoechst üblich, daß an Jugendversammlungen alle Lehrlinge teilnahmen, also auch diejenigen, die über 18 Jahre alt sind (was nach dem Gesetz nicht vorgesehen ist); ständig drohte die Werksleitung damit, daß sie ihren „Großmut" (!!) aufgeben würde und die älteren Lehrlinge nicht mehr an den Jugendversammlungen teilnehmen lassen wolle, wenn die Jugendvertretung ihren „Konfrontationskurs" nicht aufgebe. Diese Drohung hat die Werksleitung jetzt wahrgemacht, obwohl über 600 Lehrlinge gegen diese Sauerei protestierten. Wenn heute noch Versammlungen aller Lehrlinge stattfinden, dann nur noch unter der Federführung des reaktionären Betriebsrates, damit die Jugendvertretung aus den Versammlungen keine „Agitationsarenen" macht!

Jugendvertreter, die ausgelernt haben, müssen für jede Freistellung für ihre Tätigkeit einen Kleinkrieg mit dem Abteilungsleiter führen, die auf einer 100-%-igen Arbeitsleistung bestehen und offenbar ständig ermuntert werden, den Jugendvertretern Steine in den Weg zu legen.

Nachdem die Werksleitung den Antrag auf fristlose Entlassung stellte, trat bereits einen Tag später der Betriebsrat zusammen. Hauptsorge der meisten Betriebsräte war allerdings nicht, wie man die Kündigung abwenden könnte, sondern, ob die Kündigungsbegründung der Kapitalisten für's Arbeitsgericht stichhaltig genug ist!!! Schließlich stimmten 36 Betriebsräte der Kündigung zu (offizielle Begründung: N.B. habe Aufkleber mit der Aufschrift „Übernahme aller Lehrlinge" im Betrieb geklebt!), lediglich neun stimmten dagegen (davon wahrscheinlich sieben Jugendvertreter) und zwei enthielten sich der Stimme. Die Jugendvertretung machte von ihrem Recht Gebrauch und setzte für eine Woche den Betriebsratsbeschluß aus. In dieser Woche wurden verschiedene Versuche unternommen, den Beschluß zu beseitigen. Jugendvertretung und Jugendvertrauensleuteleitung richteten Briefe an den Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie. Doch der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, Libuda, erklärte sich für unzuständig, da er keinen Einfluß auf den Betriebsrat habe.

Die Belegschaft wurde mittels Flugblatt unterrichtet („Kollegen in der IG Chemie informieren Kollegen im Betrieb"), das von 80 Kollegen unterzeichnet war. Mit diesem Flugblatt wurde eine Flugblattreihe wieder aufgegriffen, die schon Tradition bei Hoechst hat: Im letzten Jahr wurden mehrere dieser Flugblätter zu Angestelltenfragen verteilt, sechs der Unterzeichner wurden wegen dieser Flugblätter aus der. IG Chemie ausgeschlossen, auch in diesem Fall war der Betriebsrat der Initiator! Gleichzeitig ist eine Unterschriftensammlung unter den Hoechster Lehrlingen angelaufen; zahlreiche Solidaritätsschreiben sind bei der Jugendvertretung eingegangen.

Die Jugendvertretung begreift die fristlose Kündigung des Kollegen N.B. als einen Angriff auf die gesamte Jugendvertretung und hat in einer offenen Stellungnahme erklärt: *„Die angegebenen Gründe rechtfertigen in keinem Fall eine solche Maßnahme. Die Angriffe sind rechtlich nicht haltbar und richten sich gegen eine aktive Jugendvertretungs- und Interessenvertretungsarbeit; letztlich gegen jede aktive Gewerkschaftsarbeit überhaupt. Die Jugendvertretung sieht deshalb diese Vorgehensweise nicht als individuellen Angriff auf die Person N.B., sondern als Angriff auf die gesamte Tätigkeit als Jugendvertretung".*

Solidaritätsadressen können geschickt werden an:
Hoechst AG
z.Hd. der Jugendvertretung
6 Frankfurt/Main-Hoechst

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Iduna baut auf BAG-Urteil

Hamburg. Am 25.7. fand vor dem Hamburger Arbeitsgericht wieder ein Prozeß eines 1975 von der Iduna gekündigten Betriebsrats statt, der jetzt seine Weiterbeschäftigung erreichen wollte. Die Iduna argumentierte auch jetzt wieder mit dem kürzlich gewonnenen Prozeß gegen das Betriebsratsmitglied Alexander P. In diesem Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht hatte sie durchgesetzt, daß prozessierende Kollegen während des Rechtsstreits kein Recht auf Weiterbeschäftigung haben. Zwar gibt es bis heute noch keine schriftliche Urteilsbegründung, doch zeigt sich, daß die mit diesem Urteil erreichte Trumpfkarte zu stechen beginnt. Zwar erreichte der Kläger Dieter S. noch ein Urteil auf Weiterbeschäftigung, doch die Iduna verwies darauf, daß in so gut wie allen Fällen das Beschäftigungsrecht per Einstweiliger Anordnung beim LAG (Landesarbeitsgericht) wieder außer Kraft gesetzt wurde.

Und diese war beim LAG, der nächsten Instanz bereits umgehend rausgegangen. Das BAG-Urteil erweist sich immer mehr als erhebliche Einschränkung des Kündigungsschutz, zumal heute bereits die meisten Arbeitsgerichte danach handeln.

So auch Colgate

Im Hamburger Chemiebetrieb Colgate konnte die gekündigte und wiedereingestellte Betriebsrätin Anna W. ebenfalls Bekanntschaft mit diesem Urteil machen. Nach nur 14 Tagen mußte sie ihren Arbeitsplatz wieder verlassen. Neben dem BAG-Urteil spielte beim Verfahren vor dem LAG eine angebliche veränderte Beweislage hierbei eine Rolle. Ein in der Betriebszeitung der „Liste Frauen", der Anna angehört, auf der Titelseite wiedergegebenes Zitat eines Abteilungsleiters sollte auf einmal nicht mehr den Tatsachen entsprechen. So wenigstens behauptete der Zitierte eidesstattlich. Demgegenüber sagte ein Kollege ebenfalls unter Eid aus, unter Benennung von Ort, Zeit und Umständen, daß das Zitat stimme. Nach einstündiger Beratung entschied das Gericht, daß Anna nicht an ihrem Arbeitsplatz bleiben darf. Trotz einstündiger Beratung über diese Entscheidung konnte das Gericht keine Erklärung für sein Urteil liefern!

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

Miese Masche — fehlgeschlagen

Iduna-Hamburg. 61 von ca. 100 Hausfrauen in der Abendschicht (von 18 bis 22 Uhr) bestätigten dem Kapitalisten schriftlich, daß *„in der Abendschicht kein Leistungsdruck herrscht"*, daß die Arbeit dort *„vielseitig und interessant"* sei und *„die Zusammenarbeit mit der Abteilungsleiterin problemlos"* sei.

So viel schriftlich erklärte Liebe zum Betrieb? Drohungen mit der bestehenden Arbeitslosigkeit gegen die beschäftigten Frauen (die Schlange der Arbeitswilligen reiche bis Hamburg-Dammtor und ähnliche Schnacks mehr) helfen dabei etwas nach, ein solch phantastisches „Betriebsklima" zu schaffen. Anlaß für die schriftlich erpreßten Bekenntnisse waren reichlich Beschwerden von Kolleginnen.

Daraufhin sah sich der Betriebsrat veranlaßt, eine Abteilungsversammlung für die Kolleginnen (zum 22.7.) einzuberufen, in einem HBV-Flugblatt zur Mobilisierung zur Abteilungsversammlung waren vorher die Aussagen der Kollegin noch einmal wiedergegeben worden. Am selben Abend noch riefen die Bereichsleiter die Kolleginnen zusammen und forderten sie auf, sich zu distanzieren. In Einzelbearbeitung erhielt dann die Abteilungsleiterin bereits erwähnte 61 Unterschriften.

Die Kolleginnen wagten es nicht, offen dagegen anzutreten, nur eine Gruppe hatte sich geschlossen geweigert, die Unterschrift zu leisten.

Auf der Abteilungsversammlung waren dann noch ganze fünf Kolleginnen zu finden, die immer wieder erklärten, wie schön und interessant doch ihre Arbeit sei. Ansonsten wurde breit Beschwerde über die Arbeit und Arbeitsbedingungen vorgetragen und es wäre noch einiges mehr gesagt worden, wenn die Versammlung nicht hätte schon nach zwei Stunden abgebrochen werden müssen. Der Saal war nicht länger gemietet worden.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Helaba Affäre
»Keiner hat was gemerkt«

Kreditspekulationen, ominöse Beteiligungen sowie u.a. ein aufwendiger Repräsentationsetat kosten dem Steuerzahler im Fall der Hessischen Landesbank (Helaba) nach vorläufigem Überblick 3.406 Mio. DM. Im Verfahren des Untersuchungsausschusses geht das Vertuschungsspielchen nun rund.

Wird dem hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald (SPD) laut „Spiegel" „mangelnder Sachverstand" zugeschrieben (klingt ja auch viel netter als Korruption), so taten sich die „Bankexperten" der Helaba durch „mangelnde Überwachungsinitiativen" hervor, wie der Landesrechnungshof in einem Prüfungsbericht bemerkt. Über ein Gutachten der größten deutschen Wirtschaftsprüfergesellschaft „Treuarbeit" war keiner der Herren gestolpert. Der Sparkassenvertreter (der Sparkassenverband hält die Hälfte der Anteile der Helaba) ging davon aus, *„daß der Vorstand ausreichende Sachkenntnisse besitzt"*. Und so geht es munter fort: *„Die Bank hatte zu keinem Zeitpunkt einen Überblick"* oder die Manager *„hatten keinen Sachverstand"*. Selbst die – äußerst „geschickte" – „Umgehung" gesetzlicher Vorschriften im Fall der Meldung der Höhe vergebener Kredite an das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen durch sogenannten „Forderungstausch" zwischen Helaba und der Helaba-Tochter – der Investitions- und Handelsbank (IHB) – wird nicht als ganz gezielte Überlegung interpretiert, eine Überschuldung der IHB zu vertuschen (jede Bank darf laut gesetzlicher Vorschrift Kredite nur in einem bestimmten Verhältnis zum Eigenkapital auslegen, hinsichtlich der Höhe aber auch hinsichtlich der Laufzeiten). Interessanterweise war das Gewissen der Helaba-Manager bei dieser „Gesetzesübertretung" durch einen wohlwollenden Ratschlag des Aufsichtsratsvorsitzenden der IHB – und Chefs des gemeinwirtschaftlichen Konzerns BfG – Walter Hesselbach – beruhigt worden: „Das machen andere Banken doch auch" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22.7.77).

In dieser Angelegenheit werden wohl noch einige prominente Namen fallen. Wenn auch die bisherigen Untersuchungen sich dezent an den entscheidenden Punkten vorbeidrükken, nämlich welche politischen und materiellen Interessen hier Kreditvergaben bestimmen, haben sie bereits einige pikante Dinge ans Tageslicht befördert:

- So verdoppelte sich die Kreditvergabe der Helaba an leitende Angestellte von 1972 bis 1974. Helaba-Präsident Hankel zahlte z.B. in der Hochzinsperiode (d.h. bei einem Zinssatz für Kredite von zehn bis 14%) nur vier oder fünf Prozent.
- Die „Repräsentationsaufwendungen" stiegen von 1972 bis 1973 um 154.000 Mark auf 618.000 DM. Allein 1973 wurden für 475.000 DM Gemälde für die Chefetage erworben.
- Um Anregungen für die Durchführung eines Neubaus zu erhalten, reisten Verwaltungsmitglieder nach USA, Kanada, Stockholm etc. Die Reise in die USA (sechs Verwaltungsmitglieder, ein Architekt, drei Herren der Helaba) kostete allein 70.000 DM, die nach Stockholm 13.000 DM.
- Zur Errichtung von Repräsentationsräumen und einer Wohnung für den Präsidenten wurde ein Objekt für 6,2 Mio DM erworben, weitere Umbaukosten betrugen 3,2 Mio DM.
- Dabei kostete allein das Reisegeld für eingeflogene Dekorateure und Handwerker 40.000 DM.

Diese Liste ließe sich sicherlich fortsetzen. Ein Mercedes Coupe für 59.000 DM fehlt nicht im Bild. Wenngleich die zuletztgenannten Beispiele sicherlich nur einen kleinen Teil der verbratenen Steuergelder ausmachen, zeigen sie doch die Spitze eines Eisberges von Korruption und Manipulationen von Bankkrediten – auf Kosten der Steuerzahler (Angaben lt. „Spiegel" vom 25.7.77 und „FAZ", 22.7.77).

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Bahn und Post:
Rationalisierung per Menschenhandel und »Altenhilfe«

Die Rationalisierungsbestrebungen bei Bahn und Post sind um zwei völlig neue Varianten erweitert worden. *»Bahn will Personal verleihen«* und *»Menschenhandel?«* (»Hamburger Abendblatt«, 30.6.77), *»Postbote wird zu Medizinmann befördert«* (»Süddeutsche Zeitung«, 15./16.1.77) und *»Postgewerkschaft: Briefträger soll Sozialdienst leisten«* (»Welt«, 14.6.77), so lauteten einige Schlagzeilen der bürgerlichen Presse.

Bei der Bundesbahn wurden allein in den letzten zweieinhalb Jahren 50.000 Arbeitsplätze vernichtet. Doch das reicht noch nicht, die Vernichtung weiterer 20.000 Arbeitsplätze wird angestrebt. Jedoch ist die Kündigung der betroffenen Kollegen bei der Bahn gegen deren Willen nicht so einfach, da viele durch eine lange Betriebszugehörigkeit unkündbar oder Beamte sind. Deshalb prüft die Bahn derzeit, *»wie die Beschäftigten mit sanfter Gewalt ... dazu gebracht werden könnten, sich eine neue Stelle zu suchen. Für Angestellte und Arbeiter sind finanzielle Anreize für freiwilliges Ausscheiden, Beurlaubung oder Überlasssung an Privatfirmen im Gespräch. Außerdem will man untersuchen, in welchem Umfang Leute vorzeitig in Rente geschickt werden können. Bei den Beamten geht es ebenfalls um die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand sowie um die verstärkte Abgabe auf geringer eingestufte Dienstposten an andere Behörden«* (»Frankfurter Rundschau«, 15.7.77). Diesen Überlegungen folgend knüpfte der Bundesbahn-Vorstand Kontakte zu den Automobilkonzernen Daimler-Benz und Ford. Die Bahn-Oberen »boten« der Industrie 1.500 Eisenbahn-Kollegen oder auch mehr aus den Ausbesserungswerken der Bahn in Karlsruhe und Trier zur völligen Übernahme (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 30.6.77) oder als »Leiharbeiter« an. Sie sollten in den Automobilwerken in Köln (Ford) und Stuttgart-Untertürkheim (Daimler) untergebracht werden (»Stern«, 14.7.77). Die Eisenbahn-Kollegen wurden zu diesen Überlegungen gar nicht erst befragt. Sie erfuhren von dem geplanten Umzug ihres Arbeitsplatzes aus der Presse. Ihre spontanen Proteste bewirkten jedoch, daß der Vorstand der Bundesbahn mittlerweile von diesem Plan vorsichtig wieder Abstand nimmt. Vom Tisch ist er allerdings nicht, denn die Vernichtung weiterer 20.000 Arbeitsplätze steht für die Bundesbahn weiterhin auf der Tagesordnung.

Auch bei der Post werden ähnliche Zielsetzungen verfolgt. So beschäftigt sich derzeit die OPD Frankfurt auf eine »Initiative« des SPD-Bundestagsabgeordneten Flämig hin mit der Frage, ob die Arbeit eines Briefträgers durch »neue Aufgaben« erweitert werden kann. Auch der Hauptvorstand der DPG hat eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet. Sie soll Vorschläge entwickeln, *»wie die Bundespost ihr bisheriges Dienstleisungsangebot sinnvoll erweitern könne«* (»SZ«, 15./16.1.77). Als neuester Knüller gilt dabei der von Post und Gewerkschaft gleichermaßen propagierte Gedanke, Briefträger als »Altenhelfer« einzusetzen. Dies bedeutet eine Ausweitung der Arbeit eines Zustellers auf soziale Hilfsdienste, die dann nicht mehr von den eigentlich zuständigen Institutionen erledigt werden müßten. Auch dort wären weitere Rationalisierungen die zwangsläufige Folge. Für die Postkollegen ist damit eine Mehrbelastung verbunden, die ihnen auf die übrige Arbeit nicht angerechnet werden soll.

Der Postbote als Hilfs-Sozialarbeiter — welch hübsche Summe könnte der Staat im Bereich sozialer Ausgaben streichen, wenn die Postboten sich diese Zumutung gefallen lassen.

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

Nach Lohnraub Rentenklau!

Nach der Sommerpause werden zwischen den Arbeitgebern des Öffentlichen Dienstes und ÖTV/DAG erste Verhandlungen über eine Kürzung der Altersversorung geführt.

Angeblich gibt es eine »Überversorgung« bei den Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Diese »Überversorgung« soll darin bestehen, daß in Einzelfällen das Ruhegeld über 100 prozent des letzten Gehalts ausmacht.

Besonders frech ist dabei die Begründung für die Rentenkürzung: *»In den letzten zehn Jahren ist aber die Abgabenbelasung der erwerbstätigen Arbeitnehmer stark gestiegen. Während das Durchschnitts-Einkommen damals mit etwa 20 Prozent belastet wurde, ist heute mit einer Abgabenbelastung von etwa 30 Prozent zu rechnen«* (»FAZ«, 27.7.77).

Weil der Rentenberechnung das Bruttogehalt zugrunde liegt, kommt es vor, daß ein Rentner, der 75 % vom Bruttogehalt bekommt, vorher aber 30 % Abzüge hatte für Lohnsteuer, Kranken- und Rentenversicherung natürlich etwas mehr Rente als vorher Gehalt ausbezahlt bekommt. Statt jedoch gegen dieses immer schärfere Anziehen der Steuerschraube zu Felde zu ziehen, wird der Spieß gegen die Rentner umgedreht, die angeblich »überversorgt« sind.

Nach »FAZ« vom 27.7.77 wird von der Bundesregierung angestrebt, *»daß die Versorgung etwa 85 Prozent des vorherigen Netto-Arbeitsentgeldes nicht übersteigt. Damit wären die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes noch immer wesentlich besser gestellt, als alle übrigen Arbeitnehmer.«*

»Diese Provokation muß vom Tisch« sagt die ÖTV in der August-Ausgabe des ÖTV-Magazins (nach »FR« vom 29.7.77) und *»die DAG werde sich dem Ansinnen der Arbeitgeber widersetzen, unter der Tarnbezeichnung Überversorgung zu einer beträchtlichen Rentenkürzung zu kommen, meinte Vorstandsmitglied Heinz Kentter«* (»FR«, 29.7.77).

Diese radikalen Worte sollten wir uns merken, und auf Mitgliederversammlungen, Vertrauensleutesitzungen usw. immer wieder daran erinnern. In der »Morgenpost« vom 29.7.77 wurde nämlich schon die Bereitschaft erklärt zu verhandeln: *»Die Gewerkschaften ÖTV und DAG wollen auf keinen Fall über generelle Kürzungen mit sich reden lassen; über 'Ungereimtheiten' wie höhere Ruhegehälter könne verhandelt werden.«*

ÖTV-Kommission

Polizei gegen streikende Schiffsbesatzung?

Seit dem 27.6. streiken im Bremer Hafen 22 Decksleute des panamesischen Frachters »Kayode Bakare«, um von ihrem Reeder nach den Pauschalarbeitsverträgen der ITF (Internationale Transportarbeiter Föderation) bezahlt zu werden. Damit würden sie eine Mindestheuer von 531 US-Dollar (ca 1.200 DM) erhalten. Gegenwärtig erhalten die nigerianischen Kollegen über Einzelverträge nur einen Hungerlohn von 173 US-Dollar (ca 390 DM). Von der ÖTV, Mitglied der ITF, wird der Streik halbherzig unterstützt, so ermöglichte sie es den Kollegen, ein Flugblatt zu drucken und stellte eine Telefonverbindung zur ITF-Zentrale her. Die ÖTV ließ es zu, daß die »Kayode Bakare« abgefertigt wurde, so daß die Bremer Maklerfirma des Reeders frech erklärte, das Schiff werde um 22 Uhr den Hafen verlassen. Dies wurde bisher von den Kollegen verhindert. Verhandlungen mit dem Reeder brachten bisher nur das »Zugeständnis«, daß die Kollegen weiter an Bord verpflegt werden.

Das Hafenamt drohte in diesen Arbeitskampf einzugreifen, wenn der Liegeplatz der »Kayode Bakare« benötigt würde: »Es gäbe dann einfach die Möglichkeit, zwei Schlepper vor den Frachter zu bugsieren und ihn zwangsweise zu verholen.« Hafenamt und Polizei haben hierin schon Erfahrung: Im vergangenen Oktober stürmten 20 Bullen mit MP's bewaffnet die »Galila«, sperrten die streikende Besatzung in die Unterkünfte und verholten das Schiff.

Während damals das Hafenamt gegenüber den Protesten erklärte, sie hätten nicht gewußt, daß es sich um einen Arbeitskampf handle, sondern angenommen, die Besatzung würde meutern, droht das Hafenamt diesmal offen mit Polizeigewalt einzugreifen.

KB/Gruppe Bremen

Geschäft mit Selbstmördern

Jedes Jahr müssen etwa 20.000 Menschen, die sich mit bromhaltigen Schlafmitteln zu vergiften versucht haben, im Krankenhaus behandelt werden, dabei sterben über 1.000 Menschen (nach »Deutsche Medizinische Wochenschrift« 102, S. 885). Die immer wieder geforderte Verschreibungspflicht für diese Tabletten wie *Dolestan, Betadorm, Plantival* usw., wird von der Bundesärztekammer im Auftrag der Pharmaindustrie abgelehnt (nach »Arznei-Telegramm« 7/77); beträgt doch der jährliche Absatz bei freiem Angebot über 115 Tonnen (»Arznei-Telegramm« 5/77).

Dieses Geschäft will man sich nicht durch »ein paar« Selbstmörder verderben lassen. Auch der Leiter des Giftnotrufs München, Dr. M. v. Clarmann hält als »Experte« nichts von Rezeptpflicht: *»Bei Personen, die Selbstmordabsichten haben, gäbe es auf jeden Fall eine Verschiebung zu anderen Mitteln, etwa Pflanzenschutzpräparaten«* (»WAZ«, 29.7.). Bei diesem Zynismus angesichts der steigenden Selbstmordrate insbesondere unter arbeitslosen Jugendlichen fehlt eigentlich nur noch der »markt-bewußte« Hinweis, daß die Preise für Pflanzenschutzmittel erhöht werden sollten.

Genosse des
KB/Gruppe Bochum

Bespitzelung in Bibliotheken

Westberlin. In AK 107, S. 27 hatten wir über die in der Westberliner Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) praktizierte Zensur und Registrierung von Lesern berichtet, nämlich: Kennzeichnung linker Literatur, Verwahrung kommunistischer Literatur im Magazin, Registrierung der Leser auf Mikrofilm und Versuch der Einschüchterung Jugendlicher durch „freundliche" Gespräche mit dem Bibliothekar. Hierüber war bereits zuvor in anderen Zeitungen, u. a. in der trotzkistischen „was tun" informiert worden; letztere hatten wir in unserem Artikel zitiert.

Auf diese Veröffentlichungen hat die Bibliotheksleitung jetzt, ziemlich prompt reagiert: In einem Handzettel, welcher uns von einem AK-Leser aus Westberlin zugeschickt wurde „*In eigener Sache*" (v. 19.7.77) hat man freundlicherweise unseren AK-Artikel für die Leser abgedruckt (weiter so!) und dazu eine Stellungnahme abgegeben, die die aufgestellten Behauptungen eigentlich wiederlegen sollten, jedoch in einzelnen Punkten tatsächlich eine weitere Bestätigung darstellen: „*Die Gedenkbibliothek ist keine Handbibliothek, sondern eine öffentliche Bibliothek mit großem Freihandbestand und noch größerem Ergänzungsbestand im Magazin (...) Der rote Streifen, den der größte Teil des Bestands trägt, hat mit Politik nichts zu tun; er kennzeichnet vielmehr die Bücher, die nach der Ausleihe sofort ins Magazin zurückkehren sollen – so wie ein gelber Streifen den nicht ausleihbaren Lesesaalbestand kennzeichnet.*

Das Merkmal BP (Bibliotheca politica – Anm. AK) *für radikale Literatur ist keine 'neueste Praktik', sondern erinnert seit zwanzig Jahren* (!) *den zuständigen Bibliothekar daran, er solle unmündige Entleiher freundlich darauf hinweisen, andere Meinungen über dasselbe Thema seien in anderen Büchern zu finden. Dazu hielt sich die Bibliothek verpflichtet, weil sie einen Vorwurf des besorgten Vaters nicht unbegründet finden kann, dessen 15-jährige Tochter kommentarlos kommunistische Literatur empfangen hat*".

Na bitte!

Da aber die Kennzeichnung mit „BP" der Bibliotheksleitung noch zu undifferenziert zu sein scheint, soll hier eine Änderung vorgenommen werden. „*Stattdessen werden derartige Neuerwerbungen künftig – wie in vielen anderen Bibliotheken üblich – einen sachlich informierenden Kurzkommentar aufweisen, der zum Beispiel hervorhebt, daß es sich um eine parteiamtliche sowjetische Darstellung oder eine solche aus maoistischer Sicht handelt*".

Im Sondermagazin würden „*überwiegend diebstahlgefährdete Seltenheiten*" verwahrt, die tatsächlich nur gegen Nachweis eines wissenschaftlichen Benutzungszweckes ausgeliehen werden dürfe. Es soll sich dabei angeblich nicht um linke Lietratur, sondern nur um „*Nazi-Schrifttum, dessen Verbreitung nach einem gültigen Gesetz des alliierten Kontrollrats verboten ist*" handeln.

Die Vermutung, daß sich der VS für die Namen der Entleiher linker Literatur interessiert und auch die Möglichkeit hat, an die Mikrofilme heranzukommen, wird in dem Handzettel der Bibliothek empört zurückgewiesen: „*Wer sollte im übrigen aus Millionen von Verbuchungsfotos, die dem Mahnverfahren und der Statistik dienen, einen Namen oder einen Titel heraussuchen?*

Die Idee freilich, der Verfassungsschutz verfolge die Entleiher radikaler Literatur, erscheint der Bibliotheksleitung ohnehin als eine Verfolgungswahnidee, für die eher der Psychiater als der Politiker zuständig ist".

Welches Interesse der VS tatsächlich bereits z. B. in einem anderen Fall vor einiger Zeit bekundet hat, macht ein Artikel in der „Zitty, illustrierte Stadtzeitung" (H. 10, 1977, S.6) deutlich, auf den uns der AK-Leser aus Westberlin hingewiesen hat.

„*Kurt Neubauer, seinerzeit Innensenator, beantwortete im Senat 1976 eine kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Dr. Jürgen Dittberner dahingehend, am 23. März hätten zwei Männer, ausgewiesen als Beamte des Staatsschutzes, Angestellte der Büchereien des Fachbereiches 11 der FU (Philosophie und Sozialwissenschaften) und des Zentralinstituts 6 der FU* (=Freie Universität – Anm. AK) *nach den dortigen Ausleihmodalitäten befragt. Weiter wollten die Staatsschützer wissen, ob Karteien über die Bibliotheksbenutzer und die von ihnen ausgeliehen Literatur geführt würden. Neubauer sagte, es handle sich um Ermittlungen betreffend der Ermordung von v. Drenkmann und der Loren zentführung. Auf die Frage Dittberners, ob diese Staatsschutzaktivitäten nicht außerhalb der Grenzen des liberalen Rechtsstaates lägen, antwortete Neubauer, daß die Maßnahme 'Im Interesse der Aufklärung schwerer Rechtsbrüche unumgänglich' sei*".

Nun ist hierbei noch interessant, was die ÖTV-Führer von Bespitzelung und Zensur halten.

Da unser AK-Artikel mit „ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg" unterzeichnet worden war, hatte Herr Steinberg von der AGB eine Anfrage an die ÖTV-Bezirksverwaltung Westberlin gerichtet, „*ob der Begriff 'ÖTV-Kommission' unter diesem Auszug berechtigt ist*". Nachdem mit Hamburg Rücksprache genommen wurde, kam die Antwort der ÖTV-Bezirksleitung, Abteilung Senatsverwaltungen, D. Wahl, daß diese Veröffentlichung natürlich nicht von der ÖTV mitgetragen werde, die Verfasser auch nicht bekannt seien und auch nicht berechtigt, im Namen der ÖTV Aussagen zu machen; die Absicht, die dahinter steckt, sei ja bekannt. Als ob die ÖTV-Führer just die ÖTV-Kommission des KB entdeckt hätten!

Dieses Schreiben wurde auf Empfehlung der ÖTV-Bezirksverwaltung mit dem Handzettel zusammen veröffentlicht, „*damit die Leser zur Kenntnis nehmen können, daß wir eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen ablehnen*" (Schreiben der ÖTV-Bezirksverwaltung an die Amerika-Gedenkbibliothek vom 21.7.). „*Überall dort, wo wir feststellen können, wer hinter diesen 'Veröffentlichungen' steht, die nicht unsere Billigung* (!!) *finden, werden wir unsere Konsequenzen ziehen und gerichtlich dagegen vorgehen oder Ausschlußverfahren einleiten, sollten die Personen bei uns Mitglied sein*" (Schreiben vom 18.7.).

Wer hätte auch angenommen, die ÖTV-Fürsten hätten irgendetwas gegen VS-Aktivitäten einzuwenden – so können Bibliotheksleitung und Westberliner Senat auf ihre volle Unterstützung rechnen, wenn es darum geht, wie in dem Handzettel angekündigt, die Quelle der „Fehlinformationen" zu finden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaft
Öffentliche Dienste,
Transport
und Verkehr

ÖTV-Bezirksverwaltung, 1 Berlin 15, Joachimstaler Straße 20

Bezirksverwaltung
Berlin

An die
Amerika-Gedenkbibliothek
zu Hdn. Herrn Dr. Steinberg
Blücherplatz 2

1000 Berlin 61

1 Berlin 15
Joachimstaler Straße 20

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht | Unser Zeichen wa-schm | Tag 18. Juli 1977

Sehr geehrter Herr Dr. Steinberg !

Beiliegenden Auszug aus der Zeitung "Arbeiterkampf" - Erscheinungsort Hamburg - haben wir von Herrn Nawrocki erhalten. Wie uns Herr Nawrocki mitteilt, besteht Ihrerseits Interesse daran zu erfahren, ob der Begriff "ÖTV Kommission" unter diesem Auszug berechtigt ist.

Nach Rücksprache mit der ÖTV-Bezirksverwaltung Hamburg kann ich Ihnen mitteilen, daß dort eine derartige Kommission, innerhalb der Gewerkschaft ÖTV nicht bekannt ist. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß immer wieder Veröffentlichungen unter der Bezeichnung "ÖTV" erscheinen, deren Inhalt uns nicht bekannt ist und daher auch nicht von uns mitgetragen wird. Ebenfalls sind uns die Verfasser nicht bekannt und die uns unbekannten Personen auch nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaft ÖTV, Aussagen zu machen.

Die Absicht, die hinter diesem Vorgehen steht, ist sicherlich Ihnen wie auch uns bekannt.

Überall dort, wo wir feststellen können, wer hinter diesen "Veröffentlichungen" steht, die nicht unsere Billigung finden, werden wir unsere Konsequenzen ziehen und gerichtlich dagegen vorgehen oder Ausschlußverfahren einleiten, sollten diese Personen bei uns Mitglied sein.

Hochachtungsvoll
ABTEILUNG SENATSVERWALTUNGEN
(Wahl)

Anlage: w.o.

Steuerschiebung bei der HADAG

Am Donnerstag, den 28.Juli 1977 führte die Hamburger Staatsanwaltschaft eine „Blitzaktion" in den Büros der HADAG, ihrer beiden Vorstandsmitglieder J.K.Jacobsen und F.J.Kröger sowie der Hamburgischen Landesbank durch, um an Steuerakten heranzukommen. Der Verdacht: Steuerhinterziehung sowie Erzielen von unberechtigten Steuervorteilen in Höhe einiger Millionen DM.

Die in Hamburger Staatsbesitz befindliche HADAG ist die größte Fährschiffreederei der Welt, die außer Fährdiensten und Hafenrundfahrten im Hamburger Hafen moderne Seebäderschiffe, Hochseefähren und Kleinflugzeuge laufen hat („Hamburger Abendblatt"(HA), 30.7.).

In den Jahren 1973 bis 75 gründete die HADAG vier Abschreibungsgesellschaften, „*mit deren Kapitalhilfe die Schiffe ,Alte Liebe' und ,Wappen von Hamburg' umgebaut, das MS ,Elbe' verkauft und die England-Fähre ,Prinz Hamlet' erbaut wurde.*" („HA", 2.8.)

Es ging der HADAG darum, für ihre Geschäfte durch Finanzierungstricks Steuergelder locker zu machen. Zu diesem Zweck gründete sie die rechtlich selbständigen Abschreibungsgesellschaften, zu denen 300 Privatleute 24,35 Mill.DM zuschossen. Diese Kapitaleinlagen konnten sie dann mit einem hohen Prozentsatz von der Steuer absetzen.

Daß es sich bei diesen Gesellschaften um reine kapitalistische Geldtrickserei handelte, läßt sich unschwer erkennen, wenn man berücksichtigt, daß als persönlich haftende Gesellschafter zwei HADAG-Vorstandsmitglieder, Jacobsen und Kröger eingesetzt wurden. Dafür kassierten sie auch noch jährlich 10000 DM pro Abschreibungsgesellschaft („HA", 4.8.).

HADAG-„Big-Boß" Jacobsen, derzeit Hauptfigur des „Skandals", konterte die gegen ihn erhobenen Vorwürfe so: „*Wir machen hier doch nicht irgendwas. Alle unsere kaufmännischen Maßnahmen sind vom Aufsichtsrat, von der Finanzbehörde und von diversen Wirtschaftsprüfern abgesegnet. Es gibt nichts, was nicht abgestimmt wäre.*" („HA", 2.8.)

Recht hat er. Wenn die ganze Sache jetzt in der Presse als „Fall Jacobsen" in Skandal-Manier verhackstückt wird, dann deswegen, um den eigentlichen Skandal zu vertuschen: Die „stinknormalen" Geschäftspraktiken des Kapitals, die darin bestehen, für sich die Steuergelder flüssig zu machen, die der Masse der Bevölkerung abgepreßt werden.

Die Finanzbehörde selbst, die übrigens im HADAG-Aufsichtsrat vertreten ist, hatte zunächst gegen die Konstruktion der Abschreibungsgesellschaften nichts einzuwenden gehabt... Was nachträglich zum Rückzug ihrer Genehmigung führte, war die Tatsache, daß die persönliche Haftung der Vorstandsmitglieder Jacobsen und Kröger von der HADAG übernommen worden war („HA", 4.8.) Dieser Schönheitsfehler ist zum 1.Januar dieses Jahres korrigiert worden, indem die beiden persönlich haftenden Gesellschafter Jacobsen und Kröger gegen zwei betriebsfremde Personen ausgetauscht wurden.

Seitdem haften der Ahrensburger Kaufmann Becke und der Hamburger Rechtsanwalt Hahn, ohne daß sie mit einem Pfennig an den Gesellschaften beteiligt wären. Sie geben also für ein entsprechendes Honorar staatlich geprüfte Strohmänner ab. („HA", 2.8.)

„Am Rande der Legalität" bewegte sich also Jacobsen nicht allein, sonder mit ihm alle zuständigen Behörden sowie z.B. auch der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende und Wirtschaftssenator Kern, der heute Vorsitzender der ebenfalls staatlichen Hafenfirma HHLA ist.

Der Senat, auf den als Eigentümer der HADAG Gesetzesverstöße zurückfallen würden, diskutierte am 2.8. das Thema unter dem Aspekt:

„*Inwieweit darf sich außerdem ein staatliches Unternehmen, das nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt wird, an den Rand der gesetzlich erlaubten Verdienstmöglichkeiten heranbegeben?*

Dazu Bürgermeister Klose: ,Eine AG, auch eine staatliche, darf alles, was erlaubt ist – aber eben auch nur das.' Zweiter Bürgermeister Dieter Biallas urteilt ähnlich: ,Für ein staatliches Unternehmen gelten im Wettbewerb gleiche Bedingungen. Nur muß es höchste Sorgfalt bei der Einhaltung des Erlaubten anlegen.' " („Hamburger Morgenpost", 3.8.)

Merke: Verstaatlichung innerhalb des kapitalistischen Systems andert überhaupt nichts.

ÖTV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

BRD-Versuchsklinik für Pharmaindustrie!

Nach der Contergan-Katastrophe und mehreren Todesfällen infolge der Einnahme von Appetitzüglern wie Menocil u.a. bereitet die westdeutsche Pharmaindustrie einen neuen Skandal vor. Tabletten gegen Zuckerkrankheit vom Typ der Biguanide, die gerade älteren Menschen häufig verschrieben werden, sind von der amerikanischen Arzneimittelbehörde (FDA = food an drug administration) nach ausgedehnten wissenschaftlichen Untersuchungen verboten worden (laut »WAZ« vom 27.7.77). Es hatte sich nämlich gezeigt, daß die Biguanide zu einer lebensgefährlichen Stoffwechselentgleisung, genannt Lextatazidose, führen können, an der über 60 % der Betroffenen sterben (nach Transparenz-Telegramm 2/72, Seite 61).

Dabei soll es zu durchschnittlich zwölf Erkrankungen kommen, wenn 1.000 Zuckerkranke nur ein Jahr mit Biguaniden behandelt werden (ebenda). In der BRD wird dieses todbringende Medikament von den Firmen Hoechst und Boeringer Mannheim unter dem Namen Dipar-retard und von der Firma Brunnengräber als DB-retard verkauft.

Aber auch andere Tabletten gegen Zuckerkrankheit werden von vielen Wissenschaftlern wegen ihrer Wirkungslosigkeit und Lebensgefährlichkeit abgelehnt (ebenda). Dazu gehören das bekannte Euglucon ebenfalls von Hoechst/Boeringer und von der Contergan-Firma Grünenthal das Silubin retard. Nachdem diese Firma sich mit lächerlichen 100 Millionen DM aus der Contergan-Katastrophe loskaufen konnte, wollen die Kapitalisten wieder was riskieren. Wie hoch der Einsatz bei diesem Poker um Menschenleben und Profite ist, beweisen die Apothekenumsätze im 1. Halbjahr 1974:

Euglucon als meistverkauftes Präparat liegt mit über 85 Millionen an der Spitze, Silubin retard von der Contergan-Firma bringt an 32. Stelle immer noch über 19 Millionen DM Umsatz im halben Jahr (laut »Arznei-Telegramm 3/75, S. 22).

Die beste und unschädliche Behandlung der Zuckerkrankheit ist, wenn man auf die Insulin-Spritze verzichten kann, allein eine gut zusammengestellte Diät (nach Transparenz-Telegramm 2/77, S. 61).

Ein Genosse aus dem
Gesundheitsbereich
KB/Gruppe Bochum

Urban-Krankenhaus, Westberlin:

Keine falschen Rücksichten auf »KPD«-Provokateure

Im Herbst des Jahres finden im Urban-Krankenhaus (2.000 Beschäftigte) Personalratswahlen statt. Mit den Ziel, eine gemeinsame alternative »Betriebsprogrammatik« gegenüber den Personalratsfürsten von SPD und SEW (entspricht der bundesdeutschen DKP) auszuarbeiten, trafen sich schon im März die linken ÖTV-Mitglieder, zunächst an einem Tisch mit den Vaterlandsverteidigern von der »KPD«. Diese hatten jedoch nichts anderes im Sinn, als ein gemeinsames Vorgehen zu sabotieren, was sie dadurch versuchten, daß sie hintereinander jeweils drei verschiedene (!) »Programmentwürfe« vorlegten, um die Diskussion zu chaotisieren. Als ihnen dies nicht zur Zufriedenheit gelang, taten sie das, was sie sowieso geplant hatten, nämlich die Linken öffentlich anzugeifern und gleichzeitig mit einem eigenen vaterländischen Programm aufzutreten, in denen die »Supermächte«, besonders die eine (UdSSR) angegriffen wird, was gerade in Westberlin insbesondere bei konservativeren Kollegen besonders gut ankommen wird und gemixt mit einer gehörigen Portion Anti-Gewerkschaftsbonzen-Polemik übergangslos am Antikommunismus und an der Gewerkschaftsfeindlichkeit vieler Kollegen anknüpft.

Die penetrante und chaotisierende »Programmdiskussion« seitens der »KPD«-Leute brachte viele der linken ÖTV-Kollegen zum Verzweifeln und die Möglichkeit einer öffentlichen Auseinandersetzung über diese Fragen innerhalb der Kollegenschaft wurde nicht wahrgenommen. Man schaffte es gerade noch, ein Minimal-Betriebsprogramm zu verabschieden, traf sich dann aber nicht im größeren Kreise wieder. Die »KPD« hatte die Frechheit, nachdem die ÖTV-Linken ihr gemeinsames Programm veröffentlicht hatten, das unter anderem Punkte enthielt wie *»keine Zustimmung zu politischen Entlassungen und Disziplinierungsmaßnahmen«* in einem eigenen Flugblatt dieses Programm als *»einen Vorschlag von Günstlingen des ÖTV-Hauses, der nicht demokratisch diskutiert ist, sondern durchgedrückt wurde«* anzugreifen. Eine Antwort der Linken auf diese Unverschämtheit erfolgte nicht!

Im Juni sollten die Personalratskandidaten auf einer ÖTV-Betriebsgruppensitzung aufgestellt werden, welche jeoch wegen des willkommenen Anlasses der Anwesenheit von drei ausgeschlossenen »KPD«lern sofort vom Gewerkschaftsführer Faßt aufgelöst wurde. Daß die Kandidatenaufstellung dann auf einer Vertrauensleutesitzung erfolgte, begründete die ÖTV-Führung mit den Störmanövern kommunistischer Gruppen, die *»mehrfach durch Eindringen in die Versammlungsräume* (...) *die Aufstellung der Kandidaten verhindert«* hätten. Immerhin gelang es den ÖTV-Linken, einige aussichtsreiche Listenplätze auf dieser Vertrauensleute-Sitzung zu besetzen.

Als demokratisches Alibi verschickte die ÖTV-Führung dann die Kandidatenliste an die Mitglieder nebst einer Vorschlagsliste, die die Kollegen mit weiteren Kandidatenvorschlägen zurückschicken sollten. Wo die noch von ihnen zu acht bestimmenden weiteren Kandidatenvorschläge auf der ÖTV-Liste erscheinen sollen, ließ die ÖTV-Führung offen.

Wie wenig es den Vaterlandsverteidigern der »KPD« um eine konkrete fortschrittliche alternative Betriebspolitik gegenüber SPD- und SEW-Personalräten zu tun ist, und wieviel mehr ihr der Kampf gegen »Honecker und Breshnew« ähnlich wie der Springer-Presse am Herzen liegt, beweist ein Flugblatt Ende Juni. In diesem Flugblatt wird ein angebliches geheimes Sitzungsprotokoll der ÖTV-SPD-Betriebsgruppe (unter Anwesenheit namhafter ÖTV-Sekretäre) veröffentlicht, wo sich die Sozialdemokraten über den starken Einfluß der SEW auf der Kandidatenliste mokierten. Unabhängig davon, ob dieses geheime Sitzungsprotokoll »echt« ist oder nicht — interessant ist die politische Schlußfolgerung der »KPD«: selbst die »SPD-Bonzen« — so der Kommentar im Originalton Vaterländler — beklagen sich über den zunehmenden Einfluß der SEW, der »natürlich« Einhalt geboten werden müsse, damit »Breshnew und Honecker« nicht zum Zuge kommen.

Statt sich von der »KPD« die Tour vermasseln zu lassen, will sich die ÖTV-Linke jetzt stärker auf die öffentliche Auseinandersetzung mit der ÖTV-Führung auf der Grundlage ihres Programms konzentrieren und sich von der »KPD« gegebenenfalls öffentlich distanzieren.

Gesondheitskollektiv
KB/Westberlin

GEW

Erster Gewerkschaftstag der GEW

Im November findet in Mannheim der nächste Bundeskongreß der GEW statt. Der erste nach der Zentralisierung der GEW zu einer einheitlichen Bundesorganisation. Nun soll dieses Spektakel auch nicht mehr Bundesvertreterversammlung heißen, sondern Gewerkschaftstag, womit Frister auch formell den Anschluß an die anderen DGB-Gewerkschaften finden will. Fortschrittliche GEW-Mitglieder haben die letzten Bundesvertreterversammlungen in Mainz (1974) und in Köln (1975) in denkbar schlechter Erinnerung. In Mainz wurde eine für alle Landesverbände verbindliche Bundessatzung verabschiedet, die die relative Autonomie der Landesverbände aufhob und noch verbliebene Mitgliederrechte zugunsten einer weitreichenden Kompetenz der Bundesgremien einschränkte. Gleichzeitig wurden verbindlich für alle Landesverbände die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB übernommen. Die BVV in Köln ein Jahr später verabschiedete ein erpresserisches Ultimatum, mit dem all denjenigen Landesverbänden mit Ausschluß gedroht wurde, die nicht in einem gewissen Zeitraum den absoluten Vorrang der Bundessatzung anerkennen. Mit diesem Ultimatum in der Tasche reiste der Vorsitzende Frister durch die Lande und zwang bis auf den Westberliner Verband allen die Unterwerfung ab. Für den Westberliner Verband zog er im August 76 dann die bis dahin einmalige Konsequenz in der Gewerkschaftsgeschichte der BRD: er schloß den gesamten Verband mit seinen 13.000 Mitgliedern aus.

Weder die Vertreterversammlung in Mainz, noch die in Köln waren in der Mitgliedschaft vorbereitet worden. Die Anträge waren erst in letzter Minute bekannt geworden, die Mehrheit der Mitglieder erfuhr erst nach den Versammlungen, welch einschneidenden Veränderungen die GEW unterworfen werden sollte. Die Mehrheit der Delegierten war nicht gewählt, sondern von den jeweiligen Landesvorständen bestellt worden, so daß die Mehrheiten schon vor Beginn feststanden.

Dieses Vorgehen war für die Gewerkschaftsführer zur unbedingten Notwenigkeit geworden, weil sich überall dort, wo eine vorherige Diskussion stattfand (z.B. Westberlin und Hamburg), eine relativ starke Opposition regte. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die DGB-Führer ihre Vorstellungen innerhalb der GEW niemals so reibungslos hätten durchsetzen können, wenn sie eine d e m o k r a t i s c h e Diskussion zugelassen hätten.
wenn sie eine d e m o k r a t i s c h e Diskussion zugelassen hätten.

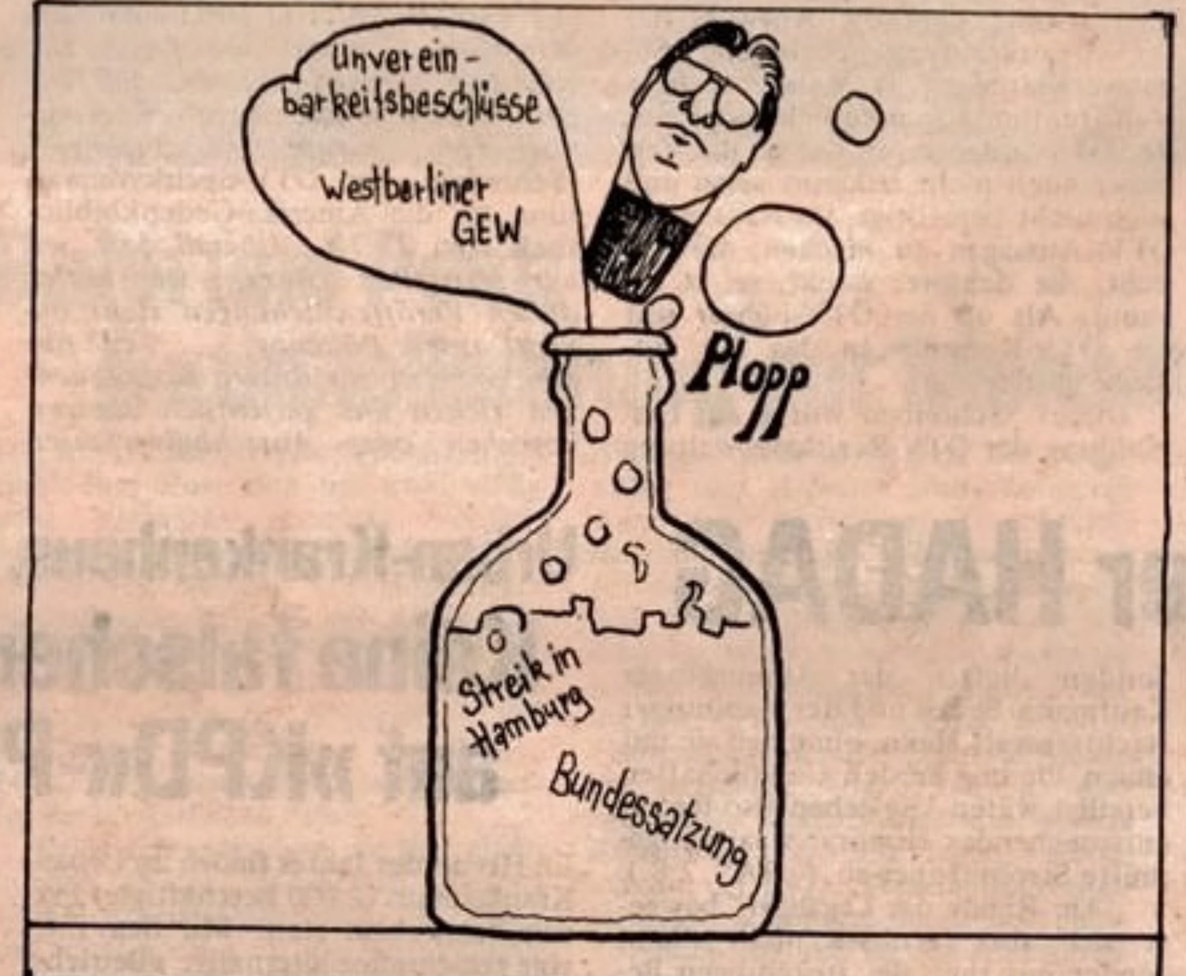
Bei dem jetzt anstehenden Gewerkschaftstag geben sich die Gewerkschaftsführer etwas „offener". Seit längerer Zeit findet man schon Hinweise in der Gewerkschaftspresse und in fast allen Landesverbänden wurde schon in der einen oder anderen Weise über den Gewerkschaftstag diskutiert. Doch von einer breiten Diskussion der Erfahrungen der letzten Jahre und einer d a r a u f aufbauenden Wahl der Delegierten kann kaum die Rede sein. In der Mehrzahl der Landesverbände wurde weitgehend zusammenhangslos von der augenblicklichen Situation Anträge diskutiert, in der Mehrheit zu Einzelpunkten der Bildungspolitik.

So deutet alles darauf hin, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer einen Gewerkschaftstag a la IG Metall oder IG Bau Steine Erden veranstalten wollen, auf dem Frister einen „richtungsweisenden" Beitrag zur Bildungspolitik hält, die Bonner Spitzenpolitiker der SPD/FDP-Koalition Fensterreden schwingen und die Anträge an den neuen Vorstand verwiesen werden.

Zum Gewerkschaftstag werden insgesamt 400 Delegierte kommen. 71 davon stellt der Hauptausschuß, der qua Amt geschlossen teilnimmt (18 %). Die restlichen 329 werden entsprechend den Mitgliederzahlen von den Landesverbänden gestellt. Davon werden bestenfalls noch einmal 70 durch eine demokratische Wahl, d.h. durch die Mitglieder nach der inhaltlichen Diskussion, bestimmt werden. Der Rest wird in der Regel von den Landes- oder den Bezirksvorständen bestimmt werden. Aber auch dort, wo die Delegierten von der Landesvertreterversammlung gewählt wurden, geschah dies in der Regel nicht nach demokratischen Gepflogenheiten, sondern es wurden Vorstandslisten, die im allgemeinen „verdiente" GEW-Führer enthalten, abgesegnet (siehe z.B. Schleswig-Holstein). Typisch für dieses Vorgehen sind die Äußerungen des Vorsitzenden des Westberliner Spalterverbandes, der außerhalb der Funktionärsebene allen Mitgliedern das Recht abspricht, sich wählen zu lassen (siehe nachstehende Übersicht).

Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß die Linke (linke Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten) wiederum eine Minderheit stellen wird, wenn diese gegenüber den anderen DGB-Gewerkschaften auch recht erheblich sein wird. Ein wesentlicher Teil wird sich dabei aus den Landesverbänden Hamburg und Hessen rekrutieren, die beiden Verbände mit den „linkesten" Vorständen, z.T. noch aus Bayern. Alle anderen Verbände werden eher vereinzelt Linke delegieren.

Gerade angesichts dieser Tatsache ist es um so dringlicher, daß innerhalb dieser bestehenden Opposition gegen den Frister-Kurs eine gemeinsame Diskussion entwickelt wird. Zu



den wesentlichen Fragen, die auf diesem Gewerkschaftstag zur Sprache kommen müssen, gehören unserer Ansicht nach:

- der Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB
- die Verurteilung und Aufhebung des Ausschlusses der GEW-Westberlin
des Ausschlusses der GEW-Westberlin
- Beschlüsse über die Entwicklung von bundesweiten Kampfmaßnahmen gegen die Besoldungsverschlechterungen für Referendare und die anstehenden Besoldungsverschlechterungen für Stufenlehrer.

Gerade die Behandlung des geplanten Warnstreiks in Hamburg durch den Hauptvorstand hat eindrucksvoll bewiesen, daß die Auseinandersetzung mit Frister und den hinter ihm stehenden DGB-Führern sich nicht auf die innergewerkschaftliche Demokratie beschränkt, sondern alle gewerkschaftlichen Fragen umfaßt.

Soweit noch nicht geschehen, und dies gilt für die Mehrheit, sollte die kommende Zeit genutzt werden, um die Diskussion um diese Frage zu eröffnen und die Delegierten mit einem eindeutigen Mandat nach Mannheim zu schicken.

Für Frister sollte auch dieser erste Gewerkschaftstag in bleibender Erinnerung bleiben!

Von Demokratie keine Spur

Im folgenden ein Überblick über die Bestimmung der Delegierten für den Gewerkschaftstag in den Landesverbänden und über die Anträge, soweit uns dies bekannt ist.

Baden-Württemberg: 62 Delegierte, wovon der Landesvorstand 5 stellt. Der Rest soll in den Bezirken gewählt werden. Dies geschah vor der letzten Landesvertreterversammlung, als die Delegierten der einzelnen Bezirke aus ihrer Mitte die Bundesdelegierten erkoren, die dann von der LVV bestätigt wurden. Alle Delegierten sind Funktionsträger, eine Wahl auf Mitgliederebene fand nicht statt.

Mehrere Anträge zu „Sachfragen" wurden gestellt.

Bayern: 13 Delegierte, davon hat der Landesausschuß 6 der LVV vorgeschlagen, die auch gewählt wurden. Die restlichen wurden in den Bezirken per „Akklamation" gewählt (außer Oberbayern, das zugunsten von Mittelfranken zurücktrat, da es durch den Landesvorstand schon genügend in Mannheim vertreten sei). Bayern hat 4 Anträge gestellt, darunter einen zur Verbesserung des Rechtsschutzes und einen, der dem DGB-Vorstand die Verbreitung von Listen mit Ausgeschlossenen verbieten soll, da dadurch Kollegen vom Berufsverbot bedroht werden.

Westberlin: Spalterverband „GEW im DGB": 7 Delegierte, die auf der ersten ordentlichen Vertreterversammlung im September gewählt werden sollen. Von dieser Wahl hat jedoch der Vorsitzende Stange seine eigenen Vorstellungen. Seiner Ansicht nach müssen die Delegierten Referatsleiter oder Vorstandmitglieder sein, denn welches Verständnis von Gewerkschaft sei es, wenn in das höchste Gremuim der GEW Leute reinkommen könnten, die – so Stange – keine Arbeit machen (!) und keine Verantwortung tragen?!

Es wurden keine Anträge gestellt, da bis zum Antragsschluß (30.6.) immer noch kein funktionsfähiger Verband aufgebaut war.

Bremen: 12 Delegierte, die mit aller

Bremen: 12 Delegierte, die mit aller Wahrscheinlichkeit nicht neu gewählt werden, sondern die gleichen bleiben wie schon zum Kölner Kongreß (was der Satzung widerspricht). Auf der LVV im Frühjar wurden zwar Anträge behandelt, die Wahlen aber auf die nächste LVV verschoben, die nach dem Willen des Vorstands jedoch erst nach dem Gewerkschaftstag stattfinden soll! Die bisherigen Delegierten standen in allen Fragen hinter Frister.

Fünf Anträge wurden verabschiedet, jedoch keiner zu den UVBs, der Bundessatzung oder den Berufsverboten. In einem Antrag wird der DGB aufgefordert, seinen Vorstellungen zum Bau von Atomkraftwerken unter den Mitgliedern zur Diskussion zu stellen und danach neu zu überarbeiten.

Hamburg: 25 Delegierte, davon wurden 10 auf den Mitgliederversammlungen der Fachgruppen gewählt, 15 von der LVV. Alle gewählten Delegierten sprachen sich für die Aufhebung der UVBs aus.

Die LVV beschloß insgesamt 52 Anträge, größtenteils zu bildungspolitischen Fragen. Weiterhin:

- die Streichung des §8.4d (UVB) der Bundessatzung
- einen Antrag zu Westberlin, in dem die Spaltung „bedauert" und gefordert wird, den Beschluß des Hauptvorstandes (Ausschlüß der GEW Westberlin) aufzuheben
- einen Antrag, der die Vollmitgliedschaft aller arbeitslosen Lehrer (1. und 2. Staatsexamen) fordert
- einen Antrag, nach dem aus den Rechtsschutzparagraphen der Passus gestrichen werden soll, nach dem sich die Mitglieder von kommunistischen Organisationen distanzieren müssen
- einen Antrag gegen den Bau von Atomkraftwerken.

Hessen: 48 Delegierte; 16 werden vom Landesvorstand bestimmt, 32 von den Bezirken. Nur in einem Verband (Frankfurt) wurden die Delegierten auf einer Bezirksmitglieder- oder -delegiertenversammlung gewählt.

Hessen stellt u.a. einen Antrag zur Verbesserung des Rechtsschutzes. . . .

Niedersachsen: 56 Delegierte, wovon der Geschäftsführende Ausschuß 10 stellt. Pro Fachgruppe wird ein Delegierter bestimmt, wobei allenfalls in den FG Hochschulen und Gymnasien von richtigen Wahlen die Rede sein kann. In den übrigen FG ist es „selbstverständlich", daß die Vorsitzenden nach Mannheim fahren. Mit Ausnahme von Hannover, wo die Delegierten auf einer Delegiertenversammlung gewählt werden, sieht es in den Bezirken ähnlich aus.

Ein Antrag auf Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde auf der letzten LVV mit 180 zu 120 abgelehnt. So stellt Niedersachsen lediglich drei „Sach"anträge.

NRW: 60 Delegierte; davon stellen der Landesvorstand 5, die Fachgruppen 14 und den Rest die Bezirke. Unseres Wissens wurden die Delegierten in keinem Fall demokratisch gewählt. Selbst in den fortschrittlichen Stadtverbänden Köln und Bochum war dies kein Thema. Ein Zeichen dafür, daß Demokratie in den westdeutschen Gewerkschaften nicht zu den Selbstverständlichkeiten zählt.

NRW stellte keine Anträge an den Gewerkschaftstag.

Rheinland-Pfalz: 17 Delegierte, die auf der LVV gewählt (?). wurden. Anträge zu „Sach"fragen.

Saarland: 8 Delegierte, auf der LVV gewählt (?).

Keine Anträge, da die vorbereiteten auf der letzten LVV aus „Zeitmangel" nicht mehr behandelt wurden.

Schleswig-Holstein: 21 Delegierte, die alle auf der LVV „gewählt" wurden. Die Wahl war zunächst nicht vorgesehen. Erst nach lautstarkem Protest und erst eine halbe (!) Stunde vor Ende der LVV wurde der Wahlgang eröffnet, wobei der Vorstand einmal mehr bewies, was er von einer demokratischen Wahl hält: plötzlich lag eine gedruckte (!) Vorschlagsliste mit 21 Namen vor. Weitere Kandidaten wurden auf die Plätze 22 und folgende gesetzt. Ohne weitere Diskussion, konnten dann die Delegierten 21 Namen ankreuzen, wobei – wen wunderts – die ersten 21 durchkamen.

Einen weiteren Beweis seiner „demokratischen" Gesinnung lieferte der Vorstand in der Behandlung der Anträge. Obwohl ein Antrag gegen die Berufsverbote gefaßt wurde, erklärte der Vorstand sogleich, daß er dahinter nicht stehe. Wer wird diesen Antrag dann wohl verteidigen?

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Noch eine Reform à la SPD

Im letzten AK berichteten wir über die Pläne des Staates, in der zweiten Ausbildungsphase der Beschäftigten im öffentlichen Dienst massive Gehaltskürzungen oder -streichungen durchzusetzen. In der Lehrer- und Juristenausbildung erweist sich dabei der Beamtenstatus der Referendare als Hindernis. Die Kollegen, denen aus politischen Gründen eine Ausbildung im Beamtenverhältnis verweigert wird, dienen jetzt als Legitimation, um über die Einführung eines Praktikantenverhältnisses einen umfassenden Angriff auf die materiellen und politischen Rechte der Auszubildenden durchzuziehen.

Erst trifft es die ‚Radikalen'...

Erst trifft es die ‚Radikalen'...

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 22.5.75 in einem „Beschluß über Radikale im öffentlichen Dienst" festgestellt, daß auch „Radikale" in den Ausbildungsgängen, auf die der Staat ein Monopol habe, die Möglichkeit haben müßten, ihre Ausbildung zu beenden. Da man dem Staat aber nicht zumuten könne, diese Kollegen als Beamte auf Probe einzustellen, müsse für diese Kollegen ein besonderes Ausbildungsverhältnis geschaffen werden. In diesem Sinne plant die Bundesregierung noch in diesem Jahr ein Gesetz, nach dem ein Vorbereitungsdienst außerhalb des Beamtenverhältnisses angeboten werden muß. Ein entsprechendes Gesetz wurde in Schleswig-Holstein bereits verabschiedet. Dort gibt es jetzt neben der Juristenausbildung im Beamtenverhältnis einen Ausbildungsgang für Kollegen, bei denen Zweifel an der Verfassungstreue bestehen. Umgekehrt wird natürlich ebenso gelten: wer sich im Angestelltenverhältnis ausbilden läßt, ist ein „Radikaler" und kommt für eine Einstellung nicht in Frage.

... Dann alle Referendare

Dieses diskriminierende Ausbildungsverhältnis wird von SPD und FDP-Politikern „kritisiert". Allerdings wollen sie diese Diskriminierung nicht dadurch aufheben, daß sie allen Bewerbern, unabhängig von ihren politischen Anschauungen die Ausbildung als Beamte ermöglichen, sondern dadurch, daß ein einheitlicher nichtbeamteter Vorbereitungsdienst eingeführt wird. Die Ausbildung der Referendare außerhalb des Beamterverhältnisses verbindet sich mit der Möglichkeit zu beträchtlichen Einsparungen, die bis hin zur Abschaffung jeglicher Bezahlung und Vergütung nur noch durch BAFöG gehen können (vergl. AK 109). Die Schaffung eines zusätzlichen Vorbereitungsdienstes außerhalb des Beamtenverhältnisses ist nur der Übergang zu einem generellen nichtbeamteten Vorbereitungsdienst, für den in Nordrhein-Westphalen bereits ein Gesetzentwurf vorliegt, den der dortige Innenminister Hirsch (FDP) zu einem Bundesgesetz erhoben wissen will. Auch in den Koalitionsvereinbarungen zwischen FDP und CDU in Niedersachsen wurden entsprechende Abmachungen getroffen.

Ausbildung für ‚Radikale'?

Daß es bei diesen Plänen keineswegs darum geht, „radikalen" Bewerbern die Beendigung ihrer Aus-
neswegs darum geht, „radikalen" Bewerbern die Beendigung ihrer Aus-
bildung zu ermöglichen, wird schon daran deutlich, daß auch in den nichtbeamteten Vorbereitungsdienst keineswegs alle Bewerber aufgenommen werden. Auch die Ausbildungsverträge im Praktikumsverhältnis verlangen Bekenntnisse zur FDGO und ein Verbot „verfassungsfeindlicher Betätigung". Entsprechend wird z.B. dem Juristen M.E. seit Juli 1973 die Aufnahme in den justistischen Vorbereitungsdienst verweigert, selbst eine Ausbildung im Praktikantenverhältnis wird ihm verwehrt.

Für Lehrer soll der zusätzliche Vorbereitungsdienst nicht gelten, da – so NRW-Innenminister Hirsch – sie später nur im Staatsdienst beschäftigt würden und so *„das Erfordernis der qualifizierten Verfassungstreue nicht unzumutbar sei"* (FAZ, 26.7.77). Ein einheitlicher nicht beamteter Vorbereitungsdienst träfe aber auch für sie zu. Schon 1975 forderte Hirsch diesen als „Probezeit", mit dem die Möglichkeit gegeben werde, *„die Verfassungstreue eines Bewerbers nicht nur aus irgendwelchen Dossiers und Papieren beurteilen zu können"* (FR, 2.10.75).

Das Ganz entpuppt sich also als eine typisch sozialdemokratische Reform: Mit der Begründung, man dürfe „Radikalen" nicht die Beendigung ihrer Ausbildung verwehren, wird für sie ein diskriminierender Status geschaffen; mit dem Argument, man wolle die Diskriminierung aufheben, wird für alle diese Verschlechterung beschlossen und nachdem so die Referandare erheblich finanzielle Einbußen erlitten haben, werden nach wie vor die „Radikalen" von der Weiterführung ihrer Ausbildung abgeschnitten.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Hamburg weiter für Warnstreik

Hamburg: Wie schon in AK 109 berichtet, hatte es die Mehrheit des Hauptvorstandes am 18.7. erneut abgelehnt, einen vom Hamburger Landesvorstand beantragten Warnstreik gegen die Besoldungsverschlechterungen zu genehmigen. Damit brach die von Frister geführte Mehrheit eindeutig ihr Wort, denn noch am 27.6. hatte der Hauptvorstand beschlossen, den Warnstreik *„unverzüglich anzuberaumen, wenn durch Einwirkung des Bundesrates eine Verschlechterung der Hamburger Lehrerbesoldung im Sinne des §77* (Verschlechterung der Besoldung für Anwärter für Stufenlehrer, Anm. AK) *d r o h t"* (Hervorhebung AK). Genau dies war eingetreten, als die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat die Bundestagsmehrheit über den Haufen warf und eine Regelung im Sinne des §77 verlangte. Keinerlei Stellung nahm der Hauptvorstand zu den Kürzungen der Referendarsbezüge um ca. 15% – ein einmaliger Fall in der westdeutschen Gewerkschaftsgeschichte. Damit hat Frister endgültig deutlich gemacht, daß es ihm um die Verhinderung von Kampfmaßnahmen um jeden Preis im Sinne des Stillhalteabkommens der DGB-Gewerkschaften vom 21.6. geht.

Auf der Vertrauensleuteversammlung am 25.7. in Hamburg wurde in Anwesenheit von Frister über diese Situation beraten.

Frister in der Enge

Die Verzögerungstaktik des HV hatte auch bei einem Teil der Hamburger Vertrauensleute eine Stimmung aufkommen lassen, daß ein Warnstreik nicht mehr durchzusetzen sei. So war denn die VV auch schlechter besucht als die vorherigen (ca. 300 gegenüber 400). Diejenigen, die gekommen waren, empfingen Frister aber umso gebührender. Schon beim Antritt gab es Buhrufe, womit seine Rede dann auch mehrmals unterbrochen wurde. Verabschiedet wurde er mit hanseatischer Kühle und Distanziertheit, die allerdings spüren ließ, daß die entscheidenden Auseinandersetzungen noch anstehen.

Frister rechtfertigte die Absetzung des Warnstreiks mit der vorläufigen Absetzung des §77 durch die SPD/FDP-Koalition, ohne allerdings auf die wiederholten Zwischenfragen nach der Referendarsbesoldung einzugehen. Bundestag und Hamburger Senat lobte er über den grünen Klee, jetzt müsse es gegen die CDU gehen. Kein Wort dazu, daß die Regierung des Bundeslandes NRW Initiator dieser Regelung ist und die Bundesregierung diesen Vorstellungen voll zustimmt. Seine Rede gipfelte dann in der Drohung, daß eine weitere Streikforderung zum jetzigen Zeitpunkt keine gewerkschaftliche Forderung sei, *„sondern eine Position, die in eine andere politische Bewegung gehört"*.

Da von der Mehrheit des Hamburger Verbandes an dieser Forderung festgehalten wird, kann dies nur als Drohung aufgefaßt werden, auch einen zweiten Landesverband auszuschließen. Sollte dieser Mann am Ruder bleiben, wird es bald keine GEW im DGB mehr geben!

Vorstand ohne Mumm ?

Vom Landesvorsitzenden Lemke wurde im Namen der Mehrheit des Hamburger Landesvorstandes ein Antrag eingebracht, der erstmals eine, wenn auch sehr zahme, Kritik am Hauptvorstand enthielt. Man sei mit den Beschlüssen des HV *„nicht einverstanden"*, da dies *„eine Kehrtwendung von der bisher immer wieder betonten Auffassung, der Arbeitskampf in Hamburg bildet die Speerspitze einer bundesweiten Auseinandersetzung"* sei. Weiterhin wurde kritisiert, daß *„der HV keine breite Aktion aller Landesverbände, insbesondere der betroffenen, gegen die Ausbildungs- und Besoldungspolitik von Bundesregierung und CDU-regierten Ländern, initiiert hat". „Der LV hat den Eindruck erhalten, Objekt der Politik des HV geworden zu sein, ohne selbst Einfluß nehmen zu können; die Einsatzbereitschaft der Kollegen ist nicht genutzt worden"* ist die weitestgehende Kritik, zu der sich der Vorstand durchringen konnte. Erschreckt durch soviel eigene Zivilcourage relativiert der LV dies gleich wieder: *„Die VV erkennt an, daß die Verhandlungen des HV mit den verantwortlichen Stellen kurzfristig Teilerfolge erbracht haben"* und dies nach dem Antrag des LV an den HV, in dem eindeutig ausgeführt wird, daß a l l e bisherigen Ergebnisse für den Hamburger Verband indiskutabel sind.

Auf diese Weise soll letztendlich davon abgelenkt werden, daß es sich in dem „Streit" zwischen dem Landesverband Hamburg und dem HV n i c h t um unterschiedliche Einschätzungen handelt, aus denen verschiedene Schlüsse gezogen werden, sondern darum, daß der HV im Gegensatz zum Hamburger Verband niemals ernsthaft an die Durchführung des Warnstreiks gedacht hat.

Bezeichnend denn auch die weiteren Schlußfolgerungen des Vorstandes. Nachdem nochmals die Notwendigkeit des Streiks (und die Möglichkeit) aufgezeigt wurde, wird dem Hamburger Senat bescheinigt, daß er sich *„im Bundesrat für die Belange der Hamburger Lehrer eingesetzt hat"*, obwohl es der Hamburger Senat rundheraus abgelehnt hatte, überhaupt mit der Hamburger GEW zu verhandeln (Klose: Lemke sei kein Gesprächspartner für ihn) und deutlich zu verstehen gegeben hat, daß er eine bundeseinheitliche Regelung natürlich auch in Hamburg durchsetzen wird. Also auch die 15% Lohnkürzung für die Referendare!

Noch deutlicher wurde die Zaghaftigkeit der linken Sozialdemokraten um Lemke, als es um die Frage der weiteren Schritte ging. Da sollte lediglich beschlossen werden, *„bei der Planung weiterer Schritte sowohl einen Warnstreik als auch andere Kampfmaßnahmen einzubeziehen."* Wann und in welcher Form dies geschehen soll, wurde außen vor gelassen. Schon in vorherigen Diskussionen war laut geworden, daß die Sache mit dem Warnstreik vorläufig gestorben sei, wobei wohl wesentlich die Furcht mitschwang, eine dritte „Abfuhr" von Frister zu bekommen. Diesem Antrag entgegen stand im wesentlichen ein Antrag eines linken Kollegen, der neben einer schärferen Verurteilung des HV vor allem die Festlegung beinhaltete, nach den Sommerferien erneut einen Antrag auf Warnstreik beim HV zu stellen. Dabei wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß der HV einen Warnstreik in Aussicht gestellt hat, wenn – wie zu erwarten – im Vermittlungsausschuß eine Entscheidung im Sinne der CDU/CSU und der Bundesregierung herauskommt. Weiterhin wurde festgestellt, daß unabhängig vom weiteren Verlauf der Gesetzgebung der Warnstreik notwendig sei, weil die Kürzung der Referendarbezüge in keinem Fall zurückgenommen wird.

Nach einem Geschäftsordnungstrick, durch den es dem Vorstand gelang, seinen Antrag als einzige Grundlage zur Abstimmung zu stellen, wurde dann der Antrag des Vorstandes verabschiedet, wobei jedoch die oben genannte Festlegung auf einen Warnstreik nach den Sommerferien mit aufgenommen wurde.

„Gewerkschaftlich orientiert" – Frister orientiert

Peinlich war das Auftreten einiger „gewerkschaftlich orientierter", die in den Antrag aufgenommen wissen wollten, daß die *„bisher gemachten Arbeitskampferfahrungen kritisch ausgewertet"* werden müßten, wobei insbesondere die *„Wahl des günstigsten Zeitpunkts", „die klare Benennung des Streikgegners"* und *„die Koordination zwischen Landesverbänden und GEW-Bund"* beachtet werden müsse. Hinter diesen verklausulierten Sätzen verbirgt sich nichts anderes, als die Unterstützung Fristers, der dem Hamburger Verband ebenfalls vorwirft, nicht den richtigen Zeitpunkt gewählt zu haben, nicht den richtigen Streikgegner bestimmt zu haben usw. Und schließlich habe der Hamburger Verband – nach Meinung dieser Leute – die Konfrontation mit dem GEW-Bundesvorstand zu w e i t getrieben. Es waren übrigens die gleichen Leute, die schon seit geraumer Zeit den Warnstreik abgeblasen hatten und stattdessen unermüdlich die „Aktionswoche" priesen. Ob Frister diese Anbiederungsversuche wirklich honoriert?

Warnstreik – dabei bleibts!

Die Vertrauensleuteversammlung hat mit der Verabschiedung des oben genannten Antrags deutlich gemacht, daß sie an dem gesteckten Ziel festhält – und diesmal auch entschlossen ist, darum zu kämpfen. Dazu wurde beschlossen, mit den anderen Landesverbänden in engen Kontakt zu treten, um gemeinsame Kampfmaßnahmen vorzubereiten.

Schon jetzt kann davon ausgegangen werden, daß Frister alles versuchen wird, um ein Übergreifen auf die anderen Landesverbände zu verhindern. Deshalb wird es an der Hamburger GEW liegen, die Informationen zu verbreiten, mit den Mitgliedern in Kontakt zu treten und so den Warnstreik gegen den Hauptvorstand durchzusetzen.

Frister hat dagegen schon die ersten Schritte eingeleitet, wobei er sogar noch auf die Unterstützung des Hamburger Vorsitzenden Lemke zurückgreifen kann. In einem gemeinsamen Brief von Frister und Lemke wurde allen Delegierten für den Gewerkschaftstag in Mannheim der Beschluß des HV mit einer ausführlichen Begründung zugeschickt. Die Auffassungen des Landesverbandes Hamburg kommen darin selbstverständlich nicht zu Wort. So sollen schon jetzt wichtige Träger in den Landesverbänden auf die Linie des HV eingeschworen werden. Dies kann nur durch eine offensive Gegeninformation durchbrochen werden.

Frister selbst hat mit dem Anschreiben der Bundesdelegierten schon gezeigt, daß er um seine eigene Zukunft fürchtet. Die Vorbereitungen für den Gewerkschaftstag könnten da noch so einiges bewirken.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg



Sammellager für Asylsuchende erneut geschlossen

Am 1.8.77 veranlaßte der bayrische Arbeitsminister Pirkl erneut die Schließung des Ausländer-Aufnahme-Lagers Zirndorf. Pirkl droht mit der Rückführung „überzähliger" Ausländer, wenn andere Bundesländer nicht ebenfalls Ausländer aufnehmen.

Das Lager Zirndorf, eine alte Polizeikaserne, ist seit einiger Zeit mit dreimal soviel Ausländern belegt, als auf dem engen Raum zugelassen sind. Die Asylsuchenden müssen unter unmöglichen Verhältnisse dort hausen; sie leben vom niedrigsten Sozialhilfesatz.

In den letzten Wochen wurden viele Asylbewerber in Zirndorf abgewiesen und halten sich obdachlos in der Nähe des Sammellagers auf.

Die einzige Sorge der bayrischen Ministerien ist jedoch nicht die unmenschliche Situation der Obdachlosen, sondern daß sich *„viele Ausländer völlig unkontrolliert im Raum Nürnberg bewegen"* können und man hat *„Befürchtungen, daß es zu Sicherheitsstörungen kommen könnte"* (zit. nach „Nürnberger Zeitung" v. 26.7.77).

Inzwischen werden die jeden Tag ankommenden Ausländer (täglich 150 – Das Lager faßt normalerweise 400 Leute), soweit sie nicht obdachlos umherirren, in Notunterkünften, Behelfsheimen und Zelten untergebracht, die unter Polizeiaufsicht stehen.

Der „Ansturm" asylsuchender Ausländer auf die BRD ist zweifellos ein Ergebnis der sich sowohl politisch wie wirtschaftlich verschärfenden Situation in der Dritten Welt, an der der BRD-Imperialismus als zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt entscheidenden Anteil hat.

Ausländerkommission



Die Ausländer stehen in langen Schlangen vor dem Zirndorfer Lager und warten – meist vergebens – auf die Bearbeitung ihres Falls

Kurzmeldungen

● Die Polizei verhaftete einen Großbauern in Mölln (bei Hamburg), weil er türkische Arbeiter für einen Hungerlohn sein Obst pflücken ließ und sie unter menschenunwürdigen Bedingungen in einer zugigen alten Fabrikhalle wie Vieh nachts auf Etagen-„betten" nächtigen ließ.

Die türkischen Arbeiter, die keine Arbeitspapiere hatten, bekamen diese von Ausländerbehörde und Arbeitsamt sofort ausgestellt und wurden für ihren Verdienstausfall entschädigt. D a s t i m m t d o c h w a s n i c h t !

Tatsächlich verhaftete die Polizei natürlich die 53 „illegalen" Türken und verfrachtete sie ins Gefängnis, wo sie auf ihre Abschiebung warten ... („Bild", 21.7.77).

● Hamburg-Harburg: Eine starke „Streitmacht" von Polizei und „Mobilen Einsatzkommandos" betätigte sich laut „Hamburger Morgenpost" als „Friedensstifter": Eine angeblich im Ausländerwohnheim Wetternstraße ausgebrochene *„Massenschlägerei"* zwischen Pakistani, Libanesen und Jordaniern wurde mit der bekannten friedlichen Brutalität der MEK's „geschlichtet". 24 Ausländer wurden ins Gefängnis gesteckt, was sicher große Klarheit in den Konflikt bringen wird.

Was auch immer die Ursache für die Auseinandersetzung unter den Ausländern gewesen ist, sie ist für Kripo und Ausländerbehörden total uninteressant. („Hamburger Morgenpost", 4.8.77).

Ausländerkommission

„amnesty international" klagt gegen Ausländerbehörden

Der Generalsekretär von „amnesty international", Helmut Frenz (der nach dem faschistischen Putsch in Chile sich kraft seines Amtes als protestantischer Bischof besonders für die politisch Verfolgten einsetzte und von der Junta ausgewiesen wurde), klagte jetzt die bundesdeutschen Ausländerbehörden wegen einer unerträglichen Aushöhlung des Asylrechts an. Er stellte Strafanzeige gegen verantwortliche Beamte der Ausländerbehörden in München, Darmstadt und Westberlin wegen versuchter Verschleppung Asylsuchender aus Iran, der Türkei und Uganda.

Die Ausländerbehörden wollten politisch Verfolgte aus diesen Ländern abschieben, obwohl ihnen vollkommen klar war, daß diesen Menschen dort Folter oder gar die Todesstrafe droht.

Diese Anklage ist für die sonstige Arbeitsweise von „amnesty", die sich bis vor kurzem in den innenpolitischen Verhältnisse in der BRD nicht in solcher Schärfe und mit solcher Öffentlichkeitswirkung „einmischte", ein Fortschritt und gleichzeitig ein Anzeichen für die unglaubliche Verschärfung der Asylpraxis in der BRD, die selbst solche durch und durch pazifistischen Organisationen wie „amnesty" auf die Barrikaden treibt.

Weiterhin enthüllte „amnesty" die menschenfeindliche Gleichgültigkeit, im Umgang mit chilenischen politischen Gefangenen. Obwohl die Bundesregierung die Aufnahme von 566 weiteren derzeit inhaftierten chilenischen Antifaschisten bewilligt hat, sitzen diese weiterhin in chilenischen KZ's, weil die zuständigen Behörden angeblich neun Monate und mehr „brauchen", um die Akten zu bearbeiten. In Frankreich dauere dieselbe „Arbeit" vier bis sechs Wochen, in Holland geht es gewöhnlich in zwei und die schwedischen Behörden haben in vielen Fällen Einreisevisa in nur 24 Stunden ausgestellt.

Daß es bei diesem Verhalten der westdeutschen Ausländerbehörden nicht nur um eine „Mißachtung humanitärer Grundsätze" geht, sondern um eine gezielte Asylverweigerung, trotz gegenteiliger Beteuerungen, wird am Fall zweier Chilenen klar, die seit langem offiziell die Einreiseerlaubnis von höchster Stelle haben (Bundesregierung, Bundesinnenministerium), denen das Land Baden-Württemberg jedoch kein Visum ausstellt. Zwei SPD-Abgeordnete haben aus diesem Grund den baden-württembergischen Innenminister Schieß angegriffen. So gut sich dieser Protest von SPD-Abgeordneten unter einer CDU-Regierung auch macht, sollte man nicht vergessen, daß diese Mitglieder einer Partei sind, die vor kurzem selbst die gesetzlichen Grundlagen für eine weitere Verschärfung der Asylgewährung gelegt hat. (Nach „Frankfurter Rundschau", 30.7.77).

Ausländer-Kommission

Die Asylverweigerung für ausländische Antifaschisten und ihre Auslieferung wird mit „Freiheit und Demokratie" begründet:

„Aufgrund seiner historischen Entstehung aus liberalem Gedankengut heraus, schützt das Asylrecht nur Kämpfer für Freiheit und Recht, nicht aber Personen, die die Diktatur des Proletariats errichten wollen. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland will nicht Personen gegen Verfolgung schützen, die eine mit dem Grundgesetz unvereinbare Ordnung verwirklichen wollen.

Deshalb hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung grundlegend festgestellt, daß das Asylrecht nur dem zusteht, der entgegen den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung verfolgt wird" (aus einem Widerspruchsbescheid gegen ein Asylgesuch vom 29.4.77).



Rechts-Anwalt Rieger: Es reicht!

In Düsseldorf läuft seit Ende 1975 der vorraussichtlich letzte „große" Prozeß gegen Nazi-Verbrecher. 14 SS-Leute aus der Mannschaft des KZ Majdanek (Polen) sind angeklagt (eine Aufseherin ist vorzeitig gestorben). Es geht um die Ermordung von **mehreren hunderttausend Menschen.**

Vor diesem Hintergrund haben sich bislang schon makaber-skandalöse Szenen der Kumpanei zwischen Angehörigen der SS-Mordmannschaft und ihren Verteidigern abgespielt. Hier ist besonders der Verteidiger Bock zu nennen, der eine ehemalige KZ-Insassin, die Gasbehälter zu den Todeskammern tragen mußte, wegen Beihilfe zum Mord verhaften lassen wollte! (siehe AK 108, S.15).

Eine neue, mindestens ebenso skandalöse Provokation hat der Hamburger Anwalt Jürgen Rieger, ein seit Jahren berüchtigter Faschist, gestartet. Zunächst der Fall: Das einschlägig bekannte neofaschistische Blatt „Unabhängige Nachrichten" (UN) des Martin Voigt aus Bochum, das Monat für Monat Artikel quer durch den braunen Sumpf – bis hin zum offenen Hitler-Verehrer Roeder – veröffentlicht, verbreitete am 11. Juli einen Sonderdruck zum Majdanek-Prozeß. Titel: „Ein Riesen-Prozeß – Ein Riesen-Skandal". Daß die Nazi Massenmörder nun endlich vor Gericht stehen, wird als „anachronistisches Schauspiel" hingestellt und kurzerhand der Abbruch des Prozesses gefordert.

Als Aufhänger bezieht sich das Neofaschistenblatt auf den Brief eines Nazi-Verfolgten, der vor Prozeßbeginn verschiedenen NS-Opfern in Polen geschrieben hatte, sich als Zeugen bzw. Nebenkläger zur Verfügung zu stellen. In dem Brief wird auch ein Anwalt empfohlen, der in früheren Prozessen für NS-Opfer eingetreten ist. Als Anhang ist dem Brief eine Namensliste aller Angeklagten NS-Leute beigefügt. Aus alledem – eine nachahmenswerte Sache in NS-Prozessen! – folgern die „UN", diese Zeugen (die tatsächlich ganz im Gegensatz zu ehemaligen SS-Wächtern, die sich als Zeugen an nichts mehr erinnern konnten, die Angeklagten schwer belasteten) seien „präpariert", und Prozeßunterlagen seien illegalerweise veröffentlicht worden.

Jürgen Rieger wurde umgehend aktiv: Er beantragte am 13.7.ein Ehrengerichtsverfahren gegen diesen Anwalt bei der Rechtsanwaltskammer Düsseldorf.

Bei aller Hergesuchtheit dieser Attacke – ihr Charakter als Provokation wird dadurch nur um so deutlicher – sollte nicht übersehen werden, daß Rieger ebenso wie Bock (und ebenso wie z.B. der Neofaschist Schönborn, der unlängst den ehemaligen KZ-Insassen und jetzigen Herausgeber der antifaschistischen Wochenzeitung „die tat", Carlebach, wegen Judenmordes anzeigte!) gezielt und bewußt vorgeht: gerade die Opfer der NS-Verbrecher und die, die sie unterstützen, sollen als Straftäter hingestellt werden. Zumindest werden auf diese Weise Zeugen schokkiert, verängstigt, die Prozesse werden verzögert usw..

Für den Fall des Jürgen Rieger läßt sich zudem klipp und klar belegen, daß solche Aktionen nicht etwa bloß juristische Trickserei sind, sondern der politischen Kumpanei des Nazis in der Anwaltsrobe mit den Nazi-Mördern auf der Anklagebank entspringen. Denn wer ist schließlich dieser Rieger? Ein sehr lückenhafter Abriß der letzten Jahre zeigt es:

– 1969: Rieger, Jurastudent (und Mitglied des NPD-nahen „Republikanischen Studentenbund Hamburg"), danach Rechtsreferendar, veröffenlicht eine Broschüre „Rasse – ein Problem für uns", wo er u.a. ausführt, daß **„einige Rassen mehr zu Verbrechen neigen als andere".** Rieger gehört derzeit zum Kreis der Rassisten in der „Deutschen Gesellschaft für Erbgesundheitspflege".

– Im März 1970 verteilte Rieger in Hamburg ein Flugblatt, für das er verantwortlich zeichnete: **„Wollen sie, daß Hamburg slawisch wird?"**

– im Oktober 1970 beteiligte sich Rieger am Terror der „Aktion Widerstand" in Würzburg und anderen Orten.

– Etwa 1970/71 trat Rieger als Pressesprecher des „Freundeskreises CSU" in Hamburg auf. Gleichzeitig trat er als Spitzenfunktionär der revanchistischen „Aktion-Oder-Neiße" (AKON) auf.

– 1971 beteiligte sich Rieger an der provokatorischen Schein-Entführung der StrauSS-Freundes Prof. Rubin, die den Linken angelastet werden sollte, um die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zugunsten der CDU zu beeinflussen.

– Im November 1973 stand Rieger wegen der Rubin-„Entführung" vor Gericht. Urteil: 3 Monate auf „Bewährung".

– Im Juni 1974 trat Rieger mit einem „Ordner"-Trupp bei einer Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten" in Hambur-Blankenese auf.

– Mitte 1976 ist Rieger plötzlich stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg der Rechtsradikalen „Aktion Vierte Partei" (die sich dann von ihm trennt).

– Im Januar/Februar 77 verteidigt Rieger den ehemaligen SS-Mann und unveränderten Judenhasser Thies Christophersen („Ausschwitz-Lüge"), der u.a. wegen Verbreitung von nazistischer Propaganda vor Gericht steht.

– Anfang 1977 verteidigt Rieger ein Mitglied einer „NS-Kampftruppe" aus Mainz (Curd Müller u. Co.). Dabei operiert er mit Sprüchen wie, es sei jetzt ja bekannt, daß **„Südländer (...) mit demMesser ziemlich schnell bei der Hand sind"**(FAZ, 13.1.77) – also eine direkte Anwendung seiner Rassen„Theorie" von 1969.

Es dürfte klar sein, daß Rieger seine Anwaltstätigkeit nicht anders auffaßt und durchführt, als seine sonstigen „Betätigungen": Es ist eine Linie von dem Schlägerterrorismus des Aktivisten der „Aktion Widerstand" zu den Provokationen des Nazi-Anwalts Rieger; und ebenso spielt Rieger seinen Rassismus geradlinig und voll im Gerichtssaal aus.

Es ist demnach höchste Zeit, daß zunächst einmal dem Rechtsanwalt Rieger der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Als erstes sollte daher gegen Rieger ein Ehrengerichtsverfahren angestrengt werden, mit dem Ziel, ihn als Anwalt kaltzustellen.Im Fall des Faschisten Roeder – der ja auch von Haus aus Rechtsanwalt ist – ist dies, nach langem Hin und Her seiner Kollegen, schließlich gelungen.

Um hier nicht noch lange warten zu müssen und um die Sache so erfolgversprechend wie möglich angehen zu können, fordern wir alle Leser auf, uns weitere Informationen, die sie über das Treiben Riegers haben (vor allem in letzter Zeit), zugänglich zu machen.

Antifa-Komission
KB/Gruppe Hamburg



Jürgen Rieger (im Ledermantel) 1971 im Kreis Gleichgesinnter: In der zweiten Reihe (mit Gebinde) Manfred Roeder. Man kennt sich und man liebt sich...

SS-Massenmörder Maywald frei — trotz Verurteilung!



SS-Massenmörder Maywald

Nach sieben Monaten Dauer endete am 2.8.77 ein Prozeß gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer und NS-Kriminalkommissar Gerhard Maywald mit einem Urteilsspruch von vier Jahren Freiheitsentzug und gleichzeitiger – vom Gericht nicht begründeter – Haftverschonung. Wie bereits während des Ermittlungsverfahrens, das 15 Jahre gedauert hat,ist Nazi-Mörder Maywald demnach ein freier Mann.

Der Staatsanwalt hatte lebenslange Haft gefordert. Maywald war angeklagt, bei zwei SS-Massenmordaktionen im Gebiet von Riga mitgemacht zu haben, denen über 6.000 Juden zum Opfer fielen. Das Gericht hielt ihn jedoch nur für überführt, am 5.2. 1942 an Massenerschießungen von mindestens 320 Menschen beteiligt gewesen zu sein.

Maywalds Verteidigungsstrategie baute auf einer schlichten Lüge auf: Er habe mit den Taten überhaupt nichts zu tun, er werde wohl mit jemand anders verwechselt.

Angesichts von Zeugenaussagen konnte das Gericht freilich nicht anders, als ihn zu verurteilen. Allerdings fand wieder einmal ein SS-Mörder tiefes Verständnis und herzliche Milde der Justiz: Maywald sei „kein Judenhasser" gewesen; außerdem habe er die Morde nur „delegiert", d.h. nicht eigenhändig ausgeführt, sondern die Opfer „nur" ausgesucht. Schlußfolgerung des Gerichtsvorsitzenden: *„Wer auszuwählen hat, macht sich nicht zum Täter".*

Daher – und weil die 15 Jahre Ermittlungsverfahren für Maywald schon genug „handgreifliche Nachteile" gebracht hätten, seien vier Jahre ausreichend.

(Nach „Frankfurter Rundschau" und „Hamburger Morgenpost", 3.8.77).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazi Ries gibt auf — Selbstmord

Am 20.7.77 erschoß sich in seinem Haus in Frankenthal der Unternehmer, Schloß- und Hotelbesitzer, königlich-marokkanischer Generalkonsul und Faschist Fritz Ries.

Nach seinem Eintritt in die NSDAP 1933 wurde Ries alleiniger Gesellschafter einer Präservativ-Fabrik, die er durch Raub vorwiegend jüdischen und polnischen Eigentums skrupellos zu einem riesigen Konzern ausbaute – „arisieren" hieß das damals. In den Werken Lodz und Trzebinia mit „Nebenbetrieben" 20 km vor Auschwitz, ließ Ries zuerst vor allem Juden, nach deren Verschleppung und Ermordung polnische und russische Gefangene für sich schuften. Von Verbrechen in seinen Fabriken will Ries nie etwas gewußt haben. Vor Kriegsende ließ Ries durch Vermittlung des späteren CDU-Abgeordneten und Herausgebers der rechtsradikalen „Vertraulichen Mitteilungen ...", Artur Missbach, ganze Güterzüge für den Abtransport der Anlagen in den Westen bereitstellen. Mit diesen Maschinen und „einigen hunderttausend Metern Stoff" fiel es Ries leicht nach Kriegsende seine „PEGULAN"-Werke aufzubauen. Finanzschwierigkeiten im Hause PEGULAN konnten durch Kredite des Landes Rheinland-Pfalz immer wieder aufgefangen werden; Kohl und Biedenkopf gingen ja im Hause Ries ein und aus, und Frau Strauß war mit bis zu 16 % an der erfolgreichsten Tochter der PEGULAN, der DYNA-PLAST, beteiligt.

An seine „alten Kameraden" hat Ries dabei auch gedacht: Chef seines persönlichen Ressorts wurde nach 5 Jahren Auslandsaufenthalt der Alt-Nazi Fritz Taubert, der über Ries wieder „Anschluß an nationale Kreise" fand. Laut STERN soll Taubert, noch heute Kontakte bis hin zur militant-faschistischen Roeder/Christophersen-Bande haben.

Und noch ein alter Freund muß hier erwähnt werden: Hans Martin Schleyer, neben allem anderen auch Vizepräsident des Aufsichtsrats der PEGULAN. Ries und Schleyer kannten sich mindestens seit 1934: Damals trug Schleyer seinem Korpsbruder Ries dessen Waffen zum letzten erlaubten Pistolenduell.

Vor allem seit Amtsantritt der sozialliberalen Koalition '69 gaben sich bei Ries Rechte und noch Rechtere die Klinke in die Hand. In einer Krise der PEGULAN verkaufte Ries seinen Anteil. Große Teile seines Vermögens hatte er vor der Steuerfahndung schon vorher nach Österreich gebracht.

Alle Angaben sind den Büchern „Das große Bundesverdienstkreuz" (jetzt als rororo-Taschenbuch erhältlich) und „Schwarzbuch:Strauß, Kohl und Co." (PDI-Konkret, Nr.6) entnommen, die in keinem antifaschistischen Bücherschrank fehlen sollten.

Nachzutragen ist noch, daß Ries 1967 mit dem Bundesverdienstkreuz und 1972 mit dem Stern dazu ausgezeichnet wurde, weshalb man mit öffentlich geäußerter „klammheimlicher Freude" besonders vorsichtig sein sollte.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Keine Verfolgung von Nazi-Verbrechen nach 1979?

Am 31.12.79 sollen alle Nazi-Verbrechen verjähren. Noch rund 300 Vorermittlungsverfahren müssen bis zu diesem Zeitpunkt bewältigt werden, erklärte der stellvertretende Leiter der Ludwigsburger „Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen", Strein. In Anbetracht der „Überlastung" der Zentralstelle und der berüchtigten Verschleppungstaktik bundesdeutscher Gerichte in Sachen NS-Verbrechen dürfte damit für viele Nazis das endgültige Zeichen zum Aufatmen gegeben sein.

Daß in jedem Fall eine große Zahl Faschisten ungeschoren davon kommen wird, geht auch daraus hervor, daß den BRD-Behörden ständig neue Hinweise auf NS-Verbrechen zugeleitet werden, vor allem aus den am meisten von den Nazis heimgesuchten Ländern Osteuropas. Schon jetzt kann man davon ausgehen, daß „aus Zeitmangel" vieles davon unter den Tisch fallen wird.

Nebenbei gab Strein einige interessante Zahlen zur Verfolgung von NS-Verbrechern bekannt: Seit 1958 (als die Zentralstelle gegründet wurde) sind 3.838 Vorermittlungsverfahren in Ludwigsburg eingeleitet worden. Strafverfahren wurden dagegen nur noch in 352 Fällen, d.h. weniger als 10% eröffnet. Von den dadurch betroffenen 832 Nazis wurden 560 verurteilt (67%); davon 128 zu lebenslangem Knast. Über Haftverschonung, Strafaussetzung, vorzeitige Entlassung etc. wußte Strein nichts zu sagen ...
(Westberliner „Tagesspiegel", 28.7.77)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Initiativen gegen den »Todesschuß«
Spezialdemokratischer Vorwärts will an die Spitze des Widerstands

In AK 109 hatten wir berichtet, wie auch innerhalb der bürgerlichen Parteien SPD und FDP der Widerstand gegen die geplante Legitimierung des „gezielten Todesschusses" wächst.

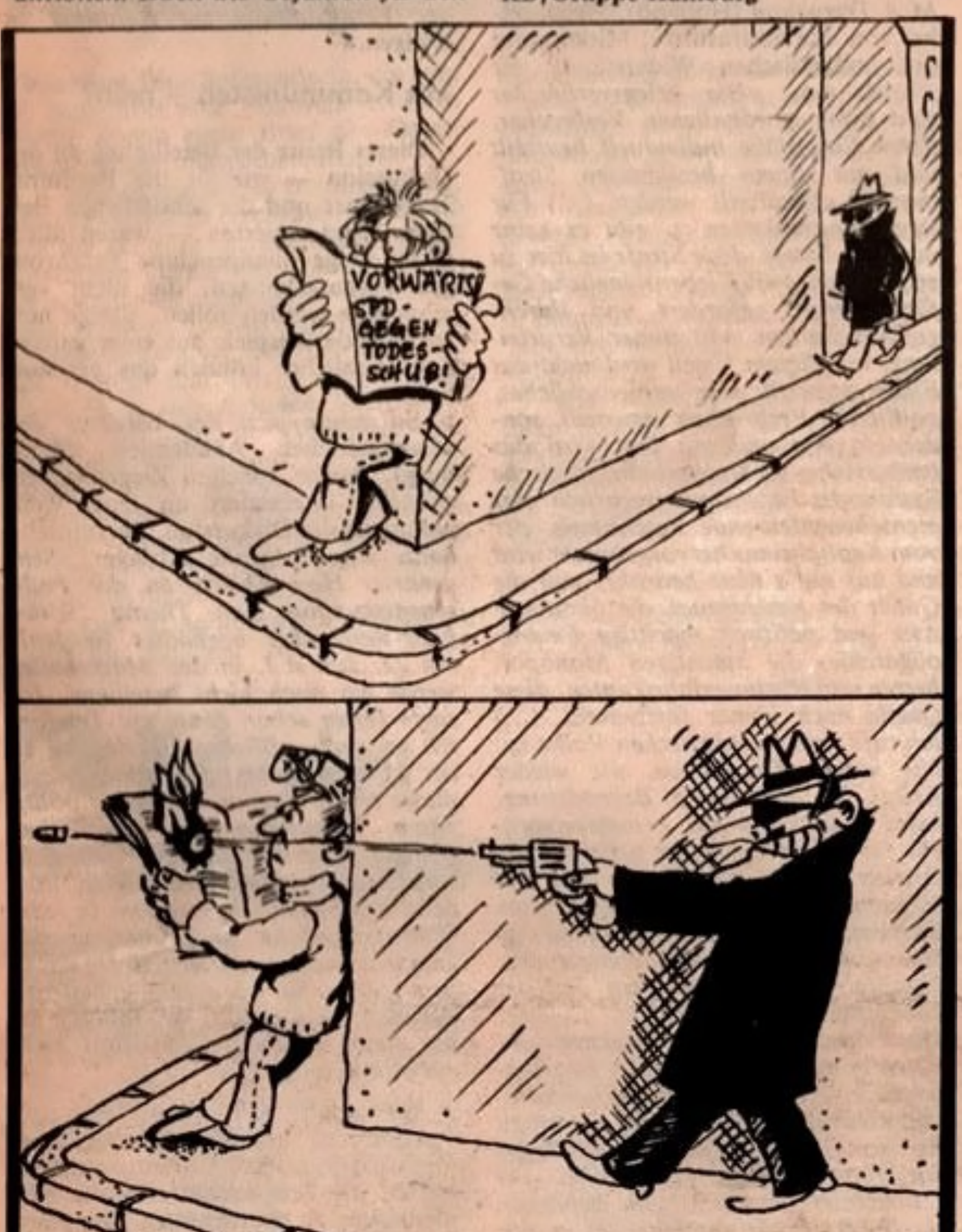
In gewohnt spezialdemokratischer Manier – an die Spitze spurten und dann bremsen – greift das SPD-Parteiorgan „Vorwärts" vom 28.7.77 diese Initiativen auf. So als hätte es nie Vorschläge der SPD/FDP gegeben, den „Todesschuß" zu legalisieren.

Wörtlich liest sich das im „Vorwärts" so: *„Die umstrittene Vereinheitlichung des Polizeirechts in den Bundesländern, die unter anderem auch den ‚gezielten Todesschuß' vorsah, ist vorerst auf Eis gelegt – nicht zuletzt ein Erfolg energischer Bürgeraktionen. Doch die Gefahren für den Rechtsstaat sind damit nicht vom Tisch".*

Nachgerade blauäugig-naiv wird es am Schluß des Artikels: *„Es muß auf die politischen Parteien eingewirkt werden, damit bei der Regelung des Polizeirechts die Grundsätze der Liberalität und der Humanität nicht untergehen."*

Man muß zweimal lesen, um zu glauben, daß das im „Vorwärts" tatsächlich so steht. Doch – man merkt die Absicht und ist verstimmt. Außerdem: p r a k t i z i e r t wird der Todesschuß nach wie vor – auch ohne Gesetz!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



»... Und ab in die Klappsmühle!«
»Menschenrechte« im Kapitalismus

Beifällig unterstützt von Vaterlandsverteidigern und Trotzkisten ereifert sich die bürgerliche Presse seit langem darüber, daß angeblich in der Sowjetunion politische Oppositionelle in Nervenkliniken eingesperrt und gequält werden.

Wie „menschlich" es hingegen im Kapitalismus zugeht, zeigte kürzlich ausgerechnet die BILD am Fall der Frau „Inka Möbius" (Name geändert) aus Bremen auf. Der Grund für die Offenheit der BILD in diesem Fall liegt auf der Hand: die Frau, die BILD als „Frau Möbius" umgetauft hat, ist Ehefrau eines Millionärs, und das weckt allemal „soziales Interesse" und verspricht außerdem Sensationsartikel.

Passiert war folgendes: „Frau Möbius" hatte in einer Nachtbar einen Strip-Tease vorgeführt und hatte sich auch sonst ein paar an sich ganz harmlose Späßchen erlaubt, die aber ihrem Ehemann aus geschäftlichen und gesellschaftlichen Gründen offensichtlich peinlich waren. „Herr Möbius" reagierte prompt und in sicherer Kenntnis der Gepflogenheiten dieses Rechtsstaates: Er sprach seinen Hausarzt an und der zögerte nicht lange, der „Frau Möbius" sofort eine akute Psychose zu diagnostizieren. Noch am s e l b e n Tag veranlaßte der Arzt auch die Verschleppung von „Frau Möbius" in eins jener Löcher, die hierzulande zynisch als "Nervenkliniken" bezeichnet werden. **„Es mußte alles Hand in Hand gehen"**, sagte der gefällige Hausarzt darüber zu BILD.

Drei Polizisten, unterstützt von zwei Feuerwehrleuten, schleppten „Frau Möbius" ab, nachdem Vormundschaftsrichter Rolf Brüggemann angeordnet hatte, „notfalls unmittelbaren Zwang anzuwenden". Brüggemann zu BILD: **„Nicht nur Verwandte, auch Nachbarn können anregen, jemanden einweisen zu lassen. Ich muß mich auf das Attest des Arztes verlassen".**

Man sieht also: Es geht ganz einfach, wenn z.B. ein Millionär seine etwas „schrullig" gewordene Frau bequem loswerden will. Da nutzt es der „Frau Möbius" nichts, wenn sie jammert: *„Ich will hier raus. Ich hab' doch nur halbnackt getanzt, weil ich das Leben in der feinen verlogenen Gesellschaft satt hatte."* – Man kann sich ausmalen, was Roehl seinerzeit mit seiner Frau Ulrike Meinhof hätte machen können, wenn er damals schon so ein totales Schwein gewesen wäre wie heute!

Und was der „Frau Möbius" geschah, ist natürlich ausbaufähig. Denn, wie BILD richtig betont: **„Das Risiko ist groß, weil man zwar schnell in die Anstalt kommen kann – aber nicht so schnell wieder raus."** In der Tat: BILD selbst erwähnt einen Fall, wo eine Arbeiterin 13 Jahre lang „irrtümlich" in einer sogenannten „Nervenklinik" eingesperrt war. Erst 1971 ließ man sie raus – obwohl schon 1958 (!) die Gesundheitsbehörde um die Aufhebung der Zwangseinweisung ersucht hatte: Man hatte in der „Klinik" die Frau einfach „vergessen"! 100.000 „Patienten" sind derzeit laut BILD in solchen Löchern eingesperrt. Davon sicher ein nicht unerheblicher Prozentsatz, der als „normal" oder „harmlos" einzustufen ist; und für den großen Rest gilt, daß ihr Zustand in diesen Löchern eher verschlechtert als gebessert wird. (Zitate aus BILD vom 29.7.77).

Wenn s o schon mit einer Millionärsgattin umgesprungen wird, und wenn s o schon „versehentlich" Menschen jahrelang in diese „Nervenkliniken" eingesperrt werden, dann kann sich jeder ausmalen, zu welchen Bestialitäten dieses System fähig wäre, sobald es diese barbarischen Methoden und Praktiken g e z i e l t und p o l i t i s c h einsetzt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Würzburg: Zigeuner als Antifaschisten vor Gericht

Frühestens Mitte August wird in Würzburg einer der makarbarsten Prozesse gegen Antifaschisten in den letzten Jahren fortgesetzt werden.

Ausgangspunkt des Prozesses war eine Rangelei zwischen Angehörigen der Waffen-SS-Division „Horst Wessel" und „Charlemagne" und Antifaschisten am 18./19.9.76. Zu diesem Zeitpunkt hielten die SS-Banditen – getarnt als offiziell im Veranstaltungsprogramm der Stadt Würzburg angekündigtes „Suchdienst- und Kameradentreffen" – eine Versammlung ab, die trotz massiver Proteste nicht verboten wurde.

Vor dem Versammlungslokal hatten sich ca. 120 Antifaschisten versammelt, unter ihnen die 7 Angeklagten, 6 Zigeuner und eine Frau. In diesem Zusammenhang kam es zu einer Rangelei zwischen Antifaschisten und SS-Leuten, bei der einige SSler wohl Hiebe abbekommen haben.

Alle 7 Angeklagten bestreiten eine Beteiligung an dieser Rangelei. Der Kronzeuge der Anklage (sie lautet auf „Gewalttätigkeiten gegen Menschen und schweren Landfriedensbruch"), ein Polizeikommissar, sah
Kronzeuge der Anklage (sie lautet auf „Gewalttätigkeiten gegen Menschen und schweren Landfriedensbruch"), ein Polizeikommissar, sah
das anders: Zielsicher ließ er die Personalien der 7 Angeklagten feststellen und die Anklage einleiten. Vor Gericht allerdings verwickelte er sich zusehends in Widersprüche.

Schon vor Prozeßbeginn hatte es Proteste gegen die Anklageerhebung gegeben. Unmittelbar zuvor hatte eine antifaschistische Kundgebung, ein Solidaritätskonzert des „Häns'che Weiss Quintett" („Musik deutscher Zigeuner") sowie eine Resolution auf der Uni-VV für Öffentlichkeit gesorgt.

Fast wie zu Eichmanns Zeiten ...

Schon allein die Tatsache, daß Antifaschisten angeklagt werden, wenn Faschisten ihre Provokationen durchführen, ist ein Skandal – in der BRD allerdings ein alltäglicher.

Der Würzburger Prozeß steigert diesen Skandal ins Unerträgliche: Wieder stehen sich Zigeuner und SS gegenüber und wieder sind die Zigeuner die „Angeklagten". Der Prozeß findet in einem Gebäude statt, in dem einer der Angeklagten Ende des Krieges eingekerkert war – unter Bewachung durch die SS, die ihn in das brennende Gebäude mit Maschinenpistolen zurücktrieb, nachdem er sich zusammen mit seinem Vater aus den Schuttmassen eines Luftangriffs befreit hatte.

Beim Prozeß wurde der Zugang zum Verhandlungssaal zum Spießrutenlaufen: Auf jeder Treppenstufe ein Polizist, Schäferhunde, Funksprechgeräte, Waffen ... Ca. 100 Antifaschisten wurden nicht eingelassen (Wenn Faschisten angeklagt werden,
ein Polizist, Schäferhunde, Funksprechgeräte, Waffen ... Ca. 100 Antifaschisten wurden nicht eingelassen (Wenn Faschisten angeklagt werden,
können ihre Gesinnungsgenossen unbehelligt faschistische Propaganda im Gerichtssaal betreiben).

In der Nacht zum zweiten Verhandlungstag verschärfte sich die Situation noch weiter: der 14jährige Sohn eines Angeklagten wurde von Polizisten zusammengeschlagen (Anlaß ist uns unbekannt).

Erst nachdem sein „Kronzeuge" sich in Widersprüche verwickelt hatte und seine Stellung immer wackliger wurde, entschloß sich der Oberstaatsanwalt Dr. Elmar Fischer zu einer persönlichen Erklärung, in der er „Verständnis" für die Angeklagten ausdrückte – einer Einstellung des Verfahrens wollte er dennoch nicht zustimmen. Stattdessen bot er vier Angeklagten einen Kuhhandel an: Gegen Zahlung einer Geldbuße (zwischen 300 und 1.000 DM) würden ihre Verfahren eingestellt. 3 der Angeklagten stimmten zu – nicht in der Lage, den Prozeß weiter durchzustehen.

Die 4 noch Angeklagten – alle Mitglieder einer direkt von den Nazis verfolgten Sippe – sollen nun „psychiatrisch" untersucht werden. Es geht um die Frage, ob sie durch das SS-Treffen dermaßen in Angstzustände versetzt wurden, daß sie ihre „Selbststeuerung" verloren. Ein Gutachter, den die Verteidigung benannt hatte, wurde schon zu Beginn des Prozesses abgelehnt. So steht jetzt zu befürchten, daß die 4 im Falle eines Freispruchs noch den Makel einer „Geisteskrankheit" aufgedrückt bekommen. Die Wochenzeitung „tat" der VVN kom-
daß die 4 im Falle eines Freispruchs noch den Makel einer „Geisteskrankheit" aufgedrückt bekommen. Die
Wochenzeitung „tat" der VVN kommentierte diesen Prozeß so: *„Daß Verfolgte des Naziregimes wie die Würzburger Zigeuner heute wieder Angst vor der SS haben müssen und daß sie dafür auch noch vor Gericht gestellt werden, ist wohl das erschreckenste an diesem fatalen Prozeß".*

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg, und
KB/Gruppe Nürnberg

KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum verhaftet

KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum verhaftet

Die frühere Heidelberger Stadträtin Helga Rosenbaum (KBW) wurde am 26. Juli verhaftet, als sie zu einem Revisionsprozeß wegen Beleidigung des Heidelberger Oberbürgermeisters Zundel erschien.

Die Verhaftung von Helga Rosenbaum bezieht sich auf eine Anklage wegen Hausfriedensbruch im Heidelberger Gemeinderat. Der Haftbefehl gegen sie war erlassen worden, nachdem sie einen Gerichtstermin in dieser Sache am 3.Juni versäumt hatte - sie befand sich zu dieser Zeit in Begleitung von Joscha Schmierer auf einer Reise in der VR China.

Die Verhaftung von Helga Rosenbaum stellt also eine grobe Provokation dar. Zahlreiche Rechtsanwälte haben in einer gemeinsamen Erklärung gegen diesen Willkürakt protestiert. Die Verhaftung von Helga Rosenbaum ist das vorläufig letzte Glied in einer Kette von Schikanen und Angriffen gegen diese Frau, seit sie im Mai 1975 mit mehr als 2000 Stimmen in den Heidelberger Gemeinderat gewählt wurde. Nachdem sie von Anfang an im Gemeinderat diskriminiert und behindert wurde, erfolgte schließlich ihr Ausschluß aus dem Rat. Oberbürgermeister Zundel strengte eine Beleidigungsklage gegen Helga Rosenbaum an, wegen verschiedener Veröffentlichungen, für die sie verantwortlich zeichnete. Darin hieß es u.a.: *„Der Name Zundel steht für Ausplünderung und Unterdrückung, Despotie und Niedertracht".* Außerdem wurde Zundel wahrheitsgemäß als *„Freund der US-Kriegsverbrecher"* bezeichnet. Dies reichte aus, um Helga Rosenbaum zu 7000 Mark Geldstrafe zu verurteilen. Sie legte gegen das Urteil Widerspruch ein. Als sie am 26.Juli zur Verhandlung erschien, wurde sie verhaftet.

Die Justiz hat jetzt das provokatorische Angebot gemacht, Helga Rosenbaum gegen eine Kaution von 10.000 Mark vorläufig auf freien Fuß zu setzen, bei Aufrechterhaltung des Haftbefehls! ... Dies ist von ihr und vom KBW abgelehnt worden.

Die Geschichte der Kampagne gegen Helga Rosenbaum ist auch die Geschichte des Niedergangs des KBW. Dem großartigen Aufruf des KBW zu einer Demonstration der „Volksmassen" am 30.Juli, die laut KBW-Flugblatt zu einem *„wirkungsvollen Schlag gegen den Haftbefehl gegen H.Rosenbaum und das Haftrecht"* werden sollte, folgten gerade eben 2 - 300 Menschen in Heidelberg. Obwohl die Verhaftung von Helga Rosenbaum nicht nur eine grobe Willkürmaßnahme ist, sondern auch eine neue Qualität im Kampf des bürgerlichen Staats gegen die Linke darstellt, hat der KBW bisher nicht einmal den Versuch unternommen, dagegen bundesweit eine Kampffront aufzubauen!

Antifa - Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hierl geklaut!
Antifaschistische Säuberung in Parsberg

»Hierl bleibt Ehrenbürger« — so bejubelte die »Deutsche Wochenzeitung« (NPD-orientiert) die Entscheidung der rechten Mehrheit (CSU und Freie Wählergemeinschaft) in Parsberg, weiterhin dem ehemaligen Führer des »Reichsarbeitsdienstes« Konrad Hierl die unter den Nazis erworbene Ehrenbürgerschaft zu gewähren.

Zumindest in einem Punkt jubelt die »Deutsche Wochenzeitung« verfrüht: Hierls Bild in der Galerie der Ehrenbürger auf der Burg von Parsberg wurde in einem Akt antifaschistischer Selbsthilfe entfernt.

Im schwarzbraunen Parsberg heißt es offiziell natürlich: Das Bild wurde »gestohlen«; gegen den »Dieb« wurde Anzeige erstattet.

KB/Gruppe Nürnberg

Dänemark
Grönland weiter unter Dänemarks Vorherrschaft

Vom 24.7. bis 29.7. fand in Dänemark ein Seminar von Venstre Sozialisterne (VS) zum Thema "Rechtsentwicklung in Europa" statt. VS ist eine der vier größten Organisationen der dänischen sozialistischen Linken und hat auch Vertreter im Parlament. Das bisherige Selbstverständnis von VS war das einer linken Partei, die in ihren Reihen unterschiedliche Strömungen gleichberechtigt toleriert, in diesem Punkt vergleichbar mit dem SB.

Das Seminar fand zu einer Zeit statt, wo sich die dänische Bourgeoisie anschickt, die Angriffe auf die dänische Arbeiterklasse zu verschärfen und die relativ weit entwickelte bürgerliche Demokratie einzuschränken. Das ist auch vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und politischen Drucks zu sehen, den der BRD-Imperialismus inzwischen auf die dänische Bourgeoisie zum Import des "Modell Deutschland" ausübt.

Vor diesem Hintergrund hatte das Seminar den Charakter einer strategischen Ausrichtung und Neubesinnung. Im Mittelpunkt stand die Diskussion um die "Krise der Sozialdemokratie", um den Aufbau einer Abwehrfront gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe, sowie um die Entwicklung einer revolutionären Alternative.

Das war auch das Thema einer Podiumsdiskussion zum Abschluß des Seminars zwischen Vertretern der vier großen Organisationen der dänischen Linken (einschließlich der "KP"!). Für uns war der demokratische und versöhnliche Umgang miteinander, sowohl auf dem Podium als auch in der übrigen Auseinandersetzung, außerordentlich beeindruckend. Er ließ ahnen, was für dänische Linke und Demokraten auf dem Spiel steht, wenn das "Modell Deutschland" in Dänemark Fuß fassen sollte.

Der KOMMUNISTISCHE BUND war zum Seminar zum Thema „Brennpunkt der Rechtsentwicklung in Westeuropa – BRD" als Referent geladen und wurde auch darüber hinaus sehr herzlich und interessiert aufgenommen. Vergleichbar der Diskussion in der westdeutschen Linken seit 1972 entzündeten sich Auseinandersetzungen wesentlich an unserer Analyse des v o r b e u g e n d e n Charakters der Faschisierung von Staat und Gesellschaft in der BRD und der B e s c h l e u n i g u n g, die sie gerade durch die SPD/FDP-Regierung erfahren hat. Der schärfste Widerspruch ging dahin, die besondere Aggressivität des BRD-Imperialismus im Zusammenhang der Zuspitzung der imperialistischen Krise insgesamt zu leugnen und daraus zu folgern, der BRD-Imperialismus werde seine - zweifellos reaktionäre - Entwicklung mit dem Mittel des Reformismus meistern können. Außerdem gebe es keine Grundlage für eine faschistische Massenbewegung; der Faschismus sei aber ohne eine solche (kleinbürgerliche) Massenbewegung nicht denkbar.

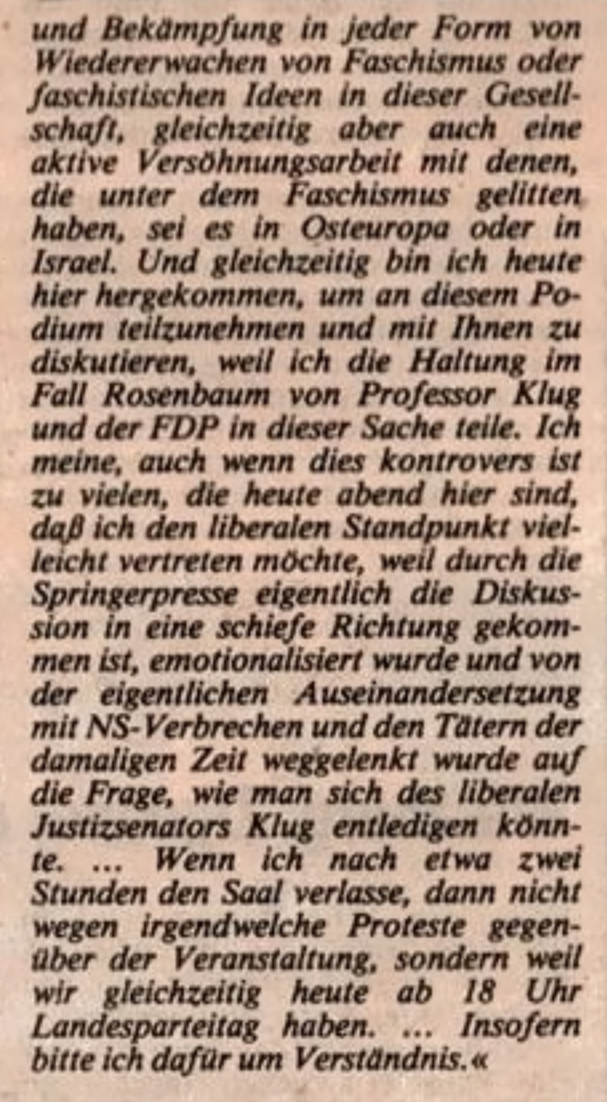
Das Seminar wurde sich über diese Fragen nicht einig. So wurde vereinbart, das KB-Referat zusammen mit den dazu angefertigten Positionspapieren im theoretischen Organ von VS zu veröffentlichen, um die Auseinandersetzung zu vertiefen und in der gesamten Organisation zu führen.

VENSTRE SOZIALISTERNE und KOMMUNISTISCHER BUND vereinbarten, in Zukunft die Zusammenarbeit zu vertiefen, insbesondere anläßlich der Vorbereitungen für ein Russell-Tribunal.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?« ...

Podiums-Diskussion in Hamburg



Am 22.7.77 fand in Hamburg eine Podiums-Diskussion zu dem Thema statt: »Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?«. Diese Veranstaltung führte Sozialdemokraten, Liberale, parteilose Demokraten und Antifaschisten sowie Kommunisten an einem Tisch zusammen. Die Initiative zu dem Gespräch ging vom »Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum« aus. Durchgeführt wurde es mit den Hamburger »Markthallen« als offizieller Veranstalter verabredungsgemäß in »parteipolitisch neutralem Rahmen«. Unterstützt wurde die Veranstaltung außer vom »Unterstützungsausschuß...« von der »Friedenspolitischen Studiengesellschaft e.V.«, »Initiative fortschrittlicher Filmemacher«, »Initiativkomitee Arbeiterhilfe e.V.« (IKAH), »Zensurgruppe in der Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD«.

Zur Begründung für die Diskussion hieß es in der an die Podiums-Teilnehmer verschickten Einladung u.a.: *»Wir halten diese öffentliche Auseinandersetzung darüber, nach welchen Kriterien heutzutage verurteilte Nazi-Verbrecher begnadigt oder auch angeklagte gar nicht erst verurteilt werden, für unbedingt notwendig. Bekanntlich gehen die Meinungen, ob Nazi-Verbrecher überhaupt begnadigt werden dürfen, weit auseinander. Selbst demokratische Persönlichkeiten, keineswegs nur die Freunde der Faschisten selber, setzen sich z.B. für die Begnadigung des in Spandau inhaftierten Hess aus ,menschlichen Gründen' ein. Andere lehnen jede Begnadigung von Nazi-Verbrechern als unzumutbar für eine demokratische Gesellschaft und als Ermutigung für neuerlich anwachsende neofaschistische Umtriebe ab. Besonders im europäischen Ausland*



Faschisten—Provokation vor dem Eingang der „Markthalle"

Faschisten—Provokation vor dem Eingang der „Markthalle"

erweckt die Justiz-Praxis gegenüber Alt-Nazis unangenehme Erinnerungen.

Die Frage, wie Nazi-Verbrecher bestraft werden sollen, kann nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Sie gehört in einem Staat mit demokratischem Anspruch in die öffentliche Auseinandersetzung. Dem soll die Podiums-Diskussion dienen«.

Die Podiumsteilnehmer

Acht Podiumsteilnehmer — außer dem Gesprächsleiter Ulli Hentschel, Vikar — waren der Einladung gefolgt. Sie stellten sich den ca. 800 Zuhörern teils als Gegner einer Begnadigung, teils als Befürworter, zum Teil auch ohne feste Position vor.

Wilfried Twachtmann: Mitglied der Friedenspolitischen Studiengesellschaft e.V. Hamburg. Die Position, die ich in der Diskussion referieren werde, hat ihren Ausgangspunkt in der Existenz einer organisierten Friedensbewegung, eines Antimilitarismus und Pazifismus, der insbesondere im Dritten Reich durch Verbot, durch KZ seine führenden Köpfe und Mitglieder verloren hat oder ins Exil gehen mußte. Aus dieser Position heraus beurteile ich die heutige Diskussion über Nazi-Verbrecher und die Remilitarisierung unserer Gesellschaft und die Potenzen, die ehemalige Nazis in dieser Gesellschaft noch mit einbringen können, um zu einem Neonazismus beitragen zu können.«

Heinz Giering: »Ich bin Professor für Strafrecht an der Uni Hamburg. Ich habe keine beruflichen Erfahrungen mit den NSG-Verfahren. Ich komme im wesentlichen her, weil es mir wichtig erscheint, die Frage zu stellen und zu diskutieren, wieweit die sonst überall zu bemerkenden Bestrebungen der Humanisierung des Bereiches von Strafe insgesamt nun hier auch fortgesetzt werden müssen im Bereich der Einstellung der Gesellschaft gegenüber NS-Tätern und Gleichstellung von NS-Tätern.«

Han Wielek: »Ich komme aus Amsterdam, bin Senator der Ersten Kammer, hier ungefähr Bundesrat, der Sozialdemokratischen Partei. Wie Sie wissen oder auch nicht, hat Holland mit dem Thema des heutigen Abends während vieler Jahre viel zu tun. Es ist sehr aktuell sogar. (...) Meiner Meinung nach muß jeder Fall eines Mannes und einer Frau, die Verbrechen des Nazi-Regimes angeklagt werden, sehr persönlich behandelt werden. Zwei Punkte: Der eine ist — in welchem Maße hat dieser Mann oder diese Frau ihre Verbrechen begangen. Der zweite Punkt ist dieser: Ist dieser Mann, diese Frau noch dieselbe, die sie oder er 1942 waren. Zum Schluß noch diese Bemerkung: Meiner Meinung nach darf dieses Thema des heutigen Abends nicht isoliert gesehen werden. Ich meine nicht, daß wir heute abend über alle möglichen Fälle sprechen werden, aber wir dürfen das nicht vergessen. Ich war immer der Meinung, wenn ich im Falle Berufsverbote in der BRD war, daß dieses nicht isoliert behandelt werden kann. Ich bin derselben Meinung in Bezug auf das Thema des heutigen Abends...«

Kai Ehlers: »Ich bin Mitglied des Kommunistischen Bundes und bin gleichzeitig Prozeßgegner von Rosenbaum, angegriffen wegen antifaschistischer Plakate gegen ihn, wegen unserer Presse-Veröffentlichung gegen Begnadigung und Begünstigung im Fall Rosenbaum. Die Position, die ich hier vertreten werde, ist eindeutig: Keine Gnade für alte Faschisten, keine Gnade für neue Faschisten. Einmal Faschismus, das reicht!...«

Peggy Parnass: »Ich bin Kolumnistin, mit Schwergewicht auf Gerichtsreportagen«. Zu ergänzen ist, daß Peggy Parnass auch Fernsehschauspielerin ist. Sie wurde u.a. durch engagierte Reportagen über skandalöse Justiz-Praktiken in Nazi-Verbrecher-Prozessen bekannt.

Helene Gasper: »Hausfrau, aber Mitglied des Hamburger Fürsorgevereins. Als solche tätig in Santa Fu in der Betreuung eines Strafgefangenen. Ich bin nicht hier, weil ich daraus ein Politikum machen will, sondern ich bin dafür, daß darüber gesprochen wird, ob ein Gnadenerweis beschränkt erteilt werden kann. Also für gewisse Leute nicht und für andere doch. Das ist meine Frage.«

Dr. Werner Hill: »Ich bin Journalist und in dieser Eigenschaft seit etwa 18 Jahren mit NS-Gewaltverbrechen und ihrer juristischen Bewältigung befaßt. Ich habe einige der großen NS-Prozesse in der BRD beobachtet, u.a. den Auschwitz-Prozeß, dann den Prozeß gegen Ludwig Hahn, der hier in Hamburg stattfand, den früheren Gestapo-Chef von Warschau. Ich habe die Stätten der Vernichtung gesehen, Auschwitz, Treblinka. Ich schreibe für Zeitungen und Zeitschriften, u.a. für den sozialdemokratischen ,Vorwärts'. Beim NDR bin ich angestellt, aber nicht um irgendwelche NDR-Positionen zu vertreten. ... In Sachen Rosenbaum habe ich als Journalist einige Beiträge geschrieben, in denen ich mich grundsätzlich auch für die Begnadigung von NS-Gewaltverbrechern eingesetzt habe. Diese Beiträge haben mir die Einladung für den heutigen Abend eingetragen.«

Gerhard Weber: »Ich bin beruflich tätig im Verein christlicher junger Menschen und politisch als Abgeordneter in der FDP. Meine politische Arbeit ist neben der Hamburger Kommunalpolitik seit Jahren, auch vor meiner Mitgliedschaft in meiner Partei, eigentlich eine Auseinandersetzung und Bekämpfung in jeder Form von Wiedererwachen von Faschismus oder faschistischen Ideen in dieser Gesellschaft, gleichzeitig aber auch eine aktive Versöhnungsarbeit mit denen, die unter dem Faschismus gelitten haben, sei es in Osteuropa oder in Israel. Und gleichzeitig bin ich heute hier hergekommen, um an diesem Podium teilzunehmen und mit Ihnen zu diskutieren, weil ich die Haltung im Fall Rosenbaum von Professor Klug und der FDP in dieser Sache teile. Ich meine, auch wenn dies kontrovers ist zu vielen, die heute abend hier sind, daß ich den liberalen Standpunkt vielleicht vertreten möchte, weil durch die Springerpresse eigentlich die Diskussion in eine schiefe Richtung gekommen ist, emotionalisiert wurde und von der eigentlichen Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen und den Tätern der damaligen Zeit weggelenkt wurde auf die Frage, wie man sich des liberalen Justizsenators Klug entledigen könnte. ... Wenn ich nach etwa zwei Stunden den Saal verlasse, dann nicht wegen irgendwelche Proteste gegenüber der Veranstaltung, sondern weil wir gleichzeitig heute ab 18 Uhr Landesparteitag haben. ... Insofern bitte ich dafür um Verständnis.«

Gruß-Beiträge

Dem Podium lagen darüber hinaus schriftliche Beiträge zum Thema und Grußadressen von Persönlichkeiten und Organisationen vor, die aus unterschiedlichen Gründen verhindert waren, an der Veranstaltung selbst teilzunehmen. Diese Beiträge sprachen sich alle gegen eine Begnadigung aus:

Ingeborg Drewitz; Schriftstellerin und Mitherausgeberin des sozialdemokratischen »Pressedienst demokratische Initiative« (PDI). Sie schrieb u.a.: *»Ist Massenmord je zu verbüßen? Wenn ja, wird er zum politischen Kavaliersdelikt und brauchten wir über Gewissen nicht mehr zu reden. Was heißt denn: jemand begnadigen? ... Es heißt, jemanden im Namen der Öffentlichkeit wieder aufnehmen, weil er sich mit seiner Tat auseinandergesetzt, sie in sich überwunden hat. Kann sich aber jemand mit hundert, mit tausend, mit zehntausend Morden auseinandersetzen? Kann er mit einem Leben die hundert, tausend, zehntausend Leben* *zehntausend Morden auseinandersetzen? Kann er mit einem Leben die hundert, tausend, zehntausend Leben* *büßen? ... Hundert Morde verlangen hundertmal lebenslänglich. Da bleibt für die Gnadenfrist in einem Menschenleben keine Zeit. Die brutalen, kaltblütigen, gleichmütigen Nazi-Verbrechen sind keine Kavaliersdelikte, die durch Gewährung der Gnade vergessen gemacht werden können und dürfen«.*

Beate Klarsfeld (Frankreich): Sie übersandte der Versammlung einen Text, *»den ich im Mai 1975 in einer Konferenz in Amsterdam verwandte. ... Ihr könnt die für Euch geeigneten Passagen als Grußwort von mir verwenden. Ich wünsche eurer Podiumsdiskussion viel Erfolg. (...)«.* In ihrem Schreiben heißt es u.a.: *»...und deshalb strengen wir uns nicht aus Rachegedanken an, sondern um den Gerechtigkeitssinn in Deutschland zu verfeinern, damit die Taten, die von diesen Verbrechern begangen wurden, bestraft werden. Was die Verbrecher selbst betrifft, so wissen wir wohl, daß ihr Durchschnittsalter — zwischen 60 und 70 Jahren — sie vor jeder wirklichen Bestrafung schützt und daß, wie auch immer ihr Urteil sein mag, sie nicht lange eingesperrt bleiben werden. ... Die großen deutschen Verbrecher wurden in die westdeutsche Gesellschaft wieder eingegliedert, die westdeutsche Justiz schützt sie, weil sich diese Gesellschaft in diesen Verbrechen wiedererkennt...«*

Juan Rosengold, Mitglied der jüdischen Gemeinde Regensburg, der sich durch den kürzlichen Auftritt Nazi-Roeders bei seinem »Regensburger Reichstag« an die Nazi-Zeit erinnert fühlte. Er schrieb u.a.: *»... möchte ich im Namen der jüdischen Gemeinde Regensburg die Anerkennung aussprechen, für die wichtige Tätigkeit, die Sie mit Ihren Freunden in Hamburg ausüben; gerade jetzt, wo in unserer Oberpfalz der Neo-Nazismus sein Haupt wieder hebt, scheint es besonders bedeutungsvoll, sowohl mit den Resten des Dritten Reiches fertig zu werden als auch eine Neuauflage dieses verbrecherischen Gedankenguts zu verhindern. Ich wünsche Ihrer Veranstaltung erfolgreichen Verlauf.«*

M.A.Trapmann (Holland), Herausgeber von »de antifashist«, Mitkämpfer des holländischen Widerstands. Er schrieb u.a.: *»Die Kriegsverbrecher sind keine gewöhnlichen Verbrecher, deren Einzelfälle individuell beurteilt und mit einem bestimmten Strafausmaß abgeurteilt werden. (...) Für ihre Grausamkeiten ... gibt es keine meßbare Strafe. Jede Strafe ist hier zu gering, daher muß lebenslängliche Gefängnisstrafe gefordert und durchgeführt werden. Mit dieser Verurteilung, mit diesem Urteil wird nicht das Einzelwesen für sein unmenschliches, politisches Verbrechen verurteilt, sondern in ihm und mit ihm wird das barbarische, verbrecherische politische System des Faschismus verurteilt: der menschenentehrende Faschismus, der vom Kapitalismus hervorgebracht wird und uns auf's neue bedroht, weil die Quelle des Faschismus, die ökonomische und politisch mächtige Finanzoligarchie, die mächtigen Monopolherren und Rüstungsfabrikanten, diese Quelle noch immer fortbesteht. (...) Ich rufe dem westdeutschen Volke zu: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Es darf keine Begnadigung, keine Begünstigungen, keine Freisprüche für Kriegsverbrecher geben. Diese Bestien müssen für immer aus der Menschengemeinschaft ausgeschlossen bleiben. P.S. Meine Meinung wird von allen antifaschistischen Widerstandskämpfern und dem größten Teil der Niederländer geteilt.«*

Die *»Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland e.V.«* (*Regionalgruppe Hamburg*) Die VDJ schrieb: *»Die VDJ nimmt zu der von Ihnen aufgeworfenen Frage wie folgt Stellung: 1. Artikel 139 Grundgesetz verpflichtet die Behörden der BRD zur Anwendung der in den Potsdamer Verträgen niedergelegten Grundsätze über die Behandlung von Nazi-Verbrechern, die in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen weiter präzisiert worden sind. Diese Grundsätze gestatten es nicht, verurteilte Nazi-Verbrecher ihrer Strafe zu entziehen. Dies wird völkerrechtlich* *Grundsätze gestatten es nicht, verurteilte Nazi-Verbrecher ihrer Strafe zu entziehen. Dies wird völkerrechtlich* *bekräftigt durch die UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die schleppende Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen, die skandalöse Behandlung der Opfer des Hitlerfaschismus, die vor deutschen Gerichten als Zeugen auftreten müssen, die zahlreichen Freisprüche be-*



Nazi—Schmierereien an den Wänden der „Markthalle"

kannter NS-Verbrecher und KZ-Schergen durch die bundesrepublikanische Justiz, die ständige Hilfeleistung für angeklagte NS-Täter durch die Bescheinigung angeblicher Haft- und Verhandlungsunfähigkeit zeigen ebenso wie die zweifelhafte Gnadenpraxis — auch im Fall Rosenbaum — wie wenig die Behörden und Gerichte der Bundesrepublik Deutschland ihrer verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtung nachkommen. 2. Gemäß ihrer Satzung tritt die VDJ im Bewußtsein des antifaschistischen Auftrages des Grundgesetzes allen faschistischen und neofaschistischen Bestrebungen entgegen. Wir sind der Auffassung, daß die nachsichtige Behandlung von NS-Verbrechern das gerade in letzter Zeit — auch in Hamburg — zu beobachtende offene Auftreten rechtsextremistischer Gruppen ebenso ermutigt wie Duldung offen faschistischer Propaganda sowie die Verfälschung der historischen Wahrheit durch Installierung eines ,neuen Hitlerbildes' in den öffentlichen Medien. 3. Wir bitten, diese Stellungnahme auf der Veranstaltung zur Kenntnis zu bringen.«

Mit Kommunisten — nein?

Dieser Breite der Beteiligung an der Diskussion — wie sie die Podiums-Teilnehmer und die schriftlichen Beiträge repräsentierten — waren allerdings einige unangenehme Erfahrungen vorausgegangen, die nicht verschwiegen werden sollen. Einige hervorragende Beispiele aus einer ganzen Zahl ähnlicher können das verdeutlichen:

— So zeigte sich der Direktor der »Evangelischen Akademie« (Hamburg), Pastor Joachim Ziegenrücker, zunächst interessiert an einer Teilnahme an der Diskussion, übermittelte dann aber folgende Absage: *»Sehr geehrter Herr Ehlers, an der Podiumsdiskussion zum Thema ,Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?' am 22. Juli d.J. in den Markthallen werde ich mich nicht beteiligen. Ich sagte Ihnen schon heute am Telefon, ich sei nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen, daß dieses ernste Thema, mit seiner politischen, rechtlichen und moralischen Bedeutung, einer in jeder Hinsicht sorgfältigen und differenzierten Vorbereitung bedürfe, um so eine in jeder Weise sachliche und überzeugende Diskussion zu gewährleisten. Da das in dem von mir für notwendig gehaltenen Ausmaß nicht geklärt ist, möchte ich bei dieser Podiums-Diskussion nicht mitwirken.«*

— So zeigte sich die Hamburger Sektion der katholisch-pazifistischen Organisation »pax Christi« zunächst bereit, die Trägerschaft für die Veranstaltung zu übernehmen. Ihre Hamburger Vorsitzende, Frau Wiese, hatte seinerzeit Zeugen im Prozeß gegen Rosenbaum betreut. Nach Rücksprache mit dem Gesamt-Vorstand in Frankfurt allerdings wurde der Hamburger Verband zurückgepfiffen. Anscheinend scheiterte die Beteiligung an einem Veto der Zentrale gegen den KB.

scheinend scheiterte die Beteiligung an einem Veto der Zentrale gegen den KB.

— Ein besonders trauriges Schauspiel lieferte erneut die VAN (VVN/Hamburg): Eine telefonische Kontaktaufnahme wurde durch den Satz »Mit Ihnen reden wir nicht!« und das Auflegen des Hörers beendet. Eine daraufhin per Einschreiben an das VAN-Büro geschickte Einladung wurde ungeöffnet zurückgeschickt.

— Die übrigen demokratischen und linken Organisationen Hamburgs, die zum Zweck einer gemeinsamen Durchführung der Veranstaltung mehrfach angesprochen und -geschrieben wurden, wie Humanistische Union, Jungdemokraten, Falken, ESG, SB bekundeten fast ohne Ausnahme ihre Interesse an dem Thema und der Veranstaltung — zu einer konkreten Zusammenarbeit aber fand sich schließlich außer den im Flugblatt als »Unerstützern« genannten keine bereit.

Unter diesen Umständen ist das bloße Zustandekommen einer solchen Podiums-Diskussion in dieser Zusammensetzung bereits als vorwärtsweisender Erfolg zu werten. Er durchbricht die heutzutage in der BRD herrschende anti-kommunistische Abgrenzungs-Hysterie und zeigt allen Interessierten, daß ein Dialog zwischen Sozialdemokraten, Liberalen, parteilosen Demokraten und Antifaschisten sowie Kommunisten zum Thema des Antifaschismus möglich ist.

Es wird aber zweifellos noch mancher ähnlicher Diskussion bedürfen, um etwa zu gemeinsamen politischen Handeln zu kommen oder zumindest zu einer gegenseitigen Toleranz.

Aus Platzgründen folgt der 2. Teil des Artikels erst im nächsten AK. Er stellt vor allem den Inhalt der Podiums-Diskussion dar.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Einbruch durch Verfassungsschutz?!

Frankfurt. Eine Referendarin, die zum 1. September eine Planstelle erhalten sollte, erhielt einen Brief des Darmstädter Regierungspräsidenten:

»Es liegen mir Erkenntnisse vor, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob Sie die für eine Beschäftigung im Öffentlichen Dienst des Landes Hessen erforderlichen Eignungsvoraussetzungen erfüllen ... Das Landesamt für Verfassungsschutz teilt mir mit, daß die Polizei laut ihrem Bericht vom 24.4.75 in den Räumen ihrer Wohnung, die Sie in (Wohnort und Addresse wird genannt) ... *gemietet hatten, umfangreiches Propagandamaterial des KBW gefunden habe.«* Es folgen Fragen nach KBW-Mitgliedschaft, nach Funktionen und nach dem Eintreten für die »FDGO«.

Das Bemerkenswerte hieran ist, daß die Kollegin von einer Hausdurchsuchung durch die Polizei bei ihr bislang keine Ahnung gehabt hatte. Sie beauftragte daher einen Rechtsanwalt, Strafantrag gegen *»unbekannte Polizisten wegen des dringenden Verdachts des Einbruchs und Hausfriedensbruchs«* zu stellen. Außerdem erhebe sich auch der *»dringende Verdacht einer falschen Verdächtigung«.* Weder in Zimmern noch in anderen Räumen habe sich umfangreiches KBW-Material befunden.

Die hessische GEW hat gegen diese beiden Fälle von Gesinnungsschnüffelei protestiert und gefordert, die eingeleiteten Berufsverbotsverfahren einzustellen (nach »FR« vom 4.8.77).

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Hamburg

DB-Fahrplan nicht für Radikale?

Kassel: Am selben Tag, an dem der Gingold-Prozeß vor dem Kasseler Verwaltungsgerichtshof lief, fand auch der Prozeß des Bundesbahningenieurs Werner K. statt. Die Bundesbahn hatte sich geweigert, ihn gemäß einem Urteil Werner K. statt. Die Bundesbahn hatte sich geweigert, ihn gemäß einem Urteil des Darmstädter Verwaltungsgerichts zum höheren Dienst zuzulassen. Begründung: Werner K. sei ein »Sicherheitsrisiko«, weil der Bahn während seiner Referendarzeit *»Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zufielen«*, die u.a. beinhalteten, daß er ein Flugblatt gegen den Schah-besuch (1967) verfaßt und einige Flugblätter gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke (1968) verteilt habe. Außerdem sei er in einer DKP-Stadtteilgruppe für den Vorstand vorgeschlagen worden. Deshalb könne man ihm solche Verschlußsachen wie die Fahpläne für *»Wahlreisen hoher Politiker«* nicht anvertrauen. Der Berufsverbotsbeamte der Bundesbahn begründete den Rückgriff auf Verfassungsschutz»erkenntnisse« damit, daß die Bundesbahn *»keinen eigenen operativen Dienst* (*habe*)*, der ausspähen kann«*. Hier ist offenbar noch eine Marktlücke für die Gesinnungsschnüffler zu schließen. Marktlücke für die Gesinnungsschnüffler zu schließen.

Bemerkenswert an den »Erkenntnissen« des Verfassungsschutzes ist, daß diese zum größten Teil aus der Zeit vor dem »Radikalenerlaß« (30.1.72) datieren, was doch nur heißen kann, daß schon damals eifrig für die Berufsverbotsarchive gesammelt wurde. Im übrigen entlarvt an diesem Fall die Demagogie von den »Jugendsünden«, die ja angeblich in Berufsverbotsverfahren keine Rolle mehr spielen sollen.

Ebenso wie im Fall Gingold wurde auch in diesem Fall noch kein Urteil gefällt, sondern soll in den nächsten Wochen zugestellt werden.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

FHSS-Komitee schließt KSV aus

Nach zahlreichen Auseinandersetzungen hat das „Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen an der FHSS" (Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) - im folgenden kurz FHSS-Komitee - den KSV aus dem Komitee ausgeschlossen. Das FHSS - Komitee kämpft *„gegen j e d e s Berufsverbot und Überprüfungsverfahren"* und *„wendet sich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften"*, (aus der 6-Punkte-Erklärung). Die letzten sehr erfolgreichen Aktivitäten war die Herausgabe einer Udo Knapp - Brochüre (er wurde wegen des Buback - Nachrufs aus der ÖTV ausgeschlossen), von der in kurzer Zeit rund 5.000 Exemplare verkauft wurden, sowie die Mitherausgabe eines Buches mit Reden von einigen politischen Gefangenen anläßlich des zehnten Todestages von Benno Ohnesorg, („Sie würden uns gerne im Knast begraben ...").

Zum Ausschluß des KSV kam es, weil *„alle ... Aktivitäten... gegen den Widerstand der KSV - Vertreter ... durchgesetzt und ohne deren Beteiligung durchgeführt* "wurden. Der KSV diffamierte das Komitee als „revisionistisch" oder gar „reaktionär", da *„Berufsverbote gegen SEW - Vertreter gar keine Berufsverbote wä - ren"*. Weitere von den zahlreichen Begründungen für den Ausschluß des KSV waren u.a. die Diffamierung der Berufsverbote - Demonstration vom 1.12.76 in Westberlin, mit 22.000 Menschen eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre, als Demonstranten, die *„von jedem fortschrittlichen Studenten entschieden abgelehnt werden"* müsse - so der KSV in einem Flugblatt.

Weiterhin wies das FHSS - Komitee darauf hin, daß der KSV permanent versucht hatte, die Arbeit im Komitee zu sabotieren. Als sie damit nicht landen konnten gründeten sie im Wintersemester eine „AG gegen den Abbau demokratischer Rechte", bestehend aus KSV'lern und einigen wenigen Sympathisanten. Diese „AG" tauchte dann plötzlich wieder im FHSS-Komitee auf und erklärte sich zur Zusammenarbeit bereit. Doch schon bald versuchten sie, sich mit Diskussionen über *„die Weltlage"* und die *„viel schlimmere Unterdrückung in der DDR"* in Szene zu setzen, ehe den Genoss(inn)en des FHSS - Komitees endgültig der Kragen geplatzt ist.

Die vaterländische „KPD" nebst seiner Hochschulorganisation - in Westberlin noch relativ einflußreich - bekommt zunehmend von der Westberliner Linken die ihr gebührende Quittung. Dieser Prozeß ist nur zu unterstützen.

KB/Gruppe Westberlin

Der »Fall« Gingold weiter in der Schwebe

Am 27. Juli fand vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel die Berufungsverhandlung im Berfusverbotefall der Lehrerin Silvia Gingold statt. In erster Instanz war ihre Entlassung, wegen Mitgliedschaft in der DKP vom Gericht zurückgewiesen worden. Das Land Hessen wurde verpflichtet, die Ablehnung neu zu „überprüfen". Der eigentliche Grund für diesen ersten gerichtlichen Erfolg war sicherlich die internationale Aufmerksamkeit, die dieser Prozeß auf sich zog. Die Bundesregierung und die SPD versuchten denn auch gleich, mit diesem Urteil nachzuweisen, daß alles mit „rechtsstaatlichen " Dingen zugeht (in einer Dokumentation anläßlich der Kritik des PS-Vorsitzenden Mitterand).

Das hinderte jedoch die hessische Landesregierung (SPD/FDP) keineswegs, gegen dieses Urteil sofort Widerspruch einzulegen, wobei Kultusminister Krollmann sich zu der zynischen



Begründung verstieg, *»er habe den Eindruck vermeiden wollen, das Land akzeptiere Ungleichbehandlungen«* (»FAZ«, 2.8.77) und da bis jetzt alle Urteile f ü r die Berufsverbieter ausgefallen seien, wollte er auch in diesem Fall dafür sorgen!

Das Land Hessen argumentierte, daß ein DKP-Mitglied zwangsläufig in einen *»Gewissenskonflikt zwischen der Zielsetzung der Partei und seinem Bekenntnis zur Verfassungstreue«* geraten müsse. Die Anwälte Silvia Gingolds stellten Beweisanträge, die zeigen sollten, daß ein solcher „Gewissenskonflikt" bei ihr nicht vorliege. Unter anderem sollten Kollegen und Schüler von ihr hierzu gehört werden. Darüberhinaus wurde festgestellt, daß Silvia G. an Unterrichtsplänen des Kultusministeriums mitgearbeitet habe, ohne daß diesem dabei „verfassungsfeindliche" Inhalte aufgefallen seien (was die CDU zu einer Anfrage im Landtag veranlaßt hat. Im Fall, daß die Mitarbeit stimme, *»müßten die Materialien auf ihren rechtsstaatlichen Gehalt geprüft werden«*, nach „Abendpost", 14.7.). Diese Beweisanträge lehnte das Gericht ab, da ein „Gewissenskonflikt" nach außen nicht zum Ausdruck kommen müsse. Ein weiterer Antrag, durch ein psychologisches Gutachten feststellen zu lassen, daß es unmöglich ist, einen solchen Konflikt jahrelang zu verbergen, wurde vom Gericht ebenfalls als *»unerheblich für die Entscheidung des Gerichts«* abgelehnt. Silvia G. selbst erklärte, sie stehe fest zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Ihr Engagement in der DKP habe keine Auswirkungen auf ihren Unterricht, da sie diesen nicht nach Parteiprogrammen sondern nach den Lehrplänen ausrichte.

Zweifelhaft bleibt jedoch, ob Silvia G. und mit ihr die DKP mit diesem Vorgehen Erfolg haben werden. Denn der Erfolg im ersten Prozeß basierte wesentlich auf der politischen Solidarität weit über die Grenzen der BRD hinaus.

Diese Solidarität machte sich wesentlich daran fest, daß es in der BRD nach der Niederlage des Faschismus wieder möglich ist, Menschen wegen ihrer linken politischen Auffassungen den Beruf zu verweigern. Das Gericht entschied, daß a l l e i n die Mitgliedschaft in der DKP nicht ausreiche, das Land Hessen müsse darüberhinaus nachweisen, daß diese Mitgliedschaft Auswirkungen auf das Wirken als Lehrerin habe. Krollmann begnügte sich damit, allgemein festzustellen, daß es zwangsläufig einen „Gewissenskonflikt" geben müsse, ohne konkret „verfassungsfeindliche" Aktivitäten nachzuweisen. Die Verteidigung verstieg sich nun darauf, nachzuweisen, daß ein solcher Konflikt nicht vorliegen müsse (bis hin zu psychologischen Gutachten) anstatt die politische Brisanz dieses Prozesses (immerhin ist dieser „Fall" durch fast alle großen westeuropäischen Zeitungen gegangen) offensiv zu nutzen. Offensichtlich geschieht dies mit der Illusion, es könne doch noch ein Gericht entscheiden, die DKP-Mitgliedschaft sei vereinbar mit den Beamtenpflichten.

Wie schon der erste, so stieß auch dieser Prozeß wiederum auf breite internationale Proteste. So forderten die Verbände der Widerstandskämpfer aus Frankreich und Belgien die Einstellung Silvia G.'s in den Schuldienst.

Neben zwei westdeutschen Rechtsanwälten wurde sie von dem Franzosen Pierre Kaldor verteidigt. Aus mehreren Ländern nahmen Delegationen aus Journalisten an dem Prozeß teil, u.a. der Senator der niederländischen sozialdemokratischen Partei (PVDA), Han Wielek.

Selbst der DGB sah sich zu einer kritischen Stellungnahme genötigt. Der DGB-Landesvorsitzende Richert kritisierte, *»daß Frau Gingold nicht ausreichend Gelegenheit gegeben worden sei, den Auffassungen von Kultusminister Krollmann im Hinblick auf ihre Verfassungstreue entgegenzutreten«*. Darüberhinaus verlangte er Auskunft darüber, ob es sich hierbei tatsächlich um eine „Einzelfallprüfung" handle, oder um die *»schematische Anwendung vorgefaßter Meinungen und Ressentiments«* (nach „FAZ" 2.8.77). Nun, wenn im Großen und Ganzen die Linie des Radikalenerlasses eingehalten wird, kann nach Meinung der DGB-Führer schon mal ein „Einzelfall" herausfallen, zumal es sich in diesem Fall um eine brisante Angelegenheit handelt.

Das Urteil wurde noch nicht verkündet — offensichtlich werden da noch einige Köpfe rauchen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbotemeldungen

Westberlin. Die 7. Kammer des Verwaltungsgerichts in Westberlin hat das Bezirksamt Wedding dazu verpflichtet, den Kunsterzieher Hans S. als Studienrat zur Anstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe zu berufen und ihn einzustellen. Die Behörde hatte Schreibers »Verfassungstreue« aufgrund von Verfassungsschutz-»Erkenntnissen« angezweifelt. Dazu erklärte das Gericht: *»Anfragen der Behörde beim Verfassungsschutz sind unzulässig, weil es hierfür an der erforderlichen gesetzlichen Grundlage fehlt.«* Es ist damit zu rechnen, daß dieses reichlich aus dem Rahmen fallende Urteil spätestens in der nächsten Instanz wieder aufgehoben wird.

Auch die Erteilung eines Lehrauftrags an der Universität kann nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin verweigert werden, wenn Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers bestehen. An einen Lehrbeauftragten seien dieselben Anforderungen zu stellen wie an einen beamteten Hochschullehrer (Urteil im Fall des Hamburger DKP-Mitglieds Grohl, auf dessen Einstellung die Universität geklagt hatte).

Minden. Das Verwaltungsgericht Minden hat die Klage der Bielefelder Mathematiklehrerin Cornelia Booß-Ziegling auf Einstellung in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen kostenpflichtig zurückgewiesen und damit das seit dem 1. Oktober 1975 von der SPD/FDP-Landesregierung verhängte Berufsverbot bestätigt. Cornelia wird Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen, die *»die Lehrerin zwangsläufig in einen unüberwindlichen Konflikt mit ihren Berufspflichten als Lehrerin bringen* [*würde*]*, zu denen die Erziehung der ihr anvertrauten Schüler im Geiste der Verfassung gehöre«* (»FR«, 26.7.77, Aktenzeichen: 4K—602/76.).

Rheinland-Pfalz. Mit der Begründung, gegen sie liefen »Ermittlungen des Verfassungsschutzes«, sind die Lehrer Barbara Edel und Stefan Schäfer nach Beendigung ihrer Referendarausbildung nicht in den rheinland-pfälzischen Schuldienst eingestellt worden. Beide waren in der GEW und Initiativen gegen die Berufsverbote aktiv.

Frankfurt. *»In unmittelbarer Nähe«* einer KPD/ML-Wahlveranstaltung hatte ein Frankfurter Lehrer, der noch nicht Beamter ist, seinen Wagen geparkt. Das soll ihm jetzt den Job kosten. Zumindest richtete der Regierungspräsident von Darmstadt einen umfangreichen Fragenkatalog an den »verdächtigen« Lehrer: Hat er teilgenommen? *»Wenn ja, welche Gründe haben Sie zu dieser Teilnahme bewogen?«* Ist oder war der Lehrer W. Mitglied der KPD/ML, übte er Funktionen aus, *»wenn ja, welche?«* Teilt der Lehrer W. Aussagen, Ziele und Programme der KPD/ML, *»wenn ja, uneingeschränkt?«* Und abschließend die Frage nach dem Eintreten für die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«.

Leverkusen. Gegen das SPD-Mitglied Sabine D. wurde ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet, weil sie gegen das drohende Berufsverbot gegen einen der DKP angehörenden Lehrer in Leverkusen in einer Juso-Presseerklärung protestiert hatte. Der örtliche SPD-Vorstand begründete das Verfahren damit, daß Sabine D. damit einen Kommunisten unterstützt habe.

Münster. Das Verwaltungsgericht Münster hat das gegen die Assessorin Barbara F. ausgesprochene Berufsverbot bestätigt. Dasselbe Urteil erging gegen den Schwager von Barbara, Bruno F. Beiden wird DKP-Mitgliedschaft vorgeworfen. Das Verwaltungsgericht Münster lehnte damit seit Mitte 1976 bereits acht Klagen von Berufsverboteopfern ab.

Marburg. Der Student Paul S. erhielt Berufsverbot als Tutor im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Uni Marburg. Begründung: »Gesteigerte Aktivitäten für die DKP«. Paul S. hatte 1970 und 74 für die DKP zu den Landtagswahlen kandidiert und war 1973 zum stellvertretenden MSB-Bundesvorsitzenden gewählt worden. Trotz verschiedener Anhörungsverfahren gegen andere DKP- und MSB-Mitglieder, die sich ebenfalls um Tutorstellen beworben hatten, ist dieses der erste Fall an der Marburger Uni. in dem eine Ablehnung erfolgte.

Dieburg. Wegen Mitgliedschaft im und Kandidatur für den KBW erhält der Lehrer Hartmut S. aus Dieburg Berufsverbot.

Belgien. Für den 22. Oktober hat das belgische Komitee gegen die Berufsverbote in der BRD einen Informations- und Mobilisierungstag angekündigt. Diese Veranstaltung wird auch vom Nationalen Komitee ehemaliger Gefangener und Deportierter (CNAPD), der Vereinigung belgischer Widerstandskämpfer gegen den Faschismus unterstützt.

Hannover. In Niedersachsen sind zum 1. August zwei Lehrer wegen angeblicher KBW-Aktivitäten aus dem Schuldienst entlassen worden. Einer der beiden Betroffenen sei angeblich *»nachgewiesenermaßen Mitglied des KBW-Landesvorstands in Bremen«.* Die andere Betroffene *»habe zwar die Mitgliedschaft zum KBW nicht zugegeben. Sie müsse jedoch auf Grund von Indizien und Zeugenaussagen dieser Organisation zugerechnet werden«* (laut »FR« vom 4.8.77). Wie man sieht, blüht offenbar das Denunziantentum.

Münster. Ein weiterer Berufsverboteprozeß findet am 10. August vor dem Verwaltungsgericht in Münster statt. Der katholische Religionslehrer Gerhard D. wurde nach seiner Referendarzeit aus dem Schuldienst entlassen, weil ihm der Bischof von Münster die kirchliche Unterrichtserlaubnis mit der Begründung verweigerte, der Lehrer sei als Student Mitglied des MSB gewesen. Deswegen biete er nicht die Gewähr, daß er *»Lehre und Leben der katholischen Kirche«* zutreffend darstelle.

NRW. Die Grund- und Hauptschullehrerin Doris B. wurde nach ihrer Einstellungsbewerbung innerhalb von 9 Monaten bislang viermal verhört. Ihr wird Kandidatur auf einer MSB-Liste sowie Teilnahme *»an zahlreichen Veranstaltungen der DKP«* vorgeworfen.

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Hamburg



frauen



Klitorisbeschneidung – sexuelle Kastration von Millionen Frauen

Die Welthilfsorganisation „Terre des Hommes" (T.d.H.) führt zur Zeit eine weltweite Kampagne gegen die (Klitoris-) Beschneidung von Frauen in sogenannten „Entwicklungsländern". Daß diese Beschneidung bei den meisten Mädchen noch im Kindesalter praktiziert wird, ist eine zusätzliche Grausamkeit.

Die Organisation T.d.H. die mit dem selbsterklärten Ziel arbeitet, Kindern in aller Welt zu helfen, die sich in Not befinden, greift somit ein Thema auf, das gerade in einer Zeit des Aufschwungs der Frauenbewegung sicher mehr Gehör findet als zu früheren Zeiten.

Zum Beispiel lehnte es 1959 die WHO (Weltgesundheitsorganisation) ab, sich mit dem Problem zu befassen. In der Begründung dazu hieß es, *„daß die fraglichen rituellen Operationen aus den sozialen und kulturellen Konzeptionen resultieren, für deren Behandlung die WHO nicht zuständig ist"*.

Diese „rituelle Operation" war und ist eine Qual für Millionen Frauen und Mädchen. Bei der Beschneidung:

- wird den Frauen die Spitze der Klitoris abgeschnitten,
- oder die gesamte Klitoris und die inneren Schamlippen weggeschnitten oder herausgerissen;
- Bei der sogenannten Infibulation wird den Frauen die Klitoris, die inneren und etwa ein Drittel der äusseren Schamlippen genommen und die Scheide bis auf eine kleine Öffnung zugenäht oder mit Dornen zugeheftet.



Bei jeder Geburt beginnt für die Frauen eine zusätzliche Quälerei: Sie werden aufgeschnitten und nach der Geburt wieder zugenäht.

Die Frauen, die zu reinen Befriedigungsobjekten der Männer verstümmelt werden, unterliegen dabei der Einstellung einer Gesellschaft, die ihnen eine eigene Sexualität abspricht.

Doch so fremd ist diese Einstellung den Frauen auch hier bei uns nicht: Medizinische Fachbücher z.B. empfahlen vor noch gar nicht so langer Zeit, bei Frauen mit großer Klitoris und einer ausgeprägten Reizempfindung, die sich spätestens seit Masters und Johnson (amerik. Forscher auf dem Gebiet der Sexualwissenschaft) als völlig natürlich erwies, den Frauen die Klitoris zu entfernen.

Darüber hinaus stellten sich die „Kulturgesellschaften" recht erfinderisch an, Methoden zu ersinnen, um aus den Frauen noch mehr Lustgewinn herauszupressen. Man denke nur einmal an die Korsettindustrie, die auch schon auf eine lange Tradition und auf eine Anzahl von toten Frauen zurückblicken kann.

Frauen wurden damals so eingeschnürt (Wespentaille), daß dabei innere Organe bis zur Funktionsunfähigkeit gequetscht wurden, nur damit die Frauen einem gesellschaftlichem Schönheitsideal entsprachen.

Die Theorie, daß die Frau eigentlich gar keine eigene Sexualität habe, hat sich bis heute erhalten.

Einen besonders sicheren Blick erwiesen hierbei die Angestellten Gottes und erkannten sofort, daß es dann eigentlich nur mit dem Teufel zugehen kann.

Die Fälle von Frauen, die aus dem Beichtstuhl heraus in den Selbstmord getrieben werden, sind statistisch leider nicht erfaßt.

Eine Hilfe für die Frauen Afrikas wird also sehr zweifelhaft sein, wenn sie von Seiten solcher Kräfte kommt.

Während der Jahre uneingeschränkter Herrschaft des Kolonialismus über die Länder und Völker Afrikas hatten die „zivilisierten Nationen" keinen Sinn darin gesehen, an der Lage der Frauen etwas zu ändern. Wozu auch, es brachte ihnen nichts ein. Dagegen wurden die Menschen dort mit den „Segnungen" imperialistischer Kultur bedacht.

Den Völkern Afrikas wurden diese Kulturgüter unter den schönsten Versprechungen und den humansten Methoden, die die Kriegsführung damals kannte, nahegebracht. Wenn sich die Bourgeoisie heute über „die Wilden" und deren Bräuche aufregt, so ist das Heuchelei, hinter der sich nichts anderes verbirgt als neue kolonialistische Ambitionen!

Im Moment, da die weißen Unterdrücker und Ausbeuter zu immer brutaleren Mitteln greifen, um ihre Pfründe wiederzubekommen bzw. sie zu erhalten, (s. Soweto und Rhodesien), wo mehr oder weniger offen über den Einsatz von Atomwaffen (wobei sich die Neutronenbombe geradezu anbietet) spekuliert wird, stellt die Kampagne gegen die Klitorisbeschneidung einen für die Imperialisten willkommenen Vorwand dar, mit Hilfe berechtigter Empörung über frauen- und menschenfeindliche Praktiken das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Von der UNO oder einer ihrer Unterorganisationen wirkliche dauerhafte Hilfe zu erwarten, wäre eine Illusion. Hilfe wird den Frauen von aussen kaum zukommen. Auch hier werden sich die Frauen auf lange Sicht nur selbst helfen können, indem sie gegen die Reaktionäre unter den Männern, gegen die Bourgeoisie im eigenen Land und gegen den Imperialismus rebellieren. Alle drei haben eher ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Unterdrückung der Frau, als an der Änderung ihrer Lage.

Zwar werden von T.d.H. bei der Auflistung der Länder, in denen die Beschneidung gemacht wird, auch Länder wie zum Beispiel Mosambik mit aufgeführt, aber es ist wohl unbestreitbar, daß erst die soziale Befreiung in einigen Ländern Afrikas die Voraussetzungen geschaffen hat auch die gesellschaftliche und kulturelle Situation der Frau etwas zu verbessern.

Interessant wäre es zu erfahren, welche Stellung und Erfahrung zum Beispiel die Frauenorganisation der MPLA, die O.M.A. (Angola), zu diesem Problem hat.

- Für das Recht der Frau auf ihren eigenen Körper und ihre eigene Sexualität!
- Imperialisten raus aus Afrika!

Arbeitsgruppe Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Lübeck: Aktionstage »Schluß mit der Gewalt gegen Frauen«



Frauen der Lübecker Frauenhaus-Initiative am Stand der CDU. Kommentar der CDU-Tanten zum Thema Gewalt gegen Frauen: „Da müssen die Frauen eben diplomatisch sein!" ...

Die Lübecker Frauenhausinitiative führte vom 21.–23. Juli in der Innenstadt drei Aktionstage zum Thema Gewalt gegen Frauen durch. Mit Stellwänden, Plakaten, einem Büchertisch und Flugblättern wurde die Notwendigkeit eines selbstverwalteten Frauenhauses auch in Lübeck dargestellt. An einem konkreten Fall zeigten die Frauen, daß sie auch ohne Haus schon helfen konnten: Eine Frau mit sechs Kindern war von ihrem Mann krankenhausreif geschlagen worden, wobei beide Arme mehrfach gebrochen waren! Da die Frau um ihr Leben fürchten mußte, wollte sie nicht wieder in die Wohnung zurück – das Sozialamt brauchte aber länger als drei Wochen, bis es für sie und die Kinder eine vorläufige Bleibe in einem Altersheim (!) vermitteln konnte. Diese Zeit über wurden die Frau und ihre Kinder von Frauen aus der Frauenhausinitiative privat untergebracht; außerdem wurde ihr bei einer schnellen Scheidung von dem gewalttätigen Mann geholfen.

Mit Frauenliedern und Tonbandinterviews sorgte die Frauenhausinitiative während der Aktionstage für Aufmerksamkeit. Ein Flohmarkt brachte über 1.000 DM zugunsten des Frauenhauses ein. Außerdem wurden Unterschriften mit der Forderung nach einem selbstverwalteten Frauenhaus gesammelt.

In einem Flugblatt wurde dargestellt, daß die Brutalität Frauen gegenüber eng zusammenhängt mit der Rolle die wir Frauen in dieser Gesellschaft zu spielen haben. Ausdrücklich wird von der Frauenhausinitiative betont, daß sich ihr Kampf nicht gegen die Männer schlechthin richtet, sondern gegen *„die Bedingungen, die Gewalt gegen Frauen rechtfertigen und gegen alle Menschen, die diese Gewalt anwenden oder fördern"*.

Bei einer Veranstaltung, an der ca. 80 Frauen und Männer teilnahmen, wurde in dem Film „Schreien nützt nichts" von Sarah Haffner gezeigt: Weder Behörden noch Politiker sind bereit, Frauen aus dieser Not zu helfen.

Außerdem stellte die Frauenhausinitiative ihre bisherige Arbeit dar: Ca. 15-20 Frauen beteiligen sich an der seit März bestehenden Gruppe. Neben Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Gewalt gegen Frauen wurde bisher eine Untersuchung über die konkrete Lage in Lübeck begonnen und Ärzte, Behörden, Kirchen, Polizei etc. über ihre Erfahrungen zu diesem Thema befragt. Es wurden die verschiedenen „Modelle" von Frauenhäusern untersucht, mit dem Ergebnis, daß das Lübecker Frauenhaus selbstverwaltet sein soll und nicht unter der Fuchtel der Bürokratie.

Zum Abschluß der Veranstaltung wurde vom Komitee gegen politische Unterdrückung dazu aufgerufen, sich an der Vorbereitung des Russell-Tribunals zu beteiligen. Eine Resolution, übernommen vom Westberliner Weiberrat, in der sich für eine breite Untersuchung auch der vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Frauen ausgesprochen wird, wurde von noch etwa vierzig Anwesenden einstimmig angenommen.

Frauenkommission
KB/Gruppe Lübeck

Ingrid van Bergen: Show-Prozeß der Bourgeoisie

Wer einen Menschen vorsätzlich tötet, ohne Mörder zu sein, wird als Totschläger mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft, sagt § 212 Strafgesetzbuch. Bei mildernden Umständen nur 6 Monate bis zu fünf Jahren. Mörder erhalten lebenslang. Um Mörder zu sein, muß ein Mensch „niedrige Beweggründe" haben oder gar „heimtückisch und grausam" töten. Das Ergebnis ist in jedem Fall das gleiche: Ein Mensch wurde getötet. Das Urteil liegt je nach Lage der Dinge zwischen 6 Monaten und lebenslangem Knast.

Welche Zeit Ingrid van Bergen hinter Gittern zubringen soll, mußte von hauptsächlich vier Darstellern dieser Komödie entschieden werden. Es sind, so wie „Bild" sie präsentierte: Richter Paul. *„Der hochgewachsene Münchener mit dem glasklaren Verstand ist glücklich verheiratet und hat zwei Töchter."*
Staatsanwalt Thomma. *„Er genießt den Ruf, bei Verhandlungen äußerst fair zu sein. Ingrid van Bergen hat er bewußt als Schauspielerin nicht erlebt."*
Verteidiger Bossi. *„Er liebt besonders schwierige Fälle. Er arbeitet viel und hart."*
Gutachter Prof. Dr. Mende *„bescheinigt der Angeklagten in seinem 200-Seiten - Gutachten verminderte Schuldfähigkeit"*

Das Urteil von 7 Jahren Haft mit der Möglichkeit nach 4 Jahren oder (wegen Haftunfähigkeit etc.) noch früher wieder rauszukommen, wurde gesprochen, nachdem sämtliche Schmierblätter die Gelegenheit erhalten hatten, die Lebensstory aller Beteiligten zu vermarkten. Verteidiger, Angeklagte, der tote Geliebte, die ach so trauernde Witwe und sämtliche Zeugen wurden als Ware gehandelt, mit „Vorteilen" und „Mängeln".

Da werden die Memoiren der beiden Frauen (v. Bergen und Kanths) angekündigt, da will die Witwe ins Show-Geschäft einsteigen, da läßt sich v. Bergen für die „Bunte" mit ihrer kleinen Tochter am vergitterten Fenster einer Nervenklinik fotografieren. Da werden alle Register gezogen. Die bürgerliche Presse identifizierte sich merklich mit der Szene. Die Verurteilung sollte nicht hart werden, also war es die Hauptaufgabe Verständnis zu werben. Und da es kaum einen gibt, der die v. Bergen bemitleidete um das Geld, das sie verpraßte, mußte man in ihre Vergangenheit steigen.

Ihr hartes Leben als „Taxi-Girl" und ihr permanentes Pech mit Männern wurden gebührend breitgetreten und gewürdigt. Auch Reue wurde demonstriert: *„Sie wälzte sich auf ihrer Pritsche, die Bibel in der Hand"* („Bild"). Der Urteilsspruch hatte diese Sachlage zu berücksichtigen. Deshalb gab es nur sieben Jahre, weil sie ein „arbeitsames Leben" hinter sich habe und „echte Reue" zeigte. Sie wollte ja nur Liebe.

Mit Heimtücke und niedrigen Beweggründen hätten die drei Schüsse nichts zu tun gehabt.

Wie anders Urteile normalerweise gesprochen werden, zeigt sich z.B. am Fall von Elonora Bauer: Bei Ingrid v. Bergen war es Totschlag - bei Eleonora Bauer, die ihren Mann aus Eifersucht erschoß, war es Mord. Hier wird nicht die Vergangenheit der Flickschneiderin untersucht, hier wurde nicht ihr Selbstmordversuch bei der Urteilssprechung berücksichtigt, hier werden keine mehrere 200 Seiten lange Gutachten erstellt, hier gibt es keinen Staranwalt, hier gab es keine Presse, die für sie sprach. Sie erhängte sich am 19.2.77 in ihrer Zelle.

Das könne hier nicht geltend gemacht werden, so der Richter: „Diese Frau hatte keinen Anspruch auf Treue", wie man ihn durch einen Ehevertrag erwirbt, und „diese Frau kann nicht mit Anstand verlieren". Diese richterliche Bemerkung

zeigt, daß man den Demütigungen des „großmannssüchtigen Playboy, der nicht treu sein konnte und wollte" (der Richter), auch eine sportliche Seite abgewinnen sollte.

Das Urteil von 7 Jahren entsprach dem Urteil der Presse, die in diesem Fall darauf verzichtete, aus der Angeklagten eine sittenverachtende (sie wollte nur Treue) und ordnungszerrüttende Person zu machen. Andererseits stellte die Justiz wieder richtig, was an bürgerlicher Moral angeknackt worden war. Wie anders wird doch geurteilt, wenn die bürgerliche Moral auf den Kopf gestellt wird und die Boullevardpresse den Menschen hinrichtet.

Oder nehmen wir den Fall Judy Anderson, die vor drei Jahren gemeinsam mit ihrer Freundin Marion Ihns durch den Dänen Pedersen den Ehemann von Marion Ihns töten ließ, so die Anklage. Wir wollen an dieser Stelle nicht den ganzen Fall aufrollen, sondern nur bezeichnende Vorverurteilungen der Boullevardpresse und Gründe für das damalige Urteil Lebenslang dem Fall van Bergen gegenüberstellen.

Damals schreib die „Bild": „*Wenn Frauen nur Frauen lieben, kommt es oft zu einem Verbrechen*", und als direkte Aufforderung an das Gericht: „*Wolfgang Richter* (Staatsanwalt in Itzehoe) *weiß, daß es schon einmal in Deutschland zwei Frauen gab, die aus lesbischer Liebe das Leben eines Mannes vernichteten ... Schaudernd hörten Gericht und Zeugen, was sich die beiden Frauen in ihren vielen Liebesbriefen geschrieben hatten. Damals hatte der Staatsanwalt die Todesstrafe gefordert. Was Staatsanwalt Richter in Itzehoe gegen Marion Ihns und Judy Anderson beantragen wird, werden wir in ein paar Tagen wissen*".

Im Urteil gegen J.Anderson und M. Ihns hieß es: „*Die beiden Angeklagten töteten darüber hinaus ... auch aus niedrigen Beweggründen durch die Hand des gedungenen Mittäters, weil sich aus den gesamten Umständen ergibt, daß ihre Tatmotive nach allgemeiner sittlicher Anschauung verachtenswert waren und sind und auf tiefster Stufe stehen. Die beiden Angeklagten spielten sich willkürlich zum Herren über Leben und Tod des W.Ihns auf: Sie töteten den ihnen im Wege stehenden Ehemann, um ungestört und auch wirtschaftlich einfacher ihre Beziehungen fortsetzen zu können, als es sonst möglich gewesen wäre. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ihre Liebesbeziehung, ihre innere Bindung sehr tief war, erscheint ihr Verhalten als verachtenswert und auf tiefster Stufe stehend.*"

Aktion »Gewalt gegen Frauen« in Darmstadt

Am Samstag, 23.Juli, machten wir (Frauengruppe gegen den Strom, Langener Frauengruppe und unorganisierte Frauen) in der Darmstädter Innenstadt eine Aktion zum Thema Gewalt gegen Frauen. Die Langener Frauen spielten dazu einen selbsterdachten Sketch über das neue Scheidungsgesetz, in dem sie in sehr anschaulicher Weise auf die Schwierigkeiten einer Frau eingehen, die sich scheiden lassen will und dann aber resigniert, weil die lange Zeit und das Geld, das sie für eine Scheidung braucht und nicht hat, sie in die Knie zwingen. Das kurze Theaterstück fand viel Anklang bei den Passanten; viele meinten, daß man sowas viel öfter machen sollte, und mit erstaunlich wenigen Ausnahmen wurde unsere Aktion sehr positiv aufgenommen. Ebenso unsere Frauenlieder, die auf die Situation der Frauen am Arbeitsplatz und unsere Rolle als Sexualobjekt eingingen. Wir zogen mit viel Gesang durch die Fußgängerpassagen und verteilten Flugblätter, in denen wir alle Frauen einluden, bei der Erstellung unserer Broschüre über Gewalt gegen Frauen mitzumachen. In dieser Broschüre wollen wir ausführlich über die vielen verschiedenen Arten von Gewalt an Frauen informieren, sowohl körperliche als auch psychische Gewalt. Wir sind zur Zeit noch dabei, Fakten und Material zu sammeln und unsere schon vorhandenen Berichte auf den neuesten Stand zu bringen. Außerdem wollen wir in nächster Zukunft eine Veranstaltung zu diesem Thema machen.

KB/Gruppe Darmstadt

Ergänzung zu »Scheidungsreform — Klassenrecht nach Maß!«

Im AK Nr. 108 haben wir zum neuen Ehescheidungsrecht, das seit 1. Juli in Kraft ist, ausgeführt, daß durch die umfangreichen „Scheidungsfolgeregelungen" der Prozeß der Ehescheidung enorm in die Länge gezogen wird. Wir schrieben weiter: „*Die Dauer des Scheidungsprozesses bei Gericht wird auf mindestens ein halbes Jahr geschätzt. Was allerdings noch viel wesentlicher zur Verlängerung der Ehescheidung beiträgt, sind die neueingeführten Trennungsfristen. 'Die Ehe muß geschieden werden, wenn beide Partner die Scheidung wollen und ein Jahr getrennt gelebt haben (unwiderlegbare Zerrüttungsvermutung). Will nur ein Partner geschieden werden, gilt eine dreijährige Trennung als Zerrüttungsnachweis' („Spiegel", 27//77)*".

Eine Essener Genossin hat uns nocheinmal darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Darstellung der Eindruck erweckt würde, *nur* mit ein- bzw. dreijähriger Trennung sei die Scheidung möglich. Hier muß noch eine weitere Möglichkeit der Ehescheidung ergänzt werden, die wir in AK Nr. 104 anführten: „*Eine Scheidung ist natürlich auch vor Ablauf dieser Trennungszeiten möglich, nur muß die Zerrüttung vor dem Familienrichter nachgewiesen werden. Und da wird dann wieder schmutzige Wäsche gewaschen und von hinten herum kommt auch wieder der Schuldvorwurf zum Tragen*".

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

England
Reaktionäres Abtreibungsgesetz zunächst abgewehrt

Am 15.Juli fiel der Entwurf eines Abtreibungsänderungsgesetzes - eingebracht von dem konservativen Parlamentsabgeordneten Benyon – der Geschäftsordnung des englischen Parlamentes zum Opfer.

Gegner dieses Gesetzentwurfes hielten so lange Redebeiträge, daß die Debatte in der für den Gesetzentwurf vorgesehenen Beratungszeit nicht zuende geführt werden konnte.

In einem solchen Fall genügt eine einzige Gegenstimme, um die Abstimmung überhaupt nicht erst stattfinden zu lassen.

Das ist geschehen: Einige Abgeordnete riefen bei der Ankündigung der Abstimmung „Dagegen", und damit war die Sache erstmal gestorben.

Bis zum 29.Juli, dem letzten Tag vor den Parlamentsferien, hätte die englische Regierung noch die Möglichkeit gehabt, diesen durchgefallenen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung zu setzen. Sie hat es nicht getan.

Damit wurde ein Gesetz abgeschlagen, das die durchaus nicht befriedigende Abtreibungspraxis in England noch erheblich verschlechtert hätte. Das „Benyon Bill" sah vor: Verbot der Abtreibung nach der 20. Woche. (Das jetzige Gesetz von 1967 sieht die Abtreibungsmöglichkeit bis zur 28.Woche vor.) Außerdem sollte es verboten sein, Schwangerschafts-Beratungs-Dienste zuzulassen, wenn sie mit Abtreibungskliniken verbunden sind. Ferner sollte die Polizei Zugang zu medizinischen Unterlagen haben, die nicht vom staatlichen Gesundheitsdienst sind.

Damit wäre ein großer Teil der gegenwärtigen Abtreibungseinrichtungen illegalisiert worden, besonders die beiden größten nichtstaatlichen, karitativen Einrichtungen BPAS (British Pregnancy Advisory Service) und PAS (Pregnancy Advisory Service).

Ein Ziel, für das die englische Frauenbewegung in den letzten Monaten mit etlichen Aktionen gekämpft hat, ist mit dem Fall der „Benyon Bill" vorläufig erreicht. Die Forderungen der englischen Frauenbewegung zur Verbesserung der Abtreibungssituation sind damit aber nicht erfüllt.

Der Anteil der Frauen, die eine kostenlose Abtreibung im Rahmen des staatlichen Gesundheitsdienstes bekommen, ist von Stadt zu Stadt verschieden. Einige Kliniken weigern sich, Abtreibungen durchzuführen.

Wir wollen in einem der folgenden AKs näher auf die englische Bewegung gegen das Abtreibungsverbot und für bessere Abtreibunsbedingungen eingehen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Ein neues »Komitee ‚Stoßt die Mumien vom Podest'«?

Der August-Ausgabe der „Courage" entnehmen wir, daß die Widersprüche bei den 'Kalenderfrauen' sich derart zugespitzt haben, daß Renate Bookhagen und Gundula Lorez einen Trennungsstrich zwischen sich und Alice Schwarzer gezogen haben. Renate B. und Gundula L. haben sich in einer öffentlichen Erklärung an Frauenzeitungen gewandt, in der sie berichten: „*Seit Januar (!) 1977 gibt es die Gruppe in der alten Zusammensetzung nicht mehr, d.h.Renate Bookhagen und Gundula Lorez haben andere Vorstellungen als Ursula Scheu und Alice Schwarzer zu dem, was der Frauenkalender sein und wie er gemacht werden soll*".

Daß diese Kritik lange Zeit nicht öffentlich ausgetragen wurde,beschreiben die Frauen so: „*Wir haben lange Zeit weder hinterfragt, warum nur Alice die Vollmacht über die Konten hat, noch warum Alice sich immer redigierend der fremden Texte annahm. Wir haben ... über vieles den Mantel des Schweigens gehüllt. Z.B. Ursulas verbal geäußerte rigide Aussprüche, denen sie in ihrem Verhalten und Handeln nicht nachkam, Alices Starallüren. Dies geschah nicht aus Duckmäusertum, sondern aus einer Haltung der schwesterlichen Solidarität und einem grundsätzlichen politischen Vertrauen heraus.*"

„*Wir haben trotz wachsenden Mißbehagens und trotz Unoffenheit innerhalb der Gruppe nach innen und außen Alice und Ursula zu lange mit Klauen und Zähnen verteidigt*".

R.B.'s und G.L.'s Kritik am bisherigen Frauenkalender wird in folgender Frage deutlich: „*Wie kann gewährleistet werden, daß der Frauenkalender nicht nur die speziellen Interessen von vier Redaktionsfrauen wiedergibt?*" „*Es ist Aubeutung, Frauen munter aufzufordern, Artikel, Fotos und Texte zu schicken, gleichzeitig aber redigiert ein Minikollektiv diese Texte, bestimmt, was in den Kalender kommt – entscheidet allein, wohin die Gelder aus dem Kalender gehen*".

Der Alternativvorschlag von Renate B. und Gundula L. geht dahin, im Frauenkalender unterschiedliche Strömungen und Standpunkte der Frauenbewegung zum Ausdruck kommen zu lassen. Das soll durch die Beteiligung mehrerer Frauengruppen gewährleistet sein. Dazu schreiben sie geradezu Sensationelles: „*Allerdings: der Weg ist ungerade, steinig und bisher in der Frauenbewegung unverständlicherweise nicht üblich. Wir wollen erreichen, daß politische Kontroversen öffentlich (und nicht hinter verschlossenen Türen) ausgetragen werden. Das wird sicherlich auch bedeuten, daß die alten Damen des Feminismus (zu denen wir uns bedingt ebenfalls zählen) vom Sockel geholt werden*".

Um ihre Vorstellungen durchzusetzen, haben R.B. und G.L. ca 1/3 des Kalendergeldes (50.000 DM) gefordert. Ferner gedenken sie gegebenenfalls, das Erscheinen eines von A.S. und U.S. gemachten Frauenkalenders 1978 per Einstweilige Verfügung zu verhindern (Informationen nach „Courage",August 77).

(Zum Frauenkalender '77 und den Auseinandersetzungen um den Kalender siehe AK 87, 91, 92 und 96).

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Zeugnisse:
Terror in der Klassenschule

In den vergangenen Wochen endete in den Bundesländern der BRD das Schuljahr 1976/77. Die Klassenschule stellte ihren Kindern die Zeugnisse aus, d.h. das Ergebnis von einem Jahr Büffeln, Schulstreß, Leistungsdruck etc. wurde zusammengefaßt. Es wurde „versetzt" und „nicht versetzt", je nach dem, ob die Schüler den Anforderungen dieses Betriebes „gerecht" geworden waren. Die Zahl derjenigen, die es n i c h t geschafft haben, ist groß: 10.000 allein in Hamburg, 5% aller Schüler!

Errechnet werden Zeugnisnoten in der Regel aus drei Bestandteilen: Noten in Klassenarbeiten, Noten für angebliche mündliche Leistungen und „persönlicher Eindruck" des Lehrers. Immerhin werden täglich in der BRD mindestens fünf Mio. Noten vergeben bei acht Mio. Schülern. Wie ausschlaggebend dabei der „persönliche Geschmack" bzw. die Sympathie des Lehrers für einen Schüler ist, beweist der Test eines Kieler Pädagogik-Professors. Er versandte einen Aufsatz an zehn Lehrer mit der Bitte um Benotung. Das Ergebnis lag zwischen „eins" und „sechs"! Selbst eine Mathematikarbeit, bei der nach gängiger Lehrauffassung nur das richtige Resultat, richtige Formeln etc. von Interesse sind, wurde zwischen „zwei" und „vier" bewertet („Bild", 19.7.77). Noten, die dann im Ergebnis ein Zeugnis bilden, können zunächst einmal also ziemlich willkürlich sein. Hinzu kommt, daß gerade der ständige Druck, mindestens jeden zweiten Tag eine gute Note produzieren zu müssen, gerade dazu führt, daß viele Schüler vor lauter Angst und Streß nicht mehr das leisten, was sie eigentlich im Kopf haben. Außerdem wird für die Noten meistens nur ein eingepauktes Wissen „abgerufen" – ohne zu repräsentieren, was ein Kind wirklich kann und weiß.



Verzweiflung ...

Mit diesem System werden immer mehr Kinder nicht fertig. Unter Druck gesetzt durch den von den Kapitalisten verursachten Lehrstellenmangel oder den Numerus Clausus an den Universitäten sind die Schüler auf ein gutes Zeugnis mehr denn je angewiesen. Entsprechend greift nach schlechten Noten oder gar einem „Sitzenbleiben" bei vielen Kindern Verzweiflung um sich. So sind allein im ersten Vierteljahr 1977 in Hessen über 600 Kinder von zu Hause ausgerissen, gegenüber 483 im Vergleichszeitraum 1976. Immerhin eine Steigerung um 25%! „*Die meisten Kinder und Jugendlichen (...) gaben als Grund für ihr Ausreißen Angst vor Strafe an, vor allem, wenn sie in der Schule versagt hatten*" („FAZ", 15.7.1977).

Bei einigen Kindern bleibt es nicht beim Ausreißen. Es kommt zu Selbstmorden und Selbstmordversuchen. So brachte sich Ende Juni ein 16jähriger Berufsschüler wegen zweier „Fünfen" im Zeugnis um („Hamburger Morgenpost", 22.7.1977). Anfang Juli nahm sich in Köln eine 13jährige Schülerin wegen ihrer „Nichtversetzung" das Leben („Bild", 3.7.77).

Angesichts der Zahl von 500 Schülerselbstmorden jährlich in der BRD ist davon auszugehen, daß der Zeugnisterror der Klassenschule auch an diesem Schuljahresende noch mehr Opfer gefordert hat.

... Schuld der Eltern?

Die Verzweiflungsaktionen am Schuljahresende sind natürlich den Schulbürokraten nicht verborgen geblieben. Daher richten sie gegen Ende des Schuljahres die verschiedensten psychologischen Beratungsstellen für Kinder und Eltern ein.

So rät Hessens Kultusminister Krollmann (SPD) Eltern, „*auf schlechte Zeugnisse nicht gereizt*" zu reagieren. Sein heißer Tip: „*Bevor man falsch reagiert, sollte man den zuständigen Schulpsychologen anrufen und das Problem mit ihm besprechen*" („FR", 16.7.77).

In Hessen stehen für solche Gespräche 70 Schulpsychologen zur Verfügung. Ebenfalls eine „Telefonseelsorge" für die Opfer des Zeugnisterrors haben Hamburg und Rheinland-Pfalz eingerichtet (über andere Bundesländer liegen keine Informationen vor).

Begleitet wird die „Telefonseelsorge" durch kluge Tips an die Eltern. Der Hamburger Schulpsychologe Bärsch verbreitet sich z.B. in der „Morgenpost" darüber, daß es gänzlich falsch wäre, „*den Kindern wegen ihres Zeugnisses Vorwürfe zu machen*". Die Eltern sollten ihren Kindern helfen, bessere Noten zu erreichen. Und das geht so: „*Sie sollen regelmäßig mit dem Lehrer sprechen. Außerdem: Prüfen, warum ihr Kind versagte. War es zu faul, dann ist Nachhilfeunterricht sinnlos – es muß neu motiviert werden. Waren die Anforderungen zu hoch, sollten sie Kontakt mit dem Schulspsychologen aufnehmen*" („Mopo", 22.7.77). Kurz: Neue Tricks ersinnen, um das Kind für Büffeln, Streß etc. zu motivieren!

Mit diesem plötzlichen Bemühen am Ende des Schuljahres, sich um die Kinder zu telefonseelsorgen, wird nichts anderes bezweckt, als den einen oder anderen Selbstmordkandidaten doch noch zu beruhigen, und den Eltern, die gereizt auf ein mieses Zeugnis reagieren, die Schuld für Verzweiflungsaktionen ihrer Kinder in die Schuhe zu schieben. Sicher reagieren viele Eltern erst einmal mit Vorwürfen auf ein schlechtes Zeugnis ihrer Kinder. Sie selbst haben sich ja auch diesem Zensurensystem beugen müssen. Und sie wissen, daß gerade heute schlechte Zeugnisse jede Aussicht auf eine freie Berufswahl bzw. überhaupt auf einen Beruf verbauen.

Der Kampf gegen dieses Notensystem, und zwar der gemeinsame Kampf von Kindern, Eltern und fortschrittlichen Lehrern, der auch jetzt schon durch die Kritik von Notenvergaben in den Schulklassen, auf Elternabenden etc. geführt werden kann, das ist die Perspektive, diesem Terror der Klassenschule zum Ende zu verhelfen.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Roland Otto und Karl-Heinz Roth: Freispruch von der Mordanklage!

Am 26.7. sprach die 11. große Strafkammer des Landgerichtes Köln die beiden Genossen Roland Otto und Karl-Heinz Roth vom Vorwurf des gemeinschaftlich mit Phillip Werner Sauber verübten Mordes frei.

Allerdings wurde Roland wegen Waffenbesitz und falschen Papieren zu zehn Monaten ohne Bewährung verurteilt (die durch U-Haft abgegolten sind). Karl-Heinz wurde wegen Waffentragens zu 12.000 DM (120 Tagessätzen, ersatzweise vier Monate Haft) verurteilt. Roland kam zur Verbüßung einer Restjugendstrafe, die er durch Untertauchen abgebrochen hatte, wieder in den Knast. Karl-Heinz blieb auf freiem Fuß. Er ist seit dem 12.7. frei, als Richter Eggeling (Drabers Nachfolger) die Haftbefehle aufgehoben hatte. Inzwischen befindet er sich in stationärer Behandlung im Krankenhaus. Das Gericht – das übrigens das Urteil einstimmig fällte – erkannte Karl-Heinz prinzipiell eine Haftentschädigung zu.

In der mündlichen Urteilsbegründung hieß es,

– die Indizien für verabredetes Handeln seien widerlegt, Karl-Heinz habe nicht zur Waffe gegriffen, obwohl er Zeit gehabt habe, das zu tun,

– ein gemeinsamer Vorsatz bzw. eine stillschweigende Übereinstimmung, den Bullen erschießen zu wollen, könne nicht nachgewiesen werden, die drei seien keine feste Gruppe gewesen, sondern hätten sich nur zufällig getroffen.

Während sich kurze Zeit nach dem 9.5.1975 die bürgerliche Presse gegenseitig in der bei solchen Gelegenheiten üblichen Anarchistenhetze überbot, wurde in den darauffolgenden Monaten die Geschichte vom „Feierabendterroristen" kolportiert, der tagsüber einer bürgerlichen Existenz nachgeht („*Doppelleben des Karl-Heinz Roth. Terrorist unter der Maske des Samariters*", „Abendblatt", 10.5.75) und nachts mit Illegalen zusammen terroristischer Tätigkeit nachgeht.

Nach diesem Urteil hieß es dagegen honigsüß in der „Welt" vom 27.7.77: „*Weder Roth noch Otto hätten ein einleuchtendes Motiv gehabt. Roth sei zwar stark linksorientiert gewesen, sei aber kein echter Gesinnungsgenosse von terroristischen Gewalttätern. Für ihn als bis dahin unbescholtenen Arzt sei der Gedanke, sich den Weg freizuschießen, ‚nicht gerade zwingend gewesen', hätte es doch das Ende seiner bürgerlichen Existenz bedeutet, wenn nicht gar seinen Tod. Auch bei Otto, einem labilen, unfertigen beeinflußbaren jungen Mann sei es weder wahrscheinlich noch nachweisbar, daß er ein Terrorist im landläufigen Sinne war. Dafür spreche auch, daß er sich sofort ergeben habe.*" „*Wie die Schießerei im einzelnen abgelaufen ist, könne nicht mehr rekonstruiert werden, sagte Eggeling. Es stehe aber fest, daß Sauber, der zusammen mit Otto und Roth in dessen Wagen gesessen hatte, bei einer Routinekontrolle durch Polizisten das Feuer eröffnet habe*" („Süddeutsche Zeitung", 27.7.77).

Während bei Karl-Heinz und Roland das Gericht und ihm folgend die bürgerliche Berichterstattung mit ihrer Beurteilung förmlich umgekippt zu sein scheinen, bleibt Phillip Werner Sauber der „T e r r o r i s t d e r e r s t e n S t u n d e" („Welt", 10.5.75). Wenn sich die Vorwürfe gegen Karl-Heinz und Roland als total unhaltbar erwiesen hatten, so konnte das Gericht sich nicht dazu durchringen, die ganze Wahrheit zu enthüllen: daß nämlich die Polizei das Feuer eröffnet hat. Es zeigt sich auch hier wieder, daß Polizeischützen – was immer sie sich auch geleistet haben – bis zum letzten gedeckt werden. In diesem Fall auf Kosten des toten Phillip Werner Sauber.

IKAH Hamburg

Anklageerhebung gegen 6 Mitglieder der »Bewegung 2. Juni«

Klassenjustiz-Nachrichten

Stockholm: In Stockholm ist jetzt Anklage gegen die 12 im Frühjahr festgenommenen Mitglieder einer
müssen. Im Januar war sie jedoch schnell erneut verhaftet worden wegen der Beschuldigungen, wegen der
griechischen Faschisten gegen Günter Wallraff. Er ist Professor für internationales Strafrecht. In einer Vor-

Anklageerhebung gegen 6 Mitglieder der »Bewegung 2. Juni«

Westberlin. Fast zweieinhalb Jahre nach der Entführung von Peter Lorenz (CDU) ist jetzt Anklage gegen Fritz Teufel, Ralf Reinders, Till Meyer, Andreas Vogel, Gerald Klöpper und Roland Fritzsch erhoben worden. Vorgeworfen wird ihnen nicht nur die Entführung von Lorenz, sondern auch die Ermordung von Drenkmanns. Das Verfahren gegen Juliane Plambeck, Inge Viett und Gabriele Rollnik, die letztes Jahr aus der Westberliner Frauenstrafanstalt ausbrachen, wird abgetrennt.

Obwohl der Prozeß noch nicht angelaufen ist, steht für die bundesdeutsche Justiz schon jetzt fest, daß es sich bei der „Bewegung 2. Juni" um eine kriminelle Vereinigung handelt, da bereits in vorhergehenden Prozessen gegen andere Angeklagte Urteile wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" gefällt worden sind, z.B. gegen Siepert und Doemeland. Es soll damit offensichtlich umgangen werden, in dem anstehenden Hauptverfahren „beweisen" zu müssen, daß es sich bei der „Bewegung 2. Juni" tatsächlich um eine „kriminelle Vereinigung" handelt. Bisher ging es immer umgekehrt: Wurde im Hauptverfahren eine „kriminelle Vereinigung" „bewiesen", wurden in nachfolgenden Verfahren die angeblichen Unterstützer bestraft.

Widerlich sind wieder einmal die Berichte und Stellungnahmen der bürgerlichen Presse. Mit keinem Wort wird auch nur von einer Zeitung auf die von allen Angeklagten detailliert geschilderte „Knebelfolter" eingegangen. (Mit Knebelketten werden den Gefangenen die Handgelenke gebunden und so fest gezogen, daß Arme und Hände anschwellen und teilweise platzen (aus: „Gefangene berichten", zu beziehen über: Prozeßbüro Berlin, Schönleinstr. 24, 1000 Berlin 61, Tel.: 691 66 38, Preis 1 DM). Statt dessen weiß aber der „Münchner Merkur" zu berichten, daß wahrscheinlich eine Befreiung der Angeklagten zu erwarten sei. „*Dafür spreche ..., daß sich Teufel & Co ständig durch Gymnastik und Übungen körperlich fit halten und trotz z.T über 20monatiger Haft einen überraschenden Optimismus zeigen...*" („M.M.", 27.7.77). Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig.

Eine Besonderheit bei der Anklageerhebung ist noch, daß die Bundesanwaltschaft die Anklage in Westberlin erhob, das ja bekanntlich gar nicht zur Bundesrepublik gehört. Trotz Protesten aus der DDR wegen der Verletzung des „Vier-Mächte-Abkommens" will die Bundesanwaltschaft nicht nur die Anklage in Westberlin erheben, sondern auch den Prozeß vor dem Westberliner Kammergericht stattfinden lassen. Die Verteidiger der 6 Angeklagten wollen wegen des besonderen Status Berlins den Prozeß in Westberlin verhindern.

IKAH Hamburg

Klassenjustiz-Nachrichten

Stockholm: In Stockholm ist jetzt Anklage gegen die 12 im Frühjahr festgenommenen Mitglieder einer Gruppe erhoben worden, denen vorgeworfen wird, sie hätten die Ministerin Leijon entführen wollen, um dadurch die Freilassung von Gefangenen aus der RAF zu erreichen. Ministerin Leijon war 1975 verantwortlich für die vorzeitige Auslieferung von Siegfried Hausner, der bei der Bombenexplosion in der deutschen Botschaft sehr schwer verletzt worden war. Der vorzeitige Transport des Brandverletzten hatte zur Folge, daß er kurz danach seinen Verletzungen erlag.

Im Frühjahr waren außerdem die beiden Deutschen Norbert Kröcher und Manfred Adomeit verhaftet und aufgrund des schwedischen Ausländergesetzes sofort in die BRD ausgewiesen worden. Norbert sitzt in Köln im Knast und Manfred in Frankenthal.

* * *

Heidelberg: Irmgart Möller und Bernhard Braun sind nach Angaben der „Süddeutsche Zeitung" vom 28.7.-angeklagt worden, 1972 an dem Anschlag auf das Heidelberger US-Hauptquartier beteiligt gewesen zu sein sowie an den Anschlägen auf die Augsburger Polizeidirektion und das Auto des Karlsruher Bundesrichters Buddenberg. Irmgart hatte bis Anfang des Jahres in Hamburg gesessen und hätte eigentlich nach Strafverbüßung entlassen werden müssen. Im Januar war sie jedoch schnell erneut verhaftet worden wegen der Beschuldigungen, wegen der sie nun angeklagt ist. Man hatte flugs die Zeugenaussagen des Kronzeugen Müller vom April 1976 auf Irmgart bezogen: Müller war inzwischen „eingefallen", daß Irmgart beteiligt gewesen sein sollte.

Bernhard ist in Karlsruhe gefangen, Irmgart sitzt in Stammheim.

* * *

Gießen: Wir zitierten in dem Artikel zum „Lebenslang-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts in AK 107 einen gewissen Professor Trifterer. Er hatte in einem Aufsatz in der „Zeitschrift für Rechtspolitik" 1974 die lebenslange Haft als einen „*Prozeß, der zu Lebensuntauglichkeit ... und damit häufig zur Verblödung führt*" gekennzeichnet.

Wir wollten, indem wir ihn zitierten, ihn damit weder als Gegner der lebenslangen Haft noch als fortschrittlichen Menschen kennzeichnen, sondern nur belegen, welche Stimmen es gibt, die die Wirkung dieser Strafe benennen. Daß dieser Professor trotzdem (?) ein Reaktionär ist, schrieb uns ein Genosse aus Gießen:

– Trifterer war Sondergutachter der BRD in Athen und hat sich vehement für Rolf Pohles Auslieferung eingesetzt (lt. AStA-Info der Uni Gießen vom 17.1.77),

– er war Prozeßbeobachter für Amnesty International im Prozeß der griechischen Faschisten gegen Günter Wallraff. Er ist Professor für internationales Strafrecht. In einer Vorlesung meinte er dazu, „*man brauche sich da keine Gedanken zu machen, es würde dort alles sehr rechtsstaatlich zugehen*" (lt. AStA-Info, s.o.),

– „*nach seiner Rückkehr aus Athen erklärte Professor Trifterer, Wallraff habe einen fairen Prozeß gehabt, der den üblichen Verfahrensgrundsätzen auch anderer europäischer Länder entsprochen habe... Wallraff wurde zu 14 Monaten Haft verurteilt..*" (lt. Justus Liebig Universität-Forum Nr. 46, Juni 74, Propagandablatt des Unipräsidenten, Auflage 10.000). Man erinnere sich, Günter Wallraff hatte sich damals in Athen auf einem öffentlichen Platz selbst angekettet und Flugblätter verteilt, in denen er gegen die Militärjunta protestiert hatte!!!

Fairen Prozeß, sagt Trifterer!

– Trifterer war bisher außer in Athen mehrfach als Prozeßbeobachter für die internationale Juristenkommission, Genf und für Anmesty, London, in Athen, Namibia (!) und Südafrika (!) tätig!!

– Am 19.1.77 wurde er mit großer Mehrheit zum Vizepräsidenten der Gießener Uni gewählt, im kommenden Jahr wird er sehr wahrscheinlich zum Präsidenten gewählt.

Man sieht, Trifterer kennt die Wirkung der lebenslangen Haft. Ob er aber dagegen ist, scheint uns inzwischen zweifelhaft...

IKAH Hamburg

Anti-Repressionsveranstaltung in Kiel

Am 28.7. fand an der Uni Kiel eine Anti-Repressions-Veranstaltung mit dem Karl-Heinz-Roth-Verteidiger Armin Golzem und dem Hamburger Grohnde-Angeklagten Christian Matschkus statt, zu der eine Aktionseinheit von KB, verschiedenen Spontis und der Naturfreundejugend Neumünster aufgerufen hatten. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Dienstagsfrauengruppe und Teilen der Kieler Anti-AKW-Bewegung. Die Veranstaltung wurde von 160 Menschen besucht.

Im Hauptteil der Veranstaltung sprach RA Golzem über den Roth/Otto-Prozeß. Monatelang sei in der bürgerlichen Presse nur die Polizeiversion des Tatherganges zu lesen gewesen, bis durch die Öffentlichkeitsarbeit des Kölner „Unterstützungsbüros" der wahre Tathergang verbreitet wurde. Weiterhin berichtete er von den Schikanen im Knast gegen Karl-Heinz und von dessen Krankheitsgeschichte, den vielen Verlegungen in andere Knäste ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit. Er charakterisierte dies richtig als „Versuch einer legalen Tötung". Ebenso berichtete er über die präparierten Polizeizeugen im Prozeß. Den Freispruch führte er auf die internationale Solidarität und auf die Schaffung einer linken Öffentlichkeit für diesen Fall zurück. Dies war nur möglich durch die Arbeit des Kölner „Unterstützungsbüros", das die Öffentlichkeit auch über den Gerichtssaal hinaus während des gesamten Prozesses organisierte.

Der Grohnde-Angeklagte Christian Matschkus sprach über seine Festnahme in Grohnde und die ihm zur Last gelegten „Taten", wegen denen er jetzt von einer Knaststrafe bedroht ist. Im Anschluß spielte die Neumünsteraner Naturfreundejugend ein Lied.

Im Schlußteil wurden im kleineren Kreis Fragen an RA Golzem gerichtet.

KB/Gruppe Kiel

Generelles Verbot linker Presse in der U-Haft?

Westberlin. Die Zensurmaßnahmen für linke Presseerzeugnisse in Untersuchungshaftanstalten haben neuerdings ein noch schärferes Ausmaß erreicht. In AK 109 berichteten wir, daß linke Zeitungen nach siebenmaliger Nichtweiterleitung an U-Häftlinge in Hamburg generell vom Bezug ausgeschlossen werden.

Diese Informationen haben sich jetzt in Westberlin bestätigt. Durch Beschluß vom 19. Juli des zuständigen Richters am Bundesgerichtshof (BGH) Boujong, ist die Weiterleitung von „Info-BUG" und „Informationsdienst (ID)" an Ralf Reinders, R. Fritsch, G. Klöpper, T. Meyer und A. Vogel (die im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung in U-Haft sitzen) g e n e r e l l untersagt. Begründet wird dies u.a. damit, daß „*diese* (Zeitschriften) *in der Vergangenheit in einer Vielzahl von Fällen wegen Gefährdung der Anstaltsordnung (§ 119 Abs 3 StPO) beanstandet und ganz oder teilweise von der Weiterleitung an die Beschuldigten ausgeschlossen worden*" waren. Beim „ID" traf dies 1977 zwischen den Nrn. 153 - 184 18mal zu, beim „Info-BUG" in diesem Jahr war das zwischen den Nrn. 134 - 162 17mal der Fall.

Bisher war es nach der herrschenden Rechtsauffassung üblich, daß der zuständige Zensor nach intensiver Lesung der Zeitschriften entweder bestimmte Seiten entfernen ließ oder diese ganz einzog. Die beanstandeten Artikel bezogen sich in der Regel auf die Situation politischer Gefangener, auf Prozesse und die Lage in den Haftanstalten.

Jetzt werden diese Zeitungen grundsätzlich nicht mehr weitergeleitet, weil „*die Annahme gerechtfertigt* (ist), *daß der Inhalt der Zeitschriften auch in Zukunft wegen Gefährdung der Anstaltsordnung den Beschuldigten vorenthalten werden muß. Eine Einzelkontrolle jeder Nummer ist daher solange überflüssig und entbehrlich, als für eine Änderung des redaktionellen Konzepts der Zeitschriften keine konkreten Anhaltspunkte vorliegen*".

„*Eine ständige Einzelüberprüfung der wöchentlich erscheinenden Ausgaben der beiden Zeitschriften wäre mit einem nicht unerheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden und würde nicht mehr zu den ‚Lästigkeiten' gehören, die im Hinblick auf die Bedeutung der Grundrechte der Untersuchunsgefangenen grundsätzlich hinzunehmen sind.*" Außerdem würden die U-Häftlinge außer bürgerlichen Erzeugnissen „*einige weitere Zeitschriften* (beziehen), *die der Gedankenwelt des Terrorismus zumindest nicht fernstehen und – wenn auch in abgeschwächter Form und nicht so häufig – ähnliche Zielsetzungen wie die hier ausgeschlossenen Blätter erkennen lassen*" – „*sofern nicht einzelne Ausgaben nach § 119 Abs 3 StPO beanstandet werden*".

Dies ist allerdings der Regelfall, so daß anzunehmen ist, daß in naher Zukunft die gesamte linke Presse mit eben dieser Begründung ausgeschlossen wird. Daraufhin deuten auch Beschlüsse des gleichen Ermittlungsrichters aus letzter Zeit: Die letzten Ausgaben von „Radikal" wurden nur teilweise oder gar nicht weitergeleitet. Die Ausgaben Nr. 104, 105, 106 des ARBEITERKAMPF wurden eingezogen, bei Nr. 107 mußten die Seiten 29, 30 und 54 entfernt werden.

SSB Jura/Westberlin

Nachrichten aus dem Knast

Wien: Seit dem 22.7.77 befindet sich Waltraud Boock im unbefristeten Hungerstreik, um eine Verlegung nach Stammheim zu den anderen RAF-Gefangenen zu erreichen. Waltraud Boock zählt sich selbst zu den „bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen der BRD" und möchte daher entsprechend den Mindestgarantien der Genfer Konvention von 1949 behandelt werden. Seit dem Hungerstreik ist W. Boock völlig isoliert worden, Besuche werden vom Haftrichter Schulz abgelehnt.

Schreibt an: **Waltraud Boock, Landesgericht für Strafsachen, Landesgerichtsstraße 11, 1080 Wien/Österreich. Durchschrift an: Solidaritätskomitee 1040 Wien, Theresianumgasse 10/14 (aus: „ID" 188/189).**

Westberlin: Um eine Verlegung nach Stammheim zu erreichen, sind ebenfalls Ilse Jandt, Monika Berberich und Ingrid Siepert in den Hungerstreik getreten („Welt", 3.8.77).

Werl: Der Gefangene aus der RAF, Ali Jansen, ist am 7.7.77 in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Er fordert die Erfüllung der Zusage des badenwürttembergischen Justizministeriums vom 30.4.77, mindestens 15 Gefangene zu konzentrieren und hat erklärt, den Hungerstreik erst dann zu beenden, wenn er in Stammheim ist. Aus gleichen Gründen sind am 19.7.77 Klaus Jünschke und Manfred Grashof (JVA Zweibrücken) und am 14.7.77 Roland Meyer (JVA Köln-Ossendorf) in einen unbefristeten Hungerstreik getreten.

Hungerstreik getreten.

Schwalmstadt: Mit einer Knastbesteigung protestierte Herbert Heinrich, einer der Angeklagten im kommenden Gefangenenratsprozeß, gegen die an ihm und anderen verübte Isolationsfolter. Nach einem Gespräch mit seinem Anwalt und der Zusage der Knastleitung, über die gestellten Forderungen (Aufhebung der Isolationsfolter, Zusammenlegung mit Peter Andrehs und Thomas Becker, Besuchsgenehmigung für Rolf Löchel, Aufhebung der Postbeschränkung, freie Arztwahl, Aussetzung der Strafhaft in vier Wochen, Zusammenlegung mit den inhaftierten Mitgliedern des Gefangenenrates) wenigstens zu reden, brach Herbert Heinrich die unter Lebensgefahr durchgeführte Dachbesteigung ab (aus „ID", 188/189).

Zürich: Vor zwei Wochen gab das „Komitee gegen Isolationshaft" eine Pressekonferenz. Es ging um die Haftbedingungen von Petra Krause. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Rambert, erklärte, Petra sei während ihrer 16monatigen Haft in völliger Isolation gehalten worden. Es hätte erst unzähliger Beschwerden bedurft, um ihre Einzelhaft etwas zu lockern. Dr. med. E. Hurwitz, der Präsident der Züricher Gesellschaft für Psychiatrie *„wehrte sich insbesondere dagegen, daß die Justiz im Fall Krause die Gutachten von angesehenen Fachärzten nicht akzeptieren wolle."* Wenn man Gefangene, deren Haftfähigkeit *„aus ärztlicher Sicht verneint worden ist, automatisch einfach in psychiatrische Kliniken einweise, so bedeute das einen schweren Mißbrauch der Psychiatrie, die stets nur zum Nutzen der Patienten angewendet werden dürfe."* Eine entsprechende Verfügung des Oberrichters Fink *„setze sich aber in grausamer und gefährlicher Weise über den Gesundheitszustand von Frau Krause hinweg. Die Art und Weise, wie im Fall Krause mit schwerkranken Gefangenen umgegangen werde, werfe die Frage auf, ob noch eine sinnvolle Justiz oder eher eine l e b e n s g e f ä h r l i c h e I n s t i t u t i o n d e r R a c h e am Werk sei. Ein zu humanitärer Hilfe verpflichteter Arzt könne nur mit Entsetzen an eine solche Entwicklung denken."*

Ein Mitglied des „Komitees..." machte darauf aufmerksam, daß in der Schweiz die Verordnung über die Bezirksgefängnisse dahingehend geändert worden sei, daß mit Arrest bis zu 20 Tagen bestraft werden kann, wer durch Simulation oder selbst „verursachte Gesundheitsschäden" eine ärztliche Behandlung nötig hat (Zitate und Informationen aus „Neue Zürcher Zeitung", 27.7.77).

Straubing: Ca. 100 Gefangene fordern vom Justizministerium eine Erhöhung des Tagesverpflegungssatzes. 1976 lag der Satz bei DM 2,90 pro Gefangenem, 1977 liegt er bei DM 3,25. Selbst der Verpflegungssatz eines westdeutschen Polizeihundes liegt höher. Der Tagessatz bei der Bundeswehr liegt immerhin bei DM 4,50. Die Forderung der Straubinger Gefangenen muß auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die meisten Gefangenen acht Stunden am Tag arbeiten müssen und neben der quasi Nichtentlohnung für die geleistete Arbeit auch noch miserable Kost schlucken müssen (aus „ID" 188/189).

Rolf Pohle weiter in Haft

Rolf Pohle muß auch das letzte Drittel seiner Haftzeit von sechs Jahren und fünf Monaten in Straubing (München) absitzen. Die Vollstreckungskammer Straubing entschied, daß die

und fünf Monaten in Straubing (München) absitzen. Die Vollstreckungskammer Straubing entschied, daß die

Reststrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Diese Entscheidung ist nach einer Stellungnahme des bayerischen Justizministeriums noch nicht rechtskräftig. Als Grund für den Beschluß gab die Kammer an, daß nicht garantiert sei, daß Pohle ohne die Verbüßung der Reststrafe ein straffreies Leben führen kann (12.7.77, „Nürnberger Zeitung").

Darüber hinaus wird gegen Rolf im Zusammenhang mit der Lorenzentführung, bei der er befreit worden war, ermittelt (vgl. AK 106).

KB/Gruppe Nürnberg

Köln/Stuttgart/Karlsruhe: Der Richter am Bundesgerichtshof, Boujong – Haftrichter von Roland Mayer und Sabine Schmitz (die zusammen mit Rechtsanwalt Haag festgenommen worden waren) hat den beiden Genossen den ARBEITERKAMPF 105 vorenthalten!! In einem Beschluß vom 18.7.77 führte er aus: *„Die Druckschrift enthält in zahlreichen Artikeln und Erklärungen auf den Seiten 3, 5, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 37, 51, 53, 54 und 55 grob verzerrte und beleidigende Darstellungen der Tätigkeit von Ermittlungs-, Justiz- und Justizvollzugsbehörden.."* Er bezeichnet die Artikel als tendenziös und *„in keinem Fall um objektive Information"* bemüht.

Herr Richter Boujong bleibt in jedem Fall den Nachweis für seine unverfrorenen Behauptungen schuldig und gibt sich mit einer Aufzählung von Überschriften zufrieden. Wir wären ihm natürlich dankbar, wenn er evtl. unrichtige Informationen korregieren würde, was er aber nicht für nötig hält. Dabei würde sich nämlich herausstellen, daß wir mit unseren – keineswegs unzutreffenden Informationen – allenfalls untertrieben haben: die Wirklichkeit dürfte schlimmer aussehen, als wir sie zu beschreiben vermögen!

IKAH Hamburg

›Humaner Strafvollzug‹ vor Gericht

In den AKs Nr. 104, 107 und 108 berichteten wir über die Auseinandersetzungen um die Jugendstrafanstalt Vierlande. Ein großer Teil der jugendlichen Strafgefangenen hatte mit einem Mittagessenboykott gegen die miese Verpflegung protestiert.

Das Strafvollzugsamt und die Anstaltsleitung reagierten mit einer für die „Vorzeigeanstalt" Vierlande ungewohnten Härte. Die über die ganze Zeit sehr solidarisch geführte Aktion der Jugendlichen wurde zur Aktion weniger umgesponnen, die so erfundenen „Rädelsführer" wurden massivem Druck ausgesetzt, z.T. isoliert, psychiatrisch begutachtet usw.

Als die angedrohte Kündigung der vier in der Anstalt tätigen Sozialarbeiter, die der Aktion der Jugendlichen nicht ablehnend gegenüber standen, bekannt wurde, kündigten die Gefangenen einen Hungerstreik an, zu dem sich bei Abstimmungen weit mehr als die Hälfte der Gefangenen bereit erklärt hatte.

Hier nun fiel die Maske des „humanen Strafvollzugs" vollends. Die Mitglieder der gewählten Streikleitung wurden vollständig isoliert, selbst die Telefonate mit den Verteidigern wurden nur unter Abhören gestattet. Mehrere wurden in den Erwachsenenstrafvollzug abgeschoben, wobei skrupellos über die Selbstmordankündigung eines Jugendlichen hinweggegangen wurde. Gegen alle, die sich am Streik beteiligen wollten, wurde offen mit dem Verlust von Urlaubsgewährung und ähnlichem gedroht.

Unter diesem massiven Druck brach der Streik noch am ersten Tag zusammen. (Zum genauen Ablauf siehe AK 104, 107 und 108. Außerdem hat eine Initiative aus Hamburg-Bergedorf über die Vorfälle eine Broschüre veröffentlicht.)

Zumindest in zeitlichem Zusammenhang, nur wenige Tage nach dem Hungerstreik, wurde dann den Sozialarbeitern fristgemäß gekündigt, verbunden mit dem sofortigen Verbot, weiter in der Anstalt tätig zu sein.

In dem Kündigungsschreiben wird den Sozialarbeitern vorgeworfen, daß sie sich nicht gegen die Aktion der Jugendlichen gestellt hätten, außerdem seien sie nicht bereit gewesen, sich von „draußen" erschienenen Veröffentlichungen (Arbeiterkampf, Informationsdienst, Gefangenenselbstinitiative, Bergedorfer Initiative) zu distanzieren. Darüberhinaus wird das Aufhängen von Brokdorf-Plakaten und Plakaten gegen Berufsverbote in dem Kündigungsschreiben erwähnt.

Gegen diese Kündigung und das Hausverbot haben die Sozialarbeiter Kündigungsschutzklage eingereicht und Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung mit dem Ziel der sofortigen Weiterbeschäftigung in der Anstalt gestellt.

Diese Verhandlungen finden am 11.8.77 im Arbeitsgericht, Max-Brauer-Allee, Saal 138 um 11 Uhr statt.

Erste Proteste gegen die Kündigungen sind mittlerweile laut geworden, vor allem aus dem sozialpädagogischen Bereich und von Jugendinitiativen.

Die in der Anstalt tätigen Gesprächsgruppen haben in einem gemeinsamen Protestbrief ihre Empörung über die Kündigungen und über die Bespitzelung ihrer Arbeit ausgedrückt.

In der Pressemitteilung der Rechtsanwälte werden die Sozialarbeiter zitiert: *„....Unsere Kündigung durch das Strafvollzugsamt reiht sich in die repressiven Maßnahmen, die sich gegen die jugendlichen Gefangenen richten, ein. In der Kündigung wird uns vorgeworfen, daß wir uns nicht aktiv an dem Vorgehen gegen den Protest beteiligt haben. Dieser Forderung, den Protest mit niederzuhalten, durften wir jedoch auch innerhalb unserer arbeitsvertraglichen Stellung nicht nachkommen. Das hätte bedeutet, daß wir selbst sozial erwünschte Verhaltensweisen hätten ablehnen und verurteilen müssen. Das von uns erwartete Verhalten war daher die Aufforderung zur eigenhändigen Liquidierung der in Vierlande praktizierten Sozialarbeit. Konsequenterweise schlug man uns schließlich vor, selbst zu kündigen. Unsere Weigerung wurde mit den Kündigungen durch das Strafvollzugsamt beantwortet. Das Vorgehen gegen die jugendlichen Strafgefangenen fand seine fast vollständige Parallele in der Behandlung des Widerspruchs zu den Sozialarbeitern. Die Konflikte sollten nicht praktisch ausgetragen, sondern in beiden Fällen restriktiv gelöst werden.*

Erziehungsvollzug, d.h. Sozialarbeit als integraler Bestandteil des Strafvollzugs bedeutet, mit Konflikten zu leben und zu arbeiten. Das ist die Voraussetzung, unter der alle Mitarbeiter in Vierlande arbeiten sollten.

Für diesen Anspruch haben wir uns eingesetzt und treten für seine Realisierung auch jetzt mit unserer Klage gegen die Kündigung ein. Dabei sind wir uns bewußt, daß wir im Widerspruch zum Strafvollzugsamt stehen. Es ist aber derselbe Widerspruch, der zwischen den Worten und Taten des Vollzugsamtes liegt. Immer wenn die Sozialarbeiter den vom Strafvollzugsamt abstrakt formulierten Erziehungsgedanken inhaltlich auszufüllen suchten, wurde der Grundkonflikt zwischen Verwahrvollzug und Sozialarbeit offensicht-



„Humaner Strafvollzug": Repression von morgens bis abends!

Ein Genosse aus Hamburg/Eimsbüttel

Militarismus Antimilitarismus

Schon wieder: Drei politische Disziplinierungen im Zivildienst

Vor kurzem wurden zwei Zivildienstleistende aus Schleswig-Holstein nach Gießen strafversetzt.

Der eine, Bodo Rieners, war als Zivildienstleistender (ZDL) im Kreiskrankenhaus Heide eingesetzt. Er hatte dort zusammen mit der ÖTV-Betriebsgruppe gegen die durch die Sparpolitik verursachte Arbeitshetze protestiert. In der Begründung für seine Versetzung wurde außerdem angegeben, daß er Mitglied einer „extremistischen Organisation", des KBW, sei. Staatsschutzbehörden und Zivildienst haben da gute „Amtshilfe" geleistet, was aber nichts neues ist. So konnte schon 1972 durch einen Zufall enthüllt werden, daß eine Personalakte eines ZDL aus reiner „Amtshilfe" beim MAD gelandet war.

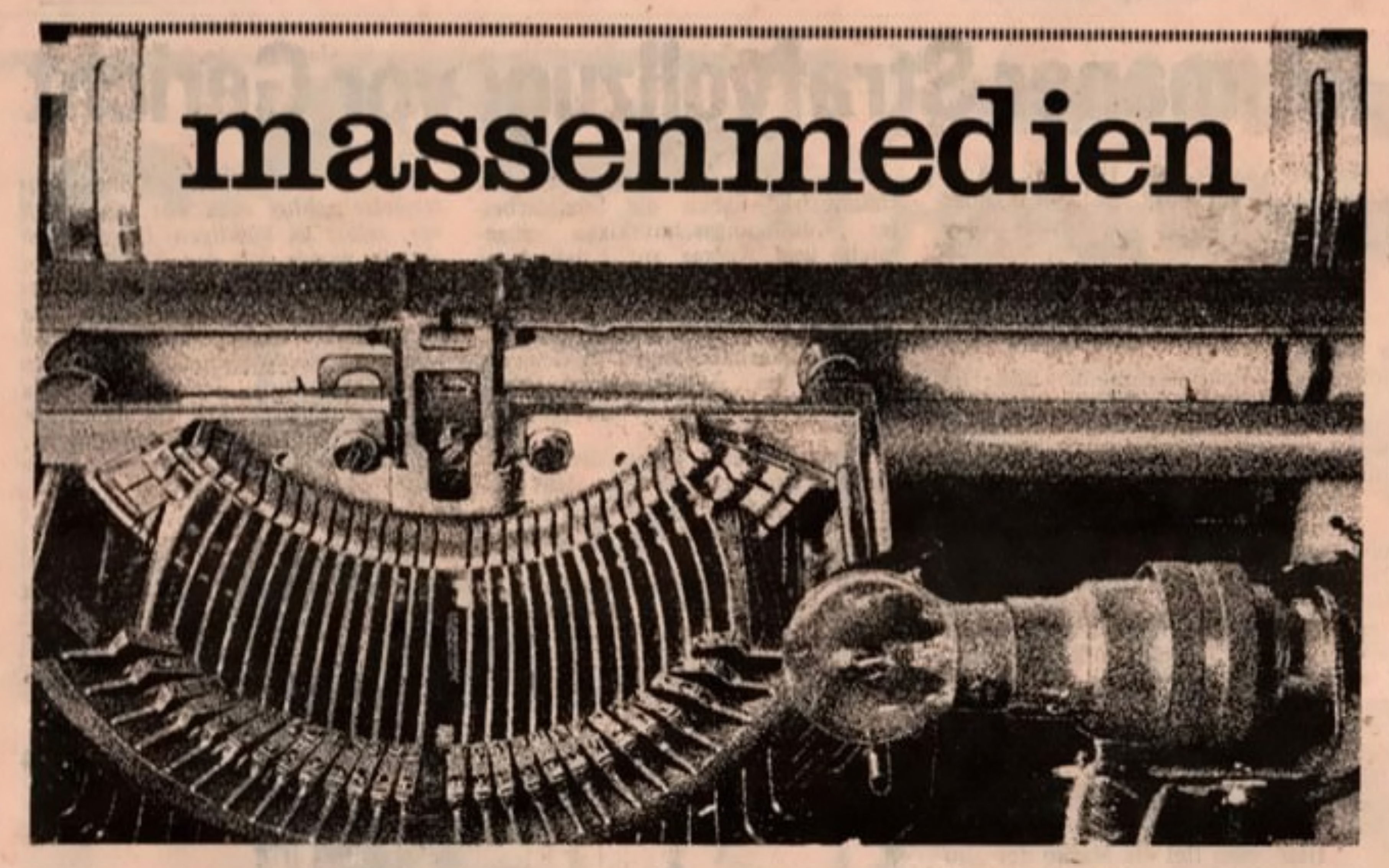
Der Kollege Kai Vollertsen aus Rendsburg wurde gleichfalls nach Gießen strafversetzt. Er war den Zivildienstoberen ein Dorn im Auge, weil er sich als Aktivist der Rendsburger Gruppe der Selbstorganisation der ZDL für die Interessen seiner Kollegen eingesetzt hatte. Anlaß war das Tragen einer „Atomkraft – Nein Danke" - Plakette!!! Das Tragen dieser Plakette wurde ihm als „politische Betätigung" im Dienst ausgelegt, was nach dem reaktionären Zivildienstgesetz strengstens verboten ist. Hier legt es das Bundesamt darauf an, jede auch noch so geringe politische Äußerung im Zivildienst exemplarisch zu verfolgen.

Aber auch jede gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb wird insbesondere von den Zivildienststellen verfolgt. So setzte sich ein ZDL in einem Behindertenheim zusammen mit anderen Kollegen gegen total hierarische „Mitarbeiter"besprechungen zur Wehr und trat für eine Angleichung von langjährig „ungelernt" Beschäftigten an den Erzieherstatus ein. Die beiden „Ungelernten" wurden kurzerhand entlassen (bzw. „gegangen") und der ZDL erhielt Hausverbot und soll nun versetzt werden. Bei dieser Art Versetzungen handelt es sich natürlich nicht um Strafversetzungen, sondern um Versetzungen aus „dienstlichen Belangen". (Das kann man mit jedem ZDL zu jeder Zeit tun.)

Gegen alle drei Disziplinierungen haben schon einige Kollegen in Resolutionen protestiert. Es wäre nicht das erste Mal, daß das Bundesamt für Zivildienst auf Grund eines Proteststurmes seine Maßnahmen rückgängig gemacht hat!

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Zivildienst!

AG Zivildienst
KB/Gruppe Hamburg



ZDK will Privatfunk

Wenige Tage vor dem Anschlag Stoltenbergs auf den NDR attackierte sein Parteikollege und NRW-Oppositionsführer Köppler unter der Tarnung seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZDK) das öffentlich-rechtliche System des Rundfunks in der BRD.

In seiner *„Erklärung zur Rundfunkfreiheit"*(?!) prangerte das ZDK die *„Politisierung der Rundfunkanstalten von innen her"* an und forderte allen Ernstes die Parteien auf, ihren Einfluß in den Sendern abzubauen, so als wäre es nicht in allererster Linie die CDU, die mit allen Mitteln und gegen die Interessen der Bevölkerung und der Journalisten versucht, ihre parteipolitischen Vorstellungen in den Verwaltungs- und Rundfunkräten durchzusetzen.

Eine privatwirtschaftliche Rundfunkstruktur müsse „ernsthaft" in Erwägung gezogen werden, insbesondere im Hinblick auf die Einführung neuer Techniken, wie z.B. des Kabelfernsehens.

Wenn die ungezählten Attacken der Rechten gegen die Rundfunkanstalten im allgemeinen und gegen die Redakteure im besonderen in ihrer Schärfe auch unterschiedlich sind, ist das Ziel doch das gleiche: das öffentlich-rechtliche System sturmreif zu schießen, um im Nachgang ein privatwirtschaftliches zu installieren, ohne den „Ballast" demokratisch gesinnter Journalisten und einer, wenn auch nur formellen, Pflicht der Verantwortung gegenüber „öffentlichen Interessen".

Wie das Ergebnis der Bemühungen, ein Netz gleichgeschalteter Sender aufzuziehen, die entweder direkt vom oder im Auftrag des Kapitals betrieben werden, aussehen wird, läßt sich schon heute am Beispiel der ebenfalls privatwirtschaftlich strukturierten bundesdeutschen Presse Tag für Tag ablesen.

Medien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

ARD-Strukturreform: Entpolitisierung und Unterhaltungsschwemme

Seit Jahren laufen in der Arbeitsgemeinschaft öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) Planspiele, die auf eine Reihe einschneidender Änderungen der Programmstruktur ab 1978 abzielen. Dabei handelt es sich keineswegs um rein organisatorische Veränderungen, sondern um eine neue inhaltliche Ausrichtung. Was die Intendanten unter dem scheinheiligen Motto »zuschauerfreundliches Programm« propagieren, beinhaltet den Abbau der »Überpolitisierung« und eine verstärkte Pflege des »Unterhaltungselements« (»Spiegel« 22/76).

Als Schwerpunkte der Strukturreform lassen sich herausstellen:

- Mehr und besser plazierte seichte Unterhaltungssendungen;
- Abdrängen der politischen Meinungsmagazine;
- Herauslösen der »Tagesschau« aus der Verantwortung des NDR;
- Einführung einer neuen Sendeform »Tagesthemen«.

Äußerer Anlaß für den Stichtag der Strukturreform, den 1. Januar 1978, ist das Auslaufen des Koordinierungsabkommens zwischen ARD und ZDF, das seit dem 1. Oktober 1973 in Kraft ist. Dieses Abkommen basierte auf zwei Prinzipien: Zum einen wurden Kontrastprogramme ge-
schaffen. das heißt etwa, Krimi gegen
schaffen, das heißt etwa, Krimi gegen Information oder leichte Unterhaltung gegenüber Drama gesetzt. Zum anderen errichtete man »Schutzzonen« für politische Sendungen, die den Zuschauern keine Auswahlmöglichkeiten bot, beispielsweise Informationssendungen auf beiden Kanälen am Montag- und Mittwochabend. Um diese »Schutzzonen« hat es immer wieder Streit gegeben. Wilhelm Dröscher, Mitglied des SPD-Präsidiums, des ZDF-Fernsehrates und der SPD-Medienkommission, machte sich z. B. für ihre Beibehaltung stark. Heinrich Köppler, Medienexperte des CDU-Bundesvorstandes, meldete andererseits die Gegnerschaft der CDU an, daß *»alle Fernsehanstalten zu einer Art Zwangsbelehrungskartell für politische Sendungen und Magazine zusammengeschlossen würden«*, und der medienpolitische Sprecher der CDU, Dr. Christian Schwarz-Schilling, bezeichnete das Dröscher-Plädoyer rundweg als *»freiheitsfeindlich«*.

De facto wurden die umstrittenen »Schutzzonen« ohnehin unterlaufen. So erreichten es die dritten Programme, die nicht an das Koordinierungsabkommen gebunden sind, mit einem massiven Angebot populärer Spielfilme ihre Drei-Prozent-Hürde zu überspringen. Mit zehnfach höherer Zuschauerzahl als üblich erreichten sie Einschaltquoten, die weit über denen politischer Magazine lagen. Daß die ARD-Bosse schnell bei der Hand sind, aus solchen Ergebnissen die Legitimation für ein Maximum an Unterhaltung und ein Minimum an Politik zu ziehen, läßt sich denken. WDR-Fernsehdirektor Werner Höfer sprach in der zunächst abgesetzten, sieben Monate später aber doch ausgestrahlten »Glashaus«-Diskussion mit Gewerkschaftern über deren Erwartungen an das Fernsehen sicher nicht nur für sich allein, als er zynisch bemerkte: *»Ich weiß aus vielen Zeitungen, daß fast 95 Prozent aller Fernsehzuschauer nichts so sehr begehren, da sind ja wohl auch 80 Prozent Arbeitnehmer bei, nichts so sehr begehren wie Unterhaltung«* (zitiert nach »FR«, 21.7.77).

Was in naher Zukunft auf diesem Sektor noch zu erwarten ist, deutet sich bereits beim Bayrischen Rundfunk an. Ab 1. Januar 1978 wird das bisherige »Studienprogramm« auf dem dritten Kanal zu einem vollständigen Abendprogramm ausgebaut. Der abendliche Sendeblock beginnt schon um 19 Uhr, also gleichzeitig mit der ersten Nachrichtensendung des ZDF. Ausgestrahlt werden Spielfilme, Unterhaltungssendungen und Fernsehfilme. Hinzu kommt, daß der BR drei Sendeblöcke einrichtet: Ab 19 Uhr, 20.30 Uhr und 21.20 Uhr. Was dem Zuschauer bisher durch das 45-Minuten-Raster, nach dem fast alle Sendungen von ARD, ZDF und den dritten Programmen zugeschnitten sind, die Möglichkeit gegeben, mehrmals am Abend von einem Programm zum anderen umzuschalten, so kann er sich ab 1. Januar nur noch um 19 Uhr zwischen BR und ZDF entscheiden. Und damit diese Entscheidung zugunsten des CSU-Propagandasenders ausfällt, wird massenwirksame, entpolitisierende Unterhaltung geboten (Informationen über BR nach AK Nr. 107).

Daß dieser Sender hier nur eine Vorreiterrolle spielt für eine zunehmend entpolitisierte Ausrichtung des Fernsehens, wird immer mehr deutlich. Die Sendeanstalten Südwestfunk, Süddeutscher Rundfunk und Saarlän-
discher Rundfunk, die gemeinsam das
discher Rundfunk, die gemeinsam das dritte Fernsehprogramm Südwest III gestalten, haben bereits angekündigt, ebenfalls um 19 Uhr ins Abendprogramm einzusteigen. Dieses Ziel steuert ohne Zweifel die gesamte ARD an, meint die »Süddeutsche Zeitung« (22.9.76).

Die guten Erfahrungen des ZDF mit dem 19-Uhr-Beginn lassen den hohen ARD-Herren schon lange keine Ruhe. Es geht um Einschaltzahlen, nicht um das Informationsbedürfnis der Zuschauer. Mit dem Argument der offenen Konkurrenz bei gleichem Beginn ließen sich hemmungslos alle Kanäle mit seichter Unterhaltung vollstopfen.

Auch an dem Schema der 45-Minuten-Blocks gedenkt man künftig nicht festzuhalten.

Die Sparten Spiel und Unterhaltung bekommen im neuen Programmschema zehn bis 15 Minuten mehr Sendezeit und die besten Programmplätze. Nach der »Tagesschau« wird das Programm jeden Abend mit Unterhaltungssendungen beginnen. Laut einem internen ARD-Papier (»Detailvorschläge für die Unterhaltungssendungen«) sollen als neue Sendeform *»realitätsbezogene Fortsetzungsgeschichten nach zeitgenössischen und historischen Stoffen oder nach literarischen Vorlagen«* eingesetzt werden. Nur ein Beispiel: Der WDR will Gustav Freytags verstaubten Kaufmannsschinken »Soll und Haben« aus dem 19. Jahrhundert serienweise ins Programm pusten. *»70 Millionen Mark wird nach den ersten Schätzungen die Aufblähung der Unterhaltungssendungen kosten, Munition für die Forderung nach einer neuen Gebührenerhöhung«*, kommentiert der »Stern« (49/76).

Mit der demagogischen Begründung, daß *»es sich erwiesen hat, daß der Zuschauer viel eher bereit ist, sich eine politische Sendung um 21 Uhr anzuschauen, wenn er vorher 45 Minuten etwas Unterhaltsames geboten bekommen hat«* (Heinz Werner Hübner, nach »SZ« v. 22.9.76), sollen die politischen Magazine »Panorama«, »Monitor« und »Report« von Montag um 20.15 Uhr auf 21.15 Uhr geschoben werden, wo sie in Konkurrenz zum ZDF-Film laufen würden.

Das Zurückdrängen der politischen Meinungsmagazine ist seit langem propagandistisch vorbereitet worden durch ein ständiges Gejammer der Programm-Oberen über die »grassierende Magazinitis«. So klagte Programmdirektor Hans Abich, man habe *»in den letzten Jahren das wichtige Einzelfeature oder die interessante Reportage vernachlässigt und zu viele Plätze mit Magazinen belegt«* (»FR«, 16.9.76).

Das Versäumte soll nun mit einem großen Wurf ausgeglichen werden: Die ab 1. Januar 1978 für jeden Werktag von 22.30 bis 23 Uhr geplante Sendereihe »Tagesthemen« wird eine Art verlängerte Spätausgabe der Tagesschau mit dem Schwerpunkt auf Hintergrundinformation darstellen.

Um die »Tagesthemen« hat es schon ein großes Geschiebe und Gerangel, verbunden mit einem aufwendigen Personenkarussell gegeben. Die drei größten Sender, WDR, NDR und BR stritten sowohl um den Standort als auch um das Konzept der neuen Sendung. Herausgekommen ist ein Kompromiß, der zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt: Unter dem Titel »ARD aktuell« werden Tagesschau und »Tagesthemen« der ARD-Hoheit unterstellt und der alleinigen Verantwortung des NDR entzogen. *»Die Ausgliederung«*, so lautet der Beschluß der ARD-Intendanten, *»soll der Gesamtheit der ARD-Anstalten insbesondere die Möglichkeit eröffnen, auf die Gestaltung dieser Programme und die personelle Besetzung Einfluß zu nehmen«* (»konkret« 7/77). Als Oberchefredakteur für beide Sendungen wurde Dieter Gütt (SPD), früher Politik-Koordinator der ARD und zuletzt deren Beobachter bei den Vereinten Nationen, berufen. Günther Müggenburg, früher »Bericht aus Bonn« und zuletzt ARD-Korrespondent in Washington, löst den amtierenden Tagesschauchef, Hartwig von Mouillard, ab, und Klaus Stephan vom Bayerischen Rundfunk wird als Chefredakteur der »Tagesthemen« die vom CSU-Propagandasender befürchteten »Linksausleger« der neuen Sendung kontrollieren.

Angestrebt ist offensichtlich ein gefügiges Propagandainstrument. Laut »Konkret« (7/77) soll die Tagesschau künftig *»den Sorgen der Bundes- und Landesregierungen Geltung verschaffen«:*

»Das heißt für die ‚Tagesschau': Noch mehr bleckende Schmidts, tapsende Genschers, grinsende Kohls, sonnenbebrillte Strauß' ... Noch mehr mit Politikern gefüllte Sessel, Ehrenkompanien und Galaempfänge. Noch mehr Kronleuchter und tanzende Neger bei internationalen Empfängen. Und nur noch Reklame für Politiker in Form von Interviews, nur noch Selbstdarstellungsshows und Imagewerbung«.

Auch für die »Tagesthemen« darf Ähnliches befürchtet werden. Die Sendung soll nach parteipolitischem und regionalem Proporz gefüllt werden.

In der bürgerlichen Presse werden die geplanten Veränderungen der Strukturreform allerdings durchgängig als Ergebnisse der Unfähigkeit bürokratischer Programmacher und »hasenfüßiger Direktoren« (»Spiegel« 43/76) verharmlost, die sich nicht zu wirklichen Reformen durchringen könnten. Tatsächlich geht es darum, daß alle möglichen bürgerlichen Politiker aus den verschiedensten Regionen ihre politische Werbung anbringen wollen.

Medien-Kommission

Kabelfernsehen: Positionen und Wünsche sind deutlicher geworden ...

»Alle am Kabelfernsehen und den ‚neuen Medien' Interessierten haben sich über Jahre hinweg bemüht, darzutun, daß sie an diesen Dingen überhaupt nicht interessiert seien. Nach einer Phase der Unsicherheit, aber auch der Verschleierung von Absichten — bei gleichzeitiger entschlossener interner Vorbereitung auf die Beteiligung an den neuen Medien — sind die Positionen und Wünsche in den vergangenen Monaten deutlicher geworden« (»FAZ«, 9.5.77).

Wie deutlich diese »Positionen und Wünsche« der Interessierten inzwischen formuliert werden, zeigt die Aussage Stoltenbergs im Zusammenhang mit der angekündigten Auflösung des Staatsvertrags mit dem NDR. Eine Neuregelung des Staatsvertrages ohne eine Beteiligung von Verlegern an künftigen Kabelfernsehprojekten komme lt. Stoltenberg nicht infrage.

Seitdem im Januar 1976 die Regierungskommission für den »Ausbau des technischen Kommunikationsnetzes in der BRD« ihren Bericht vorlegte, in dem u. a. auch die Bedeutung und die Möglichkeiten des Kabelfernsehens untersucht wird, hat sich die Diskussion und politische Vorbereitung einer Einführung des Kabelfernsehens verschärft.

Dazu gehören:

- die zahllosen Angriffe auf demokratische Journalisten und ihre Sendungen;
- die demagogische Etikettierung z. B. des NDR und WDR als »Rotfunk« und »Anarchistensender«;
- die jüngsten Aktivitäten vorwiegend des Bayerischen Rundfunks, durch ein »Kontrastprogramm« die ARD zu unterlaufen und damit letztlich kanten zu wollen;
- Stoltenbergs Androhung, den Staatsvertrag mit dem NDR seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu kündigen, mit der Zielsetzung, die Zerschlagung der ARD in Angriff zu nehmen und die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks in der BRD zu unterminieren;
- die ständig massiver werdende Kritik rechter Kräfte insgesamt am herrschenden öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem.

Diese Aktivitäten und Angriffe dienen nicht zuletzt als Munition für eine massive Propagierung der Forderung nach einer privatwirtschaftlich organisierten Rundfunkstruktur.

Konkrete Projekte verschärfen die Auseinandersetzung

Fand die Diskussion um das Kabelfernsehen und die Beteiligung der Kapitalisten daran bis vor kurzem noch im theoretischen Rahmen statt, so hat sich dieses mit der anstehenden Durchführung sogenannter »Pilot-Projekte«, die der praktischen Erprobung sowohl des technischen Systems als auch der rundfunkpolitischen Fragen dienen sollen, geändert.

Diese Versuchsprogramme werden nun in allen Teilen der BRD und voraussichtlich auch in West-Berlin im größeren Stil vorbereitet, um Aufschlüsse über die Problematik dieses »neuen Mediums« zu erhalten.

Dies nun ist der Ansatzpunkt für die Kapitalisten und »ihre« Politiker, mit allem Nachdruck die Beteiligung interessierter Kapitalkreise daran zu fordern und durchzusetzen. Vor allem die Pressekonzerne sehen sich geradezu prädestiniert, hier endlich in den politisch und ökonomisch wichtigen Bereich der elektronischen Massenkommunikationsmittel vorzudringen. Hierzu aber müssen noch eine Reihe politischer und rechtlicher Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Die gesetzliche Grundlage der öffentlich-rechtlichen Struktur des Rundfunks in der BRD ist im wesentlichen das sogenannte »Fernsehurteil« des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1961, wo festgestellt wird, daß eine *»Kontrolle durch die gesellschaftlich relevanten Kräfte deshalb unerläßlich sei, weil dem Rundfunk nur begrenzte Sendefrequenzen zur Verfügung stehen und im Übrigen erhebliche Investitionen notwendig sind ...«* (nach »FAZ«, 10.12.76).

Dieses Grundsatzurteil und die damit im Zusammenhang stehende Länderhoheit über die Sendeanstalten sowie auch das Monopol der Bundespost zur Errichtung und Betrieb der notwendigen Fernmeldeeinrichtungen haben bislang dem direkten Griff der Kapitalisten nach dem Rundfunk im Wege gestanden.

Durch die Möglichkeit des Kabelfernsehens jedoch bekommen sie eine

Fortsetzung auf Seite 29

Fortsetzung von Seite 28

Waffe in die Hand, mit der diese Bastion gestürmt werden soll.

Kapitalisten-Fernsehen aus Sorge um „Informationsfreiheit" und „Meinungsvielfalt"

Politisch begründet wird die Forderung nach privater Beteiligung an künftigen Kabel-TV-Versuchen mit der Notwendigkeit der »Entmonopolisierung« des Rundfunk und der Sorge um die »Informationsfreiheit« und die »Meinungsvielfalt«, deren Einengung auf öffentlich-rechtliche Träger im »freiheitlichen« Staat politisch nicht zu verantworten sei. In der Frage, ob auch private Träger, vor allem Pressekonzerne, Zugang zu den neuen Medien bekommen, gehe es darum, ob man *»für oder gegen freiheitsbewahrende Pluralität«* sei (»Welt«, 12.11. 1976).

Wenn man sieht, daß Stoltenberg mit genau diesen hohlen Phrasen auf den Lippen den NDR deshalb angreift, weil er hier noch gewisse Reste von Pluralität im Sinne von Nicht-Gleichschaltung vermutet, läßt sich klar erkennen, daß, je mehr die bürgerlichen Politiker mit diesen Begriffen aus der Mottenkiste »arbeiten«, um so stärker das genaue Gegenteil gemeint ist und zementiert werden soll.

Öffentlich-rechtliche Struktur „verfassungswidrig"?

Gemäß der Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen werden dieser »politischen« Begründung im wesentlichen folgende Argumente für die Beteiligung von Privatkapitalisten am Kabel-TV nachgeschoben:

— Das öffentlich-rechtliche »Monopol« verstoße gegen Bundes- und Länder-Verfassung, und zwar gegen die Artikel, die die freie Meinungsäußerung garantieren. Es sei *»rechtlich zwingend geboten, den Monopolfunk zu beseitigen«* (»Welt«, 30.11.76), da die Hinderungsgründe für eine Privatisierung des Rundfunks, wie sie im »Fernsehurteil« geltend gemacht wurden, dank der Kabeltechnik nicht mehr zutreffen, was die Frage der Frequenzen angeht. Bezüglich der Finanzierung werden z. T. noch »Unklarheiten« angemeldet: » ... *es kommt darauf an, ob ein Finanzierungsweg gefunden wird, der dem ‚normal Finanzstarken' — also jedem, der, sagen wir, soviel Geld hat wie der durchschnittliche Zeitungsverleger* (!!) — *den Zugang zum Fernsehen ermöglicht«* (»Welt«, 4.1.77).

— Die finanzielle Misere der öffentlich-rechtlichen Anstalten läßt eine Durchführung der Kabel-TV-Versuche ohne die Beteiligung »normal finanzstarker Zeitungsverleger« und ohne öffentliche Mittel sowieso nicht zu.

— Lokales, öfffentlich-rechtlich strukturiertes Kabelfernsehen wirke sich folgenschwer auf die wirtschaftliche Situation lokaler und regionaler Zeitungen aus, da die notwendigen Kosten nur über verstärkte Werbeeinnahmen wieder hereinkommen könnten, was die kleinen Zeitungen in Existenznot bringen würde. Aus diesem Grund müßten sie am lokalen Kabel-Projekt beteiligt sein.

Interessant hierbei ist, daß die Verleger das Argument, lokales Kabel-TV würde ihnen Werbeeinnahmen wegnehmen und sie ins wirtschaftliche Chaos stürzen, immer nur dann anbringen, wenn sie eine Mitbeteiligung durchsetzen wollen.

Für den Fall reiner Privat-Projekte präsentieren sie hingegen Finanzierungsmodelle, in denen die Werbung eine untergeordnete Rolle spielt , und die auf einer Art »Umlage-Gebühr« für die Teilnehmer basieren.

— Dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen wird seitens der Rechten bescheinigt, es versage in *»unerträglicher Weise. Nicht nur ist seine demokratiegefährdende Einseitigkeit* (!) *schlüssig ... nachgewiesen; von seiner jämmerlichen Langweiligkeit können sich Millionen Zuschauer jeden Abend neu überzeugen. Hier sei die Zeit reif für eine Systemveränderung«* (»Welt«, 30.11.76 nach AK 98).

Pressekonzerne an der Spitze

In vorderster Front im Kampf um die Aufweichung des öffentlich-rechtlichen Systems und der Durchsetzung ihrer eigenen Beteiligung an den Pilotprojekten stehen die Zeitschriften- und Zeitungsverleger. Die Übertragung der Verantwortung für die im lokalen Bereich geplanten Kabelfernsehversuche an die bestehenden Rundfunkanstalten ist dann auch auf die massive Kritik der Vereinigungen der Verleger gestoßen.

Grundsätzlich fordern die Verleger für die Pilot-Projekte eine gemischte Beteiligung von öffentlich-rechtlichen Anstalten und privaten Trägern.

Da durch ein lokales Kabelfernsehen die Verleger *»unmittelbar publizistisch und wirtschaftlich betroffen seien«*, wären die Verleger »bereit«, unter eigener *»publizistischer Verantwortlichkeit und nicht unter der der Rundfunkintendanten ... unter dem Dach einer neu zu gründenden öffentlich-rechtlichen Institution«* sich an den Versuchssendungen zu beteiligen.

Da die erheblichen finanziellen Mittel nur von den großen Pressekonzernen aufgebracht werden können, stünden die einzelnen kleinen Zeitungen wiederum vor der Tür, ihre ökonomischen Grundlagen würden über kurz oder lang vor dem Konkursrichter stehen oder aber von den Großen geschluckt. Die Pressekonzentration würde einen neuen Schub bekommen. Um solchen Argumenten den Wind aus den Segeln zu nehmen, schlagen die großen Verlage, jovial wie sie nun einmal sind, eine Begrenzung durch Höchstanteile vor, wohl wissend, daß nur sie in der Lage sind, überhaupt Anteil an der Entwicklung zu nehmen.

Parteien und DGB zum Kabelfernsehen

Fragt man nach der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zu dieser Problematik, so verwundert es nicht, daß die CDU der größte Protagonist der Kapitalinteressen ist.

Mit der gleichen Härte, mit der ihre Vertreter liberale Journalisten angreifen, Berufsverbote für Redakteure fordern (s. AK 104) und die Gleichschaltung des Rundfunks und Fernsehens vorantreiben, nimmt die CDU ihre Aufgabe wahr, bei allen sich bietenden Gelegenheiten die unumgängliche und uneingeschränkte privatwirtschaftliche Organisierung des Rundfunks zu fordern.

Die Stellung der SPD ist im Gegensatz dazu wesentlich »»differenzierter«. Sie fordert den Zugang zu den Medien für alle Bürger, was ja die privaten Träger nicht ausschaltet. Da sie diese grundsätzliche Befürwortung der Kapital-Beteiligung jedoch so ohne weiteres weder den eigenen Parteimitgliedern noch der Bevölkerung verkaufen kann, muß sie verbale Seiltänze vorführen: Z. B. daß eine Änderung der derzeitigen Struktur die Rundfunkanstalten bedrohe (genau das wollen die Kapitalisten ja erreichen), und daß bei einer Verständigung zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privatwirtschaftlichen Trägern die Parlamente umgangen werden könnten, ... als ob die heute noch was zu sagen hätten.

Im wesentlichen jedoch fürchtet die SPD um den Verlust ihres Parteieinflusses in den elektronischen Medien sehr viel mehr, als daß ihr der eventuelle Aufbau von Springer-/Bertelsmann-/Holzbrinck-Sendern und die damit verbundenen politischen Konsequenzen für die »Rundfunk- und Pressefreiheit« an sich etwas ausmachen würde. Neben der ebenso allgemeinen wie nichtssagenden These, das öffentlich-rechtliche System habe sich bewährt, ist der Standpunkt der FDP im wesentlichen getragen von der »Sorge« um die kleinen und mittleren Zeitungsverlage, die durch strikte Wettbewerbsbeschränkungen geschützt werden müßten.

Die verbale Kritik sowohl der SPD als auch der FDP an einer Kapitalbeteiligung dient lediglich dazu, Kritiker in den eigenen Reihen so lange ruhig zu halten, bis bestimmte politische und rechtliche Grundlagen dafür geschaffen sind, daß man ohne großen Gesichtsverlust auch vor der Öffentlichkeit eine privatwirtschaftliche Beteiligung und damit den langfristigen Abbau des öffentlich-rechtlichen Systems vertreten kann.

Der DGB beharrt (noch?) auf ausschließlich öffentlich-rechtlich organisierte Versuchssendungen, da Rundfunk- und Fernsehsendungen eine besondere Bedeutung im Rahmen der Informations- und Meinungsbildung haben und deshalb unter gesellschaftlicher Kontrolle stehen müssen. Privatrechtliche Beteiligung an Versuchsprogrammen werden strikt abgelehnt, also auch für Zeitungsverlage, weil das deren Monopolisierung der Meinung noch verstärkt.

Der Rundfunk müsse auch künftig Gegengewicht und Ergänzung der privaten Presse bleiben.

Angesichts der bestehenden Verhältnisse von einem »Gegengewicht« reden zu wollen, wirkt allerdings fast makaber; ebenso wie der Spruch der »gesellschaftlichen Kontrolle« des Rundfunks. Die DGB-Vertreter in den Rundfunk- und Verwaltungsräten kann man an zwei Händen abzählen und wenn dort welche sitzen, so vertreten sie in erster Linie eine bürgerliche Partei und ganz gewiß nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. So geraten die Vorstellungen eines demokratisch aufgebauten Rundfunks seitens der »Arbeitsgemeinschaft Publizistik des DGB« zur Farce, vergleicht man sie mit dem, was ist! (nach »WdA«, 27.2.76).

Die praktische Erprobung und Einführung des Kabelfernsehens in absehbarer Zeit (voraussichtlich 1980/81) bietet für die interessierten Kapitalkreise die realistische Möglichkeit, der heutigen Struktur des Rundfunks den letzten Stoß zu versetzen und den privatrechtlichen Rundfunk zu installieren.

Die »Vorarbeiten« dazu laufen auf Hochtouren. Die jüngsten Aktivitäten Stoltenbergs in Bezug auf den NDR-Staatsvertrag zeigen, daß man es für gegeben hält, diese Fragen nicht nur wie bisher im »Expertenkreis« zu diskutieren, sondern sie der Öffentlichkeit zu präsentieren, nachdem die Rechten durch jahrelange Kampagnen gegen die »linken Monopolfunk-Sender« und deren Mitarbeiter das Feld bereitet haben.

Das Kabelfernsehen bietet die Möglichkeit, in absehbarer Zeit neben einer nahezu gleichgeschalteten Presse auch ein in seichte »Unterhaltung« eingebettetes Fernseh-Programm »Modell Deutschland« an die Bevölkerung heranzutragen, ohne den Ballast irgendwelcher »Ausgewogenheits-Klauseln« und dem »Risiko« etwaiger liberaler Journalisten.

Medien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

CSU-Funk Bayern: Beispiel reaktionärer Medienpolitik

Durch ein Bündel von Maßnahmen ist es der CSU in den letzten Jahren gelungen, aus dem Bayrischen Rundfunk einen braunen Parteisender zu machen. Zensur demokratischer Inhalte, Personalpolitik und rechte Meinungsmobilisierung gehen dabei Hand in Hand. Im März 1972 verabschiedete der Bayrische Landtag ein CSU-Gesetz, das den verstärkten Eingriff der Parteien und die Einrichtung privater kommerzieller Rundfunksender vorsah. Diese Pläne der CSU scheiterten an einer breiten Bewegung, die durch ein »Volksbegehren« dies Gesetz zu Fall bringen konnte. Durch die Proteste sah sich die CSU gezwungen, die Entwicklung zum CSU-Funk in kleineren Schritten voranzutreiben.

— War 1971 noch kein CSUler in den Spitzengremien des damals noch relativ liberalen BR zu finden, so ist heute alles in deren Händen, vom Intendanten bis hin zur unteren Ebene der Hierarchie.

— Eine »Strukturreform« diente der Ausschaltung einiger Liberaler und der Ämterhäufung bei der Rechten — so ist Mühlfenzl (CSU) heute Chefredakteur beim Fernsehen, Programmbereichsleiter »Politik und Tagesgeschehen«, Koordinator und stellvertretender Fernsehdirektor.

— Im Sommer 1974 wurden durch Programmkürzungen eine große Zahl politischer und kulturpolitischer Sendungen weggestrichen.

— Im April 1975 wurden im ganzen 3. Programm die festen Sendetermine aufgehoben; demnach muß jede einzelne Sendung inhaltlich abgesegnet sein, nur noch das wird überhaupt produziert, was der Fernsehdirektor und der Chefredakteur für sehenswert halten.

— Vom Sommer 1975 ab ließen die BR-Fürsten (in enger Zusammenarbeit mit Filbinger) eine Anzahl von Drohungen vom Stapel, sie würden aus dem ARD-Verband aussteigen. Bei den Sendungen der ARD zeige sich »neumarxistisches Übergewicht« (schön wärs ja!) und das widerspräche dem bayrischen Rundfunkgesetz. Tatsächlich steht dort, das Fernsehprogramm des BR müsse *»von Menschlichkeit und Objektivität getragen sein«* und *»der Eigenart Bayerns gerecht werden«; »Sendungen, die das sittliche oder religiöse Gefühl verletzen«*, sind strikt verboten.

— Im Sommer 1975 machte der Intendant des österreichischen Fernsehens, Gerhard Weis, den Vorschlag, ein »Alpenfernsehen« zu gründen (»Freistaat« Bayern und Österreich in Zusammenarbeit mit der Schweiz).

Hat die CSU dieses Projekt bisher auch nicht wahrgemacht, so sind solche Äußerungen für die ARD-Sender noch immer ein schöner Anlaß gewesen, selbstkritisch einige »antisittliche« und »antireligiöse« Überreste in ihrem Programm zu beseitigen. Ein praktischer Schritt zum Rausdrängen »zu liberaler« ARD- und ZDF-Sendungen ist der Ausbau des 3. BR-Programms zum vollständigen Abendprogramm, das zeitlich so aufgebaut ist, daß ein Umschalten auf andere Sender nach 19 Uhr nicht mehr in Frage kommt (siehe AK 107).

Die CSU-Landesregierung macht das Programm

Laut Rundfunkgesetz sind »die gesellschaftlichen Gruppen« angemessen an der Kontrolle des Programms zu beteiligen. Das Gesetz sieht dazu vor, daß von den 49 Sitzen des Rundfunkrates 15 den Parteien, fünf den Kapitalistenverbänden und sage und schreibe ein Sitz den Gewerkschaften zukommt. Damit ist der DGB genauso »angemessen« repräsentiert wie die israelitische Kultusgemeinde, die Verbände der »Heimatvertriebenen« oder der rechte »Bund Naturschutz«, die auch jeweils einen Vertreter haben!

Ist dadurch schon die Ausrichtung des Programms garantiert, wird zusätzlich die Landesregierung direkt einbezogen, wie z.B. aus der Äußerung des Wirtschaftsredakteurs und Verantwortlichen für kulturpolitische Sendungen über ein Gespräch mit Kultusminister Maier hervorgeht: *»Wir haben wichtige Prioritäten abgesteckt und Herr Minister Maier wird mir in den kommenden Tagen entsprechendes Material übermitteln«* (Broschüre der »Bayrischen Initiative Rundfunkfreiheit«)

„Eine Zensur findet nicht statt"

Nach Meinung der CSU ist es eine *»Selbstverständlichkeit, daß Programmacher im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen nicht jene unbeschränkte Freiheit genießen können, die ihren Kollegen im Bereich der Presse zuteil wird«*. (CSU-Generalsekretär Tandler, »Bayernkurier« 27.9.75). Nach diesem Motto wurden dem »bayrischen Gemüte« schon eine große Anzahl Sendungen vorenthalten, z.B. »Zoom«, »Rosa von Praunheim«, die »Lach und Schießgesellschaft«, ein Film über Klaus Staeck.

Zur Absetzung des Staeck-Films meinte BR-Chef Mühlfenzl zynisch: *»Es ist nicht gegen den Film eingeschritten worden, er ist lediglich nicht zur Sendung gekommen«* (Broschüre, s.o.). Von Zensur kann natürlich nicht die Rede sein!

Wird also jeder Hauch von Liberalität ausgeschaltet, bietet der BR gleichzeitig den Faschisten einen breiten Tummenplatz:

So propagiert Winfried Martini im »Kommentar zur Woche« sein braunes Gedankengut — er ist nebenbei Mitarbeiter einiger Faschistenblätter (»Deutschlandmagazin«, »Zeitbühne«, »Soldat und Volk«, Organ des Verbandes Deutscher Soldaten).

Rechte Bürgerbewegung

Durch eine reaktionäre Massenmobilisierung versucht die CSU, ihre Medienpolitik zu untermauern. So sorgen die Vereine »Aktion Funk und Fernsehen« (AFF) und »Funk- und Fernseh-Mitgestaltung (FFM) für Zuschauerproteste — mit vorgedruckten Stimmkarten! Darauf kann man ankreuzen: *»Inhalt: tendenziös, aufhetzend, propagandisitisch, taktvoll; Gesamteindruck der Sendung — Sie war den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat fördernd; gefährdend.«*

Im Juli forderte die AFF in einer bundesweiten Anzeigenkampagne die Verpflichtung der Journalisten zur Verteidigung der Grundordnung und des Rechtsstaats. Der rechtsradikale Hintergrund der Vereine läßt sich bei FFM klar nachweisen; die Chefs sind Georg Zahel (Brühl) und Ludwig Zettel (Nürnberg). Zahel arbeitet bei verschiedenen Faschistenzeitungen mit, u.a. bei der »Gesamtdeutschen Warte — Stimme des geteilten Deutschland«. Monatliches Informationsorgan von AFF und FFM ist das Blatt »Unsere Sendung«, Herausgeber ist der Kölner Jurist und Kleinverleger Lothar Lohrisch, der daneben die braunen »Wehrpolitischen Informationen« vertreibt (Broschüre, s.o.).

Der Widerstand regt sich

Die Rundfunkpolitik der CSU hat eine Gegenbewegung entstehen lassen, die weit in das Lager liberaler Journalisten und Künster hineinreicht. 1975 wurde die »Bayrische Initiative Rundfunkfreiheit gegründet«, die eine Broschüre zur reaktionären Formierung erarbeitet hat, aus der ein Großteil dieser Informationen stammt.

KB/Gruppe Nürnberg

Griechenland

Allgemeine Wehrpflicht für Frauen!

Griechenland. Große Empörung ruft zur Zeit das Vorhaben der Regierung Karamanlis hervor, den seit Ende 1976 auf Eis gelegten und schon fast als „gestorben" betrachteten Gesetzentwurf zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Frauen jetzt überraschend in der Ferienzeit des Parlaments durchpeitschen zu wollen.

Begründet wird diese einschneidende Maßnahme mit der niedrigen Geburtenrate, die die „Verteidigungskraft" wesentlich schwäche. Vor dem Hintergrund der ständig geschürten Horrorvision der hohen Geburtenrate in der Türkei wird angeführt, daß die Männer nicht noch mehr belastet werden könnten, daß das äußerst Tragbare mit der normalen Dienstzeit von 30 Monaten erreicht sei.

Außerdem sei dies ein Schritt zur ... „Gleichberechtigung der Frau"!!! (Das ganze ist natürlich in einem Brimborium von „Volk und Vaterland", „schöner und ehrenhafter Pflicht" usw. verpackt.)

Der Gesetzentwurf selbst sieht die Wehrpflicht für Frauen zwischen 20 und 32 Jahren vor, sofern sie nicht verheiratet sind und/oder Kinder haben. Also eine ganz klare frauenfeindliche Erpressung! Außerdem gibt es eine Reihe Ausnahmen bei bestimmten „sozialen Härtefällen".

Der „Dienst mit der Waffe" soll, zumindest in Friedenszeiten, „freiwillig" sein. Die Frauen sollen vorwiegend in den unterstützenden Bereichen die Männer ersetzen. „Bei Bedarf" sollen sie allerdings auch an die Waffen gezwungen werden können (nach ‚Eleftherotipia', v. 2.8.77).

Traurig ist die Reaktion der Opposition: Während die linkssozialistische PASOK und die revisionistische KKE den Gesetzentwurf selbst mit scharfen Worten ablehnen und immerhin noch die Begründung anführen, daß die Frauen schon genug benachteiligt sind und man zumindest die Mutterschaft als gesellschaftliche Arbeit voll entschädigen müsse, erkennt die eurorevisionistische KKE/Inland auch verbal die Problematik als gegeben an. Ähnlich wie die sozialdemokratische EDIK und die „Sozialistische Initiative" (Mangakjis, Tsatsos + Co.) lehnt sie aber den konkreten Gesetzentwurf mit der Begründung ab, denn da müßten die Frauen vorher wohl doch noch etwas mehr Rechte bekommen...

Eine konsequent fortschrittliche Linie bezieht dagegen die hauptsächlich in Athen/Piräus arbeitende „Bewegung für die Befreiung der Frauen". So führte sie sofort eine große Plakatierungskampagne durch: *„Fühlst du dich jetzt gleich? – Ja, gleich in der Unterdrückung!"* Diese Frauen scheinen nicht auf die „Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung" hereinzufallen.

Griechenland/Türkei-Kommission

Vom 8. bis 10.7.77 fand in Athen die erste Konferenz der linkssozialistischen PASOK statt.

Die 936 gewählten Delegierten repräsentierten 27.000 Mitglieder. Neben den Wahlen für das 60-köpfige Zentralkomitee und das 7-köpfige Parteigericht standen inhaltlich wesentlich die Wahlen im kommenden Jahr und die Taktik der PASOK im Vordergrund. Die Form der Konferenz war äußerst demokratisch, die Delegierten wurden vom „untersten Zipfel der Basis" ab und von der gesamten Breite der Organisation gewählt. Ein PASOK-Mitglied schrieb in einem Artikel der „Elefterotipia", daß jeder einfache Bauer, der einfache Werktätige an der Basis die Delegierten gewählt habe, damit sie seine Politik machten. Somit lege das Volk die Politik der PASOK fest und kontrolliere sie.

Papandreous Eröffnungsrede war sehr allgemein gehalten und brachte wenig neues. Die einzig interessante Frage ist die Taktik zu den Wahlen, wo Papandreou die PASOK kategorisch auf eine Alleinkandidatur festlegen und keinerlei Bündnisse eingehen will.

„Die PASOK hat erklärt, daß sie aus eigenen Kräften in die kommenden Wahlen eintritt.

Es erhebt sich die Frage, ob vielleicht die 'Spaltung' der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der Rechten wieder Gelegenheit gibt, eine Wahlmehrheit zu erreichen ... Von verschiedenen Seiten wird auf diese Frage als Antwort nur ein Wort gegeben. Die einen benutzen es aus guter Absicht, die anderen, um auf einfache Weise Beifall zu erlangen, ein Wort, das sie als magische Lösung vorschlagen, d.h. sie sprechen von irgendeiner 'Einheit'."

Eine Einheit bei den Wahlen, so Papandreou, hätte nur Sinn und wäre notwendig bei einem reinen Mehrheitswahlrecht (wo die Stimmen eines unterlegenen Kandidaten eines Wahlkreises unter den Tisch fallen). Beim geltenden Wahlsystem müsse schon ein gemeinsames Regierungsprogramm vorliegen. Das Zusammengehen müsse auf gemeinsame Prinzipien gestützt sein. Die Ziele der einen Partei dürften die der anderen nicht unterhöhlen.

„In Griechenland wurde die Einheit in diesem Sinn fast immer vorangetrieben, um die Kräfte der Änderung in breiteren Formationen einzukesseln, die letztlich, gewollt oder ungewollt, Alternativlösungen für das Regime bedeuteten. So etwas jedoch bedeutet Verhöhnung des Volkes.

Aufgabe der PASOK ist es, jedem Bürger, der Änderung fordert, zu erklären, daß die abstrakten Worte Illusionen und Verwirrung hegen."

Während die PASOK klare und konkrete Vorschläge habe, würden *„andere irgendwelche Flicken 'Lösung' nennen, die zu Lumpen werden, irgendwelche Bauten aus unechtem Material, die zusammenstürzen."* Die Pasok sei die „Vorhut", die Partei der „großen Änderung", diese große Hoffnung dürfe nicht verfälscht werden.

Die klare Absage von Papandreou an die Adresse der sozialdemokratischen EDIK ist zu begrüßen und viele Mitglieder und Anhänger werden das auch so verstehen.

Aber die linken Kräfte haben nie eine gemeinsame Wahlfront mit der EDIK vorgeschlagen, sogar untereinander hat man diese Frage noch nicht voll angeschnitten. Die „Christianikji Dhimokratia" (Psaroudhakjis) z.B. hat einen Beschluß gefaßt, in Bezug auf gemeinsame Kandidaturen vorläufig noch keinerlei Schritte zu unternehmen. Es geht von dieser Seite bislang rein um die „demokratische Zusammenarbeit" auf breitester Ebene, wobei auch die außerparlamentarische Arbeit, Mobilisierungen usw. eine wichtige Rolle einnehmen sollen (dazu wurde allerdings auch die PASOK eingeladen, die aber ablehnte!).

Insofern ist es sicherlich „übertrieben", wenn Papandreou die Linke dazu auffordert, sich auf die Gründungserklärung der PASOK vom 3. September 1974 zu stellen. Wenn das keine Parteiladenpolitik ist!?

Mavros (EDIK) reagierte in den folgenden Tagen ungewöhnlich scharf auf die ablehnende Haltung in Bezug auf ein Wahlbündnis. Er charakterisierte die Äußerungen Papandreous als *„Spaltung"*, als *„unerhofften Beitrag für die Rechte"*. Er hielt auch nicht hinter dem Berg damit, daß er am liebsten eine Vereinigung von PASOK und EDIK sähe, sozusagen einen Neuaufguß der alten „Zentrumsunion" (EK) unter Jorjios Papandreou. Solchen Bestrebungen und Gerüchten hat Papandreou eine klare Absage erteilt und das ist gut so!

Griechenland/Türkei-Kommission

Verurteilter Faschist geflohen

Griechenland: Einer der ehemaligen Leibwächter des Junta-Chefs und fanatischen Nationalsozialisten, Paraskjevas Bolaris, ist in der Nacht vom 1. zum 2.8.77 aus dem Allgemeinen Staatlichen Krankenhaus Athen ausgebrochen, in das er aus dem Zuchthaus Ajina für kurze Zeit verlegt worden war. Das heißt, weniger „ausgebrochen" als vielmehr einfach hinausspaziert und verschwunden! Die näheren Umstände dieses Skandels werfen wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf die „Haft"bedingungen der wenigen verurteilten Putschisten und Folterer.

Paraskjevas Bolaris wurde zusammen mit 11 anderen fanatischen Faschisten von Jorjios Papadopoulos persönlich als seine Leibgarde ausgewählt und zur Spezialausbildung in die USA geschickt. Er gilt als besonders kaltblütig und entschlossen und ist einer der besten Scharfschützen, was ihm den Spitznamen „Pistolero" einbrachte.

Wegen – Körperverletzung und widerrechtlichen Waffentragens – wurde er zu 30 Tagen (!) Knast verurteilt.

Wenige Monate später flog die Verschwörung der 21 Offiziere auf, die Ioannidhis wieder in den Sattel heben wollten. Bolaris war einer der Anführer. Dafür erhielt er 8 Jahre Zuchthaus und 10 Monate Gefängnis.

In seinen beiden Prozessen wegen der Verschwörung vor dem Militärgericht zog er eine große Schau ab: Er hielt großkotzige faschistische Propagandareden, bezeichnete sich als „Khadafisten" und „Nationalsozialist", verzichtete kraftmeierisch auf seine Rechtfertigung und erschien teilweise gar nicht zur Verhandlung.

Griechenland/Türkei-Kommission

Kurzmeldungen Griechenland

Ende Juli hat die griechische Regie- denn dies sei die einzige Garantie ge-
„In Griechenland wurde die Einheit in diesem Sinn fast immer voran- sonders kaltblütig und entschlossen und ist einer der besten Scharfschüt- Griechenland/Türkei-Kommission

Ende Juli hat die griechische Regierung ihre Verhandlungen bezüglich der US-Stützpunkte in Griechenland mit den USA abgeschlossen. Demnach soll die USA 700 Mill. Dollar für die Benutzung der vier Stützpunkte Ellinikon und Nea Makri (beide in der Nähe Athens), Souda und Iraklion (beide auf Kreta) an Griechenland zahlen. Die Ratifizierung wird im Herbst im Parlament sicher keine Schwierigkeiten machen, da die Regierung Karamanlis über 220 der 300 Parlamentssitze verfügt.

Das neue an diesem Vertrag sollte sein, daß die Stützpunkte unter griechischer „Kontrolle" stehen, die US-Imperialisten angeblich nur „Gäste" wären. Fakt indess ist, daß die Griechen weder über das technische Gerät noch über die Spezialisten verfügen, die Kontrolle über die Stützpunkte tatsächlich wahrzunehmen. Desweiteren werden sämtliche Rechenwerte (der Radaraufzeichnungen etc.) sofort in die USA geleitet, die dann wiederum einige Dinge „zur Kontrolle" den Griechen vorlegen. Als dieser schlechte Witz einer griechischen „Kontrolle" über die US-Stützpunkte in Griechenland publiziert wurde, gab es recht erhebliche Proteste. Sämtliche Oppositionsparteien verurteilten das Abkommen. In mehreren Städten Kretas kam es zu Protestkundgebungen. In Athen rief der Studentenverband zu einer Demonstration auf, an der sich ca. 15.000 Menschen beteiligten.

***

VR China rät zum Nato-Eintritt

Ende Juli besuchte der stellvertretende Leiter des Generalstabes der chinesischen Volksbefreiungsarmee, Hu Chu Huang, Griechenlands Verteidigungsminister Averof. Huang empfahl Averof, einem halben Juntamann, daß Griechenland schnellstens wieder in die Nato eintreten solle, denn dies sei die einzige Garantie gegen eine sowjetische Invasion Jugoslawiens und Griechenlands („Elefterotipia 29.7.77).

***

EKKE-Mitglieder verurteilt

Am 31. Juli fand der Prozeß gegen 12 Mitglieder der vaterländischen EKKE statt. Angeklagt waren sie wegen der Ausschreitungen am 1. Mai 1976. Alle 12 wurden zu denselben Strafen wie in der ersten Instanz vor einigen Monaten wieder verurteilt. Die Strafen bleiben damit zwischen 4 bis 25 Monaten (!!) wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Während des Prozesses protestierten 500 Anhänger der EKKE vorm Gericht.

***

US-Botschafter unerwünscht

Der US-Politiker Sofly, der im August als US-Botschafter nach Athen kommen sollte, hat vor einem Kongreßausschuß in den USA geäußert, *„daß aufgrund historischer Entwicklungen eine geographisch sehr ungünstige Grenzsituation zwischen Griechenland und der Türkei entstanden ist."*

Dies wurde in der griechischen Öffentlichkeit als Angriff gegen die griechische Souverenität gewertet und entsprechend darauf reagiert. Papandreou forderte dieRegierung auf, Sofly zur unerwünschten Person zu erklären, womit er niemals nach Griechenland einreisen dürfte. Sämtliche Oppositionsparteien protestierten schärfstens. Die Regierung kam nicht umhin, bei den US-Imperialisten um einen „neuen Mann" zu ersuchen. Sofly, heißt es nun auch aus den Regierungslager, werde nicht als Botschafter akkreditiert.

Griechenland/Türkei-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertische Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag 16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 062452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr. 11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und Büchertisch jeden Mittwoch Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa Langemarck Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Türkei

Türkei auf dem Weg in die faschistische Diktatur?

Am 1. August hat das türkische Parlament der Neuauflage der »Nationalistischen Front«-Regierung (MC) sein »Vertrauen« ausgesprochen. Alle 229 Abgeordneten der Regierungskoalition (bestehend aus der rechtskonservativen Gerechtigkeitspartei (AP), Vorsitzender Demirel und jetzt weiterhin Ministerpräsident, der islamisch-faschistischen MSP, Vorsitzender Erbakan und der faschistischen MHP mit »Führer« Türkes) stimmten für Demirel. Dagegen waren 219 Oppositionsabgeordnete (215 der sozialdemokratischen CHP und vier Unabhängige).

Mit dieser Abstimmung hat das Parlament ein Regierungsprogramm gebilligt, das in erster Linie auf die Ausschaltung liberaler und fortschrittlicher Strömungen an Schule und Universität und die Verschärfung der Angriffe gegen die Linken und die sich besonders vor den Wahlen herausbildende Opposition gegen die alte MC-Regierung gerichtet ist.

Ordnung, Ruhe und Sicherheit

Da Demirel weiß, daß die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen seine Regierung und deren faschistische Hilfstruppen der MHP ist, kündigte er im Regierungsprogramm neue Polizeigesetze an, die der *»künftigen Lage entsprechen«* werden und den


Premierminister Demirel

»Sicherheits«kräften noch weiterreichendere Befugnisse zusprechen sollen, als dies ohnehin der Fall ist. Darüber hinaus wird die Ausrüstung weiter modernisiert. Bereits jetzt verfügt die türkische Polizei über Panzer, elektrische Knüppel, Wasserwerfer, Neun-Millimeter-Pistolen, Maschinenpistolen usw. Und natürlich soll die Ausbildung der Bullen noch »sorgfältiger« werden. Weiter ist geplant die Justiz zu reformieren. Bisher war es so, daß die Gerichte z.T. gegen die Regierung geurteilt haben, die Betroffenen aber ihr Recht nicht erhielten, weil die Regierung die Urteile ignorierte. Mit diesen Urteilen soll jetzt ganz Schluß gemacht werden.

„Jeder muß Nationalist sein"

Dieser Ausspruch stammt vom Erziehungsminister der alten MC-Regierung und betraf die Lehrerausbildung. Großen Raum in der Regierungserklärung nimmt der Abschnitt über Religion und Erziehung ein. Was auf der einen Seite durch den Terror und die Gewalt der Polizei und der faschistischen Kommandos der MHP (»Graue Wölfe«) erreicht werden soll, soll nun auch perfekt ideologisch den Kindern und Studenten eingebläut werden. Demirel will Staatsbürger erziehen, die *»Imitationen jeder Art ablehnen, ihre nationale Persönlichkeit begreifen und auf ihre Geschichte stolz sind«*. Um zu verhindern, daß bei der Erziehung der Jugend »fremde« Ideologien jeder Art verbreitet werden, wird eine groß angelegte Säuberung der Schulbücher angekündigt. So sollen künftig die Ethik-, Philosophie-, Soziologie- und Psychologielehrer in den Gymnasien ausschließlich Absolventen der islamischen Institute sein. Darüber hinaus werden Hochschulen für geistige, d.h. islamische, Wissenschaften gegründet, um »Wissenschaftler höchsten Grades« zu erziehen. Die neuen Schulbücher sollen so geschrieben sein, daß sie *»die geistigen Werte nicht stören und die Verbindung zu den nationalen und geistigen Werten herstellen«*. Dieses Programm zielt darauf ab, den Islam wieder zur Staatsreligion zu erklären. Da dies aber gegen die Verfassung der Türkei verstößt, die die strenge Trennung von Kirche und Staat festlegt, sind auch Änderungen der Gesetze auf diesem Gebiet angekündigt worden. Demagogisch wurde dazu erklärt, daß künftig die Religions- und Gewissensfreiheit nicht weiter eingeschränkt sein soll. Alle Dörfer, die noch keine Moschee besitzen, werden eine erhalten. Darüber hinaus wird dafür gesorgt, daß ausreichend Priester ausgebildet und auch ins Ausland geschickt werden.

Um die Sache perfekt zu machen, hat sich Demirel auch die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft vorgenommen: *»Wir werden es verhindern, daß die TRT* (Rundfunk- und Fernsehgesellschaft) *die nicht nur für den Nachrichtendienst da ist, sondern auch eine wichtige Rolle als Erziehungs- und Kulturmedium hat, Programme sendet, die die Einheit der Nation und des Staates stören, die Republik, die nationale Sicherheit und allgemeine Sittlichkeit gefährden. Die Sendungen von TRT werden nicht die nationalen und geistigen Werte stören, sondern sie unterstützen«.*

Den wirtschaftlichen Schwierigkeiten will die neue MC-Regierung durch den Aufbau der Schwer- und speziell der Rüstungsindustrie begegnen. Um das durchzusetzen, soll die Bevölkerung den Gürtel enger schnallen, ein drastisches Sparprogramm wird angekündigt.

Insgesamt ist das Regierungsprogramm wesentlich von der islamisch-faschistischen MSP und der faschistischen MHP beeinflußt, obwohl diese Parteien, was den stimmenmäßigen Anteil betrifft, relativ kleine Parteien sind.

Die Sozialdemokraten verraten die Massen

Gegen diesen Frontalangriff auf die türkische Bevölkerung durch die neue MC-Regierung hat sich bisher noch kaum Widerstand geregt. Zwar war von dem gelben Gewerkschaftsverband Türk-Is ein Generalstreik angekündigt worden, falls wieder eine MC-Regierung die Macht übernehmen sollte, statt einer großen Koalition aus CHP und AP. Und auch der fortschrittliche Gewerkschaftsverband DISK unterstützte einen Generalstreik gegen Demirel, ~~allerdings ohne die~~ Forderung nach einer großen Koalition. Viele fortschrittliche und revolutionäre Organisationen sagten den Kampf gegen eine neue MC-Regierung an. Bisher ist es bei verbalen Protesten geblieben. Über Aktionen ist nichts bekannt. Es hat den Anschein, als ob es im Moment der CHP gelungen ist, die linke und fortschrittliche Bewegung fast vollständig an sich zu binden. Heute redet der CHP-Vorsitzende Ecevit davon, daß die Revolution das Produkt einer gewaltigen Evolution sei, die in der Türkei voll im Gange sei und demzufolge die zweite MC-Regierung notgedrungen vorzeitig zurücktreten müsse. Nach diesem Motto wird heute sehr laut und sehr viel von Generalstreik geredet, vom entschlossenen Kampf gegen die faschistische MC-Regierung kann allerdings nicht die Rede sein. So wurde der Generalstreik vom Ausgang der Vertrauensabstimmung abhängig gemacht und so der Reaktion genügend Zeit gelassen (fast genau einen Monat!), sich neu zu formieren und bei vielen fortschrittlichen Leuten der Resignation Vorschub zu leisten.

Eine Hoffnung stellt eine Aktion der inhaftierten Gefangenen in den Gefängnissen von Istanbul und Ankara dar. Insgesamt 3.000 Insassen der Gefängnisse führten am 1.8. einen eintägigen Hungerstreik durch und weigerten sich, Besucher zu empfangen. In einer schriftlichen Erklärung verlangten sie eine Generalamnestie. Weiter stellten sie fest, daß die neue MC-Regierung gegen die werktätigen Massen gerichtet ist und die Politik der alten MC-Regierung fortsetzen wird.

Es ist zu hoffen, daß den Erklärungen zum Aufbau von Aktionseinheiten gegen die neue MC-Regierung bald die entsprechenden Taten folgen werden. Ein langes Leben darf der zweiten MC-Regierung nicht beschieden sein.

Kampf dem Faschismus in der Türkei!

Weg mit der zweiten MC-Regierung!

(Angaben nach »Cumhuriyet«, 24.7. bis 1.8.77)

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission


Der faschistische Terror nimmt zu: Demonstrierende Studenten werden von Polizisten in Schach gehalten

Zypern

Makarios gestorben

Zypern. Der Tod des am Morgen des 3.8.77 an einem Herzanfall gestorbenen Präsidenten der Republik Zypern, Makarios, wird aller Wahrscheinlichkeit nach Konsequenzen in der politischen Szenerie nach sich ziehen. Er war die einzige Persönlichkeit, auf die sich die meisten griechisch-zypriotischen und griechischen Richtungen einigen konnten, von Karamanlis über das Zentrum bis zu den Revisionisten, in Zypern vom rechten Zentrum über die Revisionisten bis zur linkssozialistischen EDEK. Auf der anderen Seite verfügte er über eine überaus große Ausstrahlungskraft in der Bevölkerung, die ihm fast uneingeschränktes Vertrauen entgegenbrachte.

Makarios war sozusagen die ideale Verkörperung des »historischen Kompromisses«, sowohl für das griechische Zypern als auch für Griechenland in Bezug auf die Zypernfrage. Er schuf der griechisch-zyprischen Bourgeoisie eine nahezu perfekte Möglichkeit zum geschickten Taktieren zwischen Volksbewegung, Imperialisten, Sowjetunion und türkischer Bourgeoisie vor dem Hintergrund der eigenen Interessen. Auch die »seriösen« Agenten der NATO, Karamanlis und Kliridhis samt Anhang sowie die Denktas-Clique mußten seiner Rolle Respekt zollen.

Nach Makarios Tod wird es schwer fallen, die explosiven, unter der Oberfläche schwelenden Widersprüche zusammenzuflicken. Besonders heikel wird dies dadurch, daß Makarios — aus taktischen Gründen — in den letzten Wochen angesichts der türkischen Unnachgiebigkeit seinerseits einen harten Kurs angeschlagen hatte.

Wir sind da allerdings nicht so op-



timistisch, wie es das Unbehagen der Reaktionäre aller Richtungen erwarten ließe. Die recht einflußreichen Revisionisten (AKEL) waren in der Vergangenheit bei allen Windungen und Richtungswechseln von Makarios Makarios-treuer als er selbst. Jeden seiner Schritte taten sie »konsequenter« als er selber. Und auch für die Zukunft deutet sich ähnliches an. Offen bleibt das Verhalten der linkssozialistischen EDEK, die sehr verschiedene Richtungen einschließt, offen bleibt die Spontaneität der Volksmassen.

Die Frage der Nachfolge

Von der zyprischen Verfassung ist festgelegt, daß bei Verhinderung jeglicher Art des mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten automatisch der Parlamentspräsident an seine Stelle tritt. Spätestens nach 45 Tagen müssen allgemeine Wahlen für ein neues Staatsoberhaupt festgesetzt werden.

Alle Parteien haben sich nun inoffiziell auf Februar 1978 als Termin geeinigt, ebenso auf die Stützung des jetzigen Parlamentspräsidenten Kjiprianoú als Übergangslösung. Dieser ist allerdings ein rechter Vertreter der zyprischen Bourgeoisie. Schon das ist Ausdruck der totalen Kapitulationslinie hauptsächlich der AKEL-Revisionisten, denn AKEL und EDEK zusammen erhielten bei den letzten Parlamentswahlen die absolute Mehrheit der Stimmen. Kjiprianoú zum Parlamentspräsidenten zu machen, war neben der Überlassung einiger Sitze ein »Geschenk des guten Willens« der AKEL an die »gemäßigte« Rechte. Aber damit nicht genug: Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, will die AKEL Kjiprianoú im Februar unterstützen!

In der EDEK existieren zwei konkurrierende Vorschläge: Der rechte Flügel tritt für Unterstützung von Kjiprianoú gemeinsam mit AKEL als quasi »Volksfront« ein, die Linken für eine eigene Kandidatur in deutlicher linker Abgrenzung zu Kjiprianoú.

Die Imperialisten und die Rechte

Der »seriös-rechtsradikale« Vertreter der NATO, Ghlávkos Kliridhis, der bei den Parlamentswahlen etwas abgebürstet wurde, will auch kandidieren.

Sein Ruf ist allerdings wegen seines allzu offenen Auftretens für die imperialistische Lösung während der Verhandlungen reichlich angekratzt. Auch seine engen Verbindungen mit der terroristischen Rechten (vor allem EOKA B) und CIA, KYP und Co. sind allzusehr bekannt geworden.

Deshalb setzt Karamanlis mit den Imperialisten im Hintergrund mehr auf den rechten jetzigen Zypernunterhändler Tássos Papadópoulos (nicht verwandt mit dem Faschisten Jórjios). Papadópoulos ist noch recht »unverbraucht«. Seine Wahl würde den karamanlisschen und imperialistischen Einfluß erheblich stärken.

Aus diesen Gründen ist es möglich, daß Karamanlis und die Imperialisten auf eine allzu offene Intervention oder gar eine putschähnliche Handlung verzichten werden — das wäre auch ein katastrophaler Minuspunkt für die griechischen Parlamentswahlen 1978. Stattdessen könnten sie auf eine »Strategie der Spannung« bauen und die Puppen für sie tanzen lassen, also ein zeitlich abgestimmtes Loslassen der Faschisten à la Türkei oder Italien in Zusammenspiel mit außenpolitischen Erpressungsmanövern. Dann könnte man Papadópoulos als den »Retter« präsentieren, der »Einfluß« auf allen Seiten hat. Also wieder ein Papadópoulos als »nationaler Erretter«, nur diesmal nicht mit Panzern, sondern à la Karamanlis: »Papadópoulos oder Tanks!«.

Allerdings, bislang ist noch fast alles offen, denn das zyprische Volk hat noch ein Wörtchen mitzureden. Und das ist zur Zeit deutlich gegen faule Kompromisse.

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Demonstration in Ammochostoy/Zypern

Die kleine Stadt Ammochostoy direkt an der Grenze zwischen dem türkischen und dem griechischen Teil Zyperns, die eine reine griechische Bevölkerung vor der türkischen Invasion hatte, soll laut Denktasch nun „nie wieder zurückgegeben werden". Die Stadt soll mit Türken besiedelt werden. Kurz nach Bekanntgabe dieser Information demonstrierten über 5.000 Menschen an der Grenze zu Ammochostoy. Aufgerufen hatte der Koordinierungsausschuß, in dem alle Makarioskräfte vertreten sind.

Griechenland/Türkei-Kommission

Schweiz

Freiheit für Petra Krause!


Petra Krause

Schweiz. Seit 28 Monaten sitzt die 38jährige Petra Krause in der Schweiz in Untersuchungshaft. Ihr Prozeß soll erst am 19. September beginnen.

Petra Krause, die gleichzeitig die Staatsangehörigkeit für die BRD und Italien besitzt, wurde gemeinsam mit fünf anderen Schweizern festgenommen, die inzwischen verurteilt wurden. Aus der Anklageschrift gegen diese läßt sich in etwa entnehmen, was die Staatsanwaltschaft Petra Krause vorwirft: Danach soll sie an Sprengstoffanschlägen gegen die spanische Botschaft in Bern und auf die Filiale Zürich der »Hannover Trust Company« mitgewirkt haben. Die Gruppe unterhielt angeblich *»Beziehungen mit Nachfolgegruppen der Baader-Meinhof-Bande und mit italienischen, spanischen, griechischen und französischen Anarchisten. Sie besorgte für diese auch Sprengstoffe, Zündkapseln und Waffen, die zum größeren Teil in der Schweiz gestohlen wurden«* (»Neue Zürcher Zeitung«, — »NZZ«, 24./25. 7.77).

Wiederholt wurde vom Schweizer »Komitee gegen die Isolationshaft«, der »Aktion Strafvollzug« und durch den in Italien lebenden Sohn Petra Krauses gegen deren unmenschliche Haftbedingungen protestiert. Sie selbst war zweimal in Hungerstreik getreten und hatte Beschwerden bis ans schweizerische Bundesgericht erhoben.

Dadurch erreichte sie wenigstens, daß ihr ein verweigerter Brief zugestellt wurde und sie für die Zensur italienischer politischer Literatur nicht auch noch Kaution zahlen mußte. Ein Arzt freier Wahl wurde ihr aber trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes verweigert!

Die italienischen Zeitungen »Corriere della Sera« und »La Republica« kritisierten am 20.7.77 in Titelberichten sehr scharf die Isolationshaft von Petra Krause im Gefängnis von Affoltern und die lange Untersuchungshaft trotz ihres bedenklichen Gesundheitszustandes (u.a. wiegt sie derzeit 40 kg) und veröffentlichten ärztliche Gutachten der Experten Binswanger und Steinbrunn. Die Justizdirektion Zürich bestätigte auf Anfrage der »NZZ« diese Angaben über Gesundheitszustand und Haftbedingungen. Außerdem ersuchte ein italienischer sozialistischer Parlamentarier den Justizminister in einer »kleinen Anfrage«, dafür zu sorgen, daß Petra Krause nicht länger Haftbedingungen ausgesetzt bleibe, die »als gewaltsame Verfolgung bezeichnet werden müsse«.

Ende Juli wollte eine Delegation von italienischen Parlamentarierinnen der »Radikalen Partei«, der »Sozialistischen Partei« und der »Democrazia Proletaria« sowie zwei unabhängige linke Abgeordnete in Zürich eine Überführung Petra Krauses in eine »Erholungsanstalt« erreichen. Unter anderem wollten sie Petra im Gefängnis besuchen. Die Justizdirektion verweigerte diesen Besuch »aus grundsätzlichen Erwägungen« (»Salzburger Nachrichten«, 27.7., »NZZ«, 30.7.). Hier wurde offensichtlich, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Wahrheit über Petras Zustand zu verschleiern.

Die hauptsächlich in Italien erhobene Kritik richtet sich insbesondere gegen den Präsidenten des Zürcher Geschworenengerichts, Oberrichter Peter Fink, der laut »Corriere della Sera« für die Verzögerung des Prozesses verantwortlich ist. Er verfügte nämlich, daß die von zwei Gutachtern ausgesprochene Haftunfähigkeit Petra Krauses in der psychiatrischen Klinik Rheinau nochmals zu überprüfen sei — trotz Warnung der anderen Ärzte, daß die Verlegung nach Rheinau zum Selbstmord führen könnte.

Neben Parlamentariern der oben angeführten Parteien unterstützen in Italien verschiedene Intellektuelle und Künstler, die Frauenbewegung, Gewerkschafter und Betriebsräte (u.a. der Betriebsrat von Bicocca Pirelli in Mailand) die Solidaritätskampagne mit Petra Krause. Radio, Fernsehen und alle großen Zeitungen haben ausführlich berichtet, die Radikale Partei organisierte in Mailand eine Demonstration vor der Schweizer Botschaft (nach »Zeitdienst«, 29.7. und »POCH-Zeitung«, 4.8.).

Aktuell: Petra freigelassen und wieder verhaftet!

Am 3.8 nun verfügte Gerichtspräsident Fink schließlich doch die Freilassung von Petra Krause. Kurz vorher hatte der »Notfallarzt des gerichtsmedizinischen Instituts«, Bär, eine »Chronifizierung des Krankheitszustandes« bei Weiterführung der Haft bescheinigt: *»Träte eine solche Chronifizierung ein, so müßte man diese als eine lebensgefährliche Störung bezeichnen, wobei (...) eine Wiederherstellung des normalen Zustands sehr ungewiß wäre«* (»Basler Zeitung«, 4.8.). Offensichtlich um die Verantwortung los zu sein, verfügte Fink die sofortige Haftentlassung *»wegen akuter Verschlechterung des Gesundheitszustandes«*. Petra durfte in ein Land ihrer Wahl reisen. Sie entschied sich für Italien. Bereits auf dem Weg zum Flughafen Zürich, wurde ihr Wagen doch noch umgelenkt. Da in Italien wegen angeblichem Bombenanschlag auf ITT Mailand und Verwicklung in einen Minentransport Schweiz-Italien ein Haftbefehl gegen Petra vorliegt, wurde die Ausreise in eine Auslieferung geändert. Darüber nun befindet das schweizerische Bundesgericht frühestens in einer Woche. So sitzt Petra nun in derselben Haftzelle. Nun aber nicht mehr in »Sicherheitshaft«, sondern in »Auslieferungshaft« bei gleichbleibend schwerer Gesundheitsgefährdung!

Sofortige Haftentlassung von Petra Krause!

Schweiz-Kommission und Italien-Kommission

Protesterklärung der MLD

»Die Bewegung zur Befreiung der Frau (Movimento di Liberazione della Donna — MLD — Anm. AK) *protestiert entschieden gegen die unmenschliche Behandlung, die Petra Krause erfährt, und fordert sofortige Maßnahmen zum Schutz ihrer physischen und psychischen Gesundheit, beschleunigte Aufnahme des Prozesses und sofortige Unterbringung in einem Sanatorium.*

Die MLD hat Protesttelegramme an den Präsidenten des Schwurgerichts des Bundesgerichts von Zürich und an Herrn Kurt Furgler, Präsidenten der Schweizer Eidgenossenschaft in Bern geschickt; andere Telegramme sind an das italienische Außenministerium und den Schweizer Botschafter in Rom geschickt worden.

Die MLD appelliert an alle Feministinnen in Europa, bei den entsprechenden Konsulaten zu intervenieren, um der Folter ein Ende zu bereiten, die Petra Krause erleiden muß«

(nach „Lotta Continua", 22.7.77)

Frauenknast Hindelbank

Bern. Durch die Protestaktionen im schweizerischen Frauenknast Hindelbank gegen menschenunwürdige Haftbedingungen (wir berichteten in AK 108 darüber) werden die dortigen Zustände jetzt auch breiter öffentlich kritisiert: In einem offenen Brief an den Bundesrat haben sich 44 Gruppen und 145 Persönlichkeiten »empört über die Reaktionen der Anstaltsleitung von Hindelbank und der Polizeidirektion von Bern« gezeigt und den Bundesrat aufgefordert, von seiner Oberaufsicht über das Gefängnis Gebrauch zu machen und die Forderungen der Frauen zu erfüllen.

Schweiz-Kommission

Portugal

UDP-Genosse von der Polizei erschlagen!

Wie wir im letzten AK berichteten, kam es am 13. Juli in Lissabon anläßlich der Prozeßeröffnung gegen Rui Gomes (des „Waffendiebstahls" aus einer Kaserne im September 1975 angeklagt) zu äußerst brutalen Prügeleinsätzen von PSP-Einheiten („Sicherheitspolizei") gegen die Teilnehmer einer Solidaritätsdemonstrations für Rui Gomes. Am 19. Juli erlag der 17-jährige Arbeiter Luis Augusto Caracol, Mitglied der Jugendorganisation der UDP, seinen schweren Verletzungen. Ihm war am 13. Juli auf der Demonstration von PSP-Bullen die Schädeldecke eingeschlagen worden. Die dortigen „Ordnungshüter" nehmen bevorzugt Knüppel andersherum in die Hand und schlagen mit dem Metallgriff zu!

Auf der Beerdigung am 20. Juli, zu der zahlreiche Antifaschisten gekommen waren, kam es zu weiteren Übergriffen der PSP; so wurden u.a. mehrere Journalisten festgenommen.

Es scheint sich anzudeuten, daß eine Verurteilung von Rui Gomes juristisch und politisch (öffentlicher Druck und Solidaritätswelle) sehr schwierig werden dürfte. Daher ist ziemlich offen, daß die erfolgten Prügeleinsätze der Polizei aus einer Position der Unsicherheit und Schwäche heraus befehligt wurden. Auf Seiten der Militärjustiz und Freundeskreis ist man bestürzt darüber, daß bereits ein „kleiner" Fall wie Rui Gomes eine derart breite Solidaritätswelle auslöst. Was ist dann erst zu den Prozessen gegen die Militärs des 25. April zu erwarten? Der Prozeßbeginn gegen Rosa Coutinho war angesetzt auf den 26. Juli, gegen den Kommandanten Xavier auf den 28. Juli. Es hat jedoch den Anschein, daß diese Termine verschoben wurden. Für die ersten Augusttage sind die Prozeßeröffnungen gegen Kommandant Marques Pinto, Kommandant Rodrigues Soares und Kommandant Contreiras vorgesehen (Termine nach „Pagina Um", 21.7.77). Daß es tatsächlich gelingen könnte, die zu erwartende Solidaritätswelle für die fortschrittlichen Offiziere (Höhepunkt wird der Prozeß gegen Otelo werden) mittels solcher Einschüchterungsversuche klein zu halten, ist mehr als unwahrscheinlich.

Portugal-Kommission

Weitere Portugal-Meldungen nächste Seite


Polizei-Einsatz am 13.Juli. Im schwarzen Kreis liegt der erschlagene Genosse Luis Augusto Caraco



Italien



Im Herbst in Bologna: Tribunal über die Repression

In der zweiten Juliwoche fand auf Einladung einiger Genossen aus Bologna in Mailand ein Treffen statt, auf dem der Beschluß gefaßt wurde, vom 23. bis 25. September in Bologna ein öffentliches Tribunal über die Repression in Italien zu veranstalten. Initiatoren sind im Wesentlichen Radio Alice, Lotta Continua und eine Gefangenengruppe aus Bologna.

Am 17./18.7. veröffentlichte LC seine Vorstellungen, die der Planung des Russell-Tribunals ähneln: Es soll Beweismaterial gesammelt werden über die Repression und vor einer aus demokratischen Richtern und Anwälten zusammengesetzten Jury in öffentlicher Anhörung eine Verhandlung stattfinden, an deren Ende die Urteilsverkündung steht. Die Ergebnisse sollen in einem „Weißbuch" veröffentlicht werden.

Zum Tribunal sollen internationale Beobachter eingeladen werden.

Als wesentliche Punkte für die Materialsammlung wurden folgende Punkte angegeben:

1. Die Repression gegen die Massen- und Kampfbewegung (Studenten, Jugendliche, Frauen, Arbeiter, Arbeitslose);
2. Die soziale Repression und repressive Kontrolle.
3. Die Legalisiérung der reaktionären Gesetze in den letzten Jahren;
4. Die Verletzung der Menschenrechte in erster Linie der Gefangenen;
5. Die Rolle der Presse und des Fernsehens in der Manipulation der öffentlichen Meinung und ihre Unterstützung der Repression.

Dies sind nur grob zusammengefaßt die Themenbereiche, die untersucht werden sollen.

Es bestehen aber allerdings ziemliche Differenzen in der Herangehensweise und in den Vorstellungen, was dieses Tribunal bringen soll. Die Democrazia Proletaria (AO-PDUP-Lega) hat die Beteiligung abgelehnt, weil man den Klassenkampf nicht nur (??) im Sinne eines antirepressiven Kampfes führen könne und zweitens, weil sie befürchtet, daß es durch die Beteiligung des Bologneser Gewerkschaftsvorsitzenden Zanghini (PCI) gar nicht erst zu einem Tribunal über die Repression kommt, sondern zu einer Auseinandersetzung um die Linie der Gewerkschaften und der PCI.

Daß sich Zanghini überhaupt zu einer Beteiligung bereit erklärt hat (— wenn auch mit dem ausdrücklichen Ziel zu „beweisen", daß es in Italien keine Repression gebe!), hat ihm schon heftige Kritik von Seiten der PCI eingebracht. Einige Indizien sprechen aber dafür, daß er als Provokateur fungieren soll.

Trotzdem ist es fraglich, ob es sich die Democrazia Proletaria erlauben kann, diesem Prozess fernzubleiben. Das letzte Wort ist hier wohl noch nicht gefallen…

Anders dagegen hat Radio Alice („Autonome") ihre Vorstellungen bekanntgegeben. Sie wollen das Tribunal nur unter der Bedingung unterstützen, daß weder Organisationen noch Einzelpersonen als Träger auftreten. Für sie kommt es darauf an, daß „die Bewegung" (darunter verstehen die „Autonomen" in erster Linie sich selbst) Urteile spricht und Untersuchungen macht, und sie lehnen es ab, irgendwelche Fragen an Organisationen (auch LC nicht!) zu „delegieren". Ihr Vorschlag ist deshalb die Einrichtung einer nationalen Pressestelle, und eines Organs, das die Informationen und Untersuchungen veröffentlicht, und von dem „die Organisationen" ausgeschlossen sein sollen. Insgesamt soll alles den Charakter eines „Festivals" haben, **wobei jeder die Möglichkeit haben soll, zu tun und zu lassen, was ihm gefällt.**

Sartre ruft zum Kampf gegen die Repression in Italien auf

Anfang Juli veröffentlichten Sartre und 27 andere französische Intellektuelle einen Aufruf gegen die Repression in Italien (den Wortlaut der Erklärung drucken wir nebenstehend ab).

Diese „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens", direkt in der Endphase der Kampagne der „8 Referenden" (Abschaffung reaktionärer und faschistischer Gesetze), löste eine heiße Diskussion in allen Parteien aus. Lotta Continua veröffentlichte als einzige Organisation den gesamten Text, in allen Zeitungen gab es aber heftige Reaktionen.

Innenminister Cossiga empörte sich: *»Sartre beleidigt die Geschichte unseres Landes«*, *»Italien ist das freieste Land der Welt«*. Der „Il Giorno" vom 12.7. bezeichnete die französischen Intellektuellen als »Verrückte« und warf Sartre einen »typisch senilen Rückfall ins Kindische« vor. Die euro-revisionistische PCI wetterte gegen die »Dreistigkeit des provokatorischen Appells«.

Sehr abfällig äußerten sich auch die zunehmend im Fahrwasser der PCI schwimmenden Intellektuellen von der Tageszeitung „il manifesto": Der Aufruf sei *»ohne politische Verantwortung«* geschrieben worden und ein *»Delirium der Frustration!«*. *»Dies ist eine völlig kurzsichtige und schematische Abhandlung (…) man ist verwundert darüber, wie man — sei es nun aus Nachlässigkeit oder Desinformation — von einem Land, das nicht so weit weg ist wie China — eine derart tiefgreifend verirrte Stellungnahme abfassen kann im Gegensatz zu dem, was auch fürs bloße Auge sichtbar in unserem Lande geschieht«*.

Den Vogel schießt „il manifesto" mit einem Artikel unter der Überschrift: *»Noch haben wir den Kopf über Wasser und sind fähig s e l b s t zu denken!«*. *»Die italienischen Intellektuellen haben bis zum jetzigen Moment nicht um Unterstützung und politische Hilfestellung gebeten!«*

Der Artikel endet mit der Empfehlung, Sartre solle sich doch bitteschön um die Repression in seinem „eigenen" Frankreich kümmern und Italien in Ruhe lassen!

(alle Zitate aus „il manifesto", 9.7.77)

Differenzierter reagierte die Democrazia Proletaria (AO-PDUP-Lega): Sie begrüßte die Enthüllung der Franzosen über die Repression und die Rolle des „historischen Kompromisses" und meinte, in diesem Zusammenhang sei *»die Anstrengung wichtig, die Diskussion über das was aus dem Appell erfolgt, verstärkt aufzunehmen!«* („Quotidiano dei Lavoratori", 20.7.77). Der Kommentar auf der Titelseite brachte jedoch eine eher distanzierte Haltung zum Ausdruck: *»Der erste Fehler, den es zu vermeiden gilt, ist auf die Angriffe Cossigas mit einer 'Katastrophen'-Position zu antworten, was de facto die Existenz von realen Freiräumen der Demokratie in unserem Land negiert, bis hin zur Gleichstellung der italienischen Situation mit der deutschen. Italien ist nicht Deutschland«*. Es wird die Sorge geäußert, das durch die „einseitige" Darstellung der Repression gegen die Neue Linke und die Intellektuellen eine Spaltung zwischen dem Kampf der Arbeiterklasse und dem Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte betrieben werden könnte.

Lotta Continua selbst hatte zwar für die Verbreitung des Appells gesorgt, allerdings herrscht bei LC offensichtlich Ratlosigkeit, was man damit konkret anfangen soll. So haben sie eine ausführliche Diskussionsreihe in der Zeitung mit über 20 z.T. sehr langen Artikeln aufgezogen, in denen verschiedene Intellektuelle durchgehend ziemlich abstrakt Stellung beziehen. Bezeichnend ist, daß die Diskussion in keinerlei Zusammenhang mit der immerhin vier Monate langen intensiven Kampagne zu den '8 Refe-
intensiven Kampagne zu den '8 Refe-
renden' gestellt wird. Man hat die benötigte Unterschriftenzahl von über 700000 erreicht, doch jetzt scheint die Kampagne zu den Akten gelegt.

Italien-Kommission



Jean-Paul Sartre

Erklärung des »Komitees gegen die Repression in Italien«

„Zu diesem Zeitpunkt, wo zum zweiten Mal die Ost-West-Konferenz in Belgrad stattfindet, wollen wir unsere Aufmerksamkeit auf schwerwiegende Vorfälle richten, die im Besonderen auf die Repression, die sich auf militante Arbeiter und die intellektuellen Oppositionellen im Kampf gegen den historischen Kompromiß niederschlägt.

Was heißt heute unter diesen Bedingungen in Italien „Historischer Kompromiß"?

Der „Sozialismus mit humanem Gesicht " hat während der letzten Monate seine wahren Absichten enthüllt: auf der einen Seite die Entwicklung eines Systems der repressiven Kontrolle über eine Arbeiterklasse und ein jugendliches Proletariat, die sich weigern, den Preis für die Krise zu bezahlen, auf der anderen Seite ein weiterer Schritt der Aufteilung des Staates mit der DC (Banken und Heer für die DC, soziale und territoriale Kontrolle für die PCI) zum Zwecke einer realen„ vereinheitlichten" Partei; und gegen diesen Zustand haben in den letzten Monaten die jugendlichenProletarier und die intellektuellen Oppositionellen in Italien rebelliert.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen? Was ist tatsächlich passiert?

Seit dem Februar wurde Italien von der Revolte der jungen Proletarier und der Studenten und Arbeitslosen erschüttert, den Vergessenen des historischen Kompromisses und des Spiels der Institutionen. Auf die „Spar"-und Opfer-Politik haben sie mit Besetzungen der Universitäten geantwortet, mit Massendemonstrationen, Kampf gegen die Schwarzarbeit, mit wilden Streiks, Sabotage und Krankfeiern in den Fabriken, mit der ganzen bissigen Ironie und Kreativität derjenigen, die nichts mehr zu verlieren haben (....).

Die Antwort der Polizei, DC und PCI kam ohne einen Schatten der Zweideutigkeit: Verbot jeglicher Demonstrationen in Rom, permanenter Ausnahmezustand in Bologna mit Panzerwagen und Schüssen in die Menge (.....).

Es ist notwendig daran zu erinnern:

- 300 Genossen, unter ihnen zahlreiche Arbeiter, sind derzeit in Italien in Gefängnissen.
- Ihre Verteidiger werden systematisch verfolgt: Verhaftung der Anwälte Capelli, Senese, Spazzali und weiterer neun Genossen des „Soccorso Rosso" (Rote Hilfe), Formen der Repression, inspiriert sind durch die Methoden, wie sie in Deutschland angewendet werden.
- Kriminalisierung der Professoren und Studenten des wissenschaftlichen Instituts in Padova, von denen zwölf wegen „subversiver Vereinigung " angeklagt sind (...).
- Hausdurchsuchungen in Verlagen: Area, Erba, Voglio, Bertani mit der Verhaftung des letzteren Herausgebers.Tatsache ohne Beispiel: Der Sammlung der Beweise liegt ein Buch über die Bewegung in Bologna zugrunde! Durchsuchungen der Wohnungen der Schriftsteller Nanni Balestrini und Elvio Fachinelli, Verhaftung von Angelo Pasquini, Redakteur der literarischen Zeitschrift ZUT.
- Schließung des Senders Radio Alice in Bologna und Beschlagnahmung des Materials, Verhaftung von zwölf Redakteuren von Radio Alice.
- Tendenziöse Pressekampagne, um den Kampf der Bewegung und seine kulturellen Ausdrucksformen zu einem Komplott abzustempeln und den Staat anzutreiben, eine wahre Hexenjagd zu organisieren.

Die Unterzeichner verlangen die sofortige Freilassung aller verhafteten Genossen, das Ende der Verfolgung und der Diffamierungskampagne gegen die Bewegung und ihre kulturellen Aktivitäten, und sie erklären ihre Solidarität mit allen Oppositionellen, die zur Zeit in Untersuchungshaft sind.

Unterzeichnet von:

Jean Paul Sartre, Roland Barthes, Michel Foucault, Gilles, Deleuze, Felix Guattari, Gerard Fromenger, Maria Antionietta Macciocchi, Jean Pirererre Faye, Jerome, Christian Bourgois, Yvon Bourdet, Francois Chalet, Genper, Philippe Gavi, Roger Gentis, Daniel Guerin, Georges Lapassade, Oliver Revault d'Alonnes, Denis Roche, Philippe Sollers, H.Torrubia, Iean Marie Vincent, Claude Mauriac, Francois Wahl, Andre Glucksman, Dario Fo.

Macht Portugal Waffengeschäfte mit Südafrika?

Die liberale spanische Zeitschrift „Cambio 16" äußerte in ihrer Ausgabe vom 13.6.77 die Befürchtung, daß Portugal ein größeres Waffengeschäft mit dem südafrikanischen Rassisten–Regime abwickelt. Konkret soll es dabei um fünf Korvetten gehen, die noch vom seinerzeitigen portugiesischen Faschisten–Regime in Spanien gebaut, aber erst nach dessen Sturz in den Jahren 1974/75 fertiggestellt wurden. Laut „Cambio 16" seien diese Korvetten, die ursprünglich für den Kolonialkrieg in Angola und Mosambik vorgesehen waren, nach der Befreiung dieser Länder für die portugiesische Marine derzeit ungeeignet. Die von „Cambio 16" geäußerte Befürchtung, daß Portugal diese Korvetten an Südafrika verschachert, stützt sich zum einen darauf, daß Südafrika wegen der speziellen Ausrüstung dieser Schiffe zur Guerilla–Bekämpfung in Küstengewässern als stark interessierter Kaufpartner in Frage käme – und zum anderen darauf, daß 1973/74 (noch zu Zeiten Caetanos) südafrikanische Matrosen an einem offiziellen Ausbildungskurs auf solchen Korvetten teilgenommen haben.

Daß diese Befürchtungen durchaus berechtigt sind, zeigt die wieder erwachte Bereitschaft der jetzigen portugiesischen Regierung zu militärischer Zusammenarbeit mit offen faschistischen Staaten: am 26.5. meldete die portugiesische Wochenzeitung „Pagina Um", daß „in Kürze" eine Anzahl PSP–Offiziere („Öffentliche Sicherheitspolizei Portugals") zu einem Lehrgang nach Brasilien aufbrechen werde. Nach einer anderen Meldung der gleichen Zeitung vom 7.7. hat die portugiesische Firma „Explosivos da Trafaria GmbH" 1,8 Mill. Schuß Munition an das guatemaltekische Kriegsministerium verkauft. Der britsiche „Observer" berichtete ferner, daß Lissabon auch Umschlagplatz für größere Waffenlieferungen aus Israel an Guatemala gewesen sei. Die portugiesische Armee–Führung hat das zwar bestritten; jedoch hat Guatemala inzwischen zumindest bestätigt, daß die (auf Barbados beschlagnahmte) Waffenlieferung aus einem NATO–Staat verschifft worden sei („Pagina Um", 7.7.).

Sollten die Vermutungen von „Cambio 16" über neue Waffengeschäfte zwischen Südafrika und Portugal sich bestätigen, wäre das auch deswegen „interessant", weil dies beweisen würde, daß der von der UNO verhängte Waffen–Boykott an Südafrika von NATO–Staaten gebrochen wird. Die portugiesische Linke sollte sich bemühen, mehr Licht in die militärischen Kumpaneien des portugiesischen Regimes zu bringen.

Portugal–Kommission

Betrifft Anarcho-Syndikalismus in Spanien

Wir haben inzwischen sieben, zum Teil sehr umfangreiche Kritiken zu unserem Artikel "*Anarcho - Syndikalismus: Das vereinte Volk funktioniert* ohne-*Partei*" (AK 106) erhalten. Die Kritiken kommen aus Göttingen, Marsberg, Braunschweig, zweimal aus Hamburg, Erlangen, eine der besonders umfangreichen Kritiken kommt vom ,,Komitee freies Iberien«, das eine Sonderausgabe seiner »Iberien-Nachrichten« speziell der Auseinandersetzung mit diesem AK-Artikel widmete. Die meisten Kritiker unseres Artikels stehen dem Anarchismus bzw. »libertären Kommunismus« — zumindest in seiner historischen Form der alten spanischen CNT — recht nahe. Wir sind auch vom »Komitee Freies Iberien« aufgefordet worden, die Kritiken vollständig abzudrucken. dieser Aufforderung können wir jedoch mit Rücksicht auf die z.T. enorme Länge der Zuschriften — die einzeln den Umfang unseres Artikels noch erheblich überschreiten, nicht nachkommen. Wir werden uns darauf beschränken, aus den Kritiken zu zitieren und möchten uns von vornherein gegen den Vorwurf der »Zitatenfälschung« und des »Aus-dem-Zusammenhang-Reißens« von Zitaten, der vom Komitee Freies Iberien bezüglich des o.g. AK-Artikels erhoben wurde, abgrenzen, indem wir natürlich das ganz normale Recht in Anspruch nehmen, das zu zitieren, was wir für besonders charakteristisch und wichtig halten. Im übrigen möchten wir das Komitee Freies Iberien darauf hinweisen, daß die von ihnen behaupteten Zitatfälschungen im letzten Artikel in keinem Punkt von ihnen nachgewiesen worden sind, obwohl wir — wie immer — mit jederzeit überprüfbaren Quellenangaben gearbeitet haben.

Die Tatsache, daß wir uns erst jetzt zu den Kritiken äußern, hängt mit der Urlaubssituation, auch in der Spanienkommission zusammen, wir bitten um Verständnis.

Wir möchten gleich vorausschicken, daß es uns auch jetzt nicht möglich sein wird, auf alle in den Kritiken angesprochenen Aspekte einzugehen, aus zweierlei Gründen: Zum einen würde eine detaillierte historische Untersuchung des Spanischen Bürgerkrieges den Rahmen der Arbeiterkampf als politischer Zeitung, die über a l l e nationalen und internationalen Klassenkämpfe berichtet, sprengen. Eine solche Untersuchung müßte zweifellos in gesonderter Form erfolgen, die jedoch - das sei gleich dazugesagt - wegen der großen Fülle und po-

Eine solche Untersuchung müßte zweifellos in gesonderter Form erfolgen, die jedoch - das sei gleich dazugesagt - wegen der großen Fülle und po-

litisch sehr widersprüchlichen Darstellungen der Rolle, Bedeutung und Handlungen der verschiedenen politischen Kräfte die Möglichkeiten der Spanien - Kommission derzeit übersteigt. Zum anderen gibt es Aspekte des Spanischen Bürgerkrieges, zu denen wir uns zur Zeit auch politisch - inhaltlich nur sehr vorsichtig äußern können, mangels authentischen Quellenmaterials, auf das wir uns bekanntlich wesentlich mehr verlassen, als auf bestimmte ,,interessierte'' Interpretationen. Wir denken hier besonders an die Rolle der spanischen KP im Bürgerkrieg, zu der wir, entgegen vielfachen Behauptungen der Kritiker auch im AK 106 rein gar nicht gesagt haben. Einige der Genossen Kritiker schlossen aus unserer Kritik an den spanischen Anarcho - Syndikalisten kurzerhand, daß wir die spanische KP - Politik bejubeln und stellten uns in eine Ecke mit jenen Auffassungen, die in Anarchisten und Trotzkisten dieselben Feinde wie in den Faschisten sahen. Im Grunde ging es uns in dem Artikel um das Aufzeigen einiger krasser Fehlhaltungen der spanischen Anarchosyndikalisten, v.a. zu Problemen der revolutionären Disziplin, Organisationsfragen, Problemen der revolutionären Machtausübung etc.Wir haben diese Fragen jetzt aufgeworfen, nicht nur angesichts des erneuten, teilweise stürmischen Wideraufl ebens des Anarchosyndikalismus in Spanien selbst, sondern durchaus auch - und da hat das anarchistische ,,Komitee Freies Spanien'' ziemlich richtig getippt - aus Gründen einer Konfrontation mit ähnlichen politisch - ideologischen Erscheinungsformen innerhalb der westdeutschen Linken (v.a. ,,Spontis''), insbesondere in der westdeutschen Anti - AKW-Bewegung.

Allgemeine Haltung unter (v.a. nicht spanischen) Anarchisten heutzutage ist es, die Niederlage im spanischen Bürgerkrieg hauptsächlich der damaligen KP (und ihren ,,Moskauer Drahtziehern'') anzulasten. Hier treffen sich Anarchisten mit der sozialdemokratischen, trotzkistischen und bürgerlich - nichtfaschistischen Geschichtsschreibung (Geschichtsklitterung?). Allen gemeinsam ist die Stoßrichtung gegen die verruchten ,,Stalinisten''.Was alle vergessen machen wollen, ist die Tatsache, daß die damalige spanische KP die kleinste Kraft der republikanischen Linken war. Demgegenüber waren die Anarchosydikalisten die stärkste Kraft im Bürgerkrieg und dominierten — zusammen mit der trotzkistischen POUM und dem linken Flügel der sozialistischen Partei auch auf politischer Ebene. Daß speziell die Anarchisten mit ihrem enormen politischen Einfluß nicht viel anfangen konnten (ebensowenig mit der außerordentlich großen Zahl ihrer militärischen Kämpfer) steht auf einem anderen Blatt. Die Anarchisten müssen es sich gefallen lassen, daß sie als die Hauptkraft des damaligen antifaschistischen Kampfes auch der entscheidende Bezugspunkt bei einer selbstkritischen Aufarbeitung der Begleitumstände bei der Niederlage im Bürgerkrieg sind.

Zu den Kritiken

Zu den von ausschließlich allen Briefeschreibern kritisierten Stellen aus dem Artikel in AK 106 gehören besonders diese:
»(*Sie — die anarchisten — AK*) *trugen aber oft zur Schwächung der Kampfkraft der demokratischen Bewegung bei, da sie - selbst angesichts der mörderischen Gefahr des Faschismus nicht bereit waren, an der Eroberung der politischen Macht mitzuwirken, sondern sich mitten im Krieg vorrangig darauf konzenztrierten, in Aragon, der Levante und Katalonien Kollektive zu errichten, um, den ,freiheitlichen Kommunismus' zu praktizieren''.*
Weiter wird unsere Aussage kritisiert, daß die große Mehrheit der CNT sich lange Zeit dem Aufbau einer organisierten, kampffähigen Bürgerkriegsarmee widersetzte, sowie der Satz ,,*Es ist offensichtlich, daß die Anarchosyndikalisten der CNT unfähig waren, den Ernst der Lage zu begreifen und den Krieg gegen den Faschismus als eine Experimentierwiese für ,libertären Kommunismus' ansahen''.*
Dagegen wird angeführt, daß die Kollektivierung, insbesondere der Betriebe in Barcelona in den ersten Monaten nichts mit Spielwiese zu tun hatte, sondern Ausdruck einer sozial - revolutionären Entwicklung war, an der die CNT entscheidenden Anteil hatte. (Dazu gibt es keinen Widerspruch unsererseits).Nach Aussagen der Kritiker waren die Anarchisten (evtl.noch zu-

volutionären Entwicklung war, an der die CNT entscheidenden Anteil hatte. (Dazu gibt es keinen Widerspruch unsererseits).Nach Aussagen der Kritiker waren die Anarchisten (evtl.noch zu-

sammen mit der trotzkistischen POUM und dem linken Sozialistenflügel um Largo Caballero) die einzigen, die den Grundsatz verteidigten »*Krieg und Revolution sind untrennbar*«, während insbesondere die spanische KP die soziale Revolution zu liquidieren versuchte, den Kampf auf einen rein demokratischen und parlamentarischen im Rahmen des Kapitalismus zu reduzieren versuchte — im Auftrage Moskaus — steht sich.

Zum Widerstand der Anarchisten gegen den Aufbau einer kampffähigen Bürgerkriegsarmee wird von allen Kritikern angeführt, daß die Anarchisten sich nicht gegen eine Armee überhaupt, sondern gegen den Aufbau einer b ü r g e r l i c h e n Armee mit Grußzwang, hierarchischer Disziplin und Befehlsgewalt ungeliebter Offiziere gewandt hätten. »*Nur ein revolutionäres Selbstverteidigungskonzept, wie 1936 in Madrid, hätte den Franco-Faschismus aufhalten können*«, sagte z.B. das Komitee Freies Iberien.

Im Kern wird von allen Kritikern so argumentiert, daß die Franco - Faschisten deshalb siegen konnten, weil die soziale Revolution, deren Hauptkraft die Anarchisten gewesen seien, liquidiert wurde. Liquidiert wurde sie angeblich vorrangig von der spanischen ,,stalinistischen'' KP, womit nur noch ein Schritt zur Aussage ist, daß die PCE schuld am Sieg der Franco-Faschisten war. Dies wird zwar so deutlich von keinem ausgesprochen, steckt aber ganz klar in der Logik der Kritiken.

Wenn einer der Kritiker (aus Marsberg) ganz beiläufig schreibt, der Fehler der Anarchisten ,,*lag also lediglich*(!!) *darin, zu glauben, die bürgerliche Macht werde quasi automatisch durch soziale und ökonomische Selbstverwaltung erledigt, so daß es einer von ihr kontrollierten politischen Gegenmacht nicht bedürfe*'', so zeigt gerade dies unserer Meinung nach den ganzen Dilettantismus, mit dem an die Fragen des spanischen Bürgerkrieges und die Rolle der Anarchisten in ihm herangegangen wird. Genau, daß die Anarchisten ,,lediglich'' vergaßen, die politische und militärische Gegenmacht gegen den faschistischen Putsch mit aller Konsequenz und gebotenen Dringlichkeit aufzubauen, veranlaßte uns zu der Aussage, daß sie den antifaschistischen Krieg als ,,Spielwiese für libertären Kommunismus« betrachteten. Diese Aussage ist natürlich etwas »drastisch« und insofern verkürzt, als sie die Widersprüche innerhalb der CNT (siehe weiter unten zu Durruti) nicht miteinbezieht sowie die spätere Beteiligung der Anarchisten an Lokal- wie Zentralregierung keiner kritischen Betrachtung unterzog (siehe unten).

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Ansatz der Kritiker und unserem besteht tatsächlich darin, daß wir die Frage der Organisation, der Organisierung der Kämpfenden, der revolutionären Partei, die revolutionäre Machtausübung durch (demokratisch legitimierte) Diktaturorgane des Proletariats auf lokaler, regionaler und schließlich nationaler Ebene, für die Frage von Sieg oder Niederlage in Krieg und Revolution halten. Die Geschichte gibt uns tausendfach recht, insbesondere was die Ursachen für die vielfachen Niederlagen revolutionärer Massenkämpfe betrifft, so scheiterten sie oft nicht am mangelnden revolutionären Elan der Massen, sondern an der politisch - organisatorisch - militärischen Unterlegenheit gegenüber dem Gegner; dem Mangel an zentraler wirklicher Leitung der Kämpfe; dem Nicht - Vorhandensein eines zentralen (!) strategisch - taktischen Planes für den bewaffneten Aufstand, den Bürgerkrieg etc., der für alle - oder zumindest die wesentlichen - Kontingente der Revolution verpflichtend ist. Die wenigen wirklich siegreichen Revolutionen (Oktober 1917, China, Vietnam etc.pp.) zeichneten sich gerade durch die Entwicklung eben dieser Elemente aus. Demgegenüber hat der Anarchismus - und ähnliche Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse und der Bauernschaft - zwar kurzfristig und vorübergehend die Macht der Bourgeoisie zersetzen können, eine einigermaßen dauerhafte politische Gegenmacht aber weder aufbauen, noch verteidigen können. Diesen Wesenszug haben Anarchismus und moderner Revisionismus gemein (Spanien 1936/Chile 1973).

Die Kritik des Komitees freies Iberien

Die Kritik des Komitees freies Iberien

Im ,,Sonderdruck der Iberien-Nachrichten'' schreibt die Redaktion in einem kleinen Vorwort:
,,*Das Unverständnis und die bewußt falsche Information über die CNT durch die Marxisten-Leninisten wird an einem Artikel des Kommunistischen Bundes (KB) in seinem Organ ARBEITERKAMPF Nr. 106 deutlich (...). Wir wollen (...) unsere Freude nicht verhehlen, den KB erstmals zu einer eindeutig stalinistischen Aussage gebracht zu haben''*!

Eigentlich etwas seltsam, daß die Genossen Anarchisten der Meinung sind, daß dies die erste (!!) ,,stalinistische'' Äußerung des KB war, da wir an sie nie mit Kritik an der politischen Strömung des Spontaneismus und der konsequenten Unterschätzung des Klassengegners gespart haben.

Das Komitee kritisiert uns jedoch nicht nur wegen angeblich ,,stalinistischer'' Äußerungen, sondern setzt noch etwas höher(?) an:
,,*Die Genoss(inn)en des AK argumentieren auf der Grundlage des Marxismus - Leninismus, der geschichtlich längst überholt ist* (*wo denn, wie denn?*) *und zum freiheitlichen Kommunismus keinerlei Alternative bietet''.*

Von welchem Podest aus möchten denn unsere Kritiker gern diskutieren? Etwas Selbstkritik würde angesichts der Geschichte des Anarchismus und ihrer leider ausschließlich katastrophalen Niederlagen bestimmt nicht schaden.

Wiewenig das Komitee zu einer a l l s e i t i g e n Beurteilung der einzelnen Kräfte im spanischen Bürgerkrieg bereit und in der Lage(?) ist, beweist ein Abschnitt zur Beurteilung der ,,internationalen Brigaden'', die ein Ausdruck der revolutionären Solidarität tausender Antifaschisten und Kommunisten des damaligen Europa und ihrer kommunistischen (aber auch sozialistischen) Genossen mit dem Widerstandskampf des spanischen Volkes gegen die Faschisten waren. Unseres Wissens wird sogar in der CNT-freundlichen Geschichtsschreibung die überragende Bedeutung, die die Internationalen Brigaden sowohl militärisch wie auch zur moralischen Stärkung der spanischen Revolution und des antifaschistischen Krieges hatten, gewürdigt.



Propaganda-Plakat des CNT-FAI (1937)

Das Iberien - Komitee schreibt hingegen:
,,*c) Die von den Partei-Kommunisten heute noch so hochgejubelten Internationalen Brigaden hatten einen klaren Befehl: Am 17.12.1936* (!!!) *schrieb die Moskauer ,,Prawda''* (zu deutsch: D i e w a h r h e i t)*: ,Die Reinigung Kataloniens von allen trotzkistischen und Anarchosyndikalistischen Ele-*

Befehl: Am 17.12.1936 (!!!) *schrieb die Moskauer ,,Prawda''* (zu deutsch: D i e w a h r h e i t)*: ,Die Reinigung Kataloniens von allen trotzkistischen und Anarchosyndikalistischen Ele-*

menten hat schon begonnen. Sie wird mit derselben Energie durchgeführt wie in Rußland''.

Was auch immer in der ,,Prawda'' gestanden haben mag (wir gehen erstmal davon aus, daß dies Zitat nicht gefälscht ist...), so war es gewiß nicht der Auftrag der Internationalen Brigaden und gehörte auch nicht zu ihren militärischen Aktivitäten, den Kampf gegen die spanischen Anarchisten und Trotzkisten zu führen. Eine solche - wirklich schon unter aller politischer Würde liegende - Abwertung der Internationalen Brigaden zeigt höchstens die Unfähigkeit bestimmter Leute, den Beitrag anderer Kräfte als der eigenen zum antifaschistischen Kampf auch nur ansatzweise zu berücksichtigen.

In der Kritik des ,,Komitees Freies Iberien'' gibt es noch andere ,,Knüller'', auf die wir bei anderer Gelegenheit eingehen wollen.

Wir möchten im folgenden auf den Widerspruch innerhalb der anarchistischen Ideologie selber eingehen und hoffen, damit auf einige der Kritiken zu antworten, selbst wenn dies nicht ausdrücklich so gekennzeichnet ist.

Lenin/Engels über Anarchismus

In seiner Schrift ,,Über die provisorische revolutionäre Regierung'' (1905 erschienen) setzt sich Lenin mit einer Engels-Schrift von 1873 auseinander, in der Engels sich mit dem spanischen Aufstand aus demselben Jahr beschäftigt. Der Engels - Artikel heißt ,,Die Bakunisten an der Arbeit''. Die Situation von 1873 weist gewisse Parallelen zur 2.Spanischen Republik auf. Der König Amadeo hatte abgedankt und es war eine Republik ausgerufen worden. Engels charkterisiert den damaligen Kampf der Republikaner und Anarchisten gegen einen antirepublikNISCHEN Aufstand als einen Kampf für die demokratische, nicht für die sozialistische Revolution. ,,*Da bricht zum Beispiel die Revolution in der Stadt Alcoy aus. Alcoy ist eine Fabrikstadt neueren Datums von etwa 30.000 Einwohnern. Trotz der Leitung der Bakunisten, die von der Idee, die Revolutin zu organisieren prinzipiell nichts wissen wollen, siegt der Arbeiter-Aufstand. Hinterher prahlten die Ba-kunisten, sie seien ,,Herren der Situation'' geworden. Und was machten die ,,Herren'' aus ihrer ,,Situation''? fragt Engels. Erstens errichteten sie in Alcoy einen ,,Wohlfahrtsausschuß''. d.h. eine revolutionäre Regierung. Dabei hatten dieselben Allianzisten (Bakunisten) auf ihrem Kongreß am 15. September 1872, d.h. knapp zehn Monate vor der Revolution, be-*

Alcoy einen ,,Wohlfahrtsausschuß''. d.h. eine revolutionäre Regierung. Dabei hatten dieselben Allianzisten (Bakunisten) auf ihrem Kongreß am 15. September 1872, d.h. knapp zehn Monate vor der Revolution, be-

schlossen, ,daß jede Organisation einer politischen, sogenannten provisorischen oder revolutionären Gewalt nur eine neue Prellerei sein kann und für das Proletariat ebenso gefährlich sein würde wie alle jetzt bestehenden Regierungen' (...) Engels behandelt diese Herrschaften mit der ihnen gebührenden Verachtung, weil sie, an die Macht gelangt, ,absolute Rat-, Tat- und Hilflosigkeit' an den Tag legten (...) Was er ihnen zum Vorwurf macht, ist, daß sie ,mit ihrer Herrschaftnichts anzufangen wußten' (...) ie bittersten Vorwürfe machte er den Bakunisten deswegen, weil sie das, ,was im deutschen Bauernkrieg und in den deutschen Aufständen vom Mai 1849 ein unvermeidliches Übel war — die Zersplitterung und Vereinzelung der revolutionären Kräfte, die denselben Regierungstruppen erlaubte, einen Aufstand nach dem anderen niederzuschlagen' — zum Prinzip erhoben hatten (...) Die Lehren der spanischen Revolution zusammenfassend, stellt Engels vor allem fest: ,die Bakunisten waren gezwungen, sobald sie einer ernsthaften revolutionären Lage gegenüberstanden, ihr ganzes bisheriges Programm über Bord zu werfen'. und zwar mußten sie erstens den Grundsatz der politischen und der Wahlenthaltung, den Grundsatz der ,Abschaffung des Staates' fallen lassen. Zweitens ,ließen sie den Grundsatz fallen, daß die Arbeiter sich an keiner Revolution beteiligen dürfen, die nicht die sofortige vollständige Emanzipation des Proletariats zum Zweck habe, und beteiligten sich an einer eingestandenermaßen rein bürgerlichen Bewegung'. Drittens (...) ,schlugen sie ihrem kaum erst proklamierten Glaubenssatz ins Gesicht: daß die Errichtung einer revolutionären Regierung nur eine neue Prellerei und ein neuer Verrat an der Arbeiterklasse sei — indem sie ganz gemütlich in den Regierungsausschüs-

Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

sen der einzelnen Städte figurierten, und zwar fast überall als ohnmächtige, von den Bourgeois überstimmte und politisch exploitierte Minderzahl« (Lenin, Über die provisorische revolutionäre Regierung, Lenin-Werke, Band 8).

Vergleichen wir diese Aussagen über das Verhältnis der Anarchisten zur Macht mit der Situation in Katalonien im Juli 1936. In Barcelona hatten die anarchistischen Arbeiter der CNT-FAI durch ihr massives und vor allem rechtzeitiges Zuschlagen (durchaus nicht der Fall in anderen anarchistischen »Hochburgen«, vergl. Aragon und Andalusien) den Aufstand der Faschisten nach weniger als drei Tagen niedergeschlagen. Schon Tage vor dem vorauszusehenden Putsch holten sich die Anarchisten alle verfügbaren Waffen aus den Waffengeschäften, die Hafenarbeiter der CNT nahmen alle Waffen an sich, die sie in den im Hafen vor Anker liegenden Schiffen auftreiben konnten (die Waffen waren eigentlich für die katalanische Regionalregierung bestimmt, die jedoch von sich aus den Widerstand nicht organisierte). In einem heldenhaften Kampf überrannten die Massen von Barcelona und in vorderster Front die Anarchisten die militärisch überlegenen putschistischen Militärs. Tausende bewaffneter Milizen übten in den folgenden Monaten in Barcelona die faktische Macht aus, führten Säuberungen durch, die Arbeiter übernahmen die Fabriken, es war eine stürmische soziale Revolution ingang gekommen. Der Präsident der Regionalregierung, Companys, bot der CNT-FAI recht unterwürfig seine Dienste, eventuell sogar als »einfacher Soldat« an, lockte sie aber auch mit seinem »Namen und Prestige«, das ihnen vielleicht von Nutzen sein könnte. Die Führer der CNT-FAI entschieden sich für »Namen und Prestige« und beschlossen die Zusammenarbeit mit der Regionalregierung der Republikaner.

Abad de Santillán, ein führender Anarchist, kritisierte später diese Entscheidung: *»Wir hätten allein bleiben, unseren absoluten Willen allen aufzwingen, die Regionalregierung für erloschen erklären und an ihrer Stelle die wirkliche Macht des Volkes setzen können; aber wir hatten nicht an die Diktatur geglaubt, als sie gegen uns ausgeübt wurde, und wir wollten sie nicht, als wir nun die Möglichkeit hatten, sie auf Kosten anderer auszuüben«* (Abad de Santillan, »Warum wir den Krieg verloren«, zitiert nach Broué/Témine). In dem gemeinsam mit den Parteien und Gewerkschaften der Regionalregierung gebildeten »Zentralkomitee der Milizen«, einer Art revolutionärer Parallelregierung, die die faktische Macht hatte, begnügten sich die Anarchisten freiwillig und großzügig (naiverweise?) mit einer vergleichsweise geringen Repräsentanz von drei Vertretern, so daß sie jederzeit von allen anderen Kräften überstimmt werden konnten. Dazu wieder Abad de Santillán: *»Auf diese*

vergleichsweise geringen Repräsentanz von drei Vertretern, so daß sie jederzeit von allen anderen Kräften überstimmt werden konnten. Dazu wieder Abad de Santillán: »Auf diese

Weise bekundeten wir unseren Wunsch nach brüderlicher Zusammenarbeit und das Verlangen, im übrigen Spanien und in Bezirken, in denen wir in die Minderheit geraten könnten, ebenso rücksichtsvoll und anerkennend behandelt zu werden, wie wir alle behandelt haben, die in diesem oder jenem Maße zum Sieg beitrugen«. So viel blauäugige Naivität bringt genau die »Rat-, Tat- und Hilflosigkeit« zum Ausdruck, von der Engels sprach, wenn die Anarchisten an die Macht gelangen, ohne mit ihr etwas anfangen zu können.

Es handelt sich hier um einen innerhalb der anarchistischen Ideologie unlösbaren Widerspruch, der die Anarchisten wegen ihrer »geheiligten Prinzipien« einerseits immer wieder zur Unterordnung unter die bürgerlichen Politiker führt, von denen sie sich dann um die Früchte ihrer Siege bringen lassen und andererseits — in Zeiten einer wirklichen Revolution — zu einer Auflehnung gegen diese »heiligen Prinzipien« des Anarchismus in Form einer inneren Opposition, die sich in einzelnen spontanen Aktionen gegen diese Einverleibung der Früchte des Kampfes durch die bürgerlichen Politiker wendet, ohne jedoch Entscheidendes auszurichten. Es ist zweifellos so, daß viele Anarchisten, und gerade auch ihre besten Führer wie zum Beispiel Durruti, diesen Widerspruch in der eigenen Ideologie sehr deutlich gespürt haben und in ihrer Praxis radikal viele Ideale des Anarchismus über Bord warfen, ohne jedoch eine politische Erklärung für diesen Widerspruch zwischen der eigenen Theorie und Praxis zu finden.



Durruti

Durruti war die unumstrittene Führungspersönlichkeit der spanischen Anarchisten während der Republik und im Bürgerkrieg. Durruti hat einen abenteuerlichen Lebenslauf, wurde -zigmal verhaftet, dreimal zum Tode verurteilt und ebenso viele Male auf Druck der Basis oder direkte Befreiungsaktionen anarchistischer Genossen befreit. Die spektakulärste erzwungene Freilassung war die nach einem fehlgeschlagenen Attentat auf den spanischen König Alfons XIII. in Paris. Er wurde in Argentinien wegen eines großen Bankraubes gesucht und seine Auslieferung aus dem französischen (vorübergehenden) Exil verlangt. Die Durruti-Prozesse in Frankreich erzielten eine ähnliche Öffentlichkeitswirkung wie der Prozeß gegen die beiden italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti in den USA. Durruti war, kurz gesagt, der Inbegriff des anarchistischen Kämpfers; ohne jemals für sich den geringsten Reichtum anzuhäufen, stürzte er sich — ohne das eigene Leben und Gesundheit zu achten — in den direkten Kampf gegen den kapitalistischen Reichtum (Banken) und die Unterdrücker (König, Faschisten, Spitzel und Gesoggs). Er machte stets »kurzen Prozeß« im Namen der anarchistischen Ideale einer freien Gesellschaft; er stand bei allen Kämpfen in vorderster Front.

Die »Kolonne Durruti«, eine anarchistische Milizeneinheit, gelangte im Bürgerkrieg zu fast legendärer Berühmtheit. Diese Kolonne war von Durruti zur Befreiung Zaragozas zusammengestellt worden; Zaragoza, die Hauptstadt Aragons, war von den Faschisten fast im Handstreich genommen worden — und Aragon war eine Hochburg der spanischen Anarchisten.

H.M. Enzensberger hat in seinem Buch »Der kurze Sommer der Anarchie« anhand verschiedenster Augenzeugenberichte die Geschichte der »Kolonne Durruti« nachgezeichnet. Obwohl diese Zeugenaussagen durchaus kein einheitliches Bild ergeben, so geht doch klar aus ihnen hervor, daß Durruti unter dem Druck des antifaschistischen Krieges zu sehr »wenig anarchistischen« Handlungen und auch Denkansätzen kam. Vorab möchten wir der auch in der Kritik aus Göttingen geäußersten Ansicht entgegentreten, daß die Anarchisten während ihres Kampfes an der Aragon-Front einem Waffenboykott der republikanischen Regierung erlagen und daran ihre Kampfhandlungen scheiterten. Diego Abad de Santillán, wie bereits erwähnt, eine führende Persönlichkeit der CNT-FAI schrieb in seinem Buch »Warum wir den Krieg verloren«: *»Jedesmal, wenn Durruti nach Barcelona kam, schäumte er, wenn er sah, wie viele Waffen hier auf der Straße spazieren getragen wurden. Eines Tages erfuhr er, daß in Sabadell acht bis zehn MGs versteckt lagen. Er forderte ihre Herausgabe, zunächst im Guten; als ihm das abgeschlagen wurde, schickte er eine Hundertschaft nach Sabadell, um die MGs mit Gewalt herauszuholen. Glücklicherweise sagte er uns rechtzeitig Bescheid. Wir konnten eingreifen und eine blutige Auseinandersetzung verhindern. Ein Teil der Waffen wurde herausgegeben. Sie waren in den Händen der Kommunisten, aber das besagt wenig, wenn man weiß, daß unsere eigenen Genossen allein in Barcelona etwa 40 Maschinengewehre verborgen hielten, mehr als an der ganzen Aragon-Front im Einsatz waren. Wie viele die anderen Gruppen und Parteien hatten, das zählten wir schon gar nicht mehr«.* Diese Aussage, die durch andere Quellen belegt ist, zeigt, daß die Waffenfrage in den ersten Bürgerkriegsmonaten von a l l e n Organisationen (einschließlich der Anarchisten!) nach wesentlich lokalen und organisationsbornierten Gesichtspunkten gehandhabt wurde!

Ilja Erenburg, ein bekannter sowjetischer Filmemacher, der eine zeitlang in Spanien als Kriegsberichterstatter war, und der für Durruti offensichtlich gewisse Sympathien hatte, schrieb über ihn: *»Durruti baute die Armee auf. Ohne Erbarmen erschoß er Banditen und Deserteure. Wenn jemand bei der Sitzung des Kriegsrates über Prinzipien zu streiten begann, schlug Durruti wütend mit der Faust auf den Tisch: 'Hier wird nicht von Programmen geredet, hier wird gekämpft!' Er verlangte Einheit mit den Kommunisten und Republikanern. Er sagte zu den Milizionären: 'Jetzt ist nicht Zeit zu streiten. Erst muß der Faschismus vernichtet werden'«.* (Il'je Erenburg, »No pasarán«, zitiert nach H.M. Enzensberger.)

Il'ja Erenburg schreibt weiter: *»Ich sprach ihn kurz vor seiner Abreise nach Madrid. Er war wie immer fröhlich und guter Dinge; er glaubte an den nahen Sieg. 'Siehst du', sagte er zu mir, 'wir sind zwei Freunde. Deshalb können wir uns zusammenschließen. Wir müssen uns sogar zusammenschließen. Sobald wir gesiegt haben, sehen wir weiter... Jedes Volk hat seinen Charakter. Die Spanier gleichen weder den Franzosen noch den Russen. Uns wird schon etwas einfallen... Doch zunächst einmal müssen wir die Faschisten vernichten«.* Gegen Ende des Gesprächs konnte er seiner Gefühle nicht länger Herr bleiben: *»Sag mal, kennst du diesen inneren Riß? Du denkst das eine und tust das andere: nicht aus Feigheit, sondern aus Notwendigkeit«.* Ich antwortete, daß ich ihn sehr gut verstehen könne. Zum Abschied klopfte er mir auf die Schulter, wie sich das in Spanien gehört. Seine Augen sind mir im Gedächtnis geblieben. In ihnen paarte sich eiserner Wille mit kindlicher Ratlosigkeit — eine ganz ungewöhnliche Mischung« (Il'ja Erenburg, »Menschen, Jahre, Leben«, zitiert nach H.M. Enzensberger.)

Die Darstellung Durrutis von Il'ja Erenburg aus dieser Zeit stimmt mit verschiedenen anderen Aussagen überein, die möglicherweise in den Augen anarchistischer Freunde glaubwürdiger erscheinen.

Durruti trat gegen die »organisierte Indisziplin«, ein anarchistisches Ideal, für die militärische Disziplin im antifaschistischen Kampf ein und die CNT-FAI ergriff drakonische Maßnahmen, um bestimmte Auswüchse in der Etappe zu verhindern. Dazu wieder Abad de Santillán: *»Die Erfahrungen, die wir seit den Juli-Tagen gemacht haben, bestätigen die alte These, daß eine Revolution nur das verwirklichen kann, was im Bewußtsein der Massen schon latent als Bedürfnis und Zielvorstellung vorhanden war. Nur ein klares Bewußtsein, eine gesellschaftliche Kultur der Massen kann verhindern, daß in den großen Umwälzungen die Kleinlichkeit, die persönliche Rachsucht und die Gier der Zukurzgekommenen die Oberhand gewinnen (...). Was die drei Tage des Kampfes angeht, so haben wir uns nichts vorzuwerfen. Sie waren großartig. Aber danach, angesichts der bewußtlosen Zügellosigkeit und Verschwendung der Massen, haben wir* (er meint die Anarchisten — Anm. AK) *versagt. Das Land lebte sinnlos in den Tag hinein, ohne Rücksicht auf die absehbaren und nicht wieder gutzumachenden Folgen. Wir sahen die Katastrophe kommen, aber wir waren zu schwach, um sie aufzuhalten. Zwar versuchten wir vom Milizenkomitee aus, die Bremsen anzuziehen; aber eine solche Reaktion muß, wenn sie wirken soll, direkt und spontan von der Basis ausgehen, und das ist nur möglich in einem Volk, dessen Bewußtsein auf einer höheren Stufe steht. Ein Beispiel hierfür sind die Volksküchen, die überall, in allen Stadtvierteln, improvisiert wurden und die an jedermann umsonst Essen ausgaben, wie verlangt wurde. Sie funktionierten mehrere Wochen lang und brauchten alle Vorräte auf, über die Stadt und Land verfügten. Sie forderten von uns immer mehr Proviant, und wenn wir ihnen nichts geben konnten, holten sie sich selber aus Magazinen und Geschäften, was sie brauchten. Für die Milizen an der Front ließen sie nichts übrig. Ihre 'Beschlagnahmungen' ruinierten die Wirtschaft der Region. Für das Komitee waren sie ein beständiger Alptraum, der uns dauernd Ärger und große Unbeliebtheit einbrachte. Der Mangel an Bewußtsein war nicht auf einzelne Parteien oder Organisationen begrenzt, er war eine allgemeine Erscheinung. Für viele Leute bestand die Revolution eben hauptsächlich darin, die Beute zu verteilen und zu genießen. Die wenigsten dachten daran, die geplünderten Lager wieder aufzufüllen, die Arbeit in der Industrie und in der landwirtschaft zu intensivieren«* (Abad de Santillan, zitiert nach H.M. Enzensberger).

Und wer's noch nicht glaubt, daß führende spanische Anarchisten unter dem Druck der Wirklichkeit für eine revolutionäre Ordnung und Disziplin eingetreten sind, dem seien offizielle

Und wer's noch nicht glaubt, daß führende spanische Anarchisten unter dem Druck der Wirklichkeit für eine revolutionäre Ordnung und Disziplin eingetreten sind, dem seien offizielle

Verlautbarungen der CNT-FAI zu dieser Frage zitiert, die den ganzen Widerspruch von anarchistischem Anspruch und rauher Wirklichkeit offenbaren:

»Barcelona, 30.7. — Wir sind Gegner jeder Gewalt- und Willkürherrschaft. Jedes Blutvergießen, das nicht von der Entschlossenheit des Volkes herrührt, sich Gerechtigkeit zu verschaffen, finden wir abstoßend. Wir erklären jedoch kalten Blutes, in schrecklicher Heiterkeit und unbeugsam entschlossen, das zu tun, was wir hier ankündigen: daß wir, wenn die unverantwortlichen Handlungen nicht aufhören, die ganz Barcelona in Schrecken versetzen, jeden ohne Ausnahme niederschießen werden, von dem erwiesen ist, daß er Verbrechen gegen die Menschlichkeit (?) begangen hat. Die Ehre des Volkes von Barcelona und die Würde der CNT und der FAI erfordern es, daß diesen Ausschreitungen ein Ende gemacht wird. Und wir werden ihnen ein ende machen!« (»Solidaridad Obrera«, Zentralorgander CNT-FAI, zitiert nach H.M. Enzensberger).

Man denke nur, wenn eine ähnliche Erklärung von den spanischen Kommunisten, von den verruchten »Stalinisten« gekommen wäre. Was hätte man da nicht alles ins Feld geführt, um zu beweisen, daß die sogenannten Ausschreitungen der ganz natürliche und berechtigte Wunsch des Volkes nach einem menschenwürdigen Leben waren; daß sich an den alten Blutsaugern und Ausbeutern schadlos zu halten ihr gutes revolutionäres Recht gewesen sei. Und daß die »Kommunisten-Stalinisten« eben ganz verkommene Volksfeinde seien. Man kann sich — wie man sieht — die Sache nicht gar so einfach machen. (Fortsetzung folgt, nicht unbedingt schon im nächsten AK.)

Spanien-Kommission

Zur Legalisierungspolitik des spanischen Staates

Wie bereits in AK 109 gemeldet, wurden am 9.7.77 die drei oppositionellen Parteien PTE, ORT und Karlistische Partei vom spanischen Staatsapparat legalisiert. Zehn Tage später erfolgte die offizielle Legalisierung der MC („Deia", 21.7.77). Am 1. August schließlich wurden zwei Parteien legalisiert, die offen antimonarchistisch sind, die „Esquerra Republicana de Cataluna" („Katalonische Republikanische Linke") und ARDE („Spanische Demokratische Republikanische Aktion"). PT, ORT und MC beziehen sich auf den „Marxismus–Leninismus und die Mao-Tse-tung-Ideen" und bilden zusammen mit der Karlistischen Partei den linken Flügel in der alten „Demokratischen Konvergenz", einem Oppositionsbündnis von Christ- und Sozialdemokraten, Sozialisten, Revisionisten, einigen nationalen Kräften, Gewerkschften und den eben genannten Organisationen.

Abgesehen von den Anarcho-Syndikalisten der bereits legalisierten CNT und der baskischen Linken (KAS),die ausdrücklich weiterhin verboten bleibt (vergl. z.B. „Deia", 17.7.77: *„Das Innenministerium wird die Legalisierung aller Parteien der baskischen radikalen Linken verweigern, weil sie nach Meinung des Ministeriums gegen die Einheit Spaniens verstoßen")*, bilden PT, ORT und MC die drei größten Parteien der spanischen „revolutionären Linken", d.h. der Parteien links von der eurorevisionistischen PCE.

Nach diesem Schritt des spanischen Innenministeriums, der erwartungsgemäß erst n a c h den Wahlen zum „Parlament" erfolgte, dürfen wohl auch weitere kleinere linke und kommunistische Gruppen, z.B. PCT, OIC, OCE-BR, PCE(I), sowie die trotzkistischen Gruppen LC und LKI/LCR begründet auf ihre offizielle Legalisierung hoffen.

Ausgenommen von der Legalisierung scheinen vorerst die kleineren „radikalen" Gruppen, die an bewaffneten Aktionen gegen den spanischen Faschismus teilnahmen und auch für die Zukunft daran festzuhalten angekündigt haben, also in erster Linie die „PCE/ML" (eine „Bruderpartei" der westdeutschen „KPD/ML" und der portugiesischen UDP/PCP/R) mit ihrem Bündnisverband FRAP, sowie die PCE/r, die politische Partei der GRAPO. Das spanische Innenministerium teilte in diesem Zusammenhang mit, daß *„ diejenigen Parteien von der Legalisierung ausgeschlossen werden, die gegen die Freiheit der Person gerichtete Prinzipien (?), oder die Eroberung der Macht durch das Mittel der Gewalt oder den bewaffneten Aufstand vertreten" („El Correo Espanol", 16.7.77).* Ebenfalls von der Legalisierung ausgeschlossen bleiben solche (regionalen) Parteien, die für eine Lostrennung der von ihnen repräsentierten unterdrückten Völker (v.a. Katalanen, Basken, Galizier...) eintreten. Dieses Parteienverbot richtet sich nicht nur gegen radikale und revolutionäre Nationalisten, wie sie vor allem in der baskischen Linken (KAS, ein Parteienbündnis um ETA V.) zusammengeschlossen sind, sondern durchaus auch gegen solche Parteien, die dieses Ziel der Lostrennung gegebenenfalls im Rahmen der vorgegebenen bürgerlichen „Legalität" erreichen wollen:

„Das Innenministerium hat beschlossen (...), allen Parteien (...), die die Lostrennung eines Teils des spanischen Staatsgebiets verfolgen", die Legalisierung zu verweigern. („Deia", 17.7.)

Die Legalisierung der Parteien, die einen republikanischen Namen tragen war zunächst vom Innenministerium pauschal abgelehnt worden. Die oben erwähnten republikanischen Parteien wurden aufgefordert, das „R" in ihrem Namen zu streichen. Daß sich nun doch zwei Organisationen „republikanisch" nennen dürfen, bedeutet jedoch keinesfalls Freiheit für antimonarchistische Propaganda, welche ausdrücklich bei hohen Strafen der gesamten Presse verboten ist.

Die Taktik des spanischen Staates, einer schrittweisen Legalisierung der politischen Parteienlandschaft von rechts nach links, verfolgt - neben der bereits erzielten Wahlmanipulation durch Nicht-Legalisierung der revolutionären Organisationen zu den Wahlen – auch das Ziel der Korrumpierung und der Verstärkung des Opportunismus innerhalb der Linken. Am deutlichsten wurde dies in der Politik der Eurorevisionisten erkennbar, die seit ihrer Legalisierung kaum eine Gelegenheit verstreichen ließen, sich als Ordnungsfaktor und staatstragende Kraft öffentlich zur Schau zu stellen. Aber auch in Teilen der sogenannten revolutionären Linken, vor allem bei ORT und PT, haben sich seit der Einleitung des „Demokratisierungsprozesses" durch die spanische Oligarchie starke Rechtswendungen durchgesetzt, die in einem penetranten Nachtrab hinter der Politik der PCE (vor allem PT) und sogar der PSOE (v.a. durch ORT) bestanden.

Daß ORT und PT die ersten Gruppen aus dem Lager der „revolutionären Linken" waren, die sich der offenen Legalisierung durch den spanischen Staat erfreuen, beweist auch dessen feinfühliges politisches Gespür für Differenzen innerhalb der spanischen Linken und bedeutet wohl auch einen „Wink mit dem Zaunpfahl" in Richtung der noch um Legalisierung bemühten restlichen Organisationen.

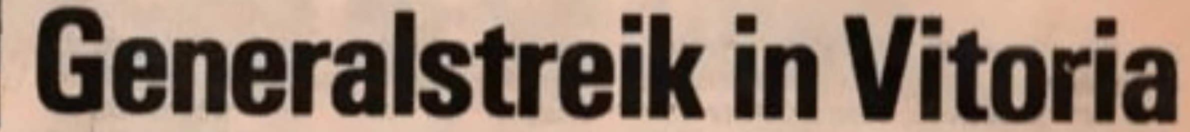
Stellungnahmen zu ihrer Legalisierung liegen uns von den baskischen Parteileitungen dieser Gruppierungen vor. PTE und MC nahmen ihre Legalisierung zum Anlaß, sehr energisch die Legalisierung aller noch verbotener Parteien zu fordern, insbesondere der EIA (der politischen Partei der ETA V.), die zwar im Kongreß und Senat repräsentiert sei, dennoch aber illegalisiert bleibe (Deia, 12.7.77 und 21.7.77). Demgegenüber hat die ORT ihre Legalisierung in der für „ML"-Kreise typischen selbstbeweihräuchernden Weise dem Kampf *„aller Arbeiter, Männer und Frauen unseres Volkes, die in dieser oder jener Weise Druck ausgeübt haben , damit unsere Partei legal arbeiten kann"* (Deia, 12.7.), zugeschrieben. Eine solche Kampagne, speziell zur Legalisierung der ORT hat es freilich nie gegeben. Auch der, in bester Einschätzung eigener Kräfte und Verankerung von der ORT-Führung kurz vor den Wahlen mit großem Hallo in ganz Spanien ausgerufene „Generalstreik" zu eben diesem Ziel, brachte bloß die erste bisher bekanntgewordene „Selbstkritik" der ORT-Führung, aber kaum einen Arbeiter auf die Straße. Ansonsten legte die ORT in diesem Kommunique Zeugnis von ihrer politischen Nähe zur PSOE und anderen staatstragenden Parteien ab, indem sie u.a. mit Formulierungen über *„einen Sieg des Volkes bei den Wahlen, die die Kräfte des Frankismus zerschlagen haben"* (Deia,12.7.) astreine PSOE-Propaganda betrieb.

Während ORT ihre Legalisierung landauf-landab geräuschvoll feiern ließ, erklärte der Generalsekretär der MC, Eugenio del RIO:

„Movimiento Comunista wird ihre Legalisierung nicht feiern. Sie würde es tun, wenn mit ihr alle antifaschistischen Parteien legalisiert worden wären. Sie würde es tun, wenn es sich nicht um eine dermaßen verspätete Legalisierung handeln würde, die der gesamten revolutionären Linken schweren Schaden zugefügt hat" (El Pais, 22.7.77).

Sehr richtig: Grund zum Feiern gibt es für die spanischen Revolutionäre wirklich nicht.

Spanien-Kommission



Generalstreik in Vitoria

Die Arbeiter von Vitoria (Euzkadi) haben erneut ein beeindruckendes Beispiel ihrer Solidarität gegeben. Wegen der Weigerung der Kapitalisten einer eher kleinen Firma, 60 entlassene Arbeiter wiedereinzustellen, traten fast alle Arbeiter der Stadt in den Generalstreik (14.7.) und demonstrierten am darauffolgenden Tag mit 30.000 Kollegen durch die Straßen von Vitoria (siehe Foto).

Bei der spanischen Filiale der multinationalen Firma Tuboplast waren wegen angeblicher Absatzschwierigkeiten 180 Kollegen (von insgesamt knapp 300) auf einen Schlag gekündigt worden. Nach 50 Tagen Streik für Wiedereinstellung dieser Kollegen,. war den Unternehmern das Zugeständnis abgerungen worden, 118 Arbeiter wiedereinzustellen, doch die Versammlung der Arbeiter von Tuboplast beschloß am 15.7. mit 98 Stimmen (bei 7 Gegenstimmen und einer Enthaltung) weiterzustreiken: *„180 oder keiner!"* - war und blieb ihre Forderung.

In Vitoria haben die Arbeiter das Prinzip der Arbeiter-Demokratie in hohem Maße durchgesetzt, insofern allein die betrieblichen Vollversammlungen aller Arbeiter, die ohne lange Ankündigungen einfach einberufen werden, Entscheidungen über wichtige Fragen des betrieblichen Kampfes fällen, und die „Repräsentativ-Kommissione" (vergleichbar den portugiesischen betrieblichen „Arbeiterkommissionen") die legitimierten und jederzeit abwählbaren Vertretungen dieser Vollversammlungen sind. Diese „Repräsentativ-Kommissionen" haben aus Anlaß der General-Mobilisierung in Vitoria die reformistischen Gewerkschaftszentralen scharf kritisiert. Vertreter der Kollegen von Tuboplast erklärten gegenüber der Presse, daß weder „Comisiones Obreras" (PCE-beherrscht), noch UGT (sozialdemokratisch) oder USO (sozialistisch) zu dieser Mobilisierung beigetragen haben, sondern sich lediglich als Abwiegler betätigt hätten. Unter dieselbe Kritik fielen die Gewerkschaftsorganisation der ORT (CSUT) und die Gewerkschaft der baskischen konservativen Nationalisten ELA-STV, die einen gemeinsamen Aufruf zur „Unterstützung der Demonstration" mit den anderen drei Gewerkschaftszentralen unterzeichnet hatten. Ausdrücklich ausgenommen von der Kritik wurden dagegen die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft CNT und die Gewerkschaft der KAS (Baskische Linke), LAB.

Aus Protest u.a. gegen die „Vorschriften" der Gewerkschaftszentralen, nur bestimmte artige Parolen zu rufen, weigerten sich die Kollegen von Tuboplast und von dem auch seit längerem streikenden Betrieb „Esmaltaciones" an der Spitze des Demonstrationszuges zu marschieren und stimmten stattdessen aus dem Zug heraus eigene Parolen an (vgl. dazu auch „Deia" 15.7. und 16.7., „Correo Espanol", 16.7.).

Vitoria, 15.7.77
Mitglieder der Spanien-Kommission



Vitoria, 15.7.77: 30.000 Arbeiter demonstrieren gegen Entlassungen von Kollegen

Vitoria, 15.7.77: 30.000 Arbeiter demonstrieren gegen Entlassungen von Kollegen

Nach zweieinhalb-monatigem heftigem Streik für die Wiedereinstellung entlassener Kollegen der Firma ATC (stellt Kautschukprodukte für Ford her), demonstrierten die Kollegen dieses Betriebes zusammen mit anderen mit ihnen solidarischen Arbeitern und Mitgliedern linker politischer Organisationen am 19.7. in San Sebastian (Euzkadi). Streiks dieser Art,von denen es sehr viele gibt, müssen hinsichtlich des politischen Bewußtseins der Kämpfenden und der allgemeinen Arbeitersolidarität unter Berücksichtigung zweier Faktoren als besonders bedeutsam eingeschätzt werden:

1.: Die Streikenden kämpfen in dieser Ausdauer nicht für eigene materielle Interessen, sondern für die existentielle Sicherung (Recht auf Arbeit) gar nicht am Streik beteiligter;

2.: keine Gewerkschaft oder sonstige Institution ersetzt den Lohnausfall der Streikenden; Arbeiter, die selbst nur ein bescheidenes materielles Leben führen können, setzen zwei oder mehr Monatslöhne aufs Spiel, um ihren entlassenen Kollegen beizustehen.

Mitglieder der Spanien-Kommission aus Euzkadi

Für die totale Amnestie!



Spanische Bullen belagern die protestierenden Gefangenen

Wie wir bereits in AK 109 berichteten, machten die sozialen Gefangenen des Madrider Carabanchel-Gefängnisses am 18.Juli, dem Tag des faschistischen Putsches der Franco-Generäle vor 41 Jahren, einen massenhaften Aufstandsversuch gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und ein faschistisches Strafgesetz. Mit diesem Aufstand hatten sich hunderte von Gefangenen in über 30 anderen spanischen Gefängnissen solidarisiert. Sie alle waren, soweit sie sich nicht „freiwillig" vor der Polizeigewalt zurückzogen, mit bürgerkriegsmäßigen Mitteln (Rauch- und Tränengasgranaten sowie scharfer Munition) angegriffen und schließlich von den Gefängnisdächern vertrieben worden. Mit einer umfangreichen Verlegungsaktion in andere Gefängnisse versuchten die spanischen Behörden die „harten Kerne" von Madrid-Carabanchel in alle Winde zu zerstreuen. In einer Reihe von Gefängnissen wurde mit dem Mittel des Hungerstreiks und der Verweigerung der Gefängnisarbeit der Protest weitergeführt (Cordoba, Alcala de Henares...).

Zwei Veranstaltungen am 30.7. der „Kommission für Totale Amnestie" sowie der COPEL (Koordination der Gefangenen im Kampf) in Madrid aus Solidarität mit dem Kampf der sozialen Gefangenen wurden vom Zivil-Gouverneur in letzter Minute verboten und konnten nicht stattfinden.

Der massive Aufstand der sozialen Gefangenen in Spanien hat un-

Fortsetzung auf Seite 37

Für die totale . . .

seres Wissens erstmals(!) zu Solidaritätserklärungen sämtlicher linker und revolutionärer Organisationen (und sogar der reformistischen Gewerkschaftszentralen) mit den Forderungen der sozialen Gefangenen nach totaler Amnestie geführt. Im Kampf für die Amnestie der politischen Gefangenen waren die tausende Opfer der frankistischen Klassenjustiz fast ganz „vergessen" worden.

Uns ist bisher nur eine Erklärung einer (provisorisch) entlassenen politischen Gefangenen bekannt, in der mit aufrichtigen Worten eine Solidarität mit den „gewöhnlichen" Gefangenen zum Ausdruck kam: Von der Genossin Eva Forest (2 1/2 Jahre in „Untersuchungshaft" wegen angeblicher Beteiligung an der „Himmelfahrt" des spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco). Die Genossin Eva Forest sagte zum Beispiel nach ihrer Freilassung, daß sie vollkommen gegen ein besonderes „Statut für den politischen Gefangenen " ist: *„Es gibt keinen Unterschied zwischen politischen und normalen (Gefangenen), und du beginnst Solidarität mit allen in der gemeinsamen Repression zu empfinden"... „Dort trafen wir uns - Leute mit verschiedener Herkunft, verschiedenen Vorstellungen von der Welt, und man merkt, daß die Ettiketten nicht mehr taugen. Manchmal verstand ich mich mit den normalen gefangenen Frauen besser als mit den politischen. Manchmal sind sie unendlich interessanter als die ersteren"* (El Pais, 5.6.77.).

Obwohl der Aufstand der sozialen Gefangenen in Spanien in einer vorläufigen Niederlage geendet ist, hat er vielleicht insofern eine erfolgreich-positive Seite gehabt, daß er zur größeren Solidarität a l l e r Unterdrückten und Verfolgten im Spanischen Staat beigetragen hat.

Spanien-Kommission

Euzkadi: Illegale Rückkehr der Verbannten

Am 21.7. traten zehn der insgesamt fünfzehn baskischen Verbannten – fast alle ETA-Mitglieder – auf einer Veranstaltung in Durango (Euzkadi, Provinz Vizcaya) vor etwa 10.000 überraschten Kundgebungsteilnehmern der baskischen Linken erstmals wieder auf. Sie waren zuvor illegal in ihre Heimat zurückgekehrt. Der spanische Staat hatte sie aufgrund der massiven Amnestie-Kampagne aus den Gefängnissen entlassen und somit ihre Reststrafen – zum Teil lebenslänglich – aufgehoben. Mit der Freilassung erfolgte allerdings die lebenslange Verbannung: Sie durften den Boden des spanischen Staates nie wieder betreten. Sie haben dieses Verbot in Absprache mit den baskischen Parteien der Linken bewußt durchbrochen, und es ist noch ungeklärt, ob der spanische Staat es wagen wird, diese bewußte Mißachtung zu bestrafen und die Verbannung mit polizeilichen Machtmitteln erneut durchzusetzen.

Fünf weitere verbannte ETA-Genossen, die sich derzeit in Dänemark aufhalten müssen, da sie vom dänischen Staat zurückgehalten werden, der ihre Pässe vorläufig eingezogen hat, konnten an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen. (Einer ist inzwischen ebenfalls in Euzkadi eingetroffen). Zusammen mit den ETA-Verbannten trat der baskische Innenminister aus der Zeit der Republik (Monzon) auf, der seit Jahrzehnten im Exil lebte und der es sich nach eigenen Aussagen zur Ehre anrechnete, zusammen mit den Kämpfern von heute zurückzukehren. Die Kundgebungsteilnehmer riefen immer wieder Parolen wie *„ETA, das Volk ist mit dir!"*, oder *„Alle Exilierten nach Hause!"*.

Am nächsten Tag gaben die zurückgekehrten eine geheime Pressekonferenz, auf der Larena, ein führendes ETA-Mitglied erklärte:

„Wir haben weder damals die juristische Strafe unserer Verbannung anerkannt, noch akzeptieren wir sie heute. Die Bedingungen, die wir unterschreiben mußten, waren nur eine Formsache. Unser Ziel war immer dasselbe: nach Euzkadi zurückzukehren und am Kampf des baskischen Volkes teilzunehmen. Wir erkennen nur das Urteil unseres Volkes an, und das Volk hat deutlich gesprochen. Es wollte weder unsere Verurteilung, noch unsere Gefängnisstrafe, noch unsere Verbannung. Das Volk hat unsere totale Amnestie erkämpft". („Deia", 23.7.77).

Auf dieser Pressekonferenz erklärten neun Genossen ihre Zugehörigkeit zur ETA, bzw. zu deren politischer Partei EIA, nur einer (Dorronsoro) definierte sich als Unabhängiger. Diese Erklärungen wurden im vollen Wortlaut in der baskischen Presse abgedruckt. Ein solch offenes Bekenntnis zu einer – im bürgerlichen Sprachgebrauch – „terroristischen" Organisation, die, wie alle Welt weiß, den zweithöchsten Mann im Staat (Carrero Blanco) 14 Meter hoch in die Luft gesprengt hat, ist nur möglich auf der Grundlage der vollkommenen und kämpferischen Solidarität des baskischen Volkes mit dieser Organisation. So erklärten die zehn denn auch, sie würden sich zwar noch ein paar Tage versteckt halten, um auf einigen öffentlichen Veranstaltungen ungehindert aufzutreten; dann würden sie jedoch ruhig nach Hause gehen, möge die Polizei doch kommen ... („Deia", 23.7.)

In den folgenden Tagen hieß es, die Regierung in Madrid sei angeblich bereit, mit den ETA-Genossen über eine Klärung ihrer Lage zu verhandeln sowie *„die Art und Weise, wie sie sich endgültig und ohne Legalitätsprobleme in das soziale Leben des Baskenlandes wieder eingliedern können"* („Deia", 26.7.).

Allerdings hat die spanische Polizei inzwischen einen der Zurückgekehrten der ETA, F.J. Larena, verhaftet und ins baskische Basauri-Gefängnis gesperrt. Es hagelte sofort Proteste. Auf einer Großveranstaltung in San Sebastian am 29.7., an der 20.000 Menschen teilnahmen, wurde in Sprechchören immer wieder Larenas Freilassung gefordert. Offensichtlich haben die übrigen ETA-Genossen von ihrer ursprünglichen Absicht Abstand genommen, sich alle sofort der Polizei zu stellen, falls einer von ihnen verhaftet wird, weil nach der Inhaftierung von Larena die Unsicherheit bezüglich der Haltung der spanischen Regierung doch zu groß ist. Die Genossen halten es für unwahrscheinlich, daß die Regierung eine vollständige Amnestie für sie erwägt. Allerdings haben die Genossen ihre Absicht erklärt, weiterhin auf Veranstaltungen aufzutreten unter entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen („El Pais", 2.8. 77).



Durango, 21.7.: Die Rückkehr der Verbannten (ganz links ein baskischer Sänger, dann von links nach rechts: Egana, Menchacatorre, Achega, Monzon, Larena, Dorronsoro, Onaindia, Gorostidi, Mugica Arregui, Izko de la Iglesia, Uriarte)

Durango, 21.7.77
Mitglieder der Spanien-Kommission

Die »libertären Tage« von Barcelona

Vom 22. — 25. Juli veranstaltete die spanische anarcho-syndikalistische Gewerkschaft CNT die »ersten internationalen libertären Tage«, ein riesiges Politfestival, an dem nach Angaben der Veranstalter über 500.000 Menschen teilnahmen. Zu den »libertären Tagen« waren etwa 15 anarchistische und anarcho-syndikalistische Organisationen aus den USA und Westeuropa gekommen, sowie bekannte Künstler und Intellektuelle, die mit dem Anarchismus sympathisieren. Zu den erwarteten Persönlichkeiten gehörten u.a. Jean Paul Sartre, Luis Bunuel, Jean Luc Godard, Chomsky, Lefevre. Viele waren jedoch nicht gekommen, da sie von ihrer Einladung gar nichts erfahren hatten. Gekommen war allerdings der Frankfurter Ober-Sponti Daniel Cohn-Bendit, dessen »Lehren« aus dem Pariser Mai 1968 in der vollkommenen anti-politischen Ideologie des »alternativen Lebens« (Landkommune, etc.) bestehen. Er scheint in Barcelona jedoch mit seinen schulmeisterlichen Allerweltsweisheiten gegen PCE-Chef Carrillo und den PSOE-Chef Gonzalez nicht besonders gut angekommen zu sein. Ein älterer spanischer Anarcho-Syndikalist, der Dramatiker Alfredo Manas, soll in diesem Sinne in seiner Rede auf die *»paternalistischen Revolutionstouristen aus Europa«* angespielt haben (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 26.7.77).

Die »libertären Tage« sollten der Diskussion über den heutigen Zustand und die Perspektiven der anarchistischen Bewegung dienen, wobei naturgemäß insbesondere die Entwicklung des spanischen Anarchismus im Bürgerkrieg und danach im Vordergund stand. Außerdem gab es Debatten über Antimilitarismus, »Selbstbestimmung«, Ökologie, Frauenfragen usw.

Neben diesem Politischen Programm gab es im »Parque Güell« von Barcelona während der vier Tage vor allem Musik, Filme, Kunstausstellungen.

Anders als bei der Großveranstaltung der CNT am 2. Juli im Montjuich-Park von Barcelona (an der nach Angaben der CNT 300.000, nach Angaben der spanischen bürgerlichen Presse 100.000 Menschen teilnahmen), kamen die Besucher der »libertären Tage« großenteils aus der Sponti-Boheme-Szene, denen es vor allem um »alternative Lebensformen« geht und die sich ordentlich »austoben« wollten. Außerdem werden viele einfach mal »vorbeigeschaut« haben, wie es bei solchen Polit-Feten immer ist. Die 500.000 Besucher jedenfalls alle als bewußte Anhänger des Anarcho-Syndikalismus zu bezeichnen, wäre sicher grob falsch.



Von den Faschisten im Bürgerkrieg erschossener Anarchistenführer Buenaventura Durrutti

Auf der Montjuich-Veranstaltung am 2. Juli, auf der Federica Montseny, die anarchistische Gesundheitsministerin aus der 2. Republik sowie der Direktor der CNT-Zeitung »Solidaridad Obrera« sprachen, waren hingegen im wesentlichen alte und neue CNT-Militante und Sympathisanten anwesend. Dieser gigantische Zustrom, den die gerade erst wieder ins politische Leben zurückgekehrte CNT zu verzeichnen hat, (die Mitgliederzahlen werden mit 90.000 bis 125.000 angegeben) ist gewiß nicht das Ergebnis kontinuierlicher Agitationsarbeit und politischer Auseinandersetzung mit anderen linken Strömungen. Die CNT zieht mit ihrer generellen »anti-politischen-Parteien-Linie« viele Enttäuschte des spanischen »Demokratisierungsprozesses« an, ebensoviele einfach anpolitisierte Jugendliche, die das Sektierertum der meisten linken Parteien und »ML«-Gruppen nicht sehr einladend finden bzw. auch solche, die sich gar nicht besonders engagieren wollen. Für sie ist die CNT ein politisch anspruchsloses Auffangbecken.

Innerhalb der CNT selbst ist die Frage der Aufgaben und der Ausrichtung der Organisation keineswegs geklärt. Es gibt einen Widerspruch zwischen den alten CNT-Kämpfern aus dem Bürgerkrieg, die die CNT, wie sie damals war (mit ihren asturischen »dinamiteros«, den gefürchteten Dynamit-Bergarbeitern) wiederaufbauen wollen und denjenigen, die sie (wie auch immer), den heutigen politischen Verhältnissen in Spanien entsprechend verändern wollen, wobei zur Zeit wohl der Aufbau einer »alternativen Kultur« (ateneos libertarios) eine Rolle spielt (fließender Übergang zur Boheme), aber auch Fragen der Aktionseinheit mit anderen revolutionären Kräften z. B. im Kampf gegen die spanischen Atomkraftwerke und bei Arbeitskämpfen Bedeutung haben. Während die »Alten« aus vollen Rohren gegen die spanischen nationalen Autonomiebewegungen schießen (Jose Peirats), versucht die CNT sich mit diesen nicht zu überwerfen, obwohl das anarchistische Konzept der »freien Kommune« der »Kleinstaaterei« der Autonomisten entgegengesetzt ist. Aber auch die »Jungen« halten den Kampf der Basken, Katalanen, etc. für nationale Unabhängigkeit für total verfehlt, da er nach ihrer Meinung, statt überhaupt gar keinen Staat nur einen kleineren »eigenen« Staat anstrebt. Überschattet werden diese Differenzen innerhalb des spanischen Anarcho-Syndikalismus von einer überwogenden anarcho-folklorististischen Szene, die mit »happenings«, absurd-provokativen Wandsprüchen, mit Witz und Spott nicht mehr als die eigene »Selbstverwirklichung« und ein »alternatives Leben« anstrebt und von gesellschaftlichen Veränderungen nichts wissen will.

Spanien-Kommission

Euzkadi:

Pertur seit 1 Jahr »verschwunden«



San Sebastian, 23.7.: 25.000 Menschen demonstrierten am Jahrestag des „Verschwindens" von Pertur.

Eduardo Moreno Bergareche, alias „Pertur", Leitungsmitglied von ETA und Hauptinitiator der Gründung einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei durch ETA (EIA), ist vor einem Jahr in Frankreich „verschwunden" und es ist so gut wie sicher, daß er von spanischen faschistischen Kommandos ermordet wurde.

Aus Anlaß des Jahrestages des „Verschwindens" von Pertur rief EIA in verschiedenen Orten von Euzkadi zu Gedenkveranstaltungen auf und forderte gleichzeitig eine Aufklärung und Untersuchung des Falles durch die französische Regierung. Alle Amnestie-Komitees von Euzkadi schlossen sich dem Aufruf an und forderten eine Beendigung der Verfolgung baskischer politischer Exilierter in Frankreich sowie Unterbindung des freien Grenzübergangs spanischer bewaffneter Faschisten. Dem Aufruf schlossen sich auch alle revolutionären Organisationen und Gewerkschaftsorganisationen an sowie die PSP (Sozialisten Tierno Galvans) und sogar die Eurorevisionisten der PCE.

Die Sympathie, die dem ETA-Führer vom baskischen Volk entgegengebracht wurde und die gleichzeitige Trauer um ihn war beeindruckend. So hatten so gut wie alle Familien des
des kleinen baskischen Ortes Ondarroa am 23.7.die "ikurrina" (baskische Fahne,heute Symbol für baskische Unabhängigkeit und Freiheit) an Fenster und Balkons gehängt und sie mit einem schwarzen Trauerflor versehen. Ein älterer Kollege sagte, an der Demonstration, zu der auch in Ondarroa aufgerufen worden war, habe sich die Hälfte des Ortes beteiligt, also 5.000 Menschen und dann seien nochmal so viele Jugendliche aus der Umgebung dazu gekommen. Auch seine Kinder hätten teilgenommen.

In San Sebastian (Guipuzcoa) beteiligten sich 25.000 Menschen an einer Demonstration zum Gedenken Perturs (siehe Foto).

Am 29.7. rief EIA zu einer weiteren Pertur-Veranstaltung auf der Radrennbahn in San Sebastian auf, zu der über 20.000 Menschen kamen. Auf dieser Veranstaltung trafen auch die „illegal" zurückgekehrten Verbannten der ETA auf.

Durango, 23.7.77
Mitglieder der Spanien-Kommissiop



England

Grunwick: Auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung - Der Kampf geht weiter!

Nach der Demonstration der 18.000 vor dem Photoversandlabor *Grunwick* am 11.7. (AK 109) hatte sich das Streikkomitee von der APEX-Gewerkschaftsführung zu einer »Abkühl«periode bewegen lassen. Praktisch bedeutete das die Einstellung der Massenmobilisierung zu den allmorgentlichen Pickets (Streikposten), angeblich um dieArbeit des Untersuchungsausschusses unter Lord Scarman nicht zu stören.

Am 22. Juli riefen jedoch Streikkomitee und örtliches Gewerkschaftskartell zu einem neuen Massenpicket am 8. August auf, gegen den Willen von APEX-Boß Grantham, der für APEX erklärte, bis zur Veröffentlichung des Scarman-Berichtes wollten sie keine Massenpickets mehr genehmigen (»Guardian«, 23.7.). Ausgerechnet die Anwälte von *Grunwick* haben gefordert, daß dieser Bericht Stellung nimmt zur Frage, ob die Massenpickets »rechtmäßig und notwendig« wären (»Guardian«, 28.7.). Inzwischen wird mit 5.000 Bergarbeitern allein aus Yorkshire gerechnet. Das Ortskartell der Gewerkschaften in Liverpool schickt einen Sonderzug (»Socialist Worker«, 30.7.).

Postgewerkschaftsführung wollte Kollegen austricksen

Hinter dem Rücken der ausgesperrten Postkollegen vom Postsortieramt Cricklewood/London hatte die Führung der Postgewerkschaft UPW mit der Postdirektion ein Stillhalteabkommen geschlossen. Dadurch war es zwei *Grunwick*-Direktoren am 23. Juli möglich, aus dem bestreikten Postamt die dort lagernde *Grunwick*-Post im Wert von ca. 1 Million DM fortzuschaffen.

Da nach der »Operation Pony Express« (vgl. AK 109) vom Boykott der Postler nunmehr keine Grunwicksendungen, sondern nur noch die Post völlig unbeteiligter Kunden betroffen sei, forderten Postdirektion und Gewerkschaftsführung die Kollegen scheinheilig auf, ihren Dienst am 25. Juli wieder aufzunehmen. Auf einer Streikversammlung nahmen die Cricklewood-Kollegen diesen Vorschlag einstimmig an, einzige Bedingung: weiterer Boykott der *Grunwick*-Post. Daraufhin setzte die Post die Aussperrung der Kollegen fort. Aus Solidarität boykottierten bereits am nächsten Tag die Kollegen von sechs weiteren Londoner Sortierämtern *Grunwick*-Post; ohne daß die Postdirektion bisher weitere Aussperrungen vornahm — davon wären immerhin u.a. das Regierungsviertel und der Buckingham-Palast betroffen ... (nach »Guardian« vom 26. und 27.7.77)

Englandkommission



Frau Desai, Kassiererin vom Grunwick-Streikkomitee, allein auf Streikposten, unter Bullenbewachung. So hätten sie es wieder gern..... aus „Socialist Worker"



Am 11. Juli mußten die Bullenpferde wieder umkehren — bis die Gewerkschaftsführung die Pickets abzog. aus „Socialist Worker"

Polizeiterror gegen Gewerkschaftsjournalisten

Bei seiner Rückkehr aus Berlin/DDR am 24. Juli wurde Maurice Jones, Herausgeber der Gewerkschaftszeitung »Yorkshire Miner«, auf dem Londoner Flughafen wie ein Schwerstverbrecher von Londoner Bullen überwältigt.

M.J. war am 23.6. beim Streikpostenstehen vor *Grunwick* festgenommen worden, wegen »Beleidigung«. Beim Verhör durch Zivilbullen interessierten sich diese besonders für seine politischen Aktivitäten (Mitgliedschaft in der revisionistischen KP, Artikel im »YM«) und drohten ihm, die Aufenthaltsgenehmigung seiner finnischen Frau nicht zu verlängern. Als Gipfel warnten sie ihn, daß seine kleine Tochter vielleicht einen »Verkehrsunfall« haben könnte!! Dann wurde er gegen Kaution wieder freigelassen.

In den nächsten Tagen war er nach Angaben seiner Freunde total verstört, verschwand plötzlich und meldete sich nach einigen Tagen mit seiner Familie aus Berlin/DDR.

Der Vorfall erregte verständlicherweise in der liberalen Presse und linken Labourkreisen erhebliches Aufsehen. Sogar das Unterhaus setzte seinen Fall auf die Tagesordnung und ein Untersuchungsausschuß sollte seine Vorwürfe gegen die Zivilbullen klären. Mit Versprechungen des britischen Innenministers in der Tasche flog schließlich der mit ihm befreundete Bergarbeiterführer aus Yorkshire, Arthur Scargill, nach Berlin und überredete ihn, zurückzukehren.

Nachdem M.J. noch im Flugzeug eine Erklärung verfaßt hatte, daß er *»im Wissen, daß es doch noch Gerechtigkeit gibt, und im Vertrauen auf den Innenminister* (!?) *der Aufforderung nach Rückkehr folge«* (»Guardian«, 25.7:), nahmen ihn sechs Bullen auf dem Londoner Flughafen brutal in Empfang. Vor den Augen seiner Familie rissen sie ihn zu Boden. Als er noch verlangte, seinen Anwalt zu sprechen, schleiften sie ihn an allen vier Ecken durch eine Seitentür.

»Er wurde wegen Kautionsbruch festgenommen«, hieß es dazu im Polizeijargon ......

Englandkommission

Nationale Konferenz von Socialist Worker's Party

Vom 25. - 29. Juni fand die jährliche Nationale Konferenz von Socialist Workers Party (SWP) in London statt.

SWP (früher International Socialists = I.S.) ist die größte der nichtrevisionistischen revolutionären Organisationen in Großbritannien und arbeitet eng zusammen mit der trotzkistischen „Sozialistischen Arbeitergruppe" (SAG) in der BRD.

Etwa 300 Genossen, sowie ausländische Gäste, darunter auch eine Genossin des KB, nahmen an der Konferenz teil.

Auf der Tagesordnung standen quasi alle Bereiche, in denen SWP politisch arbeitet (Arbeit in den Gewerkschaften, unter Jugendlichen, Studenten, Farbigen, Frauen, Internationalismus, Beteiligung an den Parlamentswahlen, Labourregierung, Faschisten in England, Zusammenarbeit mit der revisionistischen CP, Aktionseinheit, nationale Frage, insbesondere am Beispiel von Irland, Schottland und Wales) und alle innerorganisatorischen Probleme (Parteiaufbau, Arbeit des ZK, Aufgaben der Zentralen Kontrollkommission, Ausschlüsse, Wahl der leitenden Genossen, Zeitungsarbeit).

Entsprechend dieser massiven Tagesordnung war die zur Verfügung stehende Zeit für jedes Einzelthema knapp bemessen.

Zu jedem Thema wurde immer einleitend ein kurzes Referat von einem leitenden Genossen vorgetragen und im Anschluß daran fand eine Diskussion statt, die zeitlich begrenzt war. Zu jedem Themenkomplex lagen von den verschiedenen Ortsgruppen Anträge vor, die z.T. auch Kritik an der bisherigen Politik von SWP beinhalteten.

So waren z.B. die meisten Konferenzteilnehmer mit ihrem wöchentlichen Zentralorgan, dem „Socialist Worker" wenig zufrieden. Die Kritik bezog sich meist darauf, daß die Artikel zu langweilig seien, zu wenig konkret und zuviele allgemeine Parolen enthielten. SWP vertritt den Standpunkt, daß in der Zeitung nur Artikel erscheinen sollen, die die „breite Masse der Arbeiter" ansprechen. Größere theoretische Artikel und Auseinandersetzungen mit anderen revolutionären Linken sind in der Zeitung nicht zu finden, sondern theoretischen Organen mit kleiner Auflage vorbehalten. Dieses Konzept, das sich sehr von dem des „Arbeiterkampf" unterscheidet, wurde von fast allen Delegierten akzeptiert. Sie meinten, daß Auseinandersetzungen mit „kleinen bedeutungslosen Organisationen" wie z.B. den „MLern" oder auch der Bruderorganisation von GIM (IMG) „die Arbeiterklasse nicht interessiere" und „sektiererisch" sei.

Kontroverse Ansichten wurden deutlich in der Frage, wie sich SWP bei den bürgerlichen Parlamentswahlen verhalten soll. Während insbesondere leitende SWP Genossen für den Versuch plädierten, der revisionistischen CP ein Angebot für ein Wahlbündnis zu machen, wurde dies von vielen Genossen abgelehnt.

Einige Genossen waren dafür, ein Bündnis mit anderen revolutionären Organisationen, besonders IMG, anzustreben, was von der Mehrheit als „irrelevant" abgelehnt wurde. Die innerorganisatorische Diskussion um diese Frage ist noch nicht abgeschlossen.

Vereinheitlicht wurde eine Resolution zu den Wahlen, in der es heißt:

1 a) „Wahlaktivitäten sind ein sehr geringer Aspekt unserer Arbeit.
b) Zweck der Wahlaktivitäten ist die Verbreitung von Propaganda und Gewinnung neuer Mitglieder
c) Aus Rücksicht auf die Kampfmoral wünschen wir keinen haushohen Sieg der Tories und werden deshalb aufrufen, Labour zu wählen, wo es keine Alternative gibt.

2) Mit Hinblick auf 1b) (oben) ist kein Wahlblock zulässig.

3) Wir wenden uns an die über 200.000 Militante, die von Labour die Nase voll haben. Während einige davon tatsächlich zur Peripherie einer bestimmten Organisation gehören, trifft das für die große Mehrheit nicht zu (z.B. TGWU-Wahlen). Für sie scheint es nur sehr kleine Unterschiede zwischen den Parolen der verschiedenen revolutionären Organisationen zu geben. Auf lange Sicht werden wir gewinnen, weil wir als einzige anschließend auch Aktionen bieten können.

Diese Militanten (plus Teile der Schwarzen Bevölkerung) werden in der Tat eine Proteststimme bilden unabhängig vom Etikett. Wir sind die Kandidaten der „Basis" und können uns keinen Rückschlag beim Parteiaufbau leisten, der eintritt, wenn wir es zulassen, daß wir als Sektierer angesehen werden. Folglich müssen wir dazu aufrufen, die Stimme solchen Kandidaten zu geben, die auftreten gegen das Lohnraubabkommen, Sparmaßnahmen, Rassismus, Faschismus und die Besetzung Nordirlands; das bedeutet kritische Unterstützung für z.B IMG (GIM), WSL (Abspaltung von Workers Revolutionary Party, AK), Big Flame, ohne allerdings diese kampagnenartig zu unterstützen.

Weiter folgt daraus, daß wir öffentlich bestimmte Organisationen zu Vereinbarungen auffordern sollten, um zu vermeiden, daß wir gegeneinander kandidieren (SWP 50, IMG 10, WSL 2, BF2).

Falls es nach solidarischer Diskussion keine Übereinstimmung hinsichtlich eines bestimmten Wahlkreises gibt, werden wir darauf keine Rücksicht nehmen. Dieses Vorgehen behindert in keiner Weise eine Kampagne für den Parteiaufbau in Gebieten, wo wir aufrufen, einen anderen revolutionären Kandidaten zu wählen ..."

Für das Thema „Internationalismus" war ca. eine Stunde Zeit vorhanden. In den Beiträgen wurde die zunehmende Bedeutung der solidarischen internationalen Zusammenarbeit gegen die internationale Verflechtung des Kapitals betont. Zu den anwesenden ausländischen Gastdelegationen gehörten die skandinavische Organisation „Forbundet Kommunist" aus Schweden und „Kommunistik Forbundet" aus Dänemark, die französischen Organisationen „Organisation Communist des Travailleurs" (OCT) und "Combat Communist", die kanadische Organisation „International Socialist" und der KB. Weitere eingeladene Organisationen, z.B. aus Italien und Portugal, waren aus organisatorischen Gründen nicht gekommen.

Auf Grund der Kürze der angesetzten Zeit war es nicht möglich, Grußadressen zu verlesen oder zu bestimmten Fragen den Standpunkt der jeweiligen Organisation zu erläutern.

Im Anschluß an die Konferenz wurde zwischen Vertretern der ausländischen Organisationen und SWP eine Diskussion zum Thema Eurokommunismus geführt. Wir werden darauf, insbesondere zu Position von SWP, die eine Kritik an der italienischen Organisation Avantguardia operaia enthält, in einem der nächsten AKs gesondert eingehen.

In dieser Diskussion vertraten die Genossen von FK aus Dänemark die Position, der Eurokommunismus sei, obwohl er insgesamt rechts sei, zu begrüßen, weil er die Widersprüche im revisionistischen Lager verschärfen würde. Es sei gut, wenn aus diesem Lager Kritik an der UdSSR käme. Man müsse diese Widersprüche nutzen für die Auseinandersetzung mit den Revis.

Aufgrund von Schwierigkeiten zu einem solchen Thema in einer fremden Sprache ad hoc etwas zu sagen (die Einladung des KB durch SWP war ohne die Nennung dieses geplanten Diskussionsthemas erfolgt) beteiligte sich die Vertreterin des KB nicht aktiv an der Debatte.

Wir werden allerdings die Gelegenheit ergreifen, die von SWP allen anwesenden Organisationen angeboten wurde, im „International Bulletin" (einer mehr für Mitglieder gedachten Broschüre speziell zur Auseinandersetzung unter den linken und kommunistischen Gruppen im internationalen Maßstab) einen Beitrag zum Thema Eurokommunismus zu schreiben.

Englandkommission

Gott beschützt die Königin — Wer bezahlt die Rechnung?

Das Blutsaugertum der englischen Königsfamilie hat in diesem Jahr einen Höhepunkt! 25 Jahre sind seit dem gefeierten Tod Georgs VI vergangen. 25 Jahre verteilt Elisabeth II ungestraft Fußtritte und Ohrfeigen an die britischen Werktätigen; für die Bourgeoisie ein Grund zum Feiern.

Wie die vorangegangenen erfüllt auch dieses Jubiläum seine politische Funktion. 1887 sollte das Jubiläum von Königin Victoria die Armut des Landes überdecken. Eine republikanische Bewegung sollte im Keim erstickt werden. Zehn Jahre später sollten damit die Aktionen des britischen Imperialismus aus dem Bewußtsein der Bevölkerung verdrängt werden. 1935 galt es von der existenzbedrohenden Massenarbeitslosigkeit und der Bedrohung durch den Hitlerfaschismus abzulenken. Und in diesem Jahr wiederholt sich die Verdummung und Verhöhnung der britischen Massen. Die herrschende Klasse Englands zieht alle Register, um die Ausbeutung und Ausblutung der Arbeiterklasse und ihre sozialen Folgen aus dem Bewußtsein der Massen zu verdrängen.

Tatsächlich fällt es der Bourgeoisie schwer, den Blick auf die hohe Inflationsrate und die zunehmende Arbeitslosigkeit zu versperren. Täglich bekommen die Werktätigen die Auswirkungen der Inflation zu spüren. Während die Preise ständig steigen, sind die Lohnsteigerungen von der Regierung durch die *Pay Code* (Lohnschranken) begrenzt. Angesichts dieser Lage sind die riesigen Summen, die diese Schmarotzer verschlingen eine doppelte Ohrfeige.

Während sich das Gehalt der Queen in den letzten drei Jahen mit der Inflationsrate wachsend fast verdoppelte, auf etwa DM 5 Millionen (!), stiegen natürlich die davon bezahlten Löhne des königlichen Personals nur in dem vom *Pay Code* vorgeschriebenen Rahmen. Allein die königlichen Spielzeuge und Spielplätze kosten die britischen Steuerzahler über DM 10 Millionen im Jahr. Das private Einkommen aus Aktienbesitz und Grundbesitz sind schwer zu schätzen, denn das ist geheim. Jedenfalls dürfte die Summe von DM 1.000, die Ihre Majestät an Steuern abführt, und die etwa dem entsprechen, was ein Arbeiter für sein kleines Haus im Norden Londons an Steuern bezahlen muß, kaum Rückschlüsse auf die Einkünfte dieser Dame zulassen.

Diese Blutsaugerei im königlichen Stil muß als politische Gefahr betrachtet werden. So, wie in Italien 1922 der König die Macht an Mussolini übergeben hat und der griechische König auf der Seite der Obristen stand, so ist auch die englische Monarchie der Stützpfeiler jeder reaktionären, menschenfeindlichen Politik. Die Arbeiterklasse kann von ihr nur Unterdrückung und Verhöhnung erwarten. Die königlichen Fratzen gehören ins Museum, und sie müssen dorthin geschickt werden.

Die bürgerlichen Parteien nehmen inzwischen fröhlich am Jubiläum teil. Kritik am Königshaus aus linken Labour-Kreisen wird meist zurückgenommen, bevor sie richtig ausgesprochen ist. Taten folgen sowieso nicht. So ist dann diese »Kritik« wohl auch eher zu verstehen als Show für den Wähler, als weitere Verdummung der Massen.

Dennoch gibt es kaum einen Auftritt des »königlichen Jubliäumstheaters«, der ohne massive Proteste abläuft. So kam es während des Queenbesuchs in Aberdeen vor den königlichen Augen zu einer Schlägerei zwischen Demonstranten und prügelnden Bejublern der Queen. Aufgrund des klugen Vorgehens der Demonstranten wurden zwei »Königstreue« vorläufig festgenommen.

In vielen Städten folgen Arbeiterinitiativen dem Beispiel Doncasters, wo mit einem Straßenbasar und Kinderfesten nicht das Jubiläum, sondern der 25-jährige Todestag Georgs VI gefeiert wird. Oft ist es bei solchen Anti-Jubiläum-Veranstaltungen zu blutigen und massiven Bulleneinsätzen gegen Demonstranten gekommmen. Die Bourgeoisie schützt ihre Marionetten.

Trotz vieler Aktionen ist allerdings zu befürchten, daß die Bewegung gegen die Monarchie nach diesem Jubiläumsjahr im Sande verläuft, und diese Blutsauger weitere 25 Jahre ihr Unwesen treiben können. Ähnlich war es vor 25 Jahren, als der Tod Georgs VI eine starke Bewegung gegen die Monarchie auslöste, die kurz nach der Krönung der Queen in einen 25-jährigen Schlaf verfiel. Die fortschrittlichen Kräfte in Groß-Britannien sollten versuchen, dies zu verhindern, so daß es nicht zu einem weiteren Jubiläum kommt, ebensowenig, wie es zu einer neuen Krönung kommen sollte. Dieses Jubiläum muß der Startschuß sein zu einer starken Bewegung gegen die Ausplünderung und den Betrug durch die königlichen Taschendiebe und Schwerverbrecher an der britischen Arbeiterklasse.

Das Jubiläum ins Museum!
Kampf den Haushaltskürzungen!

Lohnraubabkommen zerschlagen

Am 1. August lief die zweite Phase des Lohnraubabkommens (»Social Contract«) zwischen Labour-Regierung und Gewerkschaftsfürsten aus. Dieses »Sparprogramm« der herrschenden Klasse trieb die Ausbeutung der britischen Arbeiter auf die Spitze: einer Inflationsrate von 20 % stand eine Lohnschranke von 4,5 % gegenüber (vgl. AK 79). Die Lohnraubpläne des Schatzmeisters Healey fanden die volle Unterstützung der Gewerkschaftsbosse im Dachverband der britischen Gewerkschaften, TUC. Zum Teil gegen die massiven Proteste der Basis biederten sich die TUC-Führer und die Bosse einiger Einzelgewerkschaften (wie der TGWU — »Transport and General Workers Union«) der Regierung als »Partner« an. Mit undemokratischen und windigen Abstimmungsmethoden (vgl. AK 83) wurde der arbeiterfeindliche Social Contract mit der Labour-Regierung geschlossen, wobei dieses Bündnis den Arbeitern noch als fortschrittlich verkauft werden sollte (vgl. AK 89). Die Kapitalisten konnten sich die Hände reiben, denn sie hatten ein Jahr Zeit, ihre Profite zu vergrößern. Selbst die Einnahmen der Regierung aus Steuern und verstaatlichter Industrie stiegen, während die Ausgaben drastisch gesenkt wurden.

Aller Voraussicht nach hat dieser Betrug an der Arbeiterklasse jetzt ein Ende. Die von Healey vorgelegte dritte Phase — 10 % Lohnsteigerungsgrenze, einjährige Laufzeit von Tarifverträgen, Kontrolle von Kapitalisten, die bei Streiks zu »weich« sind und höheren Lohnforderungen nachgeben (»Economist« 16.7.) — ist am starken Widerstand der Gewerkschaftsbasis gescheitert. Jetzt fürchtet die herrschende Klasse den »unerwünschten und unökonomischen Effekt« (»Economist« 16.7.) des Social Contract, nämlich die durch die lange Geduldprobe verstärkte Kampfbereitschaft der Arbeiter.

Die Social Contract-Korruption des TUC hat zu einer militanteren Haltung der gewerkschaftlichen Basis geführt, die sich nicht länger mit den hohlen Sprüchen des TUC-Generalsekretärs Jack Jones abspeisen läßt (»Economist« 16.7.). Das Märchen der Bourgeoisie, Arbeitslosigkeit und Inflation seien Folgen der »Lohngier« und »Faulheit« der Werktätigen, ist nach zwei Jahren Lohnraubabkommen als Betrug entlarvt worden. Besonders seit Anfang dieses Jahres erhoben nicht nur die Gewerkschaftsbasis, sondern zunehmend auch die unorganisierte Arbeiterschaft auf unzähligen Demonstrationen, Pickets und Protestaktionen die Forderung:

Smash the Social Contract —
Zerschlagt das Lohnraubabkommen!

So zwangen die Arbeiter, Delegierten und Shop Stewards die TUC-Führung, den Social Contract aufzukündigen und zur Politik des freien Lohnkampfes (»free collective bargaining«) zurückzukehren.

Die Gewerkschaftsbosse versuchen jetzt, die Kapitalisten mit vagen Versprechungen zufriedenzustellen. Sie sind zur Stärkung der Kapitalisten bereit, die Genossen an der Basis »zur Vernunft« zu bringen. Mit Geldstrafen (vergl. AK 91) und Ausschlüssen will Jack Jones seine guten Beziehungen zur herrschenden Klasse auf dem Rücken der Arbeiter wiederherstellen (vgl. auch »Guardian« 28.7.).

Daß ihm dies nicht gelingen wird, zeigen die nun anlaufenden Aktionen auf den shop floors: ein großer Teil der Einzelgewerkschaften bereiten sich auf den Arbeitskampf vor und formulieren ihre Forderungen. Neben denen, deren Tarifabkommen jetzt sowieso auslaufen, haben sich andere vorgenommen, nach zweijährigem Stillhalten gegenüber verstärkter Ausbeutung nunmehr ihr Recht zu erkämpfen. Unter dem Motto *»Sie gaben uns eine Preisexplosion — wir fordern jetzt eine Lohnexplosion«* (»Socialist Worker« 23.7.) liegen die Bergarbeiter mit einer Forderunge von über 100 % an der Spitze. Die Dockarbeiter fordern ein Minimum von 20 %, ebenso die Journalisten und die Arbeiter der Autoindustrie. Im Chrysler-Werk Linwood (der AK berichtete mehrfach darüber) verlangen die Arbeiter die Wiederherstellung der Kaufkraft von 1974. Gerade diese Forderung verdeutlicht, daß hier nicht raffgierige Nichtstuer Unmögliches verlangen, sondern daß es der britischen Arbeiterklasse um die nackte Existenz geht: Forderungen, die dem Wachsen der galoppierenden Inflationsrate doch nur hinterherhinken können, müssen dabei das Mindeste sein.



Skandinavien

Verwüstung schwedischer Wälder durch die Holzindustrie

Eine erste Folge der Vernichtung der Wälder durch die Holzindustrie zeigte sich in den gewaltigen Überschwemmungen in Mittelschweden während der Schneeschmelze im Frühjahr. Zwar versuchten die Behörden, die wahren Gründe der Überschwemmungen zu vertuschen, und machten die extrem großen Schneemengen, die in diesem Winter gefallen waren, dafür verantwortlich. In Wirklichkeit ist aber der Kahlschlag der Wälder die Ursache. Diese Methode des „Waldbaus" wurde in den 60er Jahren in Schweden eingeführt. Sie bedeutet, daß nicht nur die grossen, brauchbaren Bäume gefällt werden, sondern daß große Flächen des Waldes völlig kahlgeschlagen werden.

Auf diesen großen, kahlen Flächen schmilzt der Schnee zur Zeit der Schneeschmelze bedeutend schneller als unter dem Schatten der Bäume.

In diesem Frühjahr haben die kahlgeschlagenen Flächen nun ein so großes Ausmaß erreicht, daß eine Überschwemmung eintreten mußte.

Aber diese Überschwemmung ist im Grunde nur ein Warnsignal, sicherlich nicht schlimmste Folge des Kahlschlags. Bedeutend schlimmer ist die Veränderung des Kleinklimas (d.h. des Klimas in diesen Gebieten), die Zerstörung der Pflanzen und Tierwelt. Außerdem sind diese Veränderungen nach einigen Jahren unwiderruflich, da durch das schnelle, ungehinderte Abfließen der Wassermassen während der Schneeschmelze der Boden völlig weggewaschen wird, so daß eine Aufforstung dann nicht mehr möglich ist.

Eine weitere Folge ist die Vergiftung der Seen. Dadurch, daß das Schmelzwasser nicht mehr in den Wäldern gebunden wird, sondern fast vollständig in die Seen und Flüsse fließt, werden auch sämtliche Schadstoffe aus den Giftbesprühungen der Wälder (zur Vernichtung der Insekten) in den Seen konzentriert. So ist schon heute ein großer Teil der mittelschwedischen Seen vergiftet.

Diese gefährliche Methode des Kahlschlags in der Waldwirtschaft wird von den schwedischen Kapitalisten aus mehreren Gründen angewandt.

Der Kahlschlag ermöglicht einen effektiveren Einsatz großer Maschinen und bringt folglich mehr Profit. (So leistet heute ein Waldarbeiter 8 mal so viel, wie vor Beginn der 60er Jahre.) An einer Wiederaufforstung haben die Holzkapitalisten sowieso kein Interesse, da es 80 bis 100 Jahre dauert, bis der Wald so nachgewachsen ist, daß er wieder Profit bringt. So interessiert sie auch die Zerstörung des Waldbodens durch ihre Kahlschlagmethode nicht im geringsten. Sie sind im Gegenteil gerade an grossen kahlgeschlagenen Flächen interessiert. Sie sind nämlich häufig auch die Eigentümer der großen Wasserkraftwerke an den Flüssen. So gehören dem größten Waldkapitalisten Schwedens, Wallenberg, auch die meisten Wasserkraftwerke. Wenn also durch die kahlgeschlagenen Gebiete größere Wassermengen in die Flüsse gelangen, so erhöht das die Produktivität ihrer Kraftwerke. Die Überschwemmungen werden also nicht nur als notwendiges Übel in Kauf genommen, sondern geradezu gefördert.

Der Kahlschlag, d.h. die Zerstörung der Wälder bringt den Kapitalisten doppelten Profit: billigeres Holz und mehr Energie aus ihren Wasserkraftwerken.

So werden durch kurzsichtige Profitinteressen Lebensräume für Menschen und Tiere zerstört und Rohstoffquellen für spätere Generationen vernichtet.

Die Aufgabe für Kommunisten und jedes denkenden Menschen heißt:
Kampf der Umweltzerstörung durch das Kapital!!!!!
(nach Prolitären 25, 1977)

Skandinavienkommission



Flutkatastrophe in Schweden



Erosionsschäden durch die Waldmaschinen

Berlingske Tidende: Es gärt weiter!

Dänemark. Am Donnerstag, dem 29.7., legten die Arbeiter bei Husum Tryk, einem Zweigwerk von Berlingske Tidende (BT) in Kopenhagen, die Arbeit nieder. Der Streik richtete sich gegen den Verlauf der Lohnverhandlungen mit dem Kapitalisten. Die Arbeiter von Husum Tryk forderten 80 Kronen mehr pro Woche. Die Kapitalisten »boten« jedoch nur 30 Kronen mehr. Die Lithografen haben sich zwar nicht dem Streik angeschlossen. Die Zeitschrift erschien jedoch in verminderter Auflage.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Schwedische Geheimpolizei im Dienst des westdeutschen Verfassungsschutzes

Die schwedische Geheimpolizei Säpo arbeitet in direktem Auftrage bundesdeutscher Staatsschutzorgane, betreibt politische Spionage gegen in Schweden lebende schwedische Staatsbürger und liefert die bestellten Informationen an die deutschen Auftraggeber.

Das meldete die sozialdemokratische Zeitung „Aftonbladet" am 16.6.77 und druckte als Beweis Auszüge aus deutschen Polizeiprotokollen ab. Danach hat Säpo z.B. im Januar 1975 eine Liste mit 49 Namen und Adressen bekommen. Laut Protokoll handelte es sich dabei um „Objekte besonderen Interesses für den deutschen Staatsschutz".

Säpo war bereit, sich zum Gehilfen des BRD-Imperialismus zu machen. Im Protokoll wurde vermerkt, die zu liefernden Informationen sollten „für den dienstlichen Gebrauch" gelten, also geheim sein.

Daß dieser Vorgang kein Einzelfall ist, beweist „Aftonbladet" mit einem weiteren Protokollausschnitt: Im Dezember 1974 fand in Stockholm eine Pressekonferenz über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD statt, zu der deutsche und schwedische Organisationen für die Humanisierung des Strafvollzugs, sowie die Gefangenengewerkschaft FFCO einluden. Teilnehmer waren der Anwalt R.A.Haag sowie der Dozent für Strafrecht Göran Elwin und der Schriftsteller Tobias Berggren. Der in Schweden lebende Faschist Kohlhaus (ehemaliger SS-Mann in Finnland) informierte die deutsche Botschaft in Stockholm. Daraufhin wurde Säpo vom BRD-Staatsschutz beauftragt, Material über *„die als Marxisten bekannten schwedischen Staatsangehörigen"* (so steht es im Protokoll!!!) Berggren und Elwin zu liefern. Säpo war bereit und beschattete die Teilnehmer der Pressekonferenz. Im Protokoll finden sich dann Angaben darüber, wo die deutschen Teilnehmer übernachtet haben, wie die Wohnungsinhaberin heißt, Einzelheiten über ihr Privatleben, mit wem sie umgeht sowie vollständige Geburtsdaten aller untersuchten Personen. In einem gesonderten Kommentar lieferte Säpo noch obendrein Angaben über die Tätigkeit des Journalisten Jan Gouillo, der maßgeblich an der Enthüllung der schwedischen Spionageorganisation IB mitgewirkt hat. Der Jurist Göran Elwin beschäftigt sich seit langem mit dem Komplex „Rechtssicherheit und Terroristenbekämpfung" und hat sich mehrfach sehr kritisch zur Entwicklung der Rechts-Staaten BRD und Schweden geäußert. Tobias Berggren ist als Verfasser von kritischen Zeitungsartikeln über die BRD bekannt. Auch in der Liste mit den 49 Namen und Adressen sind vorwiegend kritische Intellektuelle zu finden, Persönlichkeiten mit Einfluß auf die Meinungsbildung, gegen die kein strafrechtlicher Verdacht besteht.

Daran läßt sich die Stoßrichtung des ganzen Unternehmens (einschließlich der Veröffentlichung in einer links-sozialdemokratischen Zeitung) ablesen: Kritische Stimmen zum „Modell Deutschland" und dessen Export nach Schweden sollen eingeschüchtert werden. Mit dieser Zielsetzung laufen auch die offiziellen Erklärungen zur Affäre, wobei versucht wird, die Betroffenen in die Nähe der RAF-Sympathisanten zu bringen und dadurch zu isolieren. Aus den Erklärungen geht auch hervor, wie sehr Säpo ein Staat im Staate ist: Der Staatssekretär im Justizministerium am 16.6.77: *„Selbstverständlich arbeitet die schwedische Polizei nicht im Auftrage einer ausländischen Polizei, wenn dies gegen schwedische Bestimmungen verstößt"* („Dagens Nyheter" - „DN" -, 17.6.77). (Nach schwedischem Gesetz ist eine solche Zusammenarbeit nur mit Genehmigung der Regierung und beim Verdacht eines strafrechtlichen Vergehens möglich.)

Reichpolizeichef Carl Persson („Knüppel-Kalle") am 16.6.77: *„Es ist richtig, daß Säpo mehrfach Aufträge von der westdeutschen Polizei entgegengenommen hat. Es gibt einen Zusammenhang zwischen den nun veröffentlichten Angaben und Geschehnissen vor der Entführung von Peter Lorenz, vor der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm und der Frage, ob sich in Schweden Terroristen aufhalten"* („DN", 18.6.77). Zur Tatsache, daß gegen nicht weniger als 49 Namen und Adressen geschnüffelt wurde, schreibt die Reichspolizeiführung an den Justizombudsmann: *„Dies zeigt, welch starke Verbindungen Baader-Meinhof schon damals zu Schweden hatten"* („DN", 17.7.77).

Der schwedische Schriftstellerverband hat Anzeige beim Justizombudsmann erstattet und erklärt: *„Wenn es so ist, daß schwedische Behörden sich erlauben können, in der internationalen Zusammenarbeit nach anderen Regeln als den im Lande geltenden zu arbeiten, so ist das eine vollständige und erschreckende Bestätigung der Befürchtung, die Entwicklung in Westdeutschland sei ansteckend"* („DN", 20.6.77).

Göran Elwin hat bei der obersten Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Nach dem schwedischen Strafgesetz (§ 19.9) wird wegen ungesetzlicher Nachrichtentätigkeit (Spionage) verurteilt, wer mit Absicht für eine ausländische Macht arbeitet und heimlich Angaben über die Verhältnisse einer anderen Person beschafft. Dieser Paragraph entstand *„mit dem Ziel, den Einzelnen zu schützen"*, indem man *„die Möglichkeit gibt, gegen politische Spionage einzuschreiten, die sich gegen schwedische Staatsbürger richtet, z.B. dagegen, daß im Auftrage einer fremden Macht nach Rassenzugehörigkeit oder politischer Meinung registriert wird"* (Nytt juridiskt arkiv II 1948, S.273). Nach § 19.4 des Strafgesetzbuches wird mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft, wer ohne Erlaubnis durch die Regierung im Auftrage einer fremden Macht arbeitet. Und die Regierung wußte ja nichts ... Von irgendwelchen Maßnahmen des Justizministers oder des obersten Staatsanwaltes gegen die Straftäter in Amt und Würden ist seit nunmehr über einem Monat nichts bekannt geworden. Das zeigt nicht nur – wie die linke Organisation KFMLr meint – daß Säpo mit stillschweigender Zustimmung der verantwortlichen Politiker ein Staat im Staate geworden ist („Proletären" Nr.26/1977), es zeigt auch, wie weit der Export des „Modell Deutschland" nach Schweden schon gediehen ist.

Skandinavien-Kommission

Noch schärfere »Spar«politik

Dänemark. Am 31.7. legte der sozialdemokratische Ministerpräsident Anker Jörgensen schon wieder ein »Spar«-Programm vor, das die dänische Bevölkerung noch mehr zur Kasse bittet und alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Dieses Programm soll am 22. August im Folketing verhandelt werden. Den Anfang hatte die Sozialdemokratie letztes Jahr mit ihrem berüchtigten »August-Forlig« gemacht (das von anderen bürgerlichen Parteien mitgetragen wurde). Dieses sah bereits Lohnerhöhungen von höchstens sechs Prozent (einschließlich einer Teuerungszulage von vier Prozent) vor und drastische Einsparungen auf dem »Sozial«-Sektor. Ihre Wiederwahl im Februar dieses Jahres wertete die sozialdemokratische Regierung als Zustimmung zu ihrer »Spar«-Politik und trat die Regierung mit der Ankündigung an, die Bevölkerung müsse jetzt den Gürtel noch enger schnallen. Wesentliches Ziel dieses jetzt vorgelegten »neuen« »Spar«-Programms ist die Tilgung der ausgesprochen hohen Auslandsschulden, die sich auf gegenwärtig 45 Milliarden Kronen belaufen. Bezahlen soll das die werktätige Bevölkerung durch weitere Steuererhöhungen, Lohnsenkungen und steigende Arbeitslosigkeit.

Nach dem Programm sollen zusätzlich 21 Milliarden Kronen aufgebracht werden, zum einen durch Steuern auf Importgüter, Preissteigerungen. Zum anderen sollen die Lohn- und Einkommenssteuern weiter erhöht werden (die ohnehin schon durchschnittlich ca. 50 Prozent ausmachen).

Ausdrücklich wurde auch nochmals für das kommende Jahr die Grenze für Lohn»steigerungen« auf höchstens sechs Prozent festgelegt, was insbesondere im letzten Jahr, aber auch in diesem Frühjahr während der Tarifverhandlungen Anlaß für zahlreiche Streiks war. Diese waren letztlich an der Zustimmung der Gewerkschaftsführung zum August-Forlig gescheitert. Wesentlich war die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zu den miesen Tarifabschlüssen dieses Jahres, Z.B. nach dem landesweiten Druckerstreik, mit dem Versprechen erkauft worden, durch ein »Arbeitsbeschaffungsprogramm« (womit natürlich im wesentlichen Kapitalisten mit kräftigen Kapitalspritzen durch Steuergelder der Werktätigen unter die Arme gegriffen werden sollte) sollten angeblich 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber selbst nach Angaben der sozialdemokratischen Regierung werden jetzt durch ihr neues »Spar«-Programm noch einmal 20.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Heute schon gibt es in Dänemark 152.000 Arbeitslose, und Ende des Jahres werden es 200.000 sein!

Die Zustimmung der Gewerkschaften zu diesem Programm versucht Anker Jörgensen wieder mit dem alten Hut »Mitbestimmung« zu erkaufen. Und das in einer Situation, wo die dänische Regierung, wie zuletzt im Seeleutestreik und davor bei den Auseinandersetzungen um »Berlinske Tidende«, auch immer unverhohlener die Tarifautonomie der Gewerkschaften und die demokratischen Techte der dänischen Arbeiterklasse angreift!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

SKP: 10-Jahresfeier im Zeichen der Spaltung

Vor kurzem feierte die schwedische ML-Partei SKP ihr zehnjähriges Bestehen. Dieser »Jubeltag« stand ganz im Zeichen der Spaltung. Alte Parteikader, »Männer der ersten Stunde«, durften an den Feierlichkeiten nicht mehr teilnehmen — sie sind wie einige hundert SKP-Mitglieder ausgeschlossen oder beurlaubt. Gunnar Bylin und Ulf Martensson wurden im vorigen Jahr, Bo Gustafsson und Sköld Peter Matthis Mitte 1977 ausgeschlossen. Alle vier waren einmal führende Parteikader. Bo Gustafsson war bis 1973 wohl derjenige, der die SKP politisch-ideologisch führte. Er war es auch, der in den 60er Jahren die politische Diskussion in der revisionistischen VPK begann, die 1967 zur Spaltung führte. Nach Gründung von KFML — Vorläuferorganisation der 1972 gegründeten SKP — wurde er Vorsitzender dieser Organisation.

Einigkeit herrschte damals innerhalb der KFML darüber, daß eine erfolgreiche kommunistische Politik ihre Grundfeste in der Gewerkschaftsarbeit, der Arbeit in den Betrieben und Initiativen haben müßte. Die politische Taktik von KFML in diesen Bereichen war damals neu für Schweden, sie basierte auf der Einheitsfrontpolitik. Diese im Gegensatz zu den anderen »Arbeiterparteien« betriebene Politik, führte zu einer nicht unbedeutenden Verankerung in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Organisation.

Seit der Übernahme der chinesischen Positionen zur Außenpolitik wurde aus der SKP, eine der ganz wenigen ML-Parteien mit einem gewissen Masseneinfluß, eine unbedeutende Sektierergruppe. In allen Solidaritätsbewegungen, sei es zu Angola, Chile, Südafrika oder Spanien, steht die SKP heute außen vor. Ihre politischen Eskapaden führten auch zum Ausschluß aus allen Massenbewegungen wie Frauenbewegung, Kulturpolitik, Milieubewegung usw.

Bo Gustafsson, der früher die schlimmsten ML-Tiraden nicht mitgemacht hat, hofft, daß es möglich sei, einen Parteisonderkongreß einzuberufen, auf dem eine Generalabrechnung mit der jetzigen Politik stattfinden und die bisherigen Ausschlüsse und Beurlaubungen zurückgenommen werden könnten.

Falls die ehemals führenden und jetzt ausgeschlossenen SKP-Kader nicht individualisieren, sondern eine neue Organisation bilden, dann wird diese Gruppierung, die ihre politische Heimat bei der albanischen Richtung sucht, aller Wahrscheinlichkeit nicht über die Grenzen des MLismus hinauskommen.

Skandinavienkommission

Neue Ausweisung aus Schweden

Am 13.7. wurde in Schweden ein 42jähriger Japaner, Professor für französische Literatur des 17. Jahrhunderts, verhaftet und unter dem Vorwand, er sei Mitglied einer »Terroristenbande« aus Schweden ausgewiesen. Laut Korrespondentenbericht von »Dagens Nyheter« hatte auch die japanische Polizei keinerlei Hinweis darauf, daß der japanische Professor etwas mit »Terroristen« zu tun hätte. 47 Kollegen des Verhafteten, die zu den bekanntesten Persönlichkeiten des kulturellen Lebens in Japan zählen, haben bei der schwedischen Regierung gegen die Auslieferung ihres Kollegen protestiert.

Trotzdem wurde der Japaner am 20.7. auf Drängen der schwedischen Sicherheitspolizei ausgewiesen, weil er angeblich in Japan keine politische Verfolgung zu befürchten hätte. In Japan wurde der Ausgewiesene aber von einem starken Polizeiaufgebot empfangen und in Handschellen abgeführt.

Seit dem 1. Juli wurden die Kompetenzen der Polizei erweitert und seitdem steigt die Zahl der Ausweisungen. So hat die Polizei jetzt das Recht, Ausländer innerhalb von drei Monaten nach ihrer Ankunft auszuweisen. Bisher hatte die Polizei das Recht nur innerhalb der ersten Woche, dann hatte diese Kompetenz nur noch das Einwandererwerk. Für die Asylsuchenden bedeutet diese neue Regelung, daß sie erst nach drei Monaten die Möglichkeit haben, daß ihr Antrag vom Einwandererwerk behandelt wird, wo ihre Chancen besser sind.

Skandinavienkommission

Grönland weiter unter Dänemarks Vorherrschaft



Empfang von Ministerpräsident Anker Jörgensen am 1.8. auf Grönland mit Demonstrationen: Willkommen! Das ist unser Land! Daran gibt es nichts zu rütteln!

Dänemark. Voraussichtlich bis zum Januar 1978 soll eine »Neuregelung« über die Rohstoffverteilung Grönlands, Grönlands Verhältnis zur EG sowie über die »Heimregierung« geschaffen werden. Zu diesem Zweck ließ die dänische Regierung 1975 eine Kommission einrichten, bestehend aus dänischen Folketingsabgeordneten und Vertretern des völlig rechtlosen grönländischen Landesrats. Außerdem wurde durch den Grönlandminister (!) der dänischen Regierung ein Ausschuß gegründet, der mit der Kommission personell praktisch deckungsgleich ist.

Die sog. Neuregelung, die hier vorbereitet werden soll, ändert für das grönländische Volk überhaupt nichts, sondern soll die Herrschaft der imperialistischen Konzerne über Grönland absichern. Die sozialdemokratische Regierung machte in den letzten Monaten mit großer Brutalität und Erpressungsmanövern gegenüber dem ihr ohnehin weitgehend hörigen grönländischen Landesrat deutlich, daß sie nicht bereit ist, auch nur die geringsten Forderungen des grönländischen Volkes zu erfüllen.

Ursprünglich sollte das Gesetz über eine »Heimregierung« im Mai 1979 in Kraft treten, woran aber keiner mehr glaubt. Durch dieses Gesetz soll der bisherige, völlig bedeutungslose Landesrat durch ein »Landesting« (Parlament) abgelöst werden und von ihm eine grönländische Regierung gewählt werden. Formal soll diese Regierung das Sozial- und Schulwesen verwalten, und sie hat »kulturelle Aufgaben«. Dabei wird von der dänischen Regierung behauptet, daß eine »Kapitalüberführung nach Grönland noch längere Zeit nötig« sein werde, aber die Ausgaben für das Sozialwesen usw. zunehmend von der grönländischen Gesellschaft selbst getragen werden sollen. Auf deutsch heißt das: verstärkte Ausplünderung Grönlands durch die internationalen Konzerne. Was das Ganze für eine Farce ist, zeigt sich daran, daß Grönland nach der »Wahl« einer »Heimregierung« selbstverständlich Teil des »dänischen Königreiches« bleiben soll!

Als Mitglieder des grönländischen Landesrates die Festlegung der Verfügungsgewalt des grönländischen Volkes in dem »neuen« Gesetz verlangten, erpreßte Anker Jörgensen sie im letzten Jahr dazu, diese Forderung zurückzunehmen und erklärte, daß das natürlich nicht ginge, da ja Grönland weiterhin zu Dänemark gehören soll. Smit steht in dem Gesetzesentwurf der Kommission vom Juni dieses Jahres auch nur noch der bedeutungslose Satz: grundlegende Rohstoffe gehören dem grönländischen Volk (auch das »die« mußte noch gestrichen werden). Genausowenig soll an der Mitgliedschaft Grönlands in der EG geändert werden, obwohl bei einer Volksabstimmung zwei Drittel der grönländischen Bevölkerung gegen den EG-Beitritt stimmten. Schließlich wollen die EG-Imperialisten nicht den US-Konzernen den ganzen Kuchen überlassen. So wurden kürzlich von der EG Untersuchungen über Uranvorkommen auf Grönland begonnen.

Dänemark-Kommission
KB-Gruppe Flensburg

Niederlande

Neuwahlen zur Ersten Kammer

Neben der Zweiten Kammer (etwa ein ,,Bundestag'') gibt es in den Niederlanden noch eine Art ,,Bundesrat'', die Erste Kammer (dem ganzen steht die Königin vor, und über ihr nur noch der liebe Gott bzw. die Kapitalisten, was im Ergebnis keinen Unterschied macht). Die Mitglieder der ersten Kammer werden für jeweils sechs Jahre gewählt, alle drei Jahre wird die Hälfte der Senatoren durch die Hälfte der Provinz(=Bundesland)-regierungen neu gewählt. Eine Folge dieses Wahlsystems ist, daß die Besetzung der Ersten Kammer immer erst mit mehrjähriger Verspätung die Verhältnisse wiederspiegelt, wie sie in den allgemeinen Wahlen zur Zweiten Kammer hergestellt wurden.

Die Erste Kammer steht nicht gerade im Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen, macht auch selten Schlagzeilen, nimmt aber, wenn's brennt, durchaus rollengrecht ihre Rolle im parlamentarischen Spiel wahr: Da die ,,progressiven Drei'' (u.a. die Sozialdemokraten) sich mit ihren ,,christlichen'' Koalitionspartnern über die Abtreibungsreform nicht einigen konnten, verbündeten sie sich schließlich mit den ,,oppositionellen'' Rechtsliberalen (VVD) und brachten auch einen entsprechend verwässerten sozialdemokratisch-rechtsliberalen Entwurf mit großer Mehrheit durch die Zweite Kammer. In der ersten Kammer jedoch brachten die Rechtsliberalen die Reform wieder zu Fall. Selten stellte sich der parlamentarische Betrug so offen dar: In der Zweiten Kammer ,,kämpfen '' Rechtsliberale mit den ,,progressiven Drei'' für die Abtreibungsreform und geben sich so einen fortschrittlichen Anstrich, in der nächsten Instanz verhindern die Brüder derselben Partei die Reform! (s.a. AK 97, S. 32/33).

Durch die Neuwahl am 6.7. hat sich der Sitzanteil des ,,linken Blocks'' (Sozialdemokraten, Radikaldemokraten, Pazifisten-Sozialisten und revisionistische KP) verbessert, sie haben jetzt zusammen 33 Sitze; der ,,Zentrums-Rechts''-Block (Christreaktion, Rechtsliberale und zwei rechte Kleinstparteien) verfügen aber mit ihren 42 Sitzen immer noch über die entscheidende Mehrheit. Zwei Sitze konnte sich der ,,linke Block'' durch ein Wahlbündnis zur Aufteilung von Reststimmen sichern — ein Bündnis von Sozialdemokraten, ,,Kommunisten'' usw. (,,Volkskrant'', 7.7.77).

Die Pazifistische-Sozialistische Partei, die während der letzten drei Jahre nicht in der Ersten Kammer vertreten war, freut sich zwar über ihren neuen Sitz, schreibt aber ansonsten nüchtern über das Ereignis: Diese Wahlen basieren meistens auf Absprachen zwischen den Parteien, *»Parteien und das Glück (beim Auslosen) sind uns wohlgesonnen gewesen«* (,,Radikaal'', 14.7.77).

Auch wenn der ,,linke Block'' etwas stärker geworden ist: was zufällig an fortschrittlicher Gesetzgebung durch die Zweite Kammer rutscht, kann auch weiterhin in der Ersten Kammer der vereinten Reaktion zum Opfer fallen.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wahlen in den Niederlanden — ein Nachtrag

Die äußerst enge zeitliche Abfolge von Geiselnahmen durch molukkische Militante (23.5.) und Parlamentswahlen (25.5.) und das Wahlergebnis (erhebliche Stärkung der großen bürgerlichen Parteien, erhebliche Verluste für alle mittleren und kleinen sowohl linken wie rechten Parteien) haben die Frage nach dem Einfluß der Geiselnahmen auf dieses Wahlergebnis aufgeworfen (s. AK 107, S.48).

Ein niederländischer Genosse schrieb uns auf diese Frage hin: *»Meiner Meinung nach hat die Geiselaktion der Molukker nur eine bestehende Tendenz verstärkt. Von einem direkten Effekt würde nur gesprochen werden können, wenn ein deutlicher 'Ruck nach rechts' aufgetreten wäre. Dies ist deutlich nicht der Fall: Das Verhältnis zwischen rechten und linken Parteien, was ihren Stimmenanteil betrifft, hat sich kaum geändert, die kleinen extrem rechten Parteien haben verloren und die faschistische NVU [Nederlandse Volks Unie] bekam keine Chance.*

Die Tendenz dieser Wahlen [Gewinn für die PvdA und VVD und in

kleinen extrem rechten Parteien haben verloren und die faschistische NVU [Nederlandse Volks Unie] bekam keine Chance.

Die Tendenz dieser Wahlen [Gewinn für die PvdA und VVD und in geringerem Maße für die CDA] begann sich schon von Beginn dieses Jahres an in den Wahlequêten abzuzeichnen, kann also nicht den Molukkern angerechnet werden.

Der allgemeine Hintergrund dieser Tendenz liegt in der wirtschaftlichen Krise, wofür die PSP, CPN usw. (Pazifistisch-Sozialistische Partei und revisionistische KP — Anm. AK) *der Arbeiterklasse keine glaubwürdige Lösung haben bieten können.*

Diese Tendenz hat sich aufgrund einiger hinzukommender Faktoren verstärken können:

1. In der großen Streikbewegung im Februar dieses Jahres (s. AK 101, S. 30/31 — Anm. AK) *hatte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung die unangezweifelte Leitung. Die PvdA* (Sozialdemokraten — Anm. AK) *stellte sich hinter die Forderungen der Arbeiter und konnte dadurch die vorangegangenen zwei Jahre Lohnraub verschleiern. Die Regierung spielte eine neutrale Rolle bei den Streiks.*

2. Der Fall des Kabinetts Den Uyl (s. AK 102, S.28 — Anm. AK) *ließ es so aussehen, als ob die Christdemokraten mit Erfolg eine antikapitalistische 'Reformpolitik' (die vier 'gesellschaftsreformierenden Gesetzentwürfe' der PvdA] verhindert hätten. Dadurch konnte die PvdA die Arbeiter aufrufen, sie verstärkt in ein folgendes Kabinett zurückkehren zu lassen.*

3. Namentlich die CPN hat verloren durch ihr Angebot, an der Regierung teilzunehmen ('Van Agt-raus, CPN rein'), o h n e damit Vorbedingungen zu verbinden. Dies weitere Abgleiten in sozialdemokratische Richtung bietet den niederländischen Revisionisten keine Perspektive. Wer immer die Wahl hat zwischen zwei sozialdemokratischen Parteien, der ist wohl geck, wenn er die kleinere wählt!«

Ein anderer niederländischer AK-Leser schreibt uns zur selben Frage: *»Ich glaube nicht, daß die Geiselnahme einen sehr großen Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt hat. Zwar ist es sehr wahrscheinlich, daß Den Uyl und Van Agt (als Personen) extra Stimmen erhalten haben, weil sie in den letzten Tagen vor den Wahlen täglich mehrere Stunden im Fernsehen waren und als die großen Ordnungshüter* (sie waren Leiter des 'Krisenzentrums' — Anm. AK) *auftreten konnten«.*

Ein weiteres Moment dieser bereits ,,bestehenden Tendenz'', von der im ersten Brief die Rede ist, ist die allmähliche ,,Entkonfeesionalisierung'' der niederländischen Gesellschaft einerseits (Konfession und konfessionell orientierte Parteien als Parteien einer bestimmten Konfession verlieren langsam an Bedeutung), andererseits die ,,Öffnung'' der Sozialdemokraten gegenüber den ,,christlichen Wählern'' — beides zusammengenommen dürfte den Sozialdemokraten (wie auch den Rechtsliberalen von der VVD) zusätzliche Stimmen eingebracht haben.

Letztlich hat sich die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung gerade zu Ungunsten der (kleineren) linken Parteien ausgewirkt. Der politisch eher desinteressierte Teil der Bevölkerung, der sonst nicht gewählt hätte, sah in den Geiselnahmen der Molukker eine ,,Bedrohung des demokratischen Staates'' und ging ,,jetzt gerade'' zur Wahl, wobei die Stimmen dieses Bevölkerungsteils natürlich den ,,großen, demokratischen'' Parteien zufielen. Daß die Geiselnahme mithin einen Einfluß auf das Wahlergebnis hatte, ist unbestreitbar — und wird auch in den Leserzuschriften nicht bestritten. Indes wäre es natürlich verrückt, den Wahlsieg der ,,großen Parteien'' nur darauf zurückzuführen — was allerdings im damaligen Artikel in AK 107 auch nicht behauptet wurde.

Niederlande-Kommission-
KB/Gruppe Hamburg

Kein offizieller Empfang für brasilianisches Krieasschiff

Kein offizieller Empfang für brasilianisches Kriegsschiff

Am 12.7. lief das brasilianische Militärschulschiff ,,Custodio de Mello'' für einen fünftägigen Besuch im Rotterdamer Hafen ein, an Bord waren auch Kadetten aus Ekuador, Peru, Argentinien, Bolivien, Mexiko und Chile. Bürgermeister und Gemeinderat lehnten einen offiziellen Empfang und alles sonstige repräsentative Brimborium ab, dem Befehlshaber des Schiffes wurde von einem öffentlichen Auftreten der Schiffskapelle in Rotterdam ,,abgeraten'', für eine Stadtrundfahrt wurden keine Busse zur Verfügung gestellt.

Anlaß für diese saubere Haltung war — wie die Stadtverwaltung erklärte — der im Januar erschienene Rapport von ,,amnesty international'', in dem das brasilianische Militärregime der ,,Verletzung der Menschenrechte'' beschuldigt wird.

Diese Haltung der Stadt Rotterdam hat schon Geschichte: Auf eine Anfrage eines (radikaldemokratischen) PPR-Gemeinderatsmitglieds 1975 nach der Verantwortlichkeit für Flottenbesuche im Rotterdamer Hafen ergab sich, daß diese Besuche ausländischer Kriegsschiffe direkt vom niederländischen Staat gesteuert werden. Bürgermeister und Gemeinderat legten daraufhin fest, daß sie sich *»das Recht vorbehalten werden, Schiffen die gebräuchliche repräsentative Aufmerksamkeit zu verweigern«.*

Der niederländische Staat erkannte die Autonomie der Gemeinde in diesem Punkt an (,,Volkskrant''13.7.).

Nur der (rechtsliberalen) VVD war die Haltung gegenüber dem brasilianischen Besuch nicht recht. Einer ihrer Vertreter im Gemeinderat, ein ganz treuer Diener des Kapitals, *»erklärte während einer Ratsversammlung, daß er es sinnvoll finde, den Dialog mit den diktatorischen Regimes offen zu halten...«* (,,Volkskrant'', 15.7.). Die Stadt Rotterdam mocht jedoch so ,,offen'' nicht sein, das brasilianische Kriegsschiff dümpelte seine fünf Tage im Hafen vor sich hin und mußte ohne den üblichen militaristischen Pomp wieder abdampfen.

Gar nicht erfreulich ist hingegen, daß die von der niederländischen Marine bei den Flottentagen in Den Helder zur Besichtigung freigegebenen niederländischen Kriegsschiffe schon am ersten Tag von 55000 Menschen besucht wurden (,,Volkskrant'',23.7.).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gefängnis für rassistisches Flugblatt

Die Erfahrung der Verbrechen des deutschen Faschismus ist unauslöschlich im Bewußtsein des niederländischen Volkes – dem muß auch die Justiz in den Niederlanden Rechnung tragen.

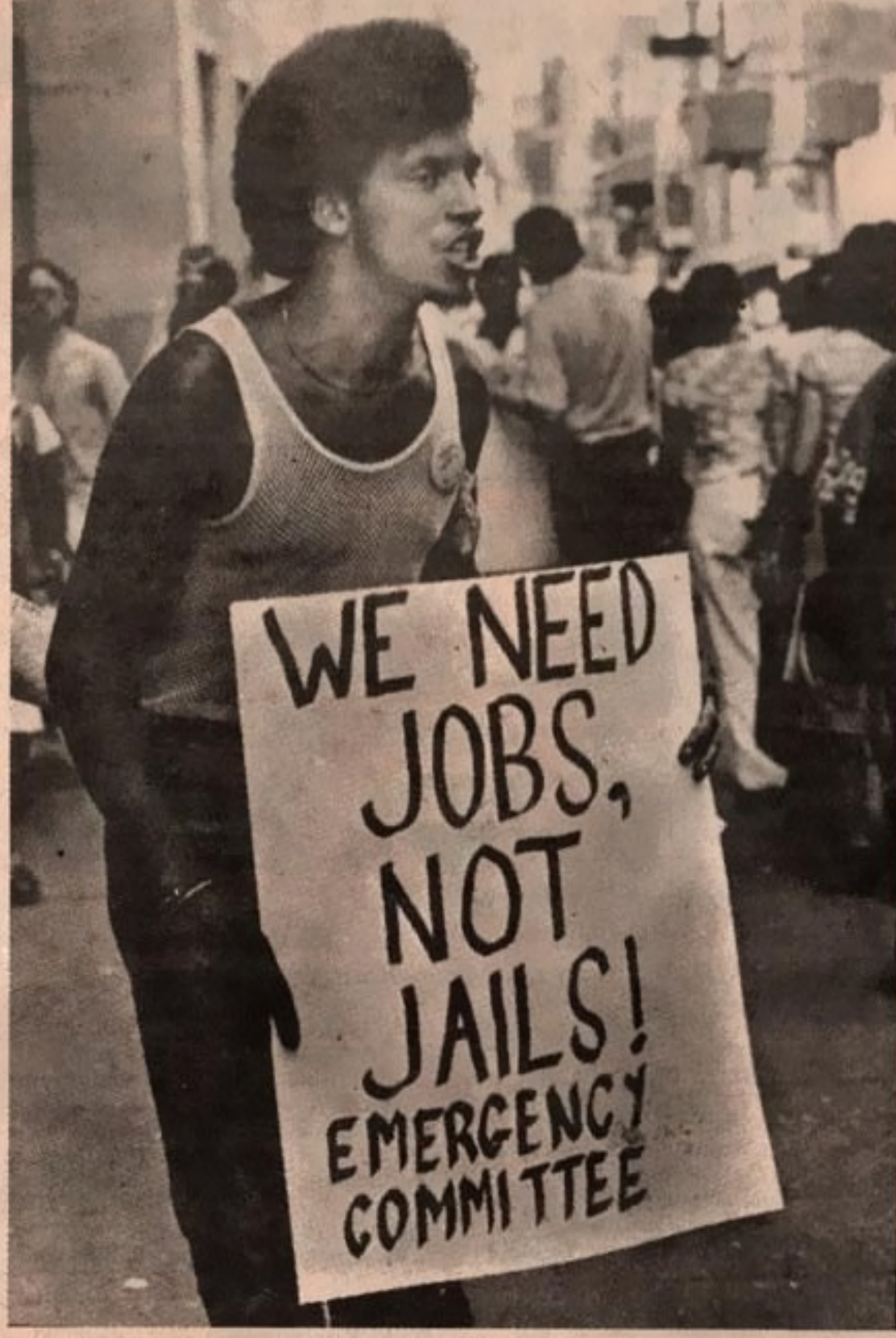
Gegen den Führer der faschistischen ,,Nederlandse Volksunie'' (NVU), Glimmerveen, der mit einigen seiner Banditen rassistische Flugblätter verteilt hatte, hat der Generalstaatsanwalt in Den Haag Anklage erhoben: Er fordert für Glimmerveen einen Monat Haft ohne Bewährung, für seine Helfer zwei Wochen ohne Bewährung: damit ging – was Glimmerveen angeht – der Staatsanwalt noch über ein erstes Gerichtsurteil hinaus.

Anlaß der jetzigen Forderung nach Inhaftierung (Glimmerveen hatte sich schon öfter vor Gericht einfinden müssen) war ein Flugblatt, in dem die Faschisten u.a. gefordert hatten: ,,*Alle Surinamer, Türken und sogenannten Gastarbeiter müssen aus den Niederlanden verschwinden*'' – für den Generalstaatsanwalt Anlaß genug, für die Verbreiter solcher Hetze Gefängnis zu fordern. Sauber! (,,Volkskrant'', 3.8.77).

Niederlande-Kommission

USA

Rebellion der Armen



Wir brauchen Arbeit, keine Gefängnisse !

Wir brauchen Arbeit, keine Gefängnisse !

New York. Am Mittwoch, den 13. Juli, gingen um 21.34 Uhr für rund zehn Millionen Menschen die Lichter aus. Für weite Gebiete hieß es – 24 Stunden ohne U–Bahnen, Verkehrssignale, Fahrstühle, Kühlschränke, Klimaanlagen, Radio, Fernsehen, Kochherde, Zahnbürsten etc. Und es war ausgerechnet das Atomkraftwerk Indian Point, dessen Hauptversorgungsleitung zusammenbrach. Innerhalb weniger Minuten waren dann auch die kleineren Kraftwerke im Stadtgebiet total überlastet.

Patienten im städtischen Bellevue–Krankenhaus (in dem Arme behandelt werden) lagen Stunden ohne Sauerstoffzufuhr und andere lebensrettende Maschinen im Dunkeln, als nahezu sofort das Notstromaggregat des Krankenhauses ausfiel. Zwei Patienten starben dadurch. Im Jüdischen Krankenhaus Brooklyn wurde der Operationssaal auf den Parkplatz verlegt, wo Feuerwehrwagen für Licht sorgten.

Ärger und Wut gegen Con Ed, die New Yorker Elektrizitätsgesellschaft mit den nahezu höchsten Strompreisen, in den USA, wuchsen, als Stunde um Stunde verging, ohne daß der Strom wieder eingeschaltet wurde. Aber am nächsten Morgen war dies schon fast vergessen: Die Presse brachte keine Schlagzeilen über die reichen Strombossevon Cod Ed oder über die Banken, die die Stadt tatsächlich ruiniert haben, sondern nur über die Armen und Unterdrückten, die den Stromausfall gegen die reichen Geschäftsleute ausnutzten.

Die Rebellion begann gegen Mitternacht in der Süd–Bronx und im Nu kamen Berichte aus anderen armen Vierteln, daß die Leute sich Nahrungsmittel, Kleidung und andere Sachen aus den Geschäften holten. Die Reaktion der Stadt und der Presse kam umgehend: Fangt die ,,Plünderer''! Die Pressekampagne entwickelte sich rasch zu einem rassistischen Aufschrei gegen die Schwarzen und andere nationale Minderheiten.

,,*Es war die Nacht der Tiere*'', schrie die „New York Post"und die faschistoide „New York Daily News" nannte den Aufstand der Armen einen ,,*Rückfall in die Steinzeit, als die Menschen nachts den Mond anheulten*''. ,,*Wir erwarten, daß Polizei und Staatsanwaltschaft soviel Kriminelle wie nur möglich identifizieren und bestrafen*'', forderte die „New York Times".

Keine Schlagzeile dagegen über die ungeheuerliche Armut und Arbeitslosigkeit. Das Arbeitsministerium selbst gibt für Jugendliche (der Minderheiten) zwischen 16 und 19 eine Arbeitslosenrate von 40% im Bundesdurchschnitt an; doch in den Slums von New York, wo über eine Million Menschen von der Fürsorge leben, liegt dieser Anteil zwischen 60 und 75%! Als die Stadt vor einigen Wochen rund 400 Sommerjobs anbot, sammelten sich schon Tage vorher Tausende von Jugendlichen mit Schlafsäcken und Verpflegung vor den Anmeldestellen.

Die katastrophale Lage der Stadt, deren monatliche Zinslasten an die Banken inzwischen ihre regulären Ausgaben übersteigen, hat durch die Streichung oder Kürzung von Geldern für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Feuerwehr und Müllabfuhr zusätzliche Unzufriedenheit hervorgerufen. So war die schon tagelang anhaltende Hitzeperiode bis zu 40 Grad und der anschließende Stromausfall nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

4500 nach Massen–verhaftungen im Knast

Nachdem noch in der Nacht rund ein Drittel der New Yorker Polizei dem sofortigen Einberufungsbefehl nicht gefolgt war, begann am Morgen das große Aufräumen. Mit Maschinengewehren bewaffnete Sondereinheiten warfen in Harlem wahllos Hunderte von der Straße in ihre Transportwagen und brachten sie pausenlos in

Fortsetzung auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

die Stadtgefängnisse. Insgesamt wurden über 4.500 Menschen festgenommen! Die Festnahmen erfolgten widerrechtlich und willkürlich von der Straße weg. Angehörige hatten größtenteils Mühe, Informationen über die Eingekerkerten zu erhalten, oder sie gar in den Zellen aufzusuchen – die Gefängnisverwaltung hatte selbst keinen Überblick, wer wohin transportiert worden war. Auf Nachfragen galten die Festgenommenen als „nicht existent".

Als in den Zellen schon bis zu 30 Menschen eingepfercht und die Korridore ebenfalls überfüllt waren, wurde kurzerhand ein altes Verlies wieder eröffnet: „The Tombs". Diese Gewölbe waren vor über einem Jahr auf gerichtliche Anordnung hin geschlossen worden, weil „in dieses Rattenloch nicht einmal Tiere" gehören. Kein Wunder, daß es jetzt von Ratten nur so wimmelte, daß weder Strom noch Wasser angeschlossen waren und unbeschreibliche Zustände in dem modrigen Gemäuer herrschten.

Hierhin wurden mindestens 2.000 Menschen gebracht, ohne daß in den ersten Tagen ein Minimum an Verpflegung oder sanitärer Versorgung garantiert war. Von ärztlicher Betreuung der zahlreichen Verletzten und Erkrankten ganz zu schweigen. Zwei Menschen starben in diesen überfüllten Zellen.

Hilfskomitee: Wir klagen an!

Gegen die skandalösen Bedingungen von Verhaftungen und Gefangenschaft bildete sich umgehend ein Hilfskomitee, das vielfältigste Aktivitäten entwickelte:

- In Pressekonferenzen wurden Enthüllungen, Aktionen und Klagen bekanntgemacht.
- Eine Demonstration vor den Tombs mit 500 Teilnehmern wurde am 19.7. organisiert.
- Neben der Hilfe in tausenden Einzelfällen wurde eine Schadensersatzklage über 500 Millionen US-Dollar gegen die Stadtverwaltung in Verbindung mit der Forderung nach sofortiger Freilassung von tausenden illegal Verhafteter gestellt.

(Alle Angaben aus „Workers World", 22.7.77)

USA–Kommission



Laßt die Gefangenen frei – befreit die Armen!

de in dem modrigen Gemäuer herrschten.
Hierhin wurden mindestens 2.000 Menschen gebracht, ohne daß in
(Alle Angaben aus „Workers World", 22.7.77)
USA–Kommission

Zum 50. Todestag von Sacco und Vanzetti

Am 22. August jährt sich der Todestag von Sacco und Vanzetti zum 50. Mal. Sie wurden von der amerikanischen Justiz hingerichtet, weil sie Linke waren.

Nach der russischen Revolution setzte in den USA eine starke Verfolfungsjagd gegen Linke ein. Etliche Genossen wurden verhaftet, einige wurden gefoltert, einer „stürzte sich" aus dem 11. Stock des Justizministeriums, andere wurden deportiert. In dieser Zeit der Hetze wurden in Brocton, Massachusetts, Sacco und Vancetti, zwei bekannte linke Gewerkschafter, verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, Mitglieder einer Bande motorisierter Gangster zu sein und in Braintree in der Nähe von Boston bei einem Überfall in einer Schuhfabrik mehrere Menschen ermordet zu haben. Am 31. Mai 1920 wurde gegen die beiden der Prozeß eröffnet.

Die Zeugen der Anklage verwickelten sich im Laufe des Prozesses immer stärker in Widersprüche: Einer wollte Vancetti am Steuer des Fluchtautos gesehen haben, ein anderer auf dem Beifahrersitz, ein dritter auf dem Rücksitz. Ebenso sahen die Aussagen zu Sacco aus.

Demgegenüber bestätigten etliche Zeugen, daß Sacco am Tage des Mordes sich in Brocton aufgehalten habe – darunter sogar ein Konsularbeamter, bei dem sich Sacco ein Einreisevisum für Italien holen wollte. Ähnlich unerschütterliche Aussagen wurden zu Vancettis Aufenthalt zur Tatzeit gemacht.

Dennoch wurden die Angeklagten für schuldig erklärt. Sacco und Vancetti wurden daraufhin zum Tode verurteilt.

Nach diesem Prozeß folgten sechs Jahre eines Kampfes zur Aufhebung des Todesurteiles durch sämtliche Instanzen der Klassenjustiz.

Der Fall erregte weltweites Aufsehen. Sacco und Vancetti wurden für Millionen ein Symbol im Kampf gegen die Klassenjustiz. In den USA wurden 300.000 Dollar zur Verteidigung gesammelt. Eine Flut von Gnadengesuchen aus aller Welt erreichte die Verantwortlichen. In einigen Großstädten der USA kam es zu Demonstrationen.



Weltweit demonstrierten Tausende vor den amerikanischen Botschaften und Konsulaten. Dennoch wurde am 10. Mai 1927 das Todesurteil von Gouverneur Fuller bestätigt.

Erneut flammte der Protest auf. Bürgerliche Zeitungen, wie die Pariser „Temps", forderten die Erlassung des Todesurteils. In New York explodierten mehrere Bomben, ohne dabei jemanden zu verletzen. In Boston wurde ein Demonstrationsverbot verhängt. Bis zum Schluß wurde ein Hinrichtungsaufschub verlangt. Aber ohne Ergebnis. Kurz nach Mitternacht am 22. August wurden Sacco und Vancetti hingerichtet.

Die Reaktion auf den Tod beschreibt die New Yorker „World" bei einer Menschenmenge, die sich am Union Square in New York versammelt hatte: *„Die Menge antwortete mit einem gewaltigen Aufseufzen. An fünfzehn verschiedenen Stellen fielen Frauen in Ohnmacht .... Männer lehnten Schulter an Schulter und weinten ... Männer begannen ziellos herumzurennen, zerrissen ihre Kleider und Strohhüte,..."* (zit. nach „Dynamit", Louis Adamic).

7000 Menschen gaben Sacco und Vancetti das letzte Geleit, 200.000 Menschen säumten die Straßen am Wege des Zuges. Selbst in diesen Augenblicken gab der Staat nicht Ruhe: Einheiten städtischer Polizei und der Staatspolizei überfielen den Trauerzug und zerstreuten die Menge.

Jetzt, 50 Jahre später, wurden das Urteil und die Hinrichtung offiziell als „Irrtum" aufgehoben. Aber diesen Zynismus, der die Ermordung der beiden Genossen nicht rückgängig machen kann, wird die Klassenjustiz sich solange erlauben, wie es sie gibt. Das Vermächtnis von Sacco und Vancetti, wie das aller anderer Justizopfer, besteht darin, das Herrschaftssystem, das seinen Terror bestenfalls nachträglich als „Irrtum" zu bagatellisieren versucht, zu bekämpfen und zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft an dessen Stelle zu setzen.

USA–Kommission

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

1970 wurden an der Kent State University während einer Vietnam-Demonstration vier Studenten von Nationalgardisten erschossen.

Anläßlich einer Gedenkveranstaltung zum 7. Todestag wurden jetzt Pläne der Unibürokratie bekannt, auf dem Platz, wo die Studenten ermordet wurden, eine Turnhalle zu errichten. Der Platz wurde ein paar Tage später von Studenten besetzt. Am 4. Juni veranstalteten die Platzbesetzer eine Kundgebung, auf der u.a. gefordert wurde, Universitätsgebäude nach den Erschossenen zu nennen und die Turnhalle woanders zu bauen. Darauf ging die Univerwaltung nicht ein. Stattdessen ließ sie am 12. Juni den Platz vonder Polizei räumen. 93 Besetzer wurden verhaftet. Unbeirrt davon machten die Studenten weiter. 27 Tage nach der ersten Räumung wurden abermals die Besetzer verhaftet, dieses Mal 61. Auch nach diesem Mal wollen die Studenten weitermachen, bis zur Erfüllung ihrer Forderungen.

***

Am 3. Juli ist der Vorsitzende der Black Panther Party, Huey Newton, in die USA zurückgekehrt. Drei Jahre hat er in Kuba im Exil gelebt, wo er in einer Zuckerfabrik und als Lehrer gearbeitet hatte. Newton mußte 1973 die USA verlassen, weil die Angriffe gegen ihn immer stärker wurden. Zuletzt wurde ihm noch ein Mord in die Schuhe geschoben. Weil die Black Panther täglich mit seiner Verhaftung rechneten, beschlossen sie, daß er ins Exil gehen sollte, um den Prozeß vorzubereiten. Jetzt sind sie zuversichtlich, den Prozeß zu gewinnen. Hierbei rechnen sie aber auch mit einer breiten Solidarität.

***

Ein FBI-Dokument, das jetzt von der American Civil Liberties Union veröffentlicht wurde, enthüllt die Zusammenarbeit von FBI und der iranischen Geheimpolizei SAVAK in den USA.

Das Dokument war in einem Verfahren des Herausgebers der "Iran Free Press", Nasser Afshar, aufgetaucht. Afshar hatte, nachdem er Kenntnis von einem Mordplan gegen ihn erhalten hatte, diesen Prozeß angestrengt. Im Rahmen des „Freedom of Information Act" (Gesetz über die Freiheit der Information), das nach den großen Geheimdienstaffären erlassen wurde, können US-Bürger von den Geheimdiensten die Herausgabe oder Vorlage von Dokumenten, die ihre Person betreffen, verlangen. In dem Dokument steht u.a., „daß Mansur Rafizadeh der offizielle Repräsentant der SAVAK in den USA und ein ‚ausländischer Verbindungsmann' des NYO ist (NYO = New York FBI Office)".

Das Dokument datiert vom 16.11.76, genau eine Woche nachdem das Außenministerium verlauten ließ, daß es *„keinen Hinweis auf irgendwelche illegalen oder unzulässigen Aktivitäten"* der Iranischen Regierung in den USA entdeckt hätte. Diese „Untersuchung" war durch ein Fernsehinterview des Schahs entstanden, der bestätigt hatte, daß SAVAK-Agenten in den USA operieren. („Liberation News Service", 16.7.77)

***

Frauenfeinde sind auch in den USA in vorderster Front. Mit einem unglaublichen Urteil sprach ein Berufungsgericht in Los Angeles einen in erster Instanz verurteilten Mann frei, der eine Anhalterin vergewaltigt hatte.

„Angesichts der warnenden Beispiele, die nahezu täglich in den Nachrichten erscheinen, wissen Frauen, daß es gefährlich ist, zu einem fremden Mann ins Auto zu steigen... Die einsame Anhalterin, die nicht in einer Notlage ist, zeigt allen Vorbeifahrenden, daß sie bereit ist, zu jedem ins Auto zu steigen, er anhält und .. sich weniger Gedanken macht über die Konsequenzen als die Durchschnittsfrau. – Unter solchen Umständen ist es für einen Mann in der Lage dieses Angeklagten hier, nicht abwegig zu glauben, daß die Frau sexuellen Beziehungen zustimmen würde". (The Evening Bulletin, 22.7.77).

„Dies ist ein Teil der reaktionären Kampagne gegen Frauen und die Frauenbewegung", erklärte die Anwältin und Vorsitzende der Nationalen Frauen-Organisation in Los Angeles, Gloria Allred. Das Urteil „ist ein Angriff gegen die Männer ebenso wie gegen die Frauen", weil es den Autofahrern, die Frauen helfen wollten, unterstellt, sie täten es nur aus sexueller Gier.

USA–Kommission



Demonstranten an der Kent State Universität

Vorsicht! Bösartige Bullen!

35% der Polizisten sind *„tatsächlich gefährlich"*.

Diesen Schluß zieht der Psychiater Dr. Edward Shev aus Sausalito, California, in seinem jetzt veröffentlichten Buch „Good Cops – Bad Cops", der in den letzten 13 Jahren Tausende von Polizeibeamten untersucht und beraten hat. Nach Interviews und Konsultationen von 6.700 Bullen und Bewerbern meint er:

- Nur 5% kommen mit ihrem Job zurecht.
- Rund 60% verhalten sich *„die meiste Zeit normal, doch unter besonderen Belastungen drehen sie durch."*
- *„Aber die wirklich gefährlichen Polizisten sind die 35% der dritten Kategorie. Dies sind die Männer und Frauen – die bösen Bullen...sie lernen nichts hinzu und können für sich einfach kein (funktionsgerechtes) Verhalten akzeptieren..."*

Diese mutigen Worte führen ihn zu der Forderung, daß die mit den höchsten Autoritäten ausgestatteten Bullen nur die „gesundesten, saubersten" Menschen sein dürfen. Daher hat er gleich Präsident Carter angeboten, um einen psychischen Eignungstest für den Direktor des FBI zu machen, der *„frei sein sollte von Schizophrenie, Depressionen und Paranoia"!* (nach „Evening Sun", Baltimore 20.7.77)

Das sind große Pläne...aber erstmal wird weitergemacht wie bisher.

Angesichts der wachsenden Polizeibrutalität in Philadelphia, Penns., berief der US-Districtsrichter Cahn einen 23köpfigen Anhörungsausschuß. Bereits während seiner ersten Sitzung leitete der Ausschuß eine Bundesklage gegen drei Bullen ein, die einen 23jährigen Mann wegen einer Verkehrsübertretung anhielten und ihn *„schlugen, boxten, traten und anders attackierten"*.

Staatsanwalt Marston versicherte allerdings sofort, daß die drei nicht verhaftet würden...(„The Evening Bulletin", Philadelphia 20.7.77)



Bullen mit einnehmendem Wesen

Vor vier bis fünf Jahren ergab die Untersuchung der sog. Knapp-Kommission, daß nahezu jeder Bulle in New York Bestechungen, Geschenke oder „Trinkgelder" nimmt. Die Einnehmer nennen sich gegenseitig „Grasfresser" (bei Beträgen von 5 bis 10 Dollar) und „Fleischfresser" (deren Kunden 50 bis 100 Dollar zahlten).

Nachdem diese spektakuläre Untersuchung vrüber war, sind von den 30.000 New Yorker Bullen ganze z w e i in einem Gefängnis gewesen („Workers World", 22.7.77). Daß die Strafen so knapp ausfielen, lag wohl an dem einnehmenden Wesen der Bullen.

USA–Kommission



lateinamerika

Krisengebiet Karibik

Guerillaaktionen, Entführungen, Militärputsche und Kriegsdrohungen sorgen immer wieder für Schlagzeilen in der Berichterstattung über Mittelamerika. Wir wollen uns bemühen, in diesem Artikel etwas Licht auf die Zusammenhänge in diesem Raum zu werfen.



Anders als in Südamerika gibt es im karibischen Raum noch eine Reihe nicht offen faschistischer oder sogar demokratisch regierter Staaten. Hierzu zählen z.B. Mexico, Costa Rica, Guajana, Panama, Jamaika und vor allem natürlich Cuba. Auf der anderen Seite gibt es genau wie in Südamerika z.T. sogar sehr alte faschistische Diktaturen, oft Familienclans, deren Einfluß und Macht auf ihrem Grundbesitz und ihre Unterstützung durch den Imperialismus beruht – Wirtschaft und Militär sind fest in der Hand des US-Imperialismus und seiner Konzerne (United Fruit Nachfolger u.a.).

Dieser totale Einfluß des US-Imperialismus wird von den demokratischeren Ländern des Karibikraumes nicht so ohne Weiteres hingenommen. Die Regierung Panamas z.B. verhandelt schon seit mehreren Jahren über die Kanalfrage mit den USA, die Regierung von Mexico verurteilte den Putsch in Chile und sprach sich gegen Santiago als Tagungsort für die OAS-Konferenz aus, spielte mit dem Gedanken, der OPEC beizutreten und unterstützte eine Zeitlang zumindest verbal antizionistische Resolutionen in der UNO. Nun handelt es sich allerdings weder bei der Regie-
und unterstützte eine Zeitlang zumindest verbal antizionistische Resolutionen in der UNO. Nun handelt es sich allerdings weder bei der Regie-
rung Panamas, noch der von Mexico um fortschrittliche Regierungen. Während sich General Torrijo seine Sporen mit der blutigen Ausrottung der Guerilla in Panama in den 60er Jahren verdient hat, bemüht sich Präsident Portillo gerade um die Zerschlagung der um Land kämpfenden Bauernbewegung von Somora. Darüberhinaus sind beide Länder wirtschaftlich von den USA total abhängig. Trotzdem fühlen sich die USA auch schon durch diese sehr vorsichtigen Proteste provoziert. Der panamesische Verhandlungschef Tack, der als Vertreter der „harten Linie" in der Kanalfrage galt, wurde zum Rücktritt gezwungen und durch den „versöhnungsbereiten" UNO-Delegierten Boyd ersetzt (siehe AK 79; zu Mexico siehe ausführlichen Artikel im AK 109). Die relativ unabhängige Außenpolitik Costa Ricas und dessen vergleichsweise demokratische Innenpolitik waren Anlaß für einen Putschversuch im letzten Winter, organisiert von chilenischen und US-amerikanischen Geheimdienstagenten.

Für den BRD-Imperialismus ergibt sich hier eine interessante Möglichkeit, in das begehrte Lateinamerikageschäft weiter einzusteigen, hat er doch bei weitem nicht einen so schlechten Ruf bei demokratischen Kräften wie die USA. Gerade die sozialdemokratische Internationale versucht hier ihren Ladenhüter „Demokratischer Sozialismus" an den Mann zu bringen. Auch die Reise Genschers in Länder wie Costa Rica und Mexico belegen dies.

Imperialisten „besorgt" über Jamaika . . .

Obwohl sich die oben erwähnten Länder fest in den Händen der Imperialisten befinden und weder die Regierung Mexicos, Panamas noch Costa Ricas ernsthaft an eine Loslösung vom Imperialismus denkt, gibt sich der US-Imperialismus sehr besorgt über die Situation in diesen Ländern. Umso besser kann man sich vorstellen, welch Unbehagen ihm die Politik Jamaikas oder Guajanas bereiten, die engere Beziehungen zu Cuba unterhalten und sogar einen Antrag auf Mitarbeit im Comecon gestellt haben.

Der im Dezember wiedergewählte Manley (nationale Volkspartei) versucht seit 72 in Jamaika einen „Demokratischen Sozialismus" durchzuführen, die Steuerlast soll „primär den wohlhabenden Klassen" aufgebürdet werden, ein jährlicher Mindestlohn wurde geschaffen und das Verhältnis zu Cuba ausgebaut. Jamaica, Guayana und Costa Rica hatten zuerst das Handelsembargo gegen Cuba durchbrochen. Auch wurden Maßnahmen gegen die amerikanischen Aluminiumkonzerne Alcoa, Kaiser und Reynolds sowie gegen das kanadische Alcan-Konsortium angekündigt, die die ungeheuer reichen Bauxitvorkommen Jamaikas ausbeuten und damit auch die ganze wirtschaftliche Struktur des Inselstaates bestimmen.

Den USA war jedes Mittel recht, um die Wiederwahl Manleys zu ver-
schaftliche Struktur des Inselstaates bestimmen.
Den USA war jedes Mittel recht, um die Wiederwahl Manleys zu ver-
hindern, so wurde eine ungeheure Hetzkampagne in der (von den US-Monopolen beherrschten) Presse gestartet; es häuften sich Brandstiftungen, bewaffnete Überfälle und Bombenanschläge auf Regierungsmitglieder. Für ziemlich viel Aufsehen sorgten seinerzeit auch die Enthüllungen des ehemaligen CIA-Agenten Philipp Agee in seinem „Tagebuch der CIA", in dem auf die Machenschaften des CIA in Jamaica eingegangen wird. Dazu nutzten die Imperialisten die wirtschaftliche Abhängigkeit Jamaicas voll aus. Mit antikommunistischen Schauergeschichten wurde der devisenbringende Touristenstrom auf ca. die Hälfte reduziert. Für weitere wirtschaftliche Schwierigkeiten sorgt der internationale Rückgang der Zucker- und Bauxitpreise um ca. 25%.

Ähnlich sauer reagiert der Imperialismus auf die Entwicklung in Guayana, das ebenfalls einen Antrag auf Mitgliedschaft im Comecon gestellt hat und auf Trinidad Tabago, wo die radikale (!) Linke einen beachtlichen Wahlerfolg hatte (siehe AK 90). Trinidad spielt vor allem wegen seiner reichen Erdölvorkommen eine wichtige Rolle. Besonders auch die engere Zusammenarbeit dieser Länder mit Cuba ist den USA ein Dorn im Auge, will sie doch ein zweites Cuba vor ihrer Haustür um jeden (!) Preis verhindern.

... und bauen voll auf Faschismus

In die mehr oder weniger stark sozialdemokratischen Regierungen setzen die USA keinerlei Vertrauen. Im Gegenteil: jedes Reförmchen, jeder „antiimperialistische" Anschein ist den USA bereits zu viel; sie setzen stattdessen auf offene Repression und Faschismus. Sie glauben (realistischerweise) nicht, daß der demokratische Spielraum einer sozialdemokratischen Regierung ausreicht, um die demokratischen Volksbewegungen aufzufangen, schon weil aufgrund der totalen Ausbeutung nicht einmal das Lebensminimum garantiert werden kann. Ganz nach dem Geschmack der USA sind folglich Länder wie Honduras, Nicaragua, El Salvador, Guatemala u.a. Kennzeichnend für diese Länder ist die völlige Unterentwicklung der Wirtschaft, ausgerichtet auf die Produktion von Bananen, Zucker, Kaffee und die Ausbeutung der Bodenschätze, hauptsächlich Erdöl. Der Boden gehört – wie übrigens in den nicht offen faschistischen Ländern auch – einer Handvoll Großagrariern, die in Zusammenarbeit mit den US-Konzernen die Ausbeutung dieser Länder betreiben. In Nicaragua z.B. stellt der Somoza-Familienclan seit über 40 Jahren die Regierung. In dieser Zeit haben sie eins der größten Vermögen Lateinamerikas erworben. Nach Angaben des amerikanischen Journalisten Anderson, der sich auf eine vertrauliche Studie der amerikanischen Regierung berief, ist allein der Landbesitz der Somozas so groß *„wie die gesamte Nachbarrepublik El Salvador"*. (Zu Nicaragua siehe ausführlichen Artikel in AK 105.) El Salvador, das am dichtesten besiedelte Land Mittelamerikas machte Schlagzeilen durch den blutigen Verlauf der „Wahlen", die von den Militärs offensichtlich zu ihren Gunsten gefälscht worden waren (siehe AK 104).

Die Militärs vertreten in El Salvador die ca. 60 Familien, denen fast alles Land gehört, auf dem hauptsächlich Kaffee angebaut wird. Die bürgerliche Opposition wollte vorsichtige wirtschaftliche Reformen durchsetzen. Nachdem die massiven Wahlfälschungen bekannt wurden, kam es in San Salvador zu Massendemonstrationen, bei deren Verlauf auch mehrere Demonstranten erschossen wurden.

Den Ärger mit Wahlen wollen sich die Militärs im benachbarten Honduras ersparen. Juan Alberto Melgar, Chef der Militär-Junta, lehnte bisher die Forderung nach Wahlen und poli-
die Militärs im benachbarten Honduras ersparen. Juan Alberto Melgar, Chef der Militär-Junta, lehnte bisher die Forderung nach Wahlen und poli-
tischen Freiheiten ab. Er kam im April letzten Jahres an die Macht, als Lopez Arellano bei der United Brands in Ungnade gefallen war.

Die United Brands, früher United Fruit Company (dieselbe Gesellschaft, die 1954 im Nachbarland Guatemala den verfassungsmäßigen Präsidenten Jacob Arbenz stürzen half), besitzt in Honduras über 100.000 Hektar Land, eine eigene Eisenbahn und ein eigenes Fernmeldeunternehmen. Sie ist der wichtigste Exporteur des Landes und repräsentiert zusammen mit der „Konkurrenz" Standart Fruit Company rund zwei Drittel der ausländischen Investitionen.



Das ist die Forderung des panamesischen Volkes!

Die Korruptheit des Regimes von Laugerud Garcias in Guatemala wurde international wieder bekannt beim Erdbeben im Februar 1976. Es bestanden zwar keinerlei Vorbereitungen zum Schutz der Bevölkerung, keinerlei Lebensmittel und Arzneimittelvorräte, aber die besitzenden Familien kontrollierten die internationalen Hilfssendungen. Wer in seiner Not beim Klauen erwischt wurde, wurde standrechtlich erschossen (AK 74). Laugerud Garcia kam 1954 durch reaktionäre Truppen an die Macht, die der Blutsaugerkonzern United Brands in Zusammenarbeit mit der CIA durch eine Privatarmee aus Ex-Fremdenlegionären, Altnazis und anderem Gesindel verstärkt (siehe AK 70). Zur Zeit bemüht sich die Regierung von Guatemala, die britische Kronkolonie Belize (ehemals Britisch-Honduras) notfalls auch mit militärischer Gewalt zu annektieren (siehe AK 109).

Einerseits gibt es zwischen diesen reaktionären Staaten eine Reihe Widersprüche. So führten z.B. El Salvador und Honduras 1969 sogar Krieg miteinander. Dieser sogenannte „Fußballkrieg" entzündete sich an einem Ausscheidungsspiel der Natio-
vador und Honduras 1969 sogar Krieg miteinander. Dieser sogenannte „Fußballkrieg" entzündete sich an einem Ausscheidungsspiel der Natio-
nalmannschaften für die Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft 1970 in Mexico. Danach kam es zunächst im Stadion von San Salvador und dann auch an anderen Orten zu chauvinistischen Massenkrawallen und schließlich zum offenen Krieg.

Die eigentliche Ursache liegt in folgendem Problem: Etwa 300.000 Salvadorianer hatten das dichtbesiedelte El Salvador verlassen, um sich im benachbarten Honduras niederzulassen, das verhältnismäßig dünn besiedelt ist. Der ständige Zustrom landhungriger Kleinbauern erschien den Großgrundbesitzern aus Honduras gefährlich. Die Regierung von Honduras enteignete rund 15.000 Kleinbauern salvadorianischer Herkunft. Tausenden in Honduras lebenden Salvadorianern wurde die Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung entzogen. Durch diese Entwicklung befürchtete die Regierung Salvadors ein Ansteigen ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Auch heute ist der Konflikt nicht endgültig beigelegt.

Zusammenarbeit in der Guerilla-Bekämpfung

Auf der anderen Seite aber verstärken die reaktionären Länder ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, vor allem bei der Guerillabekämpfung. Alle diese Länder haben es mit einer recht starken Guerillabewegung zu tun, die teilweise schon über Jahrzehnte den Widerstand organisiert. In Nicaragua kämpft die sandinistische Befreiungsfront seit über 50 Jahren, also schon vor der Machtübernahme durch Somoza. (Somoza lockte 1933 den Partisanenführer Augusto Cesar Sandinos in einen Hinterhalt und ließ ihn erschießen; siehe AK 54 und 105).

Die Guerillagruppe Volksbefrei-
rer Augusto Cesar Sandinos in einen Hinterhalt und ließ ihn erschießen; siehe AK 54 und 105).
Die Guerillagruppe Volksbefrei-
ungsfront Farabund Marti entführte im April dieses Jahres den Außenminister El Salvadors, Maurice Borgonovo, und erschoß ihn, nachdem sich die Regierung geweigert hatte, mit den Entführern auch nur zu verhandeln.

In Guatemala wurde wenig später der Botschafter El Salvadors von der „Guerillaarmee der Armen" entführt. In diesem Fall wurden die Forderungen der Entführer erfüllt und ein Kommunique auf der Jahreshauptversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank verlesen (siehe AK 106). Ebenfalls auf das Konto der „Guerilla-Armee der Armen" geht der Überfall auf einen Flugplatz 130 km südlich von Guatemala-City, bei der acht Flugzeuge zerstört und sechs schwer beschädigt wurden („Frankfurter Rundschau", 22.11.76).

Trotz massivem Polizei-Aufgebot, dem Einsatz von Militär und Hubschraubern und direkter Unterstützung durch CIA und „Militärberatern" konnte die Landguerilla bisher nicht geschlagen werden. Sie konnte ihre Positionen teilweise sogar ausbauen, wie in Nicaragua, wo sich in den unwegsamen Bergen mit Unterstützung der Bevölkerung gute Bedingungen für eine Landguerilla bieten.

Die reaktionären Regierungen verstärken auf der anderen Seite ihre Anstrengungen in der „Terroristenbekämpfung", vor allem stärken sie ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. So unterstützen honduranische Truppen Somoza an der Grenze zwischen Nicaragua und Honduras („Monitor-Dienst", 4.3.77). Ferner halten sich hartnäckige Gerüchte, daß Truppen Nicaraguas im Norden von Guatemala stationiert sind, um die Guerilla in Guatemala zu bekämpfen („MD", 31.3.77). Der Ge-

Arbeiterinnen in der „Bananenrepublik" Honduras

Fortsetzung auf Seite 44

Fortsetzung von Seite 43

neralsekretär der avantgardistischen Volkspartei erklärte, daß es ein geheimes Abkommen zwischen den Armeen von Guatemala und Nicaragua zur gemeinsamen Bekämpfung der Guerillaeinheiten, die in beiden Ländern aktiv sind, gibt („MD", 31.3.77). Auch wird über gemeinsame Manöver dieser Länder berichtet. Eingebunden sind diese Maßnahmen in das Vorgehen der Reaktion in ganz Lateinamerika, wie z.B. die Teilnahme des Vizepräsidenten Guatemalas, Mario Sandoval, an der Tagung des „Antikommunistischen Verbandes Lateinamerikas" Ende März oder die Teilnahme Guatemalas, Honduras', Nicaraguas und Panamas an der Konferenz der amerikanischen Luftwaffenchefs in Uruguay zeigt. Die verstärkten eigenen Anstrengungen der Länder Mittelamerikas in der Guerillabekämpfung sind nötig geworden, weil die USA sich zunehmend nicht direkt an der Repression in Lateinamerika beteiligen wollen.


„Guerilla-Bekämpfung" in Guatemala

Ökonomisch findet eine stärkere Zusammenarbeit der mittelamerikanischen und Karibik-Staaten vor allem im Rahmen der SELA (Sistema Economica Latinamericano) statt. In der SELA werden auch sehr vorsichtige antiimperialistische Töne angeschlagen. So soll den US-Konzernen mit eigenen Konzernen Konkurrenz gemacht werden. Es sollen bestimmte „Verhaltensregeln" für die ausländischen Konzerne aufgestellt werden und es werden Überlegungen für ein stärkeres Zuckerkartell gemacht. Ernstzunehmen ist dieser Versuch angesichts der totalen Abhängigkeit vom Imperialismus allerdings kaum.

Lateinamerika-Kommission

Argentinien – Brasilien

Harmlose Streitereien oder handfester Machtkampf?

Argentinien hat kürzlich brasilianischen Lastwagen das Recht verweigert, einen neuen Straßentunnel durch die Anden zu benutzen, der den Weg brasilianischer Waren nach Santiago de Chile um 2.000 km verkürzen würde. Daraufhin hat das brasilianische Außenministerium die Schließung der Grenzen nach Argentinien für den 31. Juli angedroht.

Dahinter steckt der seit langem schwelende Konflikt um die Vorherrschaft über die Staaten im La Plata Becken (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Bolivien, Uruguay), der sich seit Jahren in dem Streit um das Kraftwerk Itaipu am Paranafluß ausdrückt. 1973 unterzeichneten Brasilien und Paraguay einen Vertrag zum gemeinsamen Bau des Itaipu-Kraftwerks, das das größte der Welt werden soll.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages hat sich Brasilien über den Energiesektor wesentlichen Einfluß auf Paraguay und die anderen La-Plata-Staaten (Bolivien, Uruguay) gesichert. Der Guaira-Wasserfall, der für das Kraftwerk genutzt werden soll, gehört nach einem Vertrag von 1872 zu gleichen Teilen Brasilien und Paraguay. Brasilien hat jedoch kurzerhand die Landesgrenze um 100 - 200 km nach Paraguay hinein verlegt, dem Gebiet einen brasilianischen Namen gegeben und Militär dort stationiert. Die Kosten für den Bau des Kraftwerks – unter anderem durch BRD-Kredite finanziert – werden je zur Hälfte von beiden Ländern getragen, den Gewinn macht allerdings Brasilien. Paraguay wird nur 5 % der erzeugten Energie nutzen dürfen, weil es die für den Bau notwendigen Kredite im Laufe von 50 Jahren in Form von Stromlieferungen zurückzahlen muß.

Es wurde festgelegt, daß Paraguay jährlich 30 Mio. Dollar Gewinn aus dem Stromverkauf ziehen soll, während Brasilien 700 Mio. Dollar erhält – mehr als das 20fache! („Beiträge zu Brasilien", AGG Bonn, S. 36). Argentinien seinerseits versucht seit langem, eine Beteiligung an diesem Projekt zu erreichen, um Brasilien nicht allein den entscheidenden energiepolitischen Einfluß in diesem Gebiet zu überlassen.

Bislang hat Brasilien aber alle argentinischen Initiativen in Richtung auf eine Beteiligung am Projekt zurückgewiesen und ohne diplomatische Rücksichten seinen Einfluß auf die La-Plata-Staaten gegenüber Argentinien ausgebaut – so z.B. auf der Außenministerkonferenz der La-Plata-Länder im Dezember 76, wo die entsprechenden argentinischen Anträge zurückgewiesen wurden.

Der Konflikt brach jetzt erneut offen auf, als Brasilien eine neue Offensive gegen Argentinien startete.

Auf Vorschlag Brasiliens soll Paraguay sein Stromnetz von 50 auf 60 Hertz umstellen, Brasilien will diese Umstellung mit 30 Mio. Dollar finanzieren. Paraguay müßte dann seinen gesamten Bedarf an Elektrogeräten und -maschinen nicht mehr aus Argentinien (50 Hertz), sondern aus Brasilien (60 Hertz) beziehen („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 11.7.77).

Daraufhin sperrte Argentinien die brasilianische Tunneldurchfahrt nach Chile für brasilianische Lastwagen. Damit begann der aktuelle Konflikt.

In dem immer schwelenden Machtkampf zwischen Argentinien und Brasilien um die Vorherrschaft in Lateinamerika war Argentinien seit Jahren ins Hintertreffen geraten. Die breiten Streik-und Massenbewegungen und die „chaotischen Jahre" der peronistischen Regierungen liessen Argentinien zu einem recht unzuverlässigen „Partner" für den Imperialismus werden. Darüberhinaus hatten die US-Imperialisten schon seit Anfang der 60er Jahre Brasilien als ihren wesentlichen Statthalter in Lateinamerika aufgebaut. In jüngster Zeit hat das Atomabkommen zwischen BRD und Brasilien auch den bisherigen Vorsprung Argentiniens auf dem Sektor der Atomenergie erheblich verringert.

Andererseits ist die Rolle Brasiliens durch das offensichtliche Ende seines sogenannten „Wirtschaftswunders" nicht mehr so unangefochten wie noch vor einigen Jahren, während sich Argentinien seit Errichtung der faschistischen Diktatur wieder als ernstzunehmender Partner anbietet und auch entsprechend gewürdigt wird: z.B. durch die letzten Kredite der Weltbank an Argentinien. Innerhalb des letzten Jahres wurde fast die gleiche Summe gestellt, wie in den ganzen letzten 20 Jahren zusammen (vgl. Kurzmeldungen in diesem AK).

In dem aktuellen Konflikt haben beide Länder zunächst wieder eingelenkt und sich gegenseitig ihre „Gesprächsbereitschaft" deutlich gemacht. Der Machtkampf Brasilien-Argentinien scheint erst einmal weiter auf Eis gelegt.

Inwieweit die Widersprüche demnächst wieder ausgegraben und zugespitzt werden, etwa um von innenpolitischen Problemen abzulenken oder derzeit noch nicht durchschaubare imperialistische Interessen auszutragen, ist heute noch nicht abzusehen. Die Gefahr einer schärferen Konfrontation oder gar bewaffneten Auseinandersetzung sollte man aber nicht ganz aus dem Blick verlieren.

Lateinamerika-Kommission

Abs und Pinochet – »Zuneigung«!

Hunger, Arbeitslosigkeit, faschistische Unterdrückung des Volkes durch die Militärjunta – Chile ist bei westdeutschen Banken wieder kreditwürdig. Nach einem Kredit von 50 Millionen DM, den die Deutsch-Südamerikanische Bank (Tochter der Dresdner Bank) im Dezember 1976 gewährte, erhielt Chile im April auch von der Deutschen Bank 50 Millionen DM. Um seine Freundschaft mit den chilenischen Faschisten zu bekunden, reiste Hermann Josef Abs, der Ehrenpräsident der Deutschen Bank, im April nach Santiago. Empfangen wie ein Staatsbesucher verliefen die Gespräche mit Juntachef Pinochet, Außenminister Carvajal und chilenischen Bankiers *„in einer Atmosphäre großer Herzlichkeit"* („El Mercurio", 16.4.77). Abs ist *„aufgrund der Zuneigung nach Chile gekommen"* (ebenda), die er für das faschistische Regime und die Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes hegt.

Zum Abschluß seines Besuches bekundete Abs seine Bewunderung für die Errungenschaft der Militärdiktatur und versprach, sich gegenüber den deutschen Banken zum *„Sprachrohr Chiles"* („El Mercurio", 18.4.77) zu machen, um weitere Kreditmöglichkeiten zu eröffnen.

Ob es Chile ist, der Iran oder Südafrika – überall setzt sich das westdeutsche Finanzkapital dafür ein, faschistische Diktaturen am Leben zu erhalten.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Generalstreik – 17 Tote!

Peru: Am 19.7. fand in Peru trotz Verbots durch die Regierung der von den Gewerkschaften angekündigte Generalstreik statt. Dies war der bisherige Höhepunkt der seit Wochen anhaltenden Kämpfe gegen die Preiserhöhungen und gegen die immer brutaleren Repressionsmaßnahmen der Regierung. Schon Mitte Juli hatte es bei Polizeieinsätzen gegen Demonstranten 10 Tote, darunter 2 Kinder, gegeben (vergl. AK 109). Anfang Juli waren die Lehrer in Lima - unterstützt von den Studenten - in Streik getreten, um gegen das Sparprogramm der Regierung zu protestieren. Die Polizei hatte Wasserwerfer, Tränengasbomben und Pistolen eingesetzt, um den Protestmarsch der Streikenden zu stoppen. 12 Studenten mußten mit Schußverletzungen ins Krankenhaus.

Der Generalstreik vom 19.7. ist der erste seit 1968, seit die - damals noch - reformerischen Militärs die Regierung übernahmen. In Lima, aber auch in fast allen Teilen Perus wurde das öfentliche Leben durch denStreik lahmgelegt. In Lima wurden auf den Hauptstraßen Barrikaden errichtet und die beiden Hauptverkehrstraßen völlig blockiert (nach BBC, Buenos Aires, 20.7.77)

Die Regierung setzte Polizei- und Militäreinheiten ein, die mit Tränengas und Feuerwaffen gegen die Streikenden vorgingen. Insgesamt wurden 17 Menschen getötet („FR", 30.7.).

6 Jugendliche wurden erschossen, als eine Menge von Demonstranten einen Bus mit Marinesoldaten mit Steinen bewarf. Die Soldaten begannen sofort zu schießen. („Guardian" 21.7.). 300 Gewerkschafter, darunter auch der Generalsekretär des peruanischen Gewerkschaftsverbandes, wurden verhaftet („Guardian", 21.7.)


März 75: Panzer rollen gegen streikende Polizisten in Lima

März 75: Panzer rollen gegen streikende Polizisten in Lima

Trotzdem hielt ein Streik der Bergarbeiter noch in den letzten Juliwochen an. Nach Angaben der Gewerkschaften befanden sich 70% aller Arbeiter der Kupfer,- Zink- und Bleibergwerke im Aufstand. Sie fordern höhere Löhne, Wiedereinstellung entlassener Gewerkschafter und Aufhebung des Streikverbots.

Präsident Morales Bermudez hielt es inzwischen in einer Ansprache zum Unabhängigkeitstag des Landes für angebracht, die Bevölkerung aufzufordern „*zur Rückkehr von Frieden und Übereinstimmung im Lande beizutragen*" - dies nach der Ermordung von fast 30 Menschen in den letzten Wochen! Bermudez kündigte an, daß die Regierung innerhalb von drei Jahren wieder an Zivilisten übergeben werden solle. Für 1978 sollen Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung ausgeschrieben werden. Außerdem trat der für die Preiserhöhungen und das gesamte Sparprogramm der Regierung verantwortliche Wirtschaftsminister Piazza zurück („FR", 30.7.)

Damit ist allerdings das Sparprogramm mit seinen verheerenden Auswirkungen für die Bevölkerung nicht vom Tisch. Schließlich war das gesamte Programm (Rationalisierung und Einstellungsstop in staatlichen Unternehmen, Aufhebung aller Preissubventionen für Grundnahrungsmittel, Erhöhung der Benzin- und damit Fahrpreise, Lohnerhöhungen von höchstens 15%) vom internationalen Währungsfonds (IWF) durchgesetzt worden. Der IWF hatte die Durchsetzung dieser „Schockmaßnahmen" zur Voraussetzung für einen Stützungskredit in Höhe von 50 Mio. Dollar gemacht. An diesen Stützungskredit wiederum war ein 200 Mio. Dollar Darlehen von einem internationalen Bankenkonsortium gebunden. Schon im Frühjahr hatte es Widersprüche in der peruanischen Bourgeoisie und Regierung gegeben, ob man auf die Bedingungen des IWF eingehen könne, ohne zu starke soziale Unruhen in Kauf zu nehmen.

Es war eine Kommission eingesetzt worden, die die Verhandlungen mit dem IWF führte, der damalige Wirtschaftsminister trat zurück. Ergebnis war schließlich, daß die Bedingungen des IWF voll durchgesetzt wurden.

Die Ankündigung einer verfassungsgebenden Versammlung durch Morales Bermudez und der Rücktritt des neuen Wirtschaftsministers sind Ausdruck der Differenzen, die in der peruanischen Bourgeoisie über das „angemessenste" Vorgehen herrschen; sie sind ebenfalls Ausdruck eines taktischen Eingehens auf die Massenbewegung. Allerdings zeigen die 30 Toten und Hunderte von Verhafteten der letzten Wochen, mit welchen Mitteln die Arbeiterbewegung tatsächlich bekämpft werden soll und wird. Unsere Solidarität gilt den peruanischen Arbeitern und Bauern, die bereit und in der Lage sind, ihren sehr begrenzten, aber noch vorhandenen Spielraum sehr kämpferisch zu nutzen.

Lateinamerikakommission

Lateinamerika – Kurzmeldungen

Hunderte von Verhafteten in Mexiko und Brasilien

In Mexiko-City haben Polizeieinheiten den Campus der Nationaluniversität gestürmt, der 17 Tage lang von Studenten, Professoren und Mitgliedern der Univerwaltung besetzt gehalten wurde, um höhere Bezahlung und offizielle Anerkennung zu erreichen. 200 Besetzer wurden verhaftet (»Guardian«, 8.7.77).

***

In Brasilien hat die Regierung der Oppositionspartei MDB das Recht auf Selbstdarstellung in Rundfunk und Fernsehen entzogen. Vor einigen Wochen war es dem MDB zum ersten Mal seit zwei Jahren gelungen, sein Recht auf eine Stunde Sendezeit pro Halbjahr durchzusetzen. Diese Möglichkeit nutzte der MDB, um Kritik an der Regierung zu üben. Dem Oppositionsführer waren daraufhin sofort sein politisches Mandat und alle politischen Rechte für zehn Jahre entzogen worden (AK 108).

Bei einer Demonstration von Studenten und Professoren in Brasilia wurden Ende Juli 150 Demonstranten festgenommen. Die Demonstration richtete sich gegen den Ausschluß von 30 Studenten von der Uni. Sie hatten die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Brasilien gefordert. Nach Angaben von Studenten befinden sich 25 von den 150 Festgenommenen noch immer in Haft. Am 27.7. wurden weitere 25 Studenten verhaftet und das Unigelände von Militärpolizisten besetzt (»Süddeutsche Zeitung«, 28.7. und 27.7.77).

***

Weiße Rassisten jetzt auch nach Paraguay

Die Pläne, 150.000 weiße Siedler aus dem südlichen Afrika mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung nach Bolivien umzusiedeln, haben einige Proteste hervorgerufen. Exilbolivianer klagten die Regierung an, *»die Apartheid aus dem südlichen Afrika nach Bolivien zu verpflanzen«*. Das Ministerium für Immigration sah sich inzwischen veranlaßt, abzuwiegeln: das ganze Projekt sei noch *»gar nicht endgültig entschieden«* (»ila-Info« Nr. 7). Wie intensiv tatsächlich an den Umsiedlungsplänen gearbeitet wird, zeigen Nachrichten aus Paraguay, nach denen jetzt weiße Rhodesier in Paraguay angesiedelt werden sollen. Es soll bereits Gespräche zwischen Rhodesiern, Besitzern von Farmen mit 1.000 Hektar Land und rund 90 schwarzen (Sklaven) Arbeitern und dem Agrarminister Paraguays gegeben haben. Die weißen Umsiedler hätten geäußert, daß sie dazu beitragen wollten, *»daß Paraguay ein reiches Land wird«* (nach »ila-Info«, Nr. 7).

***

Gemeinsamer Panzerbau BRD - Argentinien

Nach den USA und Frankreich ist jetzt auch die BRD an Argentiniens Panzeraufrüstung beteiligt. Die ersten in Argentinien gebauten Panzer, deren Motoren aus den Kasseler Henschelwerken stammen, wurden Anfang Juli in Buenos Aires vorgeführt. Es handelt sich dabei um leichte Panzer (Bürgerkriegspanzer) vom Typ »Tam«, die in Militäreigenen Fabriken in Cordoba, der zweitgrößten Stadt Argentiniens, hergestellt werden.

Lateinamerika-Kommission



nahost

Ägypten

Der Krieg war ein politisches Manöver

Der Krieg gegen Libyen hat für Ägypten nicht die angeblich angestrebten Ergebnisse gebracht. Weder wurde Gaddafi gestürzt noch konnte Ägypten militärisch einen überzeugenden Schlag austeilen. Dieser Krieg wird Libyen nicht davon abhalten, weiter mit Unterstützung der Sowjetunion gegen die reaktionären Pläne Ägyptens, Sudans und Saudi-Arabiens in Afrika aufzutreten.

Trotzdem hat dieser Krieg die politische Landschaft im Nahen Osten verändert. Das ägyptische Regime hat sozusagen mit Blut unterstrichen, daß es einen Kurs der arabischen Einheit gegen den Imperialismus ablehnt und stattdessen den Weg der Einheit der arabischen Reaktion im Bündnis mit dem Imperialismus gehen will.

Weiter ist es mit dem Krieg dem ägyptischen Regime gelungen, innenpolitisch den 25. Jahrestag der Revolution Nassers gegen den Nasserismus zu wenden.

Anschluß an Reaktion und Imperialismus

Ägypten und Libyen könnten natürlich Verbündete sein. Das libysche Ölgeld und die 40 Millionen Menschen Ägyptens könnten auch im kapitalistischen Sinne einen arabischen Machtfaktor gegen die Imperialisten und Zionisten darstellen. In diesem Sinne hatte Gaddafi versucht, die Nachfolge Nassers als Führer des arabischen Nationalismus anzutreten und einen Zusammenschluß dieser Staaten zu erreichen. 1972/73 war die Vereinigung bereits beschlossene Sache.

Ebenfalls 1972 jedoch hatte sich in Ägypten Sadat und seine Politik durchgesetzt. Sadat ging daran, die nasseristische Politik des „arabischen in Ägypten Sadat und seine Politik durchgesetzt. Sadat ging daran, die nasseristische Politik des „arabischen Sozialismus" und der Blockfreiheit zu liquidieren und durch die Stärkung des Privatkapitals, Abkommen mit Israel und „Öffnung" des Landes für die Imperialisten zu ersetzen. Mit dem „Marsch auf Kairo" von tausenden Libyern versuchte Gaddafi das Vereinigungskonzept im Juli 1973 doch noch durchzusetzen. Stattdessen kam mit dem Oktoberkrieg 1973 Sadats Politik zum Zuge.

Im Rahmen der gesamten reaktionären Entwicklung der letzten Jahre setzte die ägyptische Bourgeoisie lieber auf die Ölmilliarden Saudi-Arabiens und zog es vor, sich den arabischen Reaktionären und den Imperialisten anzudienen. Im Rahmen der Politik der „Öffnung" wird das ägyptische Volk den ausländischen Kapitalisten billigst zur Ausbeutung angeboten. Die ägyptischen Massen sollen dem Regime so zu einer profitablen Teilnahme an der reaktionären Offensive verhelfen.

Genauso wie Syrien bei dieser Offensive die natürliche Rolle zufiel, die fortschrittlichen Kräfte in Libanon niederzuschlagen, ist Ägypten für Libyen und den weiteren nordostafrikanischen Raum „zuständig". Gegen diese Bedrohung suchte das libysche Regime Unterstützung bei der Sowjetunion.

Drohungen gegen Libyen

Der Konflikt mit Libyen wurde im Verlauf der letzten Jahre systematisch zugespitzt. Im August 1976 verstärkte Ägypten seine Truppen an der libyschen Grenze, woraufhin Gaddafi wie schon früher Versuche zu einer Entspannung der Situation machte („Le Monde", „LM", 11.11.76). Im Mai dieses Jahres meldete sich mit Hilfe der KP Syriens besorgt die Sowjetunion zu Wort: *„Die Situation an der ägyptisch-libyschen Grenze hat sich in jüngster Zeit verschärft. Die ägyptischen Behörden drohen, militärische Aktionen gegen Libyen zu unternehmen. Die ägyptische Presse und der Rundfunk verbreiten "falsche Informationen, die gegen Libyen, sein System, seine Politik in der arabischen Region und Afrika und auch gegen Libyens Freunde, in erster Linie die Sowjetunion und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft, gerichtet sind"* („Tass", am 3.5.77 aus Damaskus).

Am 10. Mai drohte Abdel Sallam Dschallud, zweiter Mann des libyschen Regimes, daß die 300.000 ägyptischen Arbeitskräfte in Libyen – die Ägypten dicke Devisen einbringen, die aber auch für die libysche Wirtschaft dringend gebraucht werden – ausgewiesen werden könnten, wenn Ägypten nicht aufhöre, Attentäter einzuschleusen („LM", 11.5.77). Am 19. Mai fügte Dschallud hinzu, Ägypten bereite sich auf einen bewaffneten Angriff gegen Libyen vor. *„Nach meiner Meinung haben die ägyptischen Anschuldigungen, daß die 300.000 Ägypter in Libyen schlecht behandelt werden, kein anderes Ziel, als die Stimmung für eine solche Aggression vorzubereiten"* („LM", 21.5.77). Zu dieser Zeit wartete das ägyptische Regime nur noch auf den geeigneten Zeitpunkt für einen Angriff.



Sadat am 25. Jahrestag der nasseristischen Revolution: Kriegshetze und Anerkennung Israels

In Ägypten erhielten reaktionäre Opponenten des libyschen Regimes freie Hand für Hetzpropaganda und Putschvorbereitungen. Der frühere königlich-libysche Minister Bakkusch und zwei ehemalige Mitglieder des libyschen Revolutionsrates bereiteten offen und mit öffentlicher ägyptischer Unterstützung die Nachfolge Gaddafis vor („LM",24./25.7.77). Und in einem Kommuniqué erklärte die ägyptische Regierungspartei ASU, Ägypten werde alles in seinen Kräften stehende tun, *„bis das libysche Volk sich von der diktatorischen Macht Gaddafis befreit"* (ebendort).

Ägypten gegen die „sowjetische Subversion in Afrika"

Eine Woche vor Beginn des Krieges hatte Sadat einer US-Parlamentarierdelegation die künftige Rolle Ägyptens erläutert und Waffenhilfe der USA gefordert, damit sein Land gegen die „sowjetische Subversion in Afrika" kämpfen könne („Frankfurter Rundschau", „FR", 15.7.77).

Trotz der Absage Ägyptens an die Sowjetunion, trotz des Sinai-Vertrages mit Israel und der Politik der „Öffnung" hatte Ägypten bisher solche Waffenhilfe nicht erhalten. Die USA haben offenbar nicht viel Vertrauen in die Stabilität der Sadat-Regierung, sie kennen die finanzielle Pleite Ägyptens (die Sowjetunion erwartet immer noch ca. 10 Mrd Dollar für ihre Waffenlieferungen) und sie sind vor allem der Meinung, daß die arabischen Regimes ihre Rüstung selber bezahlen sollen, auch und gerade wenn sie im Interesse der USA rüsten. In seiner Rede vor dem Zentralkomitee der ASU zum 25. Revolutionsfeiertag, von der unten noch mehr die Rede sein wird, konnte Sadat am 16.7., also wenige Tage vor Beginn der Kämpfe, ankündigen, daß Saudi-Arabien alle neuen Bedürfnisse der ägyptischen Armee finanzieren werde („LM", 19.7.77). Nach dem Krieg kamen die US-Waffenzusagen in Gang. Am 27. Juli verpflichteten sich die USA zu einer ersten Lieferung im Werte von 200 Mio Dollar. Der Krieg gegen Libyen hatte also als ein Gesellenstück für die künftige Rolle Ägyptens in Afrika gedient, um die USA von der Ernsthaftigkeit der ägyptischen proimperialistischen Politik zu überzeugen und um zu zeigen, daß das Sadat-Regime auch in der Lage ist, diese Politk durchzusetzen. Schon in Zaire hatte Ägypten 1.500 Mann Elitetruppen eingesetzt, aber der Angriff auf das arabische Nachbarland Libyen hat natürlich eine ganz andere Qualität.

Die Pläne des ägyptischen Regimes zielen weiter nach Afrika hinein. Ägypten will das Regime von Tschad gegen die Befreiungsbewegung Frolinat unterstützen und zusammen mit Sudan gegen Äthiopien vorgehen. Der ägyptische Vizepräsident Mubarak wurde Anfang Juli in die sudanesische Hauptstadt Karthum und die tschadische Hauptstadt Ndjamena geschickt, zu Gesprächen *„über die militärischen Gefahren, die von Libyen und einigen anderen Nachbarländern herrühren"* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 13.7.77). Das von der Frolinat befreite Gebiet des Tschad soll übrigens reich an Uranvorkommen sein.

Anerkennung Israels

In seiner Rede vor dem ZK der ASU hatte Sadat Israel offen die Anerkennung angeboten und damit ausgesprochen, was die arabischen reaktionären Regimes anstreben: *„Wir sind zu einem Friedensvertrag bereit, der politisch und rechtlich zum ersten Mal in der Geschichte die Anerkennung Israels durch die Araber bedeutet"* Israel könne *„einer der im Frieden lebenden Staaten des Nahen Ostens"* werden („FR", 18.7.77).

Es lag in der Logik der Sache, daß der Angriff auf Libyen zum ersten Beispiel des Angebots einer militärischen Zusammenarbeit von Ägypten und Israel wurde!!! *„Die israelische Regierung habe Kairo zu verstehen gegeben, daß es gegebenenfalls ohne Risiko eine Verlegung von Truppen aus dem Sinai an die Grenze zu Libyen vornehmen könne"* berichtete die Jerusalemer Zeitung „Yedioth Aharonoth". *„Wie aus israelischen Militärkreisen verlautete, soll eine derartige Truppenverlegung schon begonnen haben"* („SZ", 25.7.77).

Ablenkungsmanöver

Die Wahl des Datums des ägyptischen Angriffs zeigt die innenpolitische Bedeutung des Krieges gegen Libyen. Das ägyptische Regime wollte auf jeden Fall verhindern, daß der 25. Jahrestag der nasseristischen Revolution zu einer Besinnung auf Nasser und zur Kritik am jetzigen Regime genutzt werden konnte. Die Kämpfe der ägyptischen Arbeiter und Studenten im Januar dieses Jahres haben die wachsende Opposition gezeigt. Sadat benutzt jede Gelegenheit, um die Sowjetunion und Libyen als Drahtzieher jeder Kritik und als Verantwortliche für die ägyptische Mißwirtschaft darzustellen.

In der oben erwähnten Grundsatz- und als Verantwortliche für die ägyptische Mißwirtschaft darzustellen.

In der oben erwähnten Grundsatzrede wurde Sadat – unerhörtes Ereignis! – mehrmals durch Zwischenrufe unterbrochen. Als er auf die innnepolitische Situation einging und die *„Radikalen und Extremisten"* angriff, *„erhob sich einer der anwesenden Mitglieder der ASU und widersprach Sadat heftig: Man habe es satt, für alle Schwierigkeiten im Lande, für die wachsende Unterdrückung der Armen und für die Abschaffung aller unter Nasser eingeführten sozialistischen Strukturen die Sowjets verantwortlich gemacht zu sehen. Die ägyptische Linke sei nicht identisch mit der Sowjetunion. Sadat war zunächst sprachlos und schrie dann mit sich überschlagender Stimme los, wobei er sich in so kuriosen Wendungen erging wie: ‚Unter Nasser konnte das Volk nichts importieren, nur gewisse Privilegierte versorgten sich mit Flugzeugladungen voller ausländischer Waren' – womit freilich exakt die gegenwärtige Situation beschrieben worden ist, die unter Sadats kapitalistischer Politik eintrat. Ein zweiter Zuhörer unterbrach Sadat noch einmal und warf ihm vor, an den Idealen Nassers Verrat begangen zu haben."* („Extradienst"\22.7. Anm. d.Red.: Natürlich war auch Nassers Politik kapitalistisch.)

Daß Delegierte der ASU Sadat öffentlich kritisieren, bedeutet mindestens, daß sie angesichts der wachsenden Kritik der ägyptischen Massen Muffensausen kriegen. Auch oder gerade nach fünf Jahren der Angriffe Sadats auf das Erbe Nassers ist es in Ägypten eine gewagte Sache, den 25. Jahrestag von Nassers Revolution mit der Anerkennung Israels begehen zu wollen. Ein Ablenkungsmanöver mußte her, eine siegreiche Armee mußte vorgeführt werden. Siegreich gegen Israel – das fordern die Massen. Siegreich gegen ein anderes arabisches Land – das wurde ihnen als Ersatz geboten. Rundfunk und Fernsehen berichteten ununterbrochen über die *„libysche Provokation"* und den ägyptischen „Vergeltungsschlag". *„Wir haben Gaddafi eine Lektion erteilt, die er nie vergessen wird"*, tönte Sadat am 22. Juli in einer Fernsehansprache. Es ist ein Beweis für die totale Verkommenheit der ägyptischen Politik, daß Sadat zu einem so billigen Trick greift. Der Sieg ist inszeniert und die Seiten sind vertauscht, statt Bündnis der Araber und Kampf gegen Israel nun Anerkennung Israels und Kampf gegen Araber. Glaubt er, die ägyptischen Massen werden nichts merken?

Sowjetunion kneift den Schwanz ein

Die Sowjetunion mag es sich mit der arabischen Reaktion und dem US-Imperialismus nicht verderben, selbst wenn sie, wie im Fall von Ägypten, längst den Kürzeren gezogen hat. Wenn die Sowjetunion Libyen nicht hinreichend unterstützt, verliert sie die letzte Glaubwürdigkeit im arabischen Raum. Trotzdem dauerte es mehrere Tage, bis die Sowjetunion zum libysch-ägyptischen Krieg öffentlich Stellung nahm und selbst dann tat sie es nur durch den Mund eines „Komitees für afro-asiatische Solidarität" : *„Der bewährte Freund der arabischen Völker, das sowjetische Volk, appelliert an Ägypten, die bewaffneten Aktionen an der ägyptischen Grenze sofort zu beenden"* („Tass" am 26.7.). Rührend! Zum 25. Jahrestag kroch Breschnew Sadat noch extra in den Arsch: *„Die gemeinsamen Ziele der Völker beider Länder ....für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression und für die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten sind ein zuverlässiges und festes Fundament der allseitigen Entwicklung der sowjetisch-ägyptischen Beziehung"* (Grußtelegramm Breschnews).

Breschnew und Sadat haben allerdings völlig verschiedene Auffassun-

Breschnew und Sadat haben allerdings völlig verschiedene Auffassungen über die „Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression". Während die Sowjetunion eine Genfer Konferenz unter ihrer Beteiligung anstrebt, um ihren Anspruch auf Einmischung in die arabischen Angelegenheiten neben der Offensive der Imperialisten aufrechtzuerhalten, unternahm Sadat weitere Schritte zur endgültigen Ausschaltung der Sowjetunion aus der Regelung der Palästinafrage. Beim Besuch des US-Aussenministers Vance in Kairo wurde der Plan einer Vorkonferenz der arabischen Regimes mit Israel und den USA geboren, der darauf zielt, die Ergebnisse einer Genfer Konferenz vorwegzunehmen, bzw. die Konferenz völlig überflüssig zu machen. Der Krieg gegen Libyen diente auch dazu, das Gewicht der reaktionären arabischen Regimes bei einer solchen Konferenz zu erhöhen.

Angriff auf die fortschrittlichen Kräfte

Genosse Habasch (Generalsekretär der PFLP) deutete den ägyptischen Angriff auf Libyen als neuen Schritt der Verschwörung von Imperialisten, Zionisten und arabischer Reaktion gegen die fortschrittlichen Kräfte im arabischen Raum. Ein ähnlicher Angriff auf Irak sei in der Zukunft zu befürchten („Neue Zürcher Zeitung", 28.7.77).

In der Tat, die reaktionären Kräfte machen zwar die Sowjetunion für ihre Angriffe verantwortlich, aber in Wirklichkeit zielen sie auf alle Kräfte, die sich ihrer reaktionären Strategie noch nicht angeschlossen haben oder sogar entgegen stellen, u.a. Algerien, das seine Solidarität mit Libyen zum Ausdruck brachte, Südjemen, Sahara und die anderen fortschrittlichen afrikanischen Länder. Der Krieg gegen Libyen hat den Druck auf diese Kräfte verstärkt. Afrika soll zwischen Südafrika und dem Roten Meer in die imperialistische Zange genommen werden.

Nahostkommission

Südlibanon: Das Abkommen von Schtoura

Am 19.7.77 wurde das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der libanesischen Regierung (vertreten durch den Kommandeur der praktisch noch nicht wieder existierenden regulären libanesischen Streitkräfte, Victor Khoury), den syrischen Interventionstruppen (General Hikmat Schebabi) und der PLO-Führung (vertreten durch Arafats „zweiten Mann", Salah Khalaf (Abu Iyad). In dem ausgehandelten Abkommen einigten sich die drei Vertreter auf folgende Punkte:

- Rückzug der palästinensischen Kämpfer aus der Grenzlinie zu Israel bis zu 15 Kilometern,
- Rückzug fast aller bewaffneten palästinensischen Kämpfer aus allen Lagern im Libanon,
- sieben mit leichten und mittleren Waffen ausgerüstete Palästinenser darf es in Zukunft pro tausend Einwohner in den Lagern geben,
- die übrigen Waffen werden aus den Lagern abgezogen,
- die Büros und Zeitungen der palästinensischen Organisationen werden beschränkt, ausgenommen sind die Büros und offiziellen Zeitungen der PLO
- in den von den palästinensischen Kämpfern verlassenen Grenzstreifen zu Israel sollen reguläre libanesische Truppen einrücken (bisher konnte die libanesische Armee auf ganze 300 (!) Mann gebracht werden) („Le Monde", 24./25.7.77).

Diese Richtlinien, die voll und ganz der libanesischen und syrischen Propaganda von der Befriedung Libanons entsprechen – die libanesischenFaschisten nahmen an den Verhandlungen nicht teil und werden die Anwesenheit der Palästinenser im Libanon nach wie vor grundsätzlich bekämpfen – wurden vom Exekutiv-Komitee der PLO gebilligt („Le Monde", 24./25.7.77).

Verkauft werden diese Vereinbarungen, die die Möglichkeiten des bewaffneten Kampfes entscheidend verschlechtern und auch den Kampf gegen Israel zumindest erheblich erschweren würden, als Voraussetzung zur Verwirklichung des Kairoer Abkommens von 1969. Abgesehen davon, daß dieses Abkommen auf Grund objektiver Bedingungen gar nicht mehr erfüllt werden kann – etliche Palästinenserlager wurden im Bürgerkrieg von den Faschisten unter kräftiger Mithilfe der syrischen Interventionstruppen dem Erdboden gleichgemacht, würde die immense Beschränkung der palästinensischen Kämpfer einen deutlichen Rückschritt hinsichtlich der Selbstverwaltung und Verteidigung der Lager bedeuten. Nach dem Kairoer Abkommen war das Waffentragen in den Lagern uneingeschränkt erlaubt.

Der Schutz der Lager gegen Übergriffe der Faschisten soll in Zukunft durch die arabische Friedenstruppe gewährleistet werden, also praktisch durch die syrischen Truppen, die im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit den Faschisten den Sieg der fortschrittlichen libanesischen und palästinensischen Kräfte brutal verhindert und tausende von Kämpfern ermordet haben.

Inzwischen wird in der bürgerlichen Presse immer wieder betont, daß auch die Organisationen der Ablehnungsfront die neuen Vereinbarungen unterstützen. Dies behauptet zum Beispiel auch Verhandlungsleiter der PLO-Führung, Abu Iyad. Wahrscheinlich behauptet man zunächst, die Ablehnungsfront sei einverstanden, um sie später für die Verletzungen des Abkommens verantwortlich machen zu können. Die Bestimmungen (Büros, Zeitungen, Einschränkung des bewaffneten Kampfes) richten sich vor allem gegen die Ablehnungsfront.

Schließlich hat es gerade zwei Tage vor Verkünden der neuen Vereinbarungen erbitterte Kämpfe zwischen der prosyrischen As-Saika und den Kämpfern der Ablehnungsfront in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Beirut gegeben, bei denen 29 Menschen ums Leben kamen und 50 verletzt wurden („International Herald Tribune", 18.7.77, „Süddeutsche Zeitung", 19.7.77).

Wahrscheinlich geht es der PLO-Führung darum, sich als Ordnungsfaktor über die palästinensischen Kämpfer herauszuputzen, um als Partner bei den anstehenden Verhandlungen (Genfer Konferenz) schließlich doch von allen Seiten, einschließlich Israel akzeptiert zu werden. Die PLO-Führung rechnet wohl damit, daß die libanesische Seite gar nicht in der Lage ist, ihren Teil des Abkommens zu erfüllen.

Abu Iyad bezeichnete das Abkommen als *„große wichtige Errungenschaft"*. *„Wir werden voll und ganz mit Syrien zusammenarbeiten, und wir haben volles Vertrauen in den libanesischen Präsidenten Sarkis"* („Welt", 27.7.77).

Selbst mit dem Faschisten und ehemaligen Präsidenten Chamoun scheint die PLO-Führung inzwischen reden zu wollen. Chamoun hatte angesichts des Abkommens als Vorbedingung einer Teilnahme an Gesprächen gefordert, daß alle Palästinenser den Süden Libanons verlassen müßten und überdies die 250.000 Palästinenser, die von der UNO nicht als Flüchtlinge registriert sind, den Libanon verlassen müssen (161.000 weitere Palästinenser sind offiziell als Flüchtlinge anerkannt). Abu Iyad äußerte hierzu nur, obwohl er sicher weiß, daß die Kämpfe der Faschisten auch nach dem Abkommen genauso scharf gegen die Palästinenser weitergehen werden, Chamoun müsse zuerst seine gute Zusammenarbeit mit Israel stoppen, dann sei Arafat auch bereit, Chamoun zu treffen („IHT", 18.7.77).

Es fragt sich nur, wieweit die PLO-Führung die Absicht und das Interesse hat, das Abkommen tatsächlich durchzusetzen. Die erste Phase, in der die syrischen Truppen zum „Schutz" der Lager vor faschistischen Übergriffen dieselben umstellen sollen, soll ohne Schwierigkeiten durchgeführt worden sein („Le Monde", 2.8.77). Mit der Entwaffnung der Palästinenser und dem Rückzug von der Grenze Israels aber würde die PLO-Führung wichtige Trümpfe für etwaige Friedensverhandlungen aus der Hand geben.

Abu Iyad hat sofort nach dem Abkommen einen Waffenstillstand in Südlibanon angeordnet (22.7), und zwar einseitig und ohne irgendwelche Bedingungen an die Faschisten, die auch gar nicht bereit scheinen, mit den Palästinensern darüber zu verhandeln. Der einseitige Waffenstillstand soll den faschistischen Führern von dem Kommandanten der libanesischen Armee, Victor Khoury, erläutert worden sein („IHT", 22.7.77).

Inzwischen ist der Waffenstillstand jedoch schon mehrere Male gebrochen worden. Nach wie vor belegt die israelische Artillerie palästinensische Stellungen mit Artilleriefeuer, die Palästinenser mußten außerdem einen Angriff der Faschisten auf Marjoun zurückschlagen („Süddeutsche Zeitung", 26.7.77).

Es könnte sein, daß die einzigen Bestimmungen des Abkommens, die eingehalten werden,die sind, die sich gegen die palästinensische Linke richten, und daß das auch der ganze Zweck der Übung ist.

Nahostkommission

Terrorurteile in Ägypten

Das ägyptische Regime nimmt das Auftreten der reaktionären Moslembruderschaft mit der Entführung und Ermordung eines Ministers (vergl. AK 109) zum willkommenen Anlaß, um reaktionäre Gesetze vorzubereiten und gegen links anzuwenden.

Am 8. Juli berichtete die Regierungszeitung „Al Ahram" von einer Gesetzesvorlage, die für ein Verlassen der islamischen Religion die Todesstrafe vorsieht. Mit einem solchen Gesetz würde Ägypten die sich auf islamische Tradition berufende reaktionäre Gesetzgebung von Saudi-Arabien und den Emiraten noch weit übertreffen.

Während dieses Gesetz wohl mehr Propagandafunktion hat, meldete „Al Ahram" am nächsten Tag einen weiteren Gesetzentwurf, der sich direkter zur Verfolgung von Opposition eignet:

Die Strafen für „Gewalttaten" sollen verschärft werden. Zu den Gewalttaten zählt u.a. die „Gründung von gesellschaftsfeindlichen Untergrundorganisationen", worauf Todesstrafe und Zwangsarbeit stehen soll. Angeblich zielt dieses Gesetz auf die Moslembruderschaft.

Doch drei Wochen danach wurden die Urteile gegen 175 Angeklagte verkündet, die bei dem Januaraufstand gegen das Sadat-Regime festgenommen worden waren. Zwei von ihnen wurden zu je 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 11 zu je 10 Jahren, 10 zu je 7 Jahren, 3 zu je 3 Jahren Zwangsarbeit und 2 erhielten Gefängnisstrafen.

Diese Urteile gehen in dieselbe Richtung wie die Umtriebe der Moslembruderschaft: die ägyptischen Massen sollen von jedem Kampf gegen die Ausbeutungspolitik des ägyptischen Regimes durch Einschüchterung abgehalten werden.

Nahostkommission



afrika

Anschluß der Ogaden-Region an Somalia?

Der Kampf der Westsomalischen Befreiungsbewegung (WSLF) gegen die äthiopische Zentralregierung des DERG-Regimes verbucht weiterhin erhebliche militärische Erfolge. Die Befreiungsfront kämpft in der von Somalis bewohnten äthiopischen Provinz Ogaden (vergl. Landkarte). Sie hatte bisher als das Ziel ihres Kampfes das Selbstbestimmungsrecht der hier lebenden Somalis propagiert, nunmehr hat allerdings der WSLF-Generalsekretär Mohamed bekanntgegeben, man werde nach einem militärischen Sieg sofort den Anschluß an Somalia anstreben („Süddeutsche Zeitung", 3.8.77).

Bis auf drei oder vier Städte befindet sich die Ogaden-Region, 1/3 des bisherigen äthiopischen Staatsgebietes, jetzt in der Hand der von Somalia politisch unterstützten WSLF. In einem bisher unaufhaltsam erscheinenden Ansturm von nur wenigen Wochen hat sich so das Kräfteverhältnis im Horn von Afrika drastisch verändert.

Auch die ähtiopische Militärregierung gestand öffentlich ein, daß sich große Teile des Ogaden nicht mehr in ihrer Macht befinden („Neue Zürcher Zeitung", 24.7.77).

Die WSLF meldete die Befreiung von 100 Dörfern und Städten, die Tötung von 5.250 äthiopischen Soldaten, die Vernichtung von 23 Flugzeugen und 23 Panzern allein während der letzten zwei Monate („FR", 30.7.).

Diese Erfolge der Somalis in Ogaden sind Antwort auf die jahrzehntelange brutale Unterdrückung der Somalis durch das äthiopische „Herrenvolk" der Amharen und zugleich Ausdruck der zunehmenden Schwäche und des raschen Verfalls des äthiopischen Militärregimes – nicht zuletzt auch eine Quittung für die total unnachgiebige Haltung, die der DERG von Beginn an gegenüber den Lostrennungsforderungen verschiedener Völker des bisherigen äthiopischen Staatsgebietes bezogen hat.

Von der Seite des DERG gehen heftige Beschuldigungen an die Adresse der VR Somalia, sie sei unter dem Deckmantel einer Befreiungsfront mit ihrer regulären Armee in Äthiopien einmarschiert. Täglich meldet Addis Abeba die „Eroberung somalischer Waffen". Am 2.8. beantragte der DERG eine OAU-Sondersitzung, von der er sich die Verurteilung Somalias erhofft („Le Monde", 4.8., 28.7). Zugleich bot Omar Bongo, Präsident von Gabun und derzeitiger OAU-Chef, die Vermittlung der OAU an.

Gewiß hat Somalia den Kampf der WSLF bisher mit aller Kraft unterstützt – ganz im Sinne der Erklärung Präsident Siad Barres in einer Rede am 1. Juli 77, gehalten anläßlich des Jahrestages der Parteigründung:

„Der größte Feind des somalischen Volkes ist der, der seiner Vereinigung, die ein legitimes Verlangen ist, entgegentritt. Denn das somalische Volk war bereits vor der Kolonialzeit eine N a t i o n und hat daher jedes Recht auf Vereinigung und Befreiung von Kolonialherrschaft" („NZZ", 29.7.).

Einen Eingriff seiner regulären Streitkräfte im Ogaden hat Somalia jedoch bisher immer wieder heftig dementiert. Ein einziges Mal hat es bisher nach eigener Aussage erst eingegriffen: Bei einem äthiopischen Luftangriff über der s o m a l i s c h e n Stadt Hargeisa (zwischen der äthiopischen Grenze und dem somalischen Hafen Berbera) wurden zwei äthiopische F-5-Jäger sowie ein Herkules-Transportflugzeug abgeschossen; Somalia verlor dabei zwei Mig-17-Jäger („NZZ", 29.7.).

Im Gegenzug wird Äthiopien von Somalia beschuldigt, es plane einen Angriff auf somalisches Gebiet, um den Rotmeerhafen Berbera zu erobern. Angeblich sind äthiopische Angriffspläne in somalische Hände gefallen. Eine diesbezügliche somalische Protestnote wurde an alle UN-Mitglieder versandt („Le Monde", 28.7. und „FAZ", 1.8.).

Die bisherigen Stellungnahmen der Sowjetunion sind sehr lau und geben sich den Anschein von „Neutralität", da beide Regimes mit der SU freundschaftlich verbunden sind: Bei einem Treffen zwischen dem ungarischen KP-Chef Kadar und Breschnew seien beide *„über die militärischen Zusammenstöße in einigen Gebieten Afrikas"* besorgt gewesen und hofften auf einen baldigen Waffenstillstand und Friedensschluß, berichtete TASS („FR", 28.7.). Wenig später hieß es in einem Kommentar der „Iswestija": Die USA wollen Äthiopien *„zerstückeln"* und Somalia für sich *„neutralisieren"*, um sich so die Kontrolle über das Horn von Afrika zu sichern. Mit Hilfe *„reaktionärer arabischer Kreise"* wollten die USA die Schiffahrtswege im Roten Meer und den Suezkanal unter ihre Kontrolle bringen und *„das Netz von Militärbasen näher an die Küste des nordöstlichen Afrika heranbewegen"* („FR", 3.8.).



In der Praxis allerdings hat die Sowjetunion eindeutig für Äthiopien Partei ergriffen. Sie vertritt voll den Standpunkt des DERG bezüglich der Frage der „nationalen Einheit" Äthiopiens, z.B. auch in der Eritrea-Frage. Vor allem durch die DDR und Kuba wird eine breite, auch militärische Unterstützung Äthiopiens organisiert. Über Aden sollen sowjetische Waffenlieferungen an Äthiopien laufen („FR", 29.7.).

Tatsächlich hat sich die sowjetische Außenpolitik in ein Desaster manövriert. Nachdem die SU über Jahre recht eng mit der Somalischen Volksrepublik zusammengearbeitet hat, wurde ihr Engagement in Äthi-

Fortsetzung auf Seite 47

Eritrea: »Vereinigung« der drei Bewegungen?

Wie wird die politische Landschaft in Eritrea nach der Befreiung aussehen?

Die Befreiung rückt immer näher. Die äthiopische Armee muß auch weiterhin schwere Niederlagen einstecken. Die ELF meldete die Eroberung des Flughafens von Barentu („Le Monde", 26.7.). Die Stadt Signety (oder Saganeiti) 130 km südlich von Asmara soll ebenfalls befreit worden sein („SZ", 5.8.).

Der äthiopische Junta-Chef Mariam hat Eritrea Verhandlungen angeboten. Es handelt sich dabei allerdings nur um das x-te Scheinmanöver der äthiopischen Regierung und ist vor allem ein Witz angesichts der hoffnungslosen Lage der äthiopischen Besatzer.

Wieder einmal wird Eritrea die Selbstbestimmung nur in Form einer „internen Verwaltungsreform" oder „regionaler Selbstverwaltung" innerhalb der „Antiimperialistischen Republik von Äthiopien" angeboten.

Diese Bedinungen sind bisher immer wieder von den eritreischen Befreiungskämpfern zurückgewiesen worden, sie kämen einer Kapitulation gleich. Gefordert wurde bisher immer der Abzug der äthiopischen Truppen sowie das Recht auf Lostrennung als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen überhaupt.

Nur ein einziger Führer einer eritreischen „Befreiungsorganisation", Saleh-Sabbieh, der gegenwärtig als Chef der völlig den reaktionären arabischen Regimes hörigen „ELF-PLF" auftritt und gerne in der bürgerlichen Presse zitiert wird, ist von diesen grundlegenden Forderungen bisher abgewichen, als er im Frühjahr 1976 von der Durchführung einer Volksabstimmung in Eritrea unter Kontrolle der UN schwafelte (wohlgemerkt: ohne vorherigen Abzug der äthiopischen Truppen!).

Dieser Sabbieh gab jetzt bekannt, daß *„Fusionsverhandlungen der d r e i Widerstandsbewegungen Eritreas"* im Gange seien. Eine politische Aktion sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch weniger wichtig als „die militärische Aktivität" („SZ", 28.7).

Ein Sprecher der ELF in Rom gab bekannt, die ELF habe sich „grundsätzlich" mit Sabbiehs ELF-PLF geeinigt. Auch mit der marxistisch orientierten EPLF seien Gespräche im Gang („Neue Hannoversche Presse", 29.7.).

Dazu ist zu sagen, daß überhaupt nur die ELF und die EPLF im gegenwärtigen Kräfteverhältnis in Eritrea selbst wichtig sind, die Erfolge der „ELF-PLF" beschränken sich auf ein winziges Gebiet direkt an der sudanesischen Grenze. Andere in der bürgerlichen Presse verbreitete „Einflußzonen" dienen durchsichtigen Manövern.

Zur Frage der Einheit bestand bisher zwischen der ELF und der EPLF ein grundsätzlicher Widerspruch: Die ELF strebt eine sofortige bedingungslose Verschmelzung an, die EPLF will wie jede revolutionäre Partei die politische Eigenständigkeit wahren und aktzeptiert Zusammenschlüsse nur als Aktionseinheit bei völliger Freiheit der politischen Auseinandersetzung. Sabbieh muß also – zumindest was die EPLF angeht – gelogen haben.

Afrika-Kommission

Fortsetzung von Seite 46

opien seit der Machtübernahme Haile Mariams im März 77 von Monat zu Monat stärker. Die SU stärkte damit den gefährlichsten Feind Somalias in der Region, mit dem es immer wieder militärische Auseinandersetzungen und gegenseitige Gebietsansprüche gegeben hatte.

Somalia dementiert zwar heute, daß eine Ausweisung der sowjetischen Militärberater aus der VR geplant oder bereits gelaufen sei, trotzdem ist die Suche Somalias nach einem neuen (notgedrungen „westlichen") Verbündeten nicht zu übersehen. Insbesondere mit Saudi-Arabien soll ein Abkommen vereinbart worden sein, das mehrere Hundert Millionen Dollar von Riad nach Somalia fließen lassen würde.

Während der Imperialismus sich Hoffnungen machen darf, verlorenen Einfluß in Somalia zurückzugewinnen, ist das rasche Ende des sowjetischen Bündnispartners DERG und seine Ersetzung durch die faschistische EDU immer absehbarer.

Die US-Imperialisten und die Briten haben ihre Bereitschaft erklärt, an Somalia Waffen zu liefern („SZ", 8.7.), eine somalische Regierungsdelegation hielt sich in Paris auf, um mit Frankreich feste, allseitige, auch militärische Beziehungen zu begründen („Le Monde", 27.7.).

Die Lieferung von US-Waffen *„lehnt Somalia nicht ab"*. Allerdings dürften damit keinerlei Bedingungen verknüpft sein, die die Souveränität Somalias berühren könnten. Das erklärte der somalische Botschafter in Rom („FR", 29.7.).

Mit dem reaktionären Kenia hat Somalia ein Abkommen getroffen, Grenzzwischenfälle mittels einer Grenzkommission in Zukunft friedlich beizulegen. Somalis leben auch im nördlichen Kenia.

Die von Äthiopien behaupteten Einsätze ägyptischer und irakischer Piloten für Somalia wurden jedoch aus Mogadischu sowie auch durch Irak dementiert („Le Monde" und „FAZ", 28.7.).

Afrika-Kommission

Kongreß gegen nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika: Die Hindernisse müssen überwunden werden

Am 30./31. Juli trafen sich Vertreter einiger Afrika-Solidaritätsgruppen in Bonn (siehe Ankündigung des Treffens in AK 108). Dort sollte weiter über das Projekt eines Kongresses über die nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika diskutiert sowie Material für eine Informationsbroschüre zusammengestellt werden. Dieser Kongreß war auf einem Seminar in Darmstadt Ende Juni auf Vorschlag von AAB-Genossen (Anti-Apartheids-Bewegung) geplant worden. Er sollte dazu dienen, möglichst viele anti-imperialistische Gruppen und Gruppen aus der Anti-AKW-Bewegung für dieses Thema zu interessieren, um eine möglichst breite Öffentlichkeitswirkung zu erzielen.

Das Einladungsschreiben der AAB zu dem Bonner Treffen enthielt eine überraschende Nachricht. Der Vorstand der AAB hatte am 16.7.77 beschlossen, daß k e i n Kongreß durchgeführt werden solle, sondern nur eine nationale Aktionswoche. Neben einigen »technischen« Argumenten (Schwierigkeiten bei Finanzierung, mangelnde Kräfte der AAB etc.), wurde dieser Beschluß damit begründet, daß so das Problem der Aktionseinheit auf zentraler Ebene umgangen werden könne zugunsten von weniger schwierigen dezentralen Verhandlungen auf Ortsebene. Der AAB-Vorstand möchte auf diese Weise offenbar der Notwendigkeit ausweichen, den Unvereinbarkeitsbeschlüssen von SPD und DKP entgegenzutreten. Zum einen ist es allerdings illusorisch anzunehmen, daß man in Verhandlungen »vor Ort« nicht mit solchen Unvereinbarkeitsbedingungen konfrontiert sei. Zum anderen wäre es gerade wichtig für ein möglichst breites und einheitliches Vorgehen westdeutscher Solidaritätsgruppen zur Verhinderung der Nuklearen Zusammenarbeit der BRD mit der faschistischen RSA, daß Gruppen wie die AAB durch zentrale Initiativen einen Schritt zur Überwindung solcher Hindernisse unternehmen.

Die Diskussion ergab, daß die große Mehrheit der in Bonn Anwesenden weiterhin dafür waren, einen Kongreß durchzuführen. Unter diesem Eindruck sagten die anwesenden Mitglieder des AAB-Vorstands zu, daß der AAB-Vorstand das Projekt neu behandeln wird. Das nächste Treffen der bereits engagierten und weiterer interessierter Gruppen wird am 30.9. in Darmstadt, Elisabethenstr. 51 (»Treffpunkt 3. Welt«) stattfinden.

Dort sollen die Informationsbroschüre und weitere Agitationsmaterialien vorgelegt und die nächsten Schritte zum Aufbau einer Aktionseinheit diskutiert werden.

Ein Göttinger Genosse

Rassistengold und Lumpenjournalismus

Die südafrikanischen »International Gold Corporation Limited« aus Pretoria, Public-Relations Firma für Südafrikas Minen und Südafrikas Rassistenregime, hat einen Journalistenpreis ausgeschrieben. Westdeutsche Kapitalistenschreiber sollten sich lobend über den »Krüger-Rand« auslassen, Vorsters hauseigene Goldmünze, die auf dem internationalen Spekulantenmarkt wegen ihres hohen Feingoldgehaltes besonders teuer gehandelt wird.

Als Bestechungssumme auf das Lob für das Rassistengold wurden Münzen im Wert von 8.750 DM ausgesetzt.

Von Springer bis »Frankfurter Schundschau« drängelte sich alles nach dem großen Preis. Die beste Reklame für das rassistische Südafrika machte Peter Thomas Rival von der »Europa-Abteilung« des »Deutschlandfunks« und kassierte dafür Gold im Wert von 3.500 DM. Zweiter wurde der Wirtschaftsredakteur der »Frankfurter Schundschau«, Christoph Wehnelt. Lumpenjournalismus hat seine Basis eben vor allem in der materiellen Korruptheit der betreffenden Autoren. Eine wahrheitsgetreue Berichterstattung bleibt dafür auf der Strecke.

Der Krügerrand — Wichtige Profitquelle der Rassisten!

1967 wurde mit der Prägung des Krügerrand (genannt nach dem ersten Präsidenten der Rassisten-Republik) begonnen. Mittlerweile ist der Verkauf
Präsidenten der Rassisten-Republik) begonnen. Mittlerweile ist der Verkauf
der Münze zu einer profitablen Einnahmequelle der südafrikanischen Kapitalisten geworden; mit Schwerpunkt in den USA, BRD und Großbritannien. Insgesamt wurden bisher mehr als 13 Millionen Krügerrands verkauft, was einen Wert von mehr als viereinhalb Milliarden DM entspricht.

Gewinnung des Golds durch Auspressung der Schwarzen!

Unter den menschenunwürdigsten Arbeitsbedingungen und zu ungeheuer niedrigen Löhnen müssen die Farbigen in den Minen arbeiten.

1975 betrug der Durchschnittslohn der schwarzen Minenarbeiter 79 Rand, der der Weißen 616 Rand. In den Goldminen sind 340.000 Schwarze beschäftigt, die meisten von ihnen als sog. »Wanderarbeiter«, die nur für ein Jahr verpflichtet werden und dafür ein »Anfangsgehalt« von 65 Rand pro Monat bekommen.

Allein aus der Tatsache, daß den Schwarzen nicht das gleiche gezahlt wird wie den Weißen, holte sich die Herrenrasse aus den Goldminen 1975 einen Extraprofit von über 2 Milliarden Rand heraus! Nach einer Bilanz der südafrikanischen Goldminengesellschaft des vorangegangenen Jahres (1974) beliefen sich die Einnahmen auf 2,552 Milliarden Rand; nach Abzug aller Unkosten (die Gesamtlöhne machten dabei 491 Millionen Rand aus) wurde ein Jahresprofit von 1,526 Mrd. Rand erzielt!

Können sich die südafrikanischen Kapitalisten zur Zeit auch noch an diesen enormen Profiten freuen, dürfte ihnen doch spätestens dann das Lachen vergehen, wenn sie selbst eines
te ihnen doch spätestens dann das Lachen vergehen, wenn sie selbst eines
Tages in den Goldminen schuften müssen! (nach »Extra-Dienst« Nr. 60, Juli 77)

Afrika-Kommission

Sie schuften unter mörderischen Bedingungen für den Profit der Weißen

Südliches Afrika Aktuell

RSA

Neue Kämpfe in Soweto

In den letzten zwei Wochen gab es wieder Streiks und Demonstrationen der schwarzen Bevölkerung von Soweto gegen das Rassistenregime:

— Streiks an den Schulen gegen die »Bantuerziehung«, die eine den Schwarzen »angepaßte Schule« vorsieht, in der sie niemals die gleiche Qualifikation wie die Weißen erreichen können.

— Demonstration für eine freie Wahl eines Stadtrates von Soweto und für eine Selbstverwaltung der Gemeinde.



Südafrikanische Bullen

Die Rassisten nahmen das Eintreten der schwarzen Bevölkerung für diese Forderungen zum Anlaß für ein neues Blutbad und für neue Verhaftungen:

— Am 31 .7. schoß die Polizei mit Gummigeschossen, Schrotflinten und Pistolen auf Teilnehmer einer geplanten Demonstration. Hierbei wurden viele Schwarze verletzt. Allein 200 wurden verhaftet und befinden sich noch in Haft.

— Am 29.7. wurde eine 19jährige Schülerin ermordet, nachdem an ihrer Schule Transparente gegen die Rassentrennung im Bildungssystem aufgehängt worden waren.

Am selben Tage wurde bei einer Demonstration ein Schwarzer erschossen.

— Am 1. und 2.8. wurden dann wieder drei Jugendliche auf Demonstrationen von den Bullen erschossen.

Bei allen Terrorangriffen setzte die Polizei Schrotflinten ein, was zu schweren Verletzungen unzähliger Demonstranten führte. Auch wurden scharfe Hunde auf die Demonstranten gehetzt.

Trotz dieser Opfer erklärte der Vorsitzende des »Zehnerrates« von Soweto (in ihm sind die Sprecher des schwarzen Widerstandes zusammengefaßt), daß man weiterkämpfen werde, bis die *»Selbstverwaltung von Soweto durchgesetzt ist.«* (Nach »SZ« und »FR« 30.7. — 5.8.77)

Im Knast sterben sie wie die Fliegen

Die rassistische Polizei und die Gefängnisverwaltung geht anscheinend mehr und mehr dazu über, politische Gefangene sofort zu liquidieren. So kamen allein in den letzten fünf Wochen vier Gefangene auf mysteriöse Weise um's Leben.

— Ein 59jähriger starb nach den Folterungen in einem Gefängnis bei Kapstadt.

— Ein gerade festgenommener Arzt wurde *»erhängt in seiner Zelle aufgefunden«*.

— Aus *»dem Polizeifenster gestürzt«* hat sich angeblich ein junger Schwarzer. Zu den Angehörigen hatten die Bullen vorher zynisch gesagt, *»sie sollten Lebewohl sagen, da sie ihn nie wiedersehen würden«* (»SZ«, 5.8.77).

— Ebenfalls »in Haft starb« eine 53jährige Frau, die letztes Jahr in Soweto verhaftet wurde.

Auf ihrer Beerdigung wurden 120 Menschen festgenommen!

Damit erhöht sich die Zahl der direkt oder indirekt ermordeten Gefangenen im letzten Jahr auf über fünfzig (nach »SZ« 1.8. und 5.8.77).

Neun ANC-Mitglieder verurteilt

Am 25. Juli wurden in Südafrika neun Mitglieder des ANC zu Knast zwischen sieben Jahren und lebenslänglich verurteilt.

Ihr einziges »Vergehen«: Sie sollen Mitglieder einer »terroristischen Vereinigung« sein und sich »terroristisch betätigt« haben. Unter den Verurteilten befindet sich auch ein ANC-Genosse, der bereits im letzten Jahr von vier Bullen im Knast erschlagen wurde! (»NZZ«, 27.7.77)

Studenten von Soweto

Studenten von Soweto gegen Kollaborateure

Die Schülervertretung von Soweto (SSRC) hat eine neue Kampagne eingeleitet, die den Rücktritt von Personen, die in den von der rassistischen Regierung geschaffenen Institutionen mitarbeiten, zum Ziel hat.

Nachdem vor einigen Wochen der geschlossene Rücktritt des „Bantu-Stadtrats" (UBC) von Soweto — ein Gremium ohne Entscheidungsbefugnis — erreicht worden war, hat der SSRC nun einen Appell an die Mitglieder der Verwaltungsräte der Schulen von Soweto gerichtet, ebenfalls zurückzutreten.

Für den SRCC repräsentieren diese Verwaltungsräte das Bantu-Erziehungssystem und sind damit Teil der rassistischen Regierungspolitik, die die Stämme voneinander isolieren und gegeneinander aufhetzen will.

Zwei Mitglieder solcher Verwaltungsräte wurden ultimativ aufgefordert, noch am selben Tag, bis spätestens Mitternacht, zurückzutreten.

Der SSRC initiierte diese neue Kampagne aus einer ausgesprochenen Stärkeposition heraus. Wenige Tage vorher waren mehr als 50 000 Menschen seinem Aufruf gefolgt, an der Beerdigung der Opfer der letzten Revolte in Soweto teilzunehmen.



Die Kampagne des SSRC gegen die von der Regierung aufgezwungenen Institutionen steht mit der Bildung einer Front aus politischen und beruflichen Organisationen in Soweto in Zusammenhang, die gerade gebildet wurde und vom SSRC unterstützt wird.

Diese Front hat sich das Ziel gesetzt, die Regierung zu zwingen, Soweto eine eigenständige Selbstverwaltung zuzugestehen.

Gegenwärtig wird die schwarze Millionen-stadt Soweto von einer weißen Stadtverwaltung verwaltet.

(alle Informationen aus „Jornal de Angola", 5.7.77)

Zimbabwe/Rhodesien

Muzorewa will sich mit Smith „einigen"

Im weiteren Bemühen um eine »interne Lösung« zugunsten der weißen Rassisten und des Imperialismus, hat der Verräter Muzorewa einen neuen Vorstoß unternommen.

Danach sollen sein Verein (der UANC), Großbritannien und die Rassistenregierung gemeinsam eine Verfassung ausarbeiten, nach der dann im März 1978 »freie Wahlen« stattfinden könnten. Bedingung: Ausschaltung der Patriotischen Front aus einer solchen Lösung!

Patriotischen Front aus einer solchen Lösung!

Darüber hinaus hat Muzorewa sich scharf dagegen gewandt, während einer Übergangszeit und auch danach die Kämpfer der Patriotischen Front in irgendeiner Weise an der Regierung zu beteiligen. Stattdessen beschuldigte er die Patriotische Front, einen *»Bürgerkrieg in Rhodesien vom Zaun gebrochen zu haben«*! (»Welt«, 18.7.77).

Mit dieser Politik hat Muzorewa sich nun wohl endgültig direkt neben den Rassisten Smith gestellt. Dieser meinte dann auch, daß Muzorewas Pläne ein *»Schritt voran wären«*!

Die Patriotische Front kommentierte: *»Muzorewa ist nichts anderes als die Stimme seines Herrn — der Herr ist Premierminister Ian Smith«* (nach »NZZ« vom 26. und 29.7.77).

Kuba liefert Waffen an die Patriotische Front

Nach einem Besuch Nkomos auf Kuba wurde in einer gemeinsamen Abschlußerklärung darauf verwiesen, daß eine wirkliche Lösung in Zimbabwe nur durch den bewaffneten Kampf gefunden werden kann.

Zu diesem Zweck werde Kuba seine Waffenlieferungen an die Patriotische Front *»verdoppel, verdreifachen oder gar verfünffachen«*! (»FR«, 3.8.77).

Bei seinem Besuch in Kuba gab Nkomo an, daß die Patriotische Front bereits 75 % des Landes kontrolliert und in allen größeren Städten vertreten ist (»sz«, 3.8.77). Ein Beweis hierfür ist u.a. die Schließung von über 300 Schulen für Schwarze durch die Rassisten, weil diese befürchten, daß — wie in der Vergangenheit oft passiert — ganze Schulklassen geschlossen zu den Freiheitskämpfern gehen. Für über 40.000 schwarze Schüler bedeutet das keine Schulausbildung mehr und das ständige Leben in den KZ-ähnlichen »Wehrdörfern« der Rassisten (»SZ«, 2.8.77).

Afrika-Kommission

Tschad: Generaloffensive der FROLINAT

Nach Meldungen der FROLINAT (Befreiungsfront des Tschad) eröffnete sie am 23. Juni eine Generaloffensive gegen die Regierungsarmee. Äußerer Anlaß für diesen Zeitpunkt sei der 11. Jahrestag der Gründung der FROLINAT gewesen.

Es seien Angriffe auf die Ortschaften Ounianga, Zouar, Bardai, Faya und Kirdimi gefürht worden.

Gleichzeitig protestiert die FROLINAT gegen Behauptungen, sie würde aus dem Ausland unterstützt (in diesem Zusammenhang war besonders Libyen genannt worden). Ebenfalls dementierte die FROLINAT energisch Behauptungen, wie sie auf der OAU-Konferenz in Libreville geäußert worden waren, Goukouni, der Fürer der FROLINAT, wolle einen autonomen Separatistenstaat errichten. Die FROLINAT erklärte dazu, ihr Kampf habe ausschließlich die nationale Befreiung des Tschad zum Ziel (nach »Journal de Angola«, 3.7.77ß.

Portugal-Kommission



asien



Neue Offensive Japans in Südostasien

Mit seinem Besuch der ASEAN-Staaten - Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur -, der am 6.8. beginnt, kündigte Japans Premierminister Fukuda ein neues Kapitel für die japanische "Diplomatie" gegenüber den ASEAN-Staaten an. Hauptmotiv seiner Reise sind die Stabilisierung der politischen Verhältnisse und die Sicherung und Stärkung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit diesen reaktionären und faschistischen Regimes.

Durch die Gründung des Verbundes Südostasiatischer Länder (ASEAN) vor 10 Jahren sollte in erster Linie die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeif gefördert werden, um der bedrohlich werdenden wirtschaftlichen Invasion japanischer Konzerne wirksamer entgegentreten zu können. Auf diesen Zusammenschluß reagierte man in den wirtschaftlichen und politischen Kreisen Japans gezielt mit zahlreichen bilateralen Abmachungen auf staatlicher und privater Ebene. Vor allem wurden vom japanischen Staat umfangreiche Entwicklungshilfeprojekte angeleiert und finanziert, um den privaten Investoren ein günstigeres Investitionsklima zu schaffen. Diese "Entwicklungshilfe" wurde von den einzelnen ASEAN-Staaten dankbar entgegengenommen, da die reaktionären Regimes diese Hilfeleistung zur Überwindung der Krise ihrer durch Korruption heruntergekommenen Wirtschaft und zur Stärkung ihres Unterdrückungsapparates dringend benötigten.

Exemplarisch für diesen Vorgang ist Indonesien. Nach der Machtübernahme durch Suharto im September 1966 hatte Japan zur Stützung des militärischen Regimes als Sofortmaßnahme einen Kredit in Höhe von 223,5 Mio. US-Dollar bereitgestellt. Damit übertraf Japan sogar seine Komplizen USA, BRD, Australien, Holland, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien. Seit Anfang der

70er Jahre betrug Japans jährliche
Komplizen USA, BRD, Australien, Holland, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien. Seit Anfang der

70er Jahre betrug Japans jährliche Entwicklungshilfe an Indonesien stets über 200 Mio. US-Dollar.

Wie Japan seinen kapitalistischen Einfluß in den asiatischen Nachbarländern erweitern konnte, läßt sich anhand der Entwicklung seiner Auslandsinvestitionen aufzeigen. Während sich im Verlauf von 15 Jahren bis 1965 die japanischen Auslandsinvestitionen in Asien auf 197,7 Mio. US-Dollar anhäuften, waren sie bis März 1976 um das 21fache auf 4.219 Mio. US-Dollar gestiegen! Das sind gut ein Viertel seiner gesamten Auslandsinvestitionen in der Welt. Verglichen mit 1966 (28 Mio. US-Dollar) sind die jährlichen Investitionen 1975 (1.101 Mio. US-Dollar) fast um das 40-fache gestiegen! Über Dreiviertel dieser jährlichen Auslandsinvestitionen entfällt auf ASEAN-Staaten.

Noch vor Fukudas Abreise in die ASEAN-Staaten ist von ministerieller Seite beschlossen worden, einen Kredit in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar für fünf Entwicklungsprojekte in den ASEAN-Staaten bereitzustellen. Hierzu erklärte das japanische Außenministerium, daß diese Kreditzusage *"eine außerordentliche politische Bedeutung für den Erfolg der ASEAN-Diplomatie Japans haben werde"* ("Asahi Evening News", 29.7.77). Das wirtschaftliche, politische und militärische Engagement der japanischen Imperialisten richtet sich gegen die befreiten indochinesischen Länder Vietnam, Laos und Kambodscha sowie gegen die Opposition in den ASEAN-Staaten, insbesondere gegen die Befreiungsbewegungen. Der indonesische Außenminister Malik wies darauf hin, daß *"die Bedrohung des ASEAN in den revolutionären Gruppen stecke"* und *"die Antwort auf diese Herausforderung sei es, den regionalen Zusammenhalt zu verbessern und die wirtschaftliche Kraft der ASEAN-Länder zu stärken."* ("Asahi Evening News", 9.7.77). In einer gemeinsamen Erklärung der fünf ASEAN-Außenminister heißt es ferner, man sei sich darin übereingekommen, *"den Friedenszweig den benachbarten indochinesischen kommunistischen Staaten entgegenzustrecken, während im Inland die kommunistischen Aufstände hart niederzuschlagen"* seien ("Asahi Evening News", 9.7.77). Ohne die militärische Hilfe der USA und die starke wirtschaftliche Unterstützung durch Japan wäre diese jedoch kaum möglich gewesen.

Die neue Ära in Japans ASEAN-Diplomatie beinhaltet aber über die Schaffung einer stabilen wirtschaftlichen Grundlage für den Imperialismus im asiatischen Raum nunmehr auch eine verstärkte militärische Vorbereitung zur Sicherung und Erweiterung seiner Machtsphäre. Dies ist nach dem angekündigten Abzug amerikanischer Truppen aus Südkorea umso augenscheinlicher geworden. Von amerikanischen Militärs wurde geäußert, daß *"falls Japan nicht in die Richtung läuft* (in den 90er Jahren eine militärische Supermacht zu werden; Anm AK) *gibt es kaum eine Aussicht, künftig die Stabilität zu erhalten und den Fortschritt in Nordostasien zu fördern"* ("Asahi-Evening News", 22.6.77). Von südkoreanischer Seite wird vorausgesagt, daß *"ein Land so reich und bedeutend wie Japan mit größter Wahrscheinlichkeit bald sich der Stärkung seiner eigenen militärischen Kräfte widmen würde, einschließlich der Beschaffung eines atomaren Waffenpotentials"* ("Asahi Evening News", 22.6.77). Wie eng die wirtschaftliche Hilfe Japans an die ASEAN-Staaten mit der militärischen Hilfe zusammenhängt, verriet der thailändische Außenminister Upaidit: *„Diese Art der Hilfe* (zur Erhaltung der reaktionären Regime; Anm.AK) *kann verschiedene Formen annehmen und braucht nicht unbedingt militärischer Art zu sein. Sie kann ihrem Wesen nach wirtschaftlich sein."* ("Asahi Evening News", 1.8.77).

Schließlich erhält der neue imperialistische Schachzug Japans in Asien einen gewichtigen Akzent dadurch, daß die wirtschaftliche und militärische Kontrolle des asiatischen Raumes nicht nur im Zusammenhang mit den ASEAN-Staaten unter der Führung Japans verstärkt werden sollen, sondern auch unter aktiver Beteiligung von Australien und Neuseeland. Eine wichtige Rolle wird vor allem Australien als Uran-Lieferant zufallen. Außer Fukuda werden gleichzeitig die Regierungschefs von Australien und Neuseeland in den ASEAN-Staaten erwartet. Darüberhinaus hat Japan seine Offensive auch über die Grenzen des ASEAN-Paktes hinaus in den „Mittleren Osten" ausgelegt. Bereits im Juli besuchte der japanische Außenminister Hatoyama Indien, Bangladesh und Nepal, nachdem in den ersten beiden Ländern die Macht der reaktionären Kräfte sich gefestigt hatte. Neben Absprachen über wirtschaftliche Hilfeleistungen wurden vor allem auch mit Indien militärische Vereinbarungen getroffen. Diese betrafen die Lieferung von konventionellen Waffen ("jiji press", 21.7.77). Ferner bekundeten beide Länder ihr Interesse an einer Zusammenarbeit in der Kerntechnologie. Bezeichnend war die Aufforderung Hatoyamas an seinen indischen Amtskollegen, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, da *"dieser es für beide Länder einfacher machen würde, bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie zusammenzuarbeiten"* ("jiji press", 21.7.77), womit natürlich auch die Möglichkeiten zur militärischen Nutzung verbessert würden.

Mit der intensiveren Zusammenarbeit zwischen Japan, den ASEAN-Staaten, Australien und Neuseeland, der stärkeren Einbeziehung Indiens, Bangladesh's, Nepals und Burmas in den imperialistischen Raubzug Japans sowie mit der engen Verflechtung mit dem Park-Regime in Südkorea zeichnet sich eine neue Dimension des japanischen Imperialismus ab, der sich durchaus als würdiger Partner und Nachfolger des US-Imperialismus im asiatischen Raum erweist.

Asien-Kommission

Japan-Gegner in Thailand

Oberhauswahlen in Japan

Oberhauswahlen in Japan

Der Ausgang der Oberhauswahlen vom 10. Juli hat ergeben, daß Japans reaktionäre Regierungspartei (LDP) weiterhin die Mehrheit im Oberhaus behalten und regierungsfähig bleiben wird. Mit 127 Sitzen (einschließlich drei „unabhängiger" Kandidaten, die der LDP nahestehen oder nach den Wahlen beitraten) von insgesamt 252 hat die LDP einen Vorsprung von 4 Mandaten vor den Oppositionsparteien. Das sind drei weniger als vor den Wahlen.

Von den Oppositionsparteien haben die Sozialisten (JSP) mit 56 Sitzen 5 Mandate und die Revisionisten mit 16 Sitzen 4 Mandate verloren. Gestärkt hervorgegangen aus den Wahlen sind die „saubere" Regierungspartei Komeito mit 28 Sitzen (vorher 24), die demokratischen Sozialisten (DSP) mit 11 Sitzen (10) und der von der LDP abgespaltene Neuliberale Klub (NLC) mit 4 Sitzen (1).

Die Oberhauswahlen, die alle drei Jahre für eine Hälfte der Parlaments-Sitze stattfinden, haben nicht die Bedeutung der Unterhauswahlen. Beim Haushaltsgesetz und bei internationalen Verträgen braucht die Zustimmung des Oberhauses nicht eingeholt zu werden. Andere Gesetzesvorlagen können durch eine wiederholte Abstimmung im Unterhaus durchgebracht werden.

Allerdings spiegeln de Wahlergebnisse eine weitere Stabilisierung der reaktionären Herrschaft in Japan nach den Unterhauswahlen im Dezember des vergangenen Jahres wider. Dies drückt sich nicht nur in der weiterhin von der korrupten LDP behaupteten absoluten Mehrheit, sondern vor allem in der Stärkung der ebenfalls mehr rechten (aber sich „fortschrittlich" tarnenden) Parteien Komeito, DSP und NLC. Daß diese Parteien auch als Garanten der kapitalistischen und imperialistischen Herrschaftsstrukturen dienen, wurde bereits von Unternehmerseite zum Ausdruck gebracht.

So knüpfen Wirtschaftsbosse schon seit einiger Zeit korrupte Beziehungen zu den „reformistischen" Parteien, insbesondere dem NLC, an, um im Falle einesRegierungswechsels „nicht zu sehr von der LDP abhängig zu sein" („Asahi Evening News", 20.6.77).

Immerhin haben die Skandale um die LDP (Lockheed-Affäre, Tanaka-Finanzskandal) einigen Großkonzernen wie Marubeni bereits Schaden zugefügt.

Die schwere Wahlschlappe der „linken" Oppositionsparteien erklärt sich wohl vor allem daraus, daß deren Führer nicht nur einen ständigen Anpassungskurs an die Komeito und DSP steuerten, sondern sogar noch die regierende LDP mit rechten Positionen zu übertrumpfen versuchten (als sowohl die JCP als auch die JSP die sofortige Rückgabe aller von der Sowjetunion besetzt gehaltenen südlichen Kurilen Inseln sogar vor der Unterzeichnung eines Friedensvertrages forderten) (vgl. AK Nr. 106). Mit dieser närrischen Politik haben sie zwar keinerlei Wähler aus dem LDP-Lager gewinnen können, aber einiges von ihrem bisherigen Anhang eingebüßt. Auch im Wahlkampf waren die JSP und die JCP unfähig, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen und sich als eine Alternative zur LDP darzustellen, obwohl der reaktionäre Charakter der LDP-Regierung hätte hinreichend deutlich gemacht werden können an der Bildungsmisere (Bildungsetat, Bildungskosten, Zulassungsprüfungen), Energiepolitik (AKWs), Wirtschaftskrise (Inflation, sinkende Reallöhne, Arbeitslosigkeit), Sozialpolitik (mangelnde Alters- und Krankenversorgung), Umweltschutz (Flughafen Narita, chemische Vergiftungen), Rüstungspolitik etc. pp. Stattdessen wurde der Wahlkampf von allen Konfliktthemen freigehalten, was der LDP zugute kam. Die JSP versuchte fast ausschließlich die Illusion von einer Anti-LDP-Koalition aller Oppositionsparteien zu propagieren, obwohl die Komeito und die DSP schon immer kategorisch ein Zusammengehen mit den Revisionisten ablehnten. Dieser „positive Wahlkampf" ließ nicht gerade Stimmung oder nennenswertes Engagement für die Parteien aufkommen – die Wahlbeteiligung sank von 73,2 Prozent im Jahre 1974 auf 68,5 Prozent in diesem Jahr.

Asien-Kommission

ASEAN-Faschisten in der BRD!

Vom 29.8. bis zum 4.9. findet in Tübingen eine sogenannte "Südostasiatische Kulturwoche" statt. Im Rahmen des 500jährigen Jubiläums der Universität Tübingen wollen sich die ASEAN-Staaten (Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur) "kulturell" vorstellen.

Offensichtlich ist, daß hier eine sogenannte "Kultur" als Deckmantel für eine 'Good-Will'- Tour der ASEAN-Faschisten benutzt wird. Daß es um ganz andere Dinge geht, ist deutlich: *"Auch seitens des Gastlandes Bundesrepublik besteht freilich lebhaftes Interesse an dem internationalen Rencontre. So steht zu erwarten, daß neben Ministerpräsident Filbinger und etlichen Landesministern auch die Bonner Prominenz reichhaltig vertreten sein wird. Außenminister Genscher, der bei seinem kürzlichen Besuch in Djakarta auch mit Malik und ASEAN-Generalsekretär Dharsono zusammentraf und beide nach Deutschland einlud, dürfte diese Gelegenheit zur Fortführung seiner Gespräche nutzen. In der Tat bietet das große Interesse, das die ASEAN-Staaten an der Tübinger Woche zeigen, die Möglichkeit zur Intensivierung und Festigung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zu dieser aufstrebenden Region, die für die Bundesrepublik ein immer wichtiger werdender Partner ist"* ("Schwäbisches Tagesblatt", 14.6.77). Es geht also um die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen der BRD und den faschistischen Staaten Asiens.

Noch klarer wird dies an der Frage, um was für 'Kultur-Vögel' es sich handelt:

- Adam Malik, Außenminister Indonesiens. Verantwortlich für die Invasion in Timor, für die Niedermetzelung der Papuas in West-Papua.
- General Ali Moertopo, berüchtigter Foltergeneral Indonesiens, verantwortlich u.a. für die Ermordung und Inhaftierung Zehntausender Menschen in Indonesien.
- Visente Paterno, philippinischer Industrieminister - verantwortlich für den totalen Ausverkauf der Philippinen an imperialistische Konzerne.
- Carlos Romulo, Außenminister der Philippinen. U.a. bekannt durch den von ihm entwickelten Feldzug gegen die moslemische Bevölkerung in den Südphilippinen.

Diese Liste läßt sich unbegrenzt weiterführen, da kommen Faschisten aus Thailand, Indonesien, Philippinen und Malaysia. Alle haben sie ihre Macht, ihre Positionen durch faschistische Unterdrückung, durch Unterdrückung und Terrorisierung der Bevölkerung erreicht. Welche Kultur diese Verbrecher mitbringen, läßt sich leicht ausrechnen!

Von seiten der BRD fungieren durch aus gleichwertige Personen als 'Gastgeber' - beispielsweise Altfaschist Filbinger!

Wir verstehen unter der geplanten Veranstaltungswoche nichts anderes, als eine kulturell verdeckte Propaganda-Tour der asiatischen Pinochets!

Schluß mit der Unterstützung der asiatischen Pinochets durch die BRD!

Traditionell bestehen enge und feste Verbindungen zwischen den genannten ASEAN-Staaten und der BRD-Regierung. Erinnert sei hier nur an die offene und unverhohlene Unterstützung des indonesischen Putsches 1965 durch die damalige Bundesregierung und den BND; an die Unterstützung der thailändischen Putschisten durch die BRD.

Zunehmend entwickelt sich die BRD (und im Gefolge die EG) zu einem wesentlichen 'Partner' des ASEAN-Bundes. Erst vor wenigen Wochen gewährte die Bundesregierung Indonesien einen neuerlichen Kredit (110 Mio DM, "NfA", 16.6.77). Besonders in militärischer Hinsicht unterstützt die BRD die asiatischen Faschisten ausgiebig: Waffenfabrik in Thailand, Hubschrauberfabrik in Indonesien, verschiedene Kriegswerften in der Region – alle "made in Germany". Aktuell baut die BRD in Thailand eine große Kriegswerft. Den thailändischen Faschisten sollen 110 Leopard-Panzer verkauft werden ("HA", 7.7.77), Indonesien bezieht mehrere U-Boote aus der BRD.

Über eine derartige Unterstützung kommt die BRD verstärkt in den Genuß wirtschaftlicher Vorteile bei Investitionen, Rohstoffabkommen etc. (derzeit bestehen in den ASEAN-Staaten Investitionsprojekte von mehreren Milliarden DM!).

Auf dieser Grundlage kommt der Bundesregierung der anstehende Besuch der ASEAN-Faschisten natürlich gelegen. Es liegt auf der Hand, daß die geplante Veranstaltungswoche den Protest vieler Menschen hervorruft. Verschiedene Solidaritätsgruppen (Ost-Timor, Indonesien) haben deshalb zu Protestaktionen während der Woche aufgerufen. Es soll auf Informationsveranstaltungen der wahre Charakter der "Kulturbesucher" enthüllt werden und eventuell eine Protestdemonstration stattfinden.

Asien/Australien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Ermittlungen gegen Buback-Nachdrucker

»Buback lebt« könnte man fast sagen, zumindest ist sein Name noch immer im Gespräch. Vier Monate nach der Veröffentlichung des »Nachrufs« eines Göttinger Mescaleros zieht die Verfolgung immer weitere Kreise. Gegen 44 Hochschullehrer, die den »Nachruf« dokumentierten, werden jetzt Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft wegen »Verunglimpfung des Andenkens eines Toten« in Gang gesetzt. Aber auch die Betroffenen haben sich zu Wort gemeldet:

— Als Antwort auf den »offenen Brief« von Glotz wurde in der »FR« v. 30.7.77 eine Stellungnahme von Prof. Dr. Claus Offe (Bielefeld) veröffentlicht. Darin bekräftigt er noch einmal das Anliegen der Herausgeber der Dokumentation, Öffentlichkeit über den tatsächlichen Inhalt des Buback-Nachrufs herzustellen, um der Hetz- und Kriminalisierungskampagne entgegenzutreten.

— In einem Antwortbrief auf den Leitartikel der »FAZ« vom 18.7. 1977 verwahren sich 3 Bremer Professor(inn)en (W. Eichwede, H. Gallas und A. Keil) gegen die Gleichsetzung der Verteidigung der politischen Meinungsfreiheit usw. mit *»Sympathien für die Terroristenszene«* (»FAZ«, 27.7.77).

— 4 niedersächsische Mitherausgeber der Dokumentation veröffentlichten eine Erklärung als Reaktion auf die Androhung disziplinarrechtlicher Schritte durch Pestel. Hervorgehoben wird darin die Unverhältnismäßigkeit der Ermittlungsverfahren und Polizeiaktionen gegen den Göttinger AStA auf der Grundlage aus dem Zusammenhang gerissener Passagen des Buback-Nachrufs.

Über das weitere Vorgehen gegen die betreffenden Hochschullehrer gibt es unter den verantwortlichen Politikern noch Differenzen.

Die vor Ort verantwortlichen sozialdemokratischen Wissenschaftssenatoren Glotz (Westberlin) und Franke (Bremen) haben sich bisher darauf »beschränkt«, die »geistige Auseinandersetzung« zu beschwören. Sie forderten die Professoren zur Distanzierung auf, ohne bisher jedoch disziplinarische Maßnahmen zu ergreifen. Dies überließen sie anderen staatlichen Institutionen. Mittlerweile sind von der Westberliner Staatsanwaltschaft 25 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Nach Absprachen mit dem Justizministerium in Niedersachsen ist das gegen 12 Westberliner Professoren laufende Verfahren auf 13 niedersächsische ausgedehnt worden. Lediglich in Niedersachsen sind darüberhinaus gegen 13 Herausgeber der Dokumentation auch disziplinarrechtliche Schritte eingeleitet worden.

Diese massiven politischen Disziplinierungsmaßnahmen reichen der Bourgeoisie bei weitem nicht aus. In Zusammenhang mit dem Attentat auf den Finanzmagnaten Ponto erscheint für die Reaktion der Zeitpunkt günstig, die ideologische Ausrichtung in der Öffentlichkeit zu forcieren und sofortige harte Maßnahmen gegen die »Sympathisantenszene an den Hochschulen« zu fordern.

Der Bund Freiheit der Wissenschaften (BFdW) erklärte, daß die *»Verbindung des mörderischen Terrorismus mit dem Radikalismus an den deutschen Hochschulen«* nicht ernst genug genommen werden könne. »Studenten der Volksfrontrichtung« (?), manche Theologen und Dozenten gehörten *»objektiv zu der Sympathisantenszene, ohne die der Terrorismus nicht leben könne«* (»FR«, 3.8.77).

Die »FAZ« stellte gleich in mehreren Leitartikeln den direkten Zusammenhang zwischen dem Buback-Nachruf eines Mescaleros, den Solidaritätsnachdrucken und dem Ponto-Tod her.

Wurde bisher das »mutige« und taktisch kluge Vorgehen von Wissenschaftssenator Glotz gelobt, heißt es jetzt: *»Universitätspräsidenten, Minister, Parteiführer ersuchen diese Lobredner des Mordes* (!) *fast weinerlich darum, sie möchten doch einmal überlegen, ob sie es nicht wenigstens vorsichtiger sagen könnten«* anstatt die beamteten Sympathisanten *»von der Universität zu weisen«* (»FAZ«, 1.8. 77). Denn Leute mit *»ehrbaren Berufsbezeichnungen«*, aus Kreisen der Intelligenz, *»die mit Breitenwirkung ,Verständnis' zu Papier und zu Gehör bringen, sind die wirklich gefährlichen. Sie haben zwar ,nichts getan', sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nur nachgedacht!«*

Die Haltung der Professoren, trotz drohender Disziplinierungsmaßnahmen das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen, sowie ihr Widerstand gegen Gesinnungsterror und Pressehetze wird hier als eine *»den Rechtsstaat aushöhlende Ideologie«* diffamiert, womit die Forderung nach sofortigen Berufsverboten verbunden wird.

Die strafrechtliche Grundlage für die Verfolgung dieser »Delikte« scheint aber offensichtlich nicht ausreichend zu sein.

Deshalb erklärt der »Staranwalt« Augstein in der »Welt«: *»Sollten die Gerichte zu dem Ergebnis kommen, daß der Tatbestand nicht verwirklicht ist, muß diese Gesetzeslücke schnellstens geschlossen werden«* (4.8.77).

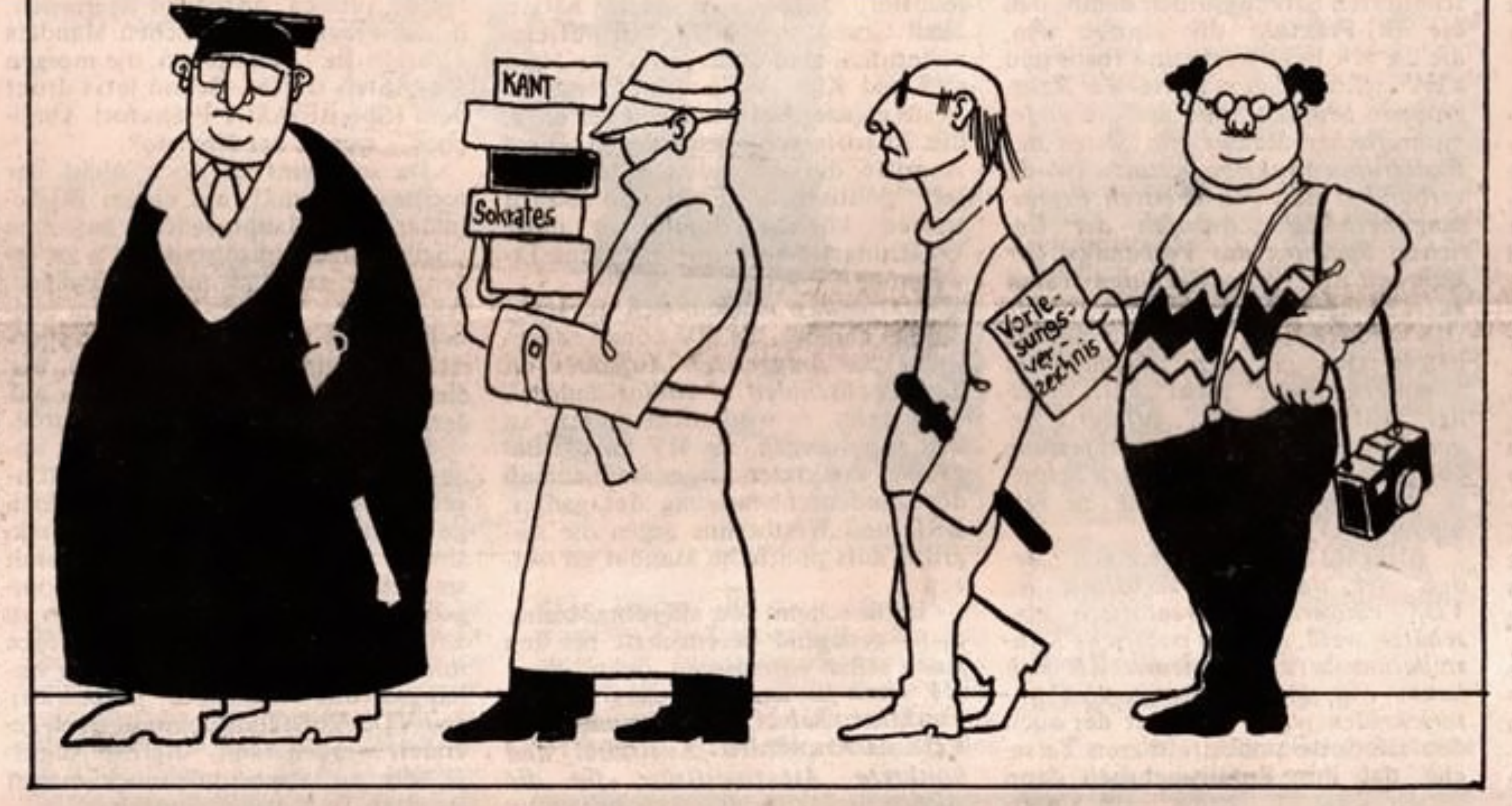
Ebenso sinnierte die »FAZ«, daß allenfalls auf dem Wege einer erweiterten Auslegung des bestehenden Strafrechts (vor allem 130a und 88a) diese *»kriminellen Taten«* abgeurteilt werden könnten, wenn nicht erst gar durch eine Gesetzes»reform« (2.8.77).

Polizeistation an der Uni

Die Westberliner Bullen haben sich in der TU eine Polizeistation eingerichtet, wo ca. 10 — 12 Zivilbullen künftig ihre Spitzeldienste verrichten sollen. Der Raum befindet sich nahe dem Audi-Max der TU und ist als »Sanitätsraum« (!) mit einem grünen Kreuz gekennzeichnet. Kürzlich wurden bereits zwei Genossen von »Zivilen« überprüft; sie wurden vorläufig festgenommen, die Personalien festgestellt und mußten sich hinter einem Schrank nackt ausziehen. Auch Frauen und Ausländer laufen als »Zivile« getarnt an der Uni herum, um Spitzeldienste zu leisten (nach »info-BUG«, 1.8.77).

Die Studenten sollten diesen »Sanitätern« mal einen kleinen Besuch abstatten!

KB / Westberlin



KB / Westberlin

Verfahren wegen 2. Juni-Aufruf

Hamburgs Wissenschaftssenator Biallas hat gegen den Germanistikprofessor Klaus B. ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil dieser den Aufruf *»Benno Ohnesorg war nur der Anfang«* unterschrieben hat. Einziger Vorwurf: In dem Aufruf werden die RAF-Gefangenen als »politische Gefangene« bezeichnet. Biallas mißbilligt *»schärfstens Äußerungen, die eine Gleichsetzung von Terroristen mit politischen Gefangenen bedeuten«* (»Bild«, 4.8.77). D. h. jetzt soll schon strafrechtlich verfolgt werden, wenn man der RAF politische Motive für ihre Aktionen zubilligt.

Noch infamer geht die »Bild« vor. Über eine zweite Unterzeichnerin, Angelika E., weiß sie zu berichten: *»Bei Angelika E. studierte seit Semestern auch Susanne Albrecht, die*
»Bei Angelika E. studierte seit Semestern auch Susanne Albrecht, die
wegen des Mordes an Bankdirektor Ponto gesucht wird«.

Die Wertung wird dem Leser überlassen. Man wird wohl nicht lange warten müssen, um die Forderung nach der Verhaftung in der »Bild« zu finden.

Ordnungsrecht, Strafanzeigen, Polizeieinsatz:

Die Hochschule aus der Sicht des Staates

Im AK 107 haben wir die unterschiedlichen Taktiken des Staatsapparats gegenüber der Studentenbewegung dargestellt (*»Die neue Studentenbewegung und die Taktik der Bourgeoisie«*). Einerseits die »liberale« Taktik, wie sie insbesondere vom Hamburger Kultursenator Biallas verkörpert wird, die mit allen Mitteln versucht, eine Eskalation an den Hochschulen zu vermeiden. Andererseits die Forderungen nach einem härteren Kurs, der in den Thesen von Dregger für eine Neuorientierung der CDU-Bildungspolitik skizziert wird. Gleichzeitig wiesen wir darauf hin, daß die Bourgeoisie gezwungen sein wird, offener zur gewaltsamen Durchsetzung ihrer Ziele zu greifen, da eine reformistische Alternative, die die neue Studentenbewegung integrieren könnte, nicht besteht. In dieser Hinsicht nutzt die Reaktion die Semesterferien, um das Vorgehen im Wintersemester zu diskutieren, wobei der vom VDS geplante 14tägige Streik im Mittelpunkt des Interesses steht.

Einig sind sich alle Parteien darin, daß die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs eine der entscheidenden Fragen sein wird. Unterschiede zeigen sich jedoch bei der Behandlung der Frage, wie weit dabei zu gewaltsamen Mitteln gegriffen werden soll.

Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« fordert in einem »Offenen Brief«, daß sich die Bundesinnenministerkonferenz (!) mit den Streikaktionen befassen solle (»Welt«, 2.8.), um den Einsatz größerer Polizeieinheiten auf dem Campus zu prüfen. Dieser Ansicht schloß sich auch der Rektor der TU Aachen an, der Minister Rau aufforderte, mit Polizeieinheiten die Lahmlegung des Lehrbetriebes zu verhindern.

Auch wenn sie in der Zielsetzung mit dem BFdW übereinstimmt, widerspricht die Bundestagsabgeordnete und Heidelberger Professorin, Roswitha Wisnewski, diesen »Globalmaßnahmen«, die nur zu unnötigen Solidarisierungsaktionen geführt hätten, denn *»höchsten Triumpf bedeutet es«* — nach Ansicht von R. Wisnewski — *»für die kommunistischen Störer, wenn die Polizei im Universitätsgelände eingreifen müsse ...«* (»Welt«, 2.8.). Sie verspricht sich mehr vom *»Einsatz weniger Beamter in Zivil«*, deren Auftauchen und Anwesenheit allein bereits genüge, *»Störer zum Rückzug zu veranlassen«* (ebenda).

Die Studentenbewegung muß sich also auf offensiv operierende Zivilbullen einstellen, die besonders für die Durchsetzung des Ordnungsrechts an den Hochschulen sorgen sollen. Denn dies hebt R. Wisnewski im weiteren hervor. Die *»endlich erfolgte Anwendung des Ordnungsrechts«* in Heidelberg habe *»den Rückzug der Chaoten«* bewirkt. *»Ausschluß vom Studium* (Relegation) *und in besonders schweren Fällen die Einleitung von Strafverfahren gegen die Rädelsführer einer kleinen Minderheit hätten wieder Verhältnisse hergestellt, in denen normaler Lehrbetrieb möglich werde«* (ebenda).

In ähnliche Richtung scheint sich der Hamburger Wissenschaftssenator Biallas zu orientieren. Nachdem er sich auf Klage eines reaktionären Studenten hin vom Gericht bestätigen lassen mußte, daß er verpflichtet gewesen wäre, den Lehrbetrieb mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten kündigte er jetzt, mit viel Getöse, einen »Kurswechsel« an. Dabei schlägt er verschiedene Methoden vor:

»Die Auslagerung von möglicherweise bedrohten Lehrveranstaltungen in zusätzlich geschützte und mit Zugangskontrollen gesicherte Gebäude außerhalb des Campus«, was jedoch eher wie ein Rückzug wirkt und ihm von daher auch schon von der Springerpresse angekreidet wurde.

— Bei *»Bedrohung von Leib und Leben«* von Universitätsangehörigen würde Polizei eingesetzt, wo da allerdings die Grenze gezogen wird, ist ungewiß.

— Bei *»strafrechtlich relevanten Tatbeständen«* soll zukünftig Strafanzeige erstattet werden. Bereits *»mit Gebrauch von Trillerpfeifen in den Vorlesungen und Seminaren«* sei dabei der *»Tatbestand des Hausfriedensbruchs gegeben«*. Da aber auch Biallas weiß, daß Strafanzeigen immer zu einer Mobilisierung gegen die betreffenden Professoren geführt hat, schlägt er vor, die Strafanzeigen von zentraler Stelle aus zu stellen, *»damit nicht etwa ein einzelner, etwa der Sprecher eines Fachbereichs, erpreßbar werde«*.

Das Hauptproblem sind für ihn aber weiterhin die Solidaritätsaktionen mit den Gemaßregelten, die eintreten, *»falls die Masse der Hochschulangehörigen die Gegenmaßnahmen als unangemessen und damit als Verstoß gegen den allgemeinen Konsensus der Hochschulen empfindet«*. Deshalb schränkt er seinen »Kurswechsel« sogleich wieder ein: *»Ich weiß keine verhältnismäßigen Mittel, um Störungen mit Sicherheit zu verhindern«*. Ein weiteres Dilemma des Staatsapparats ist, daß er sich nur auf sehr wenig Kräfte an den Hochschulen selbst stützen kann. Dem will Biallas jetzt mit einer *»umfassenden Aufklärungskampagne an Studenten und Hochschullehrer«* bekommen, *»um die gemäßigten Kräfte zu unterstützen«*. Ins gleiche Horn bläst Wissenschaftssenator Glotz (Westberlin). Er beschwört die *»Weiterführung der inneruniversitären Debatte«*, damit die *»akademische Jugend ... uns nicht wegschwimmt aus der parlamentarischen Demokratie«* (»FR«, 28.7.).

Die begonnene Debatte zeigt schon jetzt, daß es keine Einigkeit über das weitere Vorgehen geben wird. Nach wie vor fordern die reaktionären Einpeitscher (Bund Freiheit der Wissenschaft) die stärkere Präsenz der Polizei an den Hochschulen, womit sie sich gegenwärtig aber kaum durchsetzen werden. Eher ist mit einer Mischung der verschiedenen Taktiken zu rechnen. Nach Art der Nadelstichtaktik wird es an einigen wenigen Hochschulen massive Polizeieinsätze geben, an anderen wird vordringlich mit Ordnungsrechtsmaßnahmen gearbeitet werden. Wie weit es ihnen damit gelingt, die Hochschulen zu befrieden, hängt allerdings wesentlich von der Reaktion der Studentenbewegung ab. Die Intensität, mit der die Hochschulprobleme augenblicklich in der bürgerlichen Presse behandelt wird, zeigt jedenfalls, daß die Bourgeoisie selbst nicht an eine schnelle Lösung glaubt.

Sozialistischer Studentenbund Hamburg

K2R mischt mit

Die Liste der Buback-»Nachruf«-Nachdrucker wird länger und länger und macht selbst vor der SPD nicht halt. Klaus-Rainer Röhl (K2R), Herausgeber von »das da«, ein am rechten Rand der Sozialdemokratie angesiedeltes Blatt, gesellte sich auch dazu — mit ausdrücklicher Genehmigung des Mitherausgebers Jochen Steffen. Er nennt den Text ein »Dokument der Zeitgeschichte«. Gleich vorweg wird gesagt: *»Es handelt sich nicht um ein Papier, über das demokratische Sozialisten noch in irgendeiner Weise diskutieren können.«* Weswegen er's trotzdem abdruckt? Weil es unerträglich wäre, *»könnte man Texte, gleich welcher Art, bald nur noch unter der Hand erhalten, weil sie von interessierter Seite für tabu erklärt wurden.«*

Wacker, wacker, der Herr Röhl. Obwohl, so ganz geheuer kann dem nicht sein, der die sonstigen journalistischen Gepflogenheiten dieses Herrn kennt. Kaum eine Ausgabe, in der nicht die Linke mit den Reaktionären in einen Topf geworfen wird. Berüchtigt auch K2Rs Artikel über die RAF, der er es nie verziehen hat, daß sie ihm die Ehefrau aus dem Haus geholt hat. Und so kommt einem der Verdacht, daß doch eher die Geschäftsinteressen diesen Nachdruck bestimmt haben. Gefahren drohen jetzt ja auch kaum noch — und da kann auch ein Klaus-Rainer Röhl »links« sein.



Politisches Mandat — kein Thema für die VDS?

Nach langem Hin und Her hat der VDS-Vorstand jetzt für die Zeit vom 23. bis 25. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung (a.o.MV) der VDS nach Gießen eingerufen. Dies war satzungsgemäß notwendig geworden, nachdem 48 ASten (der Basisgruppen-Fraktion) diese beantragt hatten. Ohnehin hatte der „Überprüfungsausschuß" der VDS nach der geplatzten a.o. MV Ende Mai festgestellt, daß laut Satzung diese zu einem späteren Zeitpunkt hätte neu angesetzt werden müssen.

Spätestens nach den schweren Angriffen auf die ASten Uni Münster, Uni Frankfurt und Uni Kiel wegen des politischen Mandats hätte jeder der in den VDS vertretenen politischen Strömungen die Notwendigkeit einer solchen a.o.MV (die nächste "ordentliche" MV findet erst im Frühjahr 78 statt) einsichtig sein müssen. Dennoch stimmten nur BG-, Juso- und LHV-Vertreter im Vorstand für die MV, SHB und MSB dagegen. In der Einladung beigefügten Erklärungen aller Fraktionen erklärten jedoch auch Jusos und LHV, sie seien eigentlich dagegen, beugten sich aber dem satzungsgemäßen Quorum, das von der BG-Fraktion erreicht
seien eigentlich dagegen, beugten sich aber dem satzungsgemäßen Quorum, das von der BG-Fraktion erreicht
wurde. Entsprechend dem Widerwillen, mit dem die Vorstandmehrheit sich der Satzung unterwirft, fällt auch der TO-Vorschlag aus. *„Da der Vorstand sich nicht politisch auf eine TO einigen konnte, schlägt er nur die in §22 festgelegte Minimaltagesordnung vor"*, heißt es dazu im Einladungsschreiben. Angesichts der gelaufenen Angriffe ist dies ein schlechter Witz: *„0. Eröffnung/Formalia, 1. Bericht des Vorstands, 2. Bericht des Zentralrats, 3. Bericht des Überprüfungsausschusses, 4. Anträge, 5. Verschiedenes"* – Ende!

Es ist lohnend, die Erklärungen der verschiednenen Fraktionen zur a.o. MV näher zu untersuchen, wird daraus doch deutlich, was MSB/SHB, Jusos/LHV und BGen im Wintersemester vorhaben.

GO: Machtpolitik par excellence

Die Vorstandsvertreter der „Gewerkschaftlich-orientierten" (GO-)Fraktion (MSB und SHB) hatten gegen die MV gestimmt, obwohl diese satzungsgemäß von mehr als der nötigen Zahl von ASten beantragt worden war. Dieser offensichtliche Satzungsbruch (Marke DGB-Führung) hat seinen realen Hintergrund darin, daß aufgrund der veränderten Mehrheit im Zentralrat zu ihren Gunsten MSB und SHB jederzeit in der Lage sind, ihnen genehme Beschlüsse zu fällen und ihre Vorstellungen dann als „VDS-Politik" zu verkaufen. Dieser Etikettenschwindel ist dadurch möglich geworden, daß der ZR auf der MV im März wegen des tagelangen Tauziehens um die "Hauptresolution" nicht gewählt werden konnte und der bestehende ZR (von März 76!) längst nicht mehr die Mehrheitsverhältnisse in den VDS wiederspiegelt.

Kackfrech begründen sie ihren gescheiterten Satzungsbruch damit, daß die BG-Fraktion die einzige sein, die die MV befürworte und Jusos und LHV sich nur *„dem Diktat der Basisgruppen beugten"* und daß *„in undemokratischer Manier von Seiten der Basisgruppenfraktion versucht* (wird), *verbunden mit den übelsten Erpressungsmethoden (Anrufen der Gerichte, Spaltung des Verbandes) der Mehrheit des Verbandes ihren Willen aufzuzwingen."* Weiter pöbeln die GO-Vertreter die BG-ASten an, sie hätten sich *„in den Aktionen im Sommersemester"* nicht *„aktiv beteiligt"*, hätten versucht, *„auf der 2. ordentlichen MV eine Beschlußfassung über die nächsten notwenigen Schritte der Studentenbewegung zu verhindern (!!)"*.

Arrogant erklären sie sodann: *„Jeder, der das Kräfteverhältnis im VDS einigermaßen realistisch einschätzt, weiß, daß die politische Konstellation in einem neuen ZR sich kaum von der im amtierenden unterscheiden wird"* – außer der auch von GO-Seite unbestreitbaren Tatsache, daß ihre Zufallsmehrheit dann futsch wäre – „kaum" ein Unterschied?

Eine weitere offensichtliche Lüge
schied?

Eine weitere offensichtliche Lüge ist die Behauptung, der ZR-Beschluß (Festlegung auf einen allgemeinen und gleichen zweiwöchigen Streik, der nur durch die GO-Mehrheit zustande kam) sei *„Ergebnis einer breiten Übereinstimmung zwischen J(uso)HG, LHV, MSB und SHB."* Zu eben diesem Beschluß meint der LHV in seiner Erklärung *„daß die Vertreter von MSB Spartakus und SHB mit ihrer Zufallsmehrheit im Zentralrat ein ... Kompromißpapier ... so veränderten,daß Jusos und LHV sich... nur enthalten konnten..."*

Hinter all der Politik der GO-Fraktion steht der Versuch, mit ihrer Zufallsmehrheit zu verhindern, daß irgendwelche anderen Aktivitäten außer ihrem WS-Streikvorschlag in den VDS auch nur behandelt werden. Insbesondere haben MSB/SHB offenbar nichts zu den schwersten Angriffen auf das politsiche Mandat seit der Marburger Amtsenthebung vor - es würde nur ihr langfristiges Konzept stören. Stattdessen versuchen sie sogar, die BG-Fraktion als dauernden "Querulanten" hinzustellen, der keine Arbeit leistet,eben weil und solange sich die BG-Fraktion weigert, sich der unverschämten Behauptung von MSB/SHB zu beugen, *„auch ein Beschluß einer a.o. MV über die WS-Aktionen wird kaum anders aussehen, wie der bereits vom ZR gefällte Beschluß"* (bundesweiter HRG-Streik). Wenn dem so wäre, wenn die VDS-MV tatsächlich keine Antwort auf die Angriffe auf das politische Mandat geben kann, ja wozu braucht man dann noch die VDS?

Jusos und LHV – ein Trauerspiel

Jämmerlich ist die Stellungnahme von Jusos und LHV. Gerade diese Gruppen als Hauptzielscheibe der jüngsten Angriffe (Juso/LHV-AStA Münster, Juso-AStA Kiel) hätten allen Grund, eine MV selbst mit einzuberufen, sind doch die ASten Münster und Kiel – wie sich gezeigt hat – aus eigener Kraft nicht in der Lage, die Angriffe zurückzuschlagen. Diese Angriffe, die die beiden ASten in ihrer politischen Existenz tödlich treffen können, finden in ihren Erklärungen überhaupt gar keine Erwähnung.

Stattdessen machen sich die Jusos Sorgen darüber, die MV könne *„angesichts der drängenden Aufgaben an den Hochschulen ... endlos dauern"*. Nun denn, es wird nicht zuletzt an den Jusos liegen, die MV für die Beratung konkreter Gegenmaßnahmen der Studentenbewegung der ganzen BRD und Westberlins gegen die Angriffe aufs politische Mandat zu nutzen.

Dafür scheint uns allerdings bisher nicht genügend Bereitschaft bei den Jusos selbst vorzuliegen, denn *„diese **MV kann für uns** (die Jusos) **nur die Funktion haben, die Gremien der VDS nachzuwählen (Zentralrat) und** konkrete Arbetisaufträge für die Aktionen (?) im Wintersemester zu beschließen"*.

beschließen".

Die Basisgruppen – nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben

In seiner Erklärung geht A.Ickert für die Basisgruppen nur auf die Notwendigkeit der Wahlen auf der a.o. MV ein. Bei aller unbestreitbaren Wichtigkeit dieses TOPs erscheint dieses ein bißchen dürftig. In der Situation, wo die anderen Fraktionen offenbar bisher nicht bereit sind, irgendwelche Konsequenzen aus den Ereignissen von Münster, Kiel, Frankfurt und demnächst wahrscheinlich anderswo zu ziehen, wäre es gerade Aufgabe der linken Opposition in den VDS, deren Basis, also die Studentenbewegung, dagegen rebellisch zu machen, wie hier unbekümmert das politische Mandat preisgegeben wird, für das sie überall seit Jahren gekämpft hat. Die politische Bedeutung des Münsteraner Vergleichs scheint jedoch auch in den Reihen der BG-Fraktion nicht so recht klar zu sein. Wie anders ist es zu erklären, daß auf dem letzten BG-Seminar alle Vorschläge, die Verteidigung des politischen Mandats zum Schwerpunkt des kommenden Semesters zu machen, um bundesweit den Münsteraner Vergleich zu Fall zu bringen, auf müdes Achselzucken gestoßen sind. Es überwog die Stimmung, diese Sache dem Münsteraner AStA (wo die Sache nicht gerade in den besten Händen liegt) zu überlassen, denn nur „an der Bais vor Ort" sei dagegen etwas zu machen. Ist denn die Erinnerung an die bundesweite Kampagne zur Solidarität mit dem AStA Göttingen schon wieder soweit verblaßt? Sicher ist es schwerer, mit einem AStA Solidarität zu üben, der an seinem eigenen Ort nicht gerade sehr offensiv für seine eigenen Rechte eintritt (Kiel, Münster). Aber das ist noch lang kein Grund, diesen ASten zu überlassen, in der Frage des politischen Mandats „Vergleiche" einzugehen, die morgen alle ASten treffen. Schon jetzt droht dem (Sponti-)AStA Frankfurt Ähnliches – wer ist der Nächste?

Da erscheint es doch nicht der rechte Zeitpunkt, auf einem BG-Seminar das Hauptgewicht auf eine „Selbstverständnisdiskussion" zu legen, oder gar auch nur zu erwägen, AStA AStA sein zu lassen, um endlich einmal mehr Zeit für eine theoretische Aufarbeitung zu finden, wie dies von einem ASTA-Vertreter auf dem BG-Seminar angedeutet wurde.

Die Basisgruppen haben in der Solidaritätskampagne mit dem Göttinger AStA bewiesen, daß sie als einzige der in den VDS vertretenen Fraktionen heute in der Lage und bereit sind, den Fehdehandschuh der Bourgeoisie aufzunehmen und offensiv zu antworten. Es wird an ihnen liegen und von ihnen abhängen, ob der verhängnisvolle Kurs der gegenwärtigen VDS-Vorstandsmehrheit noch geändert werden kann, Angriffe Angriffe sein zu lassen und unbekümmert im alten Trott weiterzumachen.

Die aktuelle Aufgabe:

Die aktuelle Aufgabe: Die Verteidigung des Politischen Mandats

Die letzte VDS-MV wurde abgebrochen, weil MSB und SHB sich frontal gegen die Solidarität mit dem Göttinger AStA stellten, selbst als dieser von der Polizei überfallen wurde. Jetzt wollen sie mit allen Mitteln verhindern, daß über die VDS ein gemeinsames Vorgehen zur Verteidigung des Politischen Mandats beschlossen wird. Nahe liegt, daß hier nicht nur „Betriebsblindheit" vorliegt, sondern ein politisches Konzept, die Auseinandersetzungen um das Politische Mandat möglichst lange auf Sparflamme kochen zu lassen, in die Gerichtssäle zu verlagern, in der trügerischen Hoffnung, so noch einige Zeit im alten Stremel weitermachen zu können. Jusos und LHV hatten dagegen eindeutig erklärt, daß es sich beim Angriff auf den Göttinger AStA um einen Angriff auf das Politische Mandat handelt, der gemeinsam zurückgeschlagen werden müsse. Wie weit sie bereit sind, diesen Kurs praktisch fortzuführen, muß sich auf der VDS-MV zeigen, wenn es um die Frage geht, ob Leute, die in so eklatanter Weise die Solidarität gebrochen haben wie die GO-Fraktion, mit der Führung der VDS beauftragt werden können.

Die Angriffe auf die Asten zu Ende des Semesters haben eindringlich offenbart,daß es sich bei der„Zurückhaltung" von Staatsapparat und Behörden während des vergangenen Semesters nur um eine scheinbare handelte. Gerechnet werden muß vor allem mit einer Zuspitzung der Angriffe auf das Politische Mandat. In Kiel wurde dem AStA gerichtlich aufgetragen, aus den VDS auszuscheiden. In Münster, Frankfurt, Gießen und Hamburg droht die zwangsweise Eintreibung von Ordnungsgeldern (zusammen ca. 200000 DM). Wer in dieser Situation die VDS-MV lediglich zum Pöstchenverteilen einberufen will, hat seinen Auftrag als gewählter Vertreter der Studentenschaft völlig mißverstanden.

MSB und SHB wollen mit allen
schaft völlig mißverstanden.

MSB und SHB wollen mit allen Mitteln ihren 14-tägigen Streik durchsetzen, ausgerufen an allen Hochschulen, ohne dabei allerdings ein konkretes Streikziel anzugeben. Die Erfahrungen der letzten Semester haben jedoch gezeigt, daß es immer dann zu weitergehenden Mobilisierungen und zu einer stärkeren Politisierung gekommen ist, wenn sich die Studentenbewegung konkrete Kampfziele gesetzt hat und im konkreten Zusammenhang Aktionen entwickelt hat. Die Möglichkeiten für überregionale Aktionen bestehen gegenwärtig vor allem in Solidaritätsaktionen für die angegriffenen ASten, deren Verteidigung (keine Amtsenthebungen, keine Ordnungsgelder) konkretes Ziel sein sollte. Hierüber zu beraten, ist die Aufgabe einer VDS-MV, die ihrem Auftrag gerecht werden will.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Absoluter Gehorsam gefordert

Drei Westberliner Gerichtsreferendaren droht ein Disziplinarverfahren, weil sie während einer Strafrechtsarbeitsgemeinschaft der Aufforderung des Seminarleiters nicht Folge leisteten, sich zu Ehren Bubacks für eine Gedenkminute zu erheben. Der Präsident des Kammergerichts leitete daraufhin disziplinarrechtliche Vorermittlungen ein, um zu prüfen, ob die Betroffenen sich durch *»ungebührliches Verhalten«* einer Dienstpflichtverletzung schuldig gemacht haben (»FR«, 19.7.77).

Dieses Vorgehen erinnert auffällig an den Fall des linken Gewerkschafters U. Knapp, der aufgrund seiner Weigerung, an einer Gedenkminute für Buback teilzunehmen, ein Gewerkschaftsausschlußverfahren bekommen hat.

Im Falle der Gerichtsreferendare wird allerdings die reibungslose Durchsetzung der Disziplinarverfahren durch eine breite Solidarisierung unter den Kollegen erschwert: Laut M. Gödde, Vorsitzender des Personalrats der Gerichtsreferendare *»haben über 100 Westberliner Gerichtsreferendare eine Erklärung an den Kammergerichtspräsidenten unterschrieben, in der sie mitteilen, daß auch sie sich nicht an der Gedenkminute beteiligt haben«* (»FR«, 30.7.77). Mit diesem Schritt der Solidarität mit den Betroffenen wenden sich die Referendare gegen die »ideologische Gleichschaltung«, nach der *»die herrschende Politik und Meinung identisch mit der der einzig denkbaren verfassungsmäßigen Realisierung von Demokratie ist«*.

»Langer Marsch« (Westberlin) gespalten

»Selbstorganisation« und »Organisationsdebatte«

Im Juni dieses Jahres hat sich die Redaktion der Westberliner Sponti-Zeitung „Langer Marsch" gespalten. Für die eine Fraktion, die sogenannten „Basisdemokraten", *„soll die Zeitung Information, Analyse und Kommunikation leisten ... zwischen weitgehend autonom voneinander stattfindenden Aktivitäten"* – während die andere Fraktion, die sogenannten „Interventionisten", die *„politische Funktion des Langen Marsches im kontinuierlichen Aufgreifen und Aufwerfen der Organisationsfrage und -debatte ... und in der Intervenierung in aktuelle Konflikte, um die Organisationsfrage voranzutreiben"*, sehen. („Langer Marsch" 27, „LM").

Politischer Hintergrund dieser Spaltung ist die bei so manchen beliebte „Organisationsfrage": eine neue, natürlich „undogmatische", „Sozialistische Partei" irgendwo zwischen Jusos und Euros angesiedelt. Die „Basisdemokraten" wollen *„die aus gesellschaftlichen Widersprüchen resultierenden Lernprozesse ohne Einzwängung in traditionelle Muster von Organisation und Politik sichtbar und durchschaubar machen, sich zu ihnen so verhalten, daß die allgemeinpolitische Ebene durch Anknüpfen an reale Erfahrungsprozesse integriert wird."* Dieses Organisationskauderwelsch erinnert stark an ähnliche Diskussionen im SB – und da liegt man auch nicht ganz falsch, denn die „Basisdemokraten" sehen *„in der abstrakten Propagierung von Verbindlichkeit, Klarheit und Organisation keine Lösung. Sie streben unmittelbare Formen der Kooperation mit dem Sozialistischen Büro an"* („LM", 27).

Die „Basisdemokraten" möchten *„die Vielfalt politischer Praxis und dort ablaufende Lernprozesse zum Ausdruck bringen. Auf die Organisationsdebatte ... können wir in nächster Zukunft verzichten"*, denn *„die Summe individueller Bedürfnisse, deren Gemeinsamkeit nur im Ziel der Organisation besteht, tendiert dazu, die Organisation zum Mittelpunkt der Bewegung zu machen und führt zum Realitätsverlust"*. Abschließend betonen die „Basisdemokraten", daß sie sich mit der anderen Fraktion einig seien *„über die Ablehnung des Marxismus-Leninismus und aller mit ihm verbundenen historischen und aktuellen Organisationen"* („LM").

Die Position der „Basisdemokraten" wird recht treffend von einem „Interventionisten" in der Weise kritisiert, daß *„die Haltung der ‚Stellvertreter' von Basisinteressen durch eine starke intellektuelle Perversion gekennzeichnet"* sei. Er kritisiert ferner, daß bei den „Basisdemokraten" *„die gesamte Bewegung auf die Unmittelbarkeit von wie auch immer gelagerten Interessen beschränkt wird. Das ist nicht mal mehr Reformismus. Das ist das ‚nichts mehr*
mittelbarkeit von wie auch immer gelagerten Interessen beschränkt wird. Das ist nicht mal mehr Reformismus. Das ist das ‚nichts mehr
verändern wollen'." Ferner handele es sich bei diesen „Basisvertretern" um Leute, *„die aber nicht das Geringste mit den Basisbewegungen der letzten Jahre zu schaffen hatten, es sei denn, das jahrelange Hocken am Schreibtisch ..."* („LM", 27).

Richtig ist daran, daß es sich bei den „Basisdemokraten" im Grunde um eine nicht unbekannte politische Strömung handelt, die – von gewissen Theorien der „Frankfurter Schule" beeinflußt – den politischen Rückzug ins Innerliche angetreten hat. Als „Basis" bleibt das eigene ICH und dessen „Selbstverwirklichung".

Andererseits kritisieren jedoch die „Basisdemokraten", auch nicht zu Unrecht, die fruchtlosen und abstrakten „Organisationsdebatten" der „Interventionisten".

Der Mythos von der „Sozialistischen Partei"

Die „Interventionisten" greifen in die aktuell laufende „Organisationsdebatte" der unorganisierten Sozialdemokraten und linker SPD'ler ein. Dabei kommen Flechtheim, Dutschke und Jochen Steffen zu Wort; vom Vorschlag einer „linken Liste" zu den kommenden Europa-Wahlen ist ebenso die Rede wie vom Plan einer „Ökologie-Liste" zu den kommenden Landtags- und Kommunalwahlen.

So mancher unorganisierte (und auch organisierte) Reformist horcht auf, wenn gerade jetzt der profilierte SPD-Linke Jochen Steffen zur Frage einer neuen „Sozialistischen Partei" Stellung nimmt. Kurz gesagt kommt für Steffen eine neue „sozialistische" Partei nicht in Frage. Die SPD soll einziges „Angebot" bleiben, auch wenn Steffen einräumt, daß in seiner Partei zur Zeit die Rechten auf dem Vormarsch sind. Steffens Vorschläge laufen darauf hinaus, neben der SPD „Bürgerinitiativen" und Bündnisse wie etwa zur Frage AKW's/Umweltschutz zu bilden, die einen bestimmten Protest ausdrücken und auffangen können, ohne das Monopol der SPD als einzige akzeptable Partei der ‚Linken' in Frage zu stellen. Diese Initiativen sollen nach Meinung von Steffen auch dazu dienen, von außen der SPD „Dampf zu machen".



Objektiv erfüllen Steffen und andere linke Sozialdemokraten mit ihrem Eingreifen in die „Organisationsdebatte" die Funktion, Teile der unorganisierten Reformisten – und das ist aktuell eine durchaus zu beachtende Strömung – an die SPD heranzuführen bzw. schwankende linke Kräfte in der SPD zu halten.
de Strömung – an die SPD heranzuführen bzw. schwankende linke Kräfte in der SPD zu halten.

Das haben anscheinend zum Teil auch die „Interventionisten" erkannt und meinen, daß Steffen „allgemein" bleibe. *„Die Antworten auf unsere Fragen müssen wir auch selber versuchen"* („LM" 27).

Weitaus interessanter wird es mit den Thesen Flechtheims und Dutschkes. Flechtheim mischte sich in die „Organisationsdebatte" mit einem Artikel „Für eine neue Partei der Zukunft" (in „LM" 25) ein und schlug die Kandidatur der „Linken" zu den Euro-Wahlen vor. Außerdem meint er, daß *„die Aktualität einer linken Kleinpartei zugenommen"* habe. Diese „Kleinpartei" soll die „Großparteien komplementieren". (= ergänzen).
Sie soll *„den rationalen Konflikt nicht scheuen, ihn stets gewaltfrei und kritisch-solidarisch austragen ... und sich um Rationalisierung, Demokratisierung, Humanisierung der Konflikte im Lande und in der Welt bemühen"* (Flechtheim zitiert nach „LM" 27).

Dazu meinen die „Interventionisten": *„Mit seiner Aufgabenbeschreibung stimmen wir weitgehend überein"* („LM", 27). –

Noch klarer wird es dann bei Dutschke. In seinem Artikel *„Eine neue Linie für die Linke"* (in „das da" vom März 1977) meint er: *„Natürlich sehe ich als sozialistisches Ziel die Rätedemokratie. Die parlamentarische Demokratie ist aber in der BRD und anderswo Ausdruck einer langen und nicht kurzen Periode.. Der Übergang von der parlamentarischen zur Rätedemokratie ist in der gegenwärtigen Etappe nicht zu erwarten. Es gilt aber, die Voraussetzung dafür zu schaffen. Wenn ich also von langer Periode spreche, so heißt das für mich, die Spannung parlamentarischer und außerparlamentarischer Kämpfe voll durchzuhalten. Aus diesem Grunde erfolgt im linken Lager das Herantasten an eine sozialistische Partei"*.

Bemerkenswert ist dabei auch eine starke Orientierung auf das bürgerliche Parlament. So behauptet Dutschke: *„In den sechziger Jahren waren wir außerparlamentarisch, ... aber nicht anti-parlamentarisch (!). Darum muß das Problem von direkter und parlamentarischer Demokratie noch intensiver diskutiert werden. Gerade in der Zeit der Rechtswendung beginnt die Neue Linke Kommunal-, Landtagswahlen, das Problem der parlamentarischen Demokratie zu einem Teil wieder ernst zu nehmen"* (Rede Dutschkes am 4. Juni in Westberlin anläßlich des Todes von Benno Ohnesorg). Rudi, Rudi, wie haste Dir verändert! Ist es etwa nicht „antiparlamentarisch", wenn ausgerechnet Dutschke selber noch in alten APO-Zeiten ausrief: „Brecht dem Schütz die Gräten – alle Macht den Räten"? Aber nun geht es eben darum, die Geschichte nach der eigenen (reformistischen) Fasson zurechtzustutzen.

Anknüpfend an Dutschkes Positionen schreiben die „Interventionisten": *„.... hier wäre ein Schritt vorwärts, wenn die Linke es schaffen könnte, die Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie wahrzunehmen, und zwar noch bevor diese Möglichkeit wieder dahin ist"*. („LM" 27).

Allen dreien (Flechtheim, Dutschke und „Interventionisten") gemeinsam ist, daß sie eine Veränderung dieser Gesellschaft nach dem Vorbild der Eurorevisionisten nur auf „friedlichem Wege", vermittelt über die Kandidatur am bürgerlichen Parlament sehen. Allen gemeinsam ist auch, daß diese ganze „Organisationsdebatte" losgelöst von den realen gesellschaftlichen Verhältnissen geführt wird.

Die objektive Grundlage dieser Strömung ist in mehreren Faktoren zu sehen: 1. Die zunehmende Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen hat nachhaltige Spuren auch bei großen Teilen der Linken hinterlassen. Die demonstrative Abgrenzung gegen die revolutionäre Linke („traditionelle, überholte Parteimodelle") hat darin ihre objektiven Grundlagen. 2. Vorschub geleistet hat diesem Antikommunismus der „reale Sozialismus" in den revisionistischen Ländern einerseits sowie die (zum Teil auch selber gemachten) Erfahrungen vieler heute Unorganisierter mit sektiererischen Organisationen wie den Vaterländlern und dem KBW. 3. Der relativ große Erfolg der „Ökologie-Liste" in Frankreich und der „Euros" in Italien und Frankreich haben den reformistischen Strömungen hinsichtlich eines „friedlichen", parlamentarischen Übergangs zum Sozialismus Auftrieb gegeben. Hinzu kommt, daß die SPD als Regierungspartei nicht mehr die Integrationskraft nach links hat wie noch vor fünf Jahren.

Auf der anderen Seite haben diese Strömungen bisher durchaus nicht vollständig mit der reformistischen Ideologie gebrochen, so daß sich viele Unorganisierte immer noch an der Peripherie der Sozialdemokratie orientieren.

Die Rolle des SB in der „Organisationsdebatte"

Bei der „Organisationsdebatte" blicken die Augen der Unorganisierten zum SB, das sozusagen als Kern einer wie auch immer gearteten „sozialistischen Partei" angesehen wird. Während die „Basisdemokraten" eine „engere Kooperation" mit dem SB anstreben, haben die „Interventionisten" das SB aufgefordert, zum Vorschlag einer „linken Liste" bei den Euro-Wahlen Stellung zu beziehen. Klaus Vack vom Arbeitsausschuß des SB hat darauf geantwortet: *„Gerade weil dem SB die politische Arbeit an der Basis von Berufsfeldern und Lebensbereichen im Vordergrund steht, haben wir uns stets gegen die Organisierung als Wahlpartei gewendet ..."* (Zitiert nach: „Zeitung für eine Neue Linke", Juni 1977). Andererseits ist Prof. Altvater (SB) durchaus von einer „Linken Partei" angetan. Da das SB die „Organisationsfrage" nun aber schon seit dem Bestehen kontrovers diskutiert und jeder sich irgendwie (k)einen Reim draus machen kann, ist es fruchtlos, hierauf näher einzugehen. Festzuhalten gilt, daß Teile des SB (Dutschke, Altvater) mit einer neuen „Sozialistischen Partei" liebäugeln.

Über ihre weiteren Pläne haben sich die „Interventionisten" inzwischen folgendermaßen geäußert: Ihre vom „Langen Marsch" abgespaltene Zeitschrift soll Mittelpunkt für ein *„sozialistisches Programm (werden), das zu all den Punkten konkret ... Stellung bezieht. Bei der Euro-Wahl und wahrscheinlich zunehmend bei den Landtags-, Kommunal- und vielleicht auch für die nächste Bundestagswahl ergibt sich zum ersten Male die Chance, daß ein solches Programm nicht als ein sektiererisches Promille-Bekenntnis untergeht.. Schaffen wir das, dann sind wir bereits aus unserer jetzigen gesellschaftlichen Isolierung aufgebrochen, die Organisationsfrage stellt sich neu"* („LM" 27).

Uns scheinen dabei große Illusionen im Spiel zu sein: Die Möglichkeiten eines „Wahlerfolgs" auf dieser Basis ebenso wie die realen Chancen für die Bildung einer „sozialistischen Partei" sind aufgrund bestehender politischer Differenzen (allein schon zwischen "Basisdemokraten" und SB einerseits und den euro-reformistischen „Parteiaufbauern" wie Flechtheim und Dutschke andererseits) ausgesprochen gering. Die Linke, auch die Unorganisierte, wird nur vorankommen, wenn sie sich in Theorie und Praxis mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzt und ihre politischen Differenzen öffentlich austrägt.

KB/ Gruppe Westberlin

»Vierte Internationale« — spannend wie ein Krimi



Eine „Internationale Untersuchungskommission" über eine mögliche Mitverantwortung bzw. Komplizenschaft trotzkistischer Funktionäre bei der Ermordung Trotzkis in Coyoacan/Mexico (1940) fordert hartnäckig die Workers Revolutionary Party, „Britische Sektion des internationalen Komitees der Vierten Internationale". Dieses Anliegen unterstützt auch der westdeutsche Ableger der WRP, der trotzkistische „Bund Sozialistischer Arbeiter" (BSA).

XY - UNGELÖST !.....

Zum Hintergrund der Kampagne für eine „Internationale Untersuchungskommission" ist zu sagen, daß das geistige Erbe Trotzkis sogleich nach seinem Tode heftig zwischen seinen Anhängern umstritten war. So gibt es heute mehrere sogenannte „Vierte Internationale(n)", mit ihren jeweiligen nationalen „Sektionen" (Landesorganisationen). Die zweifellos stärkste Strömung ist die des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale" (VS), der auch die linkssozialdemokratische GIM angehört. Innerhalb dieser Strömung sowie zudem innerhalb ihrer nationalen „Sektionen" gibt es noch eine ganze Reihe von sogenannten „Tendenzen" (Fraktionen).

Neben dem VS und der Strömung des sogenannten „Internationalen Sekretariats" (IK), die fast nur aus der britischen WRP und Mini-„Sektionen" in ein paar Ländern besteht, gibt es u.a. auch noch die speziell in einigen lateinamerikansischen Ländern aktive „Trotzkistisch-Posadistische IV. Internationale", die in der BRD durch ein paar Individuen um die Zeitschrift „Arbeiterstimme" vertreten ist. Die „Posadisten" unterstützen die Sowjetunion und die revisionistischen Parteien. Außerdem betreibt der Alt-Trotzkist und Mitbegründer des VS, Michel Pablo, zur Zeit eine private „Tendance Marxiste-Revolutionnaire Internationale" (TMRI).

Schließlich gibt es noch viele

Fortsetzung auf Seite 52

Fortsetzung von Seite 51

nationale trotzkistische Gruppen, die keiner der verschiedenen „Vierten Internationalen" angehören, sondern zum Teil untereinander, zum Teil auch mit der einen oder anderen „Vierten Internationale" Verbindungen eingehen. (Was sich zusätzlich noch durch das heitere Spiel der diversen „Tendenzen" in den einzelnen Organisationen kompliziert). Zu dieser Gruppe von Organisationen gehört(e) in der BRD der derzeit wieder einmal von seinen auseinanderdriftenden „Tendenzen" („Internationalistische Tendenz", „Tendenz Neuer Kurs" und gar ironischerweise eine „Trotzkistische Tendenz"!) gesprengte „Spartacusbund". Dieser versuchte unter dem Namen „Notwendige Internationale Initiative" (NII) zeitweise mit der „Internationalen Kommunistischen Liga" (Österreich) und der „Frazione Marxista Rivoluzionaria" (Italien) sowie später auch noch der „International Communist League" (England) zu „fusionieren", um eventuell zusammen mit diesen als „Minderheitstendenz" auf dem nächsten „Weltkongreß" des VS (es wird der elfte sein) aufzutreten. – Zu erwähnen ist auch noch die „International Spartacist Tendency" (IST), in der BRD vertreten durch die „Trotzkistische Liga Deutschlands" (TLD). – **Wie man sieht, kann sich die trotzkistische scene an Buntheit und Lebendigkeit durchaus mit den entsprechenden Vorgängen in der „ML"-scene messen. Zum speziellen Kolorit dieser scene gehört auch die Kampagne für die „Internationale Untersuchungskommission".**

Kurz gesagt (Einzelheiten kann der Liebhaber der Trotzki-scene sämtlichen Ausgaben der „Neuen Arbeiterpresse" des BSA entnehmen) geht es darum, daß die britische WRP die beiden Führer der amerikanischen Socialist Workers Party („Minderheitstendenz" im VS), Hansen und Novack, beschuldigt, sie seien *„Komplizen der GPU"* (sowjetische Geheimpolizei zur Zeit Stalins), würden bewußt „GPU-Agenten" decken, und seien zumindest durch Nachlässigkeit, wenn nicht bewußt als Mitschuldige am Tode Trotzkis zu betrachten. Diese Vorwürfe beziehen sich u.a. darauf, daß als persönliche Sekretärin des früheren SWP-Führers Cannon (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen TV-Privat-Detektiv) 1938 bis 1947 (also auch zur Zeit der Ermordung Trotzkis) eine gewisse Sylvia Franklin-Caldwell im SWP-Büro arbeitete, die von der WRP als „GPU-Agentin" bezeichnet wird, während Hansen und Novack die Vorwürfe gegen diese Frau zurückweisen. Weitere Vorwürfe beziehen sich auf die Tätigkeit Hansens als Hauptverantwortlicher für den Sicherheitsdienst in Trotzkis mexikanischer Residenz zur Zeit der Ermordung, auf Treffen Hansens mit einem „GPU-Agenten", auf die von der WRP behauptete Eischleusung eines „GPU-Agenten" in Trotzkis Leibwache u.a.m.

„GPU-Agenten", auf die von der WRP behauptete Eischleusung eines „GPU-Agenten" in Trotzkis Leibwache u.a.m.

Die Forderung nach einer „Internationalen Untersuchungskommission" über diese Vorwürfe stößt allerdings beim gesamten Rest der Trotzki-scene überhaupt nicht auf Gegenliebe. Bisheriger Höhepunkt ihrer Gegenkampagne gegen die Forderungen nach Einrichtung einer „Internationalen Untersuchungskommission" war ein glanzvoller Gala-Abend mit viel ansonsten zerstrittener trotzkistischer Prominenz am 14.Januar dieses Jahres in London. Unter einem großen Spruchband „Against frame-ups & slanders" („Gegen Erfindungen und Verleumdungen") zeigte sich auf dem Podium neben dem angegriffenen Novack vor allem der weltberühmte Ernest Mandel („Chefideologe" des VS). Außerdem waren da u. a. noch Tim Wolforth (derzeit SWP, bis 1974 Mitglied des „Internationalen Komitees"), Tariq Ali und Brian Grogan von der IMG („britische Sektion" des VS) sowie der gleichfalls berühmte Pierre Lambert von der französischen OCI – die OCI gehörte bis 1971 dem IK an und bewegt sich anscheinend heute freischwebend zwischen den Strömungen und „Vierten Internationalen". Michel Pablo, auf den Plakaten als Redner angekündigt, hatte sich entschuldigen lassen. (Er scheint inzwischen auch für eine „Internationale Untersuchungskommission" einzutreten, ohne allerdings die wesentlichen Vorwürfe der WRP gegen Novack und Hansen zu teilen ...).



London, 14. Januar 77 - Aufmarsch trotzkistischer Prominenz gegen die Forderung nach einer „Internationalen Untersuchungskommission". Auf dem Podium u.a. (von links) Mandel, Wohlforth, Novak.

Die Redner auf der Veranstaltung vom 14.Januar (WRP: „Veranstaltung der Schande") waren sich einig in der aufrichtig empörten Verurteilung der „paranoiden" Kampagne der WRP (Paranoia = Verfolgungswahn) und in der Ablehnung einer „Internationalen Untersuchungskommission".

Bereits vor dem Gala-Abend vom 14.Januar war eine Unterschriftensammlung zugunsten von Hansen–Novack und gegen die Forderung nach einer „Internationalen Untersuchungskommission" erhoben worden, für die speziell im trotzkistischen Umfeld prominente Unterzeichner gewonnen werden konnten. So der bekannte westdeutsche Gewerkschaftsfunktionär Jakob Moneta (IG Metall) und der Engländer Ken Coates (Bertrand Russel Peace Foundation). In einem Brief an Michael Banda, Generalsekretär der WRP, schrieb Ken Coates, die Kampagne gegen Hansen–Noack erinnere ihn an die Ära McCarthy. *„Ich habe selten eine derartige Hysterie gesehen wie die in Eurer Kampagne zu diesem Thema"* (lt. „Intercontinental Press" der SWP, 6.6.77).

Aber nicht nur das „Vereinigte Sekretariat", sondern auch andere Strömungen der Trotzki-scene äußerten sich sehr entschieden gegen die Kampagne der WRP. So schrieb etwa der „Spartacusbund" von einem *„politischen Amoklauf der Healyisten"* (Healy, inzwischen im Opa-Alter, ist die Symbolfigur der WRP). Die trotzkistische „Lutte Ouvriere" (Frankreich) organisierte im Oktober 1976 gemeinsam u.a. mit dem „Spartacusbund", IKL (Österreich) und FMR (Italien) eine Konferenz, um die *„ungeheuerliche Verleumdungskampagne"* der WRP zu verurteilen. Gleichzeitig wandte sich diese Konferenz gegen „Verleumdungen" der OCI (ihrerseits Teilnehmerin der Londoner Veranstaltung vom 14. Januar) gegen einen gewissen Varga.

Die WRP kontert auf die Gegenkampagne der gesamten restlichen Trotzkiscene mit einer massiven Steigerung und Ausweitung ihrer Vorwürfe: *„Zunächst einmal haben all jene, die Hansen unterstützen, die Verantwortung für das übernommen, was er getan hat. Deshalb stehen sie verurteilt vor der Geschichte da"* (Healy lt. „Neue Arbeiterpresse", 15.7.77). *„Ob ihnen das gefällt oder nicht, alle Teilnehmer dieser Versammlung* (am 14.1.77 in London – Anm. AK) *sind in den Kreis der finsteren Pläne der GPU geraten"* („Neue Arbeiterpresse", 18.3.77).

Abgesehen davon, daß es derartige Ausfälle dem Rest der Trotzkiscene wirklich sehr leicht machen, Healy & Co. als Verrückte abzutun, drängt sich bei alledem doch auch der Gedanke auf, daß die Trotzkisten (mit Ausnahme der Strömung um Healy's WRP) keinerlei Interesse haben, die näheren Umstände der Ermordung Trotzki's heute einer Untersuchung vor der internationalen linken Öffentlichkeit auszusetzen:

Trotzki wurde am 20. August 1940 in seiner schwerbefestigten Residenz in Coyoacan/Mexiko mit einem Eispickel erschlagen – von einem Mann, der als vermeintlicher Anhänger Trotzkis schon mehrere Monate vorher im Hause aus und ein ging. Nach der Tat bezeichnete er sich selbst als einen enttäuschten Anhänger Trotzkis.

Die Trotzkisten hingegen behaupteten sofort, der Mörder sei ein „Agent der GPU", der von Stalin persönlich geschickt worden sei. Darüber hinaus konstruierten sie eine internationale „stalinistische Verschwörung" und beschuldigten u.a. die Führer der Kommunistischen Parteien Mexikos und der USA, sie seien an der Planung und Organisierung des Mordes beteiligt gewesen.

Hansen selbst (!) forderte damals in der SWP-Zeitung „The Militant" (8.3.47), die obersten Führer der KP der USA wie Earl Browder u.a. wegen „Verschwörung zur Ermordung Trotzkis" vor ein US-Gericht zu stellen (was zweifelsfrei das Todesurteil bedeutet hätte, falls die amerikanische Justiz dieser Forderung nachgekommen wäre!).

Die These von der Ermordung Trotzkis durch einen „GPU-Agenten" und einer weltweiten „stalinistischen Verschwörung" zur Ermordung Trotzkis gehört heute noch zum unantastbaren Katechismus eines j e d e n Trotzkisten. Daran soll natürlich nicht gerüttelt werden. Dabei stören jedoch Healy's WRP und seine kleine, aber rührige internationale Anhängerschaft. Sie können nämlich darauf verweisen, daß ihre makabren Vorwürfe gegen die Sekretärin Franklin-Caldwell, gegen Hansen und Nowack etc. sich auf genau dieselben trüben Quellen stützen wie die in der ganzen trotzkistischen Bewegung unangezweifelte Legende von der „stalinistischen Verschwörung".

Das sind trübe Quellen wie der ehemalige Funktionär der KP der USA, Louis F. Budenz, der sich 1947 ans FBI verkaufte und zum Autor phantastischer Gruselgeschichten gegen die KP der USA wurde. Die WRP weist exakt nach, daß die SWP damals sämtliche Verleumdungen des Provokateurs Budenz gegen die KP der USA und gegen die Sowjetunion gierig aufgriff und groß veröffentlichte -- bis Budenz auf den „geschmacklosen" Einfall kam, auch Cannon's Sekretärin Franklin-Caldwell als GPU-Agentin anzuschwärzen. – Als weitere Quelle antikommunistischer Phantasien benutzte die trotzkistische Bewegung später auch die reichlich sprießenden Aussagen während der sogenannten „Untersuchungen" des „Komitees gegen anti-amerikanische Umtriebe" und ähnliche Erscheinungen der Ära Mac Carthy.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß die Trotzkisten die Ermordung des populären italo-amerikanischen Anarchisten Carlo Tresca in New York 1943 sofort „den Stalinisten" in die Schuhe schoben – während heute selbst Hansen und seine SWP davon ausgehen, daß Tresca von Faschisten ermordet wurde. Es gab damals in der trotzkistischen Bewegung ein Klima des „anti-stalinistischen" Verfolgungswahns, wobei vor direkter Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat, verleumderischer Denunziation kommunistischer Funktionäre usw. überhaupt nicht zurückgeschreckt wurde. Schließlich hatte sogar Trotzki s e l b s t in seinen letzten Lebensjahren keine Bedenken, sich z.B. auf die fragwürdigen „Aussagen" antikommunistischer Renegaten vor US-Gerichten zu berufen, um seine Anklagen gegen die „stalinistische Verschwörung" und die allgegenwärtige GPU zu belegen – wobei er treuherzig betonte, daß diese Aussagen unter Eid gemacht worden seien! ...

Eine „Internationale Untersuchungskommission", wie die WRP und hierzulande der BSA sie fordert, würde zweifellos das gesamte trotzkistische Lügengebäude um die Ermordung Trotzkis und die „stalinistische Verschwörung" ins Wanken bringen. Daß Mandel & Co. d a s nicht wollen, ist aus ihrer Sicht verständlich.

»ML«-aktuell

Vorsitzender Hua sammelt weiter Punkte beim Aufbau einer eigenen „ML"-Internationale: Die „Marxistisch-Leninistische Partei der Niederlande", die bis vor einiger Zeit eher dem ‚albanischen Block' zuzurechnen war, hat kürzlich gemeinsam mit der stramm vaterländischen PCMLB (Belgien) eine Erklärung veröffentlicht, wonach die berüchtigte „Theorie der drei Welten" den Marximus-Leninismus bedeutend bereichert habe und eine mächtige Waffe für das Proletariat aller Länder und Völker der Welt sei. Ferner wird in der Erklärung behauptet, der „sowjetische Sozialimperialismus" sei *„die größte Gefahr für Europa und die Hauptkriegsgefahr in der Welt"* (lt. „Peking Rundschau", 26.7.77). Somit ist der neue Punktstand: Von den 35 Parteien und Organisationen, die auf dem 7. Parteitag der PdA Albaniens (November '76) vertreten waren, gehören jetzt 18 zum „albanischen Block" und 14 zum „chinesischen Block". Hua holt auf!

•

Das Drängen der Hua-Gruppe auf Zusammenschluß und Einheit ihrer internationalen Anhängerschaft (siehe dazu vor allem AK 109, S. 59) geht weiter: Der vaterländische „Kommunistische Bund Großbritanniens (ml)" veröffentlichte in seiner Zeitung „Revolution" einen *„Aufruf an die britische marxistisch-leninistische Bewegung"*, in dem zum Zusammenschluß und zur Bildung einer *„wirklich revolutionären kommunistischen Partei der Arbeiterklasse"* aufgefordert wird. *„Gegenwärtig verteilen sich die paar hundert Marxisten-Leninisten in Großbritannien auf ein Dutzend verschiedener Organisationen. Dies ist ein unerträglicher Zustand, der uns hindert, alle positiven Faktoren zu mobilisieren ... Heute gibt es in der britischen marxistisch-leninistischen Bewegung ein wachsendes Verlangen nach Einheit. Das ist ausgezeichnet. Es muß gestärkt werden."* (lt. „Peking Rundschau", 19. Juli). Prognose: Eine neue Parteigründung steht bevor. Erst kürzlich haben in den USA und in Griechenland die Anhänger der Vaterlandsverteidigung und des „Sozial"chauvinismus ihre Parteien gegründet.

•

Da freut sich der Sammler: Nachdem es zeitweise um die sowjetischen Flottenstützpunkte etwas ruhiger geworden war, können jetzt ein paar neue Punkte auf der Karte notiert werden.

– Der von der KP Burmas betriebene Sender „Voice of the People of Burma" meldete am 12. Juli, die Sowjetunion sei immer noch auf der Suche nach Militärstützpunkten in Südost-Asien. Ein Erfolg sei ihr dabei in Singapur beschert worden, wo inzwischen *„als Schiffe der sowjetischen Seeflotte getarnte Kriegsschiffe"* aus- und einfahren und versorgt werden.

– Unter dem Titel *„Polarbär dringt in die Antarktis ein"* (Südpol) berichtete „Radio Peking" am 8. Juli: *„Der antarktische Kontinent, der zwischen Südamerika, Australien und Afrika liegt, ist ein wichtiges Gebiet, das zu einem riesigen Luft- und Seestützpunkt werden kann. Die sowjetischen Revisionisten haben bereits eine Raketen-Abschuß-Basis in der Antarktis eingerichtet. Das zeigt, daß die Sowjetunion die Antarktis in ihren konterrevolutionären Plan eingeschlossen hat, sich der ganzen Welt zu bemächtigen"*.

– Noch sensationeller war folgende Meldung der als sehr wachsam bekannten patriotischen Zeitung „BILD am Sonntag" : „.... *Immer argwöhnischer beobachten die Militärexperten den riesigen Eisberg „Nordpol 22" im kanadischen Meeresraum. Brüsseler NATO-Kreise glauben: ‚Der Eisberg kann von der Sowjetunion als U-Boot-Leitzentrale eingesetzt werden'. Ein kanadisches Fernsehteam, das auf dem Eisberg landete , sah tief gegrabene Löcher, die eine ‚überraschende Ähnlichkeit mit Raketensilos haben', und eine 1,6 km lange Startbahn"* (26.6.77).

Eisbären und Pinguine von Nord- und Südpol, vereinigt euch! Sozialimperialisten runter von den Eisbergen!

•

Schon Kinder müssen zur Wachsamkeit gegenüber der gefährlicheren Supermacht und zur Vaterlandsverteidigung erzogen werden. Diesem Ziel sollte auch ein „Pionierlager" dienen, das die „KPD" im Juli auf der Elbinsel Krautsand durchführte. Unter anderem wurde dort mit Kindern ein Geländespiel zum Befreiungskampf der südafrikanischen Völker organisiert. Dabei mußten die Kinder **„nicht nur gegen die Rassisten kämpfen, sondern auch vor den Söldnern der Sowjetunion auf der Hut sein, die sich bei ihnen einschmeicheln wollen"** (lt. „Kämpfende Jugend", Jugendmagazin der „KPD", Ausgabe Juli/August). Das klingt so vielversprechend, daß man gern mehr darüber erfahren würde.

•

Und d a s wird Hua gar nicht gern hören: Die portugiesische PCP(r) – Bruderpartei unserer einheimischen „KPD/ML" – **polemisiert kaum noch verhohlen direkt gegen die chinesische Führung**. Hintergrund der Polemik ist, daß die KP Chinas seit Jahren und bis heute in Portugal die halbfaschistische „PCP/ML" – Bruderpartei der „KPD" – unterstützt. „PCP/ML"-Chef Vilar wurde wiederholt mit allen Ehren und Pomp in Peking empfangen, zuletzt am 28. Mai dieses Jahres von Hua persönlich, der mit Vilar **„ein herzliches und freundschaftliches Gespräch"** führte. Li Hsien-nien behauptete in einem Trinkspruch, die „PCP/ML" habe *„durch unermüdliche Anstrengungen während der vergangenen Jahre im Verlauf des Kampfes gegen Imperialismus, modernen Revisionismus, gegen die faschistische Herrschaft im Inneren und besonders im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus beständig an Stärke zugenommen"* („Rote Fahne", 8.6.77). –

Demgegenüber betonte das ZK der PCP(r) im Juli in einer Resolution, die „PCP/ML" sei *„diskreditiert, isoliert und von den Werktätigen abgewiesen"* ; sie sei reduziert auf Verleumdungen und Provokationen im Dienste der Reaktion und des Imperialismus. – Und dann kommt der eigentliche „Hammer" gegen die chinesische Führung: *„Da diese Tatsachen bestens bekannt sind, kann die PCP(r) nicht umhin, sich mit Entrüstung gegen das ungewöhnliche Verhalten gewisser internationaler Kräfte zu wenden, die immer noch die Provokateursgruppe von Vilar mit Ehren als ‚marxistisch-leninistische Partei' empfangen und sie mit unfaßbaren Ausdrücken der Wertschätzung überhäufen"* (zit. aus „Bandeira Vermelha", Organ der PCP(r), 20.7.77). Weiter so!

Eine KBW-lerin stellt richtig

KBW'lerin Sabine aus Westberlin hat uns eine Postkarte geschickt. Darin macht Sabine sich ordentliche Luft: *„Eure langweilig-geschwätzige Zeitung"* ... *„Arroganz gegenüber der int. Arbeiterbewegung sowie den KPs und dümmliche, haltlose Angriffe auf sie"* ... *„Krittelnde Kleinbürger, die Schiß vor der Bourgeoisie + und in den Hosen haben + sich an selbe anbiedern"*. Nebenbei stellt Sabine aber auch einen Irrtum richtig: In AK 109 hatten wir geschrieben, die „KVZ" habe bisher noch nicht einmal eine Meldung über den Besuch von Joscha S. in der VR China im Juni gebracht. Sabine weist zu recht darauf hin, daß in der „KVZ" Nr. 26 (vom 27. Juni) auf S. 14 eine solche Meldung war. Freilich, man konnte sie übersehen: Die Meldung ist nämlich nur 11 X 7,5 cm groß (genau die Fläche von vier normalen Streichholzschachteln), und sie hat noch nicht einmal eine eigene Überschrift, sondern ist ohne Übergang als Kasten in einen seitenfüllenden Artikel „Eine Fischereikommune in Schanghai" eingerückt. Wahrscheinlich entspricht diese Aufmachung der Bedeutung des Ereignisses, oder wie soll man die Sache sonst interpretieren? Jedenfalls: Wir haben die Meldung übersehen. *„Schlampiger ‚Journalismus'"*, meint Sabine. Der Leser hat das Wort.

Stellungnahme von Petr Uhl

Der im Folgenden abgedruckte Brief des tschechoslowakischen Linken Petr Uhl stammt bereits vom 3. März '77 und wurde in der Bundesrepublik erstmals (allerdings unkommentiert) in der GIM-Zeitung „Was tun" (vom 7.4.77) abgedruckt.
Wir halten es für wichtig, die Positionen und den in diesem Brief „an die revolutionäre Linke im Westen" enthaltenen Appell Petr Uhls auch den Lesern des ARBEITERKAMPF bekanntzumachen – gerade weil wir in grundsätzlichen Fragen dem Genossen widersprechen müssen.
Wir wollen hiermit die Auseinandersetzung mit den Vertretern der „Sozialistischen Opposition" in der CSSR weiterführen, die wir in der Artikelfolge „Charta '77 – Zur Entwicklung der Opposition in der CSSR" aufgenommen haben (siehe hierzu AK 104 und AK 1o5).

Genossen!

Die revolutionäre Linke, vor allem in den bürgerlich-demokratischen Ländern, zeigt häufig eine Abneigung, wenn es darum geht, die Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Eine Abneigung, die sich aus ihrer – häufig berechtigten – Opposition gegenüber den reformistischen Bewegungen ergibt, deren erstes und manchmal einziges Ziel darin besteht, gewisse Verbesserungen auf diesem Gebiet gesellschaftlicher Beziehungen zu erreichen, am häufigsten durch einen sogenannten Dialog mit der Staatsmacht.

Wir wissen nur zu gut, daß die freie Entwicklung der Gesellschaft auf der Grundlage der freien Entfaltung jedes Individuums nur in einer klassenlosen Gesellschaft möglich ist, und daß diese das Ergebnis eines langwierigen Entwicklungsprozesses der Demokratie ist, der mit der proletarischen sozialistischen Revolution seinen Anfang nimmt.

Aber nach unserer und der Uberzeugung aller Marxisten und revolutionären Sozialisten muß bereits die erste Phase der kommunistischen Entwicklung jedem Mitglied der Gesellschaft mehr Rechte und Freiheiten bringen als die „beste" der bürgerlichen Demokratien sie gewährleisten kann – insbesondere im Licht einer kritischen Analyse der proletarischen Revolutionen, die bisher stattgefunden haben, und aller Seiten ihrer Degeneration.

Diese Auffassung – selbst wenn sie verschieden artikuliert wird – teilen auch sämtliche Reformisten mit uns und seit jüngster Zeit auch ihre letzte Komponente, die Eurokommunisten. Im Unterschied zu ihnen leiden die Revolutionäre allerdings nicht an der Illusion, daß der Sozialismus und die Befreiung des Menschen und der Gesellschaft durch eine allmähliche Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden kann, bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse oder durch ihre allmähliche Abschaffung. Sie leiden auch nicht an der Illusion, daß eine faschistische oder sonst eine totalitäre Macht zu einer Erweiterung der Bürgerrechte oder demokratischer Freiheiten geneigt oder bereit ist, über dieses Thema einen Dialog zu beginnen.

Aber wir können auch verstehen, daß viele von denen, die gegen Regimes autokratischer oder militärischer Art um Menschenrechte kämpfen, sich ebenso darüber im Klaren sind, daß ihre Bemühungen nicht zu dem Ergebnis führen können, das sie öffentlich fordern.

Gleichzeitig wissen sie jedoch, daß die *Forderungen* nach demokratischen Freiheiten und Bürgerrechten selbst, auch wenn sie unter der Diktatur nicht ver-
das sie öffentlich fordern.
Gleichzeitig wissen sie jedoch, daß die *Forderungen* nach demokratischen Freiheiten und Bürgerrechten selbst, auch wenn sie unter der Diktatur nicht ver-
wirklicht werden können, die Arbeiterklasse und andere bedeutende Schichten der arbeitenden Bevölkerung aufwecken, ihre Kampfkraft stärken und die bloßen Grundlagen der Diktatur erschüttern können. Spanien liefert dafür den Beweis. Die prokapitalistischen Illusionen und reaktionären Mythen, die diesen Kampf am Anfang begleiten mögen, werden sich in dem Maße abschwächen, wie das Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen der Arbeiterklasse steigt.

Ich glaube, daß es die Aufgabe der Revolutionäre ist, an der Spitze dieses Kampfes zu stehen, die Illusionen und Mythen zu bekämpfen aber gleichzeitig immer daran zu denken, daß kein Kampf um Menschenrechte, selbst wenn er von der Kommunistischen Partei Spaniens geführt wird, die revolutionäre Aktivität der Massen ersetzen kann, um die gesellschaftlichen Beziehungen von oben bis unten umzuwälzen, wie es die Geschichte verlangt.

Der Kampf um die Menschenrechte ist jedoch einer der Wege, die zur Revolution führen; er ist einer der Wege, auf dem die subjektiven Vorbedingungen für die soziale und politische Revolution geschaffen werden können. Während man sicherlich daran zweifeln kann, daß eine solche Strategie für die Länder der bürgerlichen Demokratie geeignet ist, ist es offensichtlich, daß sie nützlich und manchmal die einzige Strategie ist unter Militär- und bürokratischen Diktaturen und faschistischen Regimes.

Jeder innerhalb der revolutionären Linken erkennt dies an, wenn es sich darum handelt, die Bedeutung des Kampfs um Bürgerrechte in den Ländern einzuschätzen, die zur sogenannten westlichen Einflußsphäre zählen. Man hat allerdings Vorbehalte, wenn es sich um die Einschätzung solch einer Bewegung in den Ländern Osteuropas handelt. Mir scheint, daß der Unterschied und manchmal auch die Verwirrung in der Herangehensweise der westeuropäischen und amerikanischen radikalen Linken an dieses Problem unterschiedlichen, häufig oberflächlichen oder sogar falschen Vorstellungen über das gesellschaftliche und politische System in diesem Teil der Welt entspricht.

Als Gegner des Parlamentarismus und ähnlichen Plunders der bürgerlichen Demokratie kann ich gut verstehen, daß der Aufruf der Charta '77 – und die Charta '77 ist eine ernste Sache und ich identifiziere mich mit ihr – eine abstoßende Wirkung auf Marxisten haben kann, wenn sie zum einzigen Ziel hat die effektive Anwendung der in internationalen Abkommen enthaltenen Prinzipien über bürgerliche politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Rechte, und daß diese Verträge, die von der tschechoslowakischen Staatsmacht ratifiziert, gesetzlich verankert und veröffentlicht worden sind – die Grundlage und den Ausgangspunkt ihrer Aktivität bilden.

Nebenbei bemerkt: Die tschechoslowakischen Arbeiter nehmen keine so entschieden ablehnende Haltung gegenüber der bürgerlichen Demokratie ein, wie ich es gerne hätte; darin gehen sie von ihren eigenen Erfahrungen mit dem Stalinismus und dem selbstherrlichen Regime aus.

Es mag ebenfalls Leute abstoßen, daß die in beiden Verträgen niedergelegten Rechte ungenügend sind und mehr auf die Interessen von Intellektuellen als auf die von Arbeitern abzielen; daß beide Verträge bloß deklamatorischen Wert haben, wie das auch der Fall war mit der alten Erklärung über die Menschenrechte; daß sie Ausdruck des Versuchs der Klassenversöhnung und von Vorstellungen von friedlicher Koexistenz sind, die das Überleben von gesellschaftlichen und politischen Formationen garantieren sollen, die historisch zum Untergang verurteilt sind und die nicht die friedliche Koexistenz von Völkern, sondern von Staatsformationen und Zusammenschlüssen zum Inhalt haben.

Darüber hätte ich gerne mehr geschrieben, ebenso über meine Auffassungen über das gesellschaftliche und politische System in der Tschechoslowakei. Aber das Problem besteht darin, daß ich bis zu drei Jahren Gefängnis riskiere, wenn ich etwas Falsches schreibe oder besser: etwas, was die Behörden für unwahr halten. Und, Genossen, wenn Ihr mir nicht glaubt, so schaut Euch Artikel 112 des tschechoslowakischen Strafgesetzbuches an. Und genau deshalb glaube ich, daß beide Verträge ihre Bedeutung für die Arbeiter der Tschechoslowakei und anderer Länder haben und daß es sinnvoll ist, sich auf sie zu beziehen, da sie von der Staatsmacht ratifiziert und veröffentlicht worden sind.

Ich sehe ihre Bedeutung nicht in der Tatsache, daß ich in ein oder zwei Jahren in der Lage sein werde, zu schreiben, was ich von dem tschechoslowakischen Gesellschafts- und Wirtschaftsystem halte ohne Gefängnis zu riskieren – dann werde ich
Tatsache, daß ich in ein oder zwei Jahren in der Lage sein werde, zu schreiben, was ich von dem tschechoslowakischen Gesellschafts- und Wirtschaftsystem halte ohne Gefängnis zu riskieren – dann werde ich
noch nicht in der Lage sein, – aber angesichts dessen, daß der kollektive und „legale" Kampf (in Anführungszeichen, weil Ihr Euch nicht vorstellen könnt, was eine solche „Legalität" bedeutet) um die Verwirklichung der Prinzipien, wie sie in beiden Verträgen enthalten sind, die Arbeiter aufweckt, weil sie ihre Interessen in dieser Aktivität wiedererkennen und ihr Selbstbewußtsein und ihr Selbstvertrauen sich hebt. Aber ich habe bereits darauf hingewiesen, als ich vom Kampf um Bürgerrechte und demokratische Freiheiten unter Militär- und bürokratischen Diktaturen gesprochen habe. Aus den erwähnten Gründen bin ich natürlich weit davon entfernt, die Tschechoslowakei als bürokratische Diktatur zu bezeichnen.

Die Charta '77 ist keine politische Opposition und sie will auch keine werden. Ihre Unterzeichner sind politisch zu uneinheitlich dazu und ihre Ziele – der Kampf um Bürgerrechte und demokratische Freiheiten auf der Grundlage internationaler Verträge, die Bestandteil der tschechoslowakischen Gesetzlichkeit sind, sind zu begrenzt. Dennoch handelt es sich um die bedeutendste Bewegung der letzten Jahre in diesem Land mit einer bedeutsamen Resonanz unter den Arbeitern.

Die Charta '77 bringt ihre Interessen zum Ausdruck, wenn auch nur unvollständig und indirekt. Die Klausel in dem Vertrag über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte, die besagt, daß die Arbeiter das Recht auf eigene Gewerkschaften und anderer Organisationen zur ungehinderten Verteidigung ihrer Interessen und daß sie das Streikrecht haben sollen, könnte vielleicht zum Ausgangspunkt für den Weg zur Emanzipation der Arbeiter werden, zu der sie nur selbst durch ihre eigenen Organisationen gelangen können.

Wenn ich sage Ausgangspunkt, so denke ich an die subjektiven Vorbedingungen dieses Wegs und ich hege keinerlei Illusionen über einen reformistischen „Dialog" oder sogar über einen spontanen Weg, der zur Erlangung dieser Rechte führte. Und wie dieser Weg aussieht, wenn es kein reformistischer ist, das braucht ein revolutionärer Marxist, dem die Aussicht auf drei Jahre Gefängnis droht – in diesem Fall sogar 10 Jahre – nicht weiter auszuführen.

Die aktive und passive Unterstützung, die der Charta '77 auf die eine oder andere Weise von Arbeitern entgegengebracht wird – vor allem von jungen Arbeitern – ist bereits die Verheißung für diesen Weg.

Gleichermaßen unakzeptabel ist die Vorstellung, daß die Propagierung der Ideen der Charta '77 und die Veröffentlichung von Informationen über den Entzug von Menschenrechten in den Ländern Osteuropas die Aufmerksamkeit von der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und anderen Problemen der weltweiten Krise des Kapitalismus ablenken.

Gewiß, die Lobsänger der bürgerlichen Gesellschaft versuchen in der Tat, die Aufmerksamkeit von diesen Problemen abzulenken – und sie werden zu diesem Zweck alles mögliche benutzen – aber die Verteidiger des Sozialismus und des Fortschritts haben für ihre Solidarität mit dem Kampf um die Menschrechte in Osteuropa völlig verschiedene Motive. Es gibt nur eine Welt und die Klassenschranken und der Klassenkampf überschreiten jede Gesellschaft, nehmen keine Rücksicht auf Staatsgrenzen, und es gibt gute Gründe dafür, weshalb es unmöglich ist, die tschechoslowakische Gesellschaftsordnung als Modell für die vom Kapital unterdrückten Arbeiter anzupreisen.

Über die Probleme der tschechoslowakischen Gesellschaft schweigen, würde bedeuten, über die reichen Erfahrungen zu schweigen, welche die tschechoslowakischen Arbeiter während der letzten 30 Jahre gesammelt haben. Nur die Wahrheit ist revolutionär; Lügen und die Verheimlichung von Tatsachen sind konterrevolutionär. Und im Übrigen: niemand in der Tschechoslowakei beklagt sich darüber, wenn die offizielle Presse lange Artikel über die Arbeitslosigkeit, die Krise und die Verletzung von Menschenrechten im Westen veröffentlicht. Selbst wenn die Mehrzahl der Auslandsberichte aus solchen Artikeln besteht – was vor dem 1. Januar 1977 (dem Veröffentlichungsdatum der Charta '77 – Redaktion) nicht der Fall war – selbst wenn sie verzerrt und tendenziös sind – man schreibt z.B. über einen besonderen gesellschaftlichen und politischen Konflikt eine Menge, aber sobald sein Ausgang sich für die Arbeiter als Erfolg erweist, dann wird darüber nur noch wenig oder gar nicht mehr geschrieben. Selbst wenn er verglichen mit der tschechoslowakischen Realität dazu grotesk ist – wie z.B. die Möglichkeit der Kontrolle über die Geheimdienste in Westdeutschland – nehmen die tschechoslowakischen Arbeiter diese Information mit Interesse und Sympathie auf: als Information über ernste Probleme der kapitalistischen Welt.

Niemand hat sich jemals darüber beschwert, daß dies die Aufmerksamkeit von den heimischen Problemen ablenke, deren Inhalt häufig im Dunkeln bleibt. Es wird sicher die Zeit kommen, wo die tschechoslowakischen Arbeiter nicht nur besser informiert werden, sondern sie vor den selben oder anderen Problemen stehen werden, die sie zusammen mit den Arbeitern der europäischen und anderen Länder zusammen lösen müssen.

Aus all diesen Gründen wende ich mich an alle Genossen, der Charta '77 zu helfen und sich mit ihr auf jede nur mögliche Weise zu solidarisieren.

Es ist klar, daß das internationale Problem der Menschrechte und ihrer Verletzung oder die Existenz von Ländern, in denen der Kampf um demokratische Freiheiten im Rahmen des Systems ernste und unmittelbare Konsequenzen nach
blem der Menschrechte und ihrer Verletzung oder die Existenz von Ländern, in denen der Kampf um demokratische Freiheiten im Rahmen des Systems ernste und unmittelbare Konsequenzen nach
sich zieht, und alle angeht, gleich ob revolutionäre Marxisten, Christen, Humanisten und Reformisten. Ich weiß, daß es auch Sache der Charta'77 ist, die in diesem Augenblick um ihre bloße Existenz kämpft, die tschechoslowakischen Arbeiter über die Verletzung von Bürgerrechten in den kapitalistischen Ländern zu informieren.

Hilfe kann sehr konkret sein. Drei Unterzeichner der Charta 77 befinden sich seit Mitte Januar dieses Jahres in Haft; einer der Sprecher der Charta '77, der Schriftsteller Vaclav Havel, ein weiterer Schriftsteller, Frantisek Pavlicek (ist inzwischen wieder freigelassen, Redaktion) sowie der Journalist Jiri Lederer. Mit ihnen im Gefängnis befindet sich auch der Regisseur Ota Ornest. Selbst wenn man sie wegen politischer Stellungnahmen des Verbrechens bezichtigt – ich habe Euch bereits auf das tschechoslowakische Strafgesetzbuch hingewiesen, ist es klar, daß ihre Inhaftierung den bisher hinterhältigsten Unterdrückungsversuch gegen die Charta '77 darstellt. Die Fälle von zwei jungen Technikern sind ähnlicher Art. Vladimir Lastuvka aus Decin und Ales Machacek aus Usti nad Labem sind ebenfalls mit der Charta'77 in Verbindung gebracht und verhaftet worden. Nur die internationale Solidarität kann hier helfen. Wie auch in anderen Fällen werden verschiedene Maßnahmen und Formen des Protests entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten und Traditionen gewählt werden. In der Tschechoslowakei sind die Möglichkeiten sicher begrenzt. Sie beschränken sich im Grunde auf verbale Proteste und selbst diese sind mit großen Risiken verbunden.

In Ländern, wo die Arbeiter in Gewerkschaften und politischen Organisationen organisiert sind, die unabhängig von der Staatsmacht sind, können die Solidarität und Proteste wirksamere Formen annehmen.

Freiheit für Vaclav Havel, Frantisek Pavlicek, Jiri Lederer, Ota Ornest, Vladimir Lastuvka und Alex Machacek! Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Tschechoslowakei!

Prag, den 3. März 1977
Petr Uhl



Petr Uhl im Jahre 1968

Kommentar zu Petr Uhl, CSSR

In seinem Brief „an die revolutionäre Linke im Westen" versucht Petr Uhl zu begründen, warum diejenigen Oppositionellen in der CSSR, die sich selbst als Marxisten und Revolutionäre verstehen, sich an dem Unternehmen „Charta 77" beteiligen.

„Als Gegner des Parlamentarismus und ähnlichen Plunders der bürgerlichen Demokratie, kann ich gut verstehen, daß der Aufruf der ‚Charta 77' ... eine abstoßende Wirkung auf Marxisten haben kann, wenn sie zum einzigen Ziel hat die effektive Anwendung der im internationalen Abkommen enthaltenen Prinzipien über bürgerliche, politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Rechte ...". Obwohl das so ist, erhoffen sich Uhl und Freunde von der „Charta", daß die Forderungen *„.... nach demokratischen Freiheiten und Bürgerrechten selbst, auch wenn sie unter der Diktatur nicht verwirklicht werden können, die Arbeiterklasse und andere bedeutende Schichten der arbeitenden Bevölkerung aufwecken, ihre Kampfkraft stärken und die bloßen Grundlagen der Diktatur erschüttern können".*

In diesem Sinne bezeichnet Uhl den „Kampf um die Menschenrechte" als einen der Wege, die zur Revolution führen, wobei er sich vom „reformistischen Dialog" abgrenzt (?)
den „Kampf um die Menschenrechte" als einen der Wege, die zur Revolution führen, wobei er sich vom „reformistischen Dialog" abgrenzt (?)
und anerkennt, daß die beiden Verträge, worauf sich die „Charta" bezieht, im Grunde *„bloß deklamatorischen Wert haben".*

In seinem Schreiben geht Petr Uhl jedoch lediglich auf die Fragen und Probleme ein, die die Wirkung der „Charta" nach i n n e n betreffen. Die objektiv reaktionäre Rolle, die das Unternehmen „Charta 77" in der Strategie des Imperialismus spielt, wird mit keinem Wort erwähnt. Ebenso spricht Uhl stets von der „Charta" als G a n z e s , wobei man nicht den Eindruck hat, daß es sich auf den **bloßen Text** allein bezieht. Scheinbar gibt es nichts in der bisherigen Politik, die von den reformistischen F ü h r e r n der sog. „sozialistischen Opposition" (und nicht von den Linken) geprägt wurde, wovon es ihm notwendig erscheint, sich zu distanzieren.

In der Frage, ob man sich als Linker in der CSSR bzw. im RGW auch auf „Helsinki", „Menschenrechtsdeklaration" oder ähnliche im Rahmen des Entspannungsschwindels von den Revisionisten und Imperialisten scheinheilig anerkannte Verträge berufen und sie mit der Realität in diesen Länder konfrontieren sollte, stimmen wir Petr Uhl und Freunden durchaus zu. Nur, wenn man die Nichteinhaltung der Schlußakte von Helsinki etc. im RGW kritisiert, dann sollte man nicht gerade die imperialistischen Länder vergessen, in denen diese Verträge ebenfalls nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden!

Das ist unser wesentlicher Kritikpunkt an dem Unternehmen „Charta 77". Bisher ist von dieser Seite nicht eine einzige Abgrenzung gegen die imperialistische Hetzpropaganda gekommen. Zwar läßt es sich als oppositionelle Bewegung im RGW wohl schwer vermeiden, von den imperialistischen Kriegstreibern propagandistisch mißbraucht zu werden, doch hätte man in solchen Fällen wohl die Möglichkeit, die eigene Position unmißverständlich klar zu machen, ja, man hat u.E. die P f l i c h t dazu. Den reformistischen Führern der „Charta 77" ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß ihnen offenbar j e d e s Gelärme, egal von welcher Seite und von welchem Charakter, über die „Verletzung der Menschen rechte" in der CSSR gelegen ist.

Uns scheint, daß die Illusionen über den wirklichen Charakter der imperialistischen Staaten, die auf dem rechten Flügel der „Charta" sicher noch stärker ausgeprägt sind, einen der wesentlichen Gründe dafür darstellen, weshalb die „Verletzung der Menschenrechte" in den imperialistischen Ländern nicht angeprangert wird. Bei den Führern der „Charta" herrscht offenbar eine Einstellung vor, die in etwa den Positionen der „Euro"-Revisionisten vergleichbar ist. Es wäre die Aufgabe der Linken in der CSSR, sich unmißverständlich von d i e s e r Haltung und Praxis der „Charta" abzugrenzen.

Darüber hinaus ist festzustellen, daß sich zwar in letzter Zeit die Bemühungen der Opposition in den revisionistischen Ländern verstärkt

Darüber hinaus ist festzustellen, daß sich zwar in letzter Zeit die Bemühungen der Opposition in den revisionistischen Ländern verstärkt haben, sich a u c h an die Arbeiterbewegung und die Linke des Westens zu wenden. Dieser Appell ist jedoch bisher vollständig einseitig, d.h. er wird nicht in den Zusammenhang g e g e n s e i t i g e r Solidarität gestellt. Das Verhältnis dieser Opposition zur westlichen Linken ist also bisher rein instrumental: Man wendet sich an die Linke ebenso wie man sich z.B. an Carter oder Schmidt wendet, d.h. man läßt keinen möglichen „Verbündeten" aus. Mehr aber auch nicht! Solange sich die linke Opposition in den revisionistischen Ländern von dieser Herangehensweise nicht zu lösen vermag, wird es auch schwerlich zu einer wirklichen Zusammenarbeit kommen.

In unserem Land und darüber hinaus in ganz Westeuropa und den USA hat es eine widerwärtige, heuchlerische und antikommunistische Kampagne um die „Charta 77" gegeben und gibt es sie noch. Diese Kampagne zielt auf die Verhetzung der Werktätigen in den imperialistischen Ländern und ist wesentlicher Bestandteil der politsich-ideologischen Kriegsvorbereitung. Wenn wir uns mit der „Charta 77" solidarisieren, dann tun wir dies mit den vorstehenden Einschränkungen. Wir sind vorbehaltlos solidarisch mit allen sozialistischen und bürgerlich-demokratischen „Charta 77"-Unterzeichnern, soweit es gegen die Repressionen der revisionistischen Parteimachthaber geht. Wir fordern Freilassung und Rehabilitierung aller politischen Gefangenen, die aufgrund fortschrittlicher und demokraticher Aktivitäten verfolgt werden; wir sind nicht für die Freilassung derjenigen, die aufgrund reaktionärer und faschistischer Umtriebe einsitzen.

RGW-Kommission

»Sozialismus ist die Bedingung für unseren Erfolg«



2. Konferenz der sozialistischen und progressiven Organisationen

Vom 20. bis 25. Juni 1977 tagte auf Malta die 2. Konferenz der „Mittelmeersozialisten".

Da die gesamte westdeutsche bürgerliche Presse diese Konferenz verschwieg, beziehen wir uns im folgenden vor allem auf den westberliner „Extra-Dienst", den englischen „Guardian" und griechische Zeitungen. Leider ist nirgends eine vollständige Liste der Teilnehmer abgedruckt worden. Unseren Recherchen nach nahmen mindestens folgende 22 Organisationen an der Konferenz teil:

„Arabische Sozialistische Union Lybiens" (Premierminister Jalloud) – „Volksbefreiungsfront Algeriens" (FLN) – „Nasseristische Arabische Sozialistische Organisation des Libanon" – „Sozialistische Partei Libanon" (ehemals unter dem ermordeten Dschumblatt) – „Nasseristische Partei", VAR – „Linker Flügel" von Sadats Einheitspartei, VAR – UNFP und USFP, Marokko (Sozialdemokraten) – „Sozialistische Neodestour Partei", Regierungspartei Tunesiens, EDEK, Zypern (Linkssozialisten) – PASOK Griechenland (Linkssozialisten) - „ Sozialistische Volkspartei Spaniens" (Galvan) - PSU, Frankreich – Labour Party, Malta – PLO, Palästina (Salim Masmoud) – Frente Polisario, Westsahara – „Sozialistische Partei Italiens", mit einem Senator als Beobachter – SP, Frankreich, als Beobachter – KP Libanon (Revisionisten) –AKEL, Zypern (Revisionisten) – PCI (Italien), als Beobachter – Bund der Kommunisten, Jugoslawien, als Beobachter – „Föderation Sozialistischer Parteien Spaniens", FPSE.

Nicht zur Konferenz kamen die sozialdemokratischen SPen aus Portugal (Soares) und Spaniens (PSOE). Brandt soll als Vorsitzender der „Sozialistischen Internationale" ausdrücklich vor einer Teilnahme an der Konferenz gewarnt haben.

Unbeantwortet ließ Eurorevisionist Carrillo von der PCE das Einladungsschreiben. Ebenfalls nicht erschien die rechte Baath Partei Syriens, die an der 1. Konferenz teilnahm, da ihr zweifelsohne bekannt war, daß erneut der Libanonkonflikt zur Sprache kommen würde. Im Vergleich zur ersten Konferenz im November 76 in Barcelona, hat diese Konferenz enorm an Attraktivität gewonnen, wofür allein spricht, daß dieses Mal mehr als doppelt soviele sozialistische, oder sich zumindest dafür haltende Organisationen, anwesend waren. Vor allem mit der Frente Polisario und den revisionistischen Parteien Jugoslawiens, Italiens und Zyperns hat die Konferenz auch neue politische Kräfte hinzubekommen.

Die Hauptthemen

Die Hauptthemen

Eröffnet wurde die Konferenz in einem Stadion mit einem Aufmarsch von 10.000 Mitgliedern der Jugendorganisation der Labor Party Maltas, die mit ihren Körpern Schriftzüge bildeten:

„Red Flag" und „Mediterranea Socialista" – „Rote Fahne" und „Das Mittelmeer wird sozialistisch".

Danach machte Maltas Ministerpräsident Mintoff Vorschläge für die Installierung einer zentralen Nachrichtenagentur der Mittelmeerregion oder zumindest der sozialistischen Parteien dieser Region „ um der Nachrichtenmanipulation aus dem Norden entgegenzuwirken".

Strittige Fragen im Laufe der Konferenz waren der „Sahara-Konflikt", die Situation im Libanon und die Frage der „Supermächte".

Konkret zum ersten: Die sozialdemokratischen Bewegungen UNFP und USFP-Marokko (zur Charakterisierung siehe auch AK 106 S. 35) akzeptieren weitgehend die skruppellose Politik Hassan II. dem saharauischen Volk gegenüber und wollten die Frente Polisario nicht einmal als Befreiungsbewegung anerkennen.

Das Schlußdokument spricht sich dann doch gegen die Annektierung der Westsahara durch Marokko und Mauretanien aus.

Dagegen erstaunt hat die Tatsache, daß das Schlußdokument praktisch keine Bemerkungen zum Libanon-Konflikt (der Abschlachtung der dortigen Linken durch die libanesischen Faschisten und die syrischen Truppen) enthalten hat, abgesehen von der scheinheiligen Randbemerkung, daß der libanesische Staat seine völlige Integrität „behalten" (!!) muß. Dies ist nicht mehr mit den in anderen Fragen teilweise recht offen vertretenen Opportunismus der Konferenz-Mehrheit erklärbar – insbesondere angesichts der Abwesenheit der syrischen Baath-Partei (die auf der ersten Konferenz noch Teilnehmer war) – sondern ist allein mit dem direkten Eintreten der PLO-Führung für eben diese „Behandlung" der Libanonfrage selbst erklärbar... Ein neuer Beleg für den Verrat an den palästinensischen Interessen durch die PLO-Führung.

Differenzen traten in der Frage der Entmilitarisierung des Mittelmeers auf. PSP-Führer Galvan (Spanien) forderte in Anlehnung an berüchtigte „ML"-Theorien („Kampf gegen die Supermächte") eine Gleichsetzung von SU und USA. Die Flotten beider „Supermächte" gefährden „gleichermaßen" den Mittelmeerraum. Die anwesenden Euro-Revisionisten konterten dagegen mit ihrer sog. „Gleichgewichts-Theorie", die die Anwesenheit sowjetischer Kriegsflotten im Mittelmeer ausdrücklich begrüßt, um der US-Flotte ein militärisches Gleichgewicht entgegenzusetzen. Die sog. „Gleichgewichts-Theorie" fordert

gewicht entgegenzusetzen. Die sog. „Gleichgewichts-Theorie" fordert

nicht das Verschwinden beider Flotten aus dem Mittelmeer, sondern erwartet den „Frieden" durch die Herstellung des militärischen Gleichgewichts.

Durchgesetzt hat sich in dieser Frage schließlich die Position der Linkssozialisten, die bei Herausstellung der Hauptgefahr (US-Imperialismus), das verschwinden beider Flotten aus dem Mittelmeer fordert.

Die PASOK (Griechenland) vertrat die Auffassung, daß sie ihren Kampf für einen Austritt aus der NATO nicht anders führen kann, als durch die gleichzeitige Forderung nach einem Zurück der sowjetischen Flotte hinter die Dardanellen-Linie (siehe auch Papandreous Refarat in diesem Artikel).

Schließlich setzte sich breit durch, daß selbstverständlich der US-Imperialismus im Mittelmeerraum die Hauptgefahr ist.

In der Schlußfassung des „Malta-Dokuments" heißt es: „*Die nationale Unabhängigkeit der mediterranen Völker wird erreicht durch ihre politische, ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit, die frei sein muß von jeder Einmischung durch die Supermächte und ihre Agenten.*"

„*Schließung der bestehenden militärischen und nuklearen Basen rings um das Mittelmeer; Demilitarisierung und Neutralisierung des Mittelmeers*

tärischen und nuklearen Basen rings um das Mittelmeer; Demilitarisierung und Neutralisierung des Mittelmeers

mit gleichzeitigem Abzug der Flotten aus diesem Seegebiet, Austritt der ans Mittelmeer grenzenden Staaten aus NATO und Cento."

Papandreous Referat

Wie bereits auf der ersten Konferenz in Barcelona, so hielt auch hier auf Malta die PASOK, diesmal durch ihren Vorsitzenden Papandreou vertreten, eines der wesentlichsten Referate. Papandreou wird wohl mit Recht in einigen Zeitungen als „der Motor" eines „Modell Mittelmeerraum" dargestellt, daß sich sehr entschieden gegen den US-Imperialismus aber auch gegen die EG und dort insbesondere gegen die westdeutsche Sozialdemokratie richtet.

„*Unsere Konferenz ist kein Seminar oder Colloquium. Wir sind nach Malta gekommen, um ein gemeinsames Instrument des politischen und ökonomischen Kampfes zu schmieden für die Völker unserer Regionen. Dieser Kampf beinhaltet wenigstens vier Ziele:*

1. Die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit für alle unsere Volksstaaten, auf politischer und militärischer Ebene, ob West oder Ost.

2. Die Erlangung ökonomischer Unabhängikeit, ohne die eine politische und militärische Unabhängigkeit oberflächlich und kurzlebig wäre.

3. Die Herbeiführung einer radikalen Änderung der internationalen ökonomischen Ordnung, durch unsere aktive Teilnahme an einem breiteren weltweiten Kampf zwischen „Norden" und „Süden", der beschönigend „Nord-Süd-Debatte" genannt wird.

4. Die Herbeiführung der inneren Souveränität der Volksmassen und soziale Gerechtigkeit in der Heimat, innerhalb der Mittelmeergesellschaften, die nur durch eine sozialistische Umgestaltung erreicht werden können.

Ich habe den Ausdruck ‚Kampf' absichtlich benutzt. Denn der ‚Klassenkampf' in unserem Gebiet ist der wachsende Kampf zwischen den Metropolen des Weltkapitalismus und den peripheren Gesellschaften, die in ihrem globalen Bereich arbeiten. Es geht um den gleichzeitigen Kampf gegen den Imperialismus und den Kampf für die nationale Befreiung."

Im weiteren weist Papandreou anhand von Fakten detailliert nach, daß der Imperialismus die „Entwicklungsländer" und die, wie er sagt, „Peripherieländer" wie Griechenland zunehmend ökonomisch ausgepreßt und abhängig gemacht hat.

Zur Einschätzung der militärischen Lage:

„*Es scheint uns anhand der verfügbaren Zeugnisse klar zu sein, daß in der Ära der Konfrontation die Aktion immer amerikanisch und die Reaktion immer russisch war. Während der Ära der Konfrontation handelte die Sowjetunion nicht als eine expansionistische Macht – sie war lediglich darum bemüht, ihre Hegemonie innerhalb einer klar definierten Region in der Welt zu behalten.*

Der Hauptakteur der konterrevolutionären Dynamik ist Amerika. Nicht etwa, daß sich die Sowjetunion mit den Kräften der Nationalen Be-

Nicht etwa, daß sich die Sowjetunion mit den Kräften der Nationalen Be-

freiung immer identifiziert hätte. Sie verhandelte mit Regierungen und bildete mit ihnen Allianzen unabhängig von deren eigenen ideologischen Positionen oder den jeweiligen inländischen sozialen Strukturen. Ihre Haltung gegnüber Rebellionen in der Dritten Welt ist reserviert und gelegentlich sogar feindlich."

Nachdem Papandreou noch Ausführungen über die „neue Art des Kolonialismus" („Neokolonialismus – mittelsökonomischer Abhängigkeit"), die Wirtschaftskrisen in den Zentren des Imperialismus und damit das „Ende der Illusionen der Sozialdemokraten" beschreibt, kommt er zu dem Schluß, daß das Kapital neue Wege sucht, ein neuer „Verteilungskampf" beginnt mit einer **„wachsenden Militanz der NATO"**.

„*Daher ist meine These, daß die Nationen unseres mediterranen Raumes ein gemeinsames Schicksal haben und daß daraus die Verpflichtung herrührt uns zu koordinieren in der Ausarbeitung einer kollektiven Strategie.*

1. Es bedeutet, daß die Nationen Südeuropas gut daran täten, nicht dem Gemeinsamen Europäischen Markt (EG) beizutreten, soweit sie noch nicht Mitglied sind und sich darauf vorzubereiten auszutreten, falls sie in der EG sind. Denn die EG ist ein gemeinsamer Markt des Monopolkapitalismus.

2. Alle Mittelmeerländer sollten ihre Kräfte sammeln, um den Aktionen jener internationalen Gremien entgegenzuwirken, die als „Weltbank", „internationaler Währungsfond" oder unter anderen Namen die Herrschaft des westlichen Monopolkapitalismus abstützen. Dies heißt nicht, daß sie den Nord-Süd-Dialog abbrechen sollen. Aber es heißt, daß ihre Strategie auf einem Prinzip basiert: Daß nämlich die einzige Sprache, die der westliche Kapitalismus versteht, die Sprache der Macht ist.

3. Es bedeutet, daß die Mittelmeerländer ihre Investitionspläne und ihre Handelspolitik zum Wohl der gesamten Region koordinieren sollten.

Auf lange Sicht würde dies zur Entwicklung eines effektiven gemeinsamen Mediterranen Marktes führen.

All dies hat freilich zur Voraussetzung, daß wir uns einig sind darin, daß unser Weg ein sozialistischer ist.

Unter den Bedingungen des Kapitalismus ist es unseren Völkern unmöglich, eine ausgewogene und eigenbestimmte Entwicklung zu suchen und zu vollziehen.

SOZIALISMUS IST DIE BEDINGUNG FÜR UNSEREN ERFOLG."

„*Malta schafft eine neue Realität, ein Gegengewicht zum Einfluß Westdeutschlands und der USA*" (Eleftheroptipia 25.6.77).

Die nächste Konferenz soll im Frühjahr 78 in Athen ausgerichtet werden. Offensichtlich, und das zeigte bereits diese 2. Konferenz im Unterschied zur ersten gewinnt das „Sozialistentreffen" an Attraktivität und Bedeutung. Wie wir bereits in unserem Artikel zur ersten Konferenz im „Arbeiterkampf" 97, S. 47 schrieben, handelt es sich bei den Konferenzteilnehmern weniger um einen einheitlichen Block linkssozialistischer Parteien, sondern um

den Konferenzteilnehmern weniger um einen einheitlichen Block linkssozialistischer Parteien, sondern um

einen stark heterogenen Block mit vorwiegend taktischen Gemeinsamkeiten bei gleichzeitig scharfen Differenzen untereinander (Syrien/Palästina, Marokko/Sahara etc).

Von eindeutig rechtsnationalistischen Gruppierungen wie der tunesischen Staatspartei und sozialdemokratischen Gruppen Marokko, oder Parteien mit stark sozialdemokratischen Tendenzen wie PSI, PSF etc), von linksnationalistischen Parteien wie der algerischen FLN über revisionistische Gruppen bis hin zu tatsächlich linkssozialistischen Parteien wie der PASOK (Griechenland), der EDEK (Zypern) oder PSU (Frankreich).

Dabei muß gesehen werden, daß der Spielraum für typisch sozialdemokratische Lösungen in diesem Teil der Welt immer enger wird, der Druck der Massen „Linkswendungen" nötig macht. Von daher ist zwar richtig, daß der „Anti-Imperialismus" vieler Gruppierungen dieser Konferenz stark über die Konkurrenzsituation der Bourgeoisien dieser Länder gegenüber den starken imperialistischen Mächten vermittelt ist, trotzdem aber spielen sie eine bedeutende Rolle im weltweiten antiimperialistischen Kampf, insbesondere wenn die „Radikalen" unter Papandreou weiterhin tonangebend bleiben.

Auch die nordeuropäische Sozialdemokratie, insbesondere SPD dürfte diese Entwicklung mit Argwohn betrachten, denn ihre Satellitenparteien in den Peripherieländern wie Portugal und Spanien dürften auch zunehmend von der Basis her in Bedrängnis geraten, zwischen der nordeuropäischen SPD oder aber den südeuropäischen Sozialisten sich entscheiden zu müssen.

Griechenland/Türkei-Kommission

Faschistischer Terror gegen Linke und Moslems im Libanon – kein Thema auf der 2. Konferenz der Mittelmeersozialisten!



Wer anderen eine Grube gräbt...

„Ein Loch ist da, wo etwas nicht ist" - das stammt von Tucholsky und leuchtet ein. In Kassel gibt es gegenwärtig so ein Loch. Dort ragt auf dem Friedrichsplatz ein angeblich einen Kilometer tiefes Nichts in den Boden hinein und beansprucht, „Kunst" zu sein. Dieses Loch, Ausstellungsstück der „documenta 6", der größten Kunstschau der Welt, hat sich der Amerikaner Walter de Maria ausgedacht und von Arbeitern einer Bohrfirma in den Boden treiben lassen. Das Loch nennt sich „Vertikaler Erdkilometer" und ist eine Art Symbol für die ganze Ausstellung: Wer nicht aufpaßt, fällt rein.

Eigentlich könnte man die documenta vergessen, unter „Lächerlichkeiten" abheften und zur Tagesordnung übergehen. Nur ist es eben d a s kulturelle Ereignis, eine Art Kunst-Olympiade, auf der Maßstäbe für die bürgerliche Kultur gesetzt werden. Und da kann man feststellen: Der Patient ist schwer krank, aber alle amüsieren sich köstlich am Totenbett.

Fünf Millionen Mark haben die Veranstalter den Steuerzahler diesen Mist kosten lassen. 600 „Künstler" sind aus aller Welt angereist, um an dem warmen Regen teilzuhaben. Gegen hohes Eintrittsgeld kann das atem- und ratlose Publikum dann darüber staunen, wie wenig man mit so viel Geld machen kann.

Da ist zum Beispiel der Amerikaner George Trakas, der ein Gewirr von Holz- und Eisenstegen durch Kassler Parks gebaut hat. Seine Werke sind erst dann „vollendet", wenn er sie nach Fertigstellung in die Luft gesprengt hat. Vielleicht findet er das alles ja selber nicht so witzig und jagt es deshalb in die Luft.

Ein ebenso wichtiger Beitrag zur documenta ist die „Honigpumpe" von Josef Beuys. Beuys, der Bankier unter den westdeutschen Künstlern, der für eine verschimmelte Badewanne leicht und locker 60.000 DM einstreicht, hat in den Ausstellungsräumen ein kilometerlanges Gewirr von Plastikschläuchen installiert, durch die drei Zentner reinsten Bienenhonigs gepumpt werden. Offenbar hat die ganze Welt auf diese segensreiche Erfindung gewartet, denn in der Weltpresse – und jetzt auch im ARBEITERKAMPF – hat man sich allerorten Gedanken über den tieferen Sinn dieser Pumpe gemacht und sich den Kopf darüber zerbrochen, was der Künstler damit ausdrücken will. Als gesicherte Erkenntnis kann hier nur gelten, daß er die Portemonnais einiger Leute ausdrücken will. Das gilt für Beuys, wie für andere – den Amerikaner Nonas, der rohe Holzbalken zersägt und sie als „gerade" und „gebrochene Linien" im Gras liegen läßt, das gilt für HA Schult, der in New York ein Flugzeug abstürzen lassen und das per Satellit direktübertragen will, und das gilt für viele, viele andere, denen auch nichts Besseres eingefallen ist.

Am Rande der „documenta 6" mag es hier und da auch einige Sachen geben, über die man diskutieren kann, aber eben weil sie als Ausnahmen so dünn gesät sind, bestätigen sie, daß der kulturelle Dünnschiß die Regel ist. Dieser Durchfall ist im Grunde kein anderer als der von Peter Alexander & Co. produzierte, nur ist alles eben mehr intellektuell eingenebelt. Deshalb mag wohl auch keiner so richtig laut „Scheiße" sagen, weil einen das sofort als Ignoranten oder Banausen abstempeln würde. Aprospos Banausen: wen interessiert die „documenta" eigentlich? Wer würde die besagte verschimmelte Badewanne von Beuys kaufen, wer würde sich von de Maria für eine halbe Million ein Loch in den Garten bohren lassen? Die Frage ist fast schon Antwort: Geld muß man haben und 'ne Schraube muß auch locker sein!

Allen, die diese Kritik orthodox und spießig finden, sei zum Abschluß der Wind aus den Segeln genommen: Einige geniale Mitarbeiter der Kulturkommission des KB wollen über der Hamburger Außenalster eine variable Luftsäule errichten, die das Loch von Kassel noch um einen Kilometer übertrifft, deren Besichtigung umsonst ist, und die bei schlechtem Wetter zusammengefaltet, auf Luftballons gefüllt und an Kinder verteilt werden kann.

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten ARBEITERKAMPF an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revloutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die den Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne Abzug weiterleiten.

Für MIR, Chile

BO Wandsbek-Billstedt, KB/Gruppe Hamburg	126,00
H.H., Hamburg	100,00
D.K., Düsseldorf	10,00
KB Gruppe Eutin	6,00
H.T., Hamburg	500,00
Zwei Genossen aus Nürnberg	500,00
G.V., Butzbach	88,00
Summe	1.330,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für den MIR auf DM 291.452,94

Für PFLP, Palästina

KB/Gruppe Stade	77,71
Sammeldose Verlag AK	59,96
Sammeldose zentrale KB-Technik	75,00
KB-Sympathisanten Hildesheim	24,00
K.B., Hamburg	47,00
KB/Gruppe Eutin	8,00
Genossen aus dem ÖTV-Bereich KB/Gruppe Hamburg	200,00
Zwei AK-Leser aus Minden	100,00
Wohngemeinschaft Göttingen	140,00
D.H.	50,00
A.Sch.	129,59
WG Steilshoop, Hamburg	50,00
Summe	961,26

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für die PFLP auf DM 121.962,73

Für Frente Polisario, West-Sahara

KB/Gruppe Eutin	19,50
N.N.	20,00
E.V., Wiesbaden	8,00
J.G., Rotenburg	40,00
K.-P.F., Holzminden	13,00
H. + A., Bremerhaven	20,00
KB Sympathisanten Hildesheim	15,00
E.X., Osnabrück	20,00
Summe	155,50

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf DM 29.308,08

Für EPLF, Eritrea

Chemiegenossen KB/Gruppe HH	50,00
KB/Gruppe Stade	110,00
V.D., Bremerhaven	20,00
Summe	180,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die EPLF auf DM 8.546,00

Für FRETILIN, Timor

Genossen aus Glückstadt	20,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für FRETILIN auf DM 146,00

Für EPRP, Äthiopien

V.D., Bremerhaven	20,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die EPRP auf DM 25,00

Für FRELIMO, Mosambik

H.W.G., Hannover	46,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die FRELIMO auf DM 111,50

Bestellungen bei
Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 000 Hamburg 50
Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20

Portokosten gehen zu lasten des Empfängers; pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg–BLZ 200 800 00–Kto. 451 83 78 oder
Postscheckamt Hamburg–BLZ 200 100 20–Kto. 240 59 03
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Bücher und Broschüren

Aus Betrieb und Gewerkschaft:
- o Drucker-Streik – Ein großer Kampf, ein mieser Abschluß! Juni 76, 66 Seiten, A 4 — DM 2,50
- o GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie 108 Seiten, A 5 — DM 3,50
- o Ernst Thälmann, Über Gewerkschaften 120 Seiten, Paperback — DM 3,50

Kampf dem Faschismus:
- o Droht ein neuer Faschismus? 279 Seiten, Paperback — DM 9,50
- o Kampf dem Faschismus 300 Seiten, Paperback — DM 11,00
- o Modell Deutschland – Berufsverbote September 76, 64 Seiten, A 5 — DM 2,50
- o 20 Jahre KPD-Verbot – Kampf dem Antikommunismus August 76, 54 Seiten, A 5 — DM 2,50
- o Schleswig-Holstein „braun durchdrungen" Juni 76, 48 Seiten, A 4 — DM 2,00
- o Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand: Weltbund zum Schutz des Lebens Juni 76, 8 Seiten, A 4 — DM 0,50
- o Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion September 76, 40 Seiten, A 4 — DM 3,00

SPD
- o Das „kleinere Übel", das zu immer größeren Übeln führt Oktober 76, 68 Seiten, A 5 — DM 3,00

Westdeutsche Linke
- o Angola war nur der Anfang März 76, 28 Seiten, A 4 — DM 1,50
- o KBW am Scheide-Weg Oktober 75, 56 Seiten, A 4 — DM 3,00
- o Wie der KBW der Bewegung gegen den § 218 schadet Februar 76, 16 Seiten, A 4 — DM 0,30
- o Der KBW lügt Juni 75, 8 Seiten, A 4 — DM 0,30
- o Ist der Arbeiterbund noch zu retten? September 76, 64 Seiten, A 5 — DM 3,00

Internationales:
- o Zum Nahost-Problem 48 Seiten, A 4 — DM 2,00
- o Palästina – Interviews mit dem Widerstand Februar 74, 120 Seiten, A 4 — DM 6,00
- o Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution Mai 76, 24 Seiten, A 4 — DM 1,50
- o Es lebe die afrikanische Revolution! Juli 76, 30 Seiten, A 4 — DM 2,00
- o S. Mutumbuka (ZANU): Schlacht um Zimbabwe Juli 76, 24 Seiten, A 4 — DM 2,50
- o MPLA: Vitoria Certa – Der Sieg ist gewiß September 75, 30 Seiten, A 4 — DM 1,00
- o Soldatenbewegung in Westeuropa Februar 76, 55 Seiten, A 4 — DM 1,00

Sozialismus
- o Zur Außenpolitik der VR China 3. Auflage August 76, 58 Seiten, A 4 — DM 3,00
- o Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten Februar 74, 134 Seiten, A 4 — DM 8,00
- o Albanien – Ein Reisebericht Juli 76, 40 Seiten, A 5 — DM 2,00

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes
- O Jahresabonnement (erscheint 14-tägig) — DM 33,60
- O Förderabo — DM 40,–
- O Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
- O Jahresabonnement (mindestens 8 Ausgaben) — DM 6,40
- O Förderabo — DM 8,–
- O Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Die INTERNATIONALE, Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
- O Jahresabonnement (mindestens 6 Ausgaben und alle Sondernummern) — DM 14,40
- O Förderabo — DM 20,–
- O Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- Ich beztelle ältere Nummern zum Thema ....

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse:

O **PSchA Hamburg BLZ 200 100 20 Kto. 24 05 95**

O **J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg BLZ 200 800 00 Kto. 45 18 37 8**

Anschrift ....

....

....

....
Datum Unterschrift

3. Auflage + Format A 4 +

Münchner SPD-Rechte scheuen vor Spaltung nicht zurück

In München finden im Frühjahr nächsten Jahres Kommunalwahlen statt. Das ist für die Rechten in der Münchner SPD der günstige Anlaß, eine seit langem vorbereitete und eingeleitete Kampagne zu fahren, die auch vor der Spaltung der Münchner SPD nicht zurückscheut. Das jedenfalls ist die Konsequenz, wenn die Rechten ihre Positionen nicht durchsetzen können und die Münchner SPD den von ihnen verlangten offenen Rechtskurs nicht mitmacht. Der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzungen ist die Forderung des amtierenden SPD-Oberbürgermeisters Kronawitter acht, von ihm als „Radikalsozialisten" bezeichnete SPD-Mitglieder (wovon 4 dem Landesvorstand angehören) kaltzustellen.
Kronawitter verlangte dies in einem vertraulichen Brief an den Landesvorsitzenden Rothemund vom 19.7.77, der gezielt der Presse zugespielt wurde. Bereits einige Tage vor Bekanntwerden dieses Briefes hatte Kronawitter den Ausschluß aller dem Stamokap-Flügel in der SPD zugerechneten Mitglieder gefordert. Diese Attacke reiht sich ein in die Offensive, die die Münchner SPD-Rechten seit dem vergangenen November verstärkt gestartet haben.
Kronawitter war es damals nicht gelungen, bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen die von ihm ultimativ, und mit seiner eigenen Kandidatur verbundene, präsentierte rechte Liste durchzusetzen. Daraufhin zog er seine Kandidatur zurück. Der Bezirksparteitag wählte den Münchner SPD-Vorsitzenden Max von Heckel zum Spitzenkandidaten.
Obwohl die Rechten auf der beschlossenen Kandidatenliste gut vertreten sind, gaben sie es nicht auf, weitere Erpressungsversuche zu starten. Demagogisch nannten sie die Kandidatenliste „konsequent-sozialistisch", mit der der „bürgernahe" Erfolgskurs der Münchner SPD liquidiert werden soll. Nachdem zuerst die beiden stellvertretenden Bürgermeister aus der SPD ausgetreten sind, verließen weitere vier Rechte die SPD-Fraktion und gründeten zusammen mit den stellvertretenden Bürgermeistern eine neue Fraktion im Stadtrat, den „Sozialen Rathausblock".
Sie hatten bereits vorher offen mit der CSU gegen die SPD-Fraktion abgestimmt.
Parteiordnungsverfahren, die gegen zwei rechte SPD-Stadträte und den SPD-Fraktionvorsitzenden im Stadtrat, Hans Preißinger, eingeleitet wurden, weil sie die SPD als „konsequent marxistische Partei" und die Aufstellung der Kandidatenliste als „Hinrichtung der Anhänger des Volkspartei-Kurses" (so Preißinger) bezeichnet hatten, wurden dann als weiteres „Indiz" für den radikalsozialistischen Kurs der Münchner SPD verwandt.
Allerdings, und das ist ja nichts Neues, wurden die Rechten durch die milden Urteile geradezu dazu aufgefordert, weiter in der SPD „aufzuräumen". Während der Fraktionsvorsitzende mit einem bis Ende 1978 befristeten Funktionsverbot „bestraft" wurde, erhielten die beiden rechten Stadträte lediglich eine Rüge (Wir berichteten im letzten AK darüber). Obwohl sich der Münchner Parteivorstand von den Diffamierungen der Rechten distanzierte und beleidigt erklärte, die neueste Kronawitter-Attacke sei „ungerechtfertigt und ehrenrührig", wird wohl darüber hinaus nichts folgen.

Hintermann Vogel

Der SPD-Bundesvorstand erklärte sich bezeichnenderweise bisher offiziell nicht zu den neuesten Angriffen Kronawitters; er ließ aber verlauten, daß man „sehr sauer" sei über die schriftlichen Aktivitäten, aber in die laufenden Auseinandersetzungen nicht eingreifen wolle („Süddeutsche Zeitung", 3.8.77).
Das ist auch nicht weiter verwunderlich, handelt doch Kronawitter und auch Preißinger mit der Rückendeckung des SPD-Vorstandsmitgliedes und Justizministers Vogel. Vogel höchstpersönlich hatte die Verteidigung Preißingers bei seinem Parteiausschlußverfahren übernommen und dessen Thesen untermauert.
So gesehen, stellt München einen weiteren Schritt dar, die SPD insgesamt auf den „Macher-Kurs" zu bringen.

SPD-Kommission

Hamburger SPD-Linke
Anpassungs-Soll übererfüllt



Das Parteiordnungsverfahren gegen die 56 Hamburger Unterzeichner eines Benneter-Solidaritäts-Briefes hat das Parteischiedsgericht nach der Verhandlung am 28.7.77 vorerst eingestellt.
Die Betroffenen erhielten ihre Mitgliedsrechte mit sofortiger Wirkung zurück, die ihnen der Landesvorstand mit Einleitung des Verfahres entzogen hatte.
Die vorläufige Einstellung des Verfahrens erfolgte, weil die „Linken" sich von ihrer Solidaritätserklärung distanzierten. Der entscheidende Passus der Erklärung, die von der Schiedskommission dem antragstellenden Landesvorstand und den Betroffenen ausgehandelt wurde, lautet: „*Wir halten unsere Erklärung vom 10.5.77 nicht aufrecht. Im übrigen erkären wir ausdrücklich, daß wir die Grundsätze des Godesberger Programms über die Zusammenarbeit mit Kommunisten und die dazu ergangenen Beschlüsse aller zuständigen Parteiorgane für uns als verbindlich betrachtet werden*" („Morgenpost", 29.7.77).
Mit dieser Erklärung haben die SPD-„Linken", deren prominentester Vertreter „Stamokap"-Chef Detlev Albers ist, einen vollen Rückzieher gemacht. Schließlich hatten sie sich in ihrem Brief, den sie gemeinsam unterzeichnet hatten, hinter die von Benneter vertretenen Thesen (keine „Berührungsängste" mit Kommunisten, Beteiligung an der von der DKP organisierten Abrüstungsdemonstration, Bezeichnung der CDU als Klassengegner) gestellt.
Allerdings hatten sich die „Linken" bereits im Juni von ihrem Brief distanziert, indem sie ihn als „gegenstandslos" bezeichneten. Dem Landesvorstand reichte dieser Umfaller aber nicht aus und er leitete daraufhin die Ausschlußverfahren ein.
Es ist schon makaber, wie eilfertig die „Linken", selbstverständlich wohl auch noch „taktisch" begründet, ihre Haut zu Markte tragen. Da kommt selbst der rechte Landesvorstand nicht umhin, sein Erstaunen zum Ausdruck zu bringen: „*Das ist mehr als wir verlangt haben" („Hamburger Abendblatt", 29.7.77).*
Die SPD-Rechten haben es geschafft, nicht nur die 56 Betroffenen wieder auf Linie zu bringen (die außerdem in den nächsten Wochen noch besonders „beobachtet" werden, weil der Landesvorstand über den „Kompromiß" der Schiedsstelle erst Anfang September entscheiden wird), sondern durch dieses Verfahren auch den übrigen rund 2.500 Jusos und Falken in Hamburg, die sich hinter Benneter stellten, gezeigt, wer Herr im Hause ist.
Was muß bloß noch geschehen, bis die „Linken" merken, daß sie ganz wundgescheuerte Knie von den dauernden Kniefällen haben?

SPD-Kommission

Steffen-Kritik
Wieviel Opportunismus ist nötig ?

Viel Wirbel haben Jochen Steffens „Mutmaßungen über Herbert" (Das Da", August-Ausgabe) vor allem in der Presse, aber auch in der SPD erzeugt. Es liegt wohl auch an der sommerlichen Sauregurkenzeit für die Presse. Denn verglichen mit anderen Beiträgen, die Steffen für „Das Da" in den vergangenen Monaten verfaßt hat, stellt dieser gar keine Besonderheit dar. Auch angesichts der Orientierungslosigkeit der SPD-Linken war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, Steffen würde der SPD den Rücken kehren und zum Aufbau, einer, ach so lang und immer wieder vergeblich gesuchten Alternative für die SPD-Linken aufrufen. Aber diese Wünsche sind an Steffen vorbeigegangen. Denn er hat eindeutig erklärt, daß er die SPD nicht verlassen wird und es auch keine Alternative zu einer „reformistischen Arbeiterpartei" gibt. Eine Hintertür läßt er sich dabei noch offen, nämlich, wenn die SPD nicht bis zum Frühjahr nächsten Jahres ein akzeptables Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm vorlegt. Dann würde der Parteiaustritt in den Bereich der Möglichkeiten rücken; allerdings ohne eine Alternative für die SPD-Linken: er würde dann die Liberalen unterstützen, da sie „*sich wenigstens für die liberalen bürgerlichen Freiheiten*" einsetzen („Frankfurter Rundschau", 2.8.77).

„Steffen ist ein kranker Mann"

So leitete SPD-Rechtsaußen Conrad Ahlers seinen Kommentar in der Hamburger „Morgenpost" ein (29.7.77), deren Chefredakteur er ist. Demzufolge ist die von Steffen formulierte Kritik an der immer mehr zur besseren CDU abgleitenden SPD auch nicht „ernst zu nehmen", wie Willy Brandt sich dazu äußerte („Süddeutsche Zeitung", 5.8.77).
Es ist bezeichnend, daß Kritiker nicht nur einfach aus der SPD rausgekantet werden, sondern in solchen Fällen, wo dies wohl zu heikel wäre, wie bei Steffen, ihn kurzerhand zum Fall für den Psychiater zu erklären.

Wo bleiben die „Linken"?

Außer einzelnen Stellungnahmen von Mitgliedern des Juso-Bundesvorstandes, die die Steffen-Kritik unterstützen, ist es erstaunlich ruhig auf der linken Szene in der SPD. Wohl auch ein Zeichens des Zurückweichens der Opposition in der SPD. Wenn allerdings heute die SPD-Führer erklären, Steffen hätte sich isoliert und „die ganze Partei steht hinter dem Kanzler", so ist das auch ein Zeichen dafür, wie schwach und handlungsunfähig die SPD-Linke nach der Benneter-Offensive der Rechten ist.
Nicht ganz unbeteiligt daran ist letztlich auch Steffen. Seiner stärker werdenden Kritik folgen keine Konsequenzen. Er selber hatte den Linken vorgehalten: „*Wer den Mund spitzt, muß auch pfeifen*".
Da ihm selber aber wohl die Luft ausgegangen ist zum Pfiff, macht er letztlich nicht viel mehr, als die Ex-Juso-Vorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul, die im gleichen „Das Da"-Heft die Stamokaps demagogisch als Rechte abbürstet und einleitend schreibt: „*Noch nie war die Chance der SPD-Linken, die Politik ihrer Partei zu bestimmen, so groß wie heute.*" Mit Dummheit hat das nichts mehr zu tun!
Na ja, wie sagte doch Jochen Steffen in einem Artikel der „FR" vom 2.8.77. (sinngemäß): „Man weiß gar nicht, wieviel Opportunismus dazu gehört, in der Linken der SPD zu bleiben."

SPD-Kommission